



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

084
139
126

Library of



Princeton University.

Großherzoglich Badisches
Staats- und Regierungsblatt.

Einundvierzigster Jahrgang.

Nr. I bis XXXII.

Mit Großherzoglich Badischem gnädigstem Privilegium.

Carlsruhe.

Gedruckt und zu haben im Comptoir des Staats- und Regierungsblattes.

1843.

Printed in Germany

(RECAP)

1584

.139

.129

1843-44

Sach-Register

zum.

Staats- und Regierungsblatt für das Jahr 1843.

A.

	Nro.	Seite.
Abgabe vom Tabak	7.	72
Ablösung des Zehntens, Stand derselben vom 1. Januar 1843	7.	77
Abtretung der Landeshoheit über den zum Germersheimer Brückentopf gehörigen Raum	3.	17
Actuariats-Candidaten-Prüfung	28.	196
Adelsverleihung, an den Geheimenrath Professor Dr. Zachariä in Heidelberg	1.	4
Aberlassen durch die Wundärzte	7.	72
Advokat, Verleihung des Advokatentitels an Rechtspraktikant Hedmann in Mannheim	5.	53
— — — — — an Rechtspraktikant Dr. Minute in Heidelberg	15.	116
— — — — — an Rechtspraktikant Heimerdinger in Karlsruhe	24.	170
Ärzte, Behandlung armer Kranken durch die Ärzte	17.	128
Aglasterhausen, Aufhebung der Postexpedition daselbst	8.	77
Am t, Begränzung einiger Ämter im Seekreis	1.	3
— Zollrichterämter für die Redarschiffahrt	6.	68
Amortisationskasse, deren Prüfung	11.	95
— Tilgung des Anlehens von 5,000,000 fl.	32.	211
Anlehen, Serienzziehung von dem Anlehen von 5,000,000 fl.	3.	19
— Gewinnziehung von dem Anlehen von 5,000,000 fl.	5.	50
— für die Eisenbahnschuldentilgungskasse	14.	108
— Serienzziehung für das Anlehen von 5,000,000 fl.	19.	139
— — — — —	20.	143
— Serientilgung des Anlehens der Amortisationskasse von 5,000,000 fl.	32.	211
Anstalt, Heil- und Pflegeanstalt Jlenau, deren Statut	25.	171
Anstellung niederer Diener	9.	83
Anstalt, Gebäudeversicherungsanstalt	22.	153
Ausprägung von Gulden- und halben Guldenstücken	1.	1
Austritt der Lehrer aus ihren Dienststellen	1.	2

B.

Bau eines Brückentopfs in Germersheim	3.	17
— der Redar-Main-Eisenbahn	10.	91
Bauinspektion Werthheim, deren Verlegung nach Gerlachsheim	13.	143
Baumpflanzung längs der Eisenbahn	20.	143
Beamten, Dienst- und Befoldungsverhältnisse der Zollbeamten	13.	101
Begränzung einiger Ämter im Seekreis	1.	3
Behandlung armer Kranker durch praktische Ärzte und Wundärzte	17.	128
Beiträge, zur Generalbrandkasse	14.	109
Bergwerkskunde, Studium	5.	49
— — — — —	1.	8
— — — — —	15.	118
Berichtigungen	19.	142
— — — — —	30.	206
— — — — —	31.	210
Befoldungs- und Dienstverhältnisse der Zollbeamten	13.	101
Bestimmung des Zinsfußes bei Darleihen der Zehntschuldentilgungskasse	1.	4
Betrieb der Eisenbahn, Tarif	6.	57
— — Eisenbahnverwaltung	8.	76
— — — — —	8.	75
Brandversicherung	9.	84
— Ausschlag der Beiträge zur Generalbrandkasse	14.	109
— Beschränkung des Verkaufs	29.	199

	Nro.	Seite
Braunschweig, f. Vertrag	3.	18
Bürgerische höhere, Errichtung einer solchen in Sinshheim	2.	11
C.		
Commission, Versammlung der Rheinschiffahrts-Centralcommission in Mainz	18.	137
Concurs, oder Prüfung katholischer Geistlicher	9.	88
Conscription für das Jahr 1844	15.	113
	24.	167
	26.	187
D.		
Decrete, für niedere Diener	9.	83
Diener, niedere, Decrete für solche	9.	83
Dienst- und Befoldungsverhältnisse der Zollbeamten	13.	101
Dienstvorbereitung zum Postdienste	16.	119
Direction der Posten und Eisenbahnen	7.	68
Durchgangszoll vom Getreide rechts der Oder	9.	88
E.		
Einberufung der Landstände	26.	187
Einfuhr von Schweizer Obstwein, Eßig und Käse	23.	164
Eisenbahn, Tarif	6.	57
— Betriebsverwaltung	8.	76
— Staatsvertrag wegen dem Bau der Neckar-Main-Eisenbahn	10.	91
— Begebung des Anlehens für die Eisenbahnschuldentilgungskasse	14.	108
— Baumpflanzung längs der Eisenbahn	20.	143
— Main- und Neckareisenbahn, deren Ausführung	25.	184
Engen, Obereinnehmer	14.	108
Ernennung von 8 Mitgliedern zur I. Kammer der Ständeversammlung	27.	191
Ernstthal, Errichtung einer Brief- und Fahrpost daselbst	23.	165
Erzbischof von Vikari, dessen Ernennung	13.	102
Eßig, Schweizer	23.	164
Expropriation der zur Erbauung einer Eisenbahn vom Eichelberg nach Rastadt erforderlichen Grundstücke	16.	123
F.		
Festungsbau in Germersheim	3.	17
Feuerversicherung, Bestimmung des Termins der stattgefundenen Abschätzungen	8.	75
Forbach, Wiederaufhebung der dortigen Posthalterei	9.	
	3.	19
G.		
Gebäude, Einschätzung derselben zur Brandkasse	8.	75
— Zustand der Gebäude-Versicherungsanstalt	9.	84
—	22.	155
Gebühren, deren Zahlung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten	16.	120
Gefangenüberabstationen	2.	10
Geistliche katholische, deren Concurs oder Dienstprüfung	9.	88
Gerlachshheim, Verlegung des Sitzes der Bauinspektion von Wertheim nach Gerlachshheim	13.	103
Getreide, Durchgangszoll vom Getreide rechts der Oder	9.	88
	3.	19
	5.	50
	20.	143
Gewinnziehung von dem Anlehen von 5,000,000 fl.	7.	72
Grenzacher Horn, Errichtung eines Nebenzollamts I. Classe daselbst	14.	109
Griesbach, die Verlegung der dortigen Posthalterei nach Petersthal		
H.		
Hannover, f. Vertrag	3.	18
Heilanstalt Illenau, deren Statut	25.	171
Heiligenberg, Errichtung einer Fahrpostexpedition daselbst	6.	76

	Nro.	Seite
Heirathen, der Offiziere	18.	131
Hilsbach, Pfarrei, deren Aufnahme in die Diöcese Einsheim	22.	156
Hüttenkunde, Studium	5.	49
J.		
Jllenu, Heil- und Pflanzanstalt, Statut derselben	25.	171
Impfung, Schuppocken	5.	50
Instruction für Vormünder	24.	169
K.		
Kadelburg, Hauptzollamt	13.	103
Käse, Einfuhr der Schweizerkäse	23.	164
Kranke arme, deren Behandlung durch praktische Aerzte und Wundärzte	17.	128
L.		
Landeshoheitsabtretung wegen des zum Germersheimer Brückenkopf gehörigen Raums	3.	17
Landstände, Erneuerung der beiden Kammern	21.	152
— Ernennung der Wahlcommissäre	21.	152
— deren Einberufung	26.	187
— Ernennung von 8 Mitgliedern in die erste Kammer	27.	191
— Ernennung der Präsidenten der ersten Kammer	29.	199
Lehrer, deren Austritt aus ihren Dienststellen	1.	2
Leichenschauer, deren Pflicht zur Anzeige eines eingetretenen Sterbfalls	14.	107
M.		
Main-Neckarisenbahn, deren Bau	10.	91
— deren Ausführung	25.	184
Medaillenverleihung, s. Verdienstmedaillen.		
Medicamententaxe	17.	127
Münze, die Ausprägung von Gulden- und halben Guldenstücken	1.	1
N.		
Nachlaß vom Rheinzoll zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein	12.	97
Namensveränderung des Carl Leopold Richter dahier	16.	123
— des Carl Theodor Frohsinn in Heidelberg	23.	164
— der Anna Gatterich in Mannheim	28.	197
— des Kaufmann Lazarus in Heidelberg	29.	203
— des Kaufmann Dreyfuß in Karlsruhe	32.	211
Neckarschifffahrtsordnung s. Vertrag	4.	22
Neckarschifffahrts-Zollrichteramts	6.	68
— Main-Eisenbahn, deren Bau	10.	91
— deren Ausführung	25.	184
O.		
Obereinnchmerei, die anderweitige Eintheilung einiger Obereinnchmereten im Seckreis	14.	108
Oberkirch, Errichtung einer Posthalterei daselbst	14.	109
Oberkirchenrath, Errichtung eines evangelischen und katholischen	2.	9
Oberrhein, Zollnachlaß zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein	12.	97
Obstwein, Einfuhr des Schweizer Obstweins	23.	164
Oder, Durchgangszoll von Getreide rechts der Oder	9.	88
Officiere, das Heirathen derselben	18.	131
Oidenburg, s. Vertrag	3.	18
Ordenssache.		
Höchste Erlaubniß zum Tragen fremder Orden.		
für den Oberstlieutenant von Röder im Generallstab zum Tragen des Ritterkreuzes des königlich niederländischen Ordens der Eichenkrone	2.	12
— den Obersten à la Suite Freiherrn Strauß von Türckheim zum Tragen des Commandeurkreuzes des oldenburgischen Haus- und Verdienstordens	3.	20
— den fürstlich löwensteinischen Kanzleidirector Kahl in Wertheim zum Tragen des königlich bayerischen Ritterkreuzes des Verdienstordens vom heiligen Michael	3.	20

	Nr.	Seite
für den Geheimenrath Gerflacher zum Tragen des großherzoglich hessischen Commandeurekreuzes II. Classe des Ludwigsordens	9.	89
— den Kammerherrn und Ministerialrath Freiherrn von Marschall, so wie		
— den Legationsrath von Schweizer zum Tragen des großherzoglich hessischen Ritterkreuzes des Ludwigsordens	12.	99
— den Geheimenrath und Professor Dr. Tiedemann in Heidelberg zum Tragen des königlich griechischen Ritterskreuzes des Ordens des Erlösers	13.	104
— den Erzbischof von Vicari zum Tragen des fürstlich von hohenzollern hechingenschen und sigmaringenschen Ehrenkreuzes I. Classe	15.	114
— den Ministerpräsidenten Geheimen Legationsrath Freiherrn von Andlam zum Tragen des Commandeurekreuzes des königlich bayerischen Civilverdienstordens der bayerischen Krone	15.	114
— den Grafen von Helmstädt zum Tragen des Ritterkreuzes des königlich französischen Ordens der Ehrenlegion		
— den Ministerialdirector Eichrodt zum Tragen des Commandeurekreuzes des Ordens der württembergischen Krone und des Commandeurekreuzes des kurfürstlich hessischen Hausordens II. vom goldenen Löwen	17.	129
— den Ministerpräsidenten Geheimen Legationsrath Freiherrn von Rüdert zum Tragen des Commandeurekreuzes des Ordens der königlich württembergischen Krone		
— den Legationsrath von Retzner zum Tragen des Ritterkreuzes des Ordens der königlich württembergischen Krone		
— den Geheimen Legationsrath und Oberpostdirector von Mollenbeck zum Tragen des königlich bayerischen Commandeurekreuzes des Verdienstordens	20.	144
— den Oberpostath Steinam zum Tragen des Ritterkreuzes dieses Ordens	20.	144
— den Kammerherrn August Freiherrn von Gemmingen zum Tragen des herzoglich braunschweigischen Commandeurekreuzes I. Classe des Ordens Heinrichs des Löwen	23.	165
— den Geheimenrath und Professor Dr. Gehlius in Heidelberg zum Tragen des königlich bayerischen Verdienstordens des Ritterkreuzes vom heiligen Michael	25.	185

Gnädigste Ordens-Verleihungen.

A. Des Großkreuzes des Hausordens des Erene.

dem Marquis von Douglas	6.	68
— herzoglich sachsen-coburg-gothaischen Staatsminister Freiherrn von Lepel	12.	99
— kaiserlich königlich österreichischen Geheimenrath und Oberstallmeister Grafen von Wrba	17.	129

B. Des Ordens vom Bähringer Löwen.

a. des Großkreuzes:

dem Erzbischof in Freiburg Dr. von Vicari	8.	82
— kaiserlich königlich österreichischen Obersten, Ritter von Sallaba	17.	129

b. den Stern zum bereits innehabenden Commandeurekreuz:

dem Generalmajor und Garnisonscommandanten von Kalenberg	2.	12
— herzoglich sachsen-coburg-gothaischen Oberhofmarschall von Wangenheim das Commandeurekreuz mit dem Stern	12.	99
— Generalmajor von Pfnorr	25.	185

c. des Commandeurekreuzes:

dem Geheimenrath Siegel		
— Regierungsdirector Dr. Kern		
— Geheimenrath Baumüller	2.	12
— Geheimenrath Deimling		
— Geheimenrath Stöcker		
— königl. französischen Präfecten des Niederrheins, Seré	5.	52
— kaiserl. österr. wirklichen Hofrath Dr. Freiherr von Türrheim	8.	81
— Kammerherrn und Geheimen Legationsrath Freiherrn von Marschall	9.	89

B. Des Ordens vom Bähringer Löwen.

Nr. Seite

c. des Commandeurekreuzes:

dem herzoglich sachsen-coburg-gothaischen Kammerherrn, Geheimen Kriegs- und Regierungsrath von Erffa		
— herzoglich sachsen-coburg-gothaischen Kammerherrn und Major von Löwenfels	12.	99
— großherz. hessischen Geheimenrath Eckardt		
— Senator der freien Stadt Frankfurt Dr. Souhay		
— k. k. Obersten, Edlen von Hauslab		
— königl. württemb. Geheimen Legationsrath von Roser		
— königl. württemb. Oberfinanzrath von Schmidlin		
— Oberstlieutenant und Commandeur des 2. Dragonerregiments Freiherrn von Roggenbach	17.	130
— Oberstlieutenant von Hinkeldey		
— k. bayerischen Generalpostadministrator Carl Göb	23.	165

d. des Ritterkreuzes:

dem Kammerherrn von Nink		
— Hofgerichtspräsidenten Obkircher		
— Oberhofgerichtsrath Tresurt		
— Ministerialrath Ziegler		
— Oberamtmann Eichrodt		
— Oberamtmann Pfister		
— Oberamtmann Lichtenauer		
— Oberamtmann Godel		
— Oberbaurath Sauerbeck		
— Geistlichenrath Professor Dr. Werf	2.	13
— Gendarmerie-Rittmeister Sped		
— Medicinalrath Dr. Stein		
— Medicinalrath Dr. Koller		
— Berg- und Hüttenverwalter Hug in Randern		
— Forstmeister Wegel in Zwingenberg		
— Bezirksbaumeister Wö in Freiburg		
— Wasser- und Straßenbauinspector Durban in Emmendingen		
— Domänenverwalter Kläiber in Konstanz		
— erzbischöflichen Dompräbendar Dr. Müller in Freiburg		
— Kammerherrn Franz Simon Freiherrn von Pfaffenhausen	3.	21
— herzoglich sachsen-coburg-gothaischen Reisemarschall von Gruben	12.	99
— — — — — Geheimen Finanzrath Schnür	12.	99
— kaiserlich fürstenerbergischen Domänendirector Dilger		
— kaiserlich thurn und tarischen Generalpostdirectionsrath Müller		
— Domkapitularen Conrad Martin in Freiburg	13.	104
— Stadtpfarrer, Dekan Krebs in Donaueschingen		
— Hofprediger Dr. Becker in Donaueschingen		
— Staatschreiber der schweizerischen Eidgenossenschaft, von Gonzenbach		
— königl. württemb. Regierungsrath Sauter	17.	130
— Legationsrath von Schweizer		
— Geheimen Regierungsrath von Merhart in Konstanz		
— Medicinalrath und Professor Dr. Schmöderer in Freiburg	20.	144
— Kaufmann Christian Sautler in Freiburg		
— königl. bayerischen Oberpostrath Freiherrn von Brück	23.	165
— — — — — Hof- und Oberpostrath	24.	170
— Oberstlieutenant von Faber		
— Oberstlieutenant von Red	25.	185
— Major Bayer		
— — Holz		
— — Hilpert		
} die Auszeichnung des Eichenlaubs		25. 185

	Nr.	Seite
B. Des Ordens vom Bähringer Löwen.		
d. des Ritterkreuzes:		
dem Hauptmann Kraft		
— Rittmeister Bach		
— Hauptmann Waizenegger	25.	185
— — Waly		
— Geheimenrath Dr. Kramer in Baden		
— Ministerialrath Vogelmann	27.	193
— k. k. österr. Hauptmann Waly		
Organisation, die Stellung und den Geschäftskreis der beiden Kirchenministerial-Sectionen	2.	9
— Begrenzung einiger Ämter im Seckreis	1.	3
— Aufhebung der Posthalterei in Forbach	3.	19
— die Benennung — Direktion der Großh. Posten und Eisenbahnen	7.	71
— Errichtung eines Nebenzollamts I. Classe am Grenzacher Horn und zu Weisknecht	7.	72
— der Eisenbahnbetriebsverwaltung	8.	76
— Errichtung einer Fahrpostexpedition in Heiligenberg	8.	76
— Aufhebung der Postexpedition in Aglasterhausen	8.	77
— Verlegung der Wasser- und Straßenbauinspection Taubersbachsheim nach Wertheim	9.	87
— Aufhebung der Posthalterei in Weingarten	13.	102
— die Bestimmung der Amtsbezirke der Hauptzollämter Kadelburg und bei Rheinfelden	13.	103
— die anderweite Eintheilung einiger Obergerichtsämter im Seckreis	14.	108
— die Verlegung der Posthalterei in Griesbach nach Petersthal und die Errichtung einer solchen in Oberkirch	14.	109
— Abfertigungsbefugniß des Nebenzollamts I. zu Ueberlingen	16.	122
— Aufhebung der Posthalterei Schappach	16.	122
— Errichtung einer Fahrpostexpedition in Philippsburg	16.	122
— Aufnahme der Pfarrei Hilsbach in die Diocese Sinheim	22.	153
— Errichtung einer Brief- und Fahrpost in Ernstthal	23.	165
Ortspolizei, Ueberweisung derselben in Rastatt an das dortige Oberamt	30.	205
P.		
Petersthal, Errichtung einer Posthalterei daselbst	14.	109
Pfleganstalt Jhenau, deren Statut	25.	171
Pfullendorf, Obergerichtsamt	14.	108
Philippsburg, Errichtung einer Fahrpostexpedition daselbst	16.	122
Polizei-Ueberweisung der Ortspolizei Rastatt an das dortige Oberamt	30.	205
Polytechnische Schule, Stand der Schülerzahl im Studienjahr 1842/43	5.	51
Post, Aufhebung der Posthalterei in Forbach	3.	19
— Direction	7.	71
— Errichtung einer Fahrpostexpedition in Heiligenberg	8.	76
— Aufhebung der Postexpedition in Aglasterhausen	8.	77
— Aufhebung der Posthalterei in Weingarten	13.	102
— Verlegung der Posthalterei in Griesbach nach Petersthal und die Errichtung einer solchen in Oberkirch	14.	109
— Vorbereitung zum Postdienste	16.	119
— Aufhebung der Posthalterei Schappach	16.	122
— Errichtung einer Fahrpostexpedition in Philippsburg	16.	122
— Errichtung einer Brief- und Fahrpost in Ernstthal	23.	165
Prämien, die Vertheilung der für die Lösung der durch die academischen Facultäten der Universität Heidelberg aufgestellten Preise	2.	12
Präsidenten, Ernennung derselben der ersten Kammer	29.	199
Privilegium an die Maschinenfabrikanten Kessler und Martensen in Carlstrube wegen Verfertigung von Expansions-Apparaten bei Locomotiven	1.	4
— an die Kunsthändler Artaria und Fontaine in Mannheim gegen den Nachdruck des in ihrem Verlag herauskommenden Kupferstichs vom Ritter Toschi, die Kreuzabnahme vorstellend	3.	18
— an den Mechaniker Wilhelm Schmidt zu Heidelberg wegen Construction des Laufbodens zum Betrieb von Eisenbahnlocomotiven	18.	138

	Nr.	Seite
Privilegium an den Oberfeuerschauer Ege in Diberach für die Verfertigung der von ihm erfundenen holzeriparenden Defen	22.	156
— an das Handelshaus Gebrüder Alberti zu Waldburg für die Erfindung einer Hans- und Flachsbruch- und Schwingmaschine	22.	156
Prüfung, Concurs oder Dienstprüfung katholischer Geistlichen	9.	88
— der Amortisationscasserechnungen	11.	95
— der Lehramtsandidaten	22.	157
— der Rechtsandidaten	23.	161
— der Forstandidaten	25.	184
— der Actuariatsandidaten	28.	196
A.		
Rangbestimmung Ihrer Hoheit der Prinzessin Marie Amalie Elisabeth	12.	97
Rastatt, Ueberweisung der Ortspolizei in Rastatt an das dortige Oberamt	30.	205
Rechtsstreitigkeiten, Bezahlung der Gebühren in solchen	16.	120
Rentenscheine, deren Zurückbezahlung	22.	153
Rheinfelden, Hauptzollamt	27.	191
Rheinschiffahrts-Centralcommission, deren Versammlung in Mainz	13.	103
Rheinzoll, Rückvergütung des preussischen Rheinzolls von überseeischen Waaren	18.	137
Rheinzollnachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein	9.	85
Rheinznollnachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein	12.	97
Rübenzucker-Steuer	19.	139
Rückzahlung der 3½ procentigen Rentenscheine	22.	155
B.		
Schappach, Aufhebung der Posthalterei allda	16.	122
Schifffahrt, Neckarschiffahrtsordnung, s. Vertrag	4.	21
— Neckarschiffahrts-Zollrichteramter	6.	68
— Rheinznollnachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein	12.	97
Schriftverfassungsrecht.		
a) in gerichtlichen Sachen:		
— an den Advokaten Heunisch in Freiburg	3.	22
— an den Rechtspraktikanten Schaal in Tryberg	15.	116
— — — — — Fr. Bühler in Offenburg	15.	116
— — — — — Grafenmüller in Gengenbach	15.	116
— — — — — Hink in Achern	15.	117
— — — — — Schlaar in Freiburg	24.	170
— — — — — Achenbach in Mannheim	28.	198
— — — — — Dreher in Wolfach	28.	198
— — — — — Luschka in Stodach	28.	198
— — — — — Blattmann in Rastatt	31.	209
b) in Verwaltungssachen:		
— an den Advokaten Kapferer in Freiburg	5.	53
— an den Rechtspraktikanten Bühler in Mannheim	6.	70
— — — — — Hink in Achern	14.	111
— — — — — Grafenmüller in Gengenbach	19.	142
— — — — — Schaal in Tryberg	19.	142
— — — — — Weyer in Mannheim	20.	145
Schugpockenimpfung	5.	50
Schweiz, Schweizerkäse, Obstwein und Eßig	23.	164
Serien, Ziehung von dem Anlehen von 5,000,000 fl.	3.	19
Siegelanlegung in Sterbfällen	19.	139
Sinsheim, Errichtung einer höhern Bürgerschule daselbst	14.	107
Staatdienerwitwenkasse	2.	11
Staatsprüfung der Forstandidaten	31.	207
— hinsichtlich des Studiums der Bergwerks- und Hüttenkunde	25.	184
— der Cameralcandidaten	5.	49
	8.	77

	Nr.	Seite
Staatsprüfung: 1. im theologischen Fach	3.	22
2. im juristischen Fach	23.	188
3. im Cameralfach	1.	6
4. Im Fach der innern Heilkunde, Chirurgie, Geburtshülfe, so wie der Apothekerkunst	16.	125
5. im Ingenieurfach	16.	125
6. im Fach der Geometer	12.	100
7. im Forstfach	19.	141
8. im Lehramtsfach	31.	209
9. im Baufach	22.	159
10. im Berg- und Hüttenwerksfach	5.	52
Staatsschuldpaniere, Verbrennung der eingelösten	8.	82
Stammgut, die Errichtung eines solchen vom Freiherrn Carl Christoph von Brüggem	12.	100
Stationen, Bestimmung wegen Gefangenenübergabe zwischen Bayern und Baden	5.	52
Statut für die Heil- und Pflanzanstalt Jllenuu	5.	49
Sterbfälle, Siegelanlage in solchen	24.	169
Steuerverhältnisse mit Braunschweig, Hannover und Oldenburg, s. Vertrag	13.	103
Steuer, Rübenzuckersteuer	2.	10
Steuern, Ab- und Zuschreiben derselben	25.	171
— die Erhebung derselben	14.	107
	3.	18
	19.	139
	25.	183
	28.	195
	32.	211
Stiftungen	Nr. S. Nr. S. Nr. S. Nr. S. Nr. S. Nr. S. Nr. S. Nr. S. Nr. S.	
1. 4 6. 68 9. 89 14. 110 19. 140 23. 165 26. 188 29. 203		
2. 12 7. 73 12. 98 15. 113 20. 144 24. 170 28. 197 31. 207		
3. 19 8. 81 13. 103 16. 124 22. 157 25. 184		
Studium der Bergwerks- und Hüttenkunde	5.	49
Tabakfabrikate, der Ausgleichungsabgabe	7.	72
Tarif für die Eisenbahn	6.	57
Tare, Medicamententare	17.	127
Tauberbischotsheim, Verlegung der Wasser- und Straßenbauinspektion von da nach Wertheim	9.	87
Todesfall, Siegelanlage in einem solchen	14.	107
Uebereinkunft, Ausprägung von Gulden- und halben Guldenstücken	1.	1
— wegen Ubergabestation der Gefangenen zwischen Bayern und Baden	2.	10
— wegen Abtretung der Landeshoheit über den zum Germersheimer Brückenkopf gehörigen Flächenraum	3.	17
— mit dem Königreich Bayern, wegen gegenseitiger Gestattung der gerichtlichen Nachsicht	24.	168
Ueberlingen, Obereinnahme	14.	109
— Nebenollamt	16.	122
Universitäten, den Stand der Universitäten Heidelberg und Freiburg im Wintersemester 1842/43	2.	17
— im Sommersemester 1843	18.	137
Unterdrückung der in Leipzig erscheinenden deutschen Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst	16.	123
Verbrennung eingelöster Staatsschuldpaniere	23.	169
Verdienstmedaillenverleihung:		
a) die große goldene: dem Bürgermeister Löffler in Offenburg	27.	193
b) die kleine goldene: Schullehrer Roth zu Kollmardsreuth	1.	5
Hauptlehrer Adam Liebler in Mannheim	5.	52
Schullehrer Johann Eberlin zu Oppfingen	6.	68
Oberlehrer Koch in Kuppenheim	7.	73
Gemeinderath Valentin Helmking in Norderau	7.	73

	Str.	Seite
Bürgermeister Jakob Groß zu Oberschwärzach	13.	104
Handelsmann Weimar in Werthheim	17.	130
Grenzcontrolleur Johann Bögle zu Thengen	22.	158
Steuerserganten Michael Preißig in Gillingen	27.	193
Bürgermeister Vater in Muhlberg	32.	212
c) die silberne: dem Oberhofgerichtskanzleidner Roth	15.	114
— Amtsdienier Batschauer in Heidelberg	19.	141
— Unterlehrer Fluhrer in Oberndorf	22.	158
— Brigadier Friedrich Haug	25.	185
— Joseph Sartori		
— Baptiste Deibach		
— Matrosen Ludwig Schmitz in Niederwesel	28.	197
— Hoflaquaien Dronu in Karlsruhe	30.	205
Verloosung 3 1/2procentiger Rentenscheine	22.	155
.	27.	191
.	8.	75
.	9.	84
Feuerversicherungszustand der Anstalt	22.	155
Versteigerung, Zwangsversteigerung	23.	164
Vertrag zwischen Bayern und Baden wegen Gefangenenübergabestationen	2.	10
— wegen Ausprägung von Gulden- und halben Guldenstücken	1.	1
— wegen Abtretung der Landeshoheit über den zum Germersheimer Brückenkopf ge- hörigen Flächenraum	3.	17
— Verlängerung der mit Braunschweig, Hannover, Oldenburg wegen den steuerlichen Verhältnissen bestehenden Verträge	3.	18
— Redarschiffahrtsordnung	4.	21
— wegen dem Bau der Main-Redareisenbahn	10.	91
Verwahrungs- und Verpflegungsanstalt	12.	98
Verwaltung des Eisenbahnbetriebs	8.	76
Völkzählung, Vornahme derselben	30.	205
Vormünder, Instruction für dieselbe	24.	169
III.		
Wasser- und Straßenbauinspektion, deren Verlegung von Tauberbischofsheim nach Werthheim	9.	87
Weingarten, Aufhebung der Posthalterei daselbst	13.	102
Weisweil, Errichtung eines Nebenzolllamts 2ter Classe daselbst	7.	72
Werthheim, Wasser- und Straßenbauinspektion	9.	87
— die Verlegung des Sitzes der Bauinspektion Werthheim nach Gerlachsheim	13.	103
Wundärzte, Abberufen durch dieselbe	7.	72
— die Behandlung armer Kranken durch die Wundärzte	17.	128
Wittwenkasse, Zustand derselben für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung	22.	155
— Zustand der Staatsdienert Wittwenkasse für 1841—42	31.	107
B.		
Zehntschuldentilgungskasse	1.	4
Zehntablösung, Stand derselben auf den 1. Januar 1843	7.	77
Ziehung der Serien von dem Anlehen von 5,000,000 fl.	3.	19
.	5.	50
.	19.	139
.	20.	143
Zins, Bestimmung des Zinsfußes für die Zehntschuldentilgungskasse	1.	4
Zoll, f. Vertrag wegen Redarschiffahrt	4.	21
— Richteramt für die Redarschiffahrt	6.	68
— Rückvergütung des preussischen Rheinzolls von überseeischen Waaren	9.	85
— Durchgangszoll vom Getreide rechts der Oder	9.	88
— Rheinzollnachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein	12.	97
— Dienst- und Besoldungsverhältnisse der Zollbeamten	13.	101
Zucker, Rübenzuckersteuer	19.	139
Zwangsversteigerung	23.	164

Personen-Register

zum

Staats- und Regierungsblatt für das Jahr 1843.

Anmerkung. Die Namen Derjenigen, welche Ordensdecorationen erhalten haben, finde im Sachregister unter „Ordensjäger“, und Derjenigen, welchen das Schriftverfassungsrecht erteilt wurde, eben daselbst unter „Schriftverfassungsrecht“.

		Nr.	Seite			Nr.	Seite
A.				B.			
Achenbach, Rechtspraktikant		28.	198	Bilsharz, Professor		15.	115
Adam, Kanzlist		28.	198	Bils, praktischer Arzt		18.	142
Adelsheim, von, Lieutenant		6.	69	Binder, Ingenieur		31.	209
Adelsheim, von, Lieutenant		15.	115	Bingert, Revisor		22.	159
Ables, Amtsassessor		11.	95			6.	69
Alt, Lehrer		14.	111	Birnbacher, Revisionsgehülfe		20.	145
Altbaus, Salineninspector		18.	138	Bischoff, Professor		22.	158
Aumann, Ministerialsecretär		12.	100	Bischoff, Bancondukteur I. Klasse		1.	6
Andlaw, Ministerresident		15.	115	Bischoff, Professor		5.	52
Arnold, Zuchthausverwalter		24.	170	Bischoff, Bancondukteur		8.	81
Asaal, Pfarrer		3.	21	Bischoff, Cameralpraktikant		16.	126
Asbrand, Lieutenant		6.	69	Blittmann, Amtsschreiber		31.	209
Asbrand, Oberlieutenant		15.	114	Blas, Oberchirurg		6.	69
Außenberg, v., Hofmusik- u. Theaterintendant		18.	148	Blattmann, Rechtspraktikant		31.	209
B.				Bleibinhaus, Oberamtmann		3.	21
Barbo, Rechtspraktikant		1.	7	Bleibmann, Cameralpraktikant		16.	126
Bathiany, Bezirksförster		11.	111	Blittersdorf, von, Bundestagsgeandter		28.	197
Bauer, Amtmann		1.	5	Blust, Pfarrer		28.	178
Bauer, Lieutenant		6.	69	Bode, Amtmann		17.	130
Bauer, Amtmann		11.	95	Bode, Amtmann		1.	6
Bauer, Rechtspraktikant		16.	125	Bodenmüller, Pfarrer		23.	166
Bauer, Sekretär		18.	138	Bodmann, von		25.	185
Baumann, Pfarrer		20.	145	Bösch, von, Ministerialassessor		13.	104
Baumann, Major		27.	194	Böhme, Oberamtmann		1.	5
Baumüller, Hofgerichtsrath		14.	110	Böhme, Oberamtmann		5.	52
Baumüller, Geh. Rath und Direktor des				Bosch, Oberamtmann		1.	6
evangelischen Oberkirchenraths		28.	198	Boscher, Postpraktikant		11.	96
Baurittel, Lehrer		15.	115	Bracht, Rechtspraktikant		16.	125
Bausch, Oberamtmann		5.	52	Brauer, Amtsassessor		11.	95
Bausch, Amtsassessor		18.	138	Brauer, Ministerialrath		12.	100
		1.	5	Bruderhofer, Pfarrer		20.	145
		1.	5	Brummer, Rechtspraktikant		1.	6
		3.	22	Buchegger, Dr., Medizinalrath		6.	69
		12.	100	Büchler, Geh. Rath III Klasse		1.	5
		31.	209	Bühler, Rechtspraktikant		15.	116
		6.	70	Bürkin, Kanzlist		28.	198
		11.	96	Bürklin, Eisenbahningenieur		14.	111
		15.	115	Burg, Eisenbahnamtassessor		8.	81
		31.	209	Burger, Amtmann		30.	106
praktikant		16.	125	Burger, Amtmann		11.	95
		15.	116	Burger, Amtswundarzt		14.	111
lant		16.	125	Burlart, Assistenzarzt		28.	198
n		1.	6	C.			
Berg, von, Lieutenant		17.	130	Cassinone, Cameralpraktikant		16.	125
Bermalingen, Obereinnehmer		6.	70	Cassinone, Oberlieutenant		27.	193
Bertsche, Pfarrer		19.	141	Cavasso, Domänenverwalter		12.	100
Beginger, Amtsassessor		11.	95	Cyclus, Rechtspraktikant		1.	7

	Nr.	Seite		Nr.	Seite
Gloßmann, von, Brigadier der Infanterie	15.	114	Girser, Amtmann	3.	22
Gornelli, Oberrechnungsrath	2	14	Gingado, Amtmann	1.	6
D.			Gingado, Amtsrevisor	15.	115
Davand, von, Lieutenant	6.	69	Gischer, Lieutenant	6.	69
Davand, von, Postpraktikant	11.	96	Gischer, Pfarrer	14.	111
Degenfeld, von, Oberlieutenant	2.	14	Gischer, von, General	15.	114
Degenfeld, von, Oberlieutenant	15.	115	Gischer, Pfarrer	22.	159
Delaitti, von, Wasser- u. Straßenbauinspektor	9.	89	Glad, Oberamtmann	1.	6
Deiß, Dr., Professor	3.	21	Gleuchand, Pfarrer	15.	116
Deimling, Geh. Rath	1.	5	Korbmeyer, Oberrevisor	5.	52
Deimling, Hofgerichtssecretär	14.	111	Korbmeyer, Secretär	6.	70
Deimling, Pfarrer	23.	166	Krankenberg, von, Gesandter	31.	209
Diefenhofer, Regierungsregistrator	6.	70	Krei, Lieutenant	15.	115
Dietrich, Pfarrer	16.	125	Kreund, Pfarrer	3	21
Diez, Eisenbahningenieur	8.	81	Krey, Oberchirurg	2	13
Diez, Etenerdirektionsassessor	13.	104	Krey, Amtmann	13.	105
Diez, Eisenbahningenieur	14.	111	Kreydorf, von, Rechtspraktikant	16.	125
Dill, Amtsassessor	20.	144	Friedemann, Rechtspraktikant	1.	7
Dittweiler, Oberrechnungsrath	5.	52	Friedrich, Hofkammerath	5.	52
Döll, Hofbibliothekar	12.	100	Frisk, Pfarrkandidat	3.	22
Dörffer, Registraturgehülfe	14.	111	Fröblich, Ministerialsekretär	20.	144
Dold, Pfarrer	15.	116	Funkte, Bezirksförster	18.	138
Dreher, Rechtspraktikant	28.	198	E.		
Dürr, Pharmaceut	31.	209	Galura, Amtsassessor	14.	111
Durban, Oberingenieur	13.	104	Gayer, Amtsrevisor	31.	209
Dusch, von, Rechtspraktikant	28.	198	Gayling, von, Generalmajor	27.	193
E.			Gemmingen, von, Hoftheaterintendant	15.	115
Ebel, Bezirksförster	19.	138	Gerber, Major	15.	114
Eberlin, Amtsassessor	11.	96	Gersch, Lieutenant	2.	13
Eberlin, Amtsassessor	29.	204	Gerslacher, Ministerresident	15.	115
Edelmann, Registrator	20.	145	Gillmann, von, Major	17.	130
Eglau, Hauptzollamtsverwalter	21.	154	Gock, Secretär	20.	145
Eichfeld, Oberlieutenant	27.	193	Gockel, Hofrath	20.	144
Eichrodt, Oberamtmann	1.	5	Göler, von, Hofmarschall	18.	138
Eichrodt, Major	15.	114	Goller, Oberchirurg	2.	14
Eichrodt, Bezirksförster	18.	138	Grafmüller, Rechtspraktikant	15.	116
Eichrodt, Bauconducteur	28.	198	Grimm, Hofrath	17.	130
Enzenberg, von, Hauptmann	27.	193	Grosch, Cameralpraktikant	16.	125
Eisenlohr, Lieutenant	2.	13	Grumbacher, praktischer Arzt	31.	209
Eisenlohr, Hauptmann	11.	114	Günter, Pfarrer	27.	194
Eisinger, Lehrer	8.	91	Gulde, Registraturgehülfe	15.	115
Enrich, Oberzollinspektor	27.	194	F.		
Engler, Pfarrer	5.	52	Haager, Hofgerichtsassessor	6.	69
Erhardt, Revisor	20.	145	Haas, Wundarzt	31.	209
Eschbacher, Pfarrer	2.	14	Haberer, Oberzollinspektor	27.	194
Eyter, Amtmann	11.	95	Haberstroh, Pfarrer	3.	21
F.			Haberthur, Pfarrer	9.	89
Faber, von, Amtmann	1.	5	Happersberger, Pfarrer	14.	111
Fackelmann, Bezirksförster	18.	138	Harich, Oberzollinspektor	18.	138
Feinaigel, Kriegsministerialrevisor	2.	13	Harter, Postdirectionsassessor	23.	165
Falkenstein, von, Rechtspraktikant	16.	125	Hartmann, Oberlieutenant	6.	69
Faller, Hofgerichtsassessor	21.	154	Hasselwander, Ingenieur	22.	159
Fecht, Amtsassessor	11.	95	Hasenslab, Bezirksförster	18.	138
Fecht, Lehrer	15.	115	Haug, Hauptmann	27.	194
Federle, Hauptmann	27.	194	Hekmann, Advokat	5.	53
Feil, Ingenieur	22.	159	Heel, Pfarrer	15.	116
Feyer, Hofgerichtsrath	24.	170	Heinz, Pfarrkandidat	23.	166

Helmerdingen, Rechtspraktikant
 Helbing, praktischer Arzt
 Helbing, Ingenieur
 Helbinger, Postpraktikant
 Held, Amtsassessor
 Hennig, Hauptmann
 Herrmann, Geometer
 Herrmann, praktischer Arzt
 Herrmann, Pfarrer
 Herrmann, praktischer Arzt
 Herzog, Geometer
 Heß, Pfarrer
 Hennisch, Rechtspraktikant
 Hieronimus, Lieutenant
 Hieronimus, Major
 Hill, Postpraktikant
 Himmelbahn, Postpraktikant

bauinspector

int

Jädle, Pfarrer
 Jäger-Schmidt, Obervogt
 Jagemann, von, Oberamtmann
 Jagemann, von, Ministerialrath
 Junghanns, Geheimer Referendar
 Junker, Professor

Kärcher, Rechtspraktikant
 Kaiser, Hofgerichtsrath
 Kapferer, Advokat
 Kaufmann, Oberrevisor
 Keim, Pfarrer

Keimer, Erpeditör
 Kerlmeier, Amtsassessor
 Kettner, Bezirksförster
 Kiefer, Oberzolinspector

Nr.	Seite
24.	170
31.	209
22.	159
11.	96
11.	95
27.	194
8.	82
19.	142
31.	209
31.	209
5.	52
12.	100
3.	22
2.	13
31.	208
11.	96
11.	96
14.	111
15.	117
27.	194
23.	166
19.	141
19.	142
21.	154
3.	21
9.	89
9.	89
17.	130
6.	69
1.	6
3.	21
6.	69
15.	114
1.	6
23.	166
18.	138
15.	116
23.	166
5.	52
1.	6
5.	52
1.	5
1.	5
22.	158
12.	99
21.	154
16.	125
15.	116
5.	53
20.	144
1.	6
1.	6
22.	158
11.	95
29.	204
27.	194

Kies, Postrevisor
 Kilian, Hofrath
 Kirchgessner, Amtmann
 Kirn, Hofgerichtsassessor
 Klein, Rechtspraktikant
 Klingensmeyer, Amtsassessor
 Klotz, von, Major
 Knobel, Pfarrer
 Koch, Vereiter
 Köbler, Bezirksförster
 Kösig, Revisor
 Kopp, Amtschirurg
 Kopp, Ingenieur
 Krämer, Dr., Assistenzarzt
 Kraus, Physikus
 Kuchler, Rechtspraktikant
 Käßner, Pfarrer
 Kuen, Amtmann
 Kunkel, praktischer Arzt

L.

Lang, Regierungsrath
 Lang, Amtmann
 Lang, Kanzlist
 Laroche, von, Lieutenant
 Laroche, von, Hauptmann
 Laroche, von, Amtmann
 Laubis, Professor
 Lauter, Cameralpraktikant
 Lebeau, Pfarrer
 Leers, Amtmann
 Lehmann, Geometer
 Leiber, Amtmann
 Leiblin, Major
 Leibniz, Pfarrer
 Velbach, Bezirksförster
 Benz, Pfarrer
 Leth, Domänenverwalter
 Leutwein, Pfarrer
 Lichtenauer, Postexpeditor
 Liebenstein, von, Lieutenant
 Lindenmann, Amtmann
 Lösch, Pfarrer
 Löw, Amtmann
 Lorenz, Oberingenieur
 Lorenz, Oberingenieur
 Ludwig, Pfarrer
 Lumpp, praktischer Arzt
 Luschka, Rechtspraktikant
 Lutz, Amtsphysikus

M.

Madlot, Lieutenant
 Madlot, Oberlieutenant
 Mader, Hauptzolinspector
 Marschall, von, Ministerresident
 Mast, praktischer Arzt
 Maurus, Postoffizial
 Mayer, Postpraktikant
 Mayer, Pfarrer

Nr.	Seite
6.	70
31.	209
17.	130
1.	5
16.	125
11.	96
6.	69
11.	96
25.	186
28.	198
2.	14
5.	52
22.	159
29.	204
3.	21
6.	70
12.	100
11.	95
31.	209
1.	6
1.	5
15.	116
15.	115
27.	193
30.	206
21.	154
16.	126
8.	82
1.	6
2.	14
1.	6
6.	69
29.	254
18.	138
25.	186
14.	111
9.	90
19.	141
15.	115
1.	6
14.	111
3.	22
13.	104
25.	185
19.	141
31.	209
28.	198
22.	158
6.	69
15.	114
21.	154
15.	115
19.	142
3.	21
11.	96
23.	166

[illegible]

Großherzoglich Badisches
Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 2. Januar 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,
 Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nachdem Wir der am 1. Juli d. J. unter den Staaten des süddeutschen Münzvereins durch besonders dazu ernannte Bevollmächtigte in München abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Ausprägung von Gulden- und halben Gulden-Stücken in den Jahren 1842, 1843 und 1844 Unsere Zustimmung erteilt haben und die hierüber ausgefertigten Ratificationsurkunden gegenseitig ausgewechselt worden sind, so verordnen Wir anbyrd, daß diese Uebereinkunft zur Nachricht öffentlich bekannt gemacht werde.

Carlsruhe, den 11. November 1842.

Leopold.

Schr. von Wittersdorff.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
 Büchler.

Uebereinkunft.

Die Königreiche Bayern und Württemberg, die Großherzogthümer Baden und Hessen, die Herzogthümer Sachsen-Meiningen und Nassau, das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt für die fürstliche Oberherrschaft, dann die freie Stadt Frankfurt, von der Absicht geleitet, das Quantum der Ausmünzungen an ganzen und halben Guldenstücken, wie solches durch die Uebereinkunft vom 30. März 1839 für die Jahre 1839, 1840 und 1841 geschehen war, auch für die nächstkommenden drei Jahre gemäß Artikel II. der vorerwähnten Uebereinkunft vertragsmäßig festzustellen, haben zu dem Ende Bevollmächtigte ernannt, welche vorbehaltlich der Ratification über nachstehende Punkte übereingekommen sind:

Artikel I.

Die contrahirenden Staaten machen sich verbindlich, in jedem der Jahre 1842, 1843 und 1844 eine Masse von wenigstens vier Millionen Gulden nach dem in der Münchner Münz-Convention vom 25. August 1837 Artikel VII. bestimmten Vertheilungs-Maassstabe ausprägen zu lassen.

Artikel II.

Die Ausprägung geschieht in ganzen und halben Gulden-Stücken; das Verhältniß zwischen beiden Münzsorten bleibt dem Ermessen eines jeden Staates überlassen.

Artikel III.

Innerhalb der letzten sechs Monate des Jahres 1844 werden die contrahirenden Staaten sich darüber vereinigen, welche Masse von Hauptmünzen vom 1. Jänner 1845 an weiter ausgeprägt werden soll. Für den Fall, daß eine solche Vereinbarung nicht statt finden würde, hat es bei der im Artikel II. der Uebereinkunft vom 30. März 1839 enthaltenen Bestimmung sein Verbleiben.

Gegenwärtige Uebereinkunft soll alsbald zur Ratifikation der hohen Höfe vorgelegt, und die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden spätestens in drei Wochen zu München bewirkt werden.

So geschehen zu München den 1. Juli 1842.

Für Bayern:

(L. S.) gez. Freiherr von Gise.

für Württemberg:

(L. S.) gez. Freiherr von Mauser.

für Baden:

(L. S.) gez. Freiherr von Andlau.

für Hessen, Sachsen-Meiningen, Nassau, Schwarzburg-Rudolstadt und
Frankfurt:

in Folge besonderer Ermächtigung

(L. S.) gez. Freiherr von Gise.

V e r o r d n u n g.

Den Austritt der Lehrer aus ihren Dienststellen betreffend.

Man sieht sich veranlaßt, andurch zu verordnen, daß die an öffentlichen Lehranstalten angestellten Volksschullehrer, beziehungsweise Schulcandidaten, wenn sie die ihnen übertragene Dienststelle verlassen wollen, die übliche Aufkündigungsfrist von einem Vierteljahre einzuhalten, und jedenfalls den bereits begonnenen Unterricht noch bis zu Ende des laufenden Schulhalbjahres fortzugeben haben.

Carlsruhe, den 9. Dezember 1842.

Ministerium des Innern.

Stch. von Mühl.

Vdt. Gienlohr.

Bekanntmachungen.

Die Begrenzung einiger Ämter des Seekreises betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschliessung aus dem Großherzoglichen Staatsministerium vom 9. Dezember 1842 nach vorgängiger Zustimmung der betheiligten Standesherrschaften zur Erleichterung der Bezirksverwaltung im Seekreis, nachfolgende Aenderung hinsichtlich des Bestandes nachstehender Ämter gnädigst genehmigt:

I. Das Amt Billingen erhält von dem Amte Hüfingen den Ort Kirchdorf.

II. Das Amt Hüfingen von dem Amte Billingen die Stadt Bräunlingen mit Höfen, die Orte Bubenbach mit Zubehör, Ober- und Unterbränd, Hubertshofen und den landesherrlichen Antheil an Gunthausen.

III. Das Amt Blumenfeld von dem Amte Engen den Ort Schlatt am Randen.

IV. Das Amt Stockach von dem Amte Möskirch den Ort Gallmannsweil.

V. Das Amt Möskirch von dem Amte Stetten den Ort Altheim, von dem Amte Pfullendorf die Orte Sauldorf mit Roth und den Ort Rast.

VI. Das Amt Pfullendorf von dem Amte Heiligenberg die Orte Aach, Wangen und Schwäblishausen.

VII. Das Amt Heiligenberg von dem Amte Pfullendorf den Ort Illmenser mit Zubehör; von dem Amte Meersburg den Ort Roggenbeuern mit Höfen.

VIII. Das Amt Ueberlingen von dem Amte Salem den Ort Dringen mit Weilern und Höfen.

IX. Das Amt Salem von dem Amte Heiligenberg die Orte Unteruhldingen und Schickendorf.

X. Das Amt Meersburg von dem Amte Salem die Orte Adelsreuthe und Löpsenhardt; von dem Amte Heiligenberg die Orte Immenstadt mit Helmsdorf, Efrizweiler mit Klustern, Niedheim mit Leimbach, Stadel, Heppach, Lippach und zugehörigen Höfen.

XI. Das Amt Bonndorf von dem Amte Stühlingen den Ort Niedern am Wald mit Zubehör.

Sämmtliche diese Veränderungen haben mit dem 1. Februar 1843 in Wirksamkeit zu treten.

Hierbei bleiben hinsichtlich der diesen Ämtern zugetheilten Orte die landes- wie die nach den Deklarationen zugesicherten standesherrlichen Rechte im Uebrigen ausdrücklich vorbehalten.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 13. Dezember 1842.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Rüd. \

Vdt. Reinhard.

Die Bestimmung des Zinsfußes für das Jahr 1843 bei Darlehen der Zehntschulden tilgungskasse betreffend.

Unter Bezug auf den §. 79 des Zehntablösungsgesetzes vom 15. November 1833 Regierungsblatt Nr. XLIX. und den §. 7. der diesseitigen Verordnung vom 27. Mai 1836 Regierungsblatt Nr. XXXI. bringt man hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Zinsfuß für die von den Zehntpflichtigen verlangt werden den Darlehen aus der Zehntschulden tilgungskasse für das Jahr 1843 auf 4 1/2 Prozent bestimmt worden ist, mit dem Vorbehalt der Abänderung für den Fall, daß im Laufe dieses Jahres wesentliche Veränderungen in dem Zinsfüße, nach welchem die Zehntschulden tilgungskasse Anlehen machen kann, eintreten sollten.

Carlsruhe, den 17. Dezember 1842.

Ministerium der Finanzen.
von B ö c k h.

Vdt. Pfeilschider.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Maschinenfabrikanten Keßler und Martensen in Karlsruhe auf ihr unterthänigstes Ansuchen ein ausschließliches Privilegium für die Verfertigung des vom Fabrikanten Mayer in Mühlhausen erfundenen und durch Erstere in das Großherzogthum Baden eingeführten Expansions-Apparates bei Locomotiven auf die Dauer von acht Jahren huldreichst zu ertheilen; unter Festsetzung einer Strafe von Einhundert Reichsthalern nebst Confiscation der nachgefertigten Apparate auf den Fall der Verletzung dieses Privilegiums.

Dies wird anmit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 20. Dezember 1842.

Ministerium des Innern.
Fhr. von R ü d t.

Vdt. B u s s f o n .

Stiftungen.

Die verstorbene Elisabeth Sulzburger in Konstanz hat dem dortigen evangelischen Kirchenfond 33 Gulden vermacht.

Cyprian K a u s zu Löffingen stiftete zu dem dortigen Armenfond 150 Gulden.

Vorstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber öffentlich bekannt gemacht.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den Geheimen Rath und Professor Dr. Karl Salomon Zacharia in Heidelberg für sich und seine eheliche männliche Descendenz nach dem Rechte der Erstgeburt in den Adelsstand des Großherzogthums zu erheben, und demselben den Namen „von Eingeuthal“ zu dem seinigen zu verleihen.

Medaillen-Vergeltung.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem pensionirten Schullehrer Roth von Kollmarbreuthe als Anerkennung seiner vieljährigen treuen Dienstsührung die kleine goldene Civilverdienst-Medaille zu verleihen.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Geheimen Hofrath Büchler den Charakter als Geheimen-Rath dritter Classe zu ertheilen den bisherigen Director des Hofgerichts des Mittelrheinkreises Obkircher zum Präsidenten, den bisherigen Hofgerichtsrath Thilo aber zum Director des nämlichen Hofgerichts, den Hofgerichts-Secretär Christian Kirn zum Assessor bei dem Hofgericht des Unterrheinkreises zu ernennen;

den Geheimen-Rath und Oberamtmann Deimling zu Pforzheim,

den Obervogt Wegel zu Freiburg unter Ertheilung des Charakters eines Geheimen-Raths dritter Classe,

den Geheimen-Referendar Picot bei dem Justizministerium, seiner Bitte gemäß, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit,

den Oberamtmann Bed zu Wiesloch und

den Amtmann Bauer zu Blumenfeld in den Ruhestand zu versetzen;

den Oberamtmann Lang in Lahr zum Regierungsrath bei der Regierung des Mittelrheinkreises zu ernennen; sofort

dem Oberamtmann Böhm zu Lörrach die erste Beamtenstelle in Lahr,

die erste Beamtenstelle des Bezirksamts Bretten dem Oberamtmann Pfister in Konstanz,

das Bezirksamt Konstanz dem Oberamtmann Eichrodt zu Bretten,

das Landamt Freiburg dem Obervogt Jäger Schmidt zu Rheinbischofsheim zu übertragen;

zum Vorstand des Amtes Rheinbischofsheim den Regierungsassessor Bed zu Rastadt unter Beförderung desselben zum Oberamtmann, zu ernennen;

das Oberamt Pforzheim dem Oberamtmann Lang in Sinsheim,

das Amt Hoffenheim zu Sinsheim dem Oberamtmann Bleib im haus zu Ueberlingen,

das Amt Ueberlingen dem Amtmann von Faber in Bruchsal,

das Amt Blumenfeld dem Amtmann Lang von Bretten,

das Amt Wiesloch dem Amtmann Fieser von Walldürn,

dem Amtmann von Jagemann zu Philippsburg die Amtsvorstandsstelle zu Kenzingen, unter Ernennung zum Oberamtmann,

dem Amtmann von Reichlin Meldegg zu Bonndorf die Amtsvorstandsstelle in Philippsburg,

dem Amtmann Schay in Säckingen die Amtsvorstandsstelle in Bonndorf zu übertragen, und

den Amtsassessor Nieder in Schönau in gleicher Eigenschaft zu dem Bezirksamt Säckingen zu versetzen.

Ferner haben Höchst dieselben gnädigst beschlossen:

die Amtmänner:

Benig in Redarbischofsheim,
 Bosch in Meersburg,
 Messmer in Möskirch,
 Flad in Schoppsheim,
 von Teufel in Mosbach und
 Waag in Hornberg zu Oberamtännern;

die Assessoren:

Ruth der ältere in Rastadt,
 Spangenberg in Wertheim,
 von Hunoltstein in Ettlingen,
 Leers zu Ladenburg,
 Lindemann zu Mosbach,
 Reiber zu Waldshut,
 Honfel zu Konstanz,
 Fingado zu Ettenheim,
 Bode zu Schwegingen zu Amtännern zu befördern;

dem Kanzlisten bei dem Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Johann Baptist Keimer die bei der katholischen Kirchensection erledigte Stelle eines Expeditors provisorisch zu übertragen;

den Bauconducteur zweiter Classe Friedrich Bischoff zu Bruchsal zum Bauconducteur erster Classe,

den Kanzleigehülfeu Maximilian Joseph Wagner zum Registraturgehülfeu bei der katholischen Kirchensection zu ernennen;

die evangelische Stadtpfarrei Hornberg dem Pfarrer Schmidt von Friesenheim zu übertragen;

die erledigte katholische Pfarrei Strümpfelbrunn, Amts Neudenau, dem Pfarrer Martin Hornuth zu Leutershausen Amts Weinheim zu verleihen.

Die fürstlich lehningsche Präsentation des erzbischöflichen Decans und Pfarrers Johann Michael Keim zu Altheim, Amts Walldürn, auf die erledigte katholische Pfarrei Hundheim, Amts Lauberbischofsheim, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Von neunzehn Rechtsandidaten, welche sich der letzten Spätjahrsprüfung unterzogen haben, wurden durch Beschluß des Großherzogl. Justizministeriums vom 27. Dezember l. J. nachstehende elf unter die Zahl der Rechtspraktikanten aufgenommen:

Joseph Riegel von Freiburg,
 Otfried Brummer von Heidelberg,
 Anton Pellisier von Bruchsal,
 Naphtalin Naef von Wangen,
 Ferdinand von Zech von Carlsruhe,
 Herrmann Obkircher von Willingen,

Ludwig Sachs von Karlsruhe,
 Mathias Schmieder von Rast,
 Hermann Friedmann von Mannheim,
 Philipp Ernst Chelius von Heidelberg und
 Emil Barbo von Ruchlingsbergen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die erste Beamtenstelle zu Wallbörn,
2. die erste Beamtenstelle zu Lorrach,
3. die zweite Beamtenstelle zu Bruchsal,
4. die zweite Beamtenstelle zu Bretten und
5. die Assessorsstelle bei dem Bezirksamt Schönaue sind in Erledigung gekommen.

Die Bewerber um dieselben haben sich binnen 4 Wochen und zwar die um die Beamtenstelle in Wallbörn bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft und die um die übrigen Beamtenstellen bei den betreffenden Kreisregierungen zu melden.

6. Bei der Regierung des Seekreises, und ebenso bei der Regierung des Mittelrheinkreises ist die Stelle eines katholischen Stiftungsrevisors in Erledigung gekommen.

Die Bewerber um eine dieser beiden Stellen haben sich bei der betreffenden Kreisregierung innerhalb 4 Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

7. Durch die Beförderung des Pfarrers Martin Schmidt von Friesenheim auf die evangelische Stadtpfarrei Hornberg ist die evangelische Pfarrei Friesenheim, Decanats Malsberg, mit einem Competenzanschlag von 697 fl. 57 kr. erledigt worden.

Die Bewerber um diese Stelle haben sich vorschriftsmäßig binnen 6 Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.

8. Durch die Beförderung des Pfarrers Martin Hornuth zu Leutershausen auf die katholische Pfarrei Strümpfelbrunn, Amts Neudau, ist die katholische Pfarrei Leutershausen, Amts Weinheim, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 650 fl. in Geld und Naturalfixum erledigt worden. Die Competenten um die letztbenannte Pfarrei haben sich bei der gräflich von Wiser'schen Grundherrschaft, welcher im gegenwärtigen Erledigungsfall das Präsentationsrecht zur katholischen Pfarrei Leutershausen zusteht, innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

9. Die durch den Tod des Kaplans Josef Anton Boll seit dem Jahre 1827 erledigte Heferei-Kaplanei zu Neuenburg soll nunmehr definitiv wieder besetzt werden.

Die Competenten um diese Pfründe, welche ein jährliches Einkommen von beiläufig 600 fl. in Geld und Güterbenützung hat, haben sich nach Maassgabe der Verordnung vom Jahr 1810 Regierungsblatt Nr. 38 Art. 4 bei dem erzbischöflichen General-Vikariate sowohl, als der Regierung des Oberrheinkreises binnen 6 Wochen zu melden.

10. Aus der Friedrich Christiane-Louisen-Stiftung in Karlsruhe sind vom Jahre

1843 an auf drei Jahre zwei Stipendien an katholische Subjekte, welche sich dem höhern Schulfache widmen, jedes mit jährlich 144 fl. und halbjährig zahlbar, zu vergeben. —

Die Bewerber, von welchen die aus den Standesherrschaften Salem und Petershausen gebürtigen vorzüglich zu berücksichtigen, und die dem höhern Schulfache sich widmenden katholischen Theologen nicht ausgeschlossen sind, haben sich mit legalen Ausweisen über Herkunft wissenschaftliche Fortschritte, Sitten und Vermögen binnen 6 Wochen bei der katholischen Kirchen-Section zu melden. —

Gestorbene ist:

Am 5. Dezember 1842 der pensionirte **Warter Stioß** von **Springen**.

Der Assistent an der chirurgischen Klinik zu **Heidelberg**, **Dr. Breitenbach**.

Berichtigungen.

Nr. 28 Seite 261 Zeile 2 von unten lese **Loog** statt **Lorg** und ändert sich hiernach die Berichtigung im Regierungsblatt Nr. 30 letzte Zeile.

In dem Regierungsblatt Nr. 37 Seite 319 Zeile 7 von unten lese statt **Drummer** **Drumm**.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 17. Januar 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir finden Uns bewogen, über die Stellung und den Geschäftskreis der beiden Kirchen-Ministerial-Sectionen zu verordnen, wie folgt:

§. 1.

Die beiden Kirchen-Ministerial-Sectionen treten in die Reihe der Central-Mittelbehörden, untergeordnet unter das Ministerium des Innern, unter der Benennung:

Evangelischer Ober-Kirchenrath,

Katholischer Ober-Kirchenrath.

Die Collegialglieder derselben erhalten den Titel:

Ober-Kirchenräthe und Assessoren.

§. 2.

Beide Behörden verbleiben, so weit sie die Rechte des Staats gegenüber der evangelischen und katholischen Kirche zu wahren haben, in dem ganzen Umfange ihrer bisherigen Geschäftscompetenz.

§. 3.

Dieselben erstatten ihre Berichte an Unser Ministerium des Innern schriftlich, communiciren mit den Kreisregierungen und andern Central-Mittelbehörden und erlassen ihre Verfügungen an die ihnen untergeordneten Bezirksstellen, namentlich die Bezirksamter, Decanate und Schulvisitationen unmittelbar.

§. 4.

Dem Ministerium des Innern bleibt überlassen, die Directoren der Ober-Kirchenräthe und nebst solchen die Respicienten in geeigneten Fällen zum mündlichen Vortrag oder zur Theilnahme an der Berathung in die Ministerial-Sitzungen einzuladen.

§. 5.

Der evangelische Ober-Kirchenrath hat, außer den im §. 2 gedachten Obliegenheiten, die innere Regierung Unserer evangelischen Kirche nach Maassgabe der evangelischen Kirchenverfassung selbstständig zu verwalten.

Hinsichtlich derjenigen auf die innere Kirchenregierung bezüglichen Angelegenheiten, welche Unsere höchste Entschliebung oder Genehmigung bedürfen, bestimmen Wir noch insbesondere, daß solche Uns durch den Chef des Ministeriums des Innern, wenn er evangelischer Confession ist, andernfalls durch ein von Uns benannt werdendes Mitglied des Staatsministeriums evangelischer Confession unmittelbar vorgetragen werden sollen.

Der Ministerial-Chef, oder Derjenige, den Wir statt seiner berufen, führt auch in dem evangelischen Ober-Kirchenrath bei Berathung solcher Angelegenheiten den Vorsitz.

Von den beschlossenen Vorträgen ist dem Ministerium des Innern zur Wahrung der Rechte des Staates jeweils Nachricht zu geben.

§. 6.

Diejenigen Collegial-Mitglieder des evangelischen und katholischen Ober-Kirchenraths, welchen Wir dormalen schon einen höheren Rang und Titel verliehen haben, behalten solchen für ihre Person.

Unser Ministerium des Innern ist mit der Verkündung dieses Unseres höchsten Willens beauftragt.

Gegeben zu Karlsruhe, in Unserem Staatsministerium, den 5. Januar 1843.

Leopold.

Frhr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Bekanntmachungen.

Die Bestimmung der Gefangen-Uebergabestationen zwischen Bayern und Baden betreffend.

Nachdem in Folge des zwischen dem Königreich Bayern und Württemberg und dem Großherzogthum Baden unterm 7. März 1816 abgeschlossenen Vertrages wegen wechselseitiger Uebergabe der Vaganten und anderer Ausgewiesenen, Karlsruhe als weiterer Uebergabsort für Transporte aus der Rheinpfalz, und Kandell als solcher für Transporte aus diesseitigem Gebiet im Einverständniß mit der königlich bayerischen Regierung bestimmt worden sind, so wird dieß hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 7. Januar 1843.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Müdt.

Vdt. Reinhard.

Die Errichtung einer höheren Bürgerschule in der Stadt Sinsheim betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschlieſung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 29. d. M., Nr. 2113, die Errichtung einer höheren Bürgerschule in Sinsheim mit einem fünfjährigen Kurs in drei Klassen gnädigst zu genehmigen geruht.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 31. Dezember 1842.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Müdt.

Vdt. Buiffon.

Uebersicht

der Studirenden auf den Landes-Universitäten Heidelberg und Freiburg im Winterhalbjahre 1842/43.

Im Winterhalbjahr 1842/43 studirten:

A. auf der Universität Heidelberg:

	Inländer.	Ausländer.	Im Ganzen.
1) Theologen, immatriculirte, und Seminaristen	29	3	32
2) Juristen	95	313	408
3) Mediziner, Chirurgen und Pharmazeuten .	29	80	109
4) Cameralisten und Mineralogen	46	12	58
5) Philosophen und Philologen	7	9	16
Summa	206	417	623

B. Auf der Universität Freiburg:

	Inländer.	Ausländer.	Im Ganzen.
1) Theologen	62	24	86
2) Juristen und Cameralisten	68	10	78
3) Mediziner, Pharmazeuten und Chirurgen .	47	32	79
4) Philosophen	5	5	10
Summa	182	71	253

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 30. Dezember 1842.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Müdt.

Vdt. Buiffon.

Bei der am 22. November v. J., als dem Geburtstage des höchstseligen Großherzogs Carl Friedrich, stattgehabten feierlichen Vertheilung der Preise, welche von Höchstdemselben im Jahre 1807 für Diejenigen gestiftet worden sind, welche die von den vier Fakultäten der Universität Heidelberg auszufehenden Preisfragen am besten beantworten würden, ist die goldene Medaille

dem Studiosus theologiae, Eduard Martini aus Maulburg,
dem Studiosus medicinae, Sigmund Schneider aus Ettlingen,
dem Studiosus philologiae, Johann Evangelist Rivola aus Hülfigen und
dem Studiosus philosophiae, August Schmidt aus Durlach
von den betreffenden Fakultäten zuerkannt worden. Die von der juristischen Fakultät gegebene Preisfrage blieb unbeantwortet.

Carlsruhe, den 30. Dezember 1842.

Ministerium des Innern.

Schr. von Hdt.

Vdt. Eisenlohr.

Stiftungen.

Die Schenkung des Gastwirths Adam Helmling in Neckarau von 100 Gulden zur Bildung eines Baufonds für das katholische Pfarrhaus zu Neckarau, sowie

die Stiftung der Erben des ledigen Schreinermeisters Johann Burmüller zu Großschöndach zum dortigen Schulfond, haben die Staatsgenehmigung erhalten.

Erlaubniß zum Tragen fremder Orden.

Durch höchste Ordre vom 13. Dezember 1842 erhielt der Oberstlieutenant von Röder im Generalstab die Erlaubniß, das ihm von Seiner Majestät dem König der Niederlande verliehene Ritterkreuz des Ordens der Eichenkrone annehmen und tragen zu dürfen.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht,
dem Generalmajor von Kalenberg, Garnisonscommandanten in Carlsruhe, den Stern zum bereits innehabenden Commandeurkreuz des Ordens vom Jähringer Löwen,
dem königlich preussischen Obersten und Commandeur des 20. Landwehrregiments, von Webern,

dem Geheimen Rath Siegel, Director der katholischen Kirchensection,
dem Dr. Kern, Director der Regierung des Seekreises,
dem Geheimen Rath Baumüller, Obervogt in Durlach,

dem Geheimen Rath Deimling, Obervogt in Pforzheim, und
dem Geheimen Rath Stößer, Stadtdirector in Karlsruhe, das Commandeurekreuz dieses Ordens,
dem Oberpostmeister von Kleudgen in Karlsruhe, die Auszeichnung des Eichenlaubs zum
bereits innehabenden Ritterkreuz desselben Ordens,
dem Kammerherrn Freiherrn von Klud,
dem Hofgerichts-Präsidenten Obkircher in Rastatt,
dem Oberhofgerichtsrath Tresurt,
dem Finanzministerialrath Ziegler,
dem Oberamtmann Eichrodt in Bretten,
dem Oberamtmann Pfister in Constanx,
dem Oberamtmann Eichtenauer in Buchen,
dem Oberamtmann Gockel in Weinheim,
dem Oberbaurath Sauerbed, bei der Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues,
dem Geistlichen Rath und Professor Dr. Werk in Freiburg,
dem Rittmeister Sped, Commandanten der 3. Gendarmeriedivision in Rastatt,
dem Medizinalrath Dr. Stein, Amtsphysikus in Weinheim,
dem Medizinalrath Dr. Koller, Director der Irrenanstalt Mlenau,
dem Bergrath und Hüttenverwalter Hug in Randern,
dem Forstmeister Wegel in Zwingenberg,
dem Bezirksbaumeister Boff in Freiburg,
dem Wasser- und Straßenbau-Bezirksinspektor Durban in Emmendingen,
dem Domänenverwalter Kläiber in Constanx, so wie
dem Dr. Joh. Nep. Müller, erzbischöflichen Dompräbendar in Freiburg, das Ritterkreuz des
oben genannten Ordens zu verleihen.

Militär-Dienst-Nachrichten.

Durch höchste Ordres vom 6. und 20. Dezember 1842 wurde Lieutenant Eisenlohr vom
Leibinfanterie-Regiment zum zweiten Infanterie-Regiment, Lieutenant Geres vom zweiten zum
Leibinfanterie-Regiment, Lieutenant von Lannstein vom vierten zum zweiten, und Lieutenant
Hieronimus vom zweiten zum vierten Infanterie-Regiment versetzt.

Durch höchste Entschliebung Seiner Königlischen Hoheit des Großherzogs vom
28. September 1842 wurde der Revisionsgehülfe Karl Fainaigl von der Oberdirection des
Wasser- und Straßenbaues zum Kriegsministerial-Revisor ernannt.

Nach höchster Ordre vom 15. Dezember 1842 wurden zu Oberchirurgen ernannt:

der praktische Arzt Dr. Weber bei dem zweiten Dragoner-Regiment,

der praktische Arzt Dr. Vierordt bei dem Leibinfanterie-Regiment,

der praktische Arzt Frey bei dem vierten Infanterie-Regiment.

Durch dieselbe höchste Ordre wurden versetzt:

der Regiments-Arzt Meier vom zweiten Infanterie-Regiment zum zweiten Dragoner-
Regiment,

der Regiments-Arzt Mühlhause vom zweiten Dragoner-Regiment zum dritten Infanterie-Regiment,

der Oberchirurg Goller vom dritten zum zweiten Infanterie-Regiment, und

der Oberchirurg Wallerstein vom Leibinfanterie-Regiment zum ersten Infanterie-Regiment.

Nach höchster Ordre vom 20. Dezember 1842 wurde der Oberlieutenant von Degenfeld vom Dragoner-Regiment Großherzog, und nach höchster Entschliesung vom 6. Dezember 1842 der Oberrevisor Sauerbeck bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit in Pensionsstand versetzt.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht,

die Revidenten Emil Steimann und Carl Kölig bei der evangelischen Kirchensection zu Revisoren bei dieser Stelle zu ernennen;

den seither bei der Oberrechnungskammer angestellten Oberrechnungs Rath Corneli wegen anhaltender Kränklichkeit in den Ruhestand zu versetzen;

die Versetzung des Pfarrers Georg Ott zu Nesselwangen auf die St. Nikolaus-Kaplanei zu Kirchhofen, und die Beförderung des Benefiziaten Karl Eschbacher zu Kirchhofen auf die Pfarrei Nesselwangen, Amts Ueberlingen, zu genehmigen.

Die Präsentation der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft, für den Professor August Wilkens zu Mosbach auf die evangelische Pfarrei Mittelschefflenz hat die Staatsgenehmigung erhalten;

Carl Lehmann von Kälbertshausen ist als hinlänglich befähigt unter die Zahl der practizirenden Geometer aufgenommen worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Durch die Ernennung des Professors Wilkens in Mosbach zum Pfarrer in Mittelschefflenz ist die mit einem evangelischen Theologen zu besetzende erste Lehr- und Vorstandsstelle an der höheren Bürgerschule in Mosbach mit einer Besoldung von 1000 fl. erledigt.

Die Competenten um diese Stelle haben sich binnen 4 Wochen bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft, welcher das Präsentationsrecht zusteht, nach Vorschrift zu melden.

2. Durch das Ableben des Raths Koch und des Raths König sind zwei Lehrstellen an den untern Classen des Lyceums zu Karlsruhe in Erledigung gekommen. Beide Stellen können auch mit erfahrenen Volksschullehrern besetzt und die Besoldung je nach der Befähigung und den Verhältnissen der Competenten bestimmt werden. Die Bewerber um diese beide Stellen, welche der evangelischen Confession angehören müssen, haben sich binnen 4 Wochen bei dem Oberstudienrath vorschriftsmäßig zu melden.

3. Durch die Beförderung des Pfarrers Carl Christoph Maler von Blansingen auf die Pfarrei Gundelfingen, ist die evangelische Pfarrei Blansingen, Decanats Lörrach, im Competenzanschlag von 928 fl. 34 kr. in Erledigung gekommen. Auf dieser Pfarrei haftet jedoch

noch eine Schuld von 226 fl. 5 kr., welche der neu zu ernennende Pfarrer in angemessenen Terminen zu berichtigen hat.

Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.

4. Die seit einigen Jahren erledigte katholische Pfarrei Berghaupten, Amts Gengenbach, wird mit einem Jahresertrag von 451 fl. 45 kr. in Geld, Naturalien und Gütern, ohne Einrechnung der Stolgefälle und mit dem Bemerken ausgeschrieben, daß auf derselben ein Kriegsschuldkapital von 26 fl. 36 kr. haftet, welches in sechs Jahrestermen heimzuzahlen ist. Die Competenten um diese Pfarrpründe haben sich nach Maßgabe der Verordnung im Regierungsblatt vom Jahr 1810 Nr. 38 Art. 2 und 3 bei der Regierung des Mittelrheinkreises innerhalb 6 Wochen zu melden.
5. Durch die Beförderung des Benefiziaten und Vorstandes der höheren Bürgerschule in Willingen. Bonifaz Jäckle auf die Pfarrei Untersimonswald, ist das Benefizium ad corpus Christi zu Willingen mit einem beiläufigen Ertrag von 500 fl., nebst einer Lehrstelle an der höheren Bürgerschule daselbst, mit dem damit verbundenen Gehalt von 200 fl. erledigt worden. Die Competenten um diese Stelle haben sich nach der Verordnung vom Jahr 1810, Regierungsblatt Nr. 38: insbesondere Art. 4, sowohl bei der Regierung des Saarkreises als bei dem erzbischöflichen Generalvicariat zu melden.
6. Durch das am 19. November 1842 erfolgte Ableben des Pfarrers Johann Gottfried Sauter ist die katholische Pfarrei Münchweiler, Amts Ettenheim, mit einer in Geld, Naturalien und Weinungen bestehenden Dotation von 700 fl., nebst 350 fl. für den zu haltenden Vicar erledigt worden. Die Competenten um diese Pründe, auf welcher der letzte Termin einer in vier Jahrestermen abzutragenden Kriegsschuld von 53 fl. 28 kr. haftet, haben sich nach Maßgabe der Verordnung vom Jahre 1810, Regierungsblatt Nr. 38, Art. 2 und 3 bei der Regierung des Oberrheinkreises binnen sechs Wochen zu melden.
7. Die von der Großherzoglich Markgräfllich Badischen Domänenkanzlei dem Pfarrer Friedrich Ragenmayer zu Weildorf ertheilte Präsentation auf die erledigte katholische Pfarrei Bermatingen, Amts Salem, hat die Staatsgenehmigung erhalten. Dadurch ist die katholische Pfarrei Weildorf, Amts Salem, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 700 fl. in Naturalien, Zehnt-, Gült- und Güterertrag erledigt worden. Die Competenten um die letztgenannte Pfarrpründe haben sich bei der Großherzoglich Markgräfllich Badischen Domainenkanzlei innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Gestorben ist:

Am 8. November 1842 der pensionirte Auditor Barth in Meersburg,

„ 23. „ „ der pensionirte Hofgerichts-Secretär von St. Georgen in Mannheim
und

„ 10. Dezember „ der pensionirte Amtmann Schmidt in Offenburg.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 9. Februar 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Im Interesse der Sicherung der oberrheinischen Grenze Deutschlands haben Wir mit Seiner Majestät dem Könige von Bayern am 24. April 1840 eine Uebereinkunft abgeschlossen, wornach Baden an Bayern die Landeshoheit über den zur Errichtung eines Vorwerkes und des Brückenkopfes in Verbindung mit der Festung Germersheim, so wie den für den Festungs-Rayon auf der rechten Rheinseite an Grund und Boden erforderlichen Flächenraum, Bayern dagegen an Baden die Landeshoheit über das in Folge der Rhein-Rectifikation bei Ketsch ihm zugefallene Gelände, der Koller genannt, in der Art überläßt, daß zugleich auch die Hoheit über das daran grenzende, der Uferlänge entsprechende Gebiet des Rheinstroms, so weit sie dem abtretenden Staate zustand, an den andern Staat übergeht.

Nach erfolgter Zustimmung Unserer getreuen Stände finden Wir Uns bewogen, dieses hierdurch mit dem Anfügen bekannt zu machen, daß das abzutretende Hoheitsgebiet von dem Gemeinds- und Gemarkungsverbande, in dem es bis dahin gestanden hat, losgetrennt wird, und daß bei Festsetzung der Entschädigung für denjenigen Grund und Boden, welchen Bayern als unmittelbares Festungs-Eigenthum bedarf, die Bestimmungen des Expropriations-Gesetzes vom 28. August 1835 zur Anwendung kommen.

Unsere Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten, des Innern und des Kriegs sind mit dem Vollzuge dieser Uebereinkunft beauftragt.

Gegeben zu Carlsruhe, in Unserem Staatsministerium, den 5. Januar 1843.

Leopold.

Schr. von Blittersdorff.

Auf höchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Die Verlängerung der Verträge vom 16. und 17. Dezember 1841, die steuerlichen Verhältnisse verschiedener Herzoglich Braunschweigischer Landestheile und die Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse mit Hannover, Oldenburg und Braunschweig betreffend.

Nachdem einerseits die zu dem Zoll- und Handelsvereine, und andererseits die zu dem Hannover-Oldenburgischen Steuervereine gehörigen Regierungen übereingekommen sind, die für die Dauer des Jahres 1842 abgeschlossenen Verträge, nämlich:

1. den Vertrag vom 16. Dezember 1841 zwischen Preußen für sich und in Vertretung der übrigen Mitglieder des Zoll- und Handelsvereins — und Braunschweig einerseits, und Hannover und Oldenburg andererseits —
die steuerlichen Verhältnisse verschiedener Herzoglich Braunschweigischer Landestheile betreffend.

Dann

2. den Vertrag vom 17. Dezember 1841 zwischen Preußen für sich und in Vertretung der sämtlichen übrigen Mitglieder des Zoll- und Handelsvereins, Hannover, Oldenburg und Braunschweig,
die Erneuerung des unter dem 1. November 1837 abgeschlossenen Vertrags wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse betreffend,
nebst den demselben angeschlossenen Uebereinkünften lit. A. B. C. D. und E. auf die Dauer des Jahres 1843 zu verlängern, so wird dieß in Gemäßheit höchster Entschliessung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs zur Nachricht und Nachachtung anmit bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 21. Januar 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
Fhr. von Blittersdorff.

Vdt. von Türckheim.

Die Ertheilung eines Privilegiums an die Kunsthändler Artaria und Fontaine zu Mannheim gegen den Nachstich des in ihrem Verlag herauskommenden von Ritter Toschi gefertigten Kupferstichs, die Kreuzabnahme nach dem Gemälde des Daniel di Volterra vorstellend, betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschliessung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 20. d. M. Nr. 97 gnädigst geruht, den Kunsthändlern Artaria und Fontaine zu Mannheim ein Privilegium gegen den Nachstich des in ihrem Verlag herauskommenden — von Ritter Toschi gefertigten Kupferstichs — die Kreuzabnahme nach dem Gemälde des Daniel di Volterra vorstellend, auf die Dauer von zehn Jahren huldreichst

zu verleihen, unter Festsetzung einer Strafe von Einhundert fünfzig Gulden, nebst Confiskation der nachgefertigten Produkte auf den Fall der Verletzung dieses Privilegiums.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 24. Januar 1843.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Buissou.

Nach eingeholter höchster Ermächtigung wird die mit dieseitiger Verfügung vom 8. März 1839 und 1. September 1840 errichtete Posthalterei in Forbach vom 15. Februar d. J. an wieder aufgehoben und die Postdistanz von Gernsbach bis Schönmünzach anmit auf 1½ Post bestimmt.

Carlsruhe, den 27. Januar 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. von Blittersdorff.

Vdt. Lärdeheim.

Die Serienziehung für die vierte Gewinnziehung von dem Anlehen zu fünf Millionen Gulden von 1840 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Serienziehung für die vierte Gewinnziehung von dem Anlehen der Amortisationskasse von 1840 zu fünf Millionen Gulden sind die

Serien-Nummern 524, enthaltend die Loos-Nummern 52301 bis 52400,

" " 54 " " " " 5301 " 5400,

" " 746 " " " " 74501 " 74600,

" " 688 " " " " 68701 " 68800,

herausgekommen, was andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 1. Februar 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Molter.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden ihres löblichen Zweckes wegen, hiermit bekannt gemacht.

Es haben gestiftet:

Die verstorbene Magdalena Weber von Mördingen in den dortigen Armenfond 20 fl.

Die Wittve des Jakob Bucher von Mördingen in den dortigen Schulsfond 20 fl.

Maria Baldvogel von Hinterstraß in den dortigen Schulfond 100 fl.

Maria Pfaff, Wittve. des Bartholomä Dilger von Breitnau, in den dortigen Armenfond 14 fl.

J. Fr. Schworer von Weil in den dortigen Almosenfond mit der Verbindlichkeit, die Zinse zur Anschaffung für Brennholz für Ortsarme zu verwenden 100 fl.

Kaufmann Georg Bäs in von Müllheim in den Spitalfond daselbst 100 fl.

Die Wittve des Registrators Segel zu Freiburg in das dortige Waisenhaus 531 fl. 30 kr.

Gregor Joos von Oberwiesl in den dortigen Kirchenfond zur Verwendung der Zinse auf Paramente 100 fl.

Der verstorbene Stadtrath Georg Anton Hummel von Freiburg in den dortigen Krankenspitalfond 200 fl.

Sebastian Knörzer und Barbara Horn, geborne Knörzer, von Pülfringen, dem dortigen Almosen 50 fl.

Margaretha Müller zu Brunnthal in die Kirche zur Vergoldung eines Bildes 25 fl.

Ein Ungenannter in die Kirche zu Spechbach ein Velum im Werthe von 33 fl.

Der Graf und Grundherr Wilhelm von Wiser in Leutershausen in den christlichen Armenfond 200 fl.

Der verstorbene Dekan Philipp Greber in den Kirchenfond in Roth zur Anschaffung von Schulbüchern für arme Kinder 100 fl.

Jakob Friedrich Eifengerin Wittve in Heidelberg dem vormals lutherischen Hospital 100 fl. und dem ehemals reformirten Hospital 100 fl.

Mehrere evangelische Einwohner zu Heppenheim dem Kirchenfond in Laudenbach eine Kanzelbibel im Werthe von 16 fl. und 50 fl. baares Geld.

Maria Maier in Böhrenbach in den dortigen Armenfond 200 fl.

Theresia Sigwart daselbst in denselben Fond 50 fl.

Joseph Hebling allda zu gleichem Zwecke 29 fl. 17 kr.

Erlaubniß zum Tragen fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Obersten à la Suite Freiherrn Straus von Dürkheim die gnädigste Erlaubniß ertheilt, das ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Oldenburg verliehene Commandeurkreuz Seines Haus- und Verdienstordens,

ebenso dem fürstlich Löwensteinischen Kanzleidirector Kahl in Wertheim das ihm von Seiner Majestät dem König von Bayern verliehene Ritterkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael anzunehmen und zu tragen.

Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Kammerherrn Franz Simon Freiherrn von Pfaffenhofen das Ritterkreuz des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden:

die bisherigen Hofjunker Friedrich Alexander Freiherr von Münzesheim, August Seutter von Löben, Carl von Vincenti, Carl Freiherr Rüd't von Collenberg-Bödingheim und Friedrich Gustav von Stein zu Liebenstein und Barchfeld zu Höchst-Ihren Kammerjunkern; ferner den Rechtspraktikanten Gottfried von Dusch, die Rechtscandidaten Johann Paul Friedrich August Freiherr von Ungern-Sternberg und Hermann Freiherr von Falkenstein, so wie den Forstpraktikanten Carl von Verschuer zu Höchst-Ihren Hofjunkern zu ernennen;

den bisherigen Ministerial-Revisor Wilhelm Schmidt zum Geheimen-Cabinetsregistrator,

den bisherigen Consul J. W. Schmidt zu New-York zu Höchst-Ihrem General-Consul in den vereinigten Staaten von Nordamerika zu ernennen;

der unterthänigsten Bitte des zum Oberamtsvorstand in Pforzheim ernannt gewesenen Oberamtmanns Lang in Sinsheim, um Belassung auf seiner bisherigen Stelle als Vorstand des Amtes Hoffenheim, zu entsprechen,

und den Oberamtmann Bleibimhaus zu Ueberlingen zum Bezirksamt Wiesloch zu versetzen;

die erledigte Stelle eines Assessors bei dem Bezirksamte Gengenbach dem Rechtspraktikanten Ludwig Schaike in Offenburg,

dem Assistenzarzt Dr. Wilhelm zu Eppingen das Physikat Eppingen,

das Physikat Neudenu zu Mosbach dem praktischen Arzte, Wund- und Hebarzte Heinrich Kraus zu Mosbach zu übertragen;

dem Privatdocenten Dr. Delffs in Heidelberg den Titel eines außerordentlichen Professors zu verleihen;

den Postofficialen Maurus in Rastadt in gleicher Eigenschaft zu der Postwagen-Expedition Carlsruhe, und den bei letzterer angestellten Officialen Joseph Werber zu dem Postamt Rastadt zu versetzen;

die katholische Pfarrei Brenden, Amts Bonndorf, dem Pfarrer Johann Baptist Asaal zu Saig,

die katholische Pfarrei Gremelsbach, Amts Triberg, dem Pfarrverweser Augustin Freund zu Dillendorf,

die katholische Pfarrei Forchheim, Amts Kenzingen, dem dortigen Pfarrverweser Joseph Haberstroh,

die katholische Pfarrei Neuhausen, Oberamts Pforzheim, dem Pfarrer Michael Hopfenstock zu Weingarten, Oberamts Durlach,

und die Stelle eines Dekans der Diözese Weinheim dem bisherigen Dekanatsverweser, Bezirks-Schulvisitator und Stadtpfarrer zu Weinheim, Johann Ludwig Hörner, definitiv zu übertragen.

Nach dem Antrag der evangelischen Kirchen- und Prüfungscommission sind die sich zur Späthjahrsprüfung 1842 gemeldeten drei Theologen:

Theodor Beck von Graben, unter Bestimmung seiner Reception auf das Frühjahr 1842,

Wilhelm Frisch von Wehr bei Lörrach,

Ludwig Adolph Sabel von Treschklingen

unter die Pfarrcandidaten aufgenommen worden.

Durch Beschluß des Großherzoglichen Justizministeriums vom 27. Januar l. J. Nr. 415 ist dem Rechtspraktikanten Carl Friedrich Heunisch von Karlsruhe das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten, auf das er früher verzichtet hatte, wieder verliehen und ihm gestattet worden, solches in Freiburg auszuüben.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Am Pädagogium in Tauberhofsheim sind zwei mit katholischen Geistlichen zu besetzende Lehrstellen vacant, und zwar die erste Lehrstelle, womit die Direction der Anstalt verbunden ist, mit einer Besoldung von 950 fl. einschließlich der zu 95 fl. angeschlagenen Wohnung, und die dritte Lehrstelle mit einer Besoldung von 600 fl. bis 700 fl. Die Competenten um die erste Lehrstelle haben sich binnen 4 Wochen bei dem Oberstudienrath und jene um die dritte Lehrstelle haben sich binnen gleicher Frist bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft, welcher das Präsentationsrecht für diese Stelle zusteht, nach Vorschrift zu melden.
2. An der neu errichteten höhern Bürgerschule in Sinsheim sind drei Lehrerstellen zu besetzen, die erste mit 800 bis 900 fl., die zweite mit circa 600 fl., die dritte mit 400 bis 500 fl. Besoldung. Davon soll wenigstens die erste mit einem wissenschaftlich gebildeten Lehramts Candidaten, die beiden letztern aber können mit Lehrern aus der Klasse der Volksschullehrer besetzt werden. Die Competenten um diese Stellen haben sich binnen 4 Wochen bei dem Oberstudienrath zu melden.
3. An der großherzoglichen Veterinärsschule zu Karlsruhe ist eine Lehrstelle mit einer jährlichen Besoldung von 1000 fl. nebst freier Wohnung im Institutsgebäude erledigt.
Dieselbe soll mit einem wissenschaftlich gebildeten Lehrer, der wenigstens 3 Jahre lang als Thierarzt selbstständig practicirte, oder wenigstens 2 Jahre lang an einer Thierarzneischule angestellt war, besetzt werden.
Die Bewerber um diese Stelle, unter welchen auch Ausländer zugelassen werden, haben ihre Gesuche unter Anschluß der Zeugnisse innerhalb vier Wochen bei der Sanitätscommission einzureichen.
4. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den Pfarrer Fritou auf seine unterthänigste Bitte der ihm übertragenen Pfarrei Hügelheim zu entheben und denselben in Randern zu belassen: die Pfarrei Hügelheim wird demnach

wiederholt, mit einem Competenzanschlag von 1278 fl. 2 fr. ausgekündigt und haben sich die Bewerber um dieselbe vorschriftsmäßig durch ihre Decanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde binnen 6 Wochen zu melden.

5. Die evangelische Pfarrei Sulz, Decanats Mahlsberg, mit einem Competenzanschlag von 626 fl. 56 fr. und einem wahren Ertrag von ungefähr 800 fl., worauf jedoch größtentheils für Güterankauf gegen 700 fl. Schulden ruhen, welche der neu ernannt werdende Pfarrer in 10 Jahresterminen mit abfallenden Zinsen zu bezahlen hat, soll wieder besetzt werden; die Bewerber um dieselbe haben sich bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig zu melden.
6. Durch das Ableben des pensionirten Pfarrers Arnold ist die evangelische Pfarrei N u ß - b a u m, Decanats Bretten, mit einem Competenzanschlag von 1290 fl. 37 fr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
7. Die Stelle eines katholischen Hausgeistlichen zur Versorgung des Gottesdienstes und der seelsorgerlichen Verrichtungen in der Heil- und Pfléganstalt Illenau, Amts Achern, wird nunmehr mit einem jährlichen Gehalt von 1000 fl. nebst freier Wohnung wiederholt ausgeschrieben. Die Competenten um dieselbe haben sich bei der Regierung des Mittelrheinkreises innerhalb 4 Wochen zu melden.

8. Durch die Beförderung des Pfarrers Andreas Hummel auf die Pfarrei Sipplingen, Amts Ueberlingen, ist die Pfarrei Grüningen, Amts Willingen, mit einem beiläufigen Einkommen von jährlich 600 fl. erledigt worden.

Die Bewerber um diese Pfründe haben sich nach Vorschrift im Regierungsblatt Nr. 38 vom Jahr 1810, insbesondere Art. 4, sowohl bei der Regierung des Saarkreises als bei dem erzbischöflichen Generalvicariate binnen 6 Wochen zu melden.

9. Durch das am 20. Juli v. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Gerber ist die katholische Pfarrei Roth, Amts Philippsburg, mit einem jährlichen in Geld, etwas Naturalien und Güterbenützung bestehenden Einkommen von circa 2200 fl. in Erledigung gekommen.

Die Bewerber um diese Pfründe, auf welcher die Verbindlichkeit haftet:

- a. alljährlich und zwar 17 Jahre lang zur Gründung eines Kirchen- und Pfarrhausbaufonds zu Roth 200 fl. abzugeben, und
- b. eine zu 4 Prozent verzinsliche Kriegsschuld mit 279 fl. 42 fr. in fünf vom Tage des Pfründgenusses anfangenden Jahresterminen zu tilgen —

haben sich in Gemäßheit der Verordnung vom Jahre 1810, Regierungsblatt Nr. 38 Art. 2 und 3 bei der Regierung des Unterrheinkreises nach Vorschrift binnen 6 Wochen zu melden.

10. Durch die Versetzung des Pfarrers Alois Link ist die Pfarrei Bombach, Amts Rensingen, mit dem beiläufigen Einkommen von 1000 fl. in Geld und Güterertrag, worauf aber die Verbindlichkeit ruht, ein verzinsliches Pfarrhausbaufonds-Kapital von 281 fl. 40 fr. in zehn Jahresterminen heimzuzahlen, erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarr-

pfründe haben sich nach Maassgabe der Verordnung vom Jahr 1810 Regierungsblatt Nr. 38, insbesondere Art. 4 sowohl bei der Regierung des Oberrheinkreises als bei dem erzbischöflichen General-Vicariate zu melden.

11. Durch die Beförderung des Decans und Pfarrers Franz Anton Rudolff auf die Pfarrei Langenbrücken, Oberamts Bruchsal, ist die katholische Pfarrei Kürzell, Oberamts Lahr, mit einem beiläufigen Einkommen von 1000 fl. in Geld und Naturalien, worauf die Verbindlichkeit ruhet, einen Vicar zu verköstigen und mit 100 fl. jährlich zu salariren, erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrpfründe haben sich nach Maassgabe der Verordnung im Regierungsblatt vom Jahr 1810 Nr. 38 Art. 2 und 3 bei der Regierung des Oberrheinkreises innerhalb 6 Wochen zu melden.
12. Durch die Beförderung des Pfarrers Johann Baptist Asaal zu Saig auf die Pfarrei Brenden, Amts Bonndorf, ist die katholische Pfarrei Saig, Amts Neustadt, mit einem beiläufigen Ertrag von 650 fl. erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrpfründe haben sich bei der fürstlichen Standesherrschaft Fürstenberg als Patron nach Vorschrift zu melden.
13. Durch die Versetzung des Pfarrers Johann Jakob auf die Kaplanei Liptingen, ist die Pfarrei Hochdorf, Landamts Freiburg, in Erledigung gekommen.
Die Bewerber um diese Pfründe, deren jährliches Einkommen in circa 540 fl. in Geld und Güterbenützung besteht, haben sich nach Maassgabe der Verordnung vom Jahr 1810 Regierungsblatt Nr. 38 Art. 4, sowohl bei dem erzbischöflichen General-Vicariat als bei der Regierung des Oberrheinkreises zu melden.
14. Der Dienst eines Hauptamts-Controleurs bei dem Hauptzollamt Kadelburg ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen 4 Wochen vor-schriftsmässig bei der Zolldirection zu melden.

Gestorben ist:

Am 10. Jänner 1843 der Lehrer Schüssle an der Veterinärshule.
 " " " " " Hauptzollamtscontroleur Dick in Kadelburg.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 15. Februar 1843.

**Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

Nachdem der am 1. Juli v. J. von den Bevollmächtigten der Neckaruserstaaten dahier unterzeichnete Vertrag über die Neckarschiffahrts-Ordnung die allseitige Ratifikation erhalten hat, auch die hierüber ausgefertigten Urkunden vom 25. v. M. gegenseitig ausgetauscht worden sind, so verfügen Wir andurch, daß gedachter Vertrag zur allgemeinen Nachricht öffentlich verkündet und dem Artikel 69. desselben gemäß von dem 25. künftigen Monats Februar an, in Vollzug gesetzt werde.

Carlsruhe, den 31. Januar 1843.

Leopold.

Frhr. von Blittersdorff.

Auf höchsten Befehl Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Schiffahrtsordnung für den Neckar.

Im Hinblick auf die Bestimmungen der Wiener Congressacte über die Flußschiffahrt, und um diesen Bestimmungen auch auf dem Neckar vollständige Anwendung zu verschaffen, haben die Neckaruserstaaten beschlossen, auf der Grundlage der zwischen ihnen bestehenden, die Neckarschiffahrt und den Neckarzoll betreffenden Uebereinkunft vom 30. Juli, resp. 5. und 15. August 1835, nach deren erstem Artikel die

Bestimmungen der Rheinschiffahrtsordnung vom 31. März 1831 im Allgemeinen auch auf den Neckar, soweit er schiffbar ist, angewendet werden sollen, eine Neckarschiffahrtsordnung zu vereinbaren.

Zu diesem Zwecke haben

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden:

Ihren Ministerial-Director Franz Anton Regenauer, Commandeur des Großherzoglich

Badischen Ordens vom Jähringer Löwen, Ritter des Königlich Preussischen rothen Adlerordens zweiter Classe und Commandeur zweiter Classe des Kurfürstlich Hessischen Hausordens vom goldenen Löwen,

und

Ihren Kammerherrn und Legationsrath, auch Bevollmächtigten bei der Centralcommission für die Rheinschiffahrt, Ludwig von Kettner, Ritter des Ordens vom Jähringer Löwen und der Königlich Französischen Ehrenlegion;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein:

Ihren Geheimen Rath und Bevollmächtigten bei der Rheinschiffahrts-Centralcommission Carl August Verdier de la Blaquière, Ritter des Großherzoglich Hessischen Ludewigsordens erster Classe, des Königlich Preussischen rothen Adlerordens dritter Classe, der Königlich Französischen Ehrenlegion und des Königlich Bayerischen Civilverdienstordens der Bayerischen Krone dritter Classe;

Seine Majestät der König von Württemberg:

Ihren Finanzrath Wilhelm Waghinger, Ritter des Königlich Preussischen rothen Adlerordens dritter Classe,

zu Bevollmächtigten ernannt, und diese sind mit Vorbehalt der höchsten Ratification über nachstehende

Neckarschiffahrts-Ordnung,

die als ein Vertrag nicht ohne allseitige Einwilligung soll abgeändert werden dürfen, übereingekommen:

Erster Titel.

Von der Schiffahrt auf dem Neckar im Allgemeinen und von den unter den Neckaruserstaaten hiefür verabredeten Zugeständnissen.

Artikel 1.

Die Schiffahrt auf dem Neckar soll von da an, wo er schiffbar ist, bis zum Rhein, sowohl aufwärts als abwärts, und vom Rhein in den Neckar, wie vom Neckar in den Rhein, völlig frei seyn und in Bezug auf den Handel Niemand untersagt und keinen anderen als den in der gegenwärtigen Schiffahrtsordnung festgesetzten Abgaben unterworfen werden können, vorbehaltlich der näheren Bestimmungen, welche die Schiffahrtsordnung enthält.

Artikel 2.

Die Neckaruserstaaten machen sich anheischig, eine besondere Sorgfalt darauf zu verwenden, daß auf ihrem Gebiete der Leinpfad überall in guten Stand gesetzt, darin erhalten und, so oft es nöthig seyn wird, ohne einigen Aufschub auf Kosten desjenigen, den es angeht, wieder hergestellt werde, damit in dieser Beziehung der Schiffahrt nie einiges Hinderniß im Wege stehe.

Sie verbinden sich überdies, jeder für seine Gebietsstrecke, die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, daß durch Mühlen oder andere Trieb- und Räderwerke auf dem Strom, ingleichen durch Wehre oder sonstige Kunstanlagen irgend einer Art niemals eine Hemmung oder ein Aufwand der Schiffahrt verursacht werde, daß ferner bei fliegenden oder Schiffbrücken die Durchlassung der Fahrzeuge oder Flöße, die ihre Fahrt fortsetzen wollen, so schnell als möglich geschehe, ohne daß dafür eine andere Zahlung als ein mäßiges, durch gemeinschaftliche Uebereinkunft und auf einen unveränderlichen Satz festzustellendes Entgelt gefordert werden könne, und daß endlich jedes andere, im Strombett selbst vorkommende Hinderniß der Schiffahrt, sofern dergleichen Hindernisse von einem Mangel der gehörigen Stromaufsicht und Instandhaltung des Strombettes herrühren, ohne Aufschub und auf ihre eigene Kosten hinweggeräumt werde.

Artikel 3.

Jedem Neckaruserstaate bleibt es überlassen, eine oder mehrere Städte längs des Neckarufers

zu Freihäfen für den Neckarhandel zu erklären. Demzufolge werden von der Königlich Württembergischen Regierung

Heilbronn und Cannstadt,
von der Großherzoglich Badischen Regierung

Mannheim und Heidelberg
als Freihäfen bezeichnet, wogegen die Großherzoglich Hessische Regierung von der Bezeichnung einzelner Orte als Freihäfen für jetzt Umgang nimmt, sich jedoch ihre desfallsigen Rechte für die Zukunft vorbehält.

Alle Waaren, welche zu Wasser nach diesen Freihäfen gebracht werden, dürfen daselbst unter Aufsicht der Steuerverwaltung des Staates auf längere oder kürzere Zeit in den öffentlichen Niederlagen gelagert und zum Transport auf der Wasserstraße wieder eingeladen werden, ohne irgend einer Eingangs-, Ausgangs- oder Durchgangsabgabe unterworfen zu seyn. Den allgemein festgesetzten Magazins-, Bohlwerks-, Krahlen- und Waaggebühren sind solche Waaren nach Maßgabe der folgenden Artikel unterworfen.

Artikel 4.

Für die Benützung der Hafenanstalten und der sonstigen Ein- oder Abladeplätze wird unter der Benennung von Bohlwerks- (Kai-), Krahlen- und Waaggebühren ein Entgelt erhoben, dessen Betrag aber

a) an Bohlwerksgebühr	1 1/2 fr.
b) an Krahlengebühr bei der Abladung	1 1/2 fr.
bei der Einladung	1 1/2 fr.
im Ganzen also	2 1/2 fr.
c) an Waaggebühr	1 1/2 fr.

für den Zentner nicht übersteigen darf.

Von Gütern, welche zu ihrer sichern Aufbewahrung in den an jedem Ein- oder Abladeplatz befindlichen Magazinen gelagert werden, kann eine Magazin- oder Lagergebühr, jedoch nicht mehr als im ersten Monat 1/10 Kreuzer für den Tag und in den folgenden Monaten 1/20 Kreuzer für den Tag, je vom Zentner, erhoben werden.

Alle diese Gebühren sollen für Inländer und Ausländer gleich seyn.

Artikel 5.

Wo Werfte, Bohlwerke, Krahlen, öffentliche Waagen, Magazine und Sicherheitshäfen, sei es auf Kosten des Staats, in dessen Gebiet der Ort gelegen ist, oder auf Kosten einer Gemeinde errichtet sind, ist nur derjenige, der sie wirklich gebraucht, die in Gemäßheit des vorhergehenden Artikels von der Landesherrschaft festzusetzenden und zur Deckung der Unterhaltungs- und Beaufsichtigungskosten bestimmten Gebühren zu zahlen verpflichtet.

Alle dieser Bestimmung zuwider laufenden Gewohnheiten sind hiermit abgeschafft.

Ein Schiffspatron oder Führer, der an Ufer anlegt und Waaren aussetzt oder einladet, ohne die eine oder andere Anstalt zu benutzen und ohne die gewöhnliche Uferbenützung zu verhindern, ist die Gebühr nur für diejenigen dieser Anstalten zu zahlen verpflichtet, die er wirklich gebraucht hat und die benutzt werden müssen, um das Gewicht der Ladung, indem sie an Bord gebracht wird, auszumitteln und festzustellen.

Artikel 6.

Die Regierungen der Neckarufestaaten machen sich verbindlich, die Freiheit der Schifffahrt, wie sie für den Neckarfluß in seinem natürlichen Bette besteht, auch auf alle jene Wasserstraßen auszudehnen, welche durch künstliche Anlagen gebildet worden oder noch gebildet werden und zu dem Transport der Neckargüter ohne Vertauschung des Wassertransports mit dem Landtransport benutzt werden können.

In diesem Falle haben aber die Schiffer, welche das natürliche Bett des Neckarstroms verlassen, sich allen zur Verhinderung von Unterschleifen vorgeschriebenen Formalitäten, sowie der Zahlung der auf der künstlichen Wasserstraße angeordneten Wasserweggelder und anderen Abgaben dieser Art zu unterwerfen, in welcher Beziehung jedoch zwischen inländischen und ausländischen Schiffen und Fahrzeugen kein Unterschied gemacht werden darf.

Artikel 7.

In keinem der Neckaruserstaaten dürfen die Güter, welche auf dem Neckar ein- oder ausgeführt werden, mit einer größeren Land- Ein- oder Aus- oder Durchgangsabgabe belegt werden, als Güter derselben Gattung, die zu Lande ankommen oder ausgehen.

Auch darf in Beziehung auf zu Wasser ankommende oder abgehende Güter und auf die davon zu entrichtenden Land- Ein-, Aus- oder Durchgangsabgaben kein Unterschied zwischen inländischen und ausländischen Schiffen, inländischen und ausländischen Fahrzeugen oder zwischen den Häfen gemacht werden, wo die Güter geladen wurden, oder wohin sie versendet werden.

Zweiter Titel.

Von den Schifffahrtsabgaben und den Mitteln, sich von deren gehöriger Entrichtung zu überzeugen.

Artikel 8.

Wer auf dem Neckar, von seinem Ausfluß in den Rhein an bis zur Badisch-Hessischen Gränze oberhalb Heinsheim, Schifffahrt treibt, hat unter dem Titel von Schifffahrtsabgaben

- 1) eine Schiffsgebühr für jedes befrachtete Schiff von 600 Zentnern Ladungsfähigkeit oder darüber,
- 2) einen Zoll von der Ladung zu entrichten.

Artikel 9.

Zur Erhebung der Schiffsgebühr und des Zolles sind

- 1) für die Fahrt abwärts die Zollstätten Neckarelz, Heidelberg und Mannheim,
- 2) für die Fahrt aufwärts die Zollstätten Mannheim, Heidelberg und Neckarelz bestimmt.

Artikel 10.

Die Schiffsgebühr wird nach dem Tarife A, und zwar je für eine Fahrt zu Berg oder zu Thal nur einmal erhoben.

Dies geschieht durch die Zollstätte, bei welcher das Schiff abfährt, oder welche es zuerst berührt.

Artikel 11.

Der Zoll wird nach dem Tarife B bei jeder der im Artikel 9 bezeichneten drei Neckarzollstätten zu einem Drittel erhoben, und zwar;

- bei der Bergfahrt von jedem Fahrzeug, das von dort ab- oder vorbeifährt;
- bei der Thalfahrt hingegen von jedem Fahrzeug, das dort ankommt oder passiert.

Artikel 12.

Schiffen, die auf einer Fahrt zu Berg oder zu Thal mehrere Zollstätten berühren, ist gestattet, den hiernach im Ganzen zu erlegenden Zoll sogleich bei der ersten Zollstätte, bei der sie ab- oder vorbeifahren, zu entrichten.

Artikel 13.

Die Artikel 8 bis 12 und die Tarife A und B sollen an jeder Neckarzollstätte öffentlich angeschlagen werden.

Artikel 14.

Die Erhebung vorbemerakter Schifffahrtsabgaben geschieht für ausschließliche Rechnung der Großherzoglich Badischen Regierung.

Eine etwaige Aenderung der für diese Schifffahrtsabgaben vereinbarten Tariffäge nach Maßgabe der Artikel 3 und 6 der Uebereinkunft der Neckarstaaten über die Neckarzölle vom 30. Juli, beziehungsweise 5. und 15. August 1835, sowie eine etwaige Erhebung von Schifffahrtsabgaben für Rechnung der Königlich Württembergischen oder der Großherzoglich Hessischen Regierung nach Maßgabe der Artikel 5 und 6 der eben erwähnten Uebereinkunft bleibt vorbehalten.

Artikel 15.

Die Neckarschifffahrtsabgaben sollen niemals weder ganz noch theilweise verpachtet, sondern für eigene Rechnung des Staats, welcher sie zu beziehen hat, durch für den Dienst zureichende Beamte erhoben werden.

Artikel 16.

Die Großherzoglich Badische Regierung und, im Falle etwa auch vom Großherzogthum Hessen oder von Württemberg (siehe Art. 14) ein Neckarzoll erhoben würde, die Großherzoglich Hessische und die Königlich Württembergische Regierung sind zu ganzen oder theilweisen Nachlässen, jede an dem ihr gebührenden Antheil der Neckarschifffahrtsabgaben zu Gunsten einzelner Personen und in einzelnen Fällen jederzeit befugt.

Bei Nachlässen oder Tarifsminderungen durch allgemeine Verordnungen aber darf zwischen in- und ausländischen Schiffen kein Unterschied gemacht werden.

Artikel 17.

Kein Schiffer kann aus irgend einem Grunde einen ganzen oder theilweisen Nachlaß des schuldigen Zolles fordern.

Ein Schiffer ist jedoch nicht schuldig, den Zoll an der nämlichen Zollstätte noch einmal zu bezahlen, im Fall er durch höhere Gewalt oder um Schiff und Waaren vor Gefahr zu sichern, genöthigt ist, an diese Zollstätte zurückzukehren.

Rückersaß des bezahlten Zolls kann ausschließlich nur dann in Anspruch genommen werden, wenn und soweit zu viel erhoben worden ist.

Artikel 18.

Die Großherzoglich Badische Regierung darf die Wasserzollstätten nicht vermehren oder verlegen ohne Zustimmung der andern Neckarstaaten. Dagegen ist sie befugt, die eine oder andere Zollstätte aufzuheben oder deren Tarif auf eine andere Zollstätte überhaupt oder für bestimmte Fälle zu übertragen; jedoch nur unter der Voraussetzung, daß dadurch in keinem Falle für die Schiffer eine größere Belastung an den Schifffahrtsabgaben herbeigeführt werde.

Artikel 19.

Die Erhebung dieser Abgaben geschieht bei Schiffen auf den Grund eines Nischscheins und eines Manifestes nach Formular C, bei Flößen auf den Grund eines Manifests nach demselben Formular.

Das Manifest wird von dem Schiffspatron oder Führer selbst oder für denselben von einem Andern, der jedoch kein Neckarschifffahrts- oder Hafenbeamter seyn darf, gefertigt und von dem Schiffspatron oder Führer unterzeichnet.

Für den Inhalt des Manifests bleibt der Schiffspatron oder Führer verantwortlich; mag er es selbst abfaßt, oder sich dazu fremder Hülfe bedient haben.

Artikel 20.

So wie ein Fahrzeug oder ein Floß eine der Wasserzollstätten erreicht, muß der Führer desselben anlegen und seine Ankunft dem Wasserzoller anzeigen; bei beladenen Fahrzeugen ist zugleich der im vorhergehenden Artikel bezeichnete Nischschein nebst dem Manifest und den Frachtbriefen,

bei Flößen das Manifest vorzulegen. Der Zoller erhebt hierauf die Zölle, stellt besondere Quittung darüber aus, trägt den erhobenen Zollbetrag in die hiesfür bestimmte Spalte des Manifestes ein und übergibt dann sämmtliche Papiere dem Schiffs- oder Floßführer.

Jeder Schiffs- oder Floßführer ist verbunden, den Eintrag des Zollers in's Zollregister über die Art und Menge der verzollten Güter und den Betrag der davon erhobenen Zölle zu unterschreiben.

Zum Anlegen bei jeder Zollstätte ist der Schiffs- oder Floßführer selbst dann verbunden, wenn er den Zoll für die ganze Fahrt bei der ersten Zollstätte bereits entrichtet hat. Schiffer, welche alle drei Zollstätten auf ihrer Fahrt berühren, sollen jedoch von der Verbindlichkeit zum Anlegen bei der mittleren Zollstätte dann befreit bleiben, wenn sie

- 1) an der zuerst berührten Zollstätte bei Vorausbezahlung des Zolles für die ganze Fahrt schriftlich sich anheischig machen, zwischen der ersten und der letzten Zollstätte keine Zu- oder Ausladung vorzunehmen,
- 2) auch, daß sie in diesem Falle sind, durch Aufhissung einer zwei Fuß breiten und fünf Fuß langen rothen Flagge auf halbem Mast öffentlich kund geben, endlich
- 3) diese Flagge nicht eher abnehmen, als bis sie an der letzten Zollstätte angelangt sind, dort ihr Manifest vorgelegt haben, und sich dabei kein Anstand ergeben hat.

Artikel 21.

Die Abfertigung der Schiffs- und Floßführer geschieht streng nach der Zeit der Anmeldung. Der Führer eines unbeladenen Fahrzeuges kann jedoch verlangen, daß der Zoller die Einsicht vom Fahrzeug, welche er für nöthig hält, sogleich nehme, damit er unaufgehalten seine Fahrt fortsetzen kann, sofern der Zoller nicht gerade in der Abfertigung eines beladenen Schiffs oder Floßes schon begriffen ist.

Artikel 22.

Zuladungen müssen auf dem Manifeste nachgetragen, Ausladungen abgeschrieben werden, beides, ehe das Schiff oder der Floß vom Plage der Ein- oder Ausladung weiter fährt.

Artikel 23.

Soweit Ladung, Zuladung oder Ausladung durch die Zoll- oder Hafenbehörden der Uferstaaten des Rheins, oder, wenn die Fahrzeuge von dem Rhein herkommen, durch solche Behörden der Rheinuferstaaten im Manifeste vollständig attestirt sind, soll eine Abwiegung und innere Befichtigung der Waaren niemals stattfinden, wenn nicht dringende Verdachtsgründe den Wasserzoller dazu auffordern. Findet sie aus solchen Gründen statt, so treffen die Kosten derselben den Schiffer nur dann, wenn er durch Unregelmäßigkeit der Papiere oder seines Verhaltens dazu Veranlassung gegeben hat, oder wenn sich durch eine solche genaue Untersuchung Unrichtigkeiten in seiner Ladung gegen das Manifest herausstellen. Andernfalls werden die Kosten auf die Zollkasse übernommen, einschließlich einer mäßigen Vergütung für die Kosten des Aufenthalts, wenn und so weit der Letztere über die gewöhnliche Zeit der Zollabfertigung und drei weitere Stunden durch die Untersuchung veranlaßt worden ist.

Im Falle einer solchen genauen Untersuchung kann der Schiffer nach freier Wahl zwei Urkundspersonen beziehen.

Ueber die ganze Verhandlung und das Resultat soll ein ausführliches Protokoll aufgenommen und vom Zoller, dem Schiffer und den Urkundspersonen unterzeichnet werden.

Der Schiffer kann verlangen, daß ihm sogleich eine vom Zoller beglaubigte vollständige Abschrift des Protocolls zugestellt werde.

Der Streit, welcher Theil und in welchem Betrag die Kosten zu übernehmen habe, ist vom einschlägigen Zollrichter zu entscheiden.

Artikel 24.

Nach eine äußere vollständige Untersuchung der Ladung durch Vergleichung aller einzelnen Colli derselben mit dem Manifeste und den übrigen Schiffspapieren soll, wenn die Ladung nach der Bestimmung des vorhergehenden Artikels vollständig attestirt ist, nur bei dringenden Verdachtsgründen vorgenommen werden. Wird sie jedoch vom Wasserzoller für nöthig erkannt, so hat der Schiffer die etwaigen Kosten jederzeit zu tragen.

Sowohl in diesem Falle als in jenem des vorhergehenden Artikels ist der Schiffer berechtigt und verbunden, alle Handarbeit selbst und durch seine Leute zu leisten, jedoch ohne irgend einen Anspruch auf Vergütung für diese Arbeit.

Artikel 25.

Der Schiffer ist verbunden, sein Manifest bei der Neckarzollstätte, bei welcher er zuletzt an- oder vorbeikommt, abzugeben.

Artikel 26.

Alle den Neckar befahrenden Schiffe sollen geaicht seyn. Diese Verpflichtung beginnt für die vom Rhein herkommenden Fahrzeuge sogleich, und für die nur den Neckar befahrenden Fahrzeuge nach sechs Monaten, vom Tage dieser Schifffahrtsordnung an gerechnet.

Die Neckaruferstaaten machen sich verbindlich, unverzüglich die nöthigen Anstalten zu treffen, daß die Aichung der ihnen gehörigen Neckarschiffe, und zwar ganz nach den Vorschriften, welche jeweils für die Rheinschifffahrt gelten, vorgenommen werden kann.

Jedes geaichte Schiff soll mit der Aichcala versehen, auch überdies mit seiner höchsten Ladungsfähigkeit in Zentnern, sowie mit seinem Namen auf beiden Seiten von außen deutlich bezeichnet werden. Fahrzeuge unter fünfzig Zentnern Ladungsfähigkeit unterliegen — wenn sie nicht als Lichterschiffe oder zum selbstständigen Transport von Kaufmannsgut (Gut zur vollen Gebühr) gebraucht werden wollen — der regelmäßigen Aichung nicht und bedürfen daher auch keiner Aichscheine; sie sollen jedoch binnen Frist von sechs Monaten durch die dazu in jedem Staate bestimmte Behörde mit ihrer höchsten Ladungsfähigkeit deutlich von außen bezeichnet werden.

Artikel 27.

Schiffe, welche nach dieser Uebereinkunft geaicht oder mit ihrer höchsten Ladungsfähigkeit bezeichnet seyn müssen, und es nicht sind, sollen so lange, bis die Aichung und Bezeichnung erfolgt ist, in keinem Neckarhafen zur Ladung zugelassen werden.

Das Gleiche soll rücksichtlich geaichteter Schiffe geschehen, wenn diese einer Reparatur, die auf ihren Aichgehalt Einfluß haben könnte, unterworfen werden und nun nicht von einem neuen Aichscheine begleitet sind, oder wenn in solchem Falle nicht auf dem alten Aichscheine die Beurkundung durch die betreffende Aichbehörde ersichtlich ist, daß die Reparatur den Aichgehalt nicht geändert habe.

Artikel 28.

Alle Aichen und Aichscheine sollen in Zentnern zu 100 Pfunden, gleich 50 Kilogrammen, ausgedrückt, alle Manifeste und Frachtbrieife in Ansehung der Gattung und des Maaßes der Waaren den Zollvorschriften entsprechend abgefaßt seyn.

Artikel 29.

Wer die Schifffahrtsabgabe unterschlagen hat, wird, neben der Nachzahlung der nicht oder zu wenig gezahlten Abgabe, mit dem vierfachen Betrage derselben bestraft.

Artikel 30.

In die gleiche Strafe verfällt:

- 1) wer mit einem beladenen Schiff oder mit einem Floß vor der Zollstätte vorbeifährt, ohne anzuhalten und die schuldige Abgabe zu entrichten, sowie, wer zwar mit einem solchen Schiff oder mit einem Floß vor der Zollstätte angehalten, aber vor der Verzollung die Fahrt wieder fortgesetzt hat, ausgenommen in beiden Fällen, wenn der Schiffer oder Flößer nachweisen

kann, daß er durch dringende Gefahr zu diesem Benehmen gezwungen war, und wenn er nach Beseitigung derselben nicht gesäumt hat, mit seinen Papieren sich zur passirten Zollstätte zu begeben, um die Nachverzollung zu veranlassen;

- 2) wer versucht hat, durch unrichtige oder unvollständige Angabe der Ladung den schuldigen Wasserzoll ganz oder zum Theil zu unterschlagen, ausgenommen, wenn die Umstände den Fehler als Folge eines bloßen Zufalls darstellen, oder wenn der Unterschied zwischen der Ladung und der Angabe in Beziehung auf die Geldschuldigkeit so gering ist, daß die Absicht der Unterschlagung nicht angenommen werden kann.

Artikel 31.

Wer bei einer Zollstätte mit einem leeren Fahrzeug oder mit einem beladenen Fahrzeug, von dem daselbst keine Schiffsabgaben zu entrichten sind, ohne Beilegung und Anmeldung — so weit diese nach Art. 20 vorgeschrieben ist — vorbeifährt oder weiterfährt, ehe der Zollbeamte die Erlaubniß gegeben hat, verfällt in eine, mit Rücksicht auf die Größe des Fahrzeugs zu bemessende Strafe von 2 bis 25 fl.

Artikel 32.

Wer seiner nach dem Schlusse des Art. 20 eingegangenen Verpflichtung, unter der ihm das Anlegen bei der mittleren Zollstätte erlassen ward, zuwider handelt, verfällt,

- 1) wenn er Beiladungen einnimmt, ohne sie im Manifeste zu bemerken, hierwegen in die Strafe des Art. 29, überdies wegen Mißbrauchs der Begünstigung in eine Strafe von 10 fl. bis 30 fl., und hat binnen Jahresfrist auf gleiche Begünstigung keinen Anspruch mehr;
- 2) wenn er Beiladungen einnimmt, aber im Manifeste nachträgt und zur Verzollung anmeldet, oder von seiner verzollten Ladung Ausladungen macht, oder die aufgesteckte rothe Flagge früher, als nach Art. 20 zugelassen ist, abnimmt, in eine Strafe von 5 fl. bis 25 fl.

Artikel 33.

Wer nicht alle Papiere vorschriftsmäßig den Zollbeamten vorlegt, verfällt in eine Strafe von 1 fl. bis 10 fl., wenn auch der Zoll richtig bezahlt worden.

Diese Strafe kann jedoch nicht neben der Strafe der Unterschlagung erkannt werden.

Artikel 34.

Wer nicht nach Vorschrift des Art. 25 sein Manifest abgibt, unterliegt einer Strafe von 30 fr. bis 5 fl.

Artikel 35.

Der Schiffer oder Fährer haftet zunächst für alle Wasserzollstrafen, vorbehaltlich seines Regresses gegen jene, welche durch ihr Benehmen seine Verstrafung veranlaßt haben könnten.

Dritter Titel.

Von der Anwendung der in den einzelnen Meckaruserstaaten geltenden Steuergesetze auf die Meckarschiffahrt.

Artikel 36.

Kein Schiff, das mit einem in gehöriger Form ausgestellten Manifeste versehen ist, soll unter dem Vorwande, daß es nöthig sei, dessen Ladung zu untersuchen, wegen eines öffentlichen Steuerinteresses auf seiner Fahrt anderswo, als an einer Meckarzollstätte oder in den im Art. 41 gedachten Fällen aufgehalten werden.

Die Steuergesetze des Landes treten nur dann ein, wenn Waaren aus dem Schiffe ans Land, oder von dem Lande zur Ausfuhr an Bord gebracht, oder aus einem Schiffe in ein anderes geladen werden. Es bleibt jedoch in Beziehung hierauf bei den hinsichtlich der Freihäfen in der gegenwärtigen Ordnung festgestellten Bestimmungen. Auch dürfen bei eintretenden außerordentlichen Beschädigungen des Schiffes, oder bei stürmischer Witterung, oder wenn es an gewissen Stellen des

Stroms wegen einer der Schifffahrt ungünstigen örtlichen Beschaffenheit des Strombettes für den Augenblick nöthig werden sollte, die gewöhnlichen Ausladungen zur Erleichterung des Schiffes aber auf offenem Strome, vom Ufer entfernt und unter Aufsicht von Steuerbeamten, oder wo dieselben abwesend sind oder fehlen, unter Aufsicht der nächsten Ortsbehörde stattfinden.

Artikel 37.

Auf jedem Gebiete bestimmt die Regierung die Häfen oder Ladungsplätze, wo es gestattet seyn soll, einzuladen oder auszuladen, nach ihrem Gutfinden; jedoch unter gleichen Bedingungen für die inländischen und ausländischen Schiffer, sowohl in Beziehung auf die Befugniß, Ladung zu nehmen oder auszuladen, als auf die Gebühren für die Benützung der Hafenanstalten, welche die im Art. 4 bestimmten Sätze nicht übersteigen dürfen.

Wird ein Schiffer durch Hochgewässer oder andere Zufälle an der Fortsetzung seiner Reise verhindert, so ist ihm auch an anderen Orten, wo ihm ein solcher Unfall erweislich begegnet, erlaubt, Schiff und Ladung unter Aufsicht der Steuerbeamten, oder — wenn deren keine zugegen sind — unter Aufsicht der Localobrigkeit in Sicherheit zu bringen.

Er ist in solchen Fällen verpflichtet, jeder gesetzlichen Maßregel zur Verhütung einer heimlichen Einfuhr sich zu unterziehen.

Eigenmächtige Vorkehrungen, welche der Schiffer sich erlaubt, ohne die Steuerbeamten oder — in deren Abwesenheit oder Ermangelung — die Ortsobrigkeit vorher benachrichtigt und ihre Dazwischenkunft abgewartet zu haben, sind nur dann zu entschuldigen, wenn er beweist, daß die Rettung des Schiffes oder der Ladung davon abhing.

Nimmt er die Güter wieder ein, so hat er davon weder Ein- noch Aus- oder Durchfuhrabgaben zu bezahlen.

Artikel 38.

Jedem Uferstaate bleibt es überlassen, für sein Stromgebiet zu bestimmen, ob und wo das bloße Anlegen von Schiffen und Flößen und unter welchen Bedingungen gestattet seyn solle, sowie auf die Nichtbeobachtung der Vorschriften hierüber beliebige Geldstrafen festzusetzen. Diese Strafen sollen jedoch dann nicht eintreten, wenn der Schiffer oder Flößer erweislich zur Vermeidung von Gefahr oder aus Mangel an Fahrwasser zur Anlegung gezwungen war und davon sogleich bei der nächsten Steuer- oder Ortsbehörde Anzeige gemacht hat.

Artikel 39.

Wenn ein Schiffer mit seiner Ladung einen Theil des Meeres betritt, wo die Hoheit über den Strom und beide Ufer ungetheilt von einem Landesherrn ausgeübt wird, so kann er zur Sicherheit gegen heimliche Einfuhr nur dazu verpflichtet werden, die Luken oder sonstigen Zugänge zu den Waarenräumen verbleiern oder versiegeln zu lassen, oder nach dem Ermessen der Steuerbehörde Begleiter an Bord zu nehmen, welchen die Bewachung des Schiffes und der Ladung obliegt, oder sich auch beiden Formalitäten zugleich zu unterwerfen.

Werden dem Schiffe Begleiter beigegeben, so dürfen diese unter keinem Vorwande vom Schiffer eine Vergütung verlangen oder annehmen. Nur soll ihnen der Schiffer das nöthige Feuer und Licht gewähren, auch sie an der Kost der Schiffsmannschaft Theil nehmen lassen, insofern diese ihre Kost auf dem Schiffe selbst bereitet.

Auch in denjenigen Theilen des Stroms, wo die einander gegenüber liegenden Ufer verschiedenen Landesherrn angehören, können die vorstehenden Bestimmungen gleichmäßige Anwendbarkeit erhalten, wenn sich die betreffenden Landesherrschaften über ein gemeinschaftliches Steuersystem vereinigt haben.

Artikel 40.

Wird bei stattfindender Verbleiung oder Versiegelung der Luken oder der sonstigen Zugänge zu den Waarenräumen der Schiffer genöthigt, wegen Wassermangels oder anderer außerordentlicher

Umstände halber zu lichten oder einige Waaren überzuladen, welche nachher sofort wieder in die nämlichen Fahrzeuge verladen werden sollen, so hat er sich deshalb an die nächste Steuerbehörde zu wenden, oder wenn Gefahr auf dem Verzug haftet und darum die Abnahme des Verschlusses durch die Steuerbehörde nicht abgewartet werden kann, diesen zwar selbst abzunehmen, sogleich aber auch der Steuerbehörde Anzeige zu machen und den Vorkehrungen, welche dieselbe zur Verhütung der Waareneinschwärzung für nöthig erachtet, sich zu unterziehen. Sind dem unter Verschluss befindlichen Schiffe zugleich auch Begleiter beigegeben, so haben diese die etwa nöthig werdende Abnahme des Verschlusses zu bewirken. Vorbehaltlich jedoch der Anzeige bei der nächst vorliegenden Steuerbehörde und der etwaigen Wiederanlegung des Verschlusses durch diese.

Ist das zu erleichternde Schiff nicht unter Verschluss gesetzt, aber mit Begleitern versehen, so geschieht die Erleichterung unter deren Aufsicht.

Artikel 41.

Wird ein Schiffer überwiesen, daß er Schleichhandel zu treiben versucht oder Waaren unerlaubter Weise ein- oder ausgeführt habe, so soll ihn die Freiheit der Neckarschiffahrt nicht gegen die Verfolgungen nach den bestehenden Steuergesetzen schützen.

Die außerdem in dem Schiffe befindlichen Waaren sollen jedoch nicht in Beschlag genommen und es soll gegen Ausländer nicht strenger als gegen Inländer verfahren werden. Ergibt sich an der Gränze eines vom Neckar durchschnittenen Gebiets oder während der Fahrt durch ein solches Gebiet, daß die Ladung eines Schiffes von dem Manifeste dergestalt abweicht, daß eine beabsichtigte oder erfolgte Verletzung der Steuergesetze des Landes daraus hervorgeht, so kann der Führer nach den Bestimmungen dieser Gesetze auch dafür in Anspruch genommen und mit der gesetzlichen Strafe wegen solcher unrichtigen Declarationen belegt werden.

Vierter Titel.

Vom Rechte, die Schifffahrt auszuüben.

Artikel 42.

Jede Regierung wird die nöthigen Maßregeln ergreifen, um sich von der Fähigkeit derjenigen ihrer Unterthanen zu versichern, welchen sie die Neckarschiffahrt anvertraut, und sie wird künftighin in der Regel keinen als Schiffer annehmen, der nicht drei Jahre als Schiffsjunge, drei Jahre als Schiffsgeselle (Knecht) auf einem Neckarschiffe in Arbeit gestanden, zwei Jahre als Sechschiffer oder als Oberknecht den Neckar befahren hat und sich durch Zeugnisse seiner Schiffsherrn über sein gutes Betragen und seine Tauglichkeit auszuweisen vermag.

Wer jedoch einmal zur Neckarschiffahrt berechtigt war, bedarf über seine Fähigkeit keiner weiteren Nachweisung.

Das Patent (Gewerbefchein), das dem Schiffer von seiner Landesobrigkeit ausgetheilt wird, gibt ihm das Recht, die Schifffahrt nach den Bestimmungen gegenwärtiger Ordnung auszuüben.

Die Schiffe sollen in den Patenten genau bezeichnet werden.

Unter den großen, mittleren und kleinen Schiffen (Rang- oder Tourschiffen, Hünblern und Nachenführern) findet hinsichtlich der Ausübung der Schifffahrt kein rechtlicher Unterschied statt. Alle noch nicht aufgehobenen Schiffergilden und Zünfte sind aufgelöst.

Die Zahl der Neckarschiffer ist unbestimmt.

Artikel 43.

Der Staat allein, auf dessen Gebiet der Schiffer wohnt, hat das Recht, das demselben ertheilte Patent aus erheblichen Gründen für eine bestimmte Zeit oder für immer wieder einzuziehen.

Diese Bestimmung schließt aber die Rechte eines andern Uferstaates nicht aus, den Schiffer, der eines auf dem Gebiete desselben verübten Vergehens oder Verbrechens beschuldigt wird, zur

Verantwortung und Strafe zu ziehen und nach Beschaffenheit der Umstände bei der Behörde seines Wohnorts zu veranlassen, daß sein Patent eingezogen werde.

Artikel 44.

Da der Artikel 45 der Rheinschiffjahrsordnung den Neckarschiffen die Ausübung der Schifffahrt auf dem Rhein gestattet, so werden gegenseitig auch die Schiffer der Rheinuferstaaten auf dem Neckar zugelassen.

Sie beweisen nur, daß sie auf jenem Hauptstrome zur Schifffahrt berechtigt sind.

Artikel 45.

Die Ueberfahrten am Neckar und was sonst zum Verkehr von einem Ufer an das gegenüber liegende gehört, stehen nicht unter den Bestimmungen dieser Schifffahrtsordnung. Auch wird dieselbe überhaupt nicht angewendet, wo die Fahrt eines Schiffers auf das eigene Gebiet seines Landesherrn sich beschränkt. Ein solcher steht allein unter der Obrigkeit des Landes, wo er sein Gewerbe treibt.

Fünfter Titel.

Von Frachten und Rangfahrten.

Artikel 46.

Sowie auf dem Rhein (Artikel 43 der Rheinschiffjahrsordnung) findet auch bei der Neckarschifffahrt ein gezwungener Umschlag der Frachten nicht statt. Die Frachtpreise und alle übrigen Bedingungen des Transports hängen lediglich von der Uebereinkunft des Schiffers und Versenders oder dessen Committenten ab, und wie diesen die freie Wahl unter allen Schiffen ohne Rücksicht auf ihren Wohnort zusteht, so bleibt dem Schiffer freigestellt, eine ihm angebotene Ladung auszuschlagen oder zu übernehmen.

Artikel 47.

Den Handelsleuten an verschiedenen Plätzen ist gestattet, mit einer beliebigen Anzahl von Schiffen, die sie zu ihrem wechselseitigen Verkehr für nöthig erachten, Verträge auf eine bestimmte Zeit abzuschließen, hierin die Frachtpreise, die Zeit der Abfahrt und Ankunft und andere in ihrem Interesse liegende, mit keinem gebietenden oder verbietenden Gesetze im Widerspruch stehende Bedingungen festzusetzen und also eine Rangfahrt einzuführen.

Artikel 48.

In den Städten, wo eine solche Rangfahrt eingeführt wird, steht es jedoch jedem Handelsmann, sowie jedem Schiffer frei, an dieser Vereinigung Theil zu nehmen, oder seinen Beitritt zu versagen. Wer einmal der Vereinigung beigetreten ist, kann, nachdem er drei Monate vorher aufgekündigt hat, mit dem Ablauf jedes Kalenderjahrs wieder austreten.

Alle, diesen beiden letzten Bestimmungen zuwiderlaufenden Vertragsbedingungen sind unwirksam.

So lange ein Handelsmann zu der Vereinigung gehört, bleibt er verbunden, die Rangordnung zu beobachten, und darf dem Vertrag zuwider seine Waare weder mit seinem eigenen, noch unter einem fremden Namen in ein anderes Schiff verladen, unbeschadet der besondern Verfügungen fremder Committenten, welche nicht zur Vereinigung gehören.

Eben so hat auch jeder Schiffer, so lange er zur Vereinigung gehört, die Rangordnung zu beobachten.

Wenn die Handelsinteressen zweier contrahirenden Städte eine Aenderung der vorstehenden Bestimmungen fordern sollten, so kann solche zwar stattfinden, die Verträge müssen aber in diesem Falle einer besonderen Genehmigung der einschlägigen Regierungen unterworfen werden.

Artikel 49.

Die über solche Rangfahrten abgeschlossenen Verträge sind zur Kenntniß der Regierung zu bringen, bedürfen aber keiner Bestätigung, und keine Regierungsbehörde kann verlangen, daß dieselben durch sie vermittelt und die Frachtpreise mit ihrer Einwilligung festgesetzt werden. Sie sind

jedoch nur soweit wirksam, als sie mit keinem gebietenden oder verbotenden Gesetze im Widerspruch stehen.

Artikel 50.

Einigen sich zwei Regierungen darüber, daß an bestimmten Tagen und Stunden ein Schiff von einem Orte abfahren soll, um Reisende, ihr Gepäck, ihre Wagen und auch Waaren an einen andern Ort zu führen, so hat dieses Schiff gleiche Rechte mit den übrigen, die den Strom befahren.

Die Neekaruserregierungen werden überdies durch geeignete Maßregeln für die Beförderung und den Schutz der Dampfschiffahrt, sowie dafür sorgen, daß aller Vortheil, welchen dieselbe zu versprechen scheint, dem Handelsstande gesichert werde.

Sechster Titel.

Von den polizeilichen Vorschriften zur Sicherung der Schifffahrt und des Handels.

Artikel 51.

Fahrzeuge, welche ein Schiffer zum erstenmal zum Gütertransport gebrauchen will, sollen zuvörderst von verpflichteten Sachverständigen untersucht und nur zugelassen werden, wenn sie für den Stromtheil, wofür sie bestimmt sind, tauglich befunden werden, dauerhaft gebaut, gut calfatert und mit allem nöthigen Tafelwerk und Schiffsgeräthe versehen, zur Aufbewahrung der Güter angemessen eingerichtet sind und ihre Schiffsmannschaft aus einer zu ihrer Führung hinlänglichen Anzahl von Personen besteht.

Zur Ladung von Kaufmannsgütern sollen nur solche Fahrzeuge zugelassen werden, die ein festes, ursprünglich bei dem Bau schon angebrachtes Gebörde (kein s. g. Windbörd) von 1 1/2 Fuß haben. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf die zum Lichten bestimmten Fahrzeuge.

Die Untersuchung des Schiffes muß, so oft der Absender es nöthig findet, vorgenommen werden und jährlich wenigstens einmal geschehen.

Der Versender von Gütern ist berechtigt, von dem Schiffer die Vorlage des zuletzt ausgefertigten Zeugnisses zu verlangen. Versäumt er dieses, so haftet er dem Eigenthümer der Waare für jeden durch die Untauglichkeit des Schiffes entstehenden Schaden, unter Vorbehalt seines Regresses gegen den Schiffer.

Artikel 52.

Die näheren Bestimmungen über die Eigenschaften, welche zur Tauglichkeit eines Stromfahrzeugs gehören, bleiben unter Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse jeder Regierung überlassen. Sonst sollen aber unter den zur Neekarschiffahrt bestimmten Fahrzeugen keine Unterschiede gemacht, auch die von der Behörde eines Schiffers für tauglich anerkannten Fahrzeuge überall zugelassen werden.

Artikel 53.

Jeder Staat bestimmt die Maßregeln, die er in seinen Häfen und auf den Aus- und Einladeplätzen zur Handhabung einer guten Ordnung bei dem Ein- und Ausladen, zur Sicherheit der an's Ufer gelegten Waaren und Erhaltung derjenigen, welche man aufzunehmen sich weigert oder worüber Streit entsteht, und überhaupt zum Besten des Handels für dienlich erachtet.

Artikel 54.

Der Schiffer haftet für die übernommenen Güter von dem Augenblicke an, wo sie an's Ufer gestellt und ihm als Theile seiner Ladung überwiesen werden.

Haben die Waaren erweislich durch Schuld der Beamten gelitten, so ist die ihnen vorgesetzte Behörde den Ersatz zu leisten verpflichtet, welcher durch den Regreß an die Beamten nicht erhalten werden soll.

Artikel 55.

Der Schiffer oder Führer darf ohne dringende Veranlassung, wohin namentlich die Anschaffung von Lebensmitteln, Entrichtung des Zolls u. s. w. gehört, das Schiff während der Fahrt nicht verlassen, widrigenfalls auf seine Gefahr und Kosten, wenn auch kein Schaden hieraus entsteht, wofür er jedenfalls verantwortlich bleibt, das Schiff von den Wasserzollbeamten einem Segschiffer anvertraut wird.

Artikel 56.

Während der Reise dürfen keine Waaren über Bord von einem Schiff in's andere geladen werden, nur die Fälle ausgenommen, wo das Wasser zu niedrig, wenn das Schiff beschädigt ist, oder sonst eine dringende Gefahr eintritt, welche den Schiffer nöthigt, ohne Aufschub zu lichten.

Artikel 57.

Den Neckarschiffen ist der Handel mit Colonialwaaren bei einer Strafe von fünfzehn Gulden untersagt. Unabhängig von dieser Strafe soll in Fällen wiederholter Zuwiderhandlung dem Schiffer das Patent je nach den Umständen für längere oder kürzere Zeit von seiner Landesregierung entzogen werden.

Artikel 58.

Schießpulver soll niemals unter andern Gütern verladen, sondern in besonderen Fahrzeugen geführt werden.

Schiffe, die damit beladen sind, sollen, so viel thunlich, vom Ufer entfernt bleiben, und wenn sie etwa Anker legen, ist die Polizeibehörde des nächsten Orts davon zu benachrichtigen. Die von derselben zur öffentlichen Sicherheit ertheilten Vorschriften hat der Schiffer genau zu befolgen. Uebertretungen der in diesem Artikel enthaltenen Vorschriften werden, wo sie zunächst entdeckt werden, mit einer Geldbusse von fünf und zwanzig bis fünfzig Gulden belegt. Sind dadurch andere Nachtheile entstanden, so bleibt der Schiffer dafür verhaftet.

Artikel 59.

Bei andern entzündlichen oder ägenden Stoffen, als Schwefel, Salpeter, Salzsäure, Streichfeuern, Zündhölzern u. s. w., hat die Hafenpolizeibehörde des Einladungsortes zu bestimmen, ob sie in abgesonderten Fahrzeugen geführt werden müssen, oder mit anderen Gütern geladen werden dürfen.

In letzterem Falle hat sie die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln anzuordnen und im Manifeste zu bemerken, denen sich der Schiffer zu unterwerfen hat. Zuwiderhandlungen von Seite des Schiffers werden mit Strafe von zwei bis fünfzehn Gulden belegt.

Artikel 60.

Schiffer, deren Fahrzeuge tiefer gehen, als die Linie, durch welche von der competenten Behörde die größte zulässige Eintauchung derselben bezeichnet worden ist, verfallen in eine Strafe von fünf bis zehn Gulden, und sind zugleich anzuhalten, in dem ersten Hafen die Ladung bis zur erlaubten Eintauchung zu vermindern.

Artikel 61.

Wo es die Landesregierung für nöthig erachtet, sind die Flößer schuldig, ihrem Floß einen Rachen oder Boten voranzuschicken, um die auf dem Strome oder in dem Hafen befindlichen Schiffe, die Mühlenbesitzer und Brückenaufseher wegen der erforderlichen Sicherheitsmaßregeln zu warnen.

Der Rachen oder Bote soll dem Floße wenigstens eine Stunde vorhergehen. Zum Zeichen seiner Bestimmung soll ein solcher Rachen oder Bote eine aus sechs und zehn abwechselnden rothen und schwarzen Feldern bestehende Flagge ausstecken, beziehungsweise mit sich führen. Die Befolgung dieser Vorschrift soll gleichwohl den Flößer niemals entschuldigen, wenn er nicht zugleich alle mögliche Sorgfalt anwendet, um Unglück und Beschädigung zu verhüten, und wenn er ferner nicht mit den nach der Größe sei-

nes Floßes erforderlichen Geräthschaften versehen war; in der Bauart gefehlt hat, oder eine Handlung oder Unterlassung sich zu Schulden kommen läßt, welche ihn nach den allgemeinen Grundsätzen des Rechts verpflichtet, den durch das Vorbeifahren des Floßes verursachten Schaden zu ersetzen.

Floßer, welche die hiernach befohlenen Vorsichtsmaßregeln nicht ergriffen haben, sollen überdies jedenfalls, auch wenn hierdurch kein Unglück oder Schaden entstanden wäre, in eine Strafe von fünf bis fünfundzwanzig Gulden verfällt werden.

Siebenter Titel.

Von der Erledigung der Straffälle und der streitigen Redarschiffahrtsangelegenheiten, sowie von der Beaufsichtigung der Redarschiffahrt überhaupt.

Artikel 62.

Streitige Redarschiffahrtsangelegenheiten, als:

a) Contraventionen gegen die Bestimmungen dieser Schifffahrtsordnung,

b) Streitigkeiten wegen des Schadens, den Schiffer durch die von Privatpersonen unternommene Hemmung des Leinpfades erlitten, sowie des Schadens, den Schiffer oder Floßer während der Fahrt oder beim Anlanden verübt haben,

werden von dem Zollrichter abgeurtheilt, zu dessen Bezirk die Zollstelle oder der Landungsplatz, oder überhaupt der Ort gehört, an dem die Contravention, respective der Schaden, verübt wurde.

Contravention gegen die Redarzollvorschriften insbesondere gelangen jedoch nur dann zur Cognition des Zollrichters, wenn sich der Frevler nicht freiwillig der Strafe unterwerfen will, die die Redarzollstätte für verwirkt hält.

Artikel 63.

Jeder der Redarusstaaten wird die Beamten bezeichnen, die in seinem Gebiete die Funktionen von Zollrichtern erster Instanz, sowie die Collegialbehörden, welche die Funktionen des Zollrichters in zweiter Instanz zu übernehmen haben.

Den mit den zollrichterlichen Funktionen bekleideten Beamten und Behörden ist, unter Verweisung auf ihren wegen unparteiischer Entscheidung der zu ihrem Geschäftskreis gehörigen Rechtsgeschäfte geleisteten Eid zur Pflicht zu machen, daß sie Jedem, ohne Unterschied der Person, schnelle und unparteiische Gerechtigkeit widerfahren lassen und in allen, durch die gegenwärtige Ordnung vorgesehenen Fällen die darin enthaltenen Bestimmungen zur Richtschnur nehmen.

Bei jeder Redarzollstätte und in jeden Redarhafen sollen Name und Wohnsitz der einschlägigen Zollrichter angeschlagen werden.

Artikel 64.

Das Verfahren der Zollrichter in den bei ihnen angebrachten Straffällen und Streitigkeiten ist summarisch.

Die Zulässigkeit der Berufung gegen ihre Entscheidungen an den Zollrichter zweiter Instanz richtet sich nach den Gesetzen des betreffenden Staats.

Kein Schiffer, der wegen Contraventionen gegen die Schifffahrtsordnung in Untersuchung gekommen ist, kann deshalb an der Fortsetzung seiner Reise verhindert werden; sobald er die von dem Richter für den Gegenstand der Untersuchung festgesetzte Caution geleistet hat.

Artikel 65.

Wird an einer Redarzollstätte über Defraudation der Schifffahrtsabgabe geklagt, so untersucht der Richter nicht bloß die Defraudation, die der Schiffer hier begangen haben soll, sondern auch die übrigen, auf derselben Fahrt an den vorhergegangenen, von ihm zurückgelegten Redarzollstätten etwa verübten und nicht schon bei einem andern Zollgerichte anhängigen Defraudationen und bringt auch diese bei Bestimmung der Strafen in Anschlag.

Artikel 66.

Die Urtheile der Zollrichter werden kraft der Autorität der Landesherren nach den in jedem Staate üblichen Formen erlassen. Sie sind gleichwohl, sobald sie rechtskräftig geworden, auch auf dem Gebiete jedes andern Neckaruserstaates ohne weitere Untersuchung, jedoch immer nach der in jedem Staate gültigen Prozeßordnung, vollziehbar.

Artikel 67.

Jeder der drei Neckaruserstaaten wird zur Erleichterung der wechselseitigen Mittheilungen in allen auf die Neckarschiffahrt bezüglichen Verhältnissen eine Mittelbehörde bezeichnen, die ihren Sitz in einer dem Neckar möglichst nahe gelegenen Stadt haben soll.

Artikel 68.

Je von drei zu drei Jahren sollen auf den Antrag eines oder des andern der Neckaruserstaaten Commissäre dieser Staaten in Mannheim zusammentreten, um — wie die gegenwärtige Schiffahrtsordnung in der abgelaufenen Periode gehandhabt wurde — zu prüfen, von dem Zustande der Neckarschiffahrt, ihrer Zu- oder Abnahme Kenntniß zu nehmen, die allenfallsigen Beschwerden des Handels- und Schifferstandes zu hören, die Mittel zur Beseitigung etwaiger Gebrechen gemeinsam zu berathen und Verbesserungsvorschläge hierwegen an ihre Regierungen einzureichen.

Achter Titel.

Vom Vollzuge der Schiffahrtsordnung.

Artikel 69.

Die Schiffahrtsordnung wird den 31. Tag nach erfolgter Auswechslung der Ratifikationen in Vollzug gesetzt.

So geschehen, Karlsruhe den 1. Juli 1842.

(gez.) Regenauer. von Kettner. Verdier de la Blaquière. Mayhinger.

(L. S.)

(L. S.)

(L. S.)

(L. S.)

Tarif

der

Schiffs- (Recognitions-) Gebühr,

welche von befrachteten Schiffen von 600 Zentnern Ladungsfähigkeit und darüber bei der Schifffahrt auf dem Neckar ohne Rücksicht auf Gattung und Größe der Ladung für die ganze Stromstrecke nur einmal, und zwar bei jener Zollstätte erhoben wird, bei welcher das Fahrzeug abfährt, oder welche dasselbe zuerst berührt:

von 600 und unter 1000 Zentnern Ladungsfähigkeit — fl. 51 kr.					
"	1000	"	"	1500	" " 1 " 24 "
"	1500	"	"	2000	" " 2 " 6 "
"	2000	"	"	2500	" " 2 " 48 "
"	2500	"	"	3000	" " 3 " 30 "
"	3000	"	"	3500	" " 4 " 12 "
"	3500	"	"	4000	" " 4 " 54 "
"	4000	"	"	4500	" " 5 " 36 "
"	4500	"	"	5000	" " 6 " 18 "
"	5000	Zentner und darüber.			" " 7 " — "

(gez.) Regenauer. von Rettner. Verdier de la Blaquière. Wappinger.

Carif

für

den Neckarzoll.

Von allen Gegenständen, welche auf dem Neckar verschifft werden und nicht ausnahmsweise geringer belegt sind, wird für den Zentner (gleich 50 Kilogrammen) an Neckarzoll erhoben:

Ordn.-Zahl.	Für die Stromstrecke		Bei der Fahrt					
	von	bis	abwärts an der Zollstätte zu			aufwärts an der Zollstätte zu		
				fl.	fr.		fl.	fr.
1.	der Badisch-Hessischen Gränze oberhalb Heinsheim	Neckarelz	Neckarelz	—	1 1/2	Neckarelz	—	2
2.	Neckarelz	Heidelberg	Heidelberg	—	1 1/2	Heidelberg	—	2
3.	Heidelberg.	Mannheim	Mannheim	—	1 1/2	Mannheim	—	2

Ausnahmen.

A. Ein Viertel von obigen Tariffägen wird entrichtet von:

1. Asche (unausgelaugter);
2. Bruchsteinen (behauenen), Backofensteinen, Mühlsteinen, steinernen Platten, Lithographiesteinen, Schleifsteinen, Marmorplatten;
3. Bierhefe, Weinhefe, Drusen;
4. Bomben (eisernen), Granaten, Kugeln, Kanonen, wenn sie als altes Eisen zu betrachten sind;
5. Eichenrinde, Lohrinde;
6. Eisen (altem);
7. Gelspigel (weißem Glanzstein), von Mannheim kommend;
8. Galmeierz;
9. Gelbwurzel;
10. Getreide aller Art;
11. Gräbe von Gold- und Silberarbeit;
12. Gußeisen in Güssen, Masseln, Roheisen;
13. Hornstücke, Hornschuhen;
14. Hülsenfrüchten (getrockneten) aller Art und durren Gemüsen;

15. Knochen;
16. Lauge (concentrirter), Seifensieder- oder alkalischer Lauge;
17. Mehl, Grieß und Gröbe aller Art;
18. Malz;
19. Marienglas;
20. Mineralkitt;
21. Pech;
22. Pottasche;
23. Rothstein, Röthel;
24. Sämereien aller Art;
25. Salz (Koch- und Viehsalz);
26. Schmergel, Amarillsteinen;
27. Senfsaamen;
28. Stahlkuchen ohne weitere Fabrication;
29. Theer und Mineraltheer;
30. Wau oder Waib.

B. Ein Zwanzigstel des Tarifjahres wird entrichtet von:

1. Alaunerde und Alaunsteinen;
2. Artillerie-Requisiten, Munition zum Militärgebrauch;
3. Erzen (rohen) allen nicht benannten;
4. Gebrannten Steinen aller Art, wozu auch Dachziegel gehören;
5. Gyps (gebranntem);
6. Hornschafel;
7. Kalk;
8. Leimleder (naßem);
9. Lohkäsen, Lohkuchen;
10. Mörtel von Ziegeln und Backsteinen;
11. Muschelschalen (gemahlenen);
12. Ochsenblut;
13. Rohr für Lüncher;
14. Sägmehl;
15. Salzabgang;
16. Salzlauge;
17. Salzwasser;
18. Schiefersteinen oder Leien;
19. Schweinsborsten (Abgang hievon) für Salmiakfabriken;
20. Seifenfluß;
21. Schwerspath (unverpackt);
22. Steinernem Geschirr;
23. Steinkohlen und Geriß;
24. Töpferwaaren (gemeinen);
25. Torf und Torfkohlen;
26. Tuffsteinen (gemahlenen und ungemahlenen);
27. Vitriolsteinen oder Vitriolerde.

C. Nachbenannte Ladungsgegenstände, als:

1. Bau- und Pflastersteine (unbehauene);
 2. Sandsteine von abgebrochenen Gebäuden, rohe und ungebrannte Kalksteine;
 3. Oefen;
 4. Butter (frische);
 5. Dünger aller Art, als: ausgelaugte Asche, Abfälle von Fabriken, Stalldünger, Gyps, Mergel u. s. w.;
 6. Eichen;
 7. Eier;
 8. Erde (gemeine), Sand, Lehm, Kies u., Lösser-, Pfeifen- und Walkerde, Sand von Frechem, Zinn- und Silbersand, Sand zu feinen Gußarbeiten;
 9. Fische (lebende);
 10. Floß- und Schiffergeräthschaften;
 11. Futterkräuter, Heu, Stroh u.;
 12. Gartengewächse (frische), als: Blumen, Gemüse, Zwiebeln und genießbares Wurzelwerk, Kartoffeln, Rüben u. dgl.;
 13. Geflügel;
 14. Knochenabgänge;
 15. Knochenmehl;
 16. Milch;
 17. Moos;
 18. Obst (frisches), wozu auch Nüsse in Schalen;
 19. Schilf;
 20. Stroh, Streu, Stoppeln;
 21. Thiere (lebende)
- sind zollfrei:

D. Der Zoll von Brenn-, Nutz- und Bauholz wird, vorbehaltlich einer gemeinschaftlich zu verabredenden besseren Regulirung, nach dem Tarif erhoben, der im Jahr 1802 bestanden hat.

Anmerkung. Bei Gegenständen, die nach dem allgemeinen Tarife oder nach den Ausnahmesätzen A. und B. zu verzollt sind, aber nicht gewogen werden können, soll die Feststellung ihres Verhältnisses zum Gewicht nach den für solche Fälle in Gemäßheit des Art. 21 der Rheinschiffahrtsordnung auf dem Rheine maßgebenden Gewichtstabellen geschehen.

(gez.) Regenauer. von Kettner. Verdier de la Blaquière. Wapfinger.

7

8

9

10

11

12

Bezeichnung der Waaren.	Gewicht.				Bezeich- nung der Gebühren.	Die geschehene Verification beurfundet	Bemerkungen.
	Inländische Güter.		Ausländische Güter.				
	℔	α	℔	α			

hiermit beurfundet.

(Unterschrift des Schiffers oder Flößers.)

Ende des Manifests, nicht am Rande und nicht zwischen den Linien, dergestalt nachgetragen
fahrt abgeschrieben.

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 6. März 1843.

Leopold von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben Uns gnädigst bewogen gefunden, hinsichtlich des Studiums der Bergwerks- und Hüttenkunde und insbesondere über die Staatsprüfung in diesem Fache zu verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Jeder Inländer, welcher sich dem Studium der Bergwerks- und Hüttenkunde in der Absicht widmen will, sich dadurch ein Recht auf Staatsprüfung und Hoffnung auf Staatsanstellung zu erwerben, muß vor dem Uebergang zum Fachstudium die Kenntnisse besitzen, welche

1. auf den Gymnasien bis zur obersten oder auf Lycæen bis zur zweitobersten Klasse einschließlich, und
2. in den beiden allgemeinen mathematischen Klassen der polytechnischen Schule dahier gelehrt werden.

Art. 2.

Diejenigen, welche ihre Vorkenntnisse nicht auf den genannten Lehranstalten erworben haben, müssen sich vor dem Anfang des Fachstudiums einer Prüfung unterwerfen.

Art. 3.

Dem Fachstudium sollen mindestens vier Jahre ununterbrochen gewidmet werden.

Die ersten beiden Jahre sind zur Erlangung der Kenntnisse zu verwenden, die in beiden Jahreskursen der höheren Gewerbschule an der polytechnischen Schule dahier gelehrt werden.

Die weiteren zwei Jahre sind auf Bergakademien oder ein Jahr auf Bergakademien und eines auf Berg-, Hütten- oder Salzwerken von anerkannt technischem Rufe zuzubringen.

Art. 4.

Zur Staatsprüfung im Berg- und Hüttenfache kann nur zugelassen werden, wer sich über die Befolgung der Art. 1. 2. und 3. gegenwärtiger Verordnung ausgewiesen hat.

Die Anmeldung zur Prüfung geschieht bei Unserer Direction der Forstdomänen und Bergwerke, auf deren Vortrag Unser Finanzministerium das Weitere verfügen wird.

Gegenstand der Prüfung der Berg- und Hüttenkandidaten sind:

Mathematik in der aus den Artikeln 1. und 3. ersichtlichen Ausdehnung; Physik; Chemie; Mineralogie und Geognosie mit besonderer Berücksichtigung der geognostischen Verhältnisse des Großherzogthums; Maschinenlehre und Maschinenbau; Markscheidkunst; Bergbaukunst; allgemeine Hüttenkunde; Probirkunst; Salzwerkskunde.

Art. 5.

Bei Besetzung von Staatsstellen soll auf diejenigen Berg- und Hüttenpraktikanten vorzugsweise Rücksicht genommen werden, welche nach wenigstens zweijähriger praktischer Beschäftigung auf

einer Saline oder einem Hüttenwerke des In- oder Auslandes zur Erweiterung ihrer Kenntnisse größere Reisen zur Besichtigung solcher Werke von anerkanntem Ruf vorgenommen und sich hierüber ausgewiesen haben werden.

Ergeben zu Karlsruhe, in Unserem Staatsministerium, den 16. Februar 1843.

Leopold.

von Bsch.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Bekanntmachungen.

Die vierte Gewinnziehung für das Anlehen vom Jahr 1840 von fünf Millionen Gulden betreffend.

Das Resultat der heute geschehenen vierten Gewinnziehung von dem vorbemerkten Anlehen wird durch die beiliegende Liste zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die Gewinne werden planmäßig auf den 1. August d. J. durch die Amortisationskasse bezahlt werden, wenn es die Inhaber der Loose nicht vorziehen, ihre Gewinne früher bei dieser Kasse gegen Abzug von $\frac{1}{2}$ Kreuzer vom Gulden zu erheben.

Karlsruhe, den 1. März 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Bsch.

Vdt. Pfeilschider.

Das Ergebnis der im Jahr 1840 geschehenen Schusspocken-Impfung betreffend.

Im Laufe des Jahres 1840 sind in dem Großherzogthum 38,187 Impfungen vorgenommen worden; eine Zahl, welche jene des vorigen Jahres in dem Maaße übertrifft, daß man das Fortschreiten der Vaccination darin nicht verkennen kann.

Nach den Geschlechtern fallen von dieser Summe

18,986 auf das männliche,

19,201 auf das weibliche.

Von der Gesamtzahl dieser Impfungen dürfen nur 227 als nicht schützend angesehen werden, weil nur unächte Pusteln zum Vorschein kamen, und in 425 Fällen hat die Impfung gar nicht angeschlagen.

An natürlichen Blattern oder Varioiden erkrankten 6 Individuen; 2 derselben sind gestorben, die übrigen genesen.

Auf die einzelnen Regierungskreise vertheilt sich die Summe der Impfungen in folgender Weise: es wurden

im Sektreise	5,373
„ Oberrheinkreise	9,122
„ Mittelrheinkreise	13,416
„ Unterrheinkreise	10,276
zusammen also	38,187 Impfungen vollzogen.

Die Impfinstitute des Landes haben in gedachtem Jahre zusammen 827 Impfungen vorgenommen; von welcher Zahl nur in 15 Fällen der Erfolg derselben als zweifelhaft, oder aber als ganz verfehlt angesehen werden darf, weil entweder nur unächte, oder gar keine Pusteln an den Impfstellen austraten.

Es wurde von diesen Anstalten in der nämlichen Zeit an 137 Impfsärzte vaccine Lymphye versendet.

Die einzelnen Institute impften und zwar jenes	
in Meersburg	293
„ Freiburg	328
„ Mannheim	266
demnach zusammen	827 Kinder

eine Zahl, in welcher sich die oben angeführte genau wiederholt.

Dies wird anmit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 17. Februar 1843.

Minist. rium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Buiffon.

Uebersicht

der Schülerzahl an der polytechnischen Schule zu Carlsruhe und der damit in Verbindung stehenden Vorschule im Studienjahr 1842/43.

Im Studienjahr 1842/43 besuchen diese Anstalt und zwar:

	Inländer.	Ausländer.	In Ganzen.
1. die erste allgemeine mathematische Klasse	29	14	43
2. die zweite allgemeine mathematische Klasse:			
untere Abtheilung	39	14	53
obere Abtheilung	22	5	27
3. die Ingenieurschule	25	3	28
4. die Bauschule	19	23	42
5. die Forstschule mit dem forstlichen Vorbereitungscurse	27	16	43
6. die höhere Gewerbeschule	8	20	28
7. die Handelsschule	15	2	17
8. die Vorschule	78	6	84
9. hierzu kommen Hospitanten	13	15	29
	275	118	393

was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 2. Februar 1843.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Buiffon.

Ordens-Verleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem königlich französischen Präfecten des niederrheinischen Departements, Cers, das Commandeurkreuz des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Medaillen-Verleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem ersten Hauptlehrer an der katholischen Volksschule zu Mannheim, Adam Liebler, in Anerkennung seines vieljährigen erfolgreichen Wirkens und seiner stets bewiesenen Berufstreue die kleine goldene Civilverdienst-Medaille zu verleihen.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden: den nach Lahr als ersten Beamten ernannten Oberamtmann Böhme in gleicher Eigenschaft zu dem erledigten Oberamt Pforzheim zu versetzen, und dagegen den Oberamtmann Bausch in Müllheim zum Amtsvorstand in Lahr zu ernennen;

dem Amtmann Fieser in Walldürn die erste Beamtenstelle in Ettenheim,

die erledigte zweite Beamtenstelle in Bühl dem Amtmann Löw in Lahr zu übertragen;

die auf den Hofrath, Professor Dr. Schweins gefallene Wahl zum Prorector der Universität Heidelberg für das Studienjahr von Ostern 1843 bis dahin 1844 gnädigst zu genehmigen;

den außerordentlichen Professor Dr. Th. Bischoff zu Heidelberg zum ordentlichen Professor,

den vormaligen Centralkassier Dittweiler dahier zum Oberrechnungsrath bei der Oberrechnungskammer,

sind den Cameralpraktikanten Gustav Winter von Carlsruhe zum Obergemeinverwalter in Hornberg zu ernennen;

dem Cameralpraktikanten Ludwig Hummel von Philippsburg die Obergemeinverwalterei und Domänenverwaltung St. Blasien zu übertragen,

dem Buchhalter Forstmeier bei der Hofrechnungs-Controllkammer den Charakter als Oberrevisor zu ertheilen;

dem dormaligen Verwalter der katholischen Central-Stiftungenverwaltung, Ferdinand Miettinger dahier, Staatsdienerrecht zu verleihen;

das Amtschirurget Philippsburg dem praktischen Arzte, Wund- und Hebarzte Ferdinand Kopp zu Leopoldshafen zu übertragen;

den Kreiskassier, Hofkammerrath Friedrich in Mannheim, auf sein unterthänigstes Ansuchen, nach zurückgelegten 42 Dienstjahren, in den Ruhestand zu versetzen;

die katholische Pfarrei Nach, Amts Walldürn, dem Pfarrverweser Martin Walser zu Kirchhofen,

die katholische Pfarrei Obersimonswald, Amts Walldürn, dem Vikar Ferdinand Jäckle zu Elzach,

und die evangelische Pfarrei Hauingen dem bisherigen Dienstverweser, Pfarrer Friedrich Engler daselbst, zu übertragen.

Nach im October 1842 erstandener philologischer Staatsprüfung wurde Johann Evangelist Nivola von Hüfingen unter die Zahl der Lehramtskandidaten aufgenommen.

Nach ordnungsmäßig erstandener Prüfung sind auf den Antrag der Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues die Geometer-Candidaten

Johann Ruckbaum von Ichenheim, und
Ferdinand Herzog von Waldshut

beide mit dem Prädikate „gut befähigt“ unter die Zahl der praktizirenden Geometer aufgenommen worden.

Dem das Schriftverfassungsrecht zu Einsheim ausübenden Rechtspraktikanten Franz Hedmann von Mannheim wurde durch höchste Staatsministerial-Entschliessung vom 16. v. M., Nr. 258. der Titel eines Advokaten verliehen.

Dem Advokaten Emil Kapferer zu Freiburg ist das Schriftverfassungsrecht in Administrativsachen ertheilt worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die Domänenverwaltung Mannheim ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich innerhalb vier Wochen bei der Großherzoglichen Hofdomänenkammer zu melden.
2. Bei der Zolldirektion ist die Stelle eines Kanzlisten in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen vier Wochen bei gedachter Behörde vorschriftsmäßig zu melden.
3. An dem Taubstummen-Institut zu Pforzheim ist die zweite und die dritte Lehrersstelle zu besetzen. Die Bewerber um diese Stellen, mit denen ein jährlicher Gehalt von 500 bis 600 fl. verbunden ist, haben ihre deßfalligen Gesuche unter Anschluß der Zeugnisse binnen drei Wochen bei dem Verwaltungsrath des Taubstummen-Instituts zu Pforzheim einzureichen.
4. Durch das am 19. September v. J. erfolgte Ableben des Decans, Bezirkschulvisitators und Stadtpfarrers Joseph Jäger ist die Stadtpfarrei Engen, mit welcher man das Dekanat und die Bezirkschulvisitatur, wie bisher, wieder zu verbinden denkt, mit einem beiläufigen Jahreertrag von 1200 fl. erledigt worden. Auf derselben ruht die Verbindlichkeit, wegen des excurrando mit Gottesdienst zu versehenen Filials Zimmerholz einen Vikar zu halten, und den Rest eines auf dieser Pfarrei haftenden Baukostenkapitals von 81 fl. 54 fr. in den übrigen fünf, so wie ein Landschaftsschuldenrest von 46 fl. 50 fr. in zwei Jahrestermen heimzuzahlen. Die Competenten um diese Pfarrpründe haben sich bei der fürstlich fürstenbergischen Standesherrschaft, als Patron, nach Vorschrift zu melden.
5. Durch die Beförderung des Pfarrers Joseph Mayer auf die Pfarrei Sunthausen ist die katholische Pfarrei Urach, Bezirksamts Neustadt, mit einem jährlichen Einkommen von circa 800 bis 900 fl. erledigt worden. Die Bewerber um diese Pründe, auf welcher lastet:
 - a) ein Bauprovisorium von 724 fl. 37 fr., welches in fünfzehn vom 21. Dezember 1841 beginnenden Jahrestermen mit jährlich 65 fl. 10 fr. zu bezahlen ist,
 - b) eine vom Tage des Pründgenusses in zehn Jahren mit 4 Prozent Zinsen heimzuzahlende Schuld mit 65 fl. 46 fr. für Vermessung und Vermarkung des Pfarrwaldes, und
 - c) ein vom Tage des Pründgenusses in zwanzig Jahren mit 4 Prozent Zinsen zu bezahlendes Zehntablösungskostenkapital von 201 fl. 45 fr., vorbehaltlich weiter sich ergebender Zehntablösungskosten,
 haben sich bei der fürstlich fürstenbergischen Standesherrschaft, als Patron, nach Vorschrift zu melden.

Gestorben ist:

- Am 22. Dezember 1842 der pensionirte Geheimerath Graf von Degenfeld-Schomberg zu Schomberg,
 „ 20. Januar 1843 der Domänenverwalter Rauch in Mannheim, und
 „ 20. „ „ der Kanzlist Windholz bei der Zolldirection.

Großherzogl. Badische

Amortisationskasse.

Anlehen vom Jahr 1840.

Liste der gezogenen 400 Stück Loose mit den darauf gefallenem Gewinnsten
bei der

Vierten Ziehung,

welche nach Raabgabe des am 30. Juli 1840 bekannt gemachten Planes über das in Folge Gesetzes vom 11. Juni 1840 mit den Bankierhäusern S. von Haber und Söhne dahier, Johann Goll und Söhne in Frankfurt am Main und R. A. von Rothschild und Söhne daselbst gegen 100,000 Stück 50 fl. - Loose kontrahierte Anlehen von 5 Millionen Gulden durch die großherzogliche Kommission in Gegenwart der Anlehenunternehmer

am 1. März 1843

vorgenommen wurde.

(Nach der Nummernfolge geordnet.)

Nummern der am 1. Februar 1843 gezogenen 4 Serien:

54. 524. 688. 746.

Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.
5301	65	5319	65	5337	65	5355	65	5373	65	5391	65
5302	65	5320	65	5338	250	5356	65	5374	65	5392	100
5303	65	5321	65	5339	65	5357	100	5375	65	5393	125
5304	100	5322	65	5340	100	5358	65	5376	65	5394	65
5305	65	5323	65	5341	65	5359	65	5377	65	5395	65
5306	65	5324	65	5342	65	5360	65	5378	65	5396	65
5307	100	5325	65	5343	1500	5361	65	5379	65	5397	65
5308	65	5326	100	5344	65	5362	65	5380	65	5398	65
5309	65	5327	65	5345	65	5363	65	5381	65	5399	65
5310	65	5328	65	5346	65	5364	125	5382	65	5400	65
5311	65	5329	65	5347	65	5365	125	5383	65	52301	65
5312	65	5330	65	5348	65	5366	65	5384	65	52302	65
5313	100	5331	65	5349	65	5367	125	5385	65	52303	100
5314	65	5332	5000	5350	65	5368	65	5386	65	52304	65
5315	65	5333	65	5351	65	5369	65	5387	65	52305	65
5316	65	5334	65	5352	65	5370	1000	5388	65	52306	65
5317	65	5335	65	5353	65	5371	250	5389	65	52307	65
5318	65	5336	65	5354	65	5372	65	5390	65	52308	65

Loose-Nr.	Gewinn. fl.	Loose-Nr.	Gewinn. fl.	Loose-Nr.	Gewinn. fl.	Loose-Nr.	Gewinn. fl.	Loose-Nr.	Gewinn. fl.	Loose-Nr.	Gewinn. fl.
52309	250	52358	65	68707	65	68756	65	74505	65	74554	65
52310	65	52359	125	68708	65	68757	65	74506	65	74555	65
52311	65	52360	65	68709	125	68758	65	74507	250	74556	65
52312	100	52361	65	68710	65	68759	65	74508	65	74557	65
52313	100	52362	65	68711	1000	68760	65	74509	65	74558	65
52314	65	52363	65	68712	65	68761	65	74510	65	74559	65
52315	125	52364	65	68713	65	68762	65	74511	65	74560	65
52316	65	52365	65	68714	65	68763	65	74512	65	74561	65
52317	65	52366	65	68715	65	68764	65	74513	65	74562	65
52318	65	52367	65	68716	65	68765	125	74514	65	74563	65
52319	65	52368	65	68717	65	68766	65	74515	65	74564	65
52320	65	52369	65	68718	65	68767	65	74516	65	74565	65
52321	65	52370	65	68719	65	68768	65	74517	65	74566	100
52322	65	52371	65	68720	65	68769	65	74518	65	74567	65
52323	65	52372	65	68721	65	68770	65	74519	65	74568	100
52324	65	52373	125	68722	65	68771	65	74520	65	74569	1000
52325	65	52374	100	68723	65	68772	100	74521	65	74570	65
52326	65	52375	65	68724	65	68773	65	74522	65	74571	65
52327	65	52376	65	68725	100	68774	65	74523	65	74572	65
52328	65	52377	65	68726	65	68775	1500	74524	65	74573	65
52329	65	52378	250	68727	65	68776	100	74525	65	74574	65
52330	65	52379	2000	68728	65	68777	65	74526	65	74575	65
52331	65	52380	65	68729	65	68778	125	74527	100	74576	100
52332	65	52381	65	68730	125	68779	65	74528	65	74577	65
52333	65	52382	65	68731	65	68780	65	74529	65	74578	100
52334	250	52383	100	68732	65	68781	65	74530	65	74579	65
52335	65	52384	65	68733	65	68782	65	74531	65	74580	65
52336	125	52385	65	68734	65	68783	65	74532	65	74581	65
52337	65	52386	100	68735	100	68784	100	74533	100	74582	65
52338	125	52387	65	68736	65	68785	65	74534	65	74583	65
52339	65	52388	65	68737	65	68786	65	74535	65	74584	250
52340	65	52389	65	68738	125	68787	65	74536	65	74585	65
52341	65	52390	65	68739	65	68788	65	74537	250	74586	65
52342	65	52391	125	68740	65	68789	65	74538	65	74587	65
52343	65	52392	65	68741	65	68790	65	74539	65	74588	65
52344	65	52393	10000	68742	100	68791	65	74540	100	74589	65
52345	65	52394	65	68743	65	68792	65	74541	65	74590	65
52346	65	52395	65	68744	65	68793	65	74542	125	74591	65
52347	65	52396	65	68745	65	68794	65	74543	65	74592	65
52348	65	52397	65	68746	65	68795	65	74544	65	74593	65
52349	100	52398	65	68747	65	68796	65	74545	100	74594	65
52350	65	52399	100	68748	35000	68797	65	74546	125	74595	65
52351	65	52400	65	68749	65	68798	65	74547	65	74596	65
52352	65	68701	250	68750	65	68799	65	74548	65	74597	65
52353	250	68702	65	68751	65	68800	65	74549	65	74598	65
52354	65	68703	65	68752	65	74501	65	74550	65	74599	65
52355	125	68704	65	68753	65	74502	65	74551	65	74600	100
52356	65	68705	1000	68754	65	74503	125	74552	65		
52357	65	68706	65	68755	65	74504	65	74553	125		

Vorstehende Gewinne werden planmäßig

am 1. August 1843

bei der unterzeichneten Kasse gegen Rückgabe der Loose baar bezahlt; wer die Zahlung früher zu empfangen wünscht, kann solche gegen Abzug eines Disconto à $\frac{1}{2}$ Kreuzer vom Gulden erhalten.

Die von den früheren drei Ziehungen noch rückständigen Loose sind in der beifolgenden Liste verzeichnet.

Karlsruhe, den 1. März 1843.

Großherzoglich Badische Amortisationskasse.

Liste

der aus den

früheren drei Ziehungen

noch uneingelösten Großherzoglich Badischen Fünfzig-Gulden=Loose

des Anlehens vom Jahr 1840,

deren Besitzer zu Erhebung der Gewinne hierdurch aufgefördert werden.

Carlsruhe den 1. März 1843.

Großherzoglich Badische Amortisationskasse.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 17. März 1843.

Bekanntmachung.

Da demnächst die Sectionen II. und III. der Eisenbahn dem Betrieb übergeben werden, so werden in Folge höchster Ermächtigung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 2. März l. J. Nr. 350.

1. die Tarife für Beförderung der Personen (Beilage A. und B.),
2. der Tarif für Beförderung der Equipagen (Beilage C.),
3. der Tarif für Beförderung von Vieh (Beilage D.) und
4. der Tarif für Beförderung von Gütern und Roh-Producten (Beilage E.)

zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Diese Tarife kommen mit Eröffnung der Sectionen II. und III. für die ganze im Betrieb befindliche Eisenbahnstrecke in Anwendung.

Carlsruhe, den 4. März 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Jhr. von Bittersdorff.

Vdt. Lärzheim.

Tarif für Personenbeförderung

A. P.

Mannheim.

Friedrichsfeld.				Seidelberg.				Wiesloch.				Langenbrücken.			
Wagenklasse				Wagenklasse				Wagenklasse				Wagenklasse			
I.	II.	III.	Stw.	I.	II.	III.	Stw.	I.	II.	III.	Stw.	I.	II.	III.	Stw.
fr.	fr.	fr.	fr.	fr.	fr.	fr.	fr.	fl. fr.	fl. fr.	fr.	fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fr.
24	15	12	6	51	30	21	15	1. 27	1.	45	30	1. 57	1. 18	1.	—
Friedrichsfeld.				27	18	12	9	1. 3	42	33	21	1. 30	1.	45	30
				Seidelberg.				36	21	15	9	1. 6	45	33	21
								Wiesloch.				30	18	12	9
												Langenbrücken.			

Bemerkungen.

1. Bei den Wagen I., II. und III. Classe können ganze Wagenabtheilungen genommen werden, deren Preis bei der II. und III. Classe nach der Anzahl der zahlbaren Plätze, bei den 8 Personen fassenden Abtheilungen I. Classe nur für 7 Plätze, berechnet wird. Den Inhabern solcher Wagenabtheilungen ist die Mitnahme von 2 bis 3 (bei kleineren Abtheilungen), resp. 4 bis 6 (bei größeren Abtheilungen) unerwachsenen Personen über die Zahl der bei gewöhnlicher Besetzung zahlbaren Plätze gestattet.
2. Für die Stehwagen, welche nur für den kleineren Verkehr bestimmt sind, werden nur bis zur Entfernung von 8 Stunden Fahrbillets ausgegeben.
3. Kinder unter 4 Jahren, welche jedoch nur in Begleitung erwachsener Personen zugelassen werden können, und keinen besonderen Raum auf dem Wagensitze einnehmen, auch die Reisenden nicht in sonstiger Weise belästigen, dürfen in so weit taxfrei mitgenommen werden, als je eine erwachsene Person nur ein Kind mit sich führt. Bei einer größeren Anzahl von Kindern unter 4 Jahren, welche mit einer erwachsenen Person befördert werden, wird nur eines derselben taxfrei belassen, die übrigen bezahlen die Personentaxe, beziehungsweise die nachstehende moderirte Taxe.
4. Jeder Reisende hat sich vor der Abfahrt mit einem Fahrbillet bis zum Bestimmungsorte zu versehen.

Fahrbillets für ganze Wagenabtheilungen müssen wenigstens eine Viertelstunde vor der Abfahrt des Wagenzugs gelöst werden.

Großherzoglichen Eisenbahn.

Tarife.

Bruchsal.				Weingarten.				Durlach.				Carlsruhe.			
Wagenklasse				Wagenklasse				Wagenklasse				Wagenklasse			
I.	II.	III.	Stw.	I.	II.	III.	Stw.	I.	II.	III.	Stw.	I.	II.	III.	Stw.
fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.
221	1. 33	1. 12	—	2. 45	1. 51	1. 24	—	3. 6	2. 3	1. 33	—	3. 18	2. 12	1. 39	—
157	1. 18	1.	—	2. 21	1. 33	1. 12	—	2. 42	1. 48	1. 21	—	2. 54	1. 57	1. 27	—
130	1.	45	30	1. 54	1. 15	57	—	2. 15	1. 30	1. 9	—	2. 27	1. 39	1. 15	—
54	33	24	15	1. 18	54	39	27	1. 39	1. 6	51	—	1. 51	1. 15	57	—
27	15	12	6	51	30	21	12	1. 12	48	36	24	1. 24	57	42	27
Bruchsal.				24	15	12	6	45	27	21	12	57	33	24	15
				Weingarten.				21	12	9	6	33	21	15	9
								Durlach.				12	9	6	3

5. Nach den Zwischenstationen werden nur dann einzelne Plätze für die I. Classe abgegeben, wenn deren noch unbefetzt sind. — Auf den Zwischenstationen können Fahrbillets für diese Wagenklasse nur bedingt, d. h. für den Fall, daß unbefetzte Plätze vorhanden sind, ausgegeben werden; ebenso ist auch hier die Ausgabe der Fahrbillets auf die anderen Wagenklassen auf die Zahl der zum Voraus frei gehaltenen und etwa noch frei gebliebenen Plätze beschränkt.
6. Fünf Minuten vor der Abfahrt wird das Ausgeben der Fahrbillets eingestellt, und es bleibt das Bureau bis nach der Abfahrt des Wagenzugs geschlossen.
7. Jedes Fahrbillet gilt nur für die bezeichnete Fahrt. Der Empfänger hat daher zu prüfen, ob solches auf die gewünschte Fahrt lautet; spätere Reclamationen können nicht berücksichtigt werden.
8. Nur wenn wegen eingetretener Hindernisse die Fahrt unterbleibt oder unterbrochen wird, kann auf ganze oder theilweise Rückgabe des bezahlten Personengeldes Anspruch gemacht werden; eine weitere Vergütung findet nicht statt.
9. Auf Verlangen der Conducteure ist das Fahrbillet vorzuzeigen und abzugeben. Wer ohne Fahrbillet oder mit einem ungültigen im Wagen betroffen wird, hat die Taxe bis zur Station, wo der Reisende aussteigt oder wo Fahrbillets in Empfang genommen werden können, zu bezahlen. Sind aber Gründe zur Vermuthung vorhanden, daß der Reisende eine Defraudation begehen wollte, so kann die unverzügliche Entfernung desselben aus dem Wagen angeordnet werden.
10. Das Aus- und Einsteigen der weiterreisenden Personen ist auf den Zwischenstationen nicht erlaubt. Wer sich eigenmächtig aus dem Wagen entfernt, wird des Rechts für die Weiterfahrt verlustig.

Tarif für Personenbeförderung

B. Gepä

Mannheim.

Für je 10 Pfund Uebergewicht			
Friedrichsfeld.	Heidelberg.	Wiesloch.	Langenbrücken.
2 Kreuzer.	3 Kreuzer.	5 Kreuzer.	6 Kreuzer.
Friedrichsfeld	2 "	4 "	5 "
	Heidelberg	2 "	4 "
		Wiesloch	2 "
			Langenbrücken

Bemerkungen.

1. Jeder Reisende hat 50 Pfund Gepäck frei; für das weitere Gewicht ist die obige Uebergewichtstaxe zu entrichten.
2. Die zu erhebende niedrigste Taxe ist 3 Kreuzer; für die zwischenfallenden Gewichtsbeträge wird die Taxe gleichwie für volle 10 Pfund berechnet.
3. Die Administration übernimmt die Garantie für das in gehöriger Weise übergebene Reisegepäck bis nach der Ankunft am Bestimmungsorte, in der Art, daß sie im Falle eines nicht durch unabweisbare Gewalt geschehenen Verlustes für jedes Pfund des zu ersetzenden Gepäcks 1 Gulden 30 Kreuzer vergütet.
4. Traglasten, welche nicht in Reisegepäck bestehen und für welche die Administration keine Garantie übernimmt, sind bis zu 80 Pfund frei.
5. Das Reisegepäck muß eine halbe Stunde vor der Abfahrt des Wagenzugs zur Expedition gebracht werden, wenn dessen Beförderung mit nächster Fahrt geschehen soll. Von dieser Zeit an bis nach der Abfahrt kann dessen Annahme verweigert werden.
6. Alles Reisegepäck muß wohl verpackt und deutlich mit Adresse und Bestimmungsort versehen seyn. Gegenstände, welche leicht entzündbar sind und Gefahr bringen können, als Schießpulver, chemische Präparate, geladene Schießwaffen u., dürfen unter keiner Bedingung von Reisenden mitgenommen werden.
7. Den Reisenden ist gestattet, kleine Gepäckstücke, als Nachsäcke, Pakete, Schachteln u., bis zum Gewichte von 10 Pfund, welche nicht unter dem Freigepäck von 50 Pfund begriffen sind,

Großherzoglichen Eisenbahn.

zu erheben:

Bruchsal.	Weingarten.	Durlach.	Carlsruhe.
8 Kreuzer.	9 Kreuzer.	10 Kreuzer.	10 Kreuzer.
6 "	8 "	9 "	9 "
5 "	6 "	7 "	8 "
3 "	4 "	6 "	6 "
2 "	3 "	4 "	5 "
Bruchsal	2 "	3 "	3 "
	Weingarten	1 "	2 "
		Durlach	1 "

und wofür die Verwaltung keine Verantwortlichkeit übernimmt, bei sich zu behalten, wenn dadurch keine Belästigung der Mitreisenden verursacht wird. Solche Effecten dürfen daher nicht auf die Sitzbänke gelegt werden, sondern sind unter den Bänken niederzulegen, wenn der Reisende dieselben nicht in Händen behalten will.

Traglasten dürfen in die Stehwagen mitgenommen werden, in so ferne deren Größe den Raum des Wagens nicht zu sehr berngt.

Hunde und andere Thiere werden in die Personenwagen nicht aufgenommen.

8. Es steht jedem Reisenden frei, sein gesamtes Gepäck zu einem höheren Werthe, als die obige Vergütungsnorm bestimmt, zu versichern, in welchem Falle $\frac{1}{2}$ Procent des angegebenen Werthes ohne Rücksicht auf Entfernung als Garantietaxe in Berechnung kömmt.

Die zu erhebende niedrigste Garantietaxe ist wie bei Uebergewicht 3 Kreuzer.

9. Gegenstände, für welche besondere Garantie geleistet werden soll, müssen wirkliches Reisegepäck, als Koffer u. dgl. seyn, und es dürfen nicht etwa Pakete mit Geld oder werthvolle Gegenstände als Reisegepäck mitgenommen werden.
10. Für die in gehöriger Weise übergebenen Effecten wird dem Reisenden ein Schein unentgeltlich ausgestellt, welcher den Empfang des Gepäcks von Seiten der Administration beurfundet.

Bei der Ankunft am Bestimmungsorte muß das Gepäck gegen Rückgabe des Scheins sogleich in Empfang genommen werden; eine längere Haftbarkeit dafür übernimmt die Administration nicht.

Tarif für Beförderung von Equipagen (ohne Pferd)

Mannheim.

Heidelberg.			Wiesloch.			Langenbrücken.		
Reise- wagen.	Gedekte Galefche.	Offene Galefche.	Reise- wagen.	Gedekte Galefche.	Offene Galefche.	Reise- wagen.	Gedekte Galefche.	Offene Galefche.
fl. fr. 5. 6	fl. fr. 4. 3	fl. fr. 2. 59	fl. fr. 8. 42	fl. fr. 6. 54	fl. fr. 5. 5	fl. fr. 11. 33	fl. fr. 9. 9	fl. fr. 6. 4
Heidelberg.			3. 36	2. 51	2. 6	6. 27	5. 7	3. 4
			Wiesloch.			2. 51	2. 16	1. 4
						Langenbrücken.		

Bemerkungen.

1. Die in oder auf den Wagen mitfahrenden Personen haben Fahrbillets für die III. Classe zu lösen.
2. Die Beförderung von Fuhrwerken findet vorläufig nach und von den Stationen Friedrichsfeld und Weingarten nicht statt.

der Großherzoglichen Eisenbahn.

Bruchsal.			Durlach.			Carlsruhe.		
Wagen.	Gedekte Galesche.	Offene Galesche.	Reise-wagen.	Gedekte Galesche.	Offene Galesche.	Reise-wagen.	Gedekte Galesche.	Offene Galesche.
fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.
1 57	11. 3	8. 9	18. 27	14. 37	10. 46	19. 39	15. 34	11. 29
1 51	7. 1	5. 10	13. 21	10. 35	7. 48	14. 33	11. 32	8. 30
1 15	4. 10	3. 4	9. 54	7. 51	5. 47	11. 6	8. 48	6. 29
2 33	2. 2	1. 30	7. 3	5. 35	4. 7	8. 15	6. 32	4. 49
Bruchsal.			4. 30	3. 34	2. 38	5. 42	4. 31	3. 20
			Durlach.			1. 12	57	42

3. Die zu befördernden Equipagen müssen spätestens eine halbe Stunde vor Abgang des Wagenzuges angemeldet und in den Bahnhof verbracht seyn; auf den Zwischenstationen muß eine frühere Anmeldung stattfinden, wenn mit Sicherheit auf die Abfahrt gezählt werden will.
4. Die Bezahlung der Taxe hat bei der Anmeldung zu geschehen.

unheim.

Friedrichsfeld.

Bemerkungen.

an Stationen Friedrichsfeld und Weingarten findet die Beförderung von ihm von Hunden vorläufig nicht statt.

müssen spätestens eine halbe Stunde vor Abgang des Wagenzuges am Bahnhof verbracht seyn. — Größere Viehtransporte, welche auf den verladen werden wollen, müssen am Tage vorher angemeldet werden,

wenn deren Abgang mit einer bestimmten Fahrt des folgenden Tages geschehen soll.

Die Bezahlung der Taxe geschieht bei der Anmeldung.

3. Die zu erhebende niedrigste Taxe ist 3 Kreuzer.

der Großherzoglichen Eisenbahn.

Bruchsal.						Wein- garten.	Durlach.						Carlsruhe.					
Pferd.	1 Stüd schwer. Kinds- vieh.	1 Stüd klein. Kinds- vieh.	1 Schwein	1 Kalb, Schaa- f oder Hund.	1 Hund.		1 ganzer Wagen.	1 Pferd.	1 Stüd schwer. Kinds- vieh.	1 Stüd klein. Kinds- vieh.	1 Schwein	1 Kalb, Schaa- f oder Hund.	1 ganzer Wagen.	1 Pferd.	1 Stüd schwer. Kinds- vieh.	1 Stüd klein. Kinds- vieh.	1 Schwein	1 Kalb, Schaa- f oder Hund.
fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fr.	fr.	fr.		fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fr.	fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fr.	fr.
4. 39	1. 57	1. 33	30	24	28		15. 23	6. 9	2. 34	2. 3	39	32	16. 23	6. 33	2. 44	2. 11	41	33
—	—	—	—	20	24		—	—	—	—	—	27	—	—	—	—	—	29
2. 3	2. 57	1. 14	59	19	15	19	11. 8	4. 27	1. 52	1. 29	28	23	12. 8	4. 51	2. 2	1. 37	31	25
2. 3	1. 45	44	35	11	9	13	8. 15	3. 18	1. 23	1. 6	21	17	9. 15	3. 42	1. 33	1. 14	24	19
2. 8	51	22	17	6	5	9	5. 53	2. 21	59	47	15	12	6. 53	2. 45	1. 9	55	18	14
Bruchsal.						4	3. 45	1. 30	38	30	10	8	4. 45	1. 54	48	38	12	10
Weingarten.							—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	6
							Durlach.						1.	24	10	8	3	2

- Jedem Viehtransport muß ein Führer zur Beaufsichtigung beigegeben seyn, welcher für sich ein Fahrbillet zu lösen hat. — Der Eigenthümer hat für die gehörige Befestigung der Thiere zu sorgen. Entschädigung für beschädigte oder entsprungene Thiere wird nicht geleistet.
- Den Abnehmern eines ganzen Wagens für Schlachtvieh ist gestattet, Groß- und Klein- Vieh gemischt zu verladen, in welchem Falle 4—6 Stüd Kleinvieh, z. B. Kälber auf 1 Stüd Großvieh zu rechnen sind.
- Einzelne Stüd Kleinvieh werden nur dann zur Beförderung angenommen, wenn ein geeigneter Platz für dieselben übrig bleibt.

Mannheim.

Heidelberg.						Wiesloch.						Langenbrücken.					
1 Wagen zu 72 Ctr. Tragfähigkeit.		$\frac{1}{2}$ Wagen oder 36 Ctr. Ladung.		$\frac{1}{4}$ Wagen oder 18 Ctr. Ladung.		1 Wagen zu 72 Ctr. Tragfähigkeit.		$\frac{1}{2}$ Wagen oder 36 Ctr. Ladung.		$\frac{1}{4}$ Wagen oder 18 Ctr. Ladung.		1 Wagen zu 72 Ctr. Tragfähigkeit.		$\frac{1}{2}$ Wagen oder 36 Ctr. Ladung.		$\frac{1}{4}$ Wagen oder 18 Ctr. Ladung.	
fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
7.	39	4.	28	2.	33	13.	3	7.	37	4.	21	17.	20	10.	7	5.	4
Heidelberg.						5.	24	3.	9	1.	48	9.	41	5.	39	3.	1
						Wiesloch.						4.	17	2.	30	1.	2
												Langenbrücken.					

Bemerkungen.

1. Die Beförderung von Gütern, Rohproducten u., welche vorläufig nach und von den Stationen Friedrichsfeld und Weingarten nicht statt findet, beschränkt sich von Seiten der Eisenbahnverwaltung vorerst lediglich auf Abgabe von Transportwagen und deren Beförderung vom Aufgabsorte bis an den Ort der Bestimmung. Es ist daher Sache des Versenders, resp. Empfängers, die Güter u. nach und von den Bahnhöfen zu verbringen, und deren geeignetes Auf- und Abladen unter der Aufsicht der betreffenden Eisenbahnbeamten zu besorgen. Eine Garantie für beschädigte oder in Verlust gerathene Gegenstände wird von Seiten der Eisenbahnverwaltung nicht gegeben.
2. Die sämtlichen Güterstücke müssen, so weit es deren Inhalt erfordert, solid verpackt und emballirt seyn. Leicht entzündliche Gegenstände, als Schießpulver, Zündhölzer u. dgl., so wie corrosive Gegenstände, sind vom Transporte ausgeschlossen. Ist Ursache vorhanden, zu vermuten, daß die zur Absendung bestimmten Colli zur Mißfuhr unerlaubte Gegenstände enthalten, so hat der Beamte das Recht, dieselben in Gegenwart des Versenders öffnen und untersuchen zu lassen.

Produkten u. auf der Großherzoglichen Eisenbahn.

Bruchsal.						Durlach.						Carlsruhe.					
1 Wagen zu 72 Ctr. Tragfähigkeit.	1/2 Wagen oder 36 Ctr. Ladung.	1/4 Wagen oder 18 Ctr. Ladung.				1 Wagen zu 72 Ctr. Tragfähigkeit.	1/2 Wagen oder 36 Ctr. Ladung.	1/4 Wagen oder 18 Ctr. Ladung.				1 Wagen zu 72 Ctr. Tragfähigkeit.	1/2 Wagen oder 36 Ctr. Ladung.	1/4 Wagen oder 18 Ctr. Ladung.			
fr.	fl.	fr.	fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
56	12.	13	6.	59		27.	41	16.	9	9.	14	29.	29	17.	12	9.	50
17	7.	45	4.	26		20.	2	11.	41	6.	41	21.	50	12.	44	7.	17
53	4.	36	2.	38		14.	51	8.	40	4.	57	16.	39	9.	43	5.	33
50	2.	14	1.	17		10.	35	6.	11	3.	32	12.	23	7.	14	4.	8
Bruchsal.						6.	45	3.	57	2.	15	8.	33	5.	—	2.	51
						Durlach.						1.	48	1.	3	—	36

3. Zu jeder Versendung hat der Absender einen Frachtbrief auszustellen, aus welchem der Name und Wohnort des Empfängers, die Angabe des Gegenstandes der Sendung, die Anzahl und Bezeichnung der einzelnen Gegenstände und des Gewichts derselben zu ersehen ist. — Spesernachnahme u. dgl. kann nicht statt finden.
4. Die Anmeldung der zu befördernden Gegenstände muß auf den Hauptstationen spätestens 1 Stunde vor Verbringung derselben in den Bahnhof, auf den Zwischenstationen aber den Tag vorher geschehen, und die Beförderung derselben geschieht jeweils mit dem zunächst abgehenden Bahnzuge, in so ferne dessen Belastung nicht eine Verschiebung auf einen nächstfolgenden nothwendig macht.
5. Die Bezahlung der Taxe hat bei der Anmeldung zu geschehen.
6. Die Gegenstände müssen am Bestimmungsorte von dem Adressaten innerhalb 24 Stunden nach angezeigter Ankunft derselben in Empfang genommen und aus dem Bahnhof entfernt werden, widrigenfalls dieselben auf Kosten des Empfängers abgeladen und demselben gegen Entrichtung eines täglichen Lagerzinses von 30 Kreuzern für einen Viertelswagen, 45 Kreuzern für einen halben Wagen und 1 Gulden für einen ganzen Wagen im Bahnhofs gelagert werden.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben zum Vollzug des Art. 63 der Neckarschiffahrts-Ordnung durch höchste Staatsministerial-Entschlieſung vom 25. I. M. Nr. 332. gnädigst zu beſtimmen geruht, daß das Zollrichteramt erſter Inſtanz von dem Vorſtand des Stadtamts Mannheim für Mannheim, von dem Vorſtand des Oberamts Heidelberg für dieſes Oberamt und die Bezirksämter Schwegingen und Ladenburg, von dem Vorſtand des Bezirksamts Neckargemünd für dieſes Bezirksamt und das Bezirksamt Eberbach und von dem Vorſtand des Bezirksamts Mosbach für ſolches und die Bezirksämter Neudenau und Neckarbiſchofsheim zu verwalten ſei; daß ferner als Stellvertreter jeweils der zweite Beamte gedachter Ämter zu functioniren, und daß endlich das Hofgericht des Untertheinkreiſes das Zollrichteramt in zweiter Inſtanz zu übernehmen habe.

Dieß wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 27. Februar 1843.

Juſtizministerium.

Jolly.

Vdt. Fecht.

In Gemäßheit des Artikels 67 der Neckarschiffahrts-Ordnung vom 1. Juli v. J. wird die Regierung des Untertheinkreiſes als Mittelbehörde für die wechſelſeitigen Mittheilungen der contrahirenden Neckaruferſtaaten in Neckarschiffahrtsſachen ernannt.

Dieß wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 11. März 1843.

Ministerium des Innern.

Fchr. von Müdt.

Vdt. Reinhard.

S t i f t u n g e n .

Seine Durchlaucht der Fürſt von Fürſtenberg haben den von der Theaterliebhabergeſellſchaft in Donaueſchingen zu beſſen Verfügung geſtellten Einnahmeüberschuß von 108 fl. 32 kr. zu Gründung eines Ortſchulfonds in Donaueſchingen gewidmet,

Pfarrer Bindert in Hauſenvorwald vermachte dem Armenfond in Niedheim, Amts Billingen, 100 fl.,

Salomon Dettinger in Gailingen machte zur Auſteuer armer iſraelitiſcher Mädchen eine Stiftung im Betrage von 14,038 fl. 37 kr. mit der Benennung „Braut-Auſſtattungs-Stiftung“, und ein Ungenannter ſtiftete zur Schule in Zell am Andelsbach 25 fl.; dieſe Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten.

O r d e n s - V e r l e i h u n g .

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Marquis von Douglas Höchſtſt ihren Hauſorden der Treue zu verleihen geruht.

M e d a i l l e n - V e r l e i h u n g .

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigſt bewogen gefunden, dem Schullehrer Johann Eberlin zu Opfingen, in Anerkennung ſeiner vieljährigen treuen Dienſtleiſtungen, die kleine goldene Civilverdienſtmedaille zu verleihen.

Militär-Dienstnachrichten.

Durch höchste Ordre vom 21. Februar d. J. wurde Major von Biedenfeld vom 3. Infanterie-Regiment in den Pensionsstand versetzt.

Durch fernere höchste Ordre von demselben Tage wurden befördert:

Hauptmann Leiblin im Leib-Infanterie-Regiment zum überzähligen Major.

Oberlieutenant von Horadam im 2. Infanterie-Regiment und

Oberlieutenant Zeroni in der Artillerie-Brigade zu überzähligen Hauptmännern, ersterer unter Versetzung zum Leib-Infanterie-Regiment.

Lieutenant Carl von Fischer im 3. Infanterie-Regiment,

" Pfeiffer im 4. " "

" von Peternell im Leib- " "

" von Davans im 4. " "

" Bauer im 1. " "

zu Oberlieutenants.

Lieutenant Hartmann im 2. Dragoner-Regiment und

Lieutenant von Holzling in der Artillerie-Brigade zu überzähligen Oberlieutenants, und

Hauptmann und Garnisons-Adjutant Silberrad von der activen Suite, erhielt den Character als Major.

Durch dieselbe höchste Ordre wurden versetzt:

Major von Porbeck vom Generalstab als überzähliger Major zum 2. Infanterie-Regiment.

Major und Brigade-Adjutant von Roggenbach zum Generalstab.

Major von Klock vom Leib-Infanterie-Regiment zum 3. Infanterie-Regiment.

Lieutenant Macklot vom 1. zum 3. Infanterie-Regiment.

" Asbrand vom 3. zum 1. Infanterie-Regiment und

" von Adelsheim vom 1. Dragoner-Regiment zum Dragoner-Regiment Großherzog.

Durch höchste Ordre vom 14. Februar d. J. wurde der practische Arzt Theodor Blas mit dem Character als Oberchirurg bei dem Leib-Infanterie-Regiment angestellt.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben den Amtsassessor Haager in Gernsbach zum Assessor bei dem Hofgericht des Oberrheinkreises,

den Hofgerichtssecretär Rautter zum Assessor bei dem Hofgericht des Mittelhheinkreises,

den Landphysicus Dr. Buchegger dahier, unter Verleihung des Characters als Medicinalrath, zum Mitglied der Sanitätscommission zu ernennen;

den Obereinnehmer Sigel zu Bonndorf in gleicher Eigenschaft nach Pfullendorf zu versetzen;

den Cameralpraktikanten Franz Sido von Bruchsal zum Obereinnehmer in Bonndorf zu ernennen;

den bisherigen Schaffner Binkert zu Lobensfeld mit dem Character als Stiftungsrevisor zur Stiftungsrevision bei dem katholischen Oberkirchenrath zu versetzen; so wie

den Kameralpraktikanten August Richard von Mannheim bei ebenbesagter Stiftungsrevision mit Staatsdienereigenschaft und dem Character eines Stiftungsrevisionsgehilfen anzustellen;

den Postamts-Officialen Jakob Ries in Karlsruhe zum zweiten Revisor bei dem Controlbureau der Direction der Großherzoglichen Posten und Eisenbahnen, so wie

den Eisenbahn-Expeditor Ferdinand Morstadt in Mannheim zum Officialen bei dem Oberpostamte Karlsruhe zu ernennen;

den bisherigen Schreiblehrer Andreas Forst Meyer zu Karlsruhe zum Secretär der Direction und des Verwaltungsraths der polytechnischen Schule;

den Ingenieurpraktikanten Maximilian Becker von Karlsruhe zum Lehrer an der Ingenieurschule des polytechnischen Instituts zu ernennen;

den Hofgerichtsrath von Stöcklern zu Freiburg wegen körperlicher Leiden bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in Pensionsstand zu versetzen,

ebenso den Obereinnehmer Bermeitinger in Staufen,

den Amtmann Rues bei dem Landamt Freiburg, und

den Regierungsregistrator Dieffenhofer in Konstanz; und

die erledigte Pfarrei Bankholzen, Amts Radolphyzell, dem Pfarrverweser Joseph Reischbacher zu Winterspüren, zu übertragen.

Dem Rechtspraktikanten Johann Rühler von Mannheim, dormalen in Heidelberg, ist das Schriftverfassungsrecht in Verwaltungssachen verliehen worden, welches derselbe in Heidelberg auszuüben hat.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die Stelle eines Kreiskassiers zu Mannheim ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen bei dem Finanzministerium zu melden.
2. Bei dem Hofgericht des Mittelrheinkreises ist die Stelle eines Secretärs erledigt. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen bei gedachtem Hofgerichte zu melden.
3. Durch das Ableben des Amtsrevisor Baumann ist das Amtsrevisorat Kenzingen in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen 4 Wochen bei der Regierung des Oberrheinkreises zu melden.
4. Nachträglich zu dem Ausschreiben der Pfarrei Friesenheim wird bemerkt, daß auf gedachter Pfarrei noch eine Schuld von 525 fl. 8 kr. für Güterkäufe haftet, deren Berichtigung der neu ernannt werdende Pfarrer in 15 Jahren mit decrescirenden Zinsen zu übernehmen hat.

Gestorben ist:

den 15. Dezember 1842, der pensionirte Controleur Syffermann in Lahr.

„ 22. „ „ der pensionirte Hofgerichtsrath Söllner in Mannheim.

„ 27. Januar 1843 der Rittmeister Karl Wolff vom 2. Dragoner-Regiment.

„ 3. März „ der Amtsrevisor Baumann in Kenzingen.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 21. März 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben auf den unterthänigsten Vortrag Unseres Ministerium des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten beschloffen und verordnen wie folgt:

§. 1.

Die Oberpostdirection, welcher, nach Maßgabe Unserer Verordnung vom 31. August 1840 (Regierungsblatt von 1840, Nr. XXIX.) der gesammte Betrieb, so wie die Unterhaltung der vollendeten Eisenbahnstrecken, unter der obern Leitung Unseres Ministeriums des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, übertragen ist, hat künftig die Benennung „Direction der Großherzoglichen Posten und Eisenbahnen“ zu führen.

§. 2.

An den wichtigeren Stationsplätzen werden zur unmittelbaren Beforgung des gesammten Eisenbahnbetriebsdienstes eigene Eisenbahnämter errichtet, welche, wo dieß geschehen kann, mit den daselbst befindlichen Postämtern zu vereinigen sind, und sodann die Benennung „Post- und Eisenbahnämter“ erhalten.

§. 3.

Unser Ministerium des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wird beauftragt, hiernach das Erforderliche anzuordnen und zu vollziehen.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium den 2. März 1843.

Leopold.

Fehr. von Bittersdorff.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlich Hochzeit des Großherzogs:
Bähler.

Verordnung.

Das Aberlassen durch die Wundärzte zweiter Classe und die Wundarzneidiener betreffend.

Man sieht sich veranlaßt, bezüglich auf die Verordnung vom 24. November 1818, Reggsblt. Nr. XXVI., den Wundärzten zweiter Classe und den Wundarzneidienern bei Strafe zu untersagen, ohne Verordnung eines licenzirten Arztes oder Oberwundarztes zur Aber zu lassen, und eine Ausnahme hiervon nur in Nothfällen, d. i. in solchen Fällen zu gestatten, wo Gefahr auf dem Verzuge haftet und die Berathung eines ordentlichen Arztes oder Oberwundarztes nicht schnell genug geschehen kann.

Sämmtliche Physikate und Aerzte werden angewiesen, auf die pünktliche Beobachtung dieser Vorschrift ein wachsames Auge zu haben und in Contraventionsfällen davon der betreffenden Behörde die Anzeige zu machen.

Carlsruhe, den 24. Februar 1843.

Ministerium des Innern.

Fhr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Die Ausgleichungsabgabe von Tabaksfabrikaten betreffend.

In der am Schlusse der Beilage I. zur Verordnung vom 6. November 1841 über die Waarenversendungen nach anderen Vereinsstaaten ersichtlichen Note, die Ausgleichungsabgabe von vereinsländischen Tabaksfabrikaten betreffend (Regierungsblatt 1841, Seite 304) ist der Satz 2 zu streichen. In Preußen, Sachsen, Kurhessen und dem Thüringischen Verein wird demnach von den aus anderen Vereinsstaaten übergehenden Tabaksfabrikaten die Ausgleichungsabgabe nur dann nicht erhoben, wenn die Fabrikate, bei unmittelbarer Versendung aus Fabriken, mit einer Bescheinigung des Amtes im Versendungsorte versehen sind, daß sie nur aus ausländischen Blättern bestehen.

Dies wird zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 11. März 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Pfeilsider.

Die Zollstelle am Grenzacher Horn betreffend.

Nach höchster Entschliessung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 16. v. M. Nr. 253 ist das Nebenzollamt zweiter Klasse am Grenzacher Horn bei Basel in ein Nebenzollamt erster Klasse, und das Nebenzollamt erster Klasse zu Weisweil in ein solches zweiter Klasse verwandelt worden.

Zugleich wurde dem Nebenzollamt L. am Grenzscher Horn die Befugniß zum Begleitscheinwechsel mit dem Hauptzollamt Kadelburg und dem Nebenzollamt L. in Niebern eingeräumt.

Dies wird andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 11. Merz 1843.

Ministerium der Finanzen.

von B ö c k h.

Vdt. Pfeilsider.

Stiftungen.

Der verstorbene Johann Maurer von Pfaffenweiler hat dem dortigen Schulsfond 20 fl., die verstorbene Ehefrau Georg Obergfell, Salome, geborne Rosenfelder, in Münchweiler dem dortigen St. Antonisfond die Summe von 10 fl. vermacht. Diese Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten.

Medaillen-Verleihungen.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Oberlehrer Jakob Koch in Ruppenheim in Anerkennung seiner seit fünfzig Jahren im Lehrfache bewiesenen Berufstreue und gewissenhaften Pflichterfüllung, die kleine goldene Civilverdienstmedaille,

sowie dem achtzigjährigen Bürger Valentin Helmling zu Neckarau in Anerkennung seiner langjährigen treuen und vorzüglichen Dienstleistungen als Gemeinderath, Waisenrichter und Mitglied des katholischen Kirchenvorstandes, ebenfalls die kleine goldene Civilverdienstmedaille,

und dem Schullehrer Johann Eberlin von Dpfingen als Anerkennung seiner vieljährigen treuen Dienste ebenfalls die kleine goldene Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden: dem Physikus Dr. Schürmaier zu Emmendingen den Titel eines Medizinalraths huldreichst zu verleihen;

dem Stadtamtschirurgen Dr. Wolff zu Carlsruhe unter Enthebung von seinem dormaligen Dienste, die Stelle eines Assistenzarztes bei dem hiesigen Stadtamtsphysikate mit dem Titel als Physikus,

sodann die dadurch erledigte Stelle eines Stadtamtschirurgen dem praktischen Arzte, Wund- und Hebarzt Dr. M. Seubert dahier huldreichst zu übertragen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Durch die Beförderung des Dekans und Stadtpfarrers Johann Baptist Reihoser auf die katholische Pfarrei Walldorf, Amts Wiesloch, ist die katholische Stadtpfarrei Heidelberg mit einem beiläufigen Jahresertrag von 2000 fl., worauf aber die Verbindlichkeit ruhet, zwei Vikare zu verköstigen und jeden derselben mit 100 fl. jährlich zu salariren, auch ein verzinssliches Kriegskostenkapital von 140 fl. in sechs Jahresterminen an die Gemeinde heimzuzahlen, erledigt worden. Die Competenten um diese Stadtpfarrei, mit welcher man das katholische Decanat und die Bezirksschulvisitation Heidelberg wieder zu verbinden gedenkt, haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen zu melden.
2. Durch die Beförderung des Pfarrers Michael Brost auf die Pfarrei Helmsheim, Oberamts Bruchsal, ist die katholische Pfarrei Bühlerthal, Amts Bühl, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 950 fl. in Geld, Holz und Güterbenutzung, worauf die Verbindlichkeit ruhet, einen Vikar zu verköstigen und mit 100 fl. jährlich zu salariren, erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrpründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen zu melden.

Gestorben ist:

Am 14. Februar 1843 der pensionirte Regierungsrath Gumann zu Bruchsal.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 29. März 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

In Erwägung, daß die in Gemäßheit des Gesetzes vom 30. Juli 1840 (Reggsblatt Nr. 28) angeordnete neue Einschätzung sämtlicher Gebäude zur Feuerversicherung in der großen Mehrzahl der Gemeinden des Landes bereits vollendet ist, oder im Laufe des gegenwärtigen Jahres überall vollendet werden wird; mit Rücksicht auf die seit dem Beginn dieser Generaleinschätzung eingetretene große Vermehrung der Brandfälle; in Erwägung, daß die Brandschäden des gegenwärtigen Jahrs mit Anfang des nächsten Jahrs zur Umlage kommen, demnach die neuen Versicherungsansätze der Generaleinschätzungs-Commissionen dort erstmals zu Grund gelegt werden — haben Wir auf den Vortrag Unseres Ministeriums des Innern und nach Anhörung Unseres Staatsministeriums beschlossen und verordnen provisorisch wie folgt:

Art. 1.

Sämtliche, in Folge des Gesetzes vom 30. Juli 1840 durch die Generaleinschätzungs-Commissionen ermittelten, in die Abschätzungstabelle eingetragenen und gehörig beurkundeten Feuerversicherungsansätze (§. 6, Abschn. 10 der Instruktion I. für die Taxatoren) treten von der Verkündung des gegenwärtigen provisorischen Gesetzes an in Kraft und werden bei Vergütung der vorkommenden Brandschäden an den betreffenden Gebäuden zu Grund gelegt.

Hinsichtlich der im Lauf dieses Jahres durch die Generaleinschätzungs-Commissionen noch festzustellenden übrigen Feuerversicherungsansätze tritt die gleiche Bestimmung mit dem Zeitpunkt ihrer Eintragung und Beurkundung in den Abschätzungstabellen ein.

Art. 2.

Die in vorhergehendem Art. 1 genannten Feuerversicherungsansätze sind bei der Umlage der Brandschäden des Jahrs 1843 erstmals beizuziehen.

Art. 3.

In den Brandfällen des Art. 1 treten die Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Juli 1840, Cap. III. §. 34 — 47 über Abschätzung des Brandschadens und die Entschädigungsfestsetzung in Wirksamkeit.

Art. 4.

Ereignet sich ein Brandschaden an einem Gebäude, das von der Generaleinschätzungs-Commission noch nicht neu eingeschätzt worden ist, so erfolgt die Abschätzung und Vergütung des Schadens noch auf

den Grund des bisherigen Versicherungsanschlages und nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Dezember 1807.

Art. 5.

Der §. 72 des Gesetzes vom 30. Juli 1840 ist aufgehoben.

Art 6.

Unser Ministerium des Innern ist mit dem Vollzug gegenwärtigen provisorischen Gesetzes beauftragt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 23. März 1843.

Leopold.

Fhr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Bekanntmachungen.

Die Organisation der Eisenbahnbetriebsverwaltung betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben vermittelt höchster Entschliessung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 23. d. M., Nr. 471, zu bestimmen geruht, daß unter Aufhebung der diesseitigen Verordnung vom 31. August 1810 wegen Errichtung von Eisenbahnstationen (Regierungsblatt Nr. XXIX.) vom 1. künftigen Monats an in Heidelberg und Karlsruhe Eisenbahnämter, sowie in Mannheim, Bruchsal und Durlach Eisenbahnexpeditionen und in Friedrichsfeld, Wiesloch, Langenbrücken und Weingarten Billetausgabe-Bureaux errichtet, ferner dem Eisenbahnnamte Heidelberg die Eisenbahnexpedition Mannheim und die Billetausgabe-Bureaux Friedrichsfeld, Wiesloch und Langenbrücken, dem Eisenbahnnamte Karlsruhe die Eisenbahnexpeditionen Bruchsal und Durlach und das Billetausgabe-Bureau Weingarten untergeordnet werden.

Karlsruhe, den 24. März 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Fhr. von Blittersdorff.

Vdt. Lürdheim.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben vermöge höchsten Staats-Ministerial-Rescripts vom 25. November v. J. Nr. 3055 gnädigt zu genehmigen geruht, daß in dem Amtesitze Heiligenberg eine Fahrpost-Expedition errichtet werde, welche mit dem 1. April l. J. in Wirksamkeit treten wird..

Karlsruhe, den 20. März 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Fhr. von Blittersdorff.

Vdt. Lürdheim.

Die Aufhebung der Postexpedition in Aglasterhausen betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschlieſung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 23. d. M. Nr. 475 zu genehmigen geruht, daß vom 1. April d. J. an die mit Verfügung vom 29. October 1840 Nr. 1857 errichtete Postexpedition in Aglasterhausen, in so weit solche als eine besondere Postanstalt besteht, aufgehoben und der Expeditionsdienst dafelbst mit der Posthalterei vereinigt werde.

Carlsruhe, den 21. März 1843.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Fhr. von Bittersdorff.

Vdt. Türckheim.

Die Staatsprüfung der Cameralkandidaten betreffend.

Für die Cameralkandidaten, welche nach der höchsten Verordnung vom 16. Mai 1838 (Regierungsblatt Nr. XXII.) ihre Studien beendet haben, wird hiermit eine, den 24. April d. J. beginnende Staatsprüfung angeordnet. Wer hieran Theil nehmen will, hat die durch die §§ 8. und 15. der Verordnung vorgeschriebene Eingabe baldigst einzureichen und sich den Tag vor Anfang der Prüfung dahier einzufinden.

Auf den nämlichen Termin haben auch die Rechtskandidaten einzutreffen, welche sich in Gemäßheit der Bekanntmachung des Großherzoglichen Justizministeriums vom 18. Februar 1834 der Prüfung in der Nationalöconomie und Finanzwissenschaft unterziehen wollen.

Carlsruhe, den 18. März 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Pfeilsider.

Den Stand der Zehntablösung betreffend.

Nachstehende Uebersicht über den Stand der Zehntablösung auf den 1. Januar dieses Jahrs wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 23. März 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Pfeilsider.

Uebersicht

über den Stand der Zehntablösung am 1. Januar 1843.

Bezeichnung der Zehnten.	A n z a h l			Von den abgelösten Zehnten betragen			
	aller Zehnten.	der bis 1. Jan. 1843 abgelösten Zehnten.	der noch abzulösenden Zehnten.	die Ablösungskapitalen :		die angewiesenen Staatsbeiträge :	
				fl.	fr.	fl.	fr.
A. Im Saekreis.							
Zehnten von Mitgliedern des Großherzoglichen Hauses . .	65	55	10	409,609	23	3,814	37
" " auswärtigen Staaten . .	25	7	18	5,997	25	—	—
" " Standesherrn	186	109	77	1,284,999	44	19,842	51
" " Grundherrn	67	34	33	270,745	—	2,006	37
" " Privatpersonen	212	66	146	67,748	18	940	42
" " Pfarrdiensten	514	48	496	59,175	8	4,736	56
" " Schuldiensten	29	5	24	314	21	—	—
" " kirchlichen Recepturen und Bezirksstiftungen . .	42	14	28	33,382	59	1,743	22
" " Lokalfstiftungen	250	63	187	77,823	37	1,526	26
" " Gemeinden	28	8	20	16,469	26	506	4
" " Großherzoglichem Domänenärar	350	302	48	1,883,271	56	105,863	27
Summa A.	1798	711	1087	4,109,537	17	140,981	2
B. Im Oberrheinkreis.							
Zehnten von Mitgliedern des Großherzoglichen Hauses . .	1	—	1	—	—	—	—
" " auswärtigen Staaten . .	1	—	1	—	—	—	—
" " Standesherrn	8	6	2	22,752	55	164	15
" " Grundherrn	98	39	59	315,614	56	16,848	42
" " Privatpersonen	63	13	50	31,841	12	618	50
" " Pfarrdiensten	480	213	267	740,841	32	88,985	27
" " Schuldiensten	60	28	32	22,117	14	4,302	2
" " kirchlichen Recepturen und Bezirksstiftungen . .	35	14	21	193,726	6	183	20
" " Lokalfstiftungen	57	7	50	8,376	25	40	4
" " Gemeinden	55	19	36	124,305	19	4,397	46
" " Großherzoglichem Domänenärar	588	576	12	5,241,533	11	225,829	23
Summa B.	1446	915	531	6,701,108	50	341,369	49

Ordnungszahl.	Bezeichnung der Zehnten.	A n z a h l			Von den abgelösten Zehnten betragen			
		allen Zehnten.	der bis 1. Jan. 1843 abgelös- ten Zehnten.	der noch abzulö- senden Zehnten.	die Ablösungskapi- talien :		die angewiesenen Staatsbeiträge :	
					fl.	fr.	fl.	fr.
C. Im Mittelrheinkreis.								
1	Zehnten von Mitgliedern des Großher- zoglichen Hauses	—	—	—	—	—	—	—
2	" " auswärtigen Staaten	—	—	—	—	—	—	—
3	" " Standesherrn	35	18	17	171,396	32	8,463	9
4	" " Grundherrn	91	28	63	388,491	16	16,227	4
5	" " Privaten	47	18	29	49,270	29	4,435	2
6	" " Pfarrdiensten	275	106	169	755,173	16	85,436	8
7	" " Schuldiensten	91	35	56	55,432	13	8,431	3
8	" " kirchlichen Recepturen und Bezirksstiftungen	64	24	40	192,471	37	23,234	22
9	" " Lokalfstiftungen	42	11	31	33,586	31	2,060	17
10	" " Gemeinden	17	5	12	24,114	13	1,762	57
11	" " Großherzoglichem Domä- nenärar	390	368	22	7,408,713	48	318,847	28
S u m m a C.		1052	613	439	9,078,649	55	468,897	30
D. Im Unterrheinkreis.								
1	Zehnten von Mitgliedern des Großher- zoglichen Hauses	11	10	1	30,453	50	—	—
2	" " auswärtigen Staaten	10	3	7	6,765	41	1,287	4
3	" " Standesherrn	281	174	107	1,298,705	17	127,686	8
4	" " Grundherrn	174	75	99	791,003	31	66,309	6
5	" " Privaten	81	32	49	234,177	49	17,220	54
6	" " Pfarrdiensten	438	210	228	976,132	43	145,664	9
7	" " Schuldiensten	107	73	34	182,043	54	32,476	30
8	" " kirchlichen Recepturen und Bezirksstiftungen	159	70	89	454,581	27	50,602	4
9	" " Lokalfstiftungen	33	11	22	42,067	40	2,624	17
10	" " Gemeinden	29	13	16	69,781	39	4,847	55
11	" " Großherzoglichem Domä- nenärar	182	168	14	2,117,716	50	123,959	33
S u m m a D.		1505	839	666	6,203,430	21	572,677	40

Ordnungszahl.	Bezeichnung der Zehnten.	A n z a h l			Von den abgelösten Zehnten betrogen				
		aller Zehnten.	der bis 1. Jan. 1843 abgelös- ten Zehnten.	der noch abzulö- senden Zehnten.	die Ablösungskapi- talien :		die angewiesenen Staatsbeiträge :		
					fl.	fr.	fl.	fr.	
	Wiederholung.								
1	Zehnten von Mitgliedern des Großher- zoglichen Hauses . .	77	65	12	440,063	13	3,814	37	
2	" " auswärtigen Staaten . .	36	10	26	12,763	6	1,287	4	
3	" " Standesherrn	510	307	203	2,777,854	28	156,156	23	
4	" " Grundherrschaften	430	176	254	1,765,854	43	101,391	29	
5	" " Privatpersonen	403	129	274	383,037	48	23,215	28	
6	" " Pfarrdiensten	1737	577	1160	2,531,322	39	324,822	40	
7	" " Schuldiensten	287	141	146	259,907	42	45,209	35	
8	" " kirchlichen Recepturen und Bezirksstiftungen . .	300	122	178	874,162	9	75,763	8	
9	" " Lokalstiftungen	382	92	290	161,854	13	6,251	4	
10	" " Gemeinden	129	45	84	234,670	37	11,514	42	
11	" " Großherzoglichem Domä- nenärar	1510	1414	96	16,651,235	45	774,499	51	
	Hauptsumme . .	5801	3078	2723	26,092,726	23	1,523,926	1	

Bemerkung: Die nach Vergleichung der im Regierungsblatt Nr. XV. vom 26. Mai 1841, Seite 139 verkündeten Uebersicht mit der gegenwärtigen rücksichtlich der Gesamtzahl der Zehnten sich herausstellende Differenz beruht darauf, daß für verschiedene einzelne Zehnten sich inzwischen mehrere Bezugsberechtigte angemeldet haben, wodurch die Zahl der Zehnten resp. Bezugsberechtigten sich vermehrt hat.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Erzbischof von Freiburg, Dr. von Vicari, das Großkreuz und dem Kaiserlich Königlich Oesterreichischen wirklichen Hofrath Dr. Med. Freiherr von Türkheim in Wien das Commandeurekreuz des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Stiftungen.

Den Schenkungen zu Gründung eines Armenfonds für die Gemeinde Falkenstein Landamts Freiburg,

- | | |
|---|---------------|
| 1. des Uhrenmachers Spiegelhalter von Steig mit | 200 fl. |
| 2. des Lehrers Mathias Lorenz von Falkenstein mit | 50 fl. |
| 3. von 21 Bürgern daselbst mit. | 23 fl. 58 fr. |
| und | |
| 4. eines Ungenannten von Buchenbach mit | 4 fl. 40 |

im Ganzen mit 278 fl. 38 fr.

ist die Staatsgenehmigung erteilt worden.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht: die auf den Professor Dr. Vogel gefallene Wahl zum Prorektor der Universität Freiburg für das Studienjahr von Ostern 1843 bis dahin 1844 zu bestätigen, den Postmeister Scheyrer in Heidelberg zum Vorstande des Eisenbahnamtes Heidelberg zu ernennen,

dem Oberpostrathe Tribant dahier die Geschäfte eines Vorstandes des Eisenbahnamtes Karlsruhe, unter Enthebung von seiner Funktion bei der Großherzoglichen Direktion der Posten und Eisenbahnen für die Dauer dieser Verwendung, provisorisch zu übertragen,

den bisherigen Eisenbahnexpeditor Burg in Heidelberg zum Kassier bei dem Eisenbahnamente Heidelberg,

den Postpraktikanten Viktor Paris zum Kassier bei dem Eisenbahnamente Karlsruhe,

den Cameralpraktikanten Victor Mayr zum Domänenverwalter in Meersburg zu ernennen;

den Ingenieurpraktikanten Philipp Mittermaier als Assessor bei der Direktion der Großherzoglichen Posten und Eisenbahnen anzustellen,

den Bauconducteur erster Classe bei der Wasser und Straßenbau-Inspection Bruchsal Friedrich Bischoff in gleicher Eigenschaft zur Wasser- und Straßenbau-Inspection Freiburg zu versetzen,

den Bauconducteur zweiter Classe Ferdinand Diez zum Bahningenieur bei den Eisenbahnämtern Karlsruhe und Heidelberg,

den Lehramtspraktikanten Ludwig Eisinger am Lyceum zu Rastatt definitiv zum Lehrer an dieser Anstalt zu ernennen und

die erledigte evangelische Pfarrei Sand dem bisherigen Pfarrer zu Waldrimmersbach Ludwig Le Beau zu übertragen.

Der Geometerkandidat Eduard Herrmann von Heidelberg ist nach ordnungsmäßig erstandener Prüfung mit dem Prädicate gut befähigt unter die Zahl der practicirenden Geometer aufgenommen worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Durch das am 21. Januar d. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Anselm Kolb ist die katholische Pfarrei Fautenbach, Amts Achern, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 1800 bis 1900 fl. in Zehnten und Güterbenutzung erledigt worden. Die Competenten um dieselbe haben sich nach Maafsgabe der Verordnung vom Jahr 1810 Regierungsblatt Nr. 38. Art. 4., sowohl bei dem erzbischöflichen Generalvikariate zu Freiburg, als auch bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb 6 Wochen zu melden.
 2. Durch die Beförderung des bisherigen Pfarrers Josef Schmidt auf die Pfarrei Waldkirch, Bezirksamts Waldshut, ist die Pfarrei St. Märgen, Landamts Freiburg, erledigt worden. Das beiläufige Einkommen derselben besteht an Geld und Naturalien, eingeschlossen 600 fl. für die Haltung von zwei Hülfspriestern, in 1422 fl., worauf jedoch ein dem dortigen Armenfond schuldiges Kapital von 102 fl. 32 kr., sowie eine Schuld an die dortige Gemeinde von 60 fl. Schulhausbaukosten haften, zusammen also 162 fl. 32 kr., welche in 8 Jahresterminen nebst Zinsen zurückzuzahlen sind. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich sowohl bei dem katholischen Oberkirchenrathe, als bei dem erzbischöflichen Generalvikariate zu melden.
 3. Durch das am 3. Dezember v. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Thomas Ditenberger ist die katholische Pfarrei Ersingen, Oberamts Pforzheim, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 1600 fl. in Zehnten, Geld und Naturalfrum, worauf aber die Verbindlichkeit ruhet, einen Vicar zu verköstigen und mit 100 fl. jährlich zu salariren, erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrpfünde haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb 6 Wochen zu melden.
-

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 5. April 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,**Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

Wir haben durch Art. 2 Unserer Verordnung vom 4. November v. J. (Regierungsblatt Nr. XXXIV.) vorgeschrieben, daß den niederen Dienern, welche Wir bereits pensionsfähig erklärt haben, oder künftig noch pensionsfähig erklären werden, in der Regel von den Ministerien, unter denen sie mittelbar oder unmittelbar stehen, Anstellungsdekrete ertheilt werden sollen, ausnahmsweise aber von der betreffenden Mittelstelle denjenigen niederen Dienern, zu deren Anstellung sie ohne Mitwirkung des ihr vorgesetzten Ministeriums nach den bestehenden oder künftig ergehenden Vorschriften befugt ist.

Auf unterthänigste Vorträge Unserer Ministerien des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, der Justiz, des Innern und der Finanzen, setzen Wir Uns hewogen, näher zu verordnen, wie folgt:

§. 1.

Ohne Mitwirkung der ihnen vorgesetzten Ministerien sind nachstehende Mittelstellen befugt, die unter ihnen genannten niederen Diener anzustellen, und denselben unter Beobachtung Unserer Verordnungen vom 25. November 1841 und 4. November 1842 Anstellungsdekrete zu ertheilen:

Die Direction der Posten und Eisenbahnen:

den Conducteurs, Briefträgern, Packern, Wagenmeistern und Postamtsdienern der Postverwaltung, und

den Conducteurs, Maschinenheizern, Packern, Portiers und Bureaudienern der Eisenbahnverwaltung.

Die Landesgestüts-Commission:

den Stallbedienten und dem aufsehenden Fohlentknecht.

Die Direction der Forstdomänen- und Bergwerke:

den Waldhütern, welche 300 fl. Gehalt beziehen, (Waldaufscher).

Die Steuerdirection:

den Steueraufscheidern.

Die Zolldirection:

den Grenzausschauern, Schiffsbegleitern und Hafenwächtern, den Amtsdienern bei den Zoll- und Hauptsteuerämtern, den Zollamtsassistenten bei den Nebenzollämtern I. Classe, den Zollnehmern und Anmeldezollern, welche ausschließlich mit dem Zolldienst beschäftigt sind.

§. 2.

Alle früheren Vorschriften über die Befugniß zur Anstellung der durch Unsere Verordnungen vom 25. November 1841 und 4. November 1842 pensionsfähig erklärten niederen Diener sind aufgehoben.

Die Ministerien des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, der Justiz, des Innern und der Finanzen haben sich hiernach zu achten.

Gegeben zu Karlsruhe, in Unserem Staatsministerium den 16. März 1843.

Leopold.

von Böckh. Frhr. von Bittersdorff. Jolly. Frhr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Vollzugs-Verordnung.

Das provisorische Gesetz vom 23. März d. J. über die Wirksamkeit der neuen, durch die Generaleinschätzung festgestellten Feuerversicherungsanschlüge von Gebäuden betreffend.

Zum Vollzug des provisorischen Gesetzes vom 23. d. M. Regierungsblatt Nr., VIII. die Wirksamkeit der neuen Feuerversicherungsanschlüge von Gebäuden betreffend, wird in Gemäßheit des Art. 6. desselben verordnet, wie folgt:

Art. 1.

Die Anlegung der Feuerversicherungsbücher soll binnen 4 Wochen in allen Gemeinden beendet werden, in denen die Generaleinschätzung vollzogen ist. (Siehe Instruction III. für die Gemeinderäthe und Amtsbreviariate vom 20. März 1841 zum Gesetz vom 30. Juli 1840 über die Feuerversicherung der Gebäude. §. 4 bis 13).

Art. 2.

Die Generaleinschätzung in den übrigen Gemeinden ist so zu beschleunigen, daß sie mit dem Ende des laufenden Jahrs zuverlässig beendet wird.

Die Bürgermeister sind angewiesen, für die unverzügliche Ausfertigung der Abschätzungstabellen zu sorgen, insoweit die Abschätzung der einzelnen Gebäude bereits vollzogen, aber noch nicht eingetragen und beurkundet ist.

(Siehe Instruction I. für die Taxatoren bei Abschätzung der Gebäude zur Aufnahme in die Feuerversicherung §. 6 Abschnitt 10.)

Nach jeder neuen Abschätzung soll die Ausfertigung und Beurkundung der Abschätzungstabelle innerhalb 3 Tagen geschehen.

Art. 3.

Bei Abschätzung des Feuerschadens in den durch Art. 3 des provisorischen Gesetzes bezeichneten Fällen, ist die Instruction II. für die Taxatoren bei Abschätzung des Feuerschadens zu Grund zu legen.

Art. 4.

Die Aufstellung der ständigen Taxatoren für das künftige regelmäßige Abschätzungsgeschäft von neuen oder veränderten Gebäuden, wie für die Abschätzung der Feuerschäden, hat sogleich statt zu finden, und richtet sich nach den Bestimmungen der §§. 3 bis 10 der Vollzugs-Verordnung vom 20. März 1841 über die Feuerversicherungsanstalt für Gebäude, Regierungsblatt Nr. XII. von 1841.

Art. 5.

Ereignet sich ein Feuerschaden an einem neu eingeschätzten Gebäude, bevor die neuen Taxatoren aufgestellt sind, so geschieht die Schadensabschätzung durch die drei Taxatoren, welche die General-einschätzung in der betreffenden Gemeinde vorgenommen haben; bei deren Verhinderung beruft das Bezirksamt, insoweit als zur Vollständigkeit der Taxationscommission nothwendig, die neuen ständigen Taxatoren eines Nachbarbezirks, beziehungsweise die bisherigen Generaltaxatoren desselben.

Art. 6.

Ereignet sich ein Feuerschaden an einem Gebäude, das von der Generaleinschätzungscommission noch nicht neu eingeschätzt worden ist, so erfolgt die Abschätzung durch die neu aufgestellten ständigen Taxatoren nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Dezember 1807. Ist die Aufstellung der neuen Taxatoren bis dorthin noch nicht erfolgt, so bleiben die bisherigen ältern Bezirkstaratoren in Wirksamkeit.

Art. 7.

Die Kreisregierungen, beziehungsweise der Verwaltungsrath der General-Brandkasse, sind mit dem weiteren Vollzug dieser Vorschriften beauftragt.

Carlsruhe, den 31. März 1843.

Ministerium des Innern.

In Abwesenheit des Präsidenten:

der Ministerial-Director

Eichrodt.

Verordnung.

Die Abvergütung des preussischen Rheinzolls von überseeischen Waaren betreffend.

Durch die Verordnung vom 29. Januar v. J. (Regierungsblatt, Seite 45) und durch den Nachtrag hiezu vom 9. Februar v. J. (Regierungsblatt, Seite 87) sind jene Waarenartikel bekannt gemacht worden, von welchen, wenn sie im freien Verkehr auf dem Rheine stromaufwärts über Coblenz gehen,

die königlich preussische Regierung den Rheinzoll für die Strecke von Emmerich bis Coblenz nacherheben läßt. Es ist sodann mit Rücksicht hierauf zugleich bestimmt worden, daß für eben diese Waarenartikel, wenn sie im Großherzogthum durch Eingangsverzollung in den freien Verkehr treten, die Rückvergütung des für die Strecke von Emmerich bis Coblenz bezahlten preussischen Rheinzolls nicht mehr statt finde.

Inzwischen sind auf der letzten Generalconferenz der Zollvereinsregierungen Verhandlungen gepflegt worden, eines Theils um die Maaßregel der so eben erwähnten Rheinzollrückvergütung noch weiter zu beschränken, anderen Theils aber um die Nachtheile zu beseitigen, die sich hieraus für einzelne Fabrikzweige ergeben.

Nachdem nunmehr diese Verhandlungen die Genehmigung der Zollvereinsregierungen erhalten haben, wird versüßt, wie folgt:

1. In das im Regierungsblatt vom vorigen Jahr, Seite 46, abgedruckte Verzeichniß der Waaren, welche beim Transporte auf dem Rhein stromaufwärts über Coblenz dem königlich preussischen Rheinzoll unterliegen, werden aufgenommen, und zwar

- a. in die Abtheilung A. (Waaren, welche dem Rheinzolle unbedingt unterliegen) außer den im Nachtrage vom 8. Februar v. J. schon genannten Artikeln Arrowroot, Citronensaft, Citronensäure, Indigotieg, Johannisbrod, Cokusnüsse und Pfefferrohr noch Cokusnußöhl;
- b. in die Abtheilung B. (Waaren, welche dem Rheinzolle nur dann unterliegen, wenn ihr vereinsländischer Ursprung nicht nachgewiesen wird), rohes Blei, Roheisen, geschmiedetes Eisen aller Art, Stahl und Blech, rohes Kupfer, Harze, Hörner, Krapp, Salpeter, Terpentin, Terpentinöl und Theer.

Dagegen werden

- c. im Verzeichnisse, Abtheilung B. gestrichen: Arrak, Rum, Franzbranntwein und Wein.
2. Von allen Waaren, welche in dem hiernach abgeänderten Verzeichnisse nicht enthalten sind, wird bei der Eingangsverzollung im Großherzogthum der für die Strecke von Emmerich bis Coblenz erweislich bezahlte königlich preussische Rheinzoll rückvergütet, mit einziger Ausnahme der Waaren, die nach der ersten Abtheilung des Vereinszolltarifs einem Vereinszolle überall nicht unterliegen.
3. Diese Anordnung kommt von dem Tag an in Wirksamkeit, mit welchem das nach Satz 1 abgeänderte Verzeichniß beim Rheinzollamte zu Coblenz in Vollzug tritt. Diesen Tag wird die Großherzogliche Zolldirection bekannt machen. Für alle Rheinzölle, die den betreffenden königlich preussischen Rheinzollbehörden früher geleistet wurden, wird die Rückvergütung wie seither, für alle von gedachtem Tag an entrichtete Rheinzollbeträge dagegen wird sie nach Satz 2 gewährt.
4. Für Waaren, welche in dem nach Satz 1 abgeänderten Verzeichnisse enthalten sind, findet die Rückvergütung des preussischen Rheinzolls auch künftighin in der Regel nicht statt. Ausnahmsweise wird sie jedoch von folgenden Artikeln an nachgenannte inländische Fabriken geleistet, als

von roher Baumwolle an Baumwollspinnereien,
von rohen Tabaksblättern und Stengeln an Tabaksfabriken,

von Schwefel und Salpeter an Schwefelsäurefabriken,
 von Baumöl, Palmöl und Kokosnußöl an Seifen- und Lichterfabriken,
 von rohem Blei an Bleiweiß- und Bleizuckerfabriken,
 von Thran, Sumach, rohen Häuten und Knoppeln an Lederfabriken.

5. Bei der hiernach (Cap 4) eintretenden Rückvergütung kommen folgende Bestimmungen in Anwendung:

- a. der betreffende Fabrikhaber muß die Waare unmittelbar entweder vom Ausland oder aus einer öffentlichen Niederlage im Verein beziehen, auch muß die Eingangsverzollung auf seine Rechnung und bei einer Großherzoglichen Zollstelle geschehen;
- b. der Fabrikhaber hat der Letzteren hinsichtlich jener Rheinzollbeträge, deren Rückvergütung er in Anspruch nimmt, die wirklich erfolgte Zahlung nachzuweisen;
- c. er hat dabei ferner schriftlich zu bestätigen, daß er die Waare nur in seinem eigenen Geschäft verarbeite;
- d. es wird ihm hiernach für Waarenmengen, die er von nun an bezieht und zum Eingange verzollt, der für die Strecke von Emmerich bis Coblenz erweislich bezahlte Rheinzoll rückvergütet;
- e. er muß aber, falls es späterhin für nöthig erachtet werden sollte, sich über die Richtigkeit der Angabe, daß er die Waare nur im eigenen Geschäft verarbeite, durch Einsicht seiner Bücher zu verlässigen, der einschlägigen Großherzoglichen Zollstelle diese Einsicht gestatten;
- f. er hat endlich, wenn er seiner Angabe ungeachtet, Waaren, für welche ihm die Rückvergütung gewährt worden ist, an Dritte abgegeben haben sollte, die ihm hiervon vergüteten Rheinzollbeträge wieder zu ersetzen und verliert überdies für die Zukunft jeden Anspruch auf Rheinzollrückvergütung.

6. Die Großherzogliche Zolldirection ist mit dem Vollzuge der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.
 Karlsruhe, den 25. März 1843.

Ministerium der Finanzen.
 von Böckh.

Vdt. Pfeilschäfer.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Nach höchstem Erlaß aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 23. d. M. Nr. 499 haben sich Seine Königliche Hoheit der Großherzog gnädigst bewogen gefunden, den Sitz der bisherigen Wasser- und Straßenbauinspektion Tauberbischofsheim nach Wertheim zu verlegen, wornach diese Stelle künftig die Benennung „Wasser- und Straßenbauinspektion Wertheim“ zu führen hat.

Karlsruhe, den 25. März 1843.

Ministerium des Innern.
 In Abwesenheit des Präsidenten:
 Eichrodt.

Vdt. Reinhardt.

Der Distriktsnotar Johann Georg F ü d e r t von Rastatt, dormalen zu Weiterdingen (Amts Blumenfeld), hat um die Erlaubniß gebeten, seinen bisherigen Familiennamen in „Krieg“ verändern zu dürfen. Dieß wird unter Beziehung auf die höchste Verordnung vom 18. Januar 1838 (Regierungsblatt Nr. V.) mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß diejenigen, welche gegen Ertheilung der gebetenen Erlaubniß Einsprache erheben zu müssen glauben, solche innerhalb dreier Monate bei dem unterzeichneten Ministerium an- und auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte Statt gegeben wird.

Carlsruhe, den 30. März 1843.

Justiz-Ministerium.

J o l l y.

Vdt Ammann.

Die Durchgangsabgabe von Getreide rechts der Ober betreffend.

In Gemäßheit der — der königlich preussischen Regierung durch die Zollvereinigungsverträge vorbehaltenen Befugniß der den Umständen entsprechenden Abänderung der Durchgangszollsätze im Abschnitte I. der dritten Abtheilung des Vereinszolltarifs, ist unter Aufhebung der Sätze 10 und 11 dieses Abschnitts bestimmt worden, daß bis zu anderweiter Regulirung der Durchgangszollsätze von den auf der Weichsel und dem Niemen ein- und durch die Häfen von Danzig, Pillau oder Memel ausgehenden Getreidearten und Hülsenfrüchten an Durchgangszoll einstweilen nur erhoben werde:

1. für Roggen, Gerste und Hafer, auf der Weichsel oder dem Niemen eingehend und durch die Häfen von Danzig oder Memel, auch durch Elbing oder Königsberg über Pillau ausgehend, vom preussischen Scheffel $\frac{1}{2}$ Sgr.
2. für Weizen und andere unter Nr. 1 nicht genannte Getreidearten, desgleichen für Bohnen, Erbsen, Linsen, Wicken und andere Hülsenfrüchte, auf denselben Strömen ein- und über die vorgenannten Häfen ausgehend, vom preussischen Scheffel 2 Sgr.

Dies wird hiermit bezüglich auf den durch das Regierungsblatt vom vorigen Jahr, Seite 281 verkündeten Vereinszolltarif öffentlich bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 31. März 1843.

Ministerium der Finanzen.

von D ö k h.

Vdt. Pfeilsicker.

Die jährliche Concurs- oder Dienstprüfung katholischer Geistlichen betreffend.

Diejenigen Geistlichen, welche sich in Gemäßheit der höchsten Verordnung vom 10. April 1840, Regierungsblatt Nr. X., Behufs ihrer definitiven Anstellung der am 1. August d. J. und an den folgenden Tagen in Freiburg abzuhaltenden Concursprüfung unterziehen wollen, haben sich wegen ihrer Zulassung längstens 6 Wochen vorher, und zwar bei Vermeidung der Zurückweisung

ihrer spätern Gesuche, unter Vorlage der erforderlichen Zeugnisse, namentlich über die Zeit ihrer Ordination, über eine wenigstens zweijährige Uebung in der Seelsorge, und über ihren sittlichen Wandel bei dem katholischen Ober-Kirchenrath zu melden.

Carlsruhe, den 31. März 1843.

Ministerium des Innern.

In Abwesenheit des Präsidenten:

Eichrodt.

Vdt. Stemmler.

Stiftungen.

Eine Person, welche nicht genannt seyn will, hat zur Gründung eines Schulfonds zu Hausen an der Aach 36 fl. gestiftet.

Ungenannte stifteten zur Gründung eines Armenfonds in Wittnau Landamts Freiburg 33 fl.

Vorstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten.

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Höchstihrem Minister-Residenten am Königlich Französischen Hofe, Geheimenrath Gerstlacher, die gnädigste Erlaubniß erteilt, das ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Hessen verliehene Commandeurekreuz II. Classe des Ludwigs-Ordens anzunehmen und zu tragen.

Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Kammerherrn und Geheimen Legationsrath Freiherrn von Marschall das Commandeurekreuz des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Regierungsrath Hoffmann, seitherigen Uebereinknehmer zu Pfullendorf, zum Vereinsbevollmächtigten bei der königlich preussischen Provinzialsteuerdirektion in Stettin zu ernennen,

den Inspektor von Delaiti bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Mosbach zu jener nach Wertheim, und den Inspektor Hof bei der bisherigen Wasser- und Straßenbauinspektion Tauberbischofsheim zu jener nach Mosbach zu versetzen, so wie

dem Dekan und Pfarrer Dr. Karl Rombach von Wasenweiler, und dem Stadtpfarrer August Joseph Haberthür zu Todtnau die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu gegenseitigem Tausche ihrer Pfarr-Pfründen zu erteilen.

Die von Seiten der Herren Markgrafen Wilhelm und Maximilian zu Baden Hohelien erfolgte Präsentation des Pfarrvikars Johann Adam Leutwein zu Münzesheim auf die Pfarrei Strümpfelbrunn hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Die von Seiten der Grund- und Patronats Herrschaft erfolgte Präsentation des bisherigen Pfarrers zu Gondelsheim, Karl Justus Daniel Rein, auf die evangelische Pfarrei Nonnenweiler hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Nachträglich zu dem im Regierungsblatt vom 9. Februar d. J. Nr. III. enthaltenen Ausschreiben der erledigten katholischen Pfarrei Roth, Amtes Philippsburg, wird bemerkt, daß auf dieser Pfarrei noch eine Schuld von 277 fl. 12 kr. wegen Schulhausbaukosten an die Gemeinde haftet, zu deren successiven Tilgung dem künftigen Pfründnießer ein Provisorium von fünf Jahren bewilliget wird.
2. Durch das am 10. Dezember v. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Franz Xaver Geß ist die katholische Pfarrei Schutterwald, Oberamts Offenburg, mit einem beiläufigen Jahres-Ertrag von 2100 fl. in Zehnten, Naturalfixum und Güterbenützung, worauf jedoch die Verbindlichkeit ruhet, nöthigenfalls einen Vicar zu verköstigen, und mit 100 fl. jährlich zu salariren, auch die auf etwa 300 fl. sich belaufenden Kriegsschulden und Schulhausbaukosten in 6 Jahresterminen heimzuzahlen, erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrpründe haben sich nach Maßgabe der Verordnung im Regierungsblatt vom 6. Juni 1811 Nr. XVIII. durch das Erzbischöfliche Generalvicariat zu Freiburg, bei der Freiherlichen Grundherrschaft von Röder zu Diersburg, als dem Patron, innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

Gestorben ist:

Der Geheime-Kabinetts-Registrator Wilhelm Bauer am 14. Januar d. J.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 7. April 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nachdem der am 25. v. M. von Unserem Bevollmächtigten und den Bevollmächtigten Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen und des Senats der freien Stadt Frankfurt dahier unterzeichnete Staatsvertrag über den Bau und den Betrieb einer den Main und den Neckar verbindenden Eisenbahn die allseitige Ratification erhalten hat, und die hierüber ausgefertigten Urkunden gegenseitig ausgetauscht worden sind, so verfügen wir andurch, daß dieser Staatsvertrag nachstehend zur öffentlichen Kenntniß gebracht werde.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 23. März 1843.

Leopold.

Schr. von Bittersdorff.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Staatsvertrag

den Bau und den Betrieb einer Eisenbahn zwischen dem Neckar und dem Main betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden,

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein, und

der Senat der freien Stadt Frankfurt,

in der Ueberzeugung, daß die Absicht des Staatsvertrags vom 10. Januar 1838, eine Eisenbahnverbindung zwischen dem Neckar und dem Main herzustellen, ohne Verabredung neuer Vertragsbestimmungen nicht erreicht werden kann, haben zu dem Ende zu Commissarien ernannt:

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden:

Ihren Kammerherrn und Minist.-rath Adolph Freiherrn von Marschall, Ritter des Ordens vom Zähringer Löwen und des Ordens der Königlich Französischen Ehrenlegion;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein:

Ihren Geheimenrath Christian Eckhardt, Commandeur des Großherzoglich Hessischen Ludwigsordens und Ritter des Königlich Bayerischen Civilverdienstordens der Bayerischen Krone;

der Senat der freien Stadt Frankfurt:

den Senator Eduard Franz Couchay, Dr. beider Rechte und Ritter des Königlich Bayerischen Civilverdienstordens der Bayerischen Krone,

von welchen der nachstehende Staatsvertrag, unter dem Vorbehalt der Ratification, abgeschlossen worden ist:

Artikel 1.

Die hohen contrahirenden Regierungen verbinden sich, eine Eisenbahn von Frankfurt über Darmstadt, Weinheim und Ladenburg nach Heidelberg auf Staatskosten zu bauen und den Betrieb derselben auf gemeinschaftliche Rechnung verwalten zu lassen.

Artikel 2.

Der Centralbahnhof mit den erforderlichen Werkstätten und sonstigen Anlagen wird in Darmstadt errichtet. Ueber den Neckar und den Main werden Brücken erbaut, und den an den Endstationen in Heidelberg und Frankfurt anzulegenden Bahnhöfen soll eine solche Einrichtung gegeben werden, daß die thunlichst bequeme unmittelbare Ueberlieferung der Personen und Güter auf die an beiden Plätzen vorhandenen, oder noch zu errichtenden Bahnhöfe anderer Bahnen bewerkstelligt werden kann.

Artikel 3.

Die Spurweite für die ganze Ausdehnung der Bahn von Heidelberg bis Frankfurt soll zu 56½ Zoll englischen Maßes, im Lichten der Schienen gemessen, angenommen werden.

Artikel 4.

Bei der ersten Anlage der Bahn wird zwar nur ein Schienengeleise angelegt werden; demohngeachtet ist die Kronenbreite des Bahnkörpers gleich anfangs so anzunehmen und auszuführen, daß später ein zweites Schienengeleise darauf angebracht werden kann.

Artikel 5.

Um eine gleichförmige Ausführung des Baues der ganzen Bahn zu bewirken, wird aus drei technischen Beamten der drei contrahirenden Staaten eine Commission gebildet, welche den Plan zur Ausführung zu entwerfen und die Grundsätze aufzustellen hat, die dabei beobachtet werden sollen.

Die definitive Beschlußnahme über die Anträge dieser Commission bleibt den hohen contrahirenden Regierungen vorbehalten.

Artikel 6.

Die Ausführung des Baues der Bahn und ihrer Beiwerte wird zwar jedem Staat auf seinem Gebiete überlassen, jedoch steht den übrigen contrahirenden Staaten die Controle darüber zu, daß nach den vereinbarten Grundsätzen verfahren werde.

Artikel 7.

Die Kosten des Bahnbaues nebst Brücken und Beiwerten übernimmt jeder Staat auf seinem Gebiete, und es verpflichten sich die hohen contrahirenden Regierungen, die Vorarbeiten zur Ausführung desselben sogleich nach erfolgter Ratification dieses Vertrags beginnen und den Bau selbst von da an binnen drei Jahren vollenden zu lassen.

Artikel 8.

Jedem der drei contrahirenden Staaten bleibt es unbenommen, innerhalb seines Gebiets Seitenbahnen anzulegen und sie mit der hier vereinbarten Hauptbahn in Verbindung zu setzen; wogegen er für die Aufbringung der Kosten allein Sorge zu tragen hat. Soll jedoch eine solche Seitenbahn in den gemeinschaftlichen Verband aufgenommen werden, so ist hierüber eine besondere Vereinbarung zu treffen.

Artikel 9.

Für den Betrieb der ganzen Bahn zwischen Heidelberg und Frankfurt wird eine gemeinschaftliche Direction in Darmstadt errichtet, welche die Verwaltung im Allgemeinen zu besorgen, die Einnahmen und Ausgaben zu überwachen, so wie die Unterhaltung der Bahn nebst Zubehör und die Anschaffung und Unterhaltung des Betriebsmaterials zu bewirken hat.

Artikel 10.

Diese gemeinschaftliche Direction besteht aus drei Mitgliedern, von denen jede der hohen contrahirenden Regierungen eines ernannt. Jedes dieser drei Mitglieder ist zugleich mit der besondern Aufsicht über die Bahnstrecke auf dem Gebiete seiner Regierung beauftragt.

Artikel 11.

Ueber die Art der Anstellung und Entlassung aller übrigen Bediensteten bei der Bahn werden die hohen Contrahenten eine besondere Vereinbarung treffen.

Artikel 12.

Alle Angestellten der Bahn werden aus der gemeinschaftlichen Cassé nach einem vereinbarten Normaletat besoldet.

Artikel 13.

Das Regulativ für den Betrieb der ganzen Bahn, alle dienst- und bahnpolizeilichen Verordnungen, so wie alle Dienstinstructionen des Bahnpersonals, werden von den hohen contrahirenden Regierungen vereinbart und von denselben gleichförmig erlassen.

Ebenso wird der Fahrtenplan und der Tarif für den Transport von Personen, Thieren und Waaren gemeinschaftlich festgesetzt und es kann daran nur im Einverständniß der drei contrahirenden Staaten eine Abänderung statt finden.

Extrafahrten kann die Direction, in so weit die Hauptfahrten dadurch nicht gehindert werden, auf eigene Verantwortung anordnen.

Artikel 14.

Von den Kosten der ersten Anschaffung des Betriebsmaterials übernimmt das Großherzogthum Hessen zwei Drittheil, das übrige Drittheil wird von den beiden andern Staaten zu gleichen Theilen getragen.

Artikel 15.

Alle Einkünfte der Bahn sind Einkünfte der Gemeinschaft und werden innerhalb eines jeden Staates für diesen erhoben. Desgleichen werden alle für den Betrieb und die Unterhaltung der Bahn und ihrer Beiwerte, so wie für die Unterhaltung und den Ersatz des Betriebsmaterials erwachsenden Kosten als Lasten der Gemeinschaft behandelt.

Der nach Abzug der sämtlichen Betriebs- und Verwaltungskosten verbleibende jährliche Ueberschuß wird unter die drei contrahirenden Staaten nach demjenigen Verhältniß vertheilt, nach welchem

von jedem derselben zu den Kosten des Gesammtbauwesens und der ersten Anschaffung des Betriebsmaterials beigetragen worden ist.

Artikel 16.

Die Bahnbrücken über den Neckar und den Main sollen in solcher Breite hergestellt werden, daß dadurch zugleich eine Passage für Fußgänger gewonnen wird.

Für deren Benützung von solchen Personen und Gegenständen, welche sich nicht auf den Bahnzügen befinden, soll ein mäßiges Brückengeld für gemeinschaftliche Rechnung der drei contrahirenden Staaten erhoben werden. Eine weitere Territorial- oder Localaufgabe von Seiten des betreffenden Staates soll nicht statt finden.

Artikel 17.

Jede der hohen contrahirenden Regierungen ist jederzeit befugt, durch besonders abgeordnete Commissarien vom Bahnbetriebe und der Geschäftsführung im Ganzen oder Einzelnen, so wie von den Rechnungen nach beliebiger Auswahl Einsicht nehmen zu lassen.

Alljährlich sollen sich Commissarien der hohen contrahirenden Regierungen zu einer Conferenz vereinigen, welche die von der Direction vorbereitete Abrechnung für's verfllossene Jahr endgültig feststellt und die übrigen gemeinschaftlichen Angelegenheiten besorgt, über die nicht bereits im Wege der Correspondenz eine Verständigung unter den Regierungen getroffen wurde.

Die Schlusssaffungen der Commission unterliegen der Genehmigung der hohen Regierungen.

Artikel 18.

Da der Zweck des Staatsvertrags vom 10. Januar 1838 — die Erbauung einer Eisenbahn zwischen dem Neckar und dem Main betreffend — durch vorstehende Bestimmungen erreicht wird, so wird derselbe hiermit für aufgehoben erklärt.

Artikel 19.

Gegenwärtiger Vertrag soll den theilhaftigen hohen Regierungen zur Genehmigung vorgelegt, und die Auswechslung der Ratifikationsurkunden so bald als möglich und spätestens binnen sechs Wochen bewirkt werden.

So geschehen Karlsruhe den 25. Februar 1843.

(gez.) von Marschall.

(gez.) Eckhardt.

(gez.) Souday.

(L. S.)

(L. S.)

(L. S.)

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 9. April 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

In Folge des Art. 4 des unterm 31. Dezember 1831 verkündeten Gesetzes über die Verwaltung der Amortisationskasse, des §. 78 des Zehntablösungsgesetzes vom 15. November 1833 und des Art. 5 des Gesetzes vom 10. September 1842, die Errichtung der Eisenbahnschulden-tilgungskasse betreffend, laden Wir den Präsidenten und die gewählten Mitglieder des ständischen Ausschusses ein, Sich Mittwochs den 19. dieses Monats dahier einzufinden, bei der ernannten Großherzoglichen Regierungs-Commission, Finanzminister von Böckh und Staatsrath Wolff zu melden, und die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung der Rechnungen der Amortisationskasse, der Zehntschulden-tilgungskasse und der Eisenbahnschulden-tilgungskasse vorzunehmen.

Gegeben zu Carlsruhe im Großherzoglichen Staatsministerium, den 5. April 1843.

Aus höchstem Auftrag Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:

von Böckh. Schr. von Bittersdorff. Jöllh. von Frendorff. Schr. von Rüd. Wolff.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:

Büchler.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

den Amtmann Bauer in Pfullendorf und den Amtmann Neumann zu Lahr, unter Verleihung der Titel von Kanzleiräthen, erstern zu der Ballei der Regierung des Oberrheinkreises, letztern zu der des Mittelrheinkreises zu versetzen;

dem Amtmann von Neubronn zu Rork die erledigte erste Beamtenstelle in Lörrach,

dem Amtmann Kuen zu Borberg die erledigte erste Beamtenstelle zu Müllheim,

dem Amtmann Exter zu Carlsruhe die erledigte Beamtenstelle in Rork,

dem bisherigen Regierungssecretär Meier zu Freiburg, unter Ernennung zum Amtmann, die zweite Beamtenstelle zu Lahr,

dem bisherigen Regierungssecretär Schwab in Raftatt, unter Ernennung zum Amtmann, die zweite Beamtenstelle zu Bretten zu übertragen;

den Assessor Held von Lahr in gleicher Eigenschaft zu dem Landamt Freiburg,

den Assessor Brauer in Pforzheim in gleicher Eigenschaft zu dem Landamt Carlsruhe und

den Assessor Behringer zu Breisach in gleicher Eigenschaft zum Oberamt Lahr zu versetzen;

den Assessor Burger bei dem Oberamt Bruchsal zum Amtmann zu befördern;

den Rechtspraktikanten Ludwig Fecht zu Carlsruhe zum Assessor bei dem Amt Gernsbach,

den Rechtspraktikanten Wilhelm Ahles von Mannheim zum Assessor bei dem Oberamt Pforzheim,

den Rechtspraktikanten Weigel zu Pforzheim zum Assessor bei dem Oberamt Lahr,

den Rechtspraktikanten Kerkermeier zum Assessor bei dem Amt Breisach,

den Rechtspraktikanten Eberlin zu Bühl zum Assessor bei dem Amt Schönaue zu ernennen;
den quiescirten Assessor Klingenmeier bei dem Oberamt Bruchsal in gleicher Eigenschaft zu reactiviren; und

die erledigte katholische Pfarrei Mülten, Oberamts Offenburg dem Pfarrer Ignaz Knöbel zu Mühlhausen, Amts Wiesloch, zu verleihen.

Folgende Großherzoglich Badische Titularen wurden am 24. August 1842 in Freiburg zu Priestern geweiht, und hierauf als Gehilfen in der Seelsorge angestellt:

Abele, Franz, von Büchenau,
Burger, Joseph, von Oberspizenbach,
Burkart, Karl, von Hardheim,
Hettich, Ambros, von Triberg,
Maier, Ludwig, von Stüblingen,
Mergel, Heinrich, von Freiburg,
Mennig, Rudolph, von Konstanz,
Dehling, Josef, von Impfingen,
Höll, Franz, von Ettlingen,
Hofmann, Jakob Anton, von Tauberbischofsheim,
Holler, Martin, von Krautheim,

Kleiser, Joseph, von St. Peter,
Kiesterer, Fidel, von St. Trupert,
Kolfus, Karl, von Freiburg,
Schäfle, Mathias, von Biethingen,
Scherer, Johann Christian, von Borberg,
Schweizer, Johann Baptist, von Umkirch,
Siebert, Anton, von Bruchsal,
Stalf, Wilhelm, von Balldürn,
Strehle, Adolf, von Karlsruhe,
Walter, Ferdinand, von Wolfach.

Nach erstandener vorschriftsmäßiger Prüfung sind nachstehende Postaspiranten

Herrman Helmingen von Karlsruhe,
Rudolf Mayer von Konstanz,
Joseph Scholl von Karlsruhe,
August von Dawans von Mannheim,
Carl Becker von Pforzheim,
Joseph Thumb von Konstanz,

Otto Stöffer von Heidelberg,
Ludwig Hill von Feudenheim,
Friedrich Wundt von Laudenbach,
Robert Himmelhahn von Neckarbischofsheim,
Otto Boecker von Sulzfeld,

unter die Zahl der Postpraktikanten aufgenommen worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. An der höhern Bürgerschule in Ettlingen ist die erste Lehrstelle mit einer Besoldung von 600 bis 700 fl. mit einem wissenschaftlich gebildeten katholischen Lehrer zu besetzen. Die Competenten um diese Stelle haben sich binnen vier Wochen bei Großherzog. Oberstudienrath nach Vorschrift zu melden.
2. Durch das am 22. Dezember v. J. erfolgte Ableben des erzbischöflichen Dekans und Pfarrers Johann Georg Burghart ist die Pfarrei Eigeltingen, Amts Stockach, mit einem beiläufigen Ertrag von 800 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei der gräflich von Langensteinischen Grundherrschaft, welcher das Präsentationsrecht zusteht, nach Vorschrift zu melden.
3. Durch die Beförderung des Pfarrers Hauschel ist die Pfarrei Hubertshofen, Amts Bräunlingen, mit einem beiläufigen Einkommen von 800 fl. erledigt worden. Die Competenten um diese den Concursgesetzen unterliegende Pfarrpründe haben sich gemäß der Verordnung vom Jahr 1810, Reggsbll. Nr. 38, Art. 4, bei dem katholischen Oberkirchenrathe sowohl, als bei dem erzbischöflichen Ordinariate innerhalb sechs Wochen zu melden.
4. Durch die Beförderung des Pfarrers Ignaz Ehrl auf die Pfarrei Zunsweier, ist die Pfarrei Jilmensee, Amts Pfullendorf, mit einem beiläufigen Ertrag von 900 fl. erledigt worden. Die Competenten um dieselbe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen zu melden.

Gestorben ist:

am 27. März d. J. der Geheime Rath Professor Dr. Carl Salomo Zacharia von Lingenthal zu Heidelberg.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 25. April 1843.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben durch Höchste Erklärung d. d. Mannheim den 23. Februar 1843, Ihrer Hoheit der Prinzessin Marie Amalie Elisabeth Caroline von Baden, vermählten Marquise von Douglas und Clydesdale, den Titel und Rang als Großherzoglichen Prinzessin von Baden vorzubehalten geruht, was hierdurch auf höchsten Befehl zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 18. April 1843.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Fchr. von Bittersdorff.

Vdt. Türkheim.

**Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

In Erwägung, daß das Gesetz vom 21. Juli 1839 über die Rheinzollnachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein seinem Zwecke nicht mehr entspricht und die Umstände eine gleichbaldige Aenderung desselben dringend wünschen lassen, haben Wir beschlossen und verordnen provisorisch, wie folgt:

Art. 1.

Das Gesetz vom 21. Juli 1839 über die Rheinzollnachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein (Regierungsblatt 1839, Seite 177) ist aufgehoben.

Art. 2.

Das Finanzministerium ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Gegeben in Unserem Staatsministerium zu Carlsruhe, den 15. April 1843.

Leopold.

von B ö c k h.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
B ü c h l e r.

Vollzugs-Verordnung

zu dem Gesetze über die polizeiliche Verwahrungsanstalt, die Verpflegungskosten betreffend.

In Gemäßheit des §. 4 des Gesetzes vom 30. Juli 1840, die polizeiliche Verwahrungsanstalt betreffend, Regierungsblatt XXVIII., werden die in den Fällen des §. 2 von der unterstützungspflichtigen Gemeinde oder öffentlichen Kasse zu tragenden Kosten der Verpflegung einer in die polizeiliche Verwahrungsanstalt aufgenommenen Person mit Rücksicht auf die Durchschnittswerthe ihres mittlern Arbeitsverdienstes, zur Zeit auf sechs und dreißig Gulden für die Zeit eines Jahrs festgesetzt.

Carlsruhe, den 17. März 1843.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Müdt.

Vdt. Reinhard.

Bekanntmachung.

Bezüglich auf die diesseitige Bekanntmachung vom 30. Juni 1841, Regierungsblatt Nr. XIX., wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der für den Mittelsheintreis als Sachverständiger Behufs der Abschätzung der auf dem Zehnten ruhenden Baulasten aufgestellte Architekt Schneider, früher zu Offenburg, nunmehr Hauptlehrer an der Gewerbschule zu Freiburg, dieses übertragenen Geschäfts auf sein Ansuchen wieder entzogen worden ist.

Carlsruhe, den 1. April 1843.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehrenden Andenken der Stifter hiermit bekannt gemacht.

Es haben nämlich gestiftet:

Der verstorbene Stadtrath Georg Anton Hummel von Freiburg in das dortige Waisenhaus 200 fl.

Maria Schütterer von Wendlingen in den Schulfond zu St. Georgen 14 fl.

Sabina Bösch von Pfaffenweiler zu Anschaffung einer großen Kirchenlampe in die dortige Kirche 20 fl.

Der verstorbene Demherr Philipp Valentin von Reibelt zu Augsburg in den Ros'schen, Katharina Bannwarth'schen und Waisenhausfond zu Freiburg zusammen 100 fl.

Barbara Wagner, Ehefrau des Hirschenwirths Johann Georg Wolfsperger von Badenweiler in den dortigen Almosenfond 100 fl.

Eine Ungenannte in die Sautier-Reibelt'sche Knabenstiftung zu Freiburg zu einem Freiplatz 450 fl. und in die Sautier-Reibelt'sche Mädchenstiftung daselbst zu einem Freiplatz ebenfalls 450 fl.

Ein Unbekannter in den Heiligenfond zu St. Georgen, Amts Hornberg, 10 fl. 48 kr.

Johann Steinert von Geroldsthal in den Armenfond zu Oberried 228 fl.

Maria Föhrenbach von Schönwald in den dortigen Armenfond 200 fl.

Ulrich Schmedel von Fohl in den dortigen Schulfond zu Verwendung der Zinsen auf Anschaffung von Schulbedürfnissen für arme Schüler 50 fl.

Derselbe in den Schulfond zu Brandenburg zum gleichen Zwecke 50 fl.

Maria Wunderle von Brandenburg in den dortigen Schulfond 30 fl.

Zu Gunsten des Bürgerhospitals zu Rastatt ist testamentarisch eine Schenkung von 5400 fl. gemacht worden, unter der besondern Bestimmung des Schenkgebers, daß sein Name deshalb nicht öffentlich bekannt gemacht werde.

Erlaubniß zum Tragen fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Kammerherrn und Ministerialrath Freiherrn von Marschall und dem Legationsrath von Schweizer die gnädigste Erlaubniß ertheilt, das ihnen von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Hessen verliehene Ritterkreuz des Ludwigordens anzunehmen und zu tragen.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht,
 dem Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Staatsminister und dirigirenden wirklichen Geheimen Rath Freiherrn von Lepel den Hausorden der Treue,
 dem Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Oberhofmarschall von Wangenheim das Commandeurkreuz des Ordens vom Röhrling Löwen, mit dem Stern,
 dem Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Kammerherrn, Geheimen Regierungs- und Kriegsrath von Erffa,
 dem Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Kammerherrn und Major à la suite von Löwenfels, Hofmarschall Seiner Durchlaucht des Erbprinzen,
 dem Großherzoglich Hessischen Geheimen Rath Eckhardt und
 dem Dr. Souhay, Senator der freien Stadt Frankfurt, das Commandeurkreuz, sodann
 dem Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Reisemarschall und Hofmusik- und Theater-Intendanten von Gruben und
 dem Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Geheimen Finanzrath Schnür das Ritterkreuz desselben Ordens zu verleihen.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:
 den Regierungsrath Carl Junghanns in Mannheim zum Geheimen Referendar bei dem Justizministerium,

den Ministerialassessor Wilhelm Brauer bei dem Justizministerium zum Ministerialrath,
den Secretär Cavallo bei der Hofdomänenkammer provisorisch zum Domänenverwalter in
Unteröwisheim, und

den Rechtspraktikanten Karl Ammann von Heidelberg zum Secretär bei diesem Ministerium zu
ernennen;

die erledigte erste Hofbibliothekars-Stelle dem Lyceumsprofessor Christoph Döll zu Mannheim,
unter Belassung seines bisherigen Charakters, zu übertragen;

das Amtschirurgat Wiesloch dem praktischen Arzt, Wund- und Hebarzt Dr. Ferdinand Rees
zu Hüfingen zu verleihen;

den bei der Wasser- und Straßenbauinspection Lahr beschäftigten Bauconducteur zweiter Klasse
Abolph Bayhinger zum Bauconducteur erster Klasse bei der genannten Inspection zu befördern;

den Hauptzollamts-Controleur Becher vom Hauptzollamte Neufreistett zu jenem in Kadelburg,

den Hauptzollamts-Controleur Kott vom Hauptzollamt Kehl zu jenem in Neufreistett zu versetzen,

den Zollverwalter Scharnberger in Ebrach zum Hauptzollamts-Controleur in Kehl zu ernennen,

und die erledigte evangelische Pfarrei Friesenheim dem Pfarrer Johann Georg Heß, dormalen in
Kirnbach, zu übertragen.

Die gräflich von Wiser'sche Präsentation des Priesters Heinrich Küstner von Mannheim, bis-
herigen Stadtvikars daselbst, auf die erledigte katholische Pfarrei Leutershausen, Amts Weinheim, hat
die Staatsgenehmigung erhalten.

Dem Lehrer der französischen Sprache an der polytechnischen Schule dahier, Professor Worms,
ist die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt worden.

Von den im Dezember v. J. zur Staatsprüfung zugelassenen sechs Forstkandidaten sind folgende
vier unter die Zahl der Forstpraktikanten aufgenommen worden:

Karl Seybel von Offenburg,

Christian Beck von Wertheim,

Franz Wagner von Hugstetten und

Franz von Neveu von Offenburg.

Nach ordnungsmäßig erstandener Staatsprüfung wurde von Großherzoglicher Sanitätscommission
dem Candidaten der Pharmacie Ferdinand Scheuermann von Buchen die Licenz zur Ausübung
der Apothekerkunst ertheilt.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

Durch das am 26. December v. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Joseph Valentin Merkel ist
die katholische Pfarrei Grombach, Amts Hoffenheim, mit einem beiläufigen Jahresertrag von
1400 fl. in Geld, Zehnten und Güterbenützung, worauf aber die Verbindlichkeit ruhet, einen
Vikar zu verköstigen und mit 100 fl. jährlich zu salariren, erledigt worden. Die Competenten
um dieselbe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach
Vorschrift zu melden.

lich Badisches
**Staats -
egierungs - Blatt.**

Carlsruhe, den 12. Mai 1843.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben geruht, nachstehendes Handschreiben an den Staatsminister der Finanzen von Bädh zu erlassen:

Mein lieber Finanzminister von Bädh! Seit nunmehr vierzig Jahren sind Sie im öffentlichen Dienste auf so ausgezeichnete Weise thätig gewesen, haben stethin Kraft und Talent, Kenntnisse und treue Gesinnung in so vorzüglichem Maße bewährt, daß Ich gern den jetzigen Augenblick ergreife, Sie Meiner lebhaften Anerkennung zu versichern und Ihnen insbesondere für die rastlose Bemühung, wie für die Einsicht zu danken, mit der Sie seit mehr als zwanzig Jahren die Finanzverwaltung leiteten, Ordnung und Klarheit in alle Zweige derselben brachten, pünktliche Erfüllung der ihr obliegenden Verbindlichkeiten zur unabw. Richtschnur erhoben und eben hierdurch den Credit des Staates dauernd befestigen halfen. Das Land, dessen bin Ich gewiß, theilt Meine Gefühle: sein gerechtes Vertrauen ist Ihnen bleibend erworben. Mit dem herzlichsten Wunsch, daß der Himmel Ihnen vergönne möge, sich den schwierigen Geschäften Ihres Amtes noch recht lange zu widmen, verbinde Ich die erneuerte Versicherung der vorzüglichen Achtung und wahren Zuneigung, womit Ich verbleibe

Ihr

ergebener

Leopold.

Carlsruhe, den 1. Mai 1843.

Verordnung.

**Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

Auf den unterthänigsten Vortrag Unseres Finanzministeriums finden Wir Uns bewogen, Unsere Verordnungen vom 22. October und vom 3. Dezember 1835 über die Dienst- und Besoldungs-Verhältnisse der Zollbeamten an der Grenze und im Innern des Großherzogthums abzuändern, wie folgt:

Art. 1.

Die Hauptzollamts-Controleure bei den Hauptsteuerämtern im Innern und bei den minder wich-

tigen Hauptzollämtern an der Grenze des Großherzogthums sollen künftighin nicht mehr von Uns selbst und mit Staatsdiener-Eigenschaft, sondern nur als entlassbare Diener und durch das Finanzministerium angestellt werden.

Art. 2.

Die Grenz-Controleure werden für die Folge in zwei Classen, in Obergrenz-Controleure und in Grenz-Controleure abgetheilt.

Jene, die Obergrenz-Controleure, werden von Uns angestellt und mit Staatsdiener-Eigenschaft bekleidet, auch den mit Staatsdiener-Eigenschaft bekleideten Hauptzollamts-Controleuren im Range gleichgesetzt. Diese, die Grenz-Controleure, gehören, wie seither, zu den vom Finanzministerium anzustellenden entlassbaren Dienern.

Art. 3.

Die Obergrenz-Controleure erhalten einen Matrikulargehalt von 850 fl. und es finden auf sie die Art. 3 und 4 der Verordnung vom 22. October 1835 Anwendung.

Ihre Anzahl soll höchstens den dritten Theil sämmtlicher Ober- und Grenz-Controleure betragen.

Die Ernennung zum Obergrenz-Controleur soll vorzugsweise solchen Beamten zu Theil werden, die sich durch gebiegene Bildung für Oberbeamtenstellen in der Zollverwaltung befähigt, oder als Grenz-Controleure lange und mit Auszeichnung gedient haben.

Gegeben in Unserem Staatsministerium zu Karlsruhe, den 28. April 1843.

Erpold.

von Büchler.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der, vom erzbischöflichen Domkapitel in Freiburg gewählte, und von Seiner päpstlichen Heiligkeit, Gregor XVI. bestätigte, Metropolitan-Erbischof der oberrheinischen Kirchenprovinz Herrmann Dr. von Vicari am 6. März d. J. sein neues Amt angetreten hat und am 26. desselben Monats in der Metropolitankirche zu Freiburg inthronisirt worden ist.

Karlsruhe, den 28. April 1843.

Ministerium des Innern.

Fhr. von Müdt.

Vdt. Stemmler.

tigung wird vom 1. Mai d. J. an die Posthalterei in Weingarten, jedoch unter Fortb stand der bisher damit verbundenen Brief- und Postverbindung zwischen Weingarten und Karlsruhe wird auf 1% Post festgesetzt. April 1843.

herzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Fhr. von Mittersdorff.

Vdt. Lürdheim.

Nachdem Seine Königliche Hoheit der Großherzog durch höchste Entschlieſung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 6. August v. J. Nr. 1194 die fortdauernde Thätigkeit des von Freiherrn Karl Chriſtoph von Brüggen und ſeiner Schweſter Wilhelmine durch Diſpoſition vom 11. November 1794 geſtifteten Stammgutes, welches drei Vierteltheile von Schattſhausen ſammt Zugehörde umfaßt, anzuerkennen gnädigſt geruht haben, ſo wird dieſ mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem präſumtiven Stammgutserben, Freiherrn Karl von Göler, älteſten Sohn des Kammerherrn Freiherrn Karl von Göler zu Schattſhausen, geſtattet worden ſei, ſeinem Familiennamen den Namen „von Brüggen“ beizufügen, und ſich in allen das Stammgut betreffenden Angelegenheiten eines das von Gölerſche und von Brüggenſche Wappen verbindenden Siegels zu bedienen.

Carlsruhe, den 28. April 1843.

Juſtiz-Miniſterium.

Jolly.

Vdt. Ammann.

Die Verlegung des Eiſes der Bezirks-Bauinſpection Wertheim betreffend.

Nach höchſter Entſchlieſung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 28. v. M. St. M. Nr. 671, haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog gnädigſt genehmigt, daß der Eiſ der Bezirks-Bauinſpection Wertheim nach Gerlaſchheim verlegt werde.

Dieß wird andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe den 5. Mai 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Pfeiſtſicker.

Die Amtsbezirke der Hauptzollämter Kadelburg und bei Rheinfelden betreffend.

Nach höchſter Entſchlieſung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs aus großherzoglichem Staatsministerium vom 4. d. M. Nr. 750 ſind die Orte Rhina und Kleinlauſenburg vom Bezirk des Hauptzollamtes Kadelburg jenem des Hauptzollamtes bei Rheinfelden zugetheilt. Dieß wird unter Bezug auf die höchſte Verordnung vom 26. November 1835 (Regierungsblatt 1835 Seite 422) zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 6. Mai 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Pfeiſtſicker.

Stiftungen.

Nachſolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehrenden Andenken der Stifter hiermit bekannt gemacht.

Es haben geſtiftet:

der verſtorbene Pfarrer Bindert von Hauſenvorwald 100 fl. zur Gründung eines Armenfonds in der Gemeinde Depla,

Maria Eva Frank, geborne Freitag, zu Unterballbach in den dortigen Armenfond 500 fl.
 und in den Kirchenfond zur Altarvergoldung 300 fl.,
 Katharina Henriette Eisengrain zu Heidelberg in das akademische Hospital 100 fl.,
 Ein Ungenannter in die Kirche zu Werbachhausen 25 fl.,
 Jakob Friedrich Eisengrain Wittve, geborene Schaaf, zu Heidelberg in den katholischen
 Hospitalfond 100 fl.,
 ein Ungenannter zu Hardheim schenkte der Kirche zu Anschaffung neuer Standarten 44 fl.
 die Gottfried Gerner'schen Eheleute zu Sindolsheim stifteten in die Kirche eine Bibel, im
 Werthe von 10 fl. 48 kr.,
 die Ehefrau des Stephan Schäfer zu Malsch in den Armenfond 30 fl.,
 Andreas Brenner von Daudenzell in den Heiligen zwei silberne Abendmahlkelche im Werth
 von 127 fl.

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Geheimen Rath und Professor
 Dr. Liedemann in Heidelberg die gnädigste Erlaubniß ertheilt, das ihm von Seiner Majestät dem
 König von Griechenland verliehene Ritterkreuz des Ordens des Erlösers anzunehmen und zu tragen.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht,
 dem fürstlich fürstenbergischen Domänendirector Dilger,
 dem fürstlich Thurn und Taxis'schen Generalpostdirectionsrath Müller,
 dem Domcapitularen Conrad Martin in Freiburg,
 dem Stadtpfarrer und Decan Krebs in Donaueschingen und
 dem Dr. Becker, Hofprediger Ihrer Hoheit der Frau Fürstin von Fürstenberg
 das Ritterkreuz des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Medaillen-Verleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht,
 dem Bürgermeister Jakob Groß zu Oberschwarzach, in Anerkennung seiner langjährigen treuen
 Dienstführung, die kleine goldene Verdienst-Medaille zu verleihen.

Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht,
 den Domänenrath Welzel zum Regierungsrath bei der Regierung des Unterrheinkreises,
 den Assessor bei der großherzogl. Steuerdirection Iwan von Böckh zum Assessor bei dem Mi-
 nisterium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten,
 er Steuerdirection zum Assessor bei dieser Stelle,
 renz zu Heidelberg, unter gnädigster Bezeugung der höchsten Zufrie-
 den beim Eisenbahnbau,
 arban in Ennendingen zu Ober-Ingenieuren zu ernennen, und
 iler in Bruchsal den bisher demselben provisorisch übertragenen In-
 gen;
 hopfheim, August Müßlin von Mannheim, zum Assessor bei der
 Bergwerke zu befördern;
 holischen Stiftungsrevisors bei der Regierung des Mittelrheinkreises dem
 Freiburg unter Ernennung desselben zum Revisionsgehilfen zu übertragen;

die evangelische Pfarrei Sulz, Decanats Mählberg, dem Pfarrer Christian Zimmer, demaligen Pfarrverweser zu Liedolsheim, zu verleihen;

der fürstlich fürstenbergischen Präsentation des bisherigen Amtmanns Sebastian Frey zu Möhringen als Vorstand des Amtes Hünfingen,

und der fürstlich fürstenbergischen Präsentation des Distriktsnotars Mathäus Engesser in Möhringen zum Amtsrevisor in Stühlingen die höchstlandesherrliche Bestätigung zu erteilen.

Die von der großherzoglich markgräfllich badischen Domänenkanzlei dem Pfarrverweser Johann Baptist Städele zu Bombach verliehene Präsentation auf die Pfarrei Weisdorf, Amtes Salem, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Ebenso hat die Staatsgenehmigung erhalten die von Seiten der fürstlich Löwenstein-wertheim-freudenbergischen und fürstlich Löwenstein-wertheim-rosenbergischen Standesherrschaften erfolgte Präsentation des Pfarrers Christoph Weimar von Wenkheim auf die erledigte evangelische Pfarrei Bettingen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die Vorstandsstelle bei dem Bezirksamt Borberg ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen vorschriftsgemäß bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft zu melden.
2. Bei dem Bezirksamt Schoppsheim ist die Stelle eines Assessors in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb vier Wochen bei der Regierung des Oberrheinkreises zu melden.
3. Bei der Steuerdirection ist die Stelle eines Secretärs zu besetzen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen bei der Steuerdirection zu melden.
4. Bei der Sanitätscommission ist die Stelle eines Secretärs, der die Registratur derselben mit zu besorgen hat, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich bei der Sanitätscommission binnen vier Wochen vorschriftsmäßig zu melden.
5. Bei der Steuerdirektion sind zwei Revisorsstellen zu besetzen. Die Bewerber haben sich innerhalb vier Wochen bei der Steuerdirektion vorschriftsmäßig zu melden.
6. Durch die Beförderung des Pfarrers Dr. Le Beau auf die Pfarrei Sand ist die evangelische Pfarrei Waldwimmersbach, Decanats Neckargemünd, mit einem Competenzanschlag von 718 fl. 24 kr. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich vorschriftsmäßig binnen sechs Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
7. Durch die Beförderung des Pfarrers Heß auf die Pfarrei Griesenheim ist die evangelische Pfarrei Kirnbach, Decanats Hornberg, im Competenzanschlage zu 481 fl. 25 fr. und mit einem wirklichen Einkommen von ungefähr 600 fl., auf welcher eine Schuld von circa 150 fl. für Waldkulturkosten haftet, welche von dem neu ernannt werdenden Pfarrer in acht Jahresterminen mit verrescirenden Zinsen zu zahlen ist, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
8. Die fürstlich fürstenbergische Präsentation des Pfarrers Anton J. Stadtpfarrei Stühlingen hat die Staatsgenehmigung erhalten. durch erledigte Pfarrei Mauenheim, Amtes Möhringen, mit der haben sich bei der fürstlichen Standesherrschaft Fürstenberg als J
9. Durch die erfolgte Staatsgenehmigung der Präsentation des Pfarrers die erledigte Pfarrei Bettingen ist die evangelische Pfarrei B

uf die
hier-
10 fl.,
elden.
m auf
heim.

mit einem Competenzanschlag von 445 fl. 9 fr. erledigt worden. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig bei den beiderseitigen fürstlich löwenstein-wertheimischen Standesherrschaften zu melden.

10. Durch das Ableben des Pfarrers Raimund Adam Müller ist die katholische Pfarrei Stettfeld, Oberamts Bruchsal, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 1500 fl. in Zehnten und Güterbenützung, worauf jedoch ein in zehn Jahrestermen heimzuzahlendes, verzinliches Kriegsschuldenkapital von 810 fl. lastet, erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrpfünde haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
11. Nachdem Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Errichtung einer zweiten katholischen, von der landesfürstlichen Kollatur abhängigen Pfarrei in Mannheim unter Zustimmung des erzbischöflichen Ordinariats zu Freiburg gnädigst zu genehmigen und für die beiden nunmehrigen katholischen Pfarreien daselbst eine neue Einrichtung zu treffen geruht haben, wornach die bisherige eine katholische Stadtpfarrei zu Mannheim in zwei von einander unabhängige katholische Pfarreien getheilt und jeder derselben eine eigene Dotation zugewiesen worden ist, so werden nunmehr die beiden oben besagten katholischen Stadtpfarreien in Mannheim zur definitiven Besetzung ausgeschrieben, und zwar:

1. Die obere katholische Stadtpfarrei in Mannheim, mit dem Bemerken, daß dem zu ernennenden Stadtpfarrer nebst freier Wohnung und Benützung des Pfarrgartens, ohne Anrechnung der Stolgebür, ein jährliches Einkommen von 1400 fl., nebst weitem 800 fl. jährlich, wofürer zwei Vicare zu verköstigen und jeden derselben mit 150 fl. jährlich zu salariren hat, bewilligt wird, jedoch unter der Verbindlichkeit, ein verzinliches Kriegsschuldenkapital von 84 fl. 18 1/2 fr. in vier Jahrestermen und ein weiteres verzinliches Schuldenkapital von 182 fl. 11 fr. für Herstellung des Pfarrgartens in zehn Jahrestermen heimzuzahlen.

2. Desgleichen die untere katholische Stadtpfarrei in Mannheim, mit dem Bemerken, daß dem zu ernennenden Stadtpfarrer, nebst freier Wohnung und ohne Anrechnung der Stolgebür, ebenfalls ein jährliches Einkommen von 1400 fl., nebst weiteren 800 fl. jährlich, wofür er gleichfalls zwei Vicare zu verköstigen und jeden derselben mit 150 fl. jährlich zu salariren hat, zugewiesen ist, jedoch unter der Verbindlichkeit, ein verzinliches Kriegsschuldenkapital von 84 fl. 18 1/2 fr. in vier Jahrestermen heimzuzahlen.

Die Competenten um eine oder die andere dieser beiden oben erwähnten Stadtpfarreien haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

12. Durch die Beförderung des Pfarrers Michael Hopfenstock auf die Pfarrei Neuhausen, Oberamts Pforzheim, ist die katholische Pfarrei Weingarten, Oberamts Durlach, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 515 fl. erledigt worden, worauf aber die Verbindlichkeit ruhet, ein verzinliches Schuldenkapital von 221 fl. 43 fr. wegen Prozeßkosten in sechszehn Jahrestermen und nach Umlauf derselben 25 fl. 1 fr. wegen ausgelegten Deservitenkosten in zwei weiteren Jahrestermen heimzuzahlen.

Die Competenten um diese Pfarrpfünde haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

Gestorben ist:

Am 31. März 1843 der pensionirte Ministerialexpeditor Korn dahier.

" 14. April " " Rechnungs Rath Müller bei der Steuerdirection.

" 16. " " " der pensionirte Ministerial-Expeditor Blattmann.

" 23. " " " Gartendirector Geheimrath Hofrath Zeyher zu Schwegingen.

" 26. " " " Secretär bei der Sanitätscommission, Kanzleirath Wolff.

Berichtigung.

Die im Regierungsblatt Nr. XII., Seite 100 unrichtig eingeschalteten Zeilen 2 und 3 von oben, gehörten unter die Zeilen 4 und 5.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 25. Mai 1843.

Verordnung,

die Behufs der Siegelanlegung zu erstattenden Sterbfallanzeigen und die Vornahme jener erstern betreffend.

Im Einverständnisse mit Großherzoglichem Ministerium des Innern wird hierdurch verordnet, wie folgt:

§. 1.

Die Leichenschauer haben von jedem Todesfall, der zu ihrer Kenntniß gelangt, unverzüglich — und zwar, wenn sich derselbe zur Nachtzeit ereignete, spätestens am folgenden Morgen um 7 Uhr — der betreffenden Rechtspolizeibehörde schriftliche Anzeige zu machen.

§. 2.

Die Anzeige muß

1. Vor- und Zunamen, Alter und Stand oder Gewerbe des Gestorbenen;
2. Angabe, ob derselbe ledig oder verheirathet war;
3. Jahr, Monat, Tag und Stunde des Ablebens

enthalten.

§. 3.

Sie geschieht an den Distriktsnotar, wenn ein solcher am Orte anwesend ist; an das Amtsrevisorat, wenn dieses am nämlichen Ort seinen Sitz hat, und der Distriktsnotar daselbst nicht wohnhaft oder nicht anzutreffen ist; an den Bürgermeister, wenn weder der Amtsrevisor, noch ein Distriktsnotar im Orte gegenwärtig ist.

§. 4.

Von den Anzeigen, welche dem Distriktsnotar oder dem Bürgermeister gemacht werden, hat der Leichenschauer gleichzeitig auch dem Amtsrevisorat Nachricht zu geben.

§. 5.

Der Leichenschauer hat für jede von ihm erstattete Sterbfallsanzeige eine Gebühr von 6 kr. zu beziehen.

Kommt er der ihm nach §§. 1 — 4 obliegenden Verbindlichkeit nicht pünktlich nach, so verfällt er in eine Geldstrafe von 1 — 5 fl., welche das Bezirksamt auf Antrag des Amtsrevisorats gegen ihn ausspricht.

§. 6.

Der Distriktsnotar oder Bürgermeister, welchem ein Sterbfall angezeigt wird, hat unmittelbar nach erhaltener Anzeige die Versiegelung vorzunehmen, insofern eine solche nach dießseitiger Verordnung vom 7. September 1841 nothwendig ist.

Der Distriktsnotar erstattet sofort dem Amtsrevisorate die durch §. 8 der Instruktion vom 4. Januar v. J. vorgeschriebene Anzeige.

Der Bürgermeister legt das über die Siegelanlegung aufgenommene Protokoll sogleich dem Amtsrevisorate vor, von dem solches mit den etwa bei ihm beruhenden, auf den Fall bezüglichen, Urkunden oder Akten dem betreffenden Distriktsnotar zur weitem Amtshandlung zugesendet wird.

§. 7.

Bei der bestehenden Anordnung, wonach die Pfarrämter beim Schlusse eines jeden Quartals ein Verzeichniß der in demselben vorgekommenen Sterbfälle den Amtsrevisoratzen mitzutheilen haben, behält es auch ferner sein Bewenden.

Carlsruhe, den 12. Mai 1843.

Justiz-Ministerium.

Jolln.

Vdt. Ammann.

Bekanntmachungen.

Die Begebung des Anlehens für die Eisenbahnschuldentilgungskasse betreffend.

Das unterzeichnete Ministerium bringt andurch zur öffentlichen Kenntniß, daß von den nach dem Gesetz vom 10. September v. J. (Regierungsblatt Nr. XXVII.) zu kontrahirenden Anlehen von zwölf Millionen Gulden für die Eisenbahnschuldentilgungskasse außer den in der Bekanntmachung vom 24. October v. J. erwähnten 6,600,000 fl. noch weitere 3,804,500 fl. an die Bankhäuser M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt am Main, Johann Goll und Söhne allda und S. von Haber und Söhne dahier, in drei und ein halbprocentigen Partialobligationen käuflich überlassen worden sind, und daß für diesen Betrag Partialobligationen von 1000 fl., 500 fl. und 100 fl., nach dem im Regierungsblatt Nr. XXXII. vom vorigen Jahr bekannt gemachten Formular durch die Eisenbahnschuldentilgungskasse werden ausgefertigt werden.

Carlsruhe den 5. Mai 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Bäch.

Vdt. Pfeilschider.

Die Aenderung der Obereinnehmerbezirke in Folge der neuen Aemtereintheilung im Seekreise betreffend.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung des Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 13. Dezember v. J., Regierungsblatt vom laufenden Jahr Nr. I., wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in Folge der von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog gnädigst genehmigten Aenderungen in dem Bestand mehrerer Amtsbezirke des Seekreises

- 1) der Ort Gallmansweil, bisher zu der Obereinnehmeri Pfullendorf gehörig, der Obereinnehmeri Engen,
- 2) die Orte Nach, Wangen und Schwäblishausen, bisher zu der Obereinnehmeri Ueberlingen gehörig, der Obereinnehmeri Pfullendorf, und

3) der Ort Illmenssee, bisher zu der Obereinnehmeri Pfullendorf gehörig, der Obereinnehmeri Ueberlingen zugetheilt werden.

Diese Aenderungen treten mit dem 1. Januar 1844 in Wirksamkeit.
 Karlsruhe, den 6. Mai 1843.

Ministerium der Finanzen.
 von Döckh.

Vdt. Mosler.

Zufolge höchster Entschliessung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 15. v. M., Nr. 627 ist vom 1. Mai d. J. an die Posthalterei in Griesbach nach Petersthal verlegt und die Posthalterei in Oberkirch aufgehoben worden.

Dies wird hierdurch mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die in Griesbach und Oberkirch mit den Posthaltereien verbunden gewesenen Brief- und Fahrpostexpeditionen fortbestehen und nach Maßgabe des Distanzenregulativs die Entfernung zwischen Petersthal und Freudenstadt auf $1\frac{1}{2}$ Post

"	"	"	Oppenau	"	$\frac{5}{8}$	"
"	"	"	Rippoldsau	"	$1\frac{3}{8}$	"
"	Oppenau	"	Achern	"	$1\frac{3}{4}$	"
"	"	"	Appenweiler	"	$1\frac{1}{4}$	"

bestimmt wird.

Karlsruhe, den 15. Mai 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
 Frhr. von Bittersdorff.

Vdt. von Berckheim.

Den Ausschlag der Beiträge zur General-Brand-Kasse für 1842/43 betreffend.

Nachdem die Feststellung des Abgangs und Zuwachses zu den Brandversicherungsanschlüssen für das Jahr 1842, welche durch mancherlei Hindernisse bis jetzt verzögert wurde, nunmehr erfolgt ist, sieht man sich im Stande, die Umlage für das Jahr 1842/43 auszuschreiben.

Es haben die im Jahr 1842 von den Kreisregierungen erkannten Brandschadensvergütungen die Summe von 370,359 fl. 17 fr. betragen, wovon bereits 159,168 fl. 35 fr. bezahlt und 211,190 fl. 42 fr. wegen noch nicht nachgewiesener Wiedererbauung im Rückstand sind. Von den in frühern Jahren erkannten Brandentschädigungen sind noch 62,825 fl. 17 fr., also in der Gesamtsumme mit dem Rückstande des Jahres 1842: 274,015 fl. 59 fr. zu bezahlen. Die Passivkapitalien bestehen in 211,800 fl.; mit Zuschlag der Administrationskosten ad 3,000 fl., der Einzugsgebühren von ungefähr 6,376 fl. 33 fr. und der Passivzinsen von beiläufig 6,372 fl., berechnet sich somit das unzuliegende Bedürfnis über Abzug des in das neue Rechnungsjahr übergegangenen Cassenvorraths von 134,318 fl. 54 fr. auf 367,245 fl. 38 fr.

Man sieht sich deshalb veranlaßt, den Beitrag für 1842/43 auf
 Zehn Kreuzer

von Einhundert Gulden des Gebäubranschlags zu bestimmen. Das Ergebniß desselben wird bei einem Gesamtanschlag von 229,555,756 fl. ungefähr 382,592 fl. 55 kr. abwerfen, womit nicht allein das noch ein Theil der während des Jahres 1843 auflaufenden Kosten werden kann.

demnach beauftragt, die speciellen Einzugsregister auf den Grund des Anschlags und des im Laufe des Jahres 1842 angemeldeten letzterer bei der gegenwärtigen Umlage erstmals zum Beitrag zu ziehen ist, schleunigst durch die Amtsrevisorate fertigen, und nach vorheriger gründlicher Prüfung an die Obereinnehmerien, beziehungsweise Hauptsteuerämter abgeben zu lassen. — Diese haben sodann den Einzug durch die Ortssteuererheber in den Monaten Juni, Juli und August vornehmen zu lassen, und die eingehenden Gelder für Rechnung der General-Brand-Casse zu vereinnahmen.

Die summarischen Einzugsregister sind nach Anleitung der Abschnitte V. und VI. der Brandversicherungsordnung vom 29. December 1807 von den Amtsrevisoraten doppelt auszufertigen, und beide Exemplare den betreffenden Kreisregierungen zur schleunigen Prüfung vorzulegen, welche das eine Exemplar der betreffenden Obereinnehmerlei, beziehungsweise dem Hauptsteueramt, das andere aber mit einer Kreisübersicht dem Verwaltungsrath der General-Brand-Casse längstens bis 1. Juli dieses Jahres mitzutheilen haben.

Uebrigens wird bemerkt, daß auch die Umlage für 1842/43 noch nach den Vorschriften der Brandversicherungsordnung vom 29. December 1807 einzuziehen ist, indem das neue Feuerversicherungsgeß vom 30. Juli 1840 erst nach Vollendung der Generaleinschätzung, seiner ganzen Ausdehnung nach, in Wirksamkeit tritt.

Carlsruhe, den 20. Mai 1843.

Ministerium des Innern.

Jchr. von Müdt.

Vdt. Stemmler.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehrenden Andenken der Stifter hiermit bekannt gemacht.

Der Herr Herzog und die Frau Herzogin von Hamilton aus Schottland haben dem unter der Benennung Marien-Anstalt bestehenden Vereine in Mannheim ein Geschenk von 3000 fl. mit der Bestimmung übergeben, daß diese Schenkung die Benennung „Hamilton-Stiftung“ führen und zwei von dem Zinsertrage zu erziehende Waisen „Hamiltons-Jöglinge“ genannt werden sollen.

Ein Wohlthäter schenke zu Gründung eines Waisenhauses in Weinheim 100 fl.

Pfarrer Bindert zu Hausenvorwald zur Gründung eines Armenfonds in Hubertshofen 100 fl.

Matthias Frik zu Heuborf zur Gründung eines Armenfonds daselbst 100 fl.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

den Hofgerichtsassessoren Baumüller und Rothermel in Rastatt, und dem Hofgerichtsassessor Weber in Mannheim den Charakter als Hofgerichtsräthe zu verleihen;

dem Amtmann **Mors** zu **Stockach** die Verweisung des Bezirksamts **Pfullendorf** zu übertragen ;
 die erledigte **Affessorstelle** bei dem Bezirksamt **Baden** dem Rechtspraktikanten **von Rüd**,
 die Stelle eines **Amtsaffessors** bei dem Bezirksamt **Stockach** dem Schriftverfasser **Galura** in
Kenzingen zu verleihen ,

den **Oberzollinspektor Tarusello** in **Ludwigshafen** zum **Kreiskassier** in **Mannheim** zu ernennen ;
 die erledigte **Domänenverwaltung Mannheim** dem **Obereinnehmer Leth** in **Sinsheim** zu übertragen ;
 den **Universitäts-Bibliotheks-Secretär Dr. Thibaut** zum **Bibliothekar** an der **Universität**
Heidelberg ,

den **Rechtspraktikanten Karl Deimling** von **Pforzheim** zum **Secretär** bei dem **Hofgericht** des
Mittelrheinkreises zu ernennen ;

den zum **Bahn-Ingenieur** bei den **Eisenbahnämtern Heidelberg und Carlruhe** ernannten **Bau-**
conducteur Ferdinand Dieß auf sein unterthänigstes Ansuchen der ihm übertragenen Stelle zu ent-
 heben , dagegen

den **Ingenieur-Praktikanten Albert Bürklin** zum **Bahn-Ingenieur** bei den gedachten **Eisen-**
bahnämtern zu ernennen ;

der **fürstlich leiningenschen Präsentation** des bisherigen **Pfarrverweisers Martin Alt** in **Borberg**
 als **Vorstand** und **ersten Lehrer** an der **höheren Bürgerschule** zu **Mosbach** die höchste **Genehmigung** zu
 ertheilen ;

die erste **Lehrerstelle** an der **höheren Bürgerschule** zu **Sinsheim** dem **Lehramtspraktikanten Eduard**
Wag von **Carlruhe** zu übertragen ;

den **Amtsactuar Leonhard Dörffer** zu **Freiburg** zum **Registraturgehilfen** bei dem **katholischen**
Oberkirchenrath zu ernennen ;

den **Amtschirurgen Burger** in **Gengenbach** , sowie

den **Bezirksförster Bathiany** in **Billingen** , beide wegen anhaltender **Kränklichkeit** , in den
Ruhestand zu versetzen ;

die **katholische Pfarrei Winterspüren** , **Amts Stockach** , dem **Pfarrer Johann Albert Happers-**
berger zu **Niederwasser** , und

die **katholische Pfarrei Inzlingen** , **Amts Lörrach** , dem **Decan und Stadtpfarrer Johann Baptist**
Wepfer zu **Waldshut** zu verleihen .

Die **Präsentation** der **großherzoglich markgräfllich badischen Domänenkanzlei** für den **Pfarrverweiser**
Athanas Stöhr in **Bermatingen** auf die **Pfarrei Mimmenhausen** , **Amts Salem** , hat die **Staatsgeneh-**
migung erhalten .

Die **grund- und freiherrlich Karl von Gleichensteinische Präsentation** des **Pfarrverweisers Alois**
Lösch zu **Buchholz** auf die **basige Pfarrei** hat die **Staatsgenehmigung** erhalten .

Die **fürstlich fürstenbergische Präsentation** des **Pfarrers Anton Fischer** zu **Heudorf** auf die
Pfarrei Riedöschingen , **Amts Hüfingen** , hat die **Staatsgenehmigung** erhalten .

Dem **Rechtspraktikanten Gink** ist das **Schriftverfassungsrecht** in **Administrativsachen** mit **Be-**
stimmung des Wohnsitzes in **Achern** ertheilt worden .

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die Obereinnehmerrei Sinsheim ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen bei der Steuerdirection zu melden.
2. Die Stelle eines Oberzollinspectors zu Ludwigshafen ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen bei der Zolldirection zu melden.
3. Bei der Hofdomänenkammer ist die Stelle eines Secretärs in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen bei der Hofdomänenkammer vorschriftsmäßig zu melden.
4. Die Stelle des Assistenzarztes bei dem Stadt-Physikate Carlruhe. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb 4 Wochen bei der Sanitäts-Commission zu melden.
5. Das Amtschirurgat Gengenbach mit der normalmäßigen Besoldung von 180 fl. und dem Aversum für Pferdfourrage von 120 fl., welches mit einem Medico-Chirurgen besetzt werden soll.
Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen 4 Wochen vorschriftsmäßig bei der Sanitäts-Commission zu melden.
6. Die Bezirksforstet Billingen ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb 4 Wochen bei der Direction der Forstdomänen und Bergwerke vorschriftsmäßig zu melden.
7. Die Pfarrei Heudorf, Amts Mößkirch, ist erledigt worden. Die Competenten um diese Stelle mit einem beiläufigen Ertrag von 660 fl. (worauf ein fünfjähriges Provisorium wegen Zehntablösungskosten von 21 fl. 24 fr. vom 19. Dezember 1842 an, jeweils auf den 23. April und an Georgi 1844 erstmals fällig, haftet), haben sich bei der fürstlich fürstenbergischen Ständesherrschaft als Patron nach Vorschrift zu melden.
8. Die katholische Pfarrei Niederwasser, Amts Triberg, ist mit einem beiläufigen Ertrag von 470 fl. erledigt worden. Die Competenten um diese Stelle haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariat als bei dem katholischen Oberkirchenrath vorschriftsmäßig zu melden.
9. Die katholische Pfarrei Walschut mit einem beiläufigen Einkommen von 1400 fl. mit der darauf ruhenden Verbindlichkeit, einen Vicar zu halten, und mit welcher man das Decanat und die Bezirksschulvisitation wieder zu vereinigen beabsichtigt, ist erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrpfünde haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariat als bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
10. Durch die Präsentation des Pfarrers Rein auf die Pfarrei Nonnenweier ist die evangelische Pfarrei Gondelsheim, Decanats Bretten, mit einem Competenzanschlag von 680 fl. 15 fr., worauf jedoch eine Schuld von 171 fl. 50 fr. haftet, deren Berichtigung der neu ernannt werdende Pfarrer, so weit sie nicht aus den Intercalargefällen getilgt wird, zu übernehmen hat, in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen bei der gräflich von Langensteinischen Grund- und Patronats Herrschaft zu melden.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 16. Juni 1843.

Bekanntmachungen.

Die Vorarbeiten zur Conscription für das Jahr 1844 betreffend.

Da nunmehr die Vorarbeiten zur Conscription für das Jahr 1844 beginnen, so werden in Gemäßheit des §. 17 des Conscriptionsgesetzes alle Badener, welche vom 1. Jänner bis zum 31. Decbr. 1843 einschließlich das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben oder zurücklegen, hiermit aufgefordert, sich bei dem Gemeinderath ihres Orts anzumelden oder anmelden zu lassen, sofort am 1. September d. J. sich zu Hause einzufinden, um auf Vorladung vor der Ziehungsbehörde persönlich erscheinen zu können, oder aber bei Zeiten die Erklärung abzugeben, daß sie, wenn sie durch das Loos zum Dienst gerufen werden, einen Mann einstellen, widrigenfalls in Ermangelung eines nach §. 22 des Conscriptionsgesetzes untauglich machenden Gebrechens dieselben als tauglich angesehen und im Falle, daß sie das Loos zum Militärdienst trifft, nach Vorschrift des §. 4 des Gesetzes als Ungehorsame behandelt werden sollen.

Die Kreisregierungen werden beauftragt, für die Bekanntmachung ~~vorsiehender Aufforderung~~ auch durch die Localblätter und auf die für Verkündigungen in den einzelnen Gemeinden vorgeschriebene Weise Sorge zu tragen.

Karlsruhe, den 2. Juni 1843.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Buiffon.

Stiftungen.

Der Herr Fürst zu Fürstenberg hat bei Gelegenheit Seiner 25jährigen Vermählungsfeier laut Stiftungsurkunde d. d. Donaueschingen den 19. April 1843 ein Dotationskapital von vier tausend vier hundert Gulden gegründet, dessen Zinsertrag jährlich zu Ausstattung von einem Paar lediger Leute, christlicher Confession, aus dem Fürstenthum Fürstenberg gebürtig, verwendet werden soll.

Die Frau Fürstin von Fürstenberg Durchlaucht hat zu dem Armenfond in Donaueschingen 1000 fl. gestiftet.

Der verstorbene Pfarrer Bindert zu Hausenvorwald hat dem Armenfond zu Döggingen 100 fl. vermacht.

Der verstorbene Seilermeister Ignaz Kappeler von Ettlingen stiftete in die Armenkasse 2,484 fl. und in den Hospitalfond in Ettlingen 2,484 fl.

Der Domcapitular Dr. Karl Kießer zu Freiburg stiftete zu dem katholischen Kirchenfond der

obern Stadtpfarrei in Mannheim 175 fl., wovon der Zinsertrag alljährlich zu Bekleidung eines armen Erstkommunikanten dieses Stadtpfarrbezirks verwendet werden soll.

Vorstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehrenden Andenken der Stifter hiermit bekannt gemacht.

Erlaubniß zum Tragen fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Erzbischof von Freiburg, Dr. von Vicari, die gnädigste Erlaubniß ertheilt, daß ihm von Ihren Durchlauchten den Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen verliehene Ehrenkreuz erster Klasse,

ebenso Höchst Ihrem seitherigen Minister-Residenten am königlich bayerischen Hofe, Kammerherrn und Geheimen Legationsrath Freiherrn von Adlaw, daß ihm von Seiner Majestät dem Könige von Bayern verliehene Commandeurenkrenz des Civilverdienstordens der bayerischen Krone anzunehmen und zu tragen.

Medaillen-Berleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Kanzleidienner des Oberhofgerichts Georg Roth zur Anerkennung seiner vieljährigen, treu, eifrig und mit Auszeichnung geleisteten Militär- und Civildienste die silberne Civilverdienstmedaille gnädigst zu verleihen geruht.

Militär-Dienstnachrichten.

Durch höchste Ordre vom 2. Mai d. J. wurde der Major Sachs vom ersten Infanterieregiment mit der Erlaubniß die Uniform von der Suite der Infanterie tragen zu dürfen, in Ruhestand versetzt.

Der Lieutenant Maclot im dritten und der Lieutenant Abbrand im ersten Infanterieregiment zu Oberlieutenants befördert; sodann wurden versetzt:

der Major Gerber vom ersten zum zweiten Infanterieregiment,

der Major Eichrodt vom ersten zum Leibinfanterieregiment,

der Major Wolf vom Leibinfanterieregiment zum ersten Infanterieregiment,

der Hauptmann Eisenlohr vom ersten zum Leibinfanterieregiment und

der Hauptmann von Horadam vom Leibinfanterieregiment zum ersten Infanterieregiment.

Nach höchster Ordre vom 9. Mai d. J. wurden die Wachmeister Rapp vom zweiten Dragonerregiment und Frei von der Artilleriebrigade zu Lieutenants im Invalideencorps ernannt.

Ferner wurde vermöge höchster Ordre vom 24. Mai d. J. dem Brigadier der Infanterie, Oberst von Glosmann und dem Generalquartiermeister Oberst von Fischer der Charakter als Generalmajor ertheilt; der Oberst und Commandant des zweiten Dragonerregiments von Roggenbach wegen leidendender Gesundheit in Ruhestand versetzt, mit dem Charakter als Generalmajor und der Erlaubniß die Uniform der activen Generale tragen zu dürfen;

der Oberstlieutenant von Roggenbach vom Dragonerregiment Großherzog zum Commandeur des zweiten Dragonerregiments ernannt.

Sodann wurde durch höchste Ordre von demselben Tage versetzt:

der Major von Stöcklern vom ersten Dragonerregiment und der Oberlieutenant Max von Barocke vom zweiten Dragonerregiment zum Dragonerregiment Großherzog,

der Oberleutnant Edmund von Degenfeld vom ersten zum zweiten Dragonerregiment,
 der Lieutenant Udo von Laroche vom zweiten zum ersten Dragonerregiment,
 die Leutenants von Abelsheim und von Roggenbach vom Dragonerregiment Großherzog
 zum zweiten Dragonerregiment,
 der Lieutenant von Liebenstein vom zweiten zum ersten Dragonerregiment.

Dienst-Maassnahmen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

den Minister-Residenten am königlich französischen Hofe, Geheimenrath Gerstlacher, unter
 Bezeugung Höchst Ihrer Zufriedenheit mit seinen lang und treu geleisteten Diensten, in den Ruhe-
 stand zu versetzen;

den Minister-Residenten am königlich bayerischen Hofe, Geheimen Legationsrath Freiherrn von
 Andlaw, zu Höchst Ihrem Minister-Residenten am königlich französischen Hofe;

den Minister-Residenten am königlich württembergischen Hofe und bei der schweizerischen Eidge-
 nossenschaft, Geheimen Legationsrath Freiherrn von Rüdert, zu Höchst Ihrem Minister-Residenten
 am königlich bayerischen Hofe;

den Geheimen Legationsrath Freiherrn von Marschall, unter Belassung seiner Funktionen im
 Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, zu Höchst Ihrem
 Minister-Residenten bei der schweizerischen Eidgenossenschaft;

den Legationsrath von Porbeck in Wien zum Geschäftsträger am königlich württembergischen
 Hofe, endlich

den Legationssecretär Freiherrn von Meysenburg in Stuttgart zum Secretär bei Höchst Ihrer
 Gesandtschaft am k. k. österreichischen Hofe zu ernennen;

den Kammerherrn Freiherrn von Gemmingen Michelfeld, auf sein unterthänigstes An-
 suchen, von der Intendantz der Hofmusik und des Hoftheaters und der damit verbundenen Stelle in
 dem Oberhofverwaltungsrathe, unter Bezeugung der Höchsten Zufriedenheit mit seinen Dienst-
 leistungen, zu entheben;

den Professor Willharz am Lyceum zu Constanz in gleicher Eigenschaft an das Lyceum zu
 Rastatt zu versetzen;

die erledigte vierte Lehrerstelle an dem Gymnasium zu Lahr dem Lehrer Gustav Fecht an der
 höhern Bürgerschule in Schopfheim,

die erledigte fünfte Lehrerstelle an gedachtem Gymnasium dem Candidaten der Theologie Carl
 Becker in Lahr,

die erledigte zweite Lehrerstelle an der höhern Bürgerschule zu Schopfheim dem Candidaten der
 Theologie Gustav Baurittel zu Carlsruhe, und

dem Bürgermeister Wilhelm Fingado in Lahr das Amtsrevisorat Renzingen zu übertragen;

dem Registraturgehilfen bei dem General-Landesarchiv Albert Weber

so wie dem hofgerichtlichen Registraturgehilfen Johann Gulde zu Freiburg die Staatsdiener-
 eigenschaft zu verleihen;

den Registraturassistenten Martin Lang zum Kanzlisten bei der Zollverwaltung zu ernennen;
den Hofgerichtsrath Kaiser in Konstanz, seiner Bitte gemäß, wegen vorgerückten Alters und körperlichen Leiden in Ruhestand zu versetzen;

die erledigte evangelische Pfarrei Hügelsheim dem bisherigen Pfarrer Philipp Jakob Wachs von Dellingen,

die erledigte katholische Pfarrei Poppenhausen, Amts Gerlachsheim, dem Pfarrer Peter Stiel zu Dittwar, Amts Tauberbischofsheim,

die erledigte katholische Pfarrei Weier, Oberamts Offenburg, dem Pfarrer Victor Schmid zu Oberspigenbach, Amts Waldbirch,

die erledigte katholische Pfarrei Rohrbach, Oberamts Heidelberg, dem Pfarrer Amand Müller zu Schriesheim, Amts Ladenburg,

die erledigte katholische Pfarrei Lauba, Amts Tauberbischofsheim, dem Priester Franz Meyer, bisherigen Pädagogiumslehrer und Beneficiaten zu Tauberbischofsheim,

die katholische Pfarrei Hänner, Amts Säckingen, dem Pfarrer Theodor Heel zu Birndorf,

die erledigte Kaplanei zu Rothweil, Amts Breisach, dem Vicar Franz Joseph Pfister in Offenburg,

die katholische Pfarrei Mollingen, Amts Säckingen, dem Pfarrer Adrian Weber zu Kleinheim, Amts Waldbühn,

die erledigte Helferei-Kaplanei zu Neuenburg dem Kaplan Johann Georg Belzer in Feldkirch,

und die erledigte katholische Pfarrei Balzfeld, Amts Wiesloch, dem Pfarrer Andreas Fleuchaus zu Oberwittstadt, Amt Krautheim zu verleihen;

endlich den Verzicht des Pfarrers Alois Hufschmid auf die ihm verliehene Pfarrei Schonach, Amts Triberg, und dessen Belassung auf der Pfarrei Lenzkirch zu genehmigen, dagegen die Pfarrei Schonach dem Pfarrer Paul Dold zu übertragen.

Die fürstlich von der Leyensche Präsentation des Priesters Anselm Paul von Wolfach, bisherigen Pfarrverwesers zu Schutterwald, auf die erledigte katholische Pfarrei Seelbach, Oberamts Lahr, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Dem das Schriftverfassungsrecht zu Heidelberg ausübenden Rechtspraktikanten Dr. Georg August Mücke von da ist durch höchste Staatsministerial-Entscheidung vom 2. Juni l. J., Nr. 913, der Titel eines Advokaten verliehen worden.

Durch Beschluß des großherzoglichen Justizministeriums vom 29. Mai l. J., Nr. 2702, wurde dem Rechtspraktikanten Ferdinand Schaal von Freiburg das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten verliehen und ihm gestattet, dasselbe in Triberg auszuüben.

Durch Beschluß des großherzoglichen Justizministeriums vom 19. Mai d. J., Nr. 2570, wurde dem Rechtspraktikanten Franz Bühler das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten erteilt und ihm gestattet, seinen Wohnsitz in Offenburg zu nehmen.

Durch Beschluß des großherzoglichen Justizministeriums vom 2. Juni d. J., Nr. 2862 wurde dem Rechtspraktikanten Heinrich Grafmüller von Freiburg das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten erteilt und ihm gestattet, seinen Wohnsitz in Sengenbach zu nehmen.

Durch Beschluß großherzoglichen Justizministeriums vom 9. d. M., Nr. 2999, wurde dem

Rechtspraktikanten Ernst Hink von Rastatt das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten erteilt und ihm gestattet seinen Wohnsitz in Achern zu nehmen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Hofgericht des Seekreises ist die Stelle eines Assessors erledigt. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen bei gedachtem Hofgericht zu melden.
2. An der polytechnischen Schule ist die Stelle eines Lehrers der französischen Sprache zu besetzen. Die Bewerber um dieselbe haben ihre Anmeldungen schriftlich, unter Anschluß der Zeugnisse, bei der Direction der polytechnischen Schule binnen sechs Wochen einzureichen.
3. Die katholische Pfarrei Mühlhausen, Amts Wiesloch, mit einem beiläufigen Einkommen von 1050 fl. jährlich, in Naturalfrum, Zehnten und Güterertrag ist erledigt worden. Hierauf ruht aber die Verbindlichkeit, den Rest einer verzinslichen Schuld von ursprünglich 260 fl. 42 fr., zu deren Tilgung ein vom 11. Januar 1842 bereits angefangenes Provisorium von acht Jahren bewilligt worden ist, in den noch übrigen Jahrestermen heimzuzahlen. Die Competenten um diese Pfarrspründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.
4. Die Pfarrei Ringsheim, Amts Ettenheim, mit einem beiläufigen Erträgniß von 1000 fl. ist erledigt. Die Competenten um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath unter Vorlage der erforderlichen Zeugnisse zu melden.
5. Die Pfarrei Mühligen, Amts Stockach, mit einem auf 928 fl. geschätzten Einkommen, worauf aber 1. ein vom Jahr 1838 an laufendes und in zehn gleichen Jahrestermen zurückzuzahlendes Bauprovisorium von 563 fl. 33 fr. und 2. eine in zehn Jahrestermen vom 10. Juni 1840 an abzutragende Kriegsschuld von 262 fl. 50 fr. haftet, ist erledigt. Die Competenten um diese Pfarrei haben sich nach Vorschrift bei dem katholischen Oberkirchenrath zu melden.
6. Die Pfarrei St. Landolin oder Ettenheimmünster, Amts Ettenheim, mit dem beiläufigen Einkommen von 700 bis 800 fl. ist erledigt. Die Competenten um diese Pfarrei haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
7. Die Kaplanei zu Feldkirch, Amts Stausen, mit dem beiläufigen Ertrag von 400 fl., ist erledigt worden. Die Bewerber um dieselbe haben sich durch das erzbischöfliche Ordinariat an die freiherrlich von Wessenberg'sche Grundherrschaft zu Feldkirch, welcher das Präsentationsrecht zusteht, nach Vorschrift zu melden.
8. Die Pfarrei Eßlingen, Bezirksamts Möhringen, ist mit dem beiläufigen Ertrag von 900 fl. in Erledigung gekommen. Die Competenten um dieselbe haben sich bei der fürstlich fürstbergischen Standesherrschaft als Patron zu melden.
9. Die Pfarrei Hinterzarten, Landamts Freiburg, mit dem beiläufigen Einkommen von 600 bis 700 fl. ist erledigt, die Competenten um dieselbe haben sich sowohl bei dem katholischen Oberkirchenrath, als bei dem erzbischöflichen Ordinariat nach Vorschrift zu melden.
10. In dem weiblichen Lehr- und Erziehungsinstitut zu Offenburg sind zwei Freiplätze offen, der eine von der landesherrlichen Begebung abhängig für ein Mädchen aus dem ehemaligen Baden-Ba-

bischen, der andere von der erzbischöflichen Begebung abhängig, und für ein Mädchen aus den vor-
malß östreichischen Landestheilen. Diejenigen, welche sich um den von der landesherrlichen Bege-
bung abhängigen Freiplatz zu bewerben gedenken, haben sich mit ihren Gesuchen, unter Vorlage der
erforderlichen Zeugnisse über Alter, Herkommen, Vermögensumstände und Aufführung binnen vier
Wochen an den katholischen Oberkirchenrath, die Bewerber um den andern Freiplatz aber auf gleiche
Weise und binnen der nämlichen Frist an das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg zu wenden.

Gestorben ist:

- Am 16. Merz d. J. der pensionirte Landchirurg **Mingwald** in Grünsfeld.
- „ 17. Merz d. J. der Lieutenant **Schumacher** vom Invalidencorps.
- „ 22. April d. J. der pensionirte Kirchenrath **Zandt** in Karlsruhe.
- „ 29. April d. J. der pensionirte Amtsrevisor **Sartori** in Freiburg.
- „ 14. Mai d. J. der pensionirte Gefällsverwalter **Wagner** in Constanz.
- „ 19. Mai d. J. der pensionirte Oberamtmann **Fauler** in Freiburg.
- „ 21. Mai d. J. der pensionirte Staatsrath **Frdhlich** zu Wertheim.

Verichtigungen.

Die Verordnung vom 25. Merz d. J. über die Rückvergütung des preussischen Rheinzolls von überseeischen
Waaren betreffend.

Im Satz 5 der Verordnung vom 25. Merz d. J. über die Rückvergütung des preussischen
Rheinzolles von überseeischen Waaren (Regierungsblatt Seite 87) ist unter lit. a statt der Worte
„auch muß die Eingangsverzollung auf seine Rechnung und bei einer großherzoglichen Zollstelle
„geschehen“

zu setzen:

„auch muß die Eingangsverzollung auf seine Rechnung — sei es bei einer anderen vereinslän-
„dischen oder bei einer großherzoglichen Zollstelle — geschehen.“

Im Regierungsblatt Nr. XIV., Seite 111, Zeile 6 von oben lese man „Obereinnehmer von **Lech**“
statt „Obereinnehmer **Lech**.“

Auf derselben Seite, Zeile 24 und 25 steht

„Bezirksförster **Bathiany** in Billingen wegen anhaltender Kränklichkeit in den Ruhestand zu
versetzen.“

und muß heißen:

„Bezirksförster **Bathiany** in Billingen wegen anhaltender Kränklichkeit aus dem Staatsdienst
zu entlassen.“

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 1. Juli 1843.

**Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

In Erwägung, daß nach Vereinigung des Eisenbahnbetriebs mit der Postverwaltung Unsere Verordnung vom 13. Februar 1834 über die wissenschaftliche Vorbereitung zum Staatsdienste im Postfache nicht mehr durchaus als genügend erscheint,

haben Wir, zur Vervollständigung jener Vorschriften auf die unterthänigsten Anträge des Ministeriums Unseres Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten und des Ministeriums des Innern beschlossen und verordnen, wie folgt:

1) An der polytechnischen Schule dahier wird aus den geeigneten Lehrgegenständen der II. mathematischen Classe und der besondern Fachschulen ein eigener zweijähriger Cursus zur Ausbildung der Post- und Eisenbahnbeamten vom künftigen Spätjahre an errichtet.

2) Jeder, der sich künftig dem Post- und Eisenbahndienste widmen will und nicht unter die Zahl der Cameralpraktikanten aufgenommen ist, hat diesen Cursus während zwei Jahren zu besuchen.

3) Zur Theilnahme an demselben wird nur derjenige zugelassen, welcher aus der obersten Classe eines Gymnasiums oder der obersten Abtheilung der 5ten Classe eines Lyceums mit dem Prädikat der Reife entlassen worden ist, oder bei einer inländischen Gelehrtenschule eine Prüfung in den Gymnasialkenntnissen bestanden, oder endlich die I. allgemeine mathematische Classe der polytechnischen Schule mit Erfolg absolvirt hat.

4) Nach Vollenbung des Curses auf der polytechnischen Schule hat sich der Candidat, unter Nachweisung, daß er Inländer und nach einem Physikats-Zeugnisse frei von körperlichen Gebrechen ist, so wie unter Vorlage seiner Sitten- und Studienzeugnisse, bei Unserer Direction der Posten und Eisenbahnen zur theoretischen Prüfung über die erlangte Vorbildung zu melden.

Diese Prüfung erstreckt sich über die Lehrgegenstände jenes Curses, insbesondere über die Arithmetik, Geographie, Encyclopädie der Staatswirthschaft, Grundsätze der Mechanik, deutschen Styl und französische Sprache.

Einsichtlich derjenigen Candidaten, welche bereits als Cameralpraktikanten recipirt sind, hat sich die theoretische Prüfung auf die französische Sprache zu beschränken.

Diese Prüfung ist jährlich zu einer bestimmten Zeit durch eine besondern Prüfungs-Commission, worüber sich Unsere Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern zu verständigen haben, gegen die von den Candidaten zu entrichtende herkömmliche Gebühr vorzunehmen.

5) Nach zweijähriger Praxis findet sodann die in Unserer höchsten Verordnung vom 13. Februar 1834 vorgeschriebene Prüfung über die praktische Erfahrung der Aspiranten zum Post- und Eisenbahndienst statt.

6) Hinsichtlich der Aufnahme der Postaspiranten und Praktikanten verbleibt es bei den Bestimmungen jener Verordnung.

Unsere Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern sind mit dem Vollzug dieser Verordnung beauftragt.

Gegeben in Unserem Staatsministerium zu Karlsruhe den 2. Juni 1843.

Leopold.

Schr. von Blittersdorff. Schr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Verordnung

über die Zahlung der Gebühren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

In Erwägung, daß denjenigen Personen, welche in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten Gebühren zu fordern haben, sichere und möglichst schnelle Entrichtung derselben von Amtswegen zu verschaffen ist, findet man sich veranlaßt, Nachstehendes zu verordnen:

§. 1.

Die Partei, welcher vorschußweise Zahlung der Kosten nach den §§. 171 und 172 der Proceßordnung obliegt, ist jeweils persönlich anzuweisen, sich oder ihren Bevollmächtigten in der Tagfahrt zur Zeugenabhör oder zur Begutachtung oder zur Urkundenproduktion mit der nach Schätzung des Gerichts zur Deckung der dadurch erwachsenden Gebühren (mit Einschluß der Gebühren für die Eidesvorbereitung) nöthigen Summe Geldes zu versehen, oder solche bis zur Tagfahrt dem Gerichte zu übersenden, unter dem Bedrohen, daß der Betrag sonst sogleich nach der Tagfahrt im Vollstreckungswege von ihr erhoben und den Berechtigten auf ihre Kosten werde ausbezahlt werden.

§. 2.

Der Richter (auch wenn er zur Vornahme der Handlung nur requirirt ist), desgleichen in Fällen des §. 1134 der Proceßordnung der Gerichtsdeputirte, vor welchem die Verhandlung stattfindet, decretirt in jeder Tagfahrt die den Berechtigten (§. 1) zukommenden Gebühren, und läßt sie denselben sofort auszahlen.

§. 3.

Ist die verlangte Geldsumme von der Partei zur Tagfahrt weder mitgebracht, noch eingefendet worden, so setzt das Gericht die Androhung (§. 1) durch Verfügung an den Ortsvorsteher in Vollzug und beauftragt denselben, die Zahlung an die Berechtigten kostenfrei zu bewirken, und daher den Aufwand für Mühewaltung und Porto von dem Zahlungspflichtigen zu erheben.

Versteigerung von Liegenschaften zu diesem Zweck findet nur auf besondere gerichtliche Verfügung statt.

§. 4.

Wird Sachverständigen das persönliche Erscheinen vor Gericht erlassen, oder läßt sich ihre Gebühr nicht wohl im Voraus bestimmen, oder können aus der nach §. 1 festgesetzten Summe nicht alle Be-

rechtigte befriedigt werden, so hat das Gericht der Partei die Zahlung der sofort zu decretirenden Gebühren bei Vermeidung der Hülfsvollstreckung mit angemessener kurzer Frist aufzugeben, den Sachverständigen davon Nachricht zu ertheilen, und auf deren Anrufen nach der Bestimmung des vorhergehenden §. 3 zu verfahren.

§. 5.

Sachverständige, mit Ausnahme der von dem Staate als solche aufgestellten Personen, können in allen Fällen auch vorgängige Hinterlegung ihrer Gebühren verlangen.

§. 6.

Ist eine Partei zur Ausschwörung eines zugeschobenen oder richterlich auferlegten Eides vorzubereiten, so hat das Gericht sie zur vorläufigen Zahlung der dafür schuldigen Gebühr bei Vermeidung der Hülfsvollstreckung anzuweisen, und hiervon dem Pfarrer in dem wegen der Vorbereitung ihm zugehenden Erlaß mit der Aufforderung Nachricht zu geben, auf dem Vorbereitungszeugnisse zu bemerken, ob er die Gebühr erhalten habe oder nicht. Im letztern Falle wird die angebrohte Hülfsvollstreckung nach Vorschrift des §. 3 sofort in Vollzug gesetzt. Bei Eiden der Juden ist für die Zahlung der Gebühr des Rabbiners nach Vorschrift des §. 1 zu sorgen.

§. 7.

Liegt in Fiscalprocessen dem Fiskus die vorläufige Zahlung von Gebühren ob, so sind dieselben sogleich nach erfolgter Zugenahm, Begutachtung oder Urkundenproduction zu decretiren, die Decretaren aber jeweils der Behörde, welche den Proceß leitet, mit einer angemessenen kurzen Frist zur Zahlung und Anzeige über deren Bewirkung unmittelbar zu übersenden, auch die Empfangsberechtigten davon zu unterrichten und nach fruchtlosem Ablauf jener Frist die geeigneten Verfügungen zur Beschleunigung der Zahlung von Amtswegen zu erlassen.

§. 8.

Wenn sich Insertionsgebühren ergeben, so ist der Forderungszettel dem zur Zahlung Verpflichteten mit der Auflage zuzustellen, die Zahlung binnen einer angemessenen, jedoch vier Wochen nicht übersteigenden Frist unter der im §. 1 bezeichneten Androhung zu bewirken, und die Quittung darüber vorzulegen.

§. 9.

Wohnt die Partei im Auslande, oder besteht sie aus einer Streitgenossenschaft, so tritt ihr Anwalt (welcher bei Bestimmung des Vorschusses darauf Rücksicht nehmen darf) oder derjenige andere Inländer, welcher sich zur Entrichtung der Proceßkosten verpflichtet hat, hinsichtlich der Bezahlung aller Gebühren an ihre Stelle.

§. 10.

Wäre die Zahlung von einer zum Armenrechte zugelassenen Partei zu leisten, so werden sämtliche Gebühren einstweilen vorgemerkt, und die Berechtigten bei der Aufforderung zu der von ihnen verlangten Verrichtung hievon in Kenntniß gesetzt.

Hat am Schlusse des Processes der Gegner die Kosten zu zahlen, so werden die vorgemerkten Gebühren nach Vorschrift des §. 4 erhoben; fallen sie der Armenpartei zur Last, so werden die Gebühren für Zeugen, Sachverständige und Insertionen auf die Amtscasse übernommen, und es ist Pflicht des Gerichtes, für diese Uebernahme unaufgefordert zu sorgen.

§. 11.

Sind die Gebühren der Zeugen (Proceßordnung §. 471) oder der Sachverständigen (§. 5 der gegenwärtigen Verordnung) zu hinterlegen, so wird bei Bestimmung der zu hinterlegenden Summe auch auf die Eidesvorbereitungsgebühr Bedacht genommen und wegen der Zahlung nach Vorschrift des §. 2 verfahren.

§. 12.

Anrufen von gebührenberechtigten Personen sind dem Gebrauch des Stempelpapiers nicht unterworfen, auch ist dafür auf Verlangen eine billige Vergütung zu decretiren, welche mit der Gebühr selbst erhoben wird.

§. 13.

Ueber die Zahlung der Gebühren, erfolge sie vor Gericht oder werde sie vom Ortsvorsteher besorgt, ist Bescheinigung zu den Acten zu bringen.

Carlsruhe, den 19. Juni 1843.

Justizministerium.

Jolly.

Vdt. Bachelin.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

nitz des Nebenzollamts I. zu Ueberlingen betreffend.
laudesherrliche Verordnung vom 8. October 1835, Regierungsblatt
gefügte Verzeichniß der Haupt- und Nebenzollämter I. Classe wird
gebracht, daß dem Nebenzollamt I. zu Ueberlingen die Befugniß zur
I. ertheilt worden ist.

i 1843.

Ministerium der Finanzen.

von B ö c k h.

Vdt. Pfeilschäfer.

Gemäß höchster Entschließung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 8. d. M. ist die Posthalterei Schappach vom 1. Juli d. J. an aufgehoben worden, was mit dem Anfügen hierdurch verkündet wird, daß die Postdistanz von Rippoldsau bis Hausach auf 1 $\frac{1}{2}$ Post festgesetzt werde.

Carlsruhe, den 12. Juli 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. von Blittersdorff.

Vdt. von Berckheim.

In Gemäßheit höchster Entschließung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 22. d. M., Nr. 1049, wird vom 1. Juli d. J. an mit der Briefpostexpedition zu Philippsburg auch eine Fahrpostexpedition verbunden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 24. Juni 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. von Blittersdorff.

Vdt. von Berckheim.

Nachdem die Bundesversammlung in ihrer dreizehnten Sitzung vom 4. v. M. beschlossen hat, sämtliche Bundes-Regierungen, in der Ueberzeugung, daß sie die Ansichten nur theilen können, welche die Königlich Sächsische Regierung bei Unterdrückung der in Leipzig erschienenen „deutschen Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst“ gelehrt haben, zu ersuchen, eine Fortsetzung der gedachten Jahrbücher unter demselben oder einem veränderten Titel in ihren Staaten nicht zu gestatten, und deshalb die geeigneten Weisungen an ihre Behörden zu erlassen, und nachdem das Großherzogliche Ministerium des Innern durch höchsten Beschluß aus Großherzoglichem Staatsministerium angewiesen worden ist, die zum Vollzuge dieses Bundesbeschlusses erforderlichen Weisungen an die betreffenden Behörden ergehen zu lassen, so wird dieß in Folge höchsten Auftrags anmit öffentlich bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 17. Juni 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Srhr. von Blittersdorff.

Vdt. von Berckheim.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben vermöge höchsten Erlasses aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 24. v. M. Nr. 896 bis 897 gnädigst zu beschließen geruht, daß in Gemäßheit der höchsten Resolution vom 17. November 1842 (Regierungsblatt Nr. XXXV.) auch die Expropriation der zu der Erbauung einer Eisenbahn vom Eichelberg nach Rastatt, Behufs der Beschaffung der Bruchsteine zum Rastatter Festungsbau erforderlichen Grundstücke, nach dem Gesetze vom 28. August 1835 (Regierungsblatt Nr. XLII.) eingeleitet werde.

Diese höchste Entschließung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 20. Juni 1843.

Kriegsministerium.

von Frendorf.

Vdt. Fröblich.

Die Vormundschaft des minderjährigen Karl Leopold Richter von Carlsruhe hat für diesen um die Erlaubniß nachgesucht, seinen bisherigen Familiennamen in „Forstmeier“ verändern zu dürfen.

Dies wird unter Bezug auf die höchste Verordnung vom 18. Januar 1838 (Regierungsblatt Nr. V.) mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß diejenigen, welche gegen Ertheilung der gebetenen Erlaubniß Einsprache erheben wollen, solche innerhalb drei Monaten bei dem unterzeichneten Ministerium auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte statt gegeben wird.

Carlsruhe, den 21. Juni 1843.

Justizministerium.

Jolly.

Vdt. Bachelin.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber öffentlich bekannt gemacht.

Rourad Schafheutle, Bürgermeister zu Markelfingen, hat für die dortige Kirche ein Messgewand im Werthe von 150 fl. gestiftet.

Hedwig Edermann Alleson aus Stockholm 200 fl. zur Gründung eines Armenfonds in Schluchtern.

Das aufgelöste Bürger-Cavalerie-Corps in Pforzheim 55 fl. 5 kr. in das Pfründnerhaus daselbst, sodann 55 fl. 5 kr. in die Kleinkinderbewahrungsanstalt.

Die Kellner im Conversationshaus in Baden, Namens Napoleon, Nikolaus Rig 100 Franken in den Armenfond daselbst.

Pfarrer Krämer in Speffart 127 fl. zum Kirchenbau in Speffart.

Postoffiziant Ludwig Nagel von Wilsferdingen 22 fl. 30 kr. in den Almosenfond daselbst.

Katharina Gärtner von Rohrbach 100 fl. in den Armenfond daselbst.

Maria Eva Foll von Appenweier 150 fl. in den Armenfond daselbst.

Die Ehefrau des Apothekers Adolph Hell in Offenburg 500 fl. zu Errichtung einer Anstalt für verwahrloste Kinder.

Die Gemeinde Entersbach 148 fl. 59 kr. in den Armenfond daselbst.

Maria Josepha Kolb zu Gernsbach 400 fl. in den Armenfond, 200 fl. in den St. Anna-fond und 58 fl. in die Stadtkirche daselbst.

Chirurg Alois Weiss Wittve in Baden 600 fl. in das Krankenhaus zu Baden.

Philippine Kräglinger in Carlsruhe 100 fl. in die Leopolds- und Sophien-Stiftung.

Apotheker Müller'sche Eheleute in Kieselbronn 200 fl. in den Schulfond und 550 fl. in das Krankenhaus daselbst.

Die Wittve des Schiffers Joseph Armbruster, Magdalena geborene Neef in Wolsach, 100 fl. in den Bruderschaftsfond und 100 fl. in den Schulfond daselbst.

Pfarrer Häusler zu Nußbach 364 fl. 25 kr. in den Kirchenfond daselbst.

Ein Ungenannter 287 fl. 58 kr. in den Wohlthätigkeitsverein.

• Franziska Boschert von Nußbach 50 fl. in den Kirchenfond daselbst.

Graf Levi Wolf Metternich zu Gracht und seine Gemahlin geborene Hompesch der katholischen Kirchengemeinde in Flehingen einen silbernen vergoldeten Kelch und ein neues Messgewand im Werth zu 155 fl., sodann ein Trauerornat und eine mit Gold gestickte Fahne im Werth zu 145 fl.

Pfarrer J. B. Kuen 100 fl. in den Armenfond zu Schutterwald.

Ludwig Friedrich Enderle in Pforzheim 20 fl. in das Karl-Friedrich-Leopold-Bürgerhospital daselbst.

Ludwig Regel in Ruith 50 fl. in den Almosenfond daselbst.

Michael Hensel von Balzhofen 36 fl. in den Kapellenfond daselbst.

Anna Maria Lehmann von Bergzell 25 fl. in den Schulfond daselbst.

Pfarrer Schoch von Lichtenau 396 fl. 6 kr. in den Armenfond daselbst.

Ignaz Gartner in Oberbruch 10 fl. in den Kapellenfond daselbst.

Die Wittve Magdalena Bühler von Schenkzell 4+ fl. für den Almosenfond daselbst.

Pfarrer Weiss von Ottersdorf 80 fl. in den Heiligenfond zu Sandmeyer.

Ein Ungenannter 100 fl. in das Karl-Friedrich-Leopold-Hospital in Pforzheim, und 50 fl. in die Kleinkinderschule daselbst.

Katharina von Doer in Zell 33 fl. in den Wallfahrtskapellenfond in Zell.

Elemens Schlageter von Oberschoppsheim 10 fl. in den Almosenfond daselbst.

Pfarrer Krämer in Speffart 50 fl. in den Kirchenfond daselbst.

Ein Ungenannter in Carlsruhe ein Messgewand im Werth von 120 fl.

Die Erben des verstorbenen Pfarrers Koch von Detigheim 300 fl. und 301 fl. 28 kr. in den Almosenfond, 50 fl. für die Armen und 22 fl. in den Heiligenfond daselbst.

- Franz Feger in Kaltbrunn 50 fl. in den Schulfond daselbst.
 Mehrere Ungenannte 150 fl. zu Anschaffung einer Monstranz und eines Rauchfasses.
 Ein Ungenannter 300 fl. in den katholischen Kirchen- und Pfarrfond in Carlsruhe.
 Die Erben des Peter Anton Mayer zu Jöhlingen 20 fl. in den Heiligenfond zu Jöhlingen.
 Franz Feger von Kaltbrunn 100 fl. in den Almosenfond daselbst.
 Ein Ungenannter 40 fl. in die katholische Kirche in Carlsruhe.
 Bürgerliche Unterhaltungs-Gesellschaft in Rastatt 200 fl. in das Hospital daselbst.
 Ein Ungenannter 200 fl. in den Ortsalmosenfond zu Carlsruhe.
 Förster Diß in Baden 25 fl. in das Krankenhaus daselbst.
 Juliana Weiß geborene Schid von Baden 800 fl. in das Krankenhaus und 3621 fl.
 54 fr. in das weibliche Lehrinstitut daselbst.
 Pfarrer Stieß in Carlsruhe 100 fl. in den Almosenfond in Kürzel.
 Ein Ungenannter 50 fl. in den Heiligenfond in Lauf.
 Der Israelit Jakob Joseph Wolf von Hechingen machte dem Schul- und Armenfond zu
 Randegg im Amt Radolpshzell eine Schenkung von 140 fl.
 Zum Schul- und Armenfond in Bräunlingen stifteten
 1. Katharina Fricksche, Wittve des Alois Grae von Bräunlingen 25 fl.,
 2. die ledig verstorbene Creszenzia Bausch von da 20 fl.,
 3. die Luzia Scherer von Riebböhringen 36 fl.

Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:
 dem Grundherrn Freiherrn August von Neuenstein in Achern die Erlaubniß zu ertheilen, die ihm
 von Seiner Majestät dem Kaiser von Oestreich übertragene Würde eines k. k. Kämmerers anzunehmen;
 den Revisor Schreiber zu Konstanz auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen seines hohen Alters
 und Kränklichkeit in den Pensionsstand zu versetzen;
 die erledigte evangelische Pfarrei Blansingen dem Pfarrer Christian Friedrich Dietrich von
 Oberöwisheim,
 die erledigte katholische Stadtpfarrei Wolfach dem Dekan und Bezirksschulvisitator Franz Xaver
 Dohs zu St. Roman, Amts Wolfach, zu verleihen, und
 den Bezirksförster Schridel in St. Blasien aus dem Staatsdienste zu entlassen.
 Von 16 Rechtsandidaten, welche sich der letzten Frühjahrsprüfung unterzogen haben, wurden
 durch Beschluß des Großherzoglichen Justizministeriums vom 28. Juni l. J., Nr. 3458 folgende elf
 unter die Zahl der Rechtspraktikanten aufgenommen:

Rudolph von Freybof von Carlsruhe,	Philipp Bracht von Mannheim,
Carl von Vincenti von Carlsruhe,	Johann Georg Bengel von Grafenhausen,
Marcus Klein von Durmersheim,	Wilhelm Trefurt von Mannheim,
Carl Kärcher von Carlsruhe,	Max von Stetten von Carlsruhe,
Hermann von Falkenstein von Freiburg,	Adolph Bauer von Wolfach.
Joseph Wedefind von Mannheim,	

Von fünfzehn Cameralpraktikanten, welche sich der in der Zeit vom 24. April bis 2. Mai d. J.
 stattgehabten vorschrittsmäßigen Staatsprüfung unterzogen haben, sind nachstehende zwölf unter die
 Zahl der Cameralpraktikanten aufgenommen worden:

Ferdinand Grosch von Bruchsal,	Felix Behaghel von Elberfeld,
Franz Cassinone von Offenburg,	Bernhard Schumacher von Offenburg,

Franz Bingler von St. Peter,
 Peter Stark von Mannheim,
 Karl Bleymann von Wertheim,
 August Weber von da,

Wilhelm Lauter von Lörrach,
 Heinrich Wegel von Freiburg,
 Gustav Bischoff von Carlsruhe, und
 Albert Moxer von da.

Auch hat Rechtspraktikant Ferdinand von Dusch von Carlsruhe die Prüfung in der Nationalökonomie, der Finanzwissenschaft, der Handelslehre und der Polizeiwissenschaft erstanden.

Allen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

ei St. Blasien ist erledigt. Die Bewerber um dieselbe haben ihre Gesuche bei Forstdomänen und Bergwerke binnen vier Wochen vorschriftsmäßig einzureichen.
 g des Seckreises ist die Stelle eines Revisors erledigt. Die Bewerber um dieselbe innerhalb vier Wochen vorschriftsgemäß bei gedachter Regierung zu melden.
 he Pfarrei St. Roman, Amts Wolfach, mit einem beiläufigen Jahres-L., meistens in Geld und Zehnten, ist erledigt. Die Kompetenten um dieselbe sollen sich bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

4. Die mit einem katholischen Geistlichen und Lehramtsandidaten zu besetzende Lehrerstelle am Pädagogium in Laubersbischöfheim, mit einer Besoldung von 633 fl. 20 fr., ist erledigt. Die Kompetenten um diese Stelle haben sich binnen vier Wochen bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft, welcher das Präsentationsrecht zusteht, nach Vorschrift zu melden.
5. Die evangelische Pfarrei Oberwischheim, Dekanats Bretten, mit einem Kompetenzanschlag von 602 fl. 11 fr., ist in Erledigung gekommen, die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
6. Die erledigte evangelische Pfarrei Osterburken, Amts Buchen, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 1250 fl. wird mit dem Bemerkten ausgeschrieben, daß wegen der Baupflicht der Pfarrei zum Kirchenbau dem Pfündnießer ein angemessenes Provisorium wird auferlegt werden, dessen Betrag jedoch zur Zeit noch nicht bestimmt, aber beiläufig auf wenigstens drei tausend Gulden angenommen werden kann. Die Kompetenten um diese Pfarrei haben sich bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft, als dem Patron, innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.
7. Durch die freiwillige Resignation des Pfarrers Kilian Barth auf die katholische Pfarrei Eiersheim, Amts Laubersbischöfheim, ist diese Pfarrei, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 560 fl. in Zehnten, Naturalfrum, Geld und Güterbenutzung, erledigt worden. Die Kompetenten um dieselbe haben sich bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft, als dem Patron, innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.
8. Die evangelische Pfarrei Blankenloch, Landdecanats Carlsruhe, mit einem Kompetenzanschlag von 581 fl. 41 fr. ist erledigt. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Dekanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
9. Nachträglich zu der Ausschreibung der Pfarrei Niederwasser, Amts Triberg, im Reggöblt. Nr. XIV. l. J. S. 112, wird bemerkt, daß auf dieser Pfarrei eine in drei Jahresterminen abzuzahlende, mit 4 Procent verzinsliche Kriegsschuld von 9 fl. 13 fr. haftet.

Gestorben ist:

Am 21. Mai d. J. der vormalige Hauptzollamtscontroleur Hausser in Waghausen und
 am 17. Juni d. J. der pensionirte Ministerialkassier Braunagel in Einsheim.

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 14. Juli 1843.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Die Revision der Medicamententaxe.

In Gemäßheit des §. 6 der diesseitigen Verordnung vom 24. Jänner v. J., Regierungsblatt Nr. VI., die neue Medicamententaxe betreffend, wird hiermit das Ergebniß der von der Sanitätscommission vorgenommenen und dießseits genehmigten Revision der Medicamententaxe mit dem Anfügen zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß sich die Apotheker vom 1. Juli d. J. an darnach zu richten haben.

Carlsruhe, den 26. Juni 1843.

Ministerium des Innern.

In Abwesenheit des Präsidenten:

der Ministerialdirector

Eichrodt.

Vdt. Stemmler.

Die Revision der Großherzoglich Badischen Medicamententaxe
vom Frühjahr 1843.

	1 Pfund.	1 Unze.	1 Drachme	1 Scrupel.	1 Gran.	Anstatt.	
	fr.	fr.	fr.	fr.	fr.	fr.	
Acetum vini	12	1	—	—	—	1 Unze 2 fr.	
Acid. acetic. concentrat.	—	5	—	—	—	1 Unze 6 fr.	
— — — glacial	—	18	—	—	—	—	—
Caryophyll. aromatic. pulv. gross.	—	8	—	—	—	—	—
Extr. aconit. spirituos.	—	—	8	3	—	—	—
— belladonnæ —	—	—	8	3	—	—	—
— chelidon. —	—	—	8	3	—	—	—
— conii maculat.	—	—	8	3	—	—	—
— digital. purpur.	—	—	8	3	—	—	—
— gratiol. —	—	—	8	3	—	—	—
— hyoscyam.	—	—	8	3	—	—	—
— lactuc. viros.	—	—	8	3	—	—	—
— nuc. vomic.	—	—	16	8	2 Gran 1 fr.	—	—
— pulsatill.	—	—	8	3	—	—	—
— valerian.	—	—	8	3	—	—	—

Alle diese Extracte gepulvert und getrocknet, das Doppelte des obigen Preises.

	1 Pfund.	1 Unze.	1 Drachme	1 Scrupel.	1 Gran.	Anstalt	
	fr.	fr.	fr.	fr.	fr.	fr.	fr.
Flor. papaver. rhead. concis. . .	—	7	—	—	—	—	—
Globul. tartar. ferruginos. pulv.							
gross.	—	7	—	—	—	—	—
Hirudines das Stück 10 fr.							
Kali carbonic. depurat.	1 fl. 48 fr.	12	—	—	—	1 Unze 8 fr.	—
Lythargyrum alcohol.	—	3	—	—	—	—	—
Nuces vomic. pulv. gross.	—	4	—	—	—	—	—
Ol. amygdal. amar. aether.	—	—	—	15	1 guj. 1 fr.	1 Scrupel 1 fr.	—
Plumb. acetic.	—	4	—	—	—	—	—
Secale cornut.	—	8	—	—	—	—	—
Semen. cinæ. pulv. gross.	—	10	—	—	—	—	—
— coriandr.	—	3	—	—	—	—	—
Summitat. millifolii concis. vel.							
pulv. gross.	—	3	—	—	—	—	—
Summitat. tanacet. concis. v. pulv.							
gross.	—	3	—	—	—	—	—
Für das Schmelzen einer Salbe, gleich dem							
eines Pflasters, bis zu 3 Unzen 6 fr.							
" 9 " 9 "							

Die unentgeltliche Behandlung armer Kranken durch die praktischen Aerzte und Wundärzte betreffend.

Zur Beseitigung unrichtiger Anwendung des §. 18 der Medizinal-Taxordnung von 1836, Regierungsblatt Nr. XXVII. sieht man sich veranlaßt, mit Beziehung auf die unterm 10. Juni 1834 Nr. 5806 an die vier Kreisregierungen hierüber erlassene Verfügung Nachstehendes zur Nachachtung allgemein bekannt zu machen:

1. Der Physikus und der Amtschirurg sind verbunden, arme Kranke ohne Anrechnung von Gebühren für ihre Kunstverrichtungen zu besorgen und haben nur bei Besuchen außerhalb ihres Wohnorts die taxordnungsmäßigen Diäten und Auslagen auf Rechnung der dazu geeigneten öffentlichen Kassen zu fordern.
2. Wenn sich in einem Orte, wo kein amtlicher Arzt oder Wundarzt angestellt ist, ein anderer Arzt oder Wundarzt aufhält, so ist dieser zur unentgeltlichen Besorgung der armen Kranken an diesem Orte verpflichtet. Ist aber am Orte des Wohnsitzes eines praktischen Arztes oder Wundarztes ein besoldeter Sanitätsdiener angestellt, so sind die ersteren nur in dringenden Fällen, oder wenn der besoldete Diener legal gehindert ist, zur unentgeltlichen Behandlung der armen Kranken in diesem Orte verbunden.
3. In Orten, wo kein besoldeter Sanitätsdiener angestellt und kein lizenziirter Arzt, beziehungsweise Wundarzt anständig ist, kann sich der arme Kranke durch einen lizenziirten nicht angestellten

Arzt oder Wundarzt gegen die bloße Zahlung der tarordnungsmäßigen Diäten und Auslagen behandeln lassen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß dadurch auf die öffentlichen Kassen nie mehr Kosten fallen, als wenn er sich des Amtsarztes oder Wundarztes bedient hätte.

4. Derjenige Arzt oder Wundarzt, welcher außerhalb seines Wohnsitzes einen armen Kranken behandelt, hat über seine Besuche und über den Verlauf der Krankheit ein ordentliches Diarium zu führen, um solches zur Begründung seines Kostenverzeichnisses, so oft es gefordert wird, vorlegen zu können.
5. Die Gemeinden, oder die Vertreter der Fonds, aus welchen die Kosten armer Kranken bezahlt werden, können mit Ärzten und Wundärzten unter Genehmigung der Stelle, unter welcher der Fond steht, also der Regierungen oder der Oberkirchenräthe, Verträge über ein für Behandlung der armen Kranken jährlich zu bezahlendes Aversum abschließen.

In diesem Falle kann sich der Kranke keines andern Arztes oder Wundarztes auf Rechnung der Gemeinde oder Fonds bedienen.

Carlsruhe, den 27. Juni 1843.

Ministerium des Innern.

In Abwesenheit des Präsidenten:

der Ministerial-Director

Eichrodt.

Vdt. Buiffon.

Erlaubniß zum Tragen fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Grundherrs Maximilian Grafen von Helmstadt die gnädigste Erlaubniß ertheilt, daß ihm von Seiner Majestät dem König der Franzosen verliehene Ritterkreuz des Ordens der Ehrenlegion anzunehmen und zu tragen.

Die gleiche höchste Erlaubniß erhielten:

der Ministerialdirector Eichrodt für das ihm von Seiner Majestät dem König von Württemberg verliehene Commandeurkreuz des Ordens der württembergischen Krone und für das ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Kurfürsten von Hessen verliehene Commandeurkreuz zweiter Classe des Hausordens vom goldenen Löwen,

der Ministerresident und Geheime Legationsrath Freiherr von Rüdert für das ihm von Seiner Majestät dem König von Württemberg verliehene Commandeurkreuz des Ordens der württembergischen Krone, und

der Legationsrath von Rettner für das ihm von des Königs von Württemberg Majestät verliehene Ritterkreuz desselben Ordens.

Ordens-Verleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

dem K. K. Oesterreichischen Geheimenrath und Oberstallmeister Grafen von Wrba die höchsten Hausorden der Treue,

dem K. K. Oesterreichischen Obersten im Generalquartiermeisterstab, Ritter von Callab das Großkreuz des Ordens vom Jähringer Löwen,

dem K. K. Oesterreichischen Obersten, Edlen von Hauslab,

dem Königlich Württembergischen Geheimen-Legationsrath von Roser,
 dem Königlich Württembergischen Oberfinanzrath von Schmidlin,
 dem Oberstlieutenant und Commandeur des 2ten Dragoner-Regiments, Freiherrn von Roggenbach und
 dem Oberstlieutenant von Hindelshei, im 2ten Dragoner-Regiment, das Commandeurkreuz,
 sodann
 dem Staatschreiber der schweizerischen Eidgenossenschaft, von Gonzenbach,
 dem Königlich Württembergischen Regierungsrath Sautter und
 dem bei der Gesandtschaft in Paris angestellten Legationsrath von Schweizer das Ritterkreuz
 desselben Ordens zu verleihen.

Medaillen-Verleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Handelsmann J. G. Weimar zu Wertheim in Anerkennung der von demselben bei Errichtung der Maindampfschiffahrt der Stadt Wertheim geleisteten besondern Dienste die kleinere goldene Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Militär-Dienst-Nachrichten.

Durch höchste Ordre vom 24. Mai d. J. erhielt der Rittmeister von der Suite der Reiterei, Landstallmeister von Gilmann den Charakter als Major, und
 durch höchste Ordre vom 13. Juni d. J. wurde der Lieutenant von Berg von der Artillerie, auf sein Ansuchen, entlassen.

Ferner wurde der Lieutenant August Holz vom Leib-Infanterie-Regiment, nach höchster Ordre vom 21. Juni d. J., zur Artillerie versetzt.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden: dem Vorstand an der höheren Bürgerschule in Weinheim, Professor Grimm, den Charakter als Hofrath zu ertheilen;

der fürstlich Leiningen'schen Präsentation des Amtmanns Bode zu Schwesingen auf die erste Beamtensstelle des Großherzoglich Badischen fürstlich leiningenschen Bezirksamts Walldürn, sowie der Präsentation der fürstlich leiningen'schen Standesherrschaft des Amtmanns Kirchgessner, bisherigen Amtsvorstandes des Großherzoglich Badischen fürstlich leiningenschen Bezirksamts Eberbach auf die erledigte Stelle eines Amtsvorstandes bei dem Großherzoglich Badischen fürstlich leiningen'schen Bezirksamte Borberg die höchstlandesherrliche Bestätigung zu ertheilen;

den Amtschirurgen Rehmann zu Mühlhausen, Amts Blumenfeld, wegen anhaltender Kränklichkeit in den Ruhestand zu versetzen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

Das Amtschirurgat Blumenfeld, mit der normalmäßigen Besoldung von 180 fl. und dem Aversum für Pferdsfouirage von 120 fl., welches mit einem Medico-Chirurgen besetzt werden soll, der seinen Wohnsitz nicht mehr in Mühlhausen, sondern in Blumenfeld selbst zu nehmen hat. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen vier Wochen vorschriftsmäßig bei der Sanitäts-Commission zu melden.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 22. Juli 1843.

Verordnung

über das Heirathen der Officiere und Kriegsbeamten.

Nach höchster Entschließung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs vom 21. d. M. werden über das Heirathen der Officiere und der Kriegsbeamten mit Officiersrang, unter Aufhebung der hierüber bestehenden Verordnungen vom 20. December 1803 (Regierungsblatt vom Jahr 1804 Nr. I.), vom 9. November 1804 und vom 12. März 1839 (Regierungsblatt XI.), nachstehende Bestimmungen gegeben.

§. 1. Zur Verheirathung eines Officiers oder eines Kriegsbeamten mit Officiersrang ist die Genehmigung des Großherzogs einzuholen.

§. 2. Den, im aktiven Dienst stehenden Lieutenanten ist nicht gestattet, um die Heirathserlaubnis nachzusuchen. Die Regiments- und Corpscommandos haben solche Gesuche sogleich zurückzuweisen.

§. 3. Von den Oberlieutenanten im aktiven Dienst darf nur ein Viertel in jeder Waffe verheirathet sein.

Ueberzählige und charakterisirte Officiere zählen hierbei in derjenigen Charge, deren Charakter denselben ertheilt ist.

§. 4. Alle übrigen Officiere, in so weit dieselben nicht durch die Bestimmungen in den vorhergehenden Paragraphen ausgeschlossen sind, dürfen um die Heirathserlaubnis nur nachsuchen, wenn dieselben, außer den durch die allgemeinen Landesgesetze vorgeschriebenen Erfordernissen:

- a. das achtundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben;
- b. die in den nachfolgenden Paragraphen für ihre Charge bestimmte Heirathscapution stellen.

§. 5. Officiere von der Suite ohne Militärgelohn, sind von der Verbindlichkeit zur Caputionsstellung befreit.

Eben so können pensionirte Officiere, welche wegen Wunden oder Gebrechen besondere Pflege und Unterstützung bedürfen, nach dem Ermessen des einzelnen Falles und bei dringenden Umständen, mit Genehmigung des Großherzogs von der Verbindlichkeit zur Caputionsstellung befreit werden.

§. 6. Die zu stellende Heirathscapution beträgt:

- a. für die Oberlieutenante 16,000 fl.
- b. für die Hauptmänner II. Classe 12,000 fl.

Einhaltung der Genehmigung des Großherzogs.

Chargen, welche einem Verbot oder einer Beschränkung unterliegen.

a. Lieutenant. b. Oberlieutenant.

Bedingungen hinsichtlich des Alters und der Caputionsstellung.

Ausnahmen v. d. Verbindlichkeit zur Caputionsstellung.

Betrag der Heirathscapution.

c. für die Hauptmänner I. Classe und die Officiere der höhern Chargen 6000 fl.

Ueberzählige und charakterisirte Officiere stellen diejenige Caution, welche für die Charge vorgeschrieben ist, von welcher dieselben die normalmäßige Gage oder Pension beziehen.

§. 7. Die Caution muß aus dem eigenen rentablen Vermögen des Officiers oder seiner Braut gestellt werden. -

Die Cautionstellung durch dritte Personen ist unzulässig.

§. 8. a. Wenn die Caution aus bereits angefallenem Vermögen des Officiers oder seiner Braut gestellt wird, muß nachgewiesen werden, daß an den Cautionsubjekten keine Nutznießungsrechte der Eltern oder anderer Personen bestehen, oder daß auf diese Rechte zu Gunsten des Cautionstellers verzichtet wurde.

b. Wenn die Caution aus dem Vermögen der Eltern oder Großeltern gestellt werden soll, so haben dieselben die Cautionsubjekte zu Genuß und Eigenthum an den Officier, beziehungsweise seine Braut, zu übergeben, können sich aber den Rückfall für die in dem §. 26 bestimmten Fälle vorbehalten, in so fern die Caution nicht vor Eintritt dieser Fälle zu dem bestimmten Zweck verwendet wird.

§. 9. Die Cautionstellung muß auf eine der nachfolgenden Arten geschehen:

I. Durch eine in der gesetzlichen Form der Pfandurkunden auszustellende Cautionsurkunde, in welcher dem Officier oder seiner Braut eigenthümlich gehörende Liegenschaften mit dem auszudrückendem Zweck, daß dadurch den Vorschriften in der gegenwärtigen Verordnung über die Heirathscationen Genüge geschehen soll, als Pfandobjekte eingesetzt werden.

§. 10. Die zu verpfändenden Liegenschaften müssen einen, dem Cautionsbetrag wenigstens gleichstehenden Werth, in ordnungsmäßiger Taxation, besitzen.

Sie müssen von allen, aus früheren Vorzugs- oder Pfandrechten herrührenden Lasten befreit sein, oder wenigstens, neben diesen Lasten, noch vollkommene Sicherheit für die Caution gewähren.

§. 11. Wenn die Liegenschaften Stamm- oder Fideicommissgut sind, so genügt anstatt der Ausfertigung einer Cautionsurkunde die urkundliche Nachweisung darüber, daß der Officier, der die Caution zu stellen hat, in dem Bezug einer, dem Ertrag aus der Heirathscation entsprechenden jährlichen Rente aus diesen Gütern steht, und daß nach seinem einstigen Tode die Wittve und die Kinder aus der einzugehenden Ehe die gleiche Rente fortbeziehen werden.

§. 12. II. Durch Einlegung von, in der gesetzlichen Form ausgefertigten hypothekarischen Schuldurkunden, unter folgenden näheren Bestimmungen:

- a. die Obligationen müssen auf den Namen des Cautionstellers ausgestellt seyn. Wenn dieselben durch Erbgang oder durch Cession auf ihn übergegangen sind, so muß der Erwerbstitel, die geschehene Kundmachung an den Schuldner und die erfolgte Eintragung in das Unterpfandsbuch urkundlich nachgewiesen werden;
- b. die Capitalien müssen in jährlichen oder kürzern Zielern, wenigstens 3 1/2 Procent jährliche Rente eintragen;

Die Caution aus eigenem Vermögen zu stellen.

Arten der Cautionstellung.

1. Durch Pfandurkunden auf eigene Liegenschaften.

2. Durch Einlegung hypothekarischer Schuldurkunden.

- c. die Pfandobjekte müssen in Liegenschaften bestehen, welche wenigstens den ein und ein halbfachen Werth der Schuldsomme, in ordnungsmäßigem Anschlag besitzen
- d. auf den Pfandgegenständen dürfen keine, aus frühern Vorzugs- oder Pfandrechten herrührende Lasten ruhen, oder es müssen die Pfandobjekte einen solchen Werth haben, daß dieselben neben den frühern Lasten noch genügende Sicherheit für die spätere Schuldsomme nach dem oben unter Buchstab c. gegebenen Grundsatz gewähren.

§. 13. Mit diesen Obligationen müssen die Bescheinigungen darüber:

- a. daß dem Schuldner gerichtlich eröffnet wurde, daß die betreffende Obligation als Heirathsscaution des Officiers bei dem Kriegsministerium deponirt wird, und daß, bei Vermeidung doppelter Zahlung, das Capital nicht abgetragen werden darf, ehe die Entscheidung des Kriegsministeriums erfolgt und dem Schuldner eröffnet ist, wohin die Abtragung geschehen soll; und
- b. die Bescheinigung, daß die Einlegung der bezüglichlichen Obligation als Heirathsscaution im Unterpfandsbuch eingetragen wurde,

deponirt werden.

§. 14. III. Durch Einlegung von auf Inhaber ausgestellte Schuldturfunden unter nachstehenden Bestimmungen:

3. Durch Einlegung von Papieren auf Inhaber.

a. zur Einlegung in die Caution eignen sich nur:

- 1. badische, auf Inhaber ausgestellte Staatspapiere, und
 - 2. auf Inhaber ausgestellte Partialobligationen von badischen Standesherrn und badischen Gemeinden,
- beide Classen unter 1 und 2 nach dem Nennwerth;

b. die Papiere müssen in jährlichen oder kürzern Ziehlern eine Rente von wenigstens 3½ Procent jährlich eintragen;

c. bei Rentenscheinen und anderen, nach Buchstab a. zulässigen Papieren auf Inhaber, bei welchen die Einrichtung der Inscription besteht, muß urkundlich nachgewiesen werden, daß die betreffenden Schuldturfunden auf den Namen des Cautionstellers inscribirt sind;

d. die Zinscoupons und der Talon, wenn ein solcher besteht, müssen mit der Schuldturfunde deponirt werden. Zur Verfallzeit werden dieselben aus dem Depot ausgefolgt.

§. 15. Die Cautionstellung hat in den Fällen der §§. 12 bis einschließlich 14 in folgender Weise zu geschehen:

a. Wenn die Caution aus dem Vermögen des Officiers gestellt wird, so hat derselbe in Gegenwart des Regiments-Commandeurs (die Regiments-Commandeure und die nicht in den Regimentern dienenden Officiere in Gegenwart des ihnen zunächst vorgesetzten Commandeurs, die Officiere von der Suite und die pensionirten Officiere, insoweit beide Classen nach §. 5 nicht von der Cautionstellung befreit sind, in Gegenwart des Garnisons-Commandanten) und des Auditors die Erklärung abzugeben:

- 1. daß er die (zu bezeichnenden) Schuldturfunden als Heirathsscaution nach Vorschrift dieser Verordnung zu dem Zweck und mit der Verpflichtung einlege, damit dieselben,

so lange die Vorschriften über die Heirathscautionen dieses erfordern, bei dem Kriegsministerium deponirt und nicht eher abgetragen oder veräußert werden sollen, ehe die Entscheidung des Kriegsministeriums, wohin die betreffenden Capitalien bezahlt werden sollen, beziehungsweise die Genehmigung dieses Ministeriums zur Veräußerung erfolgt ist,

2. daß diese sämtlichen Schuldurkunden sein freies Eigenthum seien und bei deren Erwerbung keine, den vollen Eigenthums- und Nutznießungs-Rechten entgegenstehende Uebereinkunft getroffen worden sei, außer in dem Falle des §. 8 Buchstab b. der dort gestattete Vorbehalt des Rückfalles. Ueber diese Erklärung ist ein Protokoll aufzunehmen und zu unterzeichnen.

§. 16. b. Wenn die Caution aus dem Vermögen der Braut des Officiers gestellt wird, so hat dieselbe die gleiche Erklärung (§. 15) in öffentlicher Urkunde abzugeben, im Falle ihrer Minderjährigkeit unter Genehmigung ihres Vaters oder ihres Vormundes.

§. 17. Wenn die Caution aus dem Vermögen der Eltern oder Großeltern herrührt (§. 8 Buchstab b.), so muß neben der Urkunde über die Uebergabe der betreffenden Vermögenstheile an den Officier, beziehungsweise dessen Braut, und der Urkunde über die Cautionsstellung (§§. 15 und 16) ein Zeugniß der betreffenden Behörde darüber beigebracht werden, daß die Eltern, beziehungsweise Großeltern, so viel Vermögen besitzen, daß sie ohne Gefährdung ihres eigenen Nahrungsstandes und ohne Benachtheiligung ihrer übrigen Kinder oder Enkel, die zur Heirathscapution bestimmten Vermögenstheile abgeben können.

Andere zum Heirathsgesuch gehörende Zeugnisse.
§. 18. Außer diesen Cautionspapieren sind zu dem Heirathsgesuch noch folgende Urkunden beizubringen.

- a. die Taufscheine beider Verlobten,
- b. die elterliche Einwilligung von beiden Seiten — wenn die Eltern todt sind, deren Todesscheine und die Einwilligung der Großeltern, oder wenn auch diese nicht mehr am Leben sind, deren Todesscheine und für die Braut, wenn dieselbe noch nicht volljährig ist, die Einwilligung des Vormunds;
- c. der Meldschein des Pfarrers des Officiers und seiner Braut;
- d. der Impfschein für die Letztere, so wie für den Officier, wenn sich derselbe nicht schon bei den Akten befindet.

Vorlage des Heirathsgesuches.
§. 19. Wenn nach erfolgter Prüfung durch die betreffende Commandostelle unter Zuziehung des Auditors gegen das Heirathsgesuch und die bezüglichlichen Urkunden kein Anstand obwaltet, oder derselbe gehoben ist, so geschieht die weitere Vorlage des Gesuches und der sämtlichen Beilagen auf dem vorgeschriebenen Dienstwege.

Bei dieser Vorlage hat die Commandostelle sich zugleich darüber auszusprechen, ob in dienstlicher Hinsicht gegen das Heirathsgesuch in keiner Beziehung ein Anstand besteht, oder ob und in welcher Beziehung ein solcher Anstand vorhanden ist.

§. 20. Wenn nach geschעהner Vorlage des Heirathsgesuches die höchste Genehmigung desselben erfolgt ist, so werden die, auf die Heirathscapution bezüglichlichen Urkunden von dem Kriegsministerium an die Bewahranstalt für die Heirathscaputionen welche unter der Aufsicht dieses Ministeriums mit der Aufbewahrung der Heirathscaputionen beauftragt ist, abgegeben und die übrigen, auf das

Heirathsgesuch bezüglich Urkunden, unter Anordnung der Ausstellung des Trauscheines, auf dem Dienstweg zurückgesandt. Ueber die Heirathscaption wird nach erfolgter Hinterlegung von dem Beamten der Bewahranstalt ein Hinterlegungsschein ausgestellt, welcher dem betreffenden Officier eingehändigt wird.

§. 21. Wenn vor Eingehung der Ehe ein Ehevertrag zwischen dem Officier und seiner Braut abgeschlossen wird, so muß darin aufgenommen werden, was hinsichtlich der Heirathscaption bestimmt wurde und in welcher Weise dieselbe gestellt werden soll. Bestimmungen im Ehevertrage.

Bei Vermeidung strengster Ahndung dürfen in dem Ehevertrage keine Bestimmungen enthalten seyn, welche den bei Vorlage des Heirathsgesuches in Bezug auf die Heirathscaption getroffenen und angegebenen Bestimmungen widersprechen oder dieselben abändern.

§. 22. Während der Dauer der Deponirung der Heirathscaptionen können Umtauschungen von Bestandtheilen derselben nur mit Genehmigung des Kriegsministeriums und nur wenn erhebliche, in dem Gesuche anzuführende Gründe dazu vorhanden sind, statt finden. Umtauschungen aus der Heirathscaption.

Wenn hierbei die Heirathscaption nicht zugleich auf den vorgeschriebenen Betrag ergänzt werden kann, so wie wenn die Heirathscaption aus dem Vermögen der Ehegattin des Officiers herrührt, oder aus dem Vermögen des Officiers gestellte Cautionsbestandtheile gegen Vermögenstheile der Ehegattin ausgetauscht werden sollen, muß deren Zustimmung zu der nachgesuchten Umtauschung beigebracht werden.

Wenn hierauf die Ausfölgung eines Bestandtheils der Cautions mit der Bedingung der Wiederergänzung derselben erfolgt, so hat die betreffende Commandostelle für die Wiederergänzung, sobald dieselbe geschehen kann, zu sorgen.

§. 23. Wenn der Officier in den Bezug der normalmäßigen Gage oder Pension einer höhern Charge, als diejenige, in welcher er die Heirathscaption gestellt hat, später vorrückt, so wird die Cautions auf denjenigen Betrag vermindert, welcher nach dem §. 6 für die Charge, in deren Bezüge derselbe vorgerückt ist, besteht. Minderung der Cautions bei dem Vorrücken in den Bezug einer höhern Charge.

§. 24. Im Uebrigen ist die Heirathscaption während der Dauer der Ehe unablöslich.

Nur in dringenden Fällen, nach genauer Erhebung der Nothwendigkeit und nur zum nachgewiesenen Nutzen der Kinder, kann die Heirathscaption mit Zustimmung beider Eheheile, in so fern dieselben eine Erklärung hierüber abzugeben im Stande sind, und eines für die Kinder aufzustellenden Pflegers, auf höchste Genehmigung des Großherzogs theilweise abgelöst und verwendet werden. Die Cautions während der Dauer der Ehe unablöslich.

§. 25. Nach erfolgter Auflösung der Ehe dauert die Deponirung der Cautions in dem Falle fort, wenn minderjährige Kinder vorhanden sind, und auf so lange, bis dieselben sämmtlich das gesetzliche Alter der Volljährigkeit erreicht haben. Es findet, bei nachgewiesener Nothwendigkeit und zum Nutzen der Wittve und der Kinder die völlige oder theilweise Ausfölgung und Verwendung der Heirathscaption mit Genehmigung des Kriegsministeriums statt. Fortdauer der Deponirung nach erfolgter Auflösung der Ehe.

§. 26. Die Heirathscaption wird zurückgegeben:

- a. wenn nach Auflösung der Ehe durch Tod oder Scheidung keine minderjährige Kinder vorhanden oder diese sämmtlich das gesetzliche Volljährigkeitsalter erreicht haben;
 - b. wenn der Officier durch Uebertritt in den Civildienst oder durch Abschied aus dem Militärverband ausscheidet.
- Ausfölgung der Cautions.

§. 27. Die Ausfolgung der Caution geschieht in den Fällen unter a. an diejenigen Personen, welchen nach dem beizubringenden Zeugniß der Theilungsbehörde die Cautionssubjekte in der Theilung zugefallen sind; in den Fällen unter b. wird die Caution für denjenigen Theil aus-
 gefolgt, aus dessen Vermögen die Caution gestellt wurde.

Caution für die
 zweite und fol-
 genden Ehen.

§. 28. Wenn ein verwittweter oder von seiner Ehegattin geschiedener Officier zur zweiten Ehe schreitet, und aus der frühern Ehe minderjährige Kinder vorhanden sind, für welche die Caution noch deponirt bleiben muß (§. 25), so ist der Officier zur Stellung einer neuen Caution für die zweite Ehe alsdann nicht verbunden, wenn derselbe durch Zeugniß der Theilungsbehörde nachweist, daß die Cautionssubjekte in der Theilung ihm sämmtlich zugefallen sind.

In diesem Falle genügt die Erklärung des Officiers, daß die früher gestellte Caution auch als Caution für die zweite Ehe gelten solle.

In den andern Fällen muß derselbe, je nachdem ihm bei der Theilung von den Cautionssubjekten keines oder ein Theil derselben zugefallen ist, für die zweite Ehe eine neue Caution, entweder in dem durch den §. 6 vorgeschriebenen vollen Betrage, oder in demjenigen Betrage einlegen, welcher erforderlich ist, um den ihm gehörenden Antheil an der deponirten Caution auf den durch den §. 6 vorgeschriebenen vollen Betrag zu ergänzen.

Die gleichen Grundsätze gelten auch für die folgenden Ehen.

§. 29. Wenn die Wittve oder die geschiedene Gattin eines Officiers, dessen Heirathscapution wegen der Minderjährigkeit der Kinder aus dieser Ehe noch deponirt bleiben muß, einen Officier in zweiter Ehe heirathet, so muß für die neue Ehe eine besondere Caution gestellt werden, auch dann, wenn die Caution für die frühere Ehe der Wittve, beziehungsweise der geschiedenen Ehegattin, aus deren Vermögen gestellt war.

Heiraths-
 gesuche von
 Kriegsbeamten.

§. 30. Bei Heirathsgesuchen von Kriegsbeamten müssen, außer den Zeugnissen über das nach §. 4 Buchstab a. vorgeschriebene Alter und den übrigen in §. 18 vorgeschriebenen Zeugnissen, anstatt der Cautionstellung obrigkeitliche Zeugnisse über ihre Vermögensverhältnisse und die ihrer Verlobten beigebracht werden, damit ermessen werden kann, ob die Verhältnisse von der Art sind, daß das Gesuch zur höchsten Genehmigung in Antrag gebracht werden kann.

Hierbei gelten die für die Cautionen der Officiere, mit welchen dieselben in gleichen Sagenverhältnissen stehen, gegebenen Bestimmungen im Allgemeinen, und unter Berücksichtigung der besondern Verhältnisse der betreffenden Kriegsbeamten, als Maassstab.

Carlsruhe, den 22. Juni 1843.

Kriegsministerium.
 von Frendorf.

vdt. Beng.

Bekanntmachungen.

Die Versammlung der Rheinschiffahrts-Centralcommission in Mainz betreffend.

Nach einer zwischen den hohen Rheinuferstaaten getroffenen Verabredung wird die Rheinschiffahrts-Centralcommission in diesem Jahr vom 15. August bis Mitte September in Mainz versammelt seyn, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Karlsruhe, den 11. Juli 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Fhr. von Blittersdorff.

Vdt. von Berckheim.

Uebersicht der Studirenden auf den beiden Landes-Universitäten Heidelberg und Freiburg im Sommerhalbjahre 1843.

Im Sommerhalbjahre 1843 studirten:

A. auf der Universität Heidelberg:

	Inländer.	Ausländer.	Im Ganzen.
1. Theologen, immatriculirte und Seminaristen	28	7	35
2. Juristen	84	358	442
3. Mediziner	29	88	117
4. Cameralisten und Mineralogen	35	11	46
5. Philosophen und Philologen	7	10	17
Gesamtzahl	183	474	657

B. Auf der Universität Freiburg:

	Inländer.	Ausländer.	Im Ganzen.
1. Theologen	55	20	75
2. Juristen und Cameralisten	60	6	66
3. Mediziner, Chirurgen und Pharmaceuten	46	31	77
4. Philosophen	6	4	10
Gesamtzahl	167	61	228

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 30. Juni 1843.

Ministerium des Innern.

In Abwesenheit des Präsidenten:

Der Ministerial-Director

Eichrodt.

Vdt. Reinhard.

Privilegien-Ertheilung.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschließung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 16. Juni d. J. No. 1017 dem Mechanicus Wilhelm Schmidt zu

Heidelberg auf die Ausführung und den Gebrauch einer von ihm erfundenen Construction eines Laufbodens zum Betrieb von Locomotiven bei Eisenbahnen ein ausschließliches Privilegium auf die Dauer von zehn Jahren huldreichst zu erteilen geruht.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

Höchst Ihren Kammerherrn und Hofmarschall Freiherrn von Nuffenberg zum Intendanten der Großherzoglichen Kunstbibliothek, so wie der Hofmusik und des Hoftheaters,

Höchst Ihren Kammerherrn und Ceremonienmeister Freiherrn von Göler zum Hofmarschall und Mitglied des Oberhofverwaltungsraths, und

den Cameralpraktikanten Philipp Bauer von Wertheim zum Secretär bei der Hofdomänenkammer zu ernennen;

den Oberzollinspektor Rosenfeld von Heidelberg zum Hauptsteueramt Wertheim,

den Oberzollinspektor Harich von Wertheim zum Hauptsteueramt Heidelberg,

und den Hauptzollamtscontroleur Dlinger von Heidelberg zum Hauptsteueramt Knielingen,

jeden dieser Beamten in seiner bisherigen Eigenschaft, zu versetzen; sodann

die erledigte Obereinnehmerrei Sinheim dem Obereinnehmer Nickel in Buchen zu übertragen,

den Salineinspektor Bergrath von Althaus in Dürheim seiner auf Kränklichkeit gestützten Bitte gemäß, und

den Bezirksförster Funke in Gerlachsheim wegen vorgerückten Alters in den Ruhestand zu versetzen;

den Bezirksförster Sättel zu Engen auf die Bezirksförsterei Böhlingen,

den Bezirksförster Ebel zu Marzell auf die Bezirksförsterei Jestetten,

und den Bezirksförster Eichrodt zu Kaltenbrunn auf die Bezirksförsterei Gernsbach zu versetzen;

ferner den Forstpraktikanten Zelbach zum Bezirksförster in Gengenbach,

den Forstpraktikanten Will zum Bezirksförster in Sulzburg,

den Forstpraktikanten Siefert zum Bezirksförster in Wolfach,

den Forstpraktikanten Hasenstab zum Bezirksförster in Marzell,

den Forstpraktikanten Bachmann zum Bezirksförster auf dem Kaltenbrunne,

den Forstpraktikanten Müller zum Bezirksförster in Pforzheim,

den Forstpraktikanten Willibald zum Bezirksförster in Engen,

den Forstpraktikanten Menzer zum Bezirksförster in Graben,

den Forstpraktikanten Schmidt zum Bezirksförster in Mittelberg,

den Forstpraktikanten Hütten Schmid zum Bezirksförster in Wilferdingen, und

den Forstpraktikanten Fackelmann zum Bezirksförster in Pfullendorf zu ernennen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Beim Hauptsteueramt Heidelberg sind die Stellen eines Hauptzollamtsverwalters und eines Hauptzollamtscontroleurs anderweit zu besetzen. Die Bewerber haben sich binnen vier Wochen bei der Steuerrichtung zu melden.
2. Die Bezirksförsterei Gerlachsheim ist erledigt. Die Bewerber um diese Stelle haben ihre Gesuche bei der Direction der Forstdomänen und Bergwerke binnen vier Wochen vorchriftsmäßig einzureichen.

Berichtigung:

In Nr. XVI. des Regierungsblatts v. J. S. 126 Zeile 20 von unten lese katholische statt evangelische.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 11. August 1843.

Bekanntmachungen.

Die Höhe der Rübenzuckersteuer für das Betriebsjahr vom 1. September 1843 bis letzten August 1844 betreffend.

Unter Hinweisung auf §. 2, Cap. 2 des Gesetzes vom 8. August 1841 über die Rübenzuckersteuer (Regierungsblatt 1841, Seite 209) wird hiermit zur Nachricht und Nachachtung verkündet, daß dem Zollvereinungsvertrag vom 8. Mai 1841 gemäß die Rübenzuckersteuer für das Betriebsjahr vom 1. September des gegenwärtigen bis letzten August des künftigen Jahrs auf fünf und dreißig Kreuzer vom Zentner Runkelrübenroh Zucker bestimmt ist.

Karlsruhe, den 28. Juli 1843.

Ministerium der Finanzen.

In Abwesenheit des Ministers.

Der Ministerialdirektor:

Regenauer.

Vdt. Molter.

Die Serienziehung für die fünfte Gewinnziehung von dem Anlehen zu fünf Millionen Gulden von 1840 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Serienziehung für die fünfte Gewinnziehung von dem Anlehen der Amortisationskasse von 1840 zu fünf Millionen Gulden sind die

Seriennummern 186, enthaltend die Loosnummern 18,501 bis 18,600,

"	•	527	"	"	"	52,601	"	52,700,
---	---	-----	---	---	---	--------	---	---------

"		402	"	"	"	40,101	"	40,200,
---	--	-----	---	---	---	--------	---	---------

"		943	"	"	"	94,201	"	94,300,
---	--	-----	---	---	---	--------	---	---------

herausgekommen, was andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Karlsruhe, den 1. August 1843.

Ministerium der Finanzen.

In Abwesenheit des Ministers.

Der Ministerialdirektor:

Regenauer.

Vdt. Molter.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber öffentlich bekannt gemacht.

Es haben gestiftet:

Zur bleibenden Erinnerung an die 25jährige Vermählungsfeier Seiner Durchlaucht des Herrn Fürsten zu Fürstenberg eine Anzahl Karlsruher Bürger unterm 19. April d. J. ein Kapital von 450 fl. unter der Benennung „Fürstlich Fürstenbergische Schulstiftung“ und dasselbe dem Zwecke gewidmet, daß die jährlichen Zinsen nach dem Willen des Herrn Fürsten und Seiner Nachfolger für arme Schulkinder aus einer Gemeinde des Fürstenthums Fürstenberg zu Anschaffung von Schulbedürfnissen verwendet werden sollen.

Zwei Ungenannte in die Münsterkirche zu Freiburg zwei Glocken im Gewichte von 204 und 86 Pfund.

Die Engelhard Englerschen Erben von Müllheim in den dortigen Spitalfond 200 fl.

Mehrere Bürger von Niedereggenen in den Almosenfond daselbst einen Abendmahlskelch.

Elisabetha Hüglin von Biehlen in den dortigen Armenfond 15 fl.

Der verstorbene Dekan Siedler von Waldkirch unter Vorbehalt des lebenslänglichen Zinsgenusses für Cäcilie Siedler und Rosina Nopper von da in den Armenfond zu Gutenbach 100 fl.

Severin Müller von Herbolzheim in den dortigen Armenfond 50 fl.

Die Johann Thoma'schen Eheleute von Birndorf in den Armenfond daselbst 100 fl.

Xaver Kaiser von Bernau Kaiserhaus in die Pfarrkirche Bernau ein Christusbild mit Kreuz, angeschlagen zu 20 fl.

Der verstorbene geistliche Rath Anselm Kolb von Fautenbach dem Pfarrarmenfond zu St. Peter mit der Verbindlichkeit zu Abhaltung eines jährlichen Seelenamts 300 fl.

Die verstorbene Elisabetha Maier, Wittve des Apothekers Herb von Emdingen, in den dortigen St. Peterkirchenfond mit der Verbindlichkeit zu Abhaltung einer jährlichen Gedächtnismesse 200 fl.

Die Erben des ledig verstorbenen Michael Haas von Gremelsbach in den dortigen Kirchenfond ein festtägliches Messgewand nebst Zugehörde und eine festtägliche Albe im Anschlage von 138 fl. 6 fr.

Die verstorbene Barbara Stolz, Ehefrau des städtischen Rentmeisters Jos. Schaal von Freiburg in das dortige Armeninstitut 200 fl.

Ignaz Stöbel von Biel in den dortigen Armenfond 51 fl.

Der verstorbene Pfarrer Maucher von Ringsheim unter Vorbehalt des lebenslänglichen Zinsgenusses für Rothburga Harter in den Dyblin-Maucherschen Armenfond zu Ringsheim 200 fl.

Derselbe in den Kirchenfond zu Ringsheim einen silbernen Kelch im Anschlage von 185 fl. mit der Verbindlichkeit zu Abhaltung eines jährlichen Seelenamts.

Pfarrer Noos von Oberhausen zur Gründung eines Armenfonds für die katholische Gemeinde Schluchtern 125 fl.

Heinrich Rogg in Münchingen durch letzten Willen dem Armenfond daselbst ein Kapital von 2000 fl. zur Vertheilung der jährlichen Zinsen davon unter die Ortsarmen.

Simon Gumbert, Wittve Jereß geborene Wachenheimer in Mannheim dem israelitischen Armenfond daselbst 2000 fl. mit der Bestimmung, daß aus den Zinsen Brennholz angeschafft und zur Winterszeit unter die dortigen Armen ausgetheilt werde.

Handelsmann Herz Sießer zu Walldorf 1000 fl. zu frommen Zwecken.

Ferdinand Hollerbach zu Wolferstetten zu Gründung eines Baufonds für die Kapelle daselbst ein Kapital von 200 fl. durch letzten Willen.

Pfarrer Gerbert in Behla zum vortigen Schulfond für Anschaffung von Schreibmaterialien 30 fl., mehrere Bürger von Hausenborswald und Behla 16 fl. und die Marr Freische Wittwe, Therese geborene Hug in Behla 11 fl. zum gleichen Fond und Zweck.

Der verstorbene Pfarrer Roman Maucher von Ringsheim 2900 fl. 50 kr., wovon die Zinsen seiner Zeit für arme, gestittete Jünglinge zur Erlernung eines Handwerks oder für einen talentvollen armen Jüngling von Ringsheim, welcher studiren will, und vor den andern den Vorzug haben soll, verwendet werden sollen.

Unbenannte Personen in die Pfarrkirche zu Rielsingingen verschiedene Kirchenrequisiten im Werthe von 1144 fl.

Unbenannte Personen in die Kirche zu Singen mehrere Paramente im Werthe von 648 fl. 36 kr.

Der verstorbene Pfarrer Binkert zu Hausenborswald durch letzten Willen 100 fl. zur Gründung eines Armenfonds und 100 fl. zu Gründung eines Schulfonds daselbst.

Medaillen-Verleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Amtsdienier Batschauer in Heidelberg als Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistungen die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst gerührt:

dem als Erzieher Ihrer Hoheiten der Prinzen Wilhelm und Karl angestellten Professor C. H. W. Holzmann den Charakter als Hofrath zu ertheilen;

den Postofficialen Leopold Weigel in Mannheim in gleicher Eigenschaft zur Postwagenexpedition dahier, sowie

den Postamtsofficialen Karl Lichtenauer dahier in gleicher Eigenschaft zur Postwagenexpedition Mannheim zu versetzen;

dem Pfarrverweser Seisen zu Borberg, so wie

dem Pfarrverweser Ludwig von Rötteln den Charakter und Rang als Pfarrer zu ertheilen;

dem Pfarrer Friedrich Wilhelm Schember zu Gemmingen die evangelische Pfarrei Nußbaum zu übertragen.

Die fürstlich fürstenbergische Präsentation des Pfarrverwesers Johann Baptist Bertsche zu Güttingen, Amts Constanz, auf die erledigte katholische Pfarrei Saig, Amts Neustadt, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Die von Seiten der Grund- und Patronats Herrschaft, den Freiherrn von Gemmingen Bonnsfeld, erfolgte Präsentation des Pfarrverwesers Gustav Mickel auf die Pfarrei Hüffenhard hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Im Frühjahr 1843 sind von der Sanitätscommission 16 Candidaten der Medicin, 7 Candidaten der Chirurgie und 12 Candidaten der Geburtshülfe zur Prüfung zugelassen worden. Von diesen haben 12 Candidaten der Medicin, 6 Candidaten der Chirurgie und 9 Candidaten der Geburtshülfe Lizenz erhalten, und zwar in folgender Ordnung:

a. Zur Ausübung der innern Heilkunst.

Emil Bils von Karlsruhe,
Sigmund Schneider von Offenburg,
Joseph Mast von Oberkirch,
Sigmund Homburger von Karlsruhe,
Albert Herrmann von Karlsruhe,
Robert Rossmog von Endingen,

Joseph Wallerstein von Karlsruhe,
Carl Zandt von Karlsruhe,
Franz Rapp von Billingen,
Otto BOWinkel von Weinheim,
Joseph Rosknecht von Pfullendorf,
Wilhelm Nörhling von Mannheim.

b. Zur Ausübung der Chirurgie.

Sigmund Schneider von Offenburg,
Sigmund Homburger von Karlsruhe,
Joseph Mast von Oberkirch,

Robert Rossmog von Endingen,
Otto BOWinkel von Weinheim,
Joseph Rosknecht von Pfullendorf.

c. Zur Ausübung der Geburtshülfe.

Emil Bils von Karlsruhe,
Sigmund Schneider von Offenburg,
Sigmund Homburger von Karlsruhe,
Joseph Mast von Oberkirch,
Robert Rossmog von Endingen,

Karl Zandt von Karlsruhe,
Otto BOWinkel von Weinheim,
Joseph Rosknecht von Pfullendorf,
Franz Rapp von Billingen.

Dem Rechtspraktikanten Graßmüller zu Freiburg ist das Schriftverfassungsrecht in Administrativsachen zur Ausübung desselben in Genauenbach ertheilt worden.

Ebenso dem Rechtspraktikanten Ferdinand Schaal von Freiburg mit der Bestimmung des Wohnsitzes in Triberg.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Das evangelische Diaconat Rork, womit die erste Lehrstelle an der dortigen höhern Bürgerschule verbunden ist, mit einer Besoldung von 600 fl. bis 700 fl. ist erledigt. Die Competenten um diese Stelle haben sich binnen 4 Wochen bei dem Oberstudienrath nach Vorschrift zu melden.
2. Durch die Beförderung des Pfarrers Schember auf die evangelische Pfarrei Nußbaum ist die evangelische Pfarrei Gemmingen, Decanats Eppingen, mit einem Competenzanschlag von 869 fl. 31 kr., worauf jedoch eine Kriegsschuld von 72 fl. 10 kr. haftet, welche der neu ernannt werdende Pfarrer sammt Zinsen in angemessenen Terminen abzutragen hat, in Erledigung gekommen.

Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig bei der Grund- und Patronats Herrschaft von Gemmingen zu Gemmingen zu melden.

Gestorben ist:

- am 8. Juni d. J. der pensionirte Oberhofgerichtsath Minet in Mannheim.
„ 14. Juni d. J. der pensionirte Regierungsrath Nebelius in Heidelberg, und
„ 1. Juli „ „ der pensionirte Oberrevisor Sauerbeck.

Berichtigung.

In Nr. XVI. des Regierungsblatts Seite 124, Z. 20 v. o. lese man Tiefenbrunn statt Rieselbrunn.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 8. September 1843.

Bekanntmachungen.

Die Baumpflanzungen längs der Eisenbahn betreffend.

In Erwägung, daß hochstämmige Bäume, wenn sie der Eisenbahn allzunahel stehen, den auf denselben sich bewegenden Wagenzügen Gefahr bringen können, sieht man sich veranlaßt, Nachstehendes zu verfügen:

1. Es ist untersagt, Bäume in der Nähe der Eisenbahn eine Höhe erreichen zu lassen, die das Maaß der Entfernung übersteigt, welche zwischen dem Stocke des Stammes oder der Stange des fraglichen Baumes und der Kante des Bahndammes der Eisenbahn, beziehungsweise dem Rande des Einschnitts, durch welchen sie zieht, stattfindet.

2. Wo Bäume in der Nähe der Eisenbahn bereits sich vorfinden, die höher sind, als eben bezeichnet wurde, da haben die Behörden dahin zu wirken, daß sie, sobald als möglich, entweder entfernt, oder auf das zulässige Höhenmaaß reducirt werden.

3. Insbesondere werden die Forstbehörden darauf Bedacht nehmen, daß da, wo die Eisenbahn durch Waldungen zieht, der Betrieb dieser in der nächsten Nähe der Eisenbahn baldthunlichst in einer Weise eingerichtet werde, bei welcher die vorstehenden Bestimmungen zum Vollzug kommen.

4. Ausnahmen von der unter Ziffer 2 getroffenen Anordnung sind in der Nähe von Bahnhöfen zu gestatten, wo eine beständige vervielfachte Aufsicht stattfindet und Mittel gegeben sind jedes Hinderniß augenblicklich aus der Bahn zu entfernen.

Karlsruhe, den 1. August 1843.

Ministerium des Innern.

Fhr. von Müdt.

vdt. Reinhard.

Die fünfte Gewinnziehung für das Anlehen vom Jahr 1840 von fünf Millionen Gulden betreffend.

Das Resultat der heute geschehenen fünften Gewinnziehung von dem vorbemerkten Anlehen wird durch die beiliegende Liste zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die Gewinne werden planmäßig auf den 1. Februar 1844 durch die Amortisationskasse bezahlt werden, wenn es die Inhaber der Loose nicht vorziehen, ihre Gewinne früher bei dieser Kasse gegen Abzug von einem halben Kreuzer vom Gulden zu erheben.

Karlsruhe, den 1. September 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Wäch.

Vdt. Pfeilschider.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehrenden Andenken der Geber hienmit bekannt gemacht.

Es haben gestiftet:

Mathias Kern, Bürger und Bäcker zu Niedern, zu Anschaffung einer Orgel in die Kirche daselbst 24 fl.

Ein Ungenannter in die Kirche zu Pfullendorf ein Velum im Werth von 52 fl.

Erlaubniß zum Tragen fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Geheimen Legationsrath und Oberpostdirector von Mollenbec die gnädigste Erlaubniß ertheilt, das ihm von Seiner Majestät dem König von Bayern verliehene Commandeurkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael anzunehmen und zu tragen.

Die gleiche höchste Erlaubniß erhielt der Oberpostrath Steina m für das ihm von des Königs von Bayern Majestät verliehene Ritterkreuz desselben Ordens.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Geheimen Regierungsrath von Merhart in Constan z, dem Medizinalrath und Professor Dr. Schwörer in Freiburg und dem Kaufmann Christian Sautier in Freiburg das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Militärdienstnachrichten.

Durch höchste Entschließung vom 12. Juli d. J. wurden die Secretariatspractikanten Wenz und Fröhlich zu Secretären und der Revisor Kaufmann zum Oberrevisor bei dem Kriegsministerium befördert.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden: dem Professor am Lyceum zu Karlsruhe Christian Friedrich Gockel den Charakter als Hofrath zu ertheilen;

den seitherigen Legationssecretär von Pfeuffer zum Rathe bei der Direction der Posten und Eisenbahnen zu ernennen;

die erledigte Amtsaffessorsstelle bei dem Bezirksamt Schoppsheim dem Rechtspractikanten Ludwig Dill von Karlsruhe,

die erledigte Assessorstelle bei dem Bezirksamt Stockach dem Rechtspraktikanten Laver Weiß von Wädswil,

die erste Lehrstelle an der höhern Bürgerschule zu Ettlingen dem Kaplan Adam Schmitt daselbst, dem Secretär Gock bei dem Oberstudienrath die erledigte Secretärstelle bei der Sanitätscommission,

die durch Versetzung des Secretärs Gock zur Sanitätscommissinn erledigte Secretärstelle bei dem Oberstudienrath dem Rechtspraktikanten Ernst Schindler zu Staufsen,

die erledigte Stelle bei der katholischen Stiftungsrevision der Regierung des Seckreises dem Revidenten Tobias Birnbacher von Dörlesberg, unter Ernennung desselben zum Revisionsgehilfen, zu übertragen;

bei der Regierung des Seckreises den Registraturgehilfen Edelmann zum Registrator, und den Revisionsgehilfen Erhardt zum Revisor,

bei der Regierung des Mittelrheinkreises den Revisionsgehilfen Schmidt zum Revisor und den Revidenten Mössner, zum Revisionsgehilfen mit Staatsdienereigenschaft, und

bei der Regierung des Unterrheinkreises den Revisionsgehilfen Müller zum Revisor zu ernennen;

die erledigte Stelle eines Assistenzarztes bei dem Stadtphysicat Carlsruhe dem Assistenzarzt Dr. Holz zu Pforzheim;

die erledigte katholische Pfarrei Hochdorf, Landamts Freiburg, dem Pfarrverweser Karl Dser in Schelingen,

die katholische Pfarrei Roth, Amts Philippsburg, dem erzbischöflichen Decan und Pfarrer Johann Joseph Baumann in Wiesenthal zu verleihen, und

den Pfarrer Joseph Alois Bruderhofer von Darkanden, Landamts Carlsruhe, auf die Pfarrei Oberspigenbach, Amts Waldkirch, zu versetzen.

Die von Seiten der fürstlich Löwenstein Wertheim Rosenbergschen und Löwenstein Wertheim Freudenbergschen Standesherrschaft erfolgte Präsentation des Pfarrcandidaten Gustav Heinrich Müller aus Wertheim auf die evangelische Pfarrei Wertheim hat die Staatsgenehmigung erhalten,

ebenso hat die Staatsgenehmigung erhalten die fürstlich Leinlingensche Präsentation des Pfarrers Franz Wackert zu Rohrbach, Amts Mosbach, auf die erledigte katholische Pfarrei Hecksfeld, Amts Borberg.

Dem Rechtspractikanten Bernhard Weyer von Reilingen ist das Schriftverfassungsrecht in Administrativsachen und in gerichtlichen Angelegenheiten ertheilt und ihm gestattet worden zur Ausübung desselben seinen Wohnsitz in Mannheim zu nehmen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die Stelle eines Universitätsamtmanns an der Universität Freiburg ist in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb 4 Wochen bei dem Exvatoren der Universität zu melden.

2. Die Stelle eines Assistenzarztes bei dem Physicate Pforzheim, welche mit einem Arzte, der zugleich wund- und heilärztliche Ricnz hat, wieder besetzt werden soll, verbunden mit einer jährlichen Besoldung von 150 fl. und dem Aversum für Pferdjourage von 120 fl. Die Bewerber haben sich binnen 4 Wochen vorschriftsmäßig bei der Sanitäts-Commission zu melden.
3. Die erledigte katholische Pfarrei Hügelsheim, Oberamts Rastatt, wird mit einem beiläufigen Einkommen von 650 fl. in Güterertrag und Firum mit dem Anfügen zur Wiederbesetzung ausgeschrieben, daß sich die Competenten innerhalb 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden haben.
4. Durch die Beförderung des Pfarrers Peter Stiel auf die Pfarrei Bopprenhausen ist die katholische Pfarrei Dittwar, Amts Laubersbischsheim, mit einem jährlichen Einkommen von ungefähr 550 fl. erledigt worden. Die Bewerber um diese Pfründe, auf welcher einer an den abgegangenen Pfarrer Stiel in drei Jahresterminen zu bezahlende Schuld für Gütervermessung etc. von 38 fl. 18 kr. ruht, haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
5. Die erledigte katholische Pfarrei Schriesheim, Amts Ladenburg, mit einem beiläufigen Einkommen von 650 fl. jährlich in Geld, Naturalien und Güterbenützung, wird mit dem Bemerkten zur Wiederbesetzung ausgeschrieben, daß sich die Competenten bei dem katholischen Oberkirchenrath binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden haben.
6. Die erledigte katholische Pfarrei Lienheim, Amts Waldshut, mit einem beiläufigen Einkommen von 560 fl. in Geld und Naturalien, auf welcher jedoch eine Provisoriumsrestschuld von 114 fl. 24 kr. haftet, welche in 6 Jahresterminen abzutragen ist, wird mit dem Bemerkten zur Wiederbesetzung ausgeschrieben, daß sich die Competenten bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden haben.
7. Die erledigte katholische Pfarrei Dielheim, Amts Wiesloch, mit einem jährlichen Einkommen von beiläufig 2880 fl. in Geld und Naturalien, worauf jedoch eine jährliche Last von etwa 402 fl. und die Verpflichtung zur Haltung eines Vicars ruht, welcher nebst der Verpflegung mit 150 fl. jährlich zu salariren ist, wird mit dem Bemerkten zur Wiederbesetzung ausgeschrieben, daß sich die Competenten bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden haben.
8. Die in dem Staats- und Regierungsblatt vom 25. Mai l. J. Nr. XIV. Seite 112, Ziffer 9 enthaltene Ausschreibung der katholischen Stadtpfarrei Waldshut, wird dahin berichtigt, daß das Einkommen derselben in 1,400 fl., nebst weitem 350 fl. zur Haltung eines Vicars besteht, auch auf solcher eine Kriegsschuld von 21 fl. haftet, und daß der Amtsbezirk Waldshut in zwei katholische Dekanate und Schulvisitationen getrennt und eine Stelle davon mit der Pfarrei allda verbunden werde.

Die Competenten um diese Pfarrpfründe haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariate, als bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift binnen 6 Wochen zu melden.

9. Durch die Versetzung des Pfarrers Joseph Alois Bruderhofer von Darlanden, Landamts Karlsruhe, auf die Pfarrei Oberspitzenbach, Amts Waldkirch, ist die katholische Pfar-

rei Darlanden, Landamts Karlsruhe, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 550 fl. erledigt worden.

Die Competenten um dieselbe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

10. Die erledigte Pfarrei Lohrbach, Amts Mosbach, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 450 fl. in Geld, Naturalien &c., wird mit dem Bemerkn zur Wiederbesetzung ausgeschrieben, daß sich die Competenten um dieselbe bei der fürstlich Leiningenschen Standesherrschaft, als Patron, innerhalb 6 Wochen vorschriftsmäßig zu melden haben.

Gestorben ist:

- Am 10. Mai d. J. der pensionirte Amtspophysikus Medizinalrath Bauer in Bruchsal.
 Am 18. Juni d. J. der pensionirte Kreisregistrator Reuter von Wertheim in Würzburg.
 Am 25. Juli d. J. der Universitätsamtmanu von Ehren zu Freiburg.
 Am 27. Juli d. J. der pensionirte Regierungsrevisor Fink in Freiburg.
 Am 2. August d. J. der pensionirte Amtmann Wisched zu Freiburg.
-

Großherzogl. Badische

Amortisationskasse.

Anlehen vom Jahr 1840.

Liste der gezogenen 400 Stück Loose mit den darauf gefallenen Gewinnstn
bei der

Fünften Ziehung,

be nach Maassgabe des am 30. Juli 1840 bekannt gemachten Planes über das in Folge Gesetzes vom 11. Juni
) mit den Bankierhäusern E. von Haber und Söhne dahier, Johann Goll und Söhne in Frankfurt am Main und
A. von Rothschild und Söhne daselbst gegen 100,000 Stück 50 fl. - Loose kontrahirte Anlehen von 5 Millionen Gulden
durch die großherzogliche Kommission in Gegenwart der Anlehensunternehmer

am 1. September 1843

vorgenommen wurde.

(Nach der Nummernfolge geordnet.)

Nummern der am 1. August 1843 gezogenen 4 Serien:

186. 402. 527. 943.

os-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.
3501	65	18519	65	18537	65	18555	65	18573	65	18591	65
3502	65	18520	1500	18538	65	18556	65	18574	65	18592	65
3503	65	18521	100	18539	65	18557	100	18575	65	18593	65
3504	65	18522	65	18540	65	18558	65	18576	125	18594	100
3505	65	18523	65	18541	65	18559	250	18577	1000	18595	65
3506	65	18524	65	18542	65	18560	65	18578	65	18596	65
3507	65	18525	65	18543	250	18561	65	18579	65	18597	35000
3508	65	18526	65	18544	65	18562	65	18580	250	18598	65
3509	65	18527	125	18545	125	18563	65	18581	65	18599	65
3510	65	18528	65	18546	65	18564	65	18582	65	18600	65
3511	65	18529	65	18547	65	18565	125	18583	100	40101	65
3512	65	18530	65	18548	65	18566	100	18584	125	40102	100
3513	65	18531	65	18549	65	18567	65	18585	65	40103	65
3514	65	18532	65	18550	65	18568	65	18586	65	40104	65
3515	65	18533	65	18551	65	18569	65	18587	65	40105	1000
3516	65	18534	65	18552	65	18570	65	18588	65	40106	3000
3517	65	18535	250	18553	65	18571	125	18589	65	40107	65
3518	65	18536	125	18554	65	18572	65	18590	65	40108	65

Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.	Loos-Nr.	Gewinn. fl.
40109	65	40158	125	52607	65	52656	65	94205	65	94254	65
40110	65	40159	65	52608	65	52657	65	94206	65	94255	65
40111	65	40160	65	52609	65	52658	65	94207	65	94256	65
40112	10000	40161	250	52610	65	52659	65	94208	65	94257	65
40113	100	40162	65	52611	65	52660	65	94209	65	94258	65
40114	100	40163	65	52612	65	52661	250	94210	65	94259	65
40115	65	40164	65	52613	65	52662	65	94211	65	94260	65
40116	65	40165	65	52614	65	52663	65	94212	65	94261	65
40117	100	40166	100	52615	65	52664	65	94213	65	94262	65
40118	65	40167	250	52616	125	52665	65	94214	125	94263	65
40119	65	40168	65	52617	65	52666	65	94215	125	94264	65
40120	65	40169	65	52618	65	52667	65	94216	65	94265	65
40121	65	40170	65	52619	100	52668	65	94217	65	94266	65
40122	65	40171	65	52620	65	52669	65	94218	65	94267	100
40123	65	40172	65	52621	65	52670	65	94219	65	94268	65
40124	65	40173	100	52622	100	52671	65	94220	65	94269	65
40125	65	40174	65	52623	65	52672	65	94221	65	94270	100
40126	65	40175	65	52624	65	52673	65	94222	65	94271	65
40127	65	40176	65	52625	100	52674	65	94223	65	94272	65
40128	65	40177	65	52626	65	52675	65	94224	65	94273	65
40129	65	40178	65	52627	65	52676	125	94225	100	94274	65
40130	65	40179	100	52628	65	52677	65	94226	65	94275	65
40131	65	40180	65	52629	100	52678	125	94227	65	94276	65
40132	65	40181	100	52630	65	52679	100	94228	65	94277	65
40133	65	40182	65	52631	65	52680	65	94229	65	94278	65
40134	65	40183	65	52632	65	52681	65	94230	65	94279	65
40135	1000	40184	65	52633	100	52682	100	94231	65	94280	100
40136	65	40185	65	52634	65	52683	100	94232	65	94281	65
40137	65	40186	65	52635	65	52684	65	94233	65	94282	65
40138	65	40187	65	52636	65	52685	65	94234	65	94283	65
40139	65	40188	65	52637	65	52686	65	94235	65	94284	65
40140	65	40189	100	52638	65	52687	65	94236	65	94285	65
40141	65	40190	65	52639	65	52688	65	94237	65	94286	250
40142	65	40191	65	52640	65	52689	125	94238	65	94287	65
40143	65	40192	65	52641	125	52690	65	94239	65	94288	100
40144	65	40193	65	52642	5000	52691	100	94240	65	94289	65
40145	100	40194	65	52643	65	52692	125	94241	65	94290	65
40146	65	40195	65	52644	65	52693	65	94242	65	94291	65
40147	1000	40196	65	52645	65	52694	65	94243	65	94292	125
40148	65	40197	65	52646	65	52695	65	94244	100	94293	65
40149	65	40198	65	52647	65	52696	65	94245	1500	94294	65
40150	65	40199	65	52648	65	52697	125	94246	65	94295	65
40151	65	40200	65	52649	65	52698	65	94247	65	94296	65
40152	65	52601	65	52650	65	52699	65	94248	65	94297	65
40153	65	52602	65	52651	250	52700	65	94249	65	94298	65
40154	65	52603	125	52652	65	94201	65	94250	65	94299	65
40155	65	52604	65	52653	65	94202	65	94251	65	94300	65
40156	65	52605	65	52654	125	94203	65	94252	65		
40157	65	52606	250	52655	65	94204	65	94253	65		

Vorstehende Gewinne werden planmäßig

am 1. Februar 1844

bei der unterzeichneten Kasse gegen Rückgabe der Loose baar bezahlt; wer die Zahlung früher zu empfangen wünscht, kann solche gegen Abzug eines Disconto à $\frac{1}{2}$ Kreuzer vom Gulden erhalten.

Die von den früheren vier Ziehungen noch rückständigen Loose sind in der beifolgenden Liste verzeichnet.

Karlsruhe, den 1. September 1843.

Großherzoglich Badische Amortisationskasse.

Liste

der aus den

früher vier Ziehungen

noch uneingelösten Großherzoglich Badischen Fünftzig-Gulden-Loose

des Anlehens vom Jahr 1840,

deren Besitzer zu Erhebung der Gewinne hierdurch aufgefordert werden.

"	5387	"	65	"	35865	"	65	"	52345	"	65	"	93134	"	65
"	5388	"	65	"	35866	"	65	"	52346	"	65	"	93163	"	65
"	5389	"	65	366	36502	III.	65	"	52347	"	65	"	93169	"	125
"	5390	"	65	"	36520	"	65	"	52348	"	65	"		"	
"	5391	"	65	"	36537	"	65	"		"		"		"	

Carlsruhe den 1. September 1843.

Großherzoglich Badische Amortisationskasse.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 19. September 1843.

Leopold von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Ansicht des Gesetzes vom 5. August 1841, die theilweise Erneuerung der beiden Kammern der Ständeverammlung betreffend, nach welchem eine solche Erneuerung in Beziehung auf Abgeordnete des grundherrlichen Adels und der Universitäten in gegenwärtigem Jahre nicht statt zu finden hat; dagegen aber 15 Abgeordnete der Städte und Ämter auf den 30. Juni d. J. auszutreten hatten;

in Anbetracht, daß in der 53sten Sitzung der zweiten Kammer vom 3. September 1842 die Abgeordneten der in der Anlage verzeichneten Städte und Ämter durch das Loos zum Austritt auf den 30. Juni 1843 bestimmt worden sind; wie ferner, daß der Abgeordnete des Oberamts Lahr (mit Ausschluß der Stadt) seine Stelle niedergelegt hat,

haben Wir beschloffen und verordnen wie folgt:

§. 1.

In den im anliegenden Verzeichniß enthaltenen Städte- und Ämter-Wahlbezirken sind, mit Ausnahme des 19. Ämter-Wahlbezirks, die Erneuerungswahlen der Abgeordneten, im 19. Ämter-Wahlbezirk (Oberamts Lahr) aber die Ersatzwahl, nach Vorschrift der Wahlordnung vorzubereiten und nach vollendeter Vorbereitung auf gleiche Weise vorzunehmen.

Hierbei bringen Wir, was die Erneuerungswahlen betrifft, die Beobachtung Unserer Verordnung vom 24. Januar 1833 wegen Festsetzung der Zahl der Wahlmänner nach dem Bevölkerungszustande in Erinnerung.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium den 2. September 1843.

Leopold.

Schr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Verzeichniß der Städte- und Aemter-Wahlbezirke.

in welchen nach dem kraft Gesetzes auf 30. Juni 1848 erfolgten Austritt der Abgeordneten, Erneuerungswahlen vorzunehmen sind, und namentliche Bezeichnung der ausgetretenen Abgeordneten.

1. Erster Aemter-Wahlbezirk:
B e f f, Vicekanzler des Oberhofgerichts zu Mannheim.
2. Dritter Aemter-Wahlbezirk:
K u e n z e r, Stadtpfarrer zu Konstanz.
3. Viertes Aemter-Wahlbezirk:
W e l d e r, Hofrath und Professor zu Freiburg.
4. Achter Aemter-Wahlbezirk:
S c h a n z l i n, Bürgermeister zu Randern.
5. Dritter Städte-Wahlbezirk:
W a g n e r, Bürgermeister zu Freiburg.
6. Vierzehnter Aemter-Wahlbezirk:
R e i c h e n b a c h, Bürgermeister zu Buchholz.
7. Sechszehnter Aemter-Wahlbezirk:
W e g e l, Hofgerichtsrath in Freiburg.
8. Zweiundzwanzigster Aemter-Wahlbezirk:
D ö r r, Bürgermeister zu Rheinbischofsheim.
9. Fünfundzwanzigster Aemter-Wahlbezirk:
S a n d e r, Obergerichts-Advocat zu Rastatt.
10. Achter Städte-Wahlbezirk:
F i s c h e r, Postmeister zu Carlsruhe.
11. Zehnter Städte-Wahlbezirk:
H o f f m a n n, Regierungsrath, dormalen in Stettin.
12. Einunddreißigster Aemter-Wahlbezirk:
R e t t i g, Geheimerrath zu Freiburg.
13. Dreiunddreißigster Aemter-Wahlbezirk:
G a s t r o p h, Handelsmann zu Sinsheim.
14. Fünfunddreißigster Aemter-Wahlbezirk:
H e c k e r, Obergerichts-Advocat zu Mannheim.
15. Zwölfter Städte-Wahlbezirk:
B a s s e r m a n n, Handelsmann zu Mannheim.

E r s t a w a h l.

16. Neunzehnter Aemter-Wahlbezirk:
V ö l k e r, Fabrikhaber zu Lahr.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die Ernennung der landesherrlichen Commissäre zu den vorzunehmenden Wahlen der Abgeordneten der zweiten Kammer der Ständeversammlung von 1843 betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben durch höchste Entschlieſung vom 2. September d. J. Nr. 1,459 nachfolgende landesherrliche Commissäre zu den nach der höchsten Verordnung vom nämlichen Tage vorzunehmenden Wahlen der Abgeordneten zur zweiten Kammer der Ständeversammlung gnädigst zu ernennen geruht:

1. Für den ersten Aemter-Wahlbezirk (Meersburg, Pfullendorf, Salem und Ueberlingen) u.
Regierungsrath Fröhlich zu Konstanz.
2. Für den dritten Aemter-Wahlbezirk (Stockach, Engen, Mößkirch, Stetten) u.
Regierungsdirector Dr. Kern zu Konstanz.
3. Für den vierten Aemter-Wahlbezirk (Neustadt, Bonndorf, Stühlingen) u.
Geheimer Regierungsath von Meerhart zu Konstanz.
4. Für den achten Aemter-Wahlbezirk (Schoppsheim, Randern)
Geheimer Regierungsath Mors zu Freiburg.
5. Für den dritten Städte-Wahlbezirk (Stadt Freiburg)
Hofrichter Baumgärtner zu Freiburg.
6. Für den vierzehnten Aemter-Wahlbezirk (Waldfirch, Elzach) u.
Hofgerichtsdirector Litschgi zu Freiburg.
7. Für den sechszehnten Aemter-Wahlbezirk (Kenzlingen und Emdingen)
Regierungsdirector Frhr. von Reß zu Freiburg.
8. Für den zweiundzwanzigsten Aemter-Wahlbezirk (Bischofsheim und Rorf)
Geheimer Regierungsath von Stockhorn zu Rastatt.
9. Für den fünfundzwanzigsten Aemter-Wahlbezirk (Gernsbach, Baden, Steinbach)
Hofrichter Obkircher zu Rastatt.
10. Für den achten Städte-Wahlbezirk (Stadt Karlsruhe)
Regierungsdirector Baumgärtner zu Rastatt.
11. Für den zehnten Städte-Wahlbezirk (Stadt Pforzheim)
Ministerialdirector Eichrodt zu Karlsruhe.
12. Für den einunddreißigsten Aemter-Wahlbezirk (Schwezingen und Philippsburg)
Geheimerrath Schaaff zu Rastatt.
13. Für den dreiunddreißigsten Aemter-Wahlbezirk (Sinsheim und Oppringen)
Geheimer Regierungsath Lang zu Mannheim.
14. Für den fünfunddreißigsten Aemter-Wahlbezirk (Weinheim und Ladenburg)
Regierungsath Wallau zu Mannheim.
15. Für den zwölften Städte-Wahlbezirk (Stadt Mannheim)
Oberhofgerichtsrath Kiefer zu Mannheim.

Ersagwahl:

16. Für den neunzehnten Aemter-Wahlbezirk (Oberamt Lahr).

Regierungsrath Schmidt zu Raßatt.

welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Karlsruhe, den 16. September 1843.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Müdt.

vdt. Eisenlohr.

Militär-Dienst-Nachrichten.

Durch höchste Ordre vom 27. August d. J. erhielt der Major von der Suite der Reiterrei Prinz Karl zu Salm-Reiferscheidt-Krautheim Durchlaucht, die unterthänigst nachgesuchte Entlassung.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Stadtamtsassessor Geller dahier zum Assessor bei dem Hofgericht des Seckreises zu ernennen; die fürstlich leiningensche Präsentation des Assessors Wilhelm Hübsch bei dem Polizeiamt dahier zum Amtmann und Vorstand des großherzoglich badischen, fürstlich leiningenschen Bezirksamtes Eberbach zu bestätigen;

den praktischen Arzt, Wund- und Hebarzt Sauerbeck zu Rippoldsau definitiv zum Bad- und Brunnenarzt daselbst zu ernennen;

dem Diaconus Junker in Lörrach, unter Ernennung desselben zum Professor, die erste Lehr- und Vorstandsstelle an dem Pädagogium und der höheren Bürgerschule zu Lörrach zu übertragen;

dem Lehrer Laubis bei dem Gymnasium zu Donaueschingen den Titel als Professor zu erteilen;

den Oberzollinspektor Mader zu Kadelburg in gleicher Eigenschaft zu dem Hauptzollamt Ludwigshafen zu versetzen;

den Hauptzollamtsverwalter Muff in Mannheim zum Oberzollinspektor in Kadelburg zu befördern, sodann

den Hauptzollamtsverwalter Schilling von Kehl nach Mannheim, und

den Hauptzollamtsverwalter Eglau von Konstanz nach Kehl, jeden von beiden in seiner bisherigen Eigenschaft, zu versetzen.

Berichtigung.

Im Regierungsblatt Nr. XVIII. von diesem Jahr Seite 138, Zeile 24 von oben steht: den Forstpraktikanten Will zum Bezirksförster in Sulzburg; und muß heißen:

„den fürstlich leiningenschen Bezirksförster Will zu Hardheim zum Bezirksförster in Sulzburg zu ernennen.“

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 25. September 1843.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschliessung vom 22. I. M. Nr. 1582 gnädigst geruht, wegen Verhinderung des Geheimen Regierungsraths Lang, den Oberamtmann Lichtenauer in Buchen zum Wahl-Commissär für die Wahl eines Abgeordneten im 33. Aemter-Wahlbezirk (Amt Sinsheim, Hoffenheim, Eppingen u.) huldreichst zu ernennen.
 Karlsruhe, den 22. September 1843.

Ministerium des Innern.

Fhr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Die Uebersicht über den Zustand der Gebäude-Versicherungsanstalt in dem Jahre 1842, wie solche die Anlage I. ausweist, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
 Karlsruhe, den 16. August 1843.

Ministerium des Innern.

Fhr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Den Zustand der Wittwenkasse für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung im Rechnungsjahr 1842 betr.

Nach Vorschrift des §. 33 der Statuten vom 25. November 1841 wird ein summarischer Auszug aus der Rechnung der Wittwenkasse für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung von 1842, eine Berechnung ihres Vermögens, die Liste über die angewiesenen Sustentationen und eine Uebersicht über den Stand der Mitglieder in der Anlage II. zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 9. September 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Böh.

Vdt. Pfeilschider.

Die Verloosung und Rückzahlung 3 1/2 procentiger Rentenscheine im Kapitalbetrag von 74,000 Gulden betreffend.

Es wird anmit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Amortisationskasse ermächtigt worden ist, von ihren 3 1/2 procentigen Rentenscheinen, nach vorheriger im Laufe des Monats October vorzunehmender Verloosung, den Kapitalbetrag von 74,000 fl. durch Verwendung des Tilgungsfonds auf den 1. Mai 1844 heimzuzahlen.

Karlsruhe, den 15. September 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Böh.

Vdt. Pfeilschider.

Die Aufnahme der Pfarrei Hilsbach in die Diözese Sinsheim betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Staatsministerial-Entscheidung vom 2. l. M. Nr. 1377 gnädigst zu genehmigen geruht, daß die evangelische Pfarrei Hilsbach mit ihren Filialen Essig und Weiler von der evangelischen Diözese Eppingen getrennt und mit der evangelischen Diözese Sinsheim vereinigt werde.

Dies wird hiermit bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 9. September 1843.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Die Ertheilung eines Privilegiums an das Handlungshaus Gebrüder Wilhelm, Hermann und Gustav Alberti zu Waldburg in Schlesien, für die Erfindung einer Flach- und Hanfbrech- und Schwingmaschine betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben vermöge höchster Entscheidung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 2. d. M. Nr. 1257 gnädigst geruht, dem Handlungs Hause Gebrüder Wilhelm, Hermann und Gustav Alberti zu Waldburg in Schlesien das nachgesuchte Privilegium für den ausschließlichen Verkauf für ihre neu erfundene Flach- und Hanfbrech- und Schwingmaschine für die Dauer von sechs Jahren huldreichst zu ertheilen, unter Vorbehalt der Rechte Dritter, welche die Priorität der Erfindung nachzuweisen vermögen und unter Festsetzung einer Strafe von Einhundert Reichthalern nebst der Confiscation der nachgefertigten Maschine auf den Fall der Verletzung dieses Privilegiums.

Ministerium des Innern.

Schr. v. Müdt.

Vdt. Stemmler.

Die Ertheilung eines Privilegiums an den Oberfeuerschauer Ege von Biberach im Königreich Württemberg, für die Verfertigung der von ihm erfundenen holz- ersparenden Defen betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entscheidung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 2. d. M. Nr. 1387 gnädigst geruht, dem Oberfeuerschauer Ege von Biberach im Königreiche Württemberg auf sein unterthänigstes Ansuchen ein ausschließliches Privilegium für die Verfertigung der von ihm erfundenen holzersparenden Defen auf die Dauer von vier Jahren huldreichst zu ertheilen, unter Vorbehalt der Rechte Dritter, welche die Priorität der Erfindung nachzuweisen vermögen oder letztere künftighin verbessern werden, und unter Festsetzung einer Strafe von Einhundert Reichthalern nebst Confiscation der nachgefertigten Defen auf den Fall der Verletzung dieses Privilegiums.

Dieses wird hiermit zur öffentlichen Avenant gebracht.

Karlsruhe, den 12. September 1843.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Buisson.

Die Prüfung der Examenscandidaten betreffend.

Am 26. October l. J., Morgens 8 Uhr beginnend, wird die Examenscandidaten-Prüfung vorgenommen werden.

Diejenigen Candidaten, welche sich dieser Prüfung unterziehen wollen, haben vor dem 15. October bei dem Oberstudienrath um die Zulassung einzukommen, und ihrem Gesuche ein lateinisch abgefaßtes Iurriculum vitae und ihre Studien- und Sittenzugnisse anzuschließen.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber bekannt gemacht.

Ein Ungenannter schenkte der evangelischen Gemeinde Neuenheim 100 fl.

Magdalena Ernst von Heidelberg vermachte dem katholischen Almosen daselbst 100 fl. und gleiche Summe dem evangelischen Almosen.

Andreas Blauf Eheleute von Eberstadt vermachten in den evangelischen Almosenfond 50 fl.

Die Dienstmagd Magdalena Muralt vermachte in den Armenfond zu Mannheim 12 fl. 30 fr.

Ein Ungenannter zu Neudenu schenkte dem Kirchenalmosen 100 fl.

Herr Graf von Langenstein schenkte in den katholischen Pfarrhausfond in Neckarau 150 fl.

Geheimer Hofrath Zeyher in Schwegingen schenkte dem evangelischen Almosen allda ein Capital von 2000 fl.

Wittwe Delheim zu Rosenberg stiftete zu einer silbernen Brodplatte in die evangelische Kirche 12 fl.

Wittwe C. S., geb. S. allda zur Herstellung der Kanzel 20 fl.

Wittwe C. S., geb. A. zur Herstellung des Altars 5 fl. 24 fr.

Magdalena König zu gleichem Zwecke 10 fl.

Wittwe M. R. C. zur Herstellung des Pfarrstuhls 6 fl.

Jungfrau R. S. zur Anschaffung eines Kanzeltuches 10 fl.

Matthes Baumann Eheleute einen Altar-Tauffstein und ein Kanzeltuch im Werthe von 30 fl. 48 fr.

Ein Ungenannter daselbst in den evangelischen Heiligen 7 fl.

F. H. Eheleute zwei große und zwei kleine Altarleuchter im Werthe von 16 fl.

M. S. Eheleute zwei Altarleuchter im Werthe von 12 fl.

Ein Ungenannter vermachte dem evangelischen Almosen in Rappennau 100 fl.

Elisabetha Kunzert, von Speckbach vermachte dem evangelischen Almosen 20 fl. und der Schule 10 fl.

Mehrere Einwohner zu Wollenberg stifteten in die evangelische Kirche einen Chorrock im Werthe von 15 fl.

Professor Pozzi Erben zu Mannheim schenken der katholischen Kirche in Käferthal eine Statue: die Religion vorstellend, und ein Ungenannter ein Oelgemälde derselben Kirche.

Der pensionirte Justizhausverwalter Kleser in Mannheim schenkte der unteren Pfarrkirche zur Errichtung eines Tauffteins 56 fl.

Franz Schäfer von Großrinderfeld stiftete in die dasige Kirche zur Anschaffung von Paramenten 25 fl.

Ein Wohlthäter schenkte zur Gründung eines Waisenhauses in Weinheim 100 fl.

Die Frau Alt-Gräfin Auguste zu Salm Reiferscheidt in Gerlachsheim hat laut Stiftungsurkunde dd. Gerlachsheim den 8. August 1843 ein Capital von 1,200 fl. mit der Bestimmung gestiftet, daß die jährlichen Zinsen zur Unterstützung der Ortsarmen verwendet werden.

Zur Errichtung einer eigenen Pfarrei zu Beuren Amts Heiligenberg sind folgende Stiftungen gemacht worden:

von den Sebastian Willieberschen Eheleuten zu Frisingen 1000 fl.,
 von der Katharina Seig in Salem 150 fl.,
 von der Katharina Hofmann zu Beuren 100 fl.,
 von der Crescenz Brunner von da 100 fl.
 von der Wittwe M. Ida Krieger von Rissenbach 100 fl.,
 von mehreren Bürgern zu Beuren 70 fl.,
 von dem Bürger und Landwirth Melchior Brunner von Beuren 50 fl.,
 von dem Bürger und Landwirth Mathias Mader allda 30 fl.,
 von der Wittwe Katharina Hasen 200 fl. und ditto Schenkung 10 fl.

Die Freifrau von Laßberg zu Worblingen schenkte der dortigen Kirche 4 Lichtstöcke und 3 Canontafeln im Werthe von 76 fl.

Seine Durchlaucht der Fürst von Fürstenberg haben im Jahr 1840 in die Pfarrkirche zu Beuren, Amts Heiligenberg, einen Hochaltar gestiftet,

die ledigen Personen des Orts Beuren der dortigen Pfarrkirche eine neue Fahne im Werthe von 56 fl., ferner

mehrere Personen von da derselben Kirche verschiedene Utensilien im Werthe von 90 fl. geschenkt.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Bürgermeister und Untererheber Fluhrer zu Oberndorf, Bezirksamts Krautheim, in Anerkennung seiner langjährigen Dienste die silberne Civil-Verdienst-Medaille, und

dem Grenzcontrolleur Ignaz Bögle zu Ebgenen, als Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistungen sowohl früher beim Militär als in seinem gegenwärtigen Wirkungskreise, die kleinere goldene Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den Hofgerichtsath Ludwig von Jagemann in Freiburg zum Ministerialrath bei dem Justizministerium zu ernennen;

dem provisorisch zum Expeditor bei dem katholischen Oberkirchenrath ernannten Johann Baptist Reimer diese Stelle definitiv zu verleihen;

den Revisor Müller in Mannheim in gleicher Eigenschaft zur Kreisregierung nach Rastatt, und dafür

den Revisor Sartorius zu Rastatt zur Kreisregierung nach Mannheim zu versetzen;

die bei der Regierung des Seekreises erledigte Revisions-Stelle dem Buchhalter Ludwig Roman zu Sinsheim, unter Ernennung desselben zum Revisionsgehilfen mit Staatsdienereigenschaft, zu übertragen;

den Professor Dr. Theodor Bischoff an der Universität Heidelberg, seinem unterthänigsten Ansuchen gemäß, aus dem diesseitigen Staatsdienste Behufs der Annahme eines Rufes an die Universität Gießen, zu entlassen;

dem praktischen Arzt, Wund- und Hebarzt Gustav Schmidt in Appenweiler das Amtschirurgat Blumenfeld,

das erledigte Amtschirurgat zu Gengenbach dem praktischen Arzte, Wund- und Hebarzte Rudolph Riss zu Kirchen zu übertragen;

den Physikus Dr. Luz in Borberg in den Pensionsstand zu versetzen;

ebenso in den Pensionsstand zu versetzen den Stadtamtschirurgen **Wocher** zu Freiburg, wegen hohen Alters und anhaltender Kränklichkeit;

die erledigte evangelische Pfarrei **Waldwimmersbach** dem bisherigen Pfarrer zu Leibenstadt, **Martin Werner**,

die katholische Pfarrei **St. Paul** in Bruchsal dem Stadtpfarrer **Joseph Fischer** in Durlach, und

die erledigte katholische Pfarrei **Kürzell**, Oberamts **Lahr**, dem Pfarrverweser **Franz Anton Schmid** in Ulm, Amts **Oberkirch**, zu verleihen, und

der von Seiner Durchlaucht dem Herrn Fürsten von Leiningen erfolgten Ernennung des Forstpraktikanten **Ignaz Seyfried**, zum Bezirksförster für den fürstlich leiningenschen Forstbezirk **Obrißheim**, die höchstlandesherrliche Bestätigung zu ertheilen.

Die Ingenieur-Candidaten:

Leopold Binder von Karlsruhe,
August Kopp von Karlsruhe,
Ludwig Scholl von Karlsruhe,
Eduard Helbing von Albrück,
Johann Hasselwander von Hausach und
Robert Feil von Gernsbach,

sind nach ordnungsmäßig erstandener Prüfung unter die Zahl der Ingenieur-Praktikanten aufgenommen worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Durch die Pensionirung des Physikus **Dr. Luz** ist das Physik at **Borberg**, zu welchem der fürstlichen Ständesherrschaft **Leiningen** das Präsentationsrecht zusteht, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen 4 Wochen bei der fürstlich leiningenschen Ständesherrschaft zu melden.
2. Durch die erfolgte Pensionirung des Stadtamtschirurgen **Wocher** zu Freiburg ist die mit einem Medico-Chirurgen wieder zu besetzende Stelle eines Amtschirurgen bei dem Stadtamt **Freiburg** in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben ihre Anmeldungen binnen 4 Wochen bei der Sanitätscommission einzureichen.
3. Bei dem Hauptzollamte **Konstanz** ist die Stelle des Hauptzollamtsverwalters in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb 4 Wochen bei der Zolldirection zu melden.
4. Im Großherzoglichen Armeecorps ist eine Chirurgenstelle erledigt. Diejenigen licenzirten Aerzte oder Wundärzte, welche sich um diese Stelle zu bewerben gedenken, haben sich unter Vorlage der Urkunden und Zeugnisse über ihre Befähigung binnen 4 Wochen bei dem Generalstabsarzt **Dr. Meier** zu melden.
5. An dem Gymnasium in **Offenburg** ist eine Lehrstelle mit einem Volksschulcandidaten zu besetzen, welcher dabei im geometrischen und im freien Handzeichnen Unterricht zu ertheilen im Stande seyn muß. Außer solchen Kandidaten werden aber auch andere Bewerber zugelassen, welche nebst dem Zeichenunterricht, in den übrigen gewöhnlichen Lehrgegenständen der untern Classen, außer der lateinischen und französischen Sprache, den Unterricht zu übernehmen im Stande sind. Der jährliche Gehalt wird je nach den Ansprüchen, welche der anzustellende Lehrer zu machen hat, auf 400 bis 600 Gulden bestimmt werden. Die Competenten haben sich innerhalb vier Wochen an den Oberstudienrath zu wenden.
6. Die katholische Stadtpfarrei in **Durlach** mit einem beiläufigen Einkommen von 680 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, jährlich 25 fl., und einen Baucanon von jährlich 7 fl. in den katholischen Pfarrhausbau fond zu leisten, ist in Erledigung gekommen.

Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich bei dem katholischen Ober-Kirchenrath innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

7. Durch die Beförderung des Pfarrers Theodor Heel auf die Pfarrei Hünner ist die katholische Pfarrei Birndorf mit einem jährlichen Ertrag von circa 1,100 fl. bis 1,200 fl. in Geld, Naturalien und Güternutzung in Erledigung gekommen.

Die Bewerber um diese Pfründe, auf welcher, außer der Verbindlichkeit, nöthigenfalls einen Vikar zu halten:

- a. eine vom 24. Juni d. J. zu 5 pCt. verzinsliche und in 7 Jahren an die Gemeinden Birndorf und Schadenbirndorf zu bezahlende Kriegsschuld von 169 fl. 18 kr.,
 - b. eine auf gleiche Weise verzinsliche und in den nämlichen Terminen heimzuzahlende Kriegsschuld von 119 fl. 48 kr. an die Gemeinden Birkingen, Rachelbach und Boland, sowie
 - c. eine vom 24. Juni 1834 verzinsliche und gleichfalls in 7 Jahresterminen an die Gemeinden Buch, Heide, Epwiel, Hochwiel und Strinbach zu zahlende Kriegsschuld von 59 fl. 59 kr.,
- haften, haben sich nach der Verordnung im Regierungsblatt Nr. 38 vom Jahr 1810, Artikel 4, sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariat als dem katholischen Oberkirchenrath binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
8. Durch das am 27. April d. J. erfolgte Ableben des Dekans und Pfarrers Johann Gregor Bucher ist die katholische Pfarrei Pülsringen, Amts Walldürn, mit einem beiläufigen Einkommen von 1250 fl. und mit der Verpflichtung, an jedem sechsten Sonntage, wo in der Filialkirche zu Brehmen der Hauptgottesdienst zu halten ist, in Pülsringen zugleich eine Frühmesse mit Ablefung der deutschen Epistel und des Evangeliums zu halten, erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrei haben sich bei der Fürstlich Leiningen'schen Standesherrschaft, als Patron, innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
9. Die erledigte mit dem landesherrlichen Decanate, der Bezirksschulvisitatur und der Inspection der höhern Bürgerschule verbundene katholische Pfarrei Einsheim, wozu das Filial Dühren gehört, mit einem beiläufigen Ertrage von 800 fl. in Geld, Naturalien u. wird mit dem Bemerkten zur Wiederbesetzung ausgeschrieben, daß sich die Competenten bei der Fürstlich Leiningen'schen Standesherrschaft, als Patron, binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden haben.
10. Nachträglich zu dem im Staats- und Regierungsblatt Nr. XI. vom 9. April l. J., Seite 98 unter Ziffer 4 enthaltenen Ausschreiben der erledigten katholischen Pfarrei Illmensee, Amts Heiligenberg, wird bemerkt, daß wegen der bereits auf dieser Pfarrei lastenden Zehntablösungskosten von 200 fl., so wie wegen der allenfalls noch weiter sich ergebenden gleichen Kosten seiner Zeit ein angemessenes Provisorium bestimmt werden wird.
11. Durch die Beförderung des Pfarrers Wachs auf die Pfarrei Hügelsheim ist die evangelische Pfarrei Detsingen, Decanats Hornberg, mit einem Kompetenzanschlag von 719 fl. 46 kr. in Erledigung gekommen. Hierbei wird noch bemerkt, daß man beabsichtigt, das seit einigen Jahren in Beziehung auf die Filialien Oberbaldingen und Biesingen bestehende Dienstverhältniß vermitteltst Haltung eines Vicars mit einem besondern Gehalt von 300 fl. auch ferner fortbestehen zu lassen, wofern von den beiden Gemeinden Oberbaldingen und Biesingen, so wie auch aus dem unirten Kirchenfond der Pfarrei Detsingen und der beiden genannten Filiale u., die Beiträge auch ferner wie bisher entrichtet werden.

Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich nun binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Decanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.

Gestorben ist:

Ministerialrath Lamey am 4. September l. J.

Anlage H. zum Regierungstat Nr. XXII

Summarische Uebersicht

über den Zustand der Wittwencasse für die Hauptstellen der Civilcass-Verwaltung vom 1. Januar 1842 bis dahin 1843.

Soll.		I. Stand der Rechnung.	Haben.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
Einnahme.						
—	—	. . . I. Rückstands-Rechnung	—	—	—	—
—	—	. II. Etats-Rechnung früherer Jahre .	—	—	—	—
III. Etats-Rechnung vom laufenden Jahr.						
21,823	43	Beiträge der Mitglieder	21,823	43	—	—
210	29	Capitalzinsfe	210	29	—	—
22,034	12 Summe III.	22,034	12	—	—
IV. Rechnung der uneigentlichen Ein-						
nahmen.						
21,472	1	Capitalanlagen bei der Amortisationscasse (Rückzahlung)	—	—	21,472	1
43,506	13 Summe der Einnahme	22,034	12	21,472	1
Ausgabe.						
—	— I. Rückstands-Rechnung	—	—	—	—
—	—	. II. Etats-Rechnung früherer Jahre .	—	—	—	—
III. Etats-Rechnung vom laufenden Jahr.						
390	24	Subsistationen	390	24	—	—
95	10	Verwaltungskosten und Pächten	95	10	—	—
76	57	Ersatz	76	37	—	20
562	31 Summe III.	562	11	—	20
IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben.						
21,472	1	Capitalanlage bei der Amortisationscasse	21,472	1	—	—
22,034	32 Summe der Ausgaben	22,034	12	—	20
Abschluß.						
Einnahme		22,034 fl. 12 fr.				
Ausgabe		22,034 „ 12 „				
Rest		— fl. — fr.				

II. Vermögensberechnung.

Die verzinslichen Capitalanlagen der Anstalt betragen auf 1. Jänner 1843

(Sonstige Activreste sind nicht vorhanden, ebenso wenig ein baarer Kassenvorrath.)

Die Rechnung weist einen Passivrest nach von

nach dessen Abzug sich der wirkliche Vermögensstand auf 1. Jänner 1843 ergibt mit

fl.	fr.	fl.	fr.
21472	1		
—	20		
		21471	41

III. Sustentationsliste.

	Jahres- betrag.		Ratum für 1842.	
	fl.	fr.	fl.	fr.
1. Fies, Steuerfergeanten-Wittwe	51	12	39	24
2. Raubacher, Untererhebers-Relikten	51	12	34	8
3. Wehrle, Stallbedienten-Relikten	38	24	22	24
4. Möhrle, Zollverwalters-Wittwe	76	48	51	12
5. Rees, Steueraufsehers-Wittwe	38	24	19	12
6. Marx, Amtsbieners-Wittwe	38	24	19	12
7. Schreiber, Steueraufsehers-Relikten	38	24	19	12
8. Maas, Conducteurs-Relikten	51	12	29	52
9. Baumann, Gefangenwärters-Wittwe	38	24	19	12
10. Senf, Amtsbieners-Relikten	38	24	25	36
11. Hittschelich, Polizeidieners-Relikten	38	24	28	48
12. Leuser, Brückengelberhebers-Relikten	64	—	16	—
13. Bilharg, Zollverwalters-Wittwe	76	48	19	12
14. Letour, Wagenmeisters-Wittwe	38	24	6	24
15. Fürst, Hafenwärters-Relikten	38	24	9	36
16. Konrad, Amtsbieners-Relikten	38	24	3	12
17. Ballbach, Grenzaufsehers-Relikten	38	24	3	12
18. Mürrling, Untersteueramtsgehilfen-Wittwe	51	12	25	36
Zusammen	844	48	390	24

IV. Stand der Mitglieder.

Die Anstalt zählte am 1 Jänner 1842 2000 Mitglieder.

Zugegangen sind im Laufe des Jahres 235

Abgegangen 184

bleibt wirklicher Zugang 51 "

Stand auf 1. Januar 1843 2051 "

Karlsruhe, den 18. August 1843.

Verwaltungsrath der Wittwenkasse der Angestellten der Civilstaatsverwaltung:

Siegler.

Vdt. Rebel.

Uebersicht des Bußandes der Gebäude-Brandversicherungs-Anstalt im Großherzogthum Baden.

vom 1. Januar 1842 bis 1. Januar 1843.

Soll.		Einnahme.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
I. Statsrechnung von früheren Jahren:						
14,166	14	1) Kassenrest bei der Hauptkasse	14,166	14	—	—
156	9	2) Beitragrückstände bei Partikularverrechnungen	156	9	—	—
2,254	9	3) Ersag	666	36	1,537	33
5	12	4) Uneigentliche Einnahme von und für Privatpersonen	—	—	5	12
II. Statsrechnung vom laufenden Jahr:						
1) Beiträge für's Jahr 1841 von 8 Kreuzern Umlage auf 100 Gulden Brandversicherungsanschlag der Gebäude:						
Ertrag		von	Aufschlag.			
62,388	fl. 25 fr.	im Neckreis	46,336	250	fl.	
75,574	fl. 47 fr.	im Oberrheinreis	56,680	200	fl.	
93,455	fl. 57 fr.	im Mittelhheinreis	70,087	800	fl.	
72,015	fl. 31 fr.	im Unterrheinreis	54,006	100	fl.	
303,434	40	zusammen auf 10. Januar 1841	227,110	350	fl.	
		vom vorigen Jahr	222,078	450	fl.	
		Vermehrung	5,031	900	fl.	
78,500	—	2) aufgenommene Kapitalien (Passiva)	78,500	—	—	—
148,746	7	3) ausgeliehene Kapitalien (Activa)	25,000	—	123,746	7
		nämlich bis zur Verwendung verzinslich untergebrachter Geldvorrath				
1,931	16	Zinse hiervon	1,931	16	—	—
733	20	4) Ersag	733	20	—	—
55	—	5) Hauszins für ½ Jahr und hälftig an 220 fl. per Jahr	55	—	—	—
15	30	6) Geldstrafen	8	—	7	30
III. Uneigentliche Einnahmen:						
1,069	17	von und für Privatpersonen	1,069	17	—	—
551,066	54	Summe	423,547	52	127,519	2

Soll.		Ausgabe.		Hat.		Rest.	
fl.	fr.			fl.	fr.	fl.	fr.
I. Stadtrechnung von früheren Jahren:							
—	—	1) Bevor		—	—	—	—
666	36	2) Abgang an Einnahmestellen		666	36	—	—
		3) Brandentschädigungen:					
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.					
		99,406 16 im Seckreis	60,329 28 39,076 48				
		34,049 35 im Oberrheinkreis	16,911 58 17,137 37				
		10,885 33 im Mittelrheinkreis	6,921 18 3,964 15				
		14,293 27 im Unterrheinkreis	11,646 50 2,646 37				
158,634	51	zusammen		95,809	34	62,825	17
5	12	4) Uneigentliche Ausgaben		—	—	5	12
II. Stadtrechnung vom laufenden Jahr:							
		1) Brandentschädigungen:					
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.					
		204,003 18 im Seckreis	50,831 23 153,171 55				
		68,966 27 im Oberrheinkreis	42,798 41 26,167 46				
		66,099 16 im Mittelrheinkreis	44,694 25 21,404 51				
		32,290 46 Unterrheinkreis	20,844 36 11,446 10				
371,359	47	zusammen		159,169	5	212,190	42
Die bedeutendsten Brandschäden sind vorgekommen:							
Im Seckreis:							
zu Markdorf, im Bezirksamt Meersburg; zu Mengen, Fischbach, Wilingen, Unterkirnach, Burgberg und Dauchingen, im Bezirksamt Wilingen; zu Böfingen, Kaltbuch und Bierthaler, im Bezirksamt Neustadt; zu Lausheim, Bollmatingen, Bonndorf, Saubach, Gwatingen und Dillendorf, im Bezirksamt Bonndorf; zu Hüfingen, Pfobren und Sumpfbren, im Bezirksamt Hüfingen; auf Madachhof, aufm Waldbhof und zu Ursaul, im Bezirksamt Stühlingen; zu Mauenheim, im Bezirksamt Möhringen; zu Leysferdingen, im Bezirksamt Blumenfeld; zu Bollmatingen, im Bezirksamt Konstanz und zu Möstkirch.							
Im Oberrheinkreis:							
zu Kadelburg, Lutlingen und Stadenhausen, im Bezirksamt Waldbhut; zu Kippenheim und Schweighausen, im Bezirksamt Eutenheim; zu Ragenmoos und Buchholz, im Bezirksamt Waldbkirch; zu Sädlingen, Hütten und Rhina, im Bezirksamt Sädlingen; zu Präg, im Bezirksamt Schöndau; zu Schillinghof und Tegernau, im Bezirksamt Schopfheim; zu Gutach, im Bezirksamt Hornberg; zu Emmendingen und Serau, im Oberamt Emmendingen; zu Steinmetzstadt und Schliengen, im Bezirksamt Mühlheim; zu Schönwald, im Bezirksamt Tryberg; zu Dettighofen, im Bezirksamt Jestetten und zu Renzingen.							
Im Mittelrheinkreis:							
zu Frauenalb, im Bezirksamt Gillingen; zu Halbmeil und Oberwolfach, im Bezirksamt Wolfach; zu Nordrach und Reichenbach, im Bezirksamt Eppingen; zu Gernsbach und Weisenbach, im Bezirksamt Gernsbach; zu Varnhalt, im Bezirksamt Bühl und zu Muggensturm, im Oberamt Raßatt.							
530,666	26	Uebertrag		255,645	15	275,021	11

Die im Rest nachgeführten Brand-Entschädigungen betreffend:

Georg Happle Witwe allda . . .	300	—
für die Kirche zu Pföhren . . .	435	42
Franz Jos. Widmann zu Fürstenberg	500	—
Georg Widmann allda . . .	500	—
Joseph Wilhelm . . .	400	—
Florenz Albigier . . .	1000	—
Isak Gottsackerd . . .	300	—
Johann Händle . . .	333	20
Erhard Marcku . . .	300	—
Matthias Gult . . .	900	—
Philipp Vader . . .	466	40
Leonhard Rohrer . . .	266	40
Kaver Martin . . .	300	—
Florenz Eden . . .	466	40
Sebastian Maier . . .	400	—
Anton Hör . . .	283	20
Erhard Troll . . .	500	—
Isak Weil . . .	400	—
Gregor Auer . . .	416	40
Blas. Hübnerwadel . . .	466	40
Georg Feinberger . . .	333	20
Ignaz Roschard . . .	383	20
Nicholas Gager Ww. . .	366	40
Ignaz Zahn . . .	400	—

Bonnendorf

Willibald Federle, nun Anna Happle allda . . .	1800	—
Fridolin Gottlob allda . . .	50	—
Willibald Federle . . .	25	—
Johanna Sulzer zu Hüfingen . . .	1250	—
Georg Mäuzer . . .	200	—
Joseph Jäggle . . .	900	—
Ferdinand Konrad . . .	237	30
Johann Michael Baier zu Hausen vor Wald . . .	750	—
Christian Grieshaber zu Pföhren . . .	1200	—
Joseph Frischel allda . . .	41	40
Johann Schöndienst allda . . .	25	—
Joseph Heine zu Mundelfingen . . .	200	—
für die Viehhütte zu Bonnendorf . . .	400	—
Martin Häfsele zu Hüezen . . .	600	—
Anton Staub allda . . .	1000	—
Konrad Gautert zu Uehlingen . . .	150	—
Johann Kaiser zu Wollmadingen . . .	1000	—
Joseph Maier zu Dillendorf . . .	1150	—
Benedikt Böhringer allda . . .	50	—
Martin Bäche zu Gwalingen . . .	1200	—
Morig Gleichauf allda . . .	850	—
Philipp Kaiser . . .	30	—

e) für das Schulhaus [8000,-]
 d) für den Hohlhorizonturm . . . [450,-]

Jacob Meinel
 Mathä Gramsch Sattler : : [1350,-]

See- kreis.	Neers- burg	Konrad Frank Seidler zu Markdorf	1300
		Joseph Frei Schuster	1030
		Bernhard Staffele, nun Josepha von Sonnenthal allda	5500
		Mathias Wielandt allda	1200
		Rathschreiber Waisel "	1400
		Wendelin König "	1600
		für das Mehnerhaus "	4
		für das Nachpredigerhaus allda	6
		für das Stiftungshaus allda	4
		Johann Altweller Schmidt allda	500
		Mathä Schädle Schuster "	50
		Peter Holzer Zimmermann "	100
		Jacob Höggele "	687 3
		Uhrmacher Schlei "	12 3
	Engen Blumenfeld	Gemeinde Emmingen	100
		Jacob Frank zu Leisferdingen	275
		Bernhard Schwegler allda	250
		Johann Straub "	250
		Andreas Schwegler "	40
		Anton Bühler Wittwe "	30
		Ignaz Niedmüller "	30
		Martin Bühler Wagner "	50
		Jacob Goßlein zu Grünholz	100
		für die Kirche zu Görtwühl	1864
		Wendel Mutter zu Hartschwend	300
		Johann Maier zu Aispel	2200
		Jacob Heßig und Jacob Strittmatter zu Kadelburg	254
		für die sogenannte Gesellschaftskasse allda	300
		Nicolaus Eschbach und Joseph Frei zu Lüttingen	17
		Joseph Grenacher und Johann Esch- bach allda	21 3
		Thomas Dächle u. Mathä Bögle allda	19 4
		u. Anton Siebold allda	17 5
		u. Stadenhausen	700
		allda	200
		"	500
		"	16
		th Hierlinger zu	73 4
		Jacob Bercher zu Kadelburg	580
		Hidel Häßig allda	780
		Kaver Häßig "	970
		Jacob Häßig "	700
		Franz Jos. Ruf "	550 4
	Schopfshelm	Bozt Johann Greiner, nun Peter Goßlein zu Gersbach	1650
		Georg Gimbel zu Niedertegernau	300

		Derjenigen , welcher die Rest-Eutschädigung zu fordern hat.	Betrag des Restes.
			fl.
Ober- rhein- kreis.	Schopf- shelm	Rechtspraktikant Gräfe u. Schmidt	
		Färber zu Gundenhausen	30
	Schönaun	Hüttenverwaltung Hausen	16
		Johann Georg Heuberger zu Tegernau	35
		Georg Steinbrunner, Joh. Hartmann und Mathias Ruch zu Windbollen, Gemeinde Schöndberg	151
		Bartholomä Maier allda	151
		für das Schulhaus zu Präg	1800
		Joseph Ringele allda	500
		Mathias Strohmeier allda	900
		Johann Burs und Joseph Stro- meier allda	40
	Mühlheim	Mathias Strohmeier allda	800
		Köslwirth Billin Erben zu Mühlheim	600
		Döfenwirth Roth'sche Relicten zu Gimeldingen	578
		Wassenschmied Eberhard zu Nieder- weiler	100
	Staufen	Universitäts-Wirtschafts-Administra- tion Freiburg wegen des Brandes zu Steinenstadt	1138 45
		Gemeinde Münsterthal für die Ka- pelle auf dem Berg Belschen	200
	Landamt Freiburg	für die Kirche zu Norfingen	117 56
		Stallhalter Bässin Relicten zu Mengen	190
		Martin Schorp oder das Mörschische Kind zu Dpfingen	200
		Mathias Schlegel zu Unteribenthal	150
		Joseph Trischler allda	600
		Joseph Helmlé zu Werbstein	100
		Philipp Wecker zu Rohr	300
		Joseph und Christian Schweizer auf dem Horne	800
	Säckingen	Mathä Föhrenbach zu Walbau	300
		Dominik Pfaff zu Buchenbach	238
		Hammereschmied Maier zu Murg	115
		Joseph Höslin zu Rickenbach	600
		Anton Mutter zu Gersbach	339
		Georg Scheuble zu Ottorf	600
		Sebastian Eggle und Franz Maier zu Herrischried	600
		Andreas Thoma zu Hütten	450
		Michel Thoma allda	450
		Michel Maier allda	400
		Anton Ebner allda	200
		Fridolin Mehger Kinder allda	50
		Ludwig Wagner allda	700
		Ignaz Reimann zu Herrischried	300
	St. Blasien	Ambros Maier zu Rhina	846 52
		Joseph Trischler zu Todmoos	100

freis.

Johann Georg Schemm im Künigshaus 500

Christoph Weier von Lappenberg 100

Unter- rhein- kreis.	Worms	Julius Wolff zu Lichtenstein . . .	10
	Heim	Ursula Schäfer zu Ichenheim . . .	50
	Rahr	Johann Busch zu Durmersheim . . .	21
	Kastell	Tobias Baumstark zu Ruggensturm . . .	80
		Georg Döringer allda . . .	32
	Oberkirch	Gregor Krumholz zu Renchen . . .	400
		Johann Hofer zu Wahlholz, Ge- meinde Bierbach . . .	500
		Joseph Huber zu Lachenberg . . .	650
	Oppingen	Heinr. u. Jac. Gebhard zu Berrungen . . .	30
		Martin Steiner allda . . .	881
		Georg Stahl allda . . .	250
		Melchior Ehrhard allda . . .	200
		Johann Engelhard . . .	2363
		Adolph Hahn . . .	212
		Georg Hartmann . . .	30
		Johann Müller . . .	15
		Karoline Ziegler . . .	5
	Achern	Honorat Ruffhammer zu Ottenhöfen . . .	500
	Baden- burg	Melchior Blas zu Heddesheim . . .	1
		Lazarus Kuhn zu Ibersheim . . .	20
		Adam Kinnert zu Heddesheim . . .	214
		Christian Münz allda . . .	402
		Lukas Fels . . .	275
		Michel Wanner . . .	4
		Peter Schumann . . .	1159
		für die Wachtstätte zu Schriesheim an Ludwig Römer . . .	200
	Heidelberg	Fuhrmann Panzer zu Heidelberg . . .	6
		Michel Hertel zu Handschuhsheim . . .	50
		Georg Lorenz allda . . .	300
		Ludwig Reuß zu Ziegelhausen . . .	219
		Derfelbe . . .	130
		Joseph Breitling Wittwe zu Heilig- kreuzsteinach . . .	50
		Anton Hasch allda . . .	675
		Sebastian Hertel allda . . .	2
		Jacob Kilian der ältere und Michel Schumann Wittwe zu Schönau . . .	550
		Jacob Kilian der ältere allda . . .	100
		Lorenz Hölzer allda . . .	7
		Franz Gaubel . . .	300
		Georg Wolf . . .	7
		Peter Ebert . . .	200
		Johann Koch . . .	15
		Adam Gerbert . . .	15
		Wilhelm Kern . . .	2
		Georg Sauter zu Altnendorf . . .	566

Unter- rhein- kreis.	Worms	Leonhard Reinhard allda . . .	3
	berg	Andreas Engelhof zu Großschloßheim . . .	50
	Mosbach	Heinr. Schifferdecker zu Unterschellenz . . .	2
		Andreas Grust allda . . .	424
		Adam Mes zu Mosbach . . .	2
		Vinzens Holzschu u. Bernh. Haack allda . . .	4
		Georg Schilling zu Trienz . . .	290
		fürs Schlachthaus die Gemeinde allda . . .	350
	Gerlachsheim	für das Pfarrhaus zu Königshofen . . .	9
	Buchen	Franz Anton Link zu Stürzenhard . . .	6230
	Adelsheim	Joseph Reiz zu Rosenberg . . .	1640
		Heinrich Pfeiffer zu Adelsheim . . .	150
		Jacob Bauschbach allda . . .	175
		Joseph Marie allda . . .	9251
		Ernst Herold und Jac. Gräf allda . . .	4640
	Borberg	die kathol. Gemeinde zu Uffingen . . .	375
		Hirschwirth Berner allda . . .	1500
	Schwegingen	für die sogenannte Steinhauerhütte zu Schwegingen . . .	530
		Samuel Schmidt zu Hockenheim . . .	1230
		Friedrich Wandler Kaiserwirth zu Schwegingen . . .	10
	Krauthelm	Fürstliche Landesherrschaft wegen Beschädigung am Schloß . . .	25
		Martin Ehrenfechter zu Thalfrant- heim . . .	100
		Georg Anton Herlin allda . . .	100
		Dominik Stauch . . .	3320
		Heinrich Herrmann . . .	20
		Joseph Kaspar Henninger zu Ober- wilstadt . . .	14
	Neckargemünd	Jacob Finz. r zu Dilsberg . . .	2213
		Georg Münch zu Waldwimmersbach . . .	750
	Neudenau	Anton Anglmann Wittwe zu Neckar- fagenbach . . .	6640
	Weinheim	Adam Siegfried zu Hemsbach . . .	4
		Valtes Schmitterer Wittwe zu Lan- denbach . . .	845
		Valentin Leonhard und Jos. Hilpert zu Enzlbach . . .	1100
		Ignaz Adolph allda . . .	35
	Mannheim	Valentin Fichter . . .	27
		Johann Bernhard Klein allda . . .	20
		Christian Frei allda . . .	945
		Wilhelm Neugäß allda . . .	1432
	Biesloch	Franz Eys zu Altwiesloch . . .	56640
		Mois Schmidt zu Eschelbach . . .	620

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 6. Oktober 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

In Erwägung, daß die über die Prüfung der Rechts-Candidaten bestehenden Vorschriften zum Theil ihrem Zweck nicht vollständig entsprechen, zum Theil nur auf schriftlichen, und darum nicht allgemein bekannten, Anordnungen beruhen;

in der Absicht, diesen Mängeln durch allgemeine, umfassende Vorschriften abzuheffen, haben Wir auf den Vortrag Unseres Justizministeriums beschloffen und verordnen, wie folgt:

§. 1.

Das Justizministerium ist mit der Prüfung der Rechts-Candidaten beauftragt, und hat solche jährlich im Frühjahr und Spätjahr vorzunehmen.

§. 2.

Wer zu dieser Prüfung zugelassen werden will, muß während sieben Semestern auf einer inländischen oder ausländischen Hochschule die Rechtswissenschaft studirt und namentlich Vorlesungen über folgende Fächer fleißig besucht haben:

1. Römisches Recht,
2. Geschichte des römischen Rechts,
3. französisches Civil- und badisches Landrecht,
4. deutsches Privatrecht,
5. Civil-Prozeß,
6. Criminal-Recht,
7. Criminal-Prozeß,
8. Staatsrecht,
9. deutsche Staats- und Rechtsgeschichte,
10. Lehenrecht,
11. Kirchenrecht,
12. Philosophie des Rechts (Naturrecht),
13. Prozeß-Praxis,
14. Referirkunst.

§. 3.

Erst nach zurückgelegtem siebenten Semester darf sich ein Candidat zur Prüfung melden. Das Justizministerium ist jedoch ermächtigt, aus erheblichen Gründen ein Semester nachzulassen.

§. 4.

Die Anmeldungen zur Frühjahrsprüfung müssen im October, und die zur Spätjahrsprüfung im April schriftlich bei dem Justizministerium eingebracht werden und folgende Beilagen enthalten:

1. das Maturitäts-Zeugniß,
2. Sitten- und Studien-Zeugnisse derjenigen Universitäten, welche der Candidat besucht hat, soweit solche nicht von der betreffenden Landes-Universität schon vorher eingesendet worden sind,
3. Nachweisungen über den Besuch dreier Vorlesungen aus dem Lehrkreise der philosophischen Facultät, nach Maßgabe des §. 19 Unserer Verordnung über die Gelehrten-Schulen vom 31. December 1836 (Regierungsblatt 1837 Nr. VIII.) und der Bekanntmachung Unseres Ministeriums des Innern vom 1. November 1839 (Regierungsblatt Nr. XXX.),
4. endlich, so weit nöthig, eine Nachweisung über das Staatsbürgerrecht des Candidaten.

§. 5.

Wer versäumt hat, sich in der vorgeschriebenen Zeit (§. 4) zur Prüfung zu melden, kann, insofern er unter Anführung und Bescheinigung erheblicher Hinderungsgründe im Laufe des nächstfolgenden Monats (November, beziehungsweise Mai) um Wiederherstellung bittet, nachträglich zugelassen werden.

Spätere Anmeldungen sollen unberücksichtigt bleiben.

§. 6.

Nach Ablauf der Anmeldefrist bestimmt das Justizministerium eine Rechtsfrage, welche jeder zur Prüfung zugelassene Candidat nach Grundsätzen des römischen und des badiſchen Rechts in deutscher, lateinischer oder französischer Sprache zu bearbeiten hat.

Ferner läßt dasselbe jedem Candidaten Acten über einen Civilproceß zur Ausarbeitung einer Proberelation zustellen.

Beide Arbeiten, zu welchen literarische Hülfsmittel benützt werden dürfen, sind für die Frühjahrsprüfung längstens bis zum 1. März, für die Spätjahrsprüfung längstens bis zum 1. September, insofern nicht ein anderer Termin besonders festgesetzt ist, dem Justizministerium vorzulegen.

§. 7.

Wer die beiden Probearbeiten nicht in der vorgeschriebenen Frist abliefern, kann an der nächsten Prüfung nicht mehr Theil nehmen, sich jedoch zu einer der folgenden wieder melden.

§. 8.

Ueber die eingekommenen Probearbeiten wird bei dem Justizministerium Vortrag erstattet, und wenn solche befriedigend gefunden werden, der Candidat zur weitem Prüfung zugelassen.

Sind dieselben nicht befriedigend, so wird dies dem Candidaten mit dem Anfügen bemerkt, daß man ihn zwar zur ferneren Prüfung zulassen wolle, seiner Erwägung jedoch anheimgebe, ob er nicht für rathsam halte, seine Meldung zurückzunehmen, um sich einer spätern Prüfung zu unterziehen.

Wenn die Arbeiten ganz ungenügend sind, oder sich ergibt, daß der Candidat solche aus Hülfsmitteln lediglich abschrieb, oder sie durch Dritte fertigen ließ, so wird seine Zurückweisung von der bevorstehenden Prüfung ausgesprochen.

§. 9.

Der Anfangstermin der Prüfung wird jeweils durch eine Zeitung der Residenz bekannt gemacht und überdies den Candidaten noch besonders eröffnet.

Dieselben haben sich mindestens einen Tag vor dem Beginn der Prüfung dahier einzufinden, auch zwanzig Gulden als Prüfungstaxe an die Registratur des Justizministeriums zu entrichten.

Wer verhindert ist, an der Prüfung Theil zu nehmen, hat dies mindestens acht Tage vor dem Beginn derselben dem Justizministerium schriftlich anzuzeigen.

§. 10.

Den erschienenen Candidaten werden gemeinschaftliche Fragen aus den in §. 2 No. 1 — 12 genannten Fächern zur schriftlichen Beantwortung aufgegeben, bei welcher sie sich keiner andern Hilfsmittel, als des Corpus juris civilis, bedienen dürfen.

§. 11.

Nach der schriftlichen Prüfung hat sich jeder Candidat einzeln einer mündlichen Prüfung vor dem versammelten Justizministerium zu unterziehen.

Zu dem Ende wird ihm eine Stelle aus dem Corpus juris civilis zur Erklärung und eine Anzahl Fragen aus dem römischen Recht, dem Land-Recht, Civil-Prozeß und Criminal-Recht zur Beantwortung vorgelegt.

§. 12.

Nach Beendigung beider Prüfungen setzt das Justizministerium auf den Grund collegialischer Berathung fest, welche Candidaten hinreichend bestanden sind.

Sie werden nach der Reihenfolge ihrer Befähigung mit einem der Prädicate: „vorzüglich —“ „gut —“ „hinlänglich bestanden,“ unter die Rechtspraktikanten aufgenommen, und erhalten darüber eine, von dem Präsidenten des Justizministeriums unterzeichnete Urkunde.

§. 13.

Die Candidaten, welche nicht hinreichend bestanden sind, werden auf ein Jahr zurückgewiesen.

Melden sie sich zu einer spätern Prüfung, so können sie von nochmaliger Fertigung der schriftlichen Vorarbeiten, oder einer derselben, entbunden werden, in sofern die früher von ihnen eingeliesserten befriedigend waren.

Gleiche Vergünstigung kann unter derselben Voraussetzung denjenigen zu Theil werden, welche vor Beendigung der Prüfung zurückgetreten sind (§§. 8, 9.).

§. 14.

Wer zum Drittenmale in der Prüfung nicht bestanden ist, wird zu einer weitem nicht mehr zugelassen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium den 28. September 1843.

Leopold.

Jolly.

Auf höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Leopold von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nachdem Unsere Verordnung vom 29. September v. J. (Regierungsblatt Seite 269) — durch welche Schweizerkäse, schweizerischer Obstmost (Eider) und schweizerischer Essig bei der Einfuhr längs der Grenze des Kantons Aargau der vollen tarifmäßigen Eingangsabgabe unterworfen worden sind — seit dem 1. v. M. gleichzeitig mit der Verordnung der Regierung des Kantons Aargau vom 14. October v. J. — durch welche die Einfuhr von badischem Wein, Bier, Essig und Mehl in den Kanton untersagt wurde — einstweilen außer Wirksamkeit gesetzt worden ist,

haben Wir auf die übereinstimmenden Anträge Unseres Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten und Unseres Finanzministeriums beschlossen und verordnen, wie folgt:

Einziger Artikel.

Unsere Verordnung vom 29. September v. J. ist aufgehoben, und es treten für Schweizerkäse, Obstwein und Essig auch bei der Einfuhr an der Aargauer Kantonsgrenze die ermäßigten Zollsätze der Verordnung vom 25. Januar 1838 wiederum in Anwendung.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 15. September 1843.

Leopold.

von Böckh.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

V e r o r d n u n g.

Die Abänderung des §. 57 der höchsten Verordnung vom 29. März 1832, die Zwangsversteigerungen betreffend.

In Erwägung, daß in Folge des §. 57 der höchsten Verordnung vom 29. März 1832, die Zwangsversteigerungen betreffend, der Schuldner sowohl als die im Pfandbuchsauszuge benannten Gläubiger von der Verlegung des Versteigerungstermins, oder vom Tage der zweiten Versteigerung zu ihrem Nachtheil häufig nicht unterrichtet sind, wird kraft höchster Entschliessung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 21. I. M. No. 1565 der gedachte §. 57 hiemit für aufgehoben erklärt, und an seiner Stelle verordnet:

der Schuldner, sowie die im Pfandbuchsauszuge benannten Gläubiger müssen, wenn sie dem ersten Versteigerungstermin nicht angewohnt, die am Schlusse desselben erfolgende Bekanntmachung daher nicht vernommen haben, auch von dem Termin der zweiten Versteigerung, und ebenso von jeder Verlegung des Versteigerungstermins, mag dieser der erste oder der zweite seyn, benachrichtigt werden.

Karlsruhe, den 23. September 1843.

Justizministerium.

Jolly.

Vdt. Ammann.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Carl Theodor Großsinn in Heidelberg hat um die Erlaubniß gebeten, seinem Familiennamen den seines Pflegvaters „Gössenberger“ beifügen zu dürfen.

Dies wird unter Bezug auf die höchste Verordnung vom 18. Januar 1838 (Reggbl. Nr. 5) mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß Diejenigen, welche gegen Ertheilung der gebetenen Erlaubniß Einsprache machen wollen, solche

innerhalb drei Monaten

bei dem unterzeichneten Ministerium auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte statt gegeben wird.

Karlsruhe, den 16. September 1843.

Justizministerium.

Jolly.

Vdt. Ammann.

In Gemäßheit höchster Entschliessung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 21. d. M. Nr. 1560 wird vom 1. October d. J. an mit der Posthalterei Ernstthal eine Brief- und Fahrpostexpedition verbunden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Karlsruhe, den 25. September 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Jhr. von Blittersdorff.

Vdt. von Berckheim.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehrenden Andenken der Geber hiermit bekannt gemacht.

Der Domkapitular Johann Aloys Seiz und dessen ledige Schwester Eva Regina Seiz von Würzburg haben der katholischen Schulstelle in Hollerbach 2 Morgen $5\frac{2}{10}$ Ruthen Ackerland und Baumfeld zu Eigenthum geschenkt.

Simon Morat zu Grafenhausen hat für den Armenfond daselbst 50 fl. und für den Schulfond ebenso 50 fl. gestiftet.

Bernhard Knoll und seine Frau Katharina, geborene Ley, zu Beuren, Amts Heiligenberg, haben in die dortige Kirche einen Kelch im Werthe von 132 fl. nebst 24 fl. zur Verzierung der Seitenaltäre gestiftet.

Die Magdalena Buchstar von Immenstaad hat dem dortigen Armenfond 200 fl. und Ursula Schwenninger von Bonndorf dem dortigen Schulfond ein Legat von 20 fl. vermacht.

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Kammerherrn August Freiherrn von Gemmingen die gnädigste Erlaubniß ertheilt, daß ihm von Seiner Durchlaucht dem regierenden Herzog von Braunschweig verliehene Commandeurkreuz erster Classe des Ordens Heinrich des Löwen anzunehmen und zu tragen.

Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem königlich bayerischen Generaladministrator der Posten, Karl Göb, das Commandeurkreuz, und

dem königlich bayerischen Oberpostsrath Freiherrn von Brück das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Assessor Zimmer und den Revisor Harter, beide bei der Direction der Posten und Eisenbahnen, den ersteren zum Rathe und den letzteren zum Assessor zu befördern;

die von dem Herrn Erzbischof Dr. Herrmann von Vikari zu Freiburg erfolgte Ernennung des Geistlichen Raths, Ehrendomkapitulars und Professors an der Hochschule in Freiburg, Dr. Franz Anton Staudenmaier zum Domkapitularen zu genehmigen;

die erledigte katholische Pfarrei Grüningen, Amts Willingen, dem Pfarrverweser Johann Baptist Mayer zu Limpach,

die katholische Pfarrei Dillendorf, Amts Bonndorf, dem Pfarrer Franz Karl Weltin zu Mühlingen,

die erledigte katholische Pfarrei Bombach, Amts Kenzingen, dem Pfarrer Ignaz Ritter zu Wyhlen, Amts Ebrach, zu verleihen;

die erledigte evangelische Pfarrei Kirnbach, Decanats Hornberg, dem bisherigen Pfarrverweser zu Waldbimmersbach Christian Deimling zu übertragen;

den Officialen Karl Hugeneß zu Donaueschingen aus dem Staatsdienste zu entlassen.

Die fürstlich fürstenbergische Präsentation des Hofkaplans Joseph Bodenmüller zu Heiligenberg auf die katholische Stadtpfarrei Engen hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Nach dem Antrag der evangelischen Kirchen- und Prüfungs-Commission sind folgende zur Frühjahrsprüfung 1843 sich gemeldet habende fünf Theologen:

Heinrich Schmittheuner von Großsachsen,

Franz Christian Alexander Hüffel von Friedberg im Großherzogthum Hessen,

Julius Ludwig Heing von Pforzheim,

Karl Benator von Rheinbischofsheim,

Christian Friedrich Höck von Carlsruhe,

unter die Pfarrcandidaten aufgenommen worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Das Physikate Borberg mit der normalmäßigen Besoldung von 500 fl. und 120 fl. Pferdfourrage-Aversum. Die Competenten um diese Stelle haben sich binnen 4 Wochen bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft zu melden.
2. Bei dem katholischen Oberkirchenrath ist die Stelle eines Revisors erledigt. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb 4 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath vorschriftsmäßig zu melden.
3. Durch die Beförderung des Kaplans Joseph Bodenmüller zu Heiligenberg auf die katholische Stadtpfarrei Engen ist die fürstlich fürstenbergische Hofkaplanei zu Heiligenberg mit einem beiläufigen Einkommen von 600 fl. in Geld und Naturalien erledigt worden. Die Dienstobliegenheiten des Hofkaplans sind: Besorgung des Gottesdienstes in der Schlosskapelle, Aushilfe in der Seelsorge im Ort Heiligenberg, jedoch nur in Nothfällen und auf Ersuchen des Pfarrers in Möhrenbach, Besuch der Ortschule und Unterrichtsertheilung in Sprachen auf besonderes Verlangen der Eltern und gegen ein angemessenes Honorar. Die Competenten haben sich bei der fürstlich fürstenbergischen Standesherrschaft als Patron innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
4. Nachdem man beschlossen hat, die evangelische Pfarrei Thennenbronn, Decanats Hornberg, wieder zu besetzen, so wird dieselbe mit einer Competenz von 621 fl. 4 kr. ausgeschrieben; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen vorschriftsmäßig bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
5. Die erledigte katholische Pfarrei Durmersheim, Oberamts Rastatt, wird mit einem beiläufigen Einkommen von 1800 fl., worauf jedoch die Verpflichtung zur Haltung eines Hülfspriesters sowie ein einjähriges Provisorium von 32 fl. 16 kr., ferner ein solches von 18 Jahren vom 19. August 1838 laufend mit jährlichen 278 fl. 36 kr. haftet, mit dem Bemerkten zur Wiederbesetzung ausgeschrieben, daß sich die Bewerber um dieselbe bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden haben.

Gestorben ist:

Am 10. September d. J. Hofgerichtsrath Baer in Freiburg.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 12. Oktober 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Ansicht des §. 3 des Conscriptionsgesetzes, wornach die ordentliche Conscription bestimmt ist, das Armee-Corps auf dem etatsmäßigen Friedensfuße zu erhalten;

unter Bezugnahme auf Unsere Verordnung vom 4. December 1833 — Regierungsblatt Nr. XLVII.; —

auf den Vortrag Unseres Kriegsministeriums und den Beivortrag Unseres Ministeriums des Innern, haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

§. 1.

Die für das Jahr 1844 zur Ergänzung des Armee-Corps erforderliche Rekrutenquote wird auf dreitausend einhundert fünfunddreißig Mann festgesetzt, wovon 2,950 Mann zur gleichbaldigen Eintheilung und 185 Mann zur Reserve bestimmt sind.

§. 2.

Diese Reserve, nach dem Maßstabe des §. 7 des Conscriptions-Gesetzes, auf alle Bezirke des Landes vertheilt, und aus den höchsten Loosnummern der übernommenen Pflichtigen bestehend, wird von dem Kriegsministerium nach Bedürfniß einberufen und soweit ihre Einberufung bestimmungsgemäß nicht nothwendig geworden ist, bei der Uebernahme der nächstfolgenden Rekrutenquote freigegeben. Die Freigegebenen treten dadurch in das Verhältniß der nicht übernommenen Pflichtigen ihrer Altersklasse zurück.

§. 3.

Die im §. 1 festgesetzte Ergänzungsquote ist von dem Ministerium des Innern auf die Bezirke gesetzmäßig zu vertheilen und die Vertheilung durch das Regierungsblatt bekannt zu machen. Das Kriegsministerium aber hat sich am Schlusse des Jahres über die Verwendung der ausgehobenen Mannschaft zu Unserem Staatsministerium auszuweisen.

§. 4.

Unsere Ministerien des Innern und des Kriegs, sind mit dem Vollzuge der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium den 6. October 1843.

Leopold.

von Frendorf. Schr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Den Abschluß einer Uebereinkunft mit dem Königreich Bayern wegen gegenseitiger
Gestattung der gerichtlichen Macheile betreffend.

Durch eine zwischen der Großherzoglich Badischen und der Königlich Bayerischen Regierung abgeschlossene und beiderseits höchsten Orts ratifizierte Uebereinkunft ist Nachstehendes festgesetzt worden:

Art. 1.

Nachdem die beiden contrahirenden Regierungen übereingekommen sind, das Recht der oben erwähnten Macheile über die Landesgränze hinaus gegenseitig zu gestatten, so sollen die mit der Handhabung der öffentlichen Sicherheit beauftragten Königlich Bayerischen Gerichts- und Polizeibehörden, so wie deren hiezu nach den Königlich Bayerischen Gesetzen befugten Organe, ermächtigt seyn, flüchtige Verbrecher und andere der öffentlichen Sicherheit gefährliche Personen über die Badische Landesgränze, ohne Beschränkung auf eine gewisse Strecke, zu verfolgen, und innerhalb derselben zu verhaften, jedoch mit der Verbindlichkeit, den Arretirten unverzüglich der nächsten Großherzoglichen Justiz- und Polizeibehörde abzuliefern, in deren Bezirk die Verhaftung erfolgt ist.

Letztere wird denselben, falls er kein Großherzoglich Badischer Unterthan ist, auf gestellte Requisition der betreffenden Königlich Bayerischen Behörde unverzüglich ausliefern, vorbehaltlich jedoch des Rechtes der Großherzoglich Badischen Justiz- oder Polizeibehörden den Verhafteten vorgängig wegen derjenigen Rechtsverletzungen selbst in Untersuchung zu nehmen und zu bestrafen, welche derselbe im Inlande, oder an dem Souveraine Badens, oder dem Badischen Staate, oder einem seiner Unterthanen begangen hat, wosern die betreffende inländische Behörde zu der Zeit, wo das Auslieferungsbegehren an sie gelangt, von der strafwürdigen Rechtsverletzung der bezeichneten Art schon förmliche Kenntniß erhalten hat.

Art. 2.

Im Falle hiebei eine Haussuchung auf Badischem Gebiete nothwendig wird, hat der verfolgende Königlich Bayerische Officiant sich zu dem Ende an den Ortsvorstand der betreffenden Gemeinde oder den Polizeibeamten zu wenden, und diesen zur Vornahme der Visitation in seiner Gegenwart aufzufordern.

Dieser hat den hierbei aufgefundenen Verfolgten in sichere Verwahrung bringen zu lassen, auch über eine solche Haussuchung sogleich ein Protokoll aufzunehmen und weder für dieses, noch für jene eine Belohnung zu empfangen. Eine Ausfertigung des Protokolles ist alsbald dem requirirenden Officianten einzuhändigen, eine zweite aber der betreffenden Großherzoglichen Behörde zu übersenden, bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von einem bis zu fünf Gulden für denjenigen Ortsvorstand oder Ortspolizeibeamten, welcher der Requisition nicht Genüge leistete.

Zugleich soll auch den zur Macheile Berechtigten die Ueberwachung des Hauses, worin sich der Geflüchtete befindet, bis zur Herbeikunft des Ortsvorstands und der Ortspolizeibeamten gestattet seyn.

Art. 3.

Es wird jedoch in obigen Fällen vorausgesetzt, daß der verfolgende Officiant zu seiner Legitimation mit einem schriftlichen Vorweise versehen sei, wenn ihn nicht schon seine Dienstkleidung kenntlich macht.

In Folge höchster Ermächtigung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 21. September d. J. Nr. 1559 wird diese Uebereinkunft andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht und werden die betreffenden Großherzoglichen Behörden angewiesen, in vorkommenden Fällen sich genau hiernach zu achten.
 Carlsruhe, den 29. September 1843.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
 Ihr. v. Mittersdorff.

Vdt. von Berckheim.

Die Verbrennung eingelöster Staatsschuldpapiere betreffend.

In Gegenwart der Commissarien des Großherzoglichen Staatsministeriums und der Großherzoglichen Oberrechnungskammer, so wie des Directors der Amortisationskasse sind am 22. v. M. die nachbemerkten, im Jahr 1842 eingelösten Staatsschuldpapiere urkundlich verbrannt worden:

1) Partialloose vom Goll und v. Haber'schen Anlehen von 1820 für	753,200 fl.
2) Partialloose vom v. Haber-, Goll- und v. Rothschild'schen Anlehen von 1840	239,235 „
3) Zinscoupons von den zurückbezahlten 4procentigen Rentenscheinen	40 „
4) 3½procentige Rentenscheine von 1834:	
44 Stück à 500 fl.	22,000 fl.
14 „ à 100 fl.	1,400 „
	<hr/>
	23,400 „
5) Zinscoupons derselben	124,726 „
	<hr/>
Zusammen	1,140,601 fl.

Dieses wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
 Carlsruhe, den 3. October 1843.

Ministerium der Finanzen.
 von Böckh.

Vdt. Molter.

Die Instruktion für Vormünder, über die ihnen in der vormundschaftlichen Verwaltung hauptsächlich obliegenden Pflichten betreffend.

Man sieht sich veranlaßt, den §. 5 der diesseitigen Instruktion vom 16. März 1838 (Rggöblt. Nr. XIII.) in folgender Weise dahin abzuändern:

„Zu jedem wichtigern Geschäft bedarf der Vormund obervormundschaftlicher Genehmigung, also namentlich um

- a) „Darlehen für den Pflegebefohlenen aufzunehmen, Liegenschaften desselben zu veräußern „oder zu verpfänden (L.R.G. 457), oder Liegenschaften für ihn zu erwerben;
- b) „Erbschaften“ u. s. w.

Dies wird zur Nachachtung hiermit bekannt gemacht.
 Carlsruhe, den 6. October 1843.

Justizministerium.
 Jolly.

Vdt. Ammann.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten, und werden zum ehrenden Andenken der Geber öffentlich bekannt gemacht. Es haben gestiftet:

der Altbürgermeister Johann Seger zu Ugenfeld und einige Wohlthäter, die nicht genannt seyn wollen, 146 fl. zur Gründung eines Armenfonds;

einige unbenannte Wohlthäter 50 fl. zur Gründung eines Armenfonds in Wambach, und

mehrere unbenannte Wohlthäter 50 fl. zu Gründung eines Armenfonds in der Gemeinde Thunau, Bezirksamts Schönau.

Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Königlich Bayerischen Hof- und Oberpostsrath Loehle, Cabinetssecretär Ihrer Majestät der Königin von Bayern, das Ritterkreuz des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Dienstschriften.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

den Hofgerichtsrath Feger der Function eines Stellvertreters des Staatsanwalts bei dem Hofgerichte des Oberheinkreises gnädigst zu entbinden, und den Hofgerichtsrath Rombride zum Staatsanwalt bei diesem Gerichtshof, den Hofgerichtsrath Lang aber zu dessen Stellvertreter zu ernennen,

dem provisorischen Buchhalter bei der Zuchthausverwaltung Mannheim, Andreas Arnold, diese Stelle definitiv zu übertragen.

Dem das Schriftverfassungsrecht hieselbst ausübenden Rechtspraktikanten Meier Heimerding ist kraft höchster Ermächtigung durch Beschluß des Großherzoglichen Justizministeriums vom 7. Oktober l. J. Nr. 5265 der Titel eines Advokaten verliehen worden.

Durch Beschluß des Großherzoglichen Justizministeriums vom 6. Oktober l. J. Nr. 5251 wurde dem Rechtspraktikanten Karl Schlaar von Freiburg das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten ertheilt und ihm gestattet, zur Ausübung desselben seinen Wohnsitz in Freiburg zu nehmen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Controlbureau der Direction der Posten und Eisenbahnen ist die Stelle eines Revisors mit einer Besoldung von 800 fl. bis 1,200 fl. zu besetzen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen 4 Wochen bei obgedachter Direction zu melden.
2. Man findet sich veranlaßt, zum Ausschreiben der evangelischen Pfarrei Ehnenbronn, Regsblt. Nr. XXIII., zu bemerken, daß unter dem Kompetenzauslage zu 621 fl. eine neue Aufbesserung von 166 fl. begriffen ist.

Gestorben ist:

den 5. September 1843 Oberlieutenant Julius von Göler von der Artillerie;

" 7. " " Generallieutenant und Divisionär von Stockhorn;

" 18. " " der pensionirte Hofgerichtsrath Widmann;

" 19. " " der pensionirte Regierungsregistrator Dlemer zu Rastatt.

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 27. Oktober 1843.

Statut

für die Heil- und Pflegeanstalt Illenau.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschliessung aus Großherzogl. Staats-Ministerium vom 14. October l. J. Nr. 1699 gnädigst geruht, nachstehendem Statut für die Heil- und Pflegeanstalt Illenau die höchste Genehmigung zu ertheilen.

I. Zweck und Mittel der Anstalt.

§. 1.

Die in der Nähe der Stadt Achern neu errichtete Staatsanstalt erhält den Namen:

„Großherzogliche Heil- und Pflegeanstalt Illenau.“

Ihr Zweck ist Heilung und Verpflegung heilbarer und unheilbarer Geisteskranken beiderlei Geschlechts.

§. 2.

Auf diesen Zweck ist theils die gesammte räumliche Einrichtung der Anstalt in ihren verschiedenen Abtheilungen und Bestandtheilen und die Anordnung und Verwendung der ihr angehörigen Gärten und Grundstücke, theils die ganze innere Ordnung und Verwaltung der Anstalt ausschließlich gerichtet, und fortwährend gerichtet zu erhalten. Insbesondere sind die hergestellten Gebäude, gemäß der Absicht, die bei Feststellung des Planes leitete, stets in der Art zu benützen, daß das Quartier der Männer von jenem der Frauen, und die Heilanstalt von der Verpflegungsanstalt vollkommen getrennt bleibt, und die achtzehn unter sich geschiedenen Unterabtheilungen zur Sonderung der Pfleglinge nach ihren Krankheits- und persönlichen Verhältnissen benützt werden.

§. 3.

Die Mittel zu ihrer Unterhaltung schöpft die Heil- und Pflegeanstalt

1. aus den etatsmäßigen Zuschüssen der Staatscasse;
2. aus den Kostenersatzbeträgen, welche für die aufgenommenen Kranken geleistet werden;
3. aus dem Ertrag der eigenen Wirthschaft, insbesondere aus dem Ertrag der Arbeiten und der der Anstalt zugewiesenen Grundstücke und Kapitalien.

Stiftungen, welche ein menschenfreundlicher Sinn der Anstalt zuwendet, werden nach dem Willen der Geber verwendet, oder wenn sie eine nähere Bestimmung deßfalls nicht treffen, als ein Vermögen der Anstalt zu Kapital angelegt, dessen Zinsen zu fortwährender Verbesserung ihrer Einrichtungen verwendet werden sollen.

II. Beaufsichtigung und Verwaltung der Anstalt.

§. 4.

Unter der Oberaufsicht des Ministeriums des Innern, — das sich bei Ausübung derselben in Betreff medicinisch-technischer und medicinisch-polizeilicher Fragen des Beiraths der Sanitäts-Commission bedient, — wird die Beaufsichtigung und höhere Verwaltung der Anstalt durch die Regierung des Mittelrheinkreises ausgeübt.

Die Competenz der Behörden richtet sich nach der landesherrlichen Verordnung vom 17. Februar 1831 (Regierungsblatt Nr. V.) und nach den in der Staatsverwaltung allgemein geltenden Competenz-Bestimmungen.

§. 5.

Die Direction der Heil- und Pflegeanstalt Illenan führt bei derselben angestellte erste ärztliche Beamte. Außer diesem Director werden zur Besorgung der verschiedenen Geschäfte in der Anstalt noch folgende Beamte und niedere Diener angestellt:

1. für die Krankenbehandlung und Leitung des Krankendienstes die nöthige Anzahl von Ärzten.

Der jeweilige zweite Arzt ist — wenn nicht ausdrücklich anders verfügt wird — der Stellvertreter des Directors.

2. zur Besorgung des Gottesdienstes und der seelsorglichen Verrichtungen bei den einzelnen Kranken, zu deren Behandlung in sittlich-religiöser, intellectueller und pädagogischer Beziehung, — so weit sie nach dem Ermessen des Arztes Statt finden darf, — ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher;

3. zur Besorgung der Wirthschaft, Rechnungs- und Cassenführung, ein Verwalter mit dem nöthigen Hülfspersonal;

4. zur nähern Beobachtung und Pflege der Kranken die nöthige Anzahl von Oberwärtern und Oberwärterinnen, Wärtern und Wärterinnen, sowie zur Besorgung des Hauswesens das erforderliche Personal von Diensthöten.

Jeder dieser Niederbediensteten erhält über seine dienstliche Stellung und seine Dienstobliegenheiten eine besondere Instruction, auf die er handgelüblich zu verpflichten ist.

§. 6.

Ueber die Leistungen des Instituts in ärztlicher Beziehung hat der Director, und über dessen Leistungen in wirthschaftlicher Beziehung der Director gemeinschaftlich mit dem Verwalter jährlich einen Rechenschaftsbericht zu erstatten, welchen die Kreisregierung mit den nöthigen Bemerkungen und Anträgen dem Ministerium vorlegt, das, bevor es darüber beschließt, die Sanitäts-Commission zur Begutachtung auffordert.

Jährlich muß wenigstens einmal durch einen Commissär des Ministeriums des Innern und ein Mitglied der Sanitäts-Commission eine Dienstvisitation in der Anstalt vorgenommen werden.

III. Grundsätze und Verfahren für die Aufnahme der Kranken.

§. 7.

Die Anstalt ist vorzugsweise für Inländer bestimmt. Ausländer können nur aufgenommen werden, so lange der vorhandene Raum für Inländer nicht erforderlich wird.

§. 8.

Bedingungen zur Aufnahme sind:

1. das Vorhandenseyn irgend einer im nächsten Paragraphen nicht ausdrücklich ausgenommenen Form von Seelenstörung und zwar:

- a. einer heilbaren, wenn die Aufnahme in die Heilanstalt, oder
- b. einer mit Gefährlichkeit oder Hülflosigkeit verbundenen unheilbaren, wenn die Aufnahme in die Pflegeanstalt erfolgen soll;

2. entweder die Zustimmung der nächsten Anverwandten des Kranken, bei Minderjährigen oder Entmündigten die Zustimmung des Vormundes, oder, wo diese fehlt, die durch die Bezirkspolizeibehörde zu liefernde Nachweisung, daß der Geistesranke sich oder Andern gefährlich oder gänzlich hülflos ist.

Unheilbare Kranke, die nicht gefährlich oder hülflos sind, können ausnahmsweise nur dann in die Pflegeanstalt aufgenommen werden, wenn und insolange in der Anstalt Raum vorhanden ist, und vollständiger Kostenersatz geleistet wird.

§. 9.

Ausdrücklich als nicht aufnahmefähig werden bezeichnet:

1. Idioten, Eretine, sogenannte Simpel und Tölpel, Blödsinnige des höchsten Grades, Menschen, denen mehrere Sinne fehlen, deren geistige und körperliche Entwicklung auf einer niedern Stufe geblieben ist;

2. Seelengestörte, die zugleich epileptisch sind, es sei denn, daß die Epilepsie erst aus der Seelenstörung hervorgegangen und diese die vormaltende Krankheit ist;

3. Seelengestörte, welche mit äußerlichen, in hohem Grade entstellenden und Abscheu erregenden oder ansteckenden Uebeln, als Krebs, allgemeiner Syphilis u. behaftet sind.

§. 10.

Zum Beleg des Aufnahmsgesuchs eines inländischen Kranken, der mit Zustimmung seiner Angehörigen aufgenommen werden soll, wird erfordert:

1. eine schriftlich vorgelegte oder protokollarisch aufgenommene Erklärung der nächsten Anverwandten, beziehungsweise des Vormunds des Kranken, daß sie dessen Aufnahme verlangen, welcher Erklärung zugleich beizufügen ist, entweder

- a. ob sie bereit sind, die normalmäßigen Unterhaltungskostenbeiträge aus des Kranken oder ihrem eigenen Vermögen zu bezahlen und zwar für welche Verpflegungsklasse, und wer diese Zahlungspflicht und überhaupt die Vertretung des Kranken in seinem Verhältniß zur Anstalt übernimmt, oder

- b. warum sie nicht zahlungspflichtig zu seyn glauben und wem ihrer Ansicht nach, zu Folge der bestehenden Gesetze, die Unterstützung und Fürsorge für den Kranken obliegt;

2. ein von dem Gemeinderath und Pfarramt — so weit es jede dieser Stellen betrifft — ausgestelltes Zeugniß über die Heimath, den bürgerlichen Stand, das bürgerliche Prädikat, das Religionsbekenntniß, das Alter, die Familien- und Vermögensverhältnisse des Aufzunehmenden. Pfarramt und Gemeinderath haben diesem Zeugniß beizufügen, ob nach ihrer Ansicht eine Geistesstörung vorliegt, und auf welche Thatfachen sich diese Ansicht gründet;

3. die Beurkundung und Beschreibung der Geistesstörung nach Anleitung des anliegenden Fragebogens durch einen lizenzierten Arzt, in dessen Behandlung der Kranke steht. — Falls dieser nicht zugleich der Amtsphysikus ist, so muß die fünfte Frage des Fragebogens von diesem ebenfalls beantwortet oder die gegebene Beantwortung als mit seiner Ansicht übereinstimmend bestätigt werden;

4. eintretenden Falls eine Beurkundung der oben unter 1 b Genannten, oder der nach Ansicht des Bezirksamts überhaupt gesetzlich Unterstützungspflichtigen, daß und in wie weit sie die Pflicht, den Kranken zu vertreten und für ihn zu bezahlen, anerkennen, oder warum nicht.

§. 11.

Soll ein inländischer Kranker ohne Zustimmung seiner nächsten Verwandten oder seines Vormunds im polizeilichen Wege aufgenommen werden, so wird als Beleg des Aufnahmsgesuchs erfordert:

1. ein amtliches Protokoll über die Vernehmung von Zeugen, welche Auskunft darüber geben können, daß der Kranke der öffentlichen Sicherheit gefährlich oder gänzlich hilflos ist und daß in anderer Weise nicht für ihn gesorgt wird;
2. das im vorigen Paragraphen unter Ziffer 2 erwähnte Zeugniß;
3. die im vorigen Paragraphen unter Ziffer 3 erwähnte Beurkundung und Beschreibung;
4. sofern der Kranke nicht minderjährig ist, eine Urkunde, welche seine Entmündigung nachweist und angibt, wer ihn zu vertreten hat. — Wird der Kranke in der Anstalt volljährig, so ist diese Urkunde sodann nachzubringen.

-Ein in diesem Wege Aufgenommener muß entlassen werden, wenn die Aufhebung seiner Entmündigung im geordneten Weg erwirkt wird.

§. 12.

Ausländer werden nur auf ein von der betreffenden ausländischen Bezirks- oder höhern Polizeiverwaltungsstelle beglaubigtes Ansuchen ihrer Verwandten aufgenommen, wenn sie mittelst Bürgschaft durch einen Inländer Sicherheit leisten, einmal für vollständigen Kostenersatz, und sodann dafür, daß die Verwandten den Kranken auf Verlangen der Anstalt zurücknehmen.

Im Uebrigen sind deren Aufnahmsgesuche mit Nachweisungen zu belegen, aus welchen dasjenige hervorgeht, was in Betreff der Aufnahmsgesuche der Inländer nach §. 10, Ziffer 2 und 3, dargethan werden muß.

Das Ministerium des Innern kann aus besondern Gründen einzelne Ausnahmen von Einhaltung der hiernach nöthigen Formalitäten gestatten.

§. 13.

Die Aufnahmsgesuche für Inländer werden bei dem betreffenden Bezirksamt eingereicht. Der Regel nach sollen sie mit den Belegen versehen seyn, welche nach dem §. 10 oder 11 vorgeschrieben sind. Fehlen übrigens diese Belege, oder sind sie nicht vollständig, so hat das Amt von Dienstwegen für die thunlichst schnelle Beibringung alles Erforderlichen zu sorgen und ist verpflichtet, alle Verhältnisse, namentlich auch in Betreff der Unterhaltungskosten, näher zu erörtern, die zu einem bestimmten Urtheil und Antrag nöthig sind.

Uebrigens ist es auch gestattet, daß die nach §. 10, Ziffer 3, vom Arzt zu liefernde Beschreibung der Geistesstörung unmittelbar an die Direction der Heil- und Pflegeanstalt eingesendet, und dem beim Amt einzureichenden Aufnahmsgesuch nur ein Auszug aus derselben, enthaltend die Beantwortung der fünften Frage, beigegeben wird.

§. 14.

Das Amt übersendet sofort das in besagter Weise begründete Aufnahmsgesuch mit allen Belegen der Direction der Anstalt und fügt in dem desfallsigen Schreiben seine Ansicht darüber bei:

a. ob nach den erörterten Verhältnissen und gelieferten Nachweisen der Kranke aufgenommen werden soll oder nicht, und ersternfalls ob in die Heil- oder die Pflegeanstalt;

b. ob nach den gepflogenen Verhandlungen ein Kostenersatz erhoben werden kann, von wem und in welchem Betrag, oder ob gemäß dem nachstehenden Paragraphen die Verhandlungen zu Feststellung eines Kostenersatzes noch vervollständigt werden müssen.

§. 15.

Durch die genauere Ermittlung der Vermögensverhältnisse des Kranken, oder die Bestimmung desjenigen, welchem die Pflicht zu einem Kostenersatz für denselben obliegt, soll die Einsendung des Aufnahmsgesuchs, so wie die Verfügung der Aufnahme selbst, nicht aufgehalten, vielmehr die Vervollständigung der Verhandlungen in dieser Beziehung nöthigenfalls später nach erfolgter Aufnahme bewirkt werden.

§. 16.

Die Direction prüft die nach §. 14 bei ihr eingekommenen Belege, erhebt nöthigenfalls alles Dasjenige nach, was zu einem bestimmten Urtheil über den vorliegenden Fall nöthig ist, und stellt hierauf, unter Anschluß der Acten, motivirten Antrag an diejenige Kreisregierung, aus deren Bezirk das Gesuch eingekommen ist, darüber:

1. ob der Kranke aufgenommen werden soll oder nicht, und ersternfalls ob in die Heil- oder Pflegeanstalt und in welche Verpflegungsklasse;

2. ob, wem und in welchem Betrag nach den gepflogenen Verhandlungen eine Ersatzleistung wegen der Unterhaltungskosten auferlegt werden kann, oder welche weitere Verhandlungen zur Feststellung eines solchen gepflogen werden sollen.

In ganz dringenden Fällen kann die Direction bei Aufnahmsgesuchen, zu welchen die Angehörigen ihre Zustimmung gegeben haben, gleichzeitig mit ihrer Berichterstattung die provisorische Aufnahme des Kranken anordnen; ihr Bericht muß aber die Motive zu einer solchen ausnahmsweisen Anordnung genau und ausführlich enthalten.

Hält die Direction die Aufnahme des Kranken in keiner Weise für dringend, so kann sie die weitere Vorlage des Aufnahmsgesuchs von der vollständigen Erörterung der Vermögensverhältnisse abhängig machen und darnach das Weitere veranlassen.

§. 17.

Die betreffende Kreisregierung beschließt über die Aufnahme des Kranken, die Verpflegungsklasse, in welche er einzureihen ist, und den zu leistenden Kostenersatzbetrag, und beauftragt die Direction der Anstalt, unter Rückgabe sämtlicher Acten, mit dem weitem Vollzug. Kann die Kreisregierung den Kostenersatz nicht alsbald festsetzen, so sorgt sie dafür, daß er, nöthigenfalls nach weiter zu pflegenden Verhandlungen, durch die competente Behörde festgestellt werde und zur Anweisung komme.

Auch benachrichtigt die Regierung des Saarkreises, des Oberrheinkreises und des Unterrheinkreises von jeder eine Aufnahme oder einen Kostenersatz anordnenden Verfügung die Regierung des Mittelrheinkreises, als die der Heil- und Pflegeanstalt unmittelbar vorgesetzte Verwaltungs- und Aufsichtsbehörde, und bringt ferner zur Berathung, ob etwa von Obervormundschafts wegen noch eine weitere Vorsoorge wegen des Kranken zu treffen ist.

§. 18.

Die in Betreff jeder einzelnen Aufnahme erwachsenen Acten, welche zu Folge des vorigen Paragraphen mit der Beschlußfassung der Kreisregierung der Direction wieder zukommen, hat Letztere, sobald sie bei ihr

entbehrt werden können, dem Ministerium des Innern vorzulegen. Das Ministerium wird sich durch Einsicht dieser Acten fortwährend in Ueberzeugung davon erhalten oder nöthigenfalls darauf hinwirken, daß sämtliche Kreisregierungen bei Behandlung der Aufnahmen nach gleichen Grundsätzen verfahren. Dasselbe hat das Recht, eine von der Kreisregierung erkannte Aufnahme jederzeit wieder aufzuheben.

Die Aufnahmeacten giebt das Ministerium stets so bald als thunlich der Direction der Anstalt zurück, in welcher sie reponirt werden.

§. 19.

Aufnahmsgesuche für Ausländer werden unmittelbar an die Direction der Heil- und Pflegeanstalt gebracht und von dieser dem Ministerium mit bestimmtem Antrag vorgelegt, welches sodann über die Aufnahme verfügt, in gleicher Weise wie bei Inländern die betreffende Kreisregierung.

§. 20.

Alle Behörden und Beamten, welche zu einer Aufnahme in die Heil- und Pflegeanstalt mitzuwirken haben, werden angewiesen:

1. die Angehörigen solcher unglücklichen Kranken, so viel es an ihnen ist, zu belehren, daß nach bewährten Erfahrungen ein methodisches Heilverfahren bei Geisteskrankheiten um so mehr Hoffnung eines günstigen Erfolgs gewährt, je zeitiger dasselbe nach dem Ausbruch der Krankheit eintritt und je früher der Kranke dem Einfluß seiner bisherigen Verhältnisse entzogen und einer Heilanstalt übergeben wird;

2. in Betracht dieser Erfahrungen, namentlich bei heilbaren Kranken, alle das Aufnahmsgesuch eines Kranken berührenden Geschäfte so viel als immer möglich zu beschleunigen;

3. bei Aufnahmen in die Pflegeanstalt, namentlich in dem Fall, wo ein voller Kostenersatz nicht geleistet werden will, sich genau zu verlässigen, ob die zu einer solchen Aufnahme erforderliche Gefährlichkeit oder Hülflosigkeit des Kranken nicht bloß vorgeschützt wird und die Localvorsorge wirklich unzureichend ist, damit die Anstalt ihrer vorzugsweisen Bestimmung durch keinen Mißbrauch entrückt wird;

4. Im Falle wo ein Geisteskranker sich oder Andern gefährlich ist, oder gänzlich verwahrlost wird, ohne daß er Angehörige hätte, oder daß diese seine Aufnahme nachsuchten, hierwegen dem betreffenden Bezirksamt die Anzeige zu machen, damit es erforderlichen Falls von Amtswegen einschreiten könne.

§. 21.

Gefährliche Geistesranke, mit möglichster Schonung, augenblicklich in der Weise zu versorgen, daß sie unschädlich gemacht werden, ist allgemeine Pflicht der Staatspolizeibehörde. Ist der Fall der Art, daß sie die alsbaldige Unterbringung des Kranken in die Heil- und Pflegeanstalt Allenau für nöthig oder angemessen hält, so kann dieselbe mit Zustimmung der Direction provisorisch Statt finden; die nach den vorstehenden Bestimmungen zu seiner wirklichen Aufnahme nöthigen Verhandlungen müssen aber gleichzeitig eingeleitet und muß der Fall der betreffenden Kreisregierung ungesäumt angezeigt werden.

§. 22.

Wird die nachgesuchte Aufnahme während der Behandlung des Aufnahmsgesuchs überflüssig, so hat der die Aufnahme Nachsuchende hievon sogleich dem Amt Anzeige zu erstatten, welches die übrigen betheiligten Behörden davon in Kenntniß setzt.

IV. Verbringung in die Heil- und Pflegeanstalt.**§. 23.**

Sogleich nach erfolgter Genehmigung der Aufnahme hat die Direction der Heil- und Pflegeanstalt, so fern die etatsmäßige Zahl der Pfleglinge dadurch nicht überschritten wird (§. 27), sowohl das Amt als das Physikat davon in Kenntniß zu setzen. Das Amt hat sodann durch den Bürgermeister des betreffenden Orts oder durch die Angehörigen des Kranken für dessen ungesäumte Verbringung in die Anstalt zu sorgen, das Physikat aber hat selbst, oder durch Vermittlung des Hausarztes, die für jeden einzelnen Fall nöthige Vorschrift über Transportmittel und Behandlung während der Reise zu ertheilen.

Die Reisekosten werden aus dem Vermögen des Kranken bestritten. Bei Unvermögliehen fällt die Verbringung in die Anstalt der Heimathsgemeinde zur Last, welche auch in zweifelhaften Fällen die desfalligen Kosten vorzuschießen hat.

§. 24.

Auf jeden Fall muß dem Kranken ein mit seinen Verhältnissen vertrauter zuverlässiger Begleiter, der den Anstaltsärzten Auskunft zu ertheilen vermag, auf die Reise beigegeben werden.

§. 25.

Kleidungsstücke werden nach dem Stande des Kranken mitgegeben. Das Wenigste, was derselbe mitzubringen hat, ist ein vollständiger und guter Anzug mit einfacher Kopf- und Fußbekleidung; dazu weiter zwei Hemden, zwei Paar Strümpfe und zwei Sacktücher. Diejenigen, welche die Aufnahme nachsuchen, haben dafür zu sorgen, daß das Vorgeschiedene vorhanden sei, wenn die Aufnahmeverfügung eintrifft.

Fehlt etwas, so wird es auf Kosten der Zahlungspflichtigen durch die Anstalt angeschafft.

§. 26.

Von dem Hausarzt oder der einliefernden Behörde wird dem Begleiter ein versiegeltes Schreiben an die Direction der Heil- und Pflegeanstalt mit dem Namen des Kranken und des Begleiters, mit Angabe des Tages ihrer Abreise, mit dem Datum und der Nummer der Aufnahmeverfügung und mit einem Verzeichniß der mitgegebenen Effecten zugestellt. Von der Direction wird über die erfolgte Einlieferung ein Protocoll aufgenommen und Bescheinigung sowohl dem Begleiter als dem Amt ertheilt.

§. 27.

Sollte durch den Vollzug einer genehmigten Aufnahme die budgetmäßige oder sonst etatsmäßig bestimmte Zahl der Pfleglinge überschritten werden, so ist die Aufnahme vorberksamst nicht zu vollziehen, sondern dem Ministerium des Innern durch die Regierung des Mittelrheinkreises davon Nachricht zu geben, welches sodann die desfalls nöthigen Anordnungen zu treffen hat.

V. Behandlung der Pfleglinge in der Anstalt.**§. 28.**

Die Kranken unterliegen, so lang sie in der Anstalt sind, in allen ihren Lebensverhältnissen den Anordnungen der Direction, und sind durch die dem gesammten Dienstpersonal ertheilten Instructionen und durch die von den Beamten der Anstalt und von den obern Staatsbehörden geführt werdende Aufsicht in Betreff einer zweckmäßigen Behandlung und der Geheimhaltung ihrer Krankheitszustände gesichert.

§. 29.

Die möglichst sorgfältige menschenfreundliche Behandlung der Kranken bildet die erste Pflicht aller Beamten und Offizianten der Anstalt. Die Anwendung von Beschränkung und Zwang soll

genau nach dem klar erkannten unumgänglichen Bedürfniß zum Zweck bemessen seyn, und mit der thunlichsten Schonung und Heilighaltung der Menschenwürde Statt finden. Jede körperliche oder geistige Mißhandlung ist strenge untersagt; dagegen gehört zu den wesentlichen Mitteln, durch welche die Anstalt heilsam auf die Verpflegten einzuwirken suchen wird, eine den gesammten Dienst, die häuslichen Einrichtungen und alle innern Bewegungen des Instituts beherrschende strenge Ordnung, sodann eine angemessene, den verschiedenen Zuständen und Verhältnissen der Verpflegten entsprechende Beschäftigung derselben, wozu in dem großen Haushalt, in den mannsfachen Werkstätten, in der eigenen Deconomie und auf dem zu Garten, Feld und Wald angelegten, hinreichend isolirten Gebiete der Anstalt reiche Gelegenheit vorhanden ist. Zu diesen Mitteln gehören ferner Aufmunterungsgeschenke aus dem dazu bestimmten Etatsfaze und, in passender Abwechslung mit der Arbeit, eine erheiternde Unterhaltung durch Unterricht, Lectüre, musikalische Uebungen, Spiele, Spaziergänge und dergleichen.

§. 30.

Die Kranken werden gemäß ihren von früher her gewöhnten Bedürfnissen in drei verschiedene Verpflegungsklassen eingereiht, die sich insbesondere in Betreff der Wohnung und Kost unterscheiden. Uebrigens haben die Kranken aller Verpflegungsklassen gleichen Antheil an den vorhandenen Mitteln zur Bewirkung ihrer Heilung und auf alle soll der Fleiß und die Aufmerksamkeit der Beamten und insbesondere der Aerzte in gleichem Maße gerichtet seyn.

Außer den oben genannten drei Verpflegungsklassen besteht in einem besondern zu diesem Zweck hergestellten Theil des Gebäudes eine eigene Abtheilung (Pensionsanstalt), in welcher vermögliche Inländer und Ausländer mit allen angemessenen und gewünscht werdenden Bedürfnissen höherer Stände versehen werden können.

§. 31.

Für die Verpflegung und Heilung der aufgenommenen Kranken werden Unterhaltungskostenbeiträge erhoben, und zwar mit bestimmten für jede einzelne der drei bestehenden Verpflegungsklassen von dem Ministerium des Innern von Zeit zu Zeit zu regulirenden Aversalsummen. Die festzustellenden Aversalsummen sollen sich dem wirklichen Aufwand, welcher, mit Ausnahme der Kosten für die höhere Administration, im Durchschnitt für einen Pflegling der betreffenden Klasse erwächst, nähern und jeweils öffentlich bekannt gemacht werden.

Für Pensionäre wird der wirkliche Aufwand, nebst angemessener Vergütung für die Administration und Verpflegung nach dem einzelnen Falle berechnet, es kann aber statt dessen zwischen den Angehörigen des Kranken und der Direction auch ein von der Kreisregierung zu genehmigendes Aversum ermittelt werden.

§. 32.

Ausländer können nur in die sogenannte Pensionsanstalt oder in die erste Verpflegungsklasse aufgenommen werden. Letztern Falls besteht das für sie zu bezahlende Verpflegungsgeld in der für diese Klasse festgesetzten Aversalsumme mit dem Zusatz eines Vierteltheils derselben.

§. 33.

Vermögliche Kranke haben die sie treffenden Aversalbeiträge vollständig zu bezahlen. Zur Berichtigung der Unterhaltungskostenbeiträge soll übrigens, während der Kranke in der Anstalt ist, nur das jährliche Einkommen, nicht aber das Kapitalvermögen desselben angegriffen werden. Jedoch werden die Ansprüche der Anstalt als eine auf der liegenden und fahrenden Habe des Kranken haftende Forderung behandelt. Erschöpft diese Forderung das Vermögen des Kranken, so kommt die Bestimmung des folgenden Paragraphen in Anwendung.

Verläßt der Kranke die Anstalt oder stirbt er darin, so hat das Ministerium des Innern im einzelnen Falle zu entscheiden, in wie weit die Anstalt ihre Forderung auf das Vermögen des Kranken geltend machen oder nachlassen soll.

§. 34.

Für unvermögli^{che} Kranke haben die Personen, milde Fonds und Corporationen ganz oder theilweise einzutreten, welche nach den bestehenden Grundsätzen der Armenversorgung für den armen Kranken zu sorgen haben.

Sie sollen aber nicht gerade mit dem ganzen Aversalbeitrag, sondern höchstens nur mit derjenigen Summe angezogen werden, welche sie nach ihren gewohnten Lebensverhältnissen auch außerhalb der Anstalt für den Kranken aufzuwenden hätten.

Ueberdies sollen unvermögli^{che} Kranke, die in der Heilanstalt Aufnahme erhalten, in den ersten sechs Monaten gänzlich aus der Anstaltskasse, ohne irgend einen Beitrag, erhalten werden, wenn das Aufnahmagesuch in den ersten sechs Monaten ihrer Krankheit eingereicht wird.

§. 35.

Die Anstalt gewährt für diese in den vorstehenden Paragraphen näher bezeichneten Unterhaltungskostenbeiträge allen Verpflegungsklassen vollständige freie Verpflegung mit den gewöhnlichen Erfrischungen, mit Wäsche, Wartung, Arzneien und ärztlicher Behandlung, Befriedigung der religiösen Bedürfnisse, Unterricht, zweckmäßige Beschäftigung, Theilnahme an Vergnügungen, endlich Wiederherstellung dessen, was der Kranke beschädigt hat.

Besonders aufgerechnet werden Kleider, außerordentliche Bedürfnisse, wie besonders zum Luxus gehörige Meubles, Spazierfahrten, ein eigener Diener u. Auch hiefür kann übrigens zwischen den Angehörigen und der Direction ein von der Kreisregierung zu genehmigendes Aversum ausgemittelt werden.

Bei vermöglichen Inländern der dritten Verpflegungsklasse, so wie bei armen Inländern, für welche aus Gemeindefassen oder milden Fonds Beiträge geleistet werden, findet keine besondere Aufrechnung für Kleider statt.

§. 36.

Die Verpflegungsklasse, in welche ein Kranker bei seiner Aufnahme eingereicht wird, kann jeder Zeit abgeändert werden. Bei vermöglichen Kranken wird man dabei die Wünsche der Angehörigen thunlichst berücksichtigen. Die Abänderung erfolgt auf den Antrag der Direction durch die Kreisregierung, welche die Aufnahme verfügt hat.

Ebenso kann die nämliche Kreisregierung auf den Antrag der Direction die Versetzung eines Kranken aus der Heil- in die Pflegeanstalt und umgekehrt anordnen.

§. 37.

Vorübergehende Abweichungen von einer Verpflegungsklasse, wie sie im Verlaufe der Krankheit auf ärztliche Anordnung eintreten, können von der Direction der Anstalt beschlossen werden und haben keinen Einfluß auf den zu leistenden Kostenersatzbetrag.

§. 38.

Für einen entlassenen Pflegling werden die Kosten nur bis zum Tage der versuchsweisen Entlassung berechnet, für einen Gestorbenen bis zum Todestag. Die Kosten für die standesgemäße Beerdigung werden aus der Anstaltskasse vorschussweise bestritten und gleich Verpflegungskosten wieder eingehoben.

§. 39.

Der Verkehr der Kranken mit ihren Angehörigen oder überhaupt mit Auswärtigen, und dieser mit jenen, durch Briefe, Geschenke, oder Besuche, unterliegt in jedem Falle der Billigung der Direction, mit der sich deßhalb zu benehmen ist.

§. 40.

Auf alle mündlichen und schriftlichen Anfragen über das Befinden der Kranken wird von der Direction bereitwillige Auskunft ertheilt, jedoch nur an Verwandte, Vormünder, Pfleger und vorgelegte Behörden, welche zu solchen Anfragen berechtigt sind. Ueberhaupt wird von jedem Pflegling, auch wenn nicht angefragt wird, den Angehörigen oder dem Pfleger einmal im Jahre Nachricht gegeben und jedes außerordentliche Ereigniß besonders mitgetheilt.

§. 41.

Der Eintritt von Fremden in die für die Verpflegten bestimmten Räume der Anstalt ist von der ausdrücklichen Erlaubniß des Directors abhängig. Diese darf nie zur bloßen Befriedigung der Neugier gegeben, wird aber solchen, welche ein höheres wissenschaftliches oder Berufs-Interesse herzuführen, nicht erschwert werden. Der Director ist dafür verantwortlich, daß bei dieser Zulassung von Fremden jeder störende oder nachtheilige Eindruck auf die Verpflegten aufs sorgfältigste vermieden werde.

VI. Abgang aus der Anstalt.

§. 42.

Die genesenen, gebesserten und auch die unschädlich gewordenen Kranken werden von der Direction der Anstalt versuchsweise entlassen. Der Director ist verantwortlich dafür, daß kein Pflegling länger als erforderlich in der Heil- und Pflegeanstalt zurückgehalten werde. Die Angehörigen und die Gemeinden dagegen sind verbunden, die von der Direction zwei bis drei Wochen zuvor zur Entlassung angemeldeten Kranken wieder aufzunehmen, oder ihre Bedenken dagegen jener Stelle mitzutheilen welche die Entscheidung der betreffenden Kreisregierung einholen wird.

§. 43.

Dem Amt und durch dieses den Localstellen, den Angehörigen oder dem Pfleger werden die nöthigen allgemeinen, dem Hausarzt oder dem Physikat aber die speciellen ärztlichen Vorschriften wegen der weitem Behandlung eines versuchsweise entlassenen Kranken durch die Direction mitgetheilt. Ihre genaue Befolgung wird allen diesen besonders empfohlen, da eine sorgsame Behandlung zur Erhaltung der oft mit vieler Mühe gewonnenen günstigen Resultate und zur Verhütung der nicht selten zur Unheilbarkeit führenden Rückfälle unerläßliches Erforderniß ist. Wo ein Verein zur Unterstützung entlassener Pfleglinge besteht, haben ihm die Bezirks- und Localstellen jeden möglichen Vorschub zu leisten.

§. 44.

Die Verwandten, Pfleger oder Polizeibehörden, welche die Einlieferung der Person in die Heil- und Pflegeanstalt veranlaßt haben, sind verpflichtet, die Direction dieser Anstalt von dem Befinden und Benehmen des Entlassenen erstmals vier Wochen nach seiner Ankunft zu Haus und sodann von drei

Monaten zu drei Monaten zu unterrichten. Diesen Nachrichten ist jedesmal ein Zeugniß des behandelnden Arztes oder Physikats und des Pfarramts über den Seelenzustand des Entlassenen anzufügen.

Die Direction spricht nach vier eingegangenen Berichten, also nach zehn Monaten, entweder die definitive Entlassung aus, mit Berufungsvorbehalt an die betreffende Kreisregierung, oder trägt auf Verlängerung der versuchsweisen Entlassung an, während deren Dauer sodann, in den zwischen der Direction und dem Physikat zu verabredenden Zwischenräumen, weitere Berichte über das Befinden des Kranken zu erstatten sind.

§. 45.

Während der Dauer der versuchsweisen Entlassung kann die Direction, insofern der Zustand des Kranken es erforderlich macht, diesen mit Genehmigung der betreffenden Kreisregierung (§. 16) jederzeit wieder einberufen.

§. 46.

Den Angehörigen eines Kranken, welche dessen Aufnahme in die Heil- und Pflegeanstalt veranlaßt haben, steht es frei, denselben wieder zurück zu fordern. Gegen ihren Willen kann der Kranke in der Anstalt nur dann zurück gehalten werden, wenn auf erstatteten Bericht der Direction mit Erlaubniß der betreffenden Kreisregierung diejenigen Verhandlungen eingeleitet werden, welche nach §. 11 zur Aufnahme eines Kranken auf polizeilichem Wege nöthig sind und er in Folge dieser auf polizeilichem Wege wirklich aufgenommen wird.

§. 47.

Wird ein Pflegling aus der Anstalt entlassen, so hat die Direction zu ermessen, ob ihm gestattet werden kann, allein zu reisen, oder ob ihm ein vertrauter Mann zur Begleitung mitzugeben ist. Er erhält zugleich ein versiegeltes Schreiben an seine Angehörigen oder den Ortsvorstand mit Angabe seiner Effecten und dem Reisegeld. Die Ankunft der Pfleglinge in ihrer Heimath und der ihnen mitgegebenen Effecten muß der Direction von dem Ortsvorstand oder den Angehörigen bescheinigt werden.

§. 48.

Stirbt ein Pflegling in der Anstalt, so wird die Beerdigung von der Direction nach dem Stande des Gestorbenen angeordnet; Tag und Stunde derselben wird den Angehörigen, welchen beizuwohnen gestattet ist, mitgetheilt.

§. 49.

Jeder versuchsweise oder definitiv erfolgende Abgang von Pfleglingen, so wie jede Wiederaufnahme eines versuchsweise Entlassenen, wird von der Direction sowohl der Kreisregierung, aus deren Bezirk der Kranke ist, als auch der Regierung des Mittelrheintreffes angezeigt.

§. 50.

Bei den Visitationen der Anstalt, die nach §. 6 dieser Statuten Statt zu finden haben, ist insbesondere auch die Frage zu untersuchen, ob kein Pflegling in der Anstalt zurückbehalten wird, der füglich entlassen werden könnte.

Carlsruhe, den 18. October 1843.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Stemmler.

Beilage.

Von dem Arzte zu berücksichtigende und zu erörternde Verhältnisse über den in die Heil- und Pflegeanstalt Illenau aufzunehmenden Kranken.

1. Vor- und Zunamen des Kranken, dessen Alter, Religion, Geburts- und Wohnort (Amt, Kreis).

2. Namen, Stand und Religion der Eltern und Geschwister, Charakter, Gesundheitsverhältnisse, etwaige Krankheiten und Todesart derselben, Anlage zu ähnlichen Krankheiten bis zu den Großeltern. Geist, der in der Familie herrscht, wichtigere Ereignisse in derselben.

3. Geschichte des Körper- und Seelenlebens des Kranken vor der Seelenstörung.

a. Zufälle während der Schwangerschaft der Mutter des Kranken und seiner Geburt, dessen Kinder-Entwicklungs- und spätere (auch heimliche) Krankheiten.

Erscheinungen beim Eintritt der Pubertät, bei seelengestörten Müttern während Schwangerschaft und Wochenbett &c.

b. Anlagen und Richtung des Geistes und Gemüths, Temperament, Erziehung, Stand, Lieblingsbeschäftigung, Umgang, Moralität und Religiosität. Gerichtliche Untersuchungen, denen der Kranke etwa schon ausgesetzt war. Lebensweise, Maaß im Essen, Trinken, der natürlichen oder unnatürlichen Geschlechtsverrichtungen, ökonomische und eheliche Verhältnisse, ob Kinder? wie viele und welcher Art?

c. Zusammenstellung der Momente, welche nach dem Urtheil des referirenden Beobachters die ursächlichen sind, prädisponirende (erbliche Anlage) oder excitirende, sodann physische: Leiden einzelner Eingeweide, Beschädigungen durch Stoß oder Fall, Congestionen, unterdrückte oder zu reichliche Ausleerungen, Hämorrhoiden, Ausschläge, Fußschweisse, Geschwüre &c.; oder moralische: Kummer über Unglücksfälle, fehlgeschlagene Projecte, Schwärmerei, wichtige Veränderungen im Leben des Kranken, Ausschweifungen &c.

4. Geschichte der Krankheit und ihrer Behandlung, der Vorläufer, der allmählichen Entwicklung mit genauer Angabe der Zeit des ersten Ausbruchs, des weiteren Verlaufs in Beziehung auf Leib und Seele, des Typus der Krankheit, der Paroxysmen, der freien Zwischenzeiten und ihrer Dauer. Angabe der Verhältnisse beim Wachen, Schlafen, Träumen, bei den Sinnes- und Geschlechtsverrichtungen (der Menstruation), dem Blutumlauf, dem Herz- und Arteriensschlag, Athmen, der Temperatur und Farbe des Körpers und seiner einzelnen Theile, dem Hunger und Durste, der Verdauung und Ernährung, den verschiedenen Se- und Excretionen, der Reinlichkeit, Complication mit Lähmung (partieller) mit Epilepsie oder andern körperlichen Leiden und Schäden, specielle Form der Seelenstörung, Zustand der geistigen Vermögen, beim Blödsinn, Grad desselben, Sinnesstörungen (Stimmenhören, Funkensehen, Gerüche &c.), fixe Ideen und die mit denselben bestehenden übrigen Alienationen des Gemüths. Exaltation oder Depression, Neigung zum Selbstmord, zu Gewaltthätigkeiten, zum Entweichen. Benehmen des Kranken überhaupt, Veränderungen im Gang, Geberden, Sprache, Lebensweise, Betragen gegen Angehörige und Fremde. Verschiedene Entwicklungsperioden der Krankheit und gegenwärtiger Zustand derselben. Vorgenommene Kurmethode, somatische und psychische und deren Erfolg. Angabe der Localität, in welcher der Kranke bisher verwahrt wurde, der angewandten Zwangsmittel und der Behandlung, die er zu Hause und von seiner Umgebung erfahren. Ansicht des seitherigen Arztes in prognostischer und therapeutischer Hinsicht.

5. Gutachten über die Aufnahmequalifikation mit Entwicklung der Gründe:

- a. warum ein wirklich vorhandenes und nicht etwa angeschuldigtes oder simulirtes Irreseyn anzunehmen ist;
- b. warum der Kranke für heilbar oder unheilbar erklärt werden muß;
- c. warum für den Heilbaren die Aufnahme in die Heilanstalt und
- d. warum für den Unheilbaren die Aufnahme in die Pflegeanstalt nachgesucht wird, ob wegen gänzlicher Hülflosigkeit, Verlegung des öffentlichen Anstandes, Gefährlichkeit gegen sich und Andere, wegen der Unmöglichkeit, diesen Uebelständen in der Heimath des Kranken zu begegnen? Diese Umstände müssen, soweit möglich, durch Thatfachen nachgewiesen werden, wobei anzugeben ist, ob sie aus eigener Anschauung oder vom Hörensagen entnommen sind.

Anmerk. 1. Bei Beantwortung dieser Fragen sind sie nicht selbst zu wiederholen, sondern ist sich nur auf die betreffende Nummer (ad 1, 2 u.) zu beziehen.

Anmerk. 2. Die anerkannten Schwierigkeiten in der Erforschung und Behandlung von Seelengestörten werden für die Ärzte einer solchen Anstalt dadurch noch erhöht, daß ihnen diese Kranken sammt allen ihren Lebens- und Familienverhältnissen meist ganz fremd sind, daß man von ihnen selbst häufig statt Aufschluß nur Täuschungen erhält, während doch gerade hier eine genaue Kenntniß aller Umstände, durch welche die in der Regel ganz allmähliche Entwicklung des Irreseyns bedingt wird, von so großem Werthe ist. Aus den Beschwerden der Kranken über erlittene Kränkungen, Verfolgungen u. kann der Anstaltsarzt das Wahre oder Eingebildete nicht entnehmen, und alsdann auch nicht mit Sicherheit dagegen auftreten. Sachkundige Geistliche und Ärzte werden daher in den hier vorgelegten Fragen gewiß keine Weitsäufigkeit, sondern nur aus der Erfahrung hervorgegangene Andeutungen erkennen, sie werden, jeder in seiner Sphäre, wesentlichen, hier kaum berührten Erscheinungen, welche z. B. das Hautorgan, das Auge u. darbietet, dem Zusammenhang des physischen Leidens mit Krankheiten einzelner Organe oder Systeme, der Wirkung einzelner Leidenschaften und Affecte u. eine weitere Aufmerksamkeit widmen und durch ein, selbst die frühesten Zeiten des Kranken, sein Leibliches wie sein Geistiges umfassendes Examen, von den Angehörigen Alles zu erheben suchen, was für den Arzt der Anstalt von Werth seyn kann, wohin außerdem noch wörtliche Mittheilungen von Antworten des Kranken und sodann vorzüglich die eigenen Ansichten des seitherigen Beobachters zu rechnen sind.

V e r o r d n u n g.

Das Steuer- Ab- und Zuschreiben betreffend.

In der diesseitigen Verordnung vom 4. April 1842, Regierungsblatt Nr. XIV., durch welche der Anfang des jährlichen Ab- und Zuschreibens auf den 1. Mai verlegt ward, ist im §. 3 bei Ziff. II. vorgeschrieben, daß diejenigen Personen, welche vor dem 1. Mai eines Jahres ihr fünfundschzigstes Lebensjahr vollenden und vom Anfang des nächsten Etatsjahres von Versteuerung ihres persönlichen Verdienstkapitals befreit werden wollen, sich vor dem 1. Mai bei dem Pfarramt ihres Wohnortes anzumelden haben.

Man sieht sich veranlaßt, diese letztere Bestimmung in folgender Weise abzuändern: Personen, welche vor dem ersten Januar des zunächst auf das Ab- und Zuschreiben folgenden Kalenderjahres das fünfundschzigste Lebensjahr vollenden und nach §. 9, Satz 1, der Gewerbesteuerordnung vom Anfang des nächsten Etatsjahres an von der Versteuerung ihres persönlichen Verdienstkapitals befreit werden wollen, haben sich vor dem 1. Mai bei dem Pfarramt ihres Wohnortes und zwar, sofern sie nicht in dessen Bezirk geboren sind, unter Vorlage ihres Tauffcheines anzumelden.

Carlsruhe, den 29. September 1843.

Ministerium der Finanzen.
von M. S. h.

Vdt. Molter.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchsten Staatsministerialrescripts vom 14. I. M. Nr. 1689 gnädigst beschloffen:

1. daß zur Ausführung des Baues der Main-Neckar-Eisenbahn, soweit sie auf badisches Territorium fällt, ein besonderes Bauamt unter der Benennung „Eisenbahnbauamt Heidelberg“ errichtet werde;
 2. daß für die Rechnungs- und Kassenführung zwei Main-Neckar-Eisenbahnbaukassen, eine zu Heidelberg und eine zu Weinheim, aufgestellt, und mit den an diesen Orten befindlichen Staatsverrechnungen, nämlich dem Hauptsteueramt Heidelberg und der Obereinnehmeri Weinheim, als Nebenkassen verbunden werden sollen;
 3. daß dieses Bauamt und diese Baukassen zu den übrigen Staatsbehörden in gleichem Verhältnis stehen, wie die Wasser- und Straßenbauinspektionen und Baukassen der badischen Bahn.
- Nachdem hiernach die nöthigen Anordnungen getroffen wurden, wird dieses hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 21. Oktober 1843.

Ministerium des Innern.

Fhr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Die Staatsprüfung im Forstfache für 1843 betreffend.

Der Anfang der diesjährigen Staatsprüfung im Forstfache ist auf Montag den 4. Dezember l. J. festgesetzt, was mit dem Anfügen bekannt gemacht wird, daß die Candidaten, welche sich dieser Prüfung unterziehen wollen, sich spätestens 14 Tage vor dem Beginne derselben, unter Vorlage ihrer Zeugnisse über Vor- und Berufsbildung, sowie über ihre körperliche Tüchtigkeit zum Forstdienste, bei der Forstpolizeidirection anzumelden haben.

Carlsruhe, den 20. Oktober 1843.

Ministerium des Innern.

Fhr. von Müdt.

Vdt. Stemmler.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber hiermit bekannt gemacht:

Die von dem verstorbenen Geheimen Hofrath und Gartendirector Zeyher der Stadtgemeinde Schwellingen gemachte Schenkung von 17,492 fl. 35 kr. Behufs der Errichtung einer Kleinkinderbewahranstalt und einer Gewerbschule daselbst.

Einige Ungenannte haben zur Gründung eines Armenfonds in der Gemeinde Schönenberg 75 fl., die Joseph Anton Langenstein'sche Wittwe, Agatha, geborne Mohr in Immenstaad, hat als Beitrag zum künftigen neuen Orgelbau daselbst 100 fl. gestiftet.

Ferner haben gestiftet:

Maria Sutter von Schopfheim in den dortigen Spitalfond 100 fl.

Die verstorbene Wittve des Apothekers Johann Wilhelm Herb, Elisabeth Maier, von Endingen in den dortigen Spitalfond zur Verwendung der Zinse zur Bekleidung der ärmsten Schulkinder 1000 fl.

Der verstorbene Brücklewirth Johann Georg Fünfgeld von Buggingen in den Almosenfond daselbst 300 fl.

Maria BURGERT von Obermünsterthal in den dortigen Armenfond, mit der Verpflichtung zur Abhaltung einer jährlichen Gedächtnismesse, 200 fl.

Agatha Binkert von Blaswald in den Armenfond daselbst mit der nämlichen Verpflichtung 100 fl.

Maria Barbara Dswald von Marzell in den dortigen Almosenfond 25 fl.

Friedrich Duvernois von Randern in den dortigen allgemeinen Armenfond 25 fl.

Die verstorbene Ehefrau des Uhrenmachers J. J. Buz von Freiburg in das dortige Waisenhaus 400 fl.

Stadtpfarrer Wepfer, früher zu Waldshut und nun zu Inzlingen, in den Waldshuter Schulfond 100 fl.

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Geheimenrath und Professor Dr. Gehlius in Heidelberg die gnädigste Erlaubniß ertheilt, das ihm von Seiner Majestät dem König von Bayern verliehene Ritterkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael anzunehmen und zu tragen.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:
dem Generalmajor v. Pfnorr den Stern zum bereits innehabenden Commandeurekreuz mit Eichenlaub und
dem Oberstlieutenant v. Fabert, im Kriegsministerium, das Commandeurekreuz des Ordens vom Zähringer Löwen, sodann
dem Oberstlieutenant Frhrn. v. Reck, in der Artilleriebrigade,
dem Major Bayer, im 4. Infanterieregiment,
dem Major Holz, im Leibinfanterieregiment, und
dem Major Hilpert, im 2. Dragonerregiment, die Auszeichnung des Eichenlaubs zum bereits innehabenden Ritterkreuz dieses Ordens, endlich
dem Hauptmann Krafft, im 4. Infanterieregiment,
dem Rittmeister Wachs, im Gendarmenecorps,
dem Hauptmann Waizenegger, im 2. Infanterieregiment, und
dem Hauptmann Walz, im 1. Infanterieregiment, das Ritterkreuz desselben Ordens zu verleihen.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:
1. dem Brigadier erster Classe Friedrich Haug von der 3. Division,
2. dem Brigadier erster Classe Joseph Sartori von der 3. Division und
3. dem Brigadier zweiter Classe Baptist Deibach von der ersten Division,
in Anerkennung ihres Fleißes und Eifers bei Handhabung des öffentlichen Sicherheitsdienstes die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:
den Hofgerichtsrath von Bodmann in Mannheim, und den Hofgerichtsassessor Meiner in Constanz, diesen unter Beförderung zum Rath, zum Hofgericht des Oberrheinkreises zu versetzen, dagegen den Amtsassessor Selb in Emmendingen zum Assessor bei dem Hofgericht des Seckreises und den Amtmann Megger in Heidelberg zum Assessor bei dem Hofgericht des Unterrheinkreises zu ernennen;
den Vorstand der Wasser- und Straßenbauinspektion Heidelberg, Obergerieur Lorenz, zum Bauführer der Main-Neckar-Eisenbahn und Vorstand des Eisenbahnbauamts Heidelberg, und den Bauconducteur Stimm zum zweiten Beamten bei diesem Bauamte zu ernennen, und dieselben für die Dauer dieser Funktion von allen nicht auf den Bau der Main-Neckar-Eisenbahn bezüglichen Dienstobliegenheiten zu befreien.

die erledigte evangelische Pfarrei Oberöwisheim dem Vikarius Daniel Walz von Karlsruhe zu übertragen;
 die erledigte katholische Pfarrei Weingarten, Oberamts Durlach, dem Pfarrverweser Leo Lenz zu Roth, Amts Philippsburg, zu verleihen und
 den Bereiter Scholaren Koch als Bereiter anzustellen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Oberamte Heidelberg ist die dritte Beamtenstelle in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei der Regierung des Unterrheinkreises binnen 4 Wochen vorschriftsmäßig zu melden.
2. Bei dem Oberamte Emmendingen ist die Stelle eines Assessors in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei der Regierung des Oberrheinkreises binnen 4 Wochen vorschriftsmäßig zu melden.
3. Bei dem Polizeiamt dahier ist die Stelle eines Assessors in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich bei der Regierung des Mittelrheinkreises binnen 4 Wochen vorschriftsmäßig zu melden.
4. Durch den Uebertritt des Bezirksförsters Will zu Hardheim in den unmittelbaren Staatsdienst ist die dassige Fürstlich Leiningensche Bezirksforsterei in Erledigung gekommen. Diejenigen, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, haben ihre Gesuche mit den erforderlichen Zeugnissen innerhalb 4 Wochen bei der Fürstlich Leiningenschen Domänenkanzlei einzureichen.
5. Durch das am 23. Juni l. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Kopp ist die katholische Stadtpfarrei in Wiesloch mit einem beiläufigen Einkommen von 600 fl. in Erledigung gekommen. Die Competenten um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
6. Durch erfolgten Tod des Pfarrers Hüb ist die katholische Pfarrei Unzhurst, Amts Bühl, mit dem beiläufigen Einkommen von 2,500 fl. erledigt. Auf diesem Einkommen lasten nebst der Verbindlichkeit, einen Vikar zu erhalten,
 - a. ein Provisorium wegen Umsteinerung des Pfarrwittums vom Jahr 1841 bis 1850 laufend und jährlich 38 fl. fordernd;
 - b. ein Provisorium wegen Kirchenbaukosten, woran vom Jahr 1843 bis 1847 jährlich 77 fl. abzutragen sind;
 - c. ein weiteres, erst noch zu bestimmendes, die jährliche Abgabe von 50 fl. schwerlich überschreitendes, Provisorium wegen eines Baubeitrags zum Langhaus der neuen Pfarrkirche;
 - d. eine jährliche Abgabe von 100 fl. zur Tilgung der vorhandenen alten Baufondschuld von 959 fl. 8½ fr. und zur Bestreitung der Baukosten eines neuen Pfarrhauses. Nach Vollendung des neuen Pfarrhausbaues, und nach Bezahlung der beschaffigten Baukosten, so wie der gedachten Baufondschuld, wird die jährliche Abgabe von 600 fl. auf den bisherigen jährlichen Beitrag von 300 fl. zum Pfarrhausbaufond reducirt.

Die Competenten um diese Pfarrpründe haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath zu melden.

Gestorben ist:

am 29. August 1843 der Obereinnehmer Lhum in Emmendingen.
 „ 26. September „ „ Professor Leuckart an der Universität Freiburg,
 „ 3. October „ „ pensionirte Schöffner Hoffmeister in Heidelberg.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 2. November 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben beschlossen, Unsere getreuen Stände auf den 21. des künftigen Monats um uns zu versammeln.

Wir laden daher sämtliche Mitglieder der beiden Kammern ein, sich an gedachtem Tage dahier einzufinden, die gewählten Abgeordneten der ersten Kammer und die Abgeordneten der zweiten Kammer, welche im Staatsdienste stehen, nachdem sie vorerst den erforderlichen Urlaub bei der ihnen vorgesetzten Stelle nachgesucht und von Uns erhalten haben werden.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 30. October 1843.

Leopold.

Schr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Bekanntmachungen.

Die ordentliche Conscription für das Jahr 1844 betreffend.

Auf Vorlage der Auszüge aus den Ziehungslisten sämtlicher Conscriptions-Ämter, in Gemäßheit der Paragraphen 7 und 21 des Conscriptionsgesetzes und der höchsten Verordnung vom 6. October 1843, Regierungsblatt Nr. XXIV., wird nachstehende Uebersicht der Vertheilung der für das Jahr 1844 auszuhebenden Ergänzungsmannschaft auf die Conscriptionsbezirke des Landes hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 27. October 1843.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Buiffon.

Uebersicht

der Vertheilung der für das Jahr 1844 auszuhebenden Ergänzungs-Mannschaft.

Conscriptions- Bezirke.	Zahl der conscripti- onspflich- tigen Mann- schaft.	Hat zu stellen		Conscriptions- Bezirke.	Zahl der conscripti- onspflich- tigen Mann- schaft.	Hat zu stellen	
		in Bruchzahl.	in Hund- zahl.			in Bruchzahl.	in Hund- zahl.
Seefreis.				Oberheinfreis.			
Blumenfeld . . .	107	26 ⁵⁰⁶³ / ₁₂₇₀₇	26	Breisach . . .	221	54 ⁶⁶⁵⁷ / ₁₂₇₀₇	54
Bonnndorf . . .	133	32 ¹⁰⁶³¹ / ₁₂₇₀₇	33	Emmendingen . .	248	61 ²³⁵³ / ₁₂₇₀₇	61
Constanz . . .	111	27 ¹⁹⁸⁶ / ₁₂₇₀₇	27	Ettenheim . . .	217	53 ⁶⁸²⁴ / ₁₂₇₀₇	53
Engen . . .	76	18 ⁹⁵³⁴ / ₁₂₇₀₇	19	Freiburg Stadtamt	115	28 ⁴⁷²⁹ / ₁₂₇₀₇	28
Heiligenberg . .	71	17 ⁶⁵⁶⁶ / ₁₂₇₀₇	17	„ Landamt .	264	65 ¹⁶⁸⁵ / ₁₂₇₀₇	65
Hüfingen . . .	209	51 ⁷¹³⁵ / ₁₂₇₀₇	52	Hornberg . . .	128	31 ⁷³⁶³ / ₁₂₇₀₇	32
Meersburg . . .	62	15 ³⁷⁸⁵ / ₁₂₇₀₇	15	Jestetten . . .	85	20 ¹²³³⁵ / ₁₂₇₀₇	21
Möhringen . . .	61	15 ⁶³⁰ / ₁₂₇₀₇	15	Kenzingen . . .	259	63 ¹¹⁴²⁴ / ₁₂₇₀₇	64
Möskirch . . .	84	20 ⁹²⁰⁹ / ₁₂₇₀₇	21	Lörrach . . .	224	55 ³⁸⁵⁵ / ₁₂₇₀₇	55
Neustadt . . .	128	31 ⁷³⁶³ / ₁₂₇₀₇	32	Müllheim . . .	194	47 ¹⁰⁹⁶¹ / ₁₂₇₀₇	48
Pfullendorf . . .	38	9 ⁴⁷⁶⁷ / ₁₂₇₀₇	9	St. Blasien . . .	122	30 ¹²⁶⁰ / ₁₂₇₀₇	30
Rodolfzell . . .	141	34 ⁹⁹⁹⁷ / ₁₂₇₀₇	35	Säckingen . . .	250	61 ⁸⁶²⁵ / ₁₂₇₀₇	62
Salem . . .	31	7 ⁸²³⁶ / ₁₂₇₀₇	8	Schönau . . .	151	37 ³²²⁶ / ₁₂₇₀₇	37
Stetten . . .	43	10 ⁷⁷³⁵ / ₁₂₇₀₇	11	Schopfheim . . .	133	32 ¹⁰⁶³¹ / ₁₂₇₀₇	33
Stuckach . . .	213	52 ⁶⁹⁰¹ / ₁₂₇₀₇	53	Staufen . . .	202	49 ¹⁰⁹²⁷ / ₁₂₇₀₇	50
Stühlingen . . .	57	14 ⁷⁹⁷ / ₁₂₇₀₇	14	Triberg . . .	115	28 ⁴⁷²⁹ / ₁₂₇₀₇	28
Ueberlingen . . .	92	22 ⁸⁸⁶⁶ / ₁₂₇₀₇	23	Waldkirch . . .	215	53 ⁵⁵⁴ / ₁₂₇₀₇	53
Willingen . . .	193	47 ⁷⁸²⁶ / ₁₂₇₀₇	48	Waldshut . . .	270	66 ⁷⁷⁸⁶ / ₁₂₇₀₇	67
	1850	456 ⁵³³⁶ / ₁₂₇₀₇	456		3413	842 ⁴⁶¹ / ₁₂₇₀₇	841

Conscriptions- Bezirke.	Zahl der conscripti- onspflichti- gen Mann- schaft.	Hat zu stellen.		Conscriptions- Bezirke.	Zahl der conscripti- onspflichti- gen Mann- schaft.	Hat zu stellen.	
		in Bruchzahl.	in Rund- zahl.			in Bruchzahl.	in Rund- zahl.
Mittelrheinkreis.				Unterrheinkreis.			
Achern	197	48 ⁷⁶⁵⁹ / ₁₂₇₀₇	49	Adelsheim	128	31 ⁷³⁶³ / ₁₂₇₀₇	32
Baden	149	36 ⁹⁶⁶³ / ₁₂₇₀₇	37	Borberg	124	30 ⁷⁵³⁰ / ₁₂₇₀₇	31
Bretten	247	60 ¹¹⁹²⁵ / ₁₂₇₀₇	61	Buchen	156	38 ⁶¹⁹⁴ / ₁₂₇₀₇	38
Bruchsal	343	84 ⁷⁹¹⁷ / ₁₂₇₀₇	85	Eberbach	86	21 ²⁷⁶³ / ₁₂₇₀₇	21
Bühl	284	70 ⁹⁵⁰ / ₁₂₇₀₇	70	Gerlachsheim . . .	143	35 ³⁵⁶⁰ / ₁₂₇₀₇	35
Carlsruhe Stadtamt	144	35 ⁶⁶⁸⁵ / ₁₂₇₀₇	35	Heidelberg	315	77 ⁹⁰⁸⁶ / ₁₂₇₀₇	78
„ Landamt.	218	53 ⁹⁹⁵⁰ / ₁₂₇₀₇	54	Hoffenheim	109	26 ¹¹³⁸³ / ₁₂₇₀₇	27
Durlach	277	68 ⁴³¹⁹ / ₁₂₇₀₇	68	Krautheim	62	15 ³⁷⁶⁵ / ₁₂₇₀₇	15
Eppingen	135	33 ³⁹⁹⁴ / ₁₂₇₀₇	33	Ladenburg	151	37 ³²²⁶ / ₁₂₇₀₇	37
Ettlingen	145	35 ⁹⁶³⁰ / ₁₂₇₀₇	36	Mannheim	138	34 ⁵⁹² / ₁₂₇₀₇	34
Gengenbach	166	40 ¹²¹³⁰ / ₁₂₇₀₇	41	Mosbach	173	42 ⁵⁶⁶¹ / ₁₂₇₀₇	43
Gernsbach	151	37 ³²²⁶ / ₁₂₇₀₇	37	Neckarbischofsheim	146	36 ⁸⁵⁸ / ₁₂₇₀₇	36
Haslach	103	25 ⁵²³⁰ / ₁₂₇₀₇	25	Neckargemünd . . .	147	36 ³⁹⁹³ / ₁₂₇₀₇	36
Kork	92	22 ⁸⁸⁶⁶ / ₁₂₇₀₇	23	Neudena	158	38 ¹²⁴⁶⁴ / ₁₂₇₀₇	39
Lahr	276	68 ¹¹⁸⁴ / ₁₂₇₀₇	68	Philippsburg	125	30 ¹⁰⁶⁶⁵ / ₁₂₇₀₇	31
Oberkirch	206	50 ¹⁰⁴⁶⁰ / ₁₂₇₀₇	51	Schwezingen	186	45 ¹¹⁸⁹⁵ / ₁₂₇₀₇	46
Offenburg	268	66 ¹⁵¹⁸ / ₁₂₇₀₇	66	Sinsheim	98	24 ²⁸⁶⁸ / ₁₂₇₀₇	24
Pforzheim	298	73 ⁶⁶¹⁹ / ₁₂₇₀₇	73	Tauberbischofsheim	160	39 ⁹⁰⁸⁷ / ₁₂₇₀₇	39
Rastatt	283	69 ¹⁰⁴²² / ₁₂₇₀₇	70	Wallbüren	145	35 ⁹⁶³⁰ / ₁₂₇₀₇	36
Rheinbischofsheim .	129	31 ¹⁰⁴⁹⁸ / ₁₂₇₀₇	32	Weinheim	157	38 ⁹³⁸⁹ / ₁₂₇₀₇	39
Wolfach	97	23 ¹¹⁸³⁴ / ₁₂₇₀₇	24	Wertheim	138	34 ⁵⁹⁹ / ₁₂₇₀₇	34
				Wiesloch	191	47 ¹⁵⁵⁶ / ₁₂₇₀₇	47
	4208	1038 ²²¹⁴ / ₁₂₇₀₇	1038		3236	798 ⁴⁶⁷⁵ / ₁₂₇₀₇	798

Recapitulation.

Seckreis	1850	456 ⁵³⁵⁸ / ₁₂₇₀₇	458
Oberheinkreis . . .	3413	842 ⁴⁹¹ / ₁₂₇₀₇	841
Mittelheinkreis . . .	4208	1038 ²²¹⁴ / ₁₂₇₀₇	1038
Unterrheinkreis . . .	3236	798 ⁴⁶⁷⁴ / ₁₂₇₀₇	798
	12707	3135 ¹¹¹¹¹ / ₁₂₇₀₇	3135

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber hiermit bekannt gemacht:

Es haben gestiftet:

Barbara Arzner von Schachen in den Kalvariberg-Kapellenfond zu Baldehut 50 fl.

Martin Schwer von Gremmelsbach in die dortige Kirche eine neue Kirchenfahne im Werthe von 98 fl. 19 kr.

Kaufmann Gustav Friedrich Arnold von Schiltach in die dortige Kirche eine Kirchenbibel im Werthe von 25 fl.

Der Badische Bergwerksverein in die Kirche zu Schiltach einen silbernen Abendmahlkelch und einen silbernen Abendmahlteller.

Bürgermeister Karl Dörner von Lehengericht in die nämliche Kirche eine Bibel in Prachteinband.

Die Einwohner der Pfarrei Schiltach eine Kanzel, Altar und Taufstein-Bekleidung eben dahin.

Bürgermeister Johann Georg Arnold von Schiltach in den dortigen Armenfond 25 fl.

Mathias Fichters Eheleute von Lehengericht in den Armenfond zu Schiltach 5 fl. und in den Waisenfond zu Lehengericht 5 fl.

Mathias Rapp von Burg, Landamts Freiburg, in den Burger Schulfond 25 fl.

Johann Steinhart von Zarten in den dortigen Schulfond 50 fl.

Ein Ungenannter in den Kirchenfond zu Thiengen, Amts Baldehut, 2 Cherubim und ein Lamm von Gyps, im Werthe von 50 fl., 4 rothe und 4 blaue Ministrantenröcke, 4 Ministrantenhemden, 4 Altartücher und 4 Blumenvasen, im Anschlage von 86 fl.

Einige Frauen in den nämlichen Kirchenfond 10 Blumenstöcke, angeschlagen zu 32 fl. und einige Jungfrauen 2 kleine Fähnchen im Werthe von 16 fl.; eben dahin

die verstorbene Christine Hüb von Eichstetten in den dortigen Almosenfond ihre ganze Verlassenschaft mit 490 fl. 57 kr.

Ein Ungenannter in den Ortsalmosenfond zu Auggen zu einer zweckmäßigen Altarbekleidung und zur Verschönerung der Gottesackerkapelle 108 fl.

Ein Ungenannter in den Armenfond zu Schöna, Amts Schöna, 50 fl.

Barbara Arzner von Hochsal in den dortigen Kirchenfond 150 fl.

Der zu Säckingen verstorbene Kaplan Herr in den dortigen Spitalfond 400 fl.

Die Georg Amb'sche Ehefrau von Bözingen in den dortigen katholischen Armenfond 500 fl.

Georg Amb von Bözingen in den nämlichen Fond mit der Verpflichtung, zur Abhaltung eines jährlichen Seelenamtes, 500 fl.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Durch das am 17. October d. J. erfolgte Ableben des Dekans und Stadtpfarrers Lang ist die evangelische Stadtpfarrei Müllheim, mit einem Competenzanschlage von 1299 fl. 5 kr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich vorschriftsmäßig durch ihre Dekanate binnen sechs Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
2. Durch die Beförderung des Dekans und Pfarrers Joseph Baumann auf die Pfarrei Roth ist die katholische Pfarrei Wiesenthal, Amts Philippsburg, mit einem beiläufigen Ertrag von 1900 fl. und mit der Verbindlichkeit zur Haltung eines Vikars, dessen Salär mit 150 fl. aus einem Kirchenfond abgereicht wird, erledigt worden. Die Kompetenten um diese Pfarrpründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath binnen sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Gestorben ist:

Am 16. October d. J. der Amtmann Löw in Bühl.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 9. November 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben Uns in Gefolge der §§. 27 und 32 der Verfassungsurkunde gütigst bewogen gefunden, für die bevorstehende Ständeverammlung zu Mitgliedern der ersten Kammer von Unserer Seite zu ernennen:

1. Unseren Großhofmeister, Staatsminister Freiherrn von Berdheim.
2. Unseren Generalleutnant und Generaladjutanten von Freystedt.
3. Unseren Staatsrath Nebenius.
4. Unseren Staatsrath Wolff.
5. Unseren Generalmajor und Commandanten der Artilleriebrigade Frhn. von Lasdunay.
6. Unseren Generalauditor und Geheimenrath Vogel.
7. Unseren Kammerherrn und Geheimen Legationsrath Freiherrn von Marschall.
8. Unseren Kammerherrn und Oberforstrath Freiherrn von Gemmingen.

Wir beauftragen Unser Ministerium des Innern, diese Unsere höchste Entschliessung vorstehend benannten Personen und seiner Zeit der ersten Kammer zu eröffnen.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 4. November 1843.

Leopold.

Schr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Bekanntmachungen.

Die Verloosung und Rückzahlung 3½ procentiger Rentenscheine im Capitalbetrag von 74,000 fl. betreffend.

Unter Bezug auf die dieseitige Verkündung vom 15. September d. J., Regierungsblatt Nr. XXII, Seite 155, wird anburch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nachstehende Nummern bei der am 9. v. M. stattgehabten Verloosung gezogen worden sind und mit ihrem Nominalwerth, und zwar für

124 Stücke à 500 fl.	62,000 fl.
120 „ à 100 „	12,000 „
zusammen mit	74,000 fl.

zur Heimzahlung auf den 1. Mai 1844 gekündigt worden:

a. 124 Stücke Rentenscheine à fl. 500.

Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.
114	770	4089	6948	7323	7788	8168	9139	10447	12165
282	797	4104	6403	7350	7789	8267	9429	10453	12204
307	893	4137	6404	7385	7790	8303	9441	10457	12241
313	2001	4148	6499	7390	7869	8389	10006	10559	12336
361	2107	4205	7021	7420	7890	8406	10039	10629	12353
431	2129	4378	7067	7442	7896	8412	10160	10644	12433
457	2143	6032	7072	7466	7920	8433	10163	10673	12472
469	2151	6143	7089	7484	7940	9015	10170	10795	12501
470	2203	6147	7093	7538	8046	9067	10201	12022	12574
496	2227	6168	7101	7543	8057	9069	10322	12066	12810
743	2289	6192	7140	7719	8136	9101	10398	12073	12831
744	2382	6259	7280	7780	8142	9119	10415	12153	12832
758	2400	6346	7289						

b. 120 Stücke Rentenscheine à fl. 100.

Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.
18	444	977	2378	6245	7151	7578	8147	9101	9408
22	453	2007	2384	6279	7249	7635	8220	9164	9428
66	466	2028	2414	6280	7280	7650	8240	9207	9464
75	488	2036	2440	6364	7303	7653	8244	9213	9481
153	555	2070	2458	6377	7337	7695	8281	9233	9491
221	641	2106	4108	6436	7345	7715	8339	9283	10001
246	652	2115	4160	6450	7389	7724	8350	9301	10029
304	745	2178	4186	6466	7468	7846	8386	9303	10230
334	763	2234	4187	6470	7497	7897	8395	9306	10251
403	834	2242	4238	6546	7507	7905	9039	9325	10279
419	835	2359	4358	7084	7566	7954	9057	9330	10292
424	971	2374	6018	7085	7574	8120	9089	9374	10338

Die Heimzahlung geschieht dahier bei der Amortisationskasse gegen Rückgabe der betreffenden Rentenscheine mit den dazu gehörigen Coupons. Wer die Zahlung früher zu erhalten wünscht, kann sie mit den laufenden Zinsen bis zum Zahlungstage sogleich erhalten. Nach dem 1. Mai 1844 werden daraus keine weitere Zinse vergütet. Carlsruhe, den 2. November 1844.

Ministerium der Finanzen.
von B ö c k.

Vdt. Pfeilschier.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschliebung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 6. November 1843, Nr. 1851, in Betreff des Austritts des Abgeordneten Regierungsraths Bannwarth zu Freiburg aus der zweiten Kammer der Ständeversammlung gnädigst geruht, den Hofgerichtspräsidenten Geheimenrath Baumgärtner zu Freiburg zum landesherrlichen Commissär, Behufs der Vornahme der hiernach nöthigen Ersatzwahl für den dritten Städte-Wahlbezirk (Stadt Freiburg) zu ernennen.

Carlsruhe, den 7. November 1843.

Ministerium des Innern.

Schr v. Müdt.

Vdt. Stemmler.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Geheimen Rath Dr. Kramer in Baden, dem Ministerialrath Vogelmann, Direktor des landwirthschaftlichen Vereins, und dem K. K. Oesterreichischen Hauptmann Maly, im Ingenieurcorps, das Ritterkreuz des Ordens vomähringer Löwen zu verleihen.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Bürgermeister Löffler in Offenburg, in Anerkennung seines eifrigen Wirkens für das Wohl und die Interessen dieser Stadt, die größere goldene Civilverdienstmedaille und dem schon im Jahr 1807 mit der goldenen Militärverdienstmedaille decorirten Steuersergeanten Michael Preisig zu Ettlingen, in Anerkennung seiner langjährigen und vorzüglichen Dienstleistungen bei der Civilverwaltung, nunmehr auch die kleine goldene Civilverdienstmedaille huldreichst zu verleihen,

Militär-Dienst-Nachrichten.

Mitteltst höchster Ordre vom 12. Oktober d. J. wurde dem Generalleutnant Markgrafen Maximilian von Baden Hacheit das Commando der Infanteriedivision übertragen.

Durch fernere höchste Ordre von demselben Tage wurden befördert:

der Oberst von Gayling vom 1. Dragonerregiment zum Generalmajor und Commandeur der Reiter-Brigade,

der Oberleutnant Ruppert vom 3. Infanterie-Regiment,

„ „ von Enzenberg vom 4. Infanterie-Regiment,

„ „ von Laroche vom Leib-Infanterie-Regiment,

zu Hauptmännern, letzterer unter Versetzung zum 2. Infanterie-Regiment; sodann

der Lieutenant Schnepf im 2. Infanterie-Regiment,

„ „ Eichfeld im Leib-Infanterie-Regiment,

„ „ von Renz im 4. Infanterie-Regiment,

„ „ Cassione im Dragoner-Regiment Großherzog und

„ „ Schellenberg in der Artillerie-Brigade,

zu Oberleutenants; endlich

der Portepeeführer Schridel zum Lieutenant im 4. Infanterie-Regiment.

1. Ordre wurden versetzt:

1. von Hinkeldey vom 2. Dragoner-Regiment als Commandeur zum

g vom 2. Infanterie-Regiment zum Invalidencorps,
vom 3. zum 2. Infanterie-Regiment.

Verlieutenant im 2. Infanterie-Regiment von Neubronn, bisher in dem Generalstab kommandirt, zum Divisions-Adjutanten der Infanterie ernannt, und der Oberlieutenant im Leib-Infanterie-Regiment von Neubronn in den Generalstab befehligt. Der Hauptmann der activen Suite und Divisions-Adjutant Strauß wird unter Enthebung der letztern Funktion, vörerst der Garnisons-Commandantschaft Mannheim beigegeben.

In Pensionsstand wurden versetzt:

Durch höchste Ordre vom 3. Oktober d. J. der Hauptmann Baumann vom 2. und Hauptmann Schmidt vom 4. Infanterie-Regiment, beide mit dem Charakter als Major von der Suite der Infanterie; sodann durch höchste Ordre vom 12. Oktober d. J. der Hauptmann Federle vom Invaliden-Corps.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden: den Oberzollinspector Haberer bei Rheinfelden zu dem Hauptzollamte Randegg, den Oberzollinspector Kieffer in Randegg zu dem Hauptzollamte Neufreistadt und den Oberzollinspector Emich in Neufreistadt zu dem Hauptzollamte bei Rheinfelden, jeden in seiner bisherigen Eigenschaft, zu versetzen und die katholische Pfarrei Hubertshofen, Amts Hüfingen, dem Pfarrer Joseph Günter in Hofgrund zu verleihen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Durch das am 30. v. M. erfolgte Ableben des Amtmanns Schmidt in Heidelberg ist die zweite Beamtenstelle bei dem Oberamte daselbst in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich bei der Regierung des Unterrheinkreises binnen 4 Wochen vorschriftsmäßig zu melden.
2. Die katholische Pfarrei Hofgrund, Landamts Freiburg, mit einem beiläufigen Ertrag von 500 fl. ist erledigt. Die Competenten haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariat, als bei dem katholischen Oberkirchenrath vorschriftsmäßig zu melden.
3. Durch das am 3. October d. J. erfolgte Ableben des Nachpredigers Joseph Merz ist das Nachprädicaturbeneficium in Pfullendorf in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese zur Aushülfe in der Seelsorge bestimmte Pfründe mit einem beiläufigen Einkommen von 500 fl., worauf aber ein bis Johann Baptist 1853 laufendes, zu 4 pCt. verzinsliches Bauprovisorium von 15 fl. 35 kr. jährlich haftet, haben sich nach bestehender Verordnung bei dem katholischen Oberkirchenrath binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
4. Durch erfolgtes Ableben des Pfarrers Hinnä ist die Pfarrei Griesen, Amts Jestetten, mit einem beiläufigen Ertrag von 1,200 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, einen Vikar zu halten, in Erledigung gekommen. Die Competenten um diese Pfarrpfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

Gestorben ist:

Am 30. v. M. Amtmann Schmidt in Heidelberg.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 13. November 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Ansicht des §. 66 der Verfassungs-Urkunde; in Erwägung, daß die directe Steuer für das Jahr 1844 der bestehenden Ordnung gemäß mit $\frac{1}{2}$ im Monat December d. J. zu erheben ist, und in weiterer Erwägung, daß die Anordnungen dazu, wenn nicht eine Stockung in dem Bezug eintreten soll, jetzt schon getroffen werden müssen, und bis zur Constituirung der auf den 21. dieses Monats zusammen berufenen Ständeverammlung nicht verschoben werden können; haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Einziger Artikel.

Die zwei Monatsraten der directen Steuer, welche im Monat December dieses Jahrs zum Einzug kommen sollen, sind nach dem bestehenden Umlagefuß, die indirecten Steuern im Monat December nach den bestehenden Tarifen, zu erheben.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 10. November 1843.

Leopold.

von Büch.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Vollzugs-Verordnung.

Zur Vollziehung der voranstehenden höchsten Verordnung wird hiermit verfügt, wie folgt:

§. 1.

Die Steuerforderungszettel über die directe Steuer sind nach dem in der diesseitigen Verordnung vom 1. October 1842 Regierungsblatt Seite 270 verkündigten Umlagefuß aufzustellen. Es sind hiernach zu berechnen:

1. an Staatssteuer und zwar:

- a. Grund-, Häuser- und Gefällsteuer von 100 fl. Steuerkapital
Neunzehn Kreuzer;

b. Gewerbesteuer von 100 fl. Steuerkapital

Drei und zwanzig Kreuzer;

c. Klassensteuer von 100 fl. Steuerkapital

Drei und zwanzig Kreuzer;

d. Zusatzsteuer von den Waldungen der Gemeinden und Körperschaften, welche durch die Bezirksförster des Staats und der Standes- und Grundherren befördert werden, von 100 fl. Waldsteuerkapital

Sechs Kreuzer;

2. Zu besonderen Bezirksbedürfnissen:

a. Flußbaugeld der beitragspflichtigen Rheinorte von 100 fl. Steuerkapital

Vier Kreuzer;

b. Flußbaugeld der beitragspflichtigen Orte an Nebenflüssen von 100 fl. Steuerkapital

Zwei Kreuzer;

c. Dammbaubeiträge nach den von den Kreisregierungen genehmigten Anschlägen.

§. 2.

In die Steuerforderungszettel ist zwar der ganze Betrag der Jahressteuer für 1844 aufzunehmen, es sind jedoch von der Grund-, Häuser- und Gefällsteuer, von der Gewerbesteuer, von der Waldzusatzsteuer und dem mit der directen Steuer erhoben werdenenden Accisaversum der Weinhändler, endlich von den Beiträgen zu besondern Bezirksbedürfnissen (§. 1 Ziffer 2) nur die nach der landesherrlichen Verordnung vom 16. Juni 1842 auf den 1. f. M. Dezember fällig werdenenden zwei Zwölftel einzuziehen.

Von der Klassensteuer sind die nach den bestehenden Vorschriften im künftigen Monat Dezember fällig werdenenden Beträge zu erheben.

§. 3.

Hinsichtlich der Vorzahlungen, zu welchen einzelne Steuerpflichtige etwa geneigt seyn sollten, wird auf den §. 4 der landesherrlichen Verordnung vom 16. Juni 1842 hingewiesen.

§. 4.

Die Steuerdirection ist mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Carlsruhe, den 10. November 1843.

Ministerium der Finanzen.

von **Döckh.**

Vdt. **Möller.**

Bekanntmachungen.

Die Prüfungen der Actuariats-Candidaten betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben auf den diesseitigen unterthänigsten Vortrag vom 20. v. M. Nr. 11175—76 gnädigst zu bestimmen geruht, daß die in dem §. 7 der Verordnung vom 16. Januar 1811, Regierungsblatt Nr. I, vorgeschriebene zweite Prüfung der Actuariatscandidaten aus den Schulsächern für die Zukunft erlassen werde.

Es wird dieses zur Nachachtung bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 7. November 1843.

Ministerium des Innern.

Schr. v. Nödt.

Vdt. **Eisenlohr.**

Die ledige Anna Gatternich von Mannheim hat um die Erlaubniß gebeten, ihren bisherigen Familiennamen mit dem Namen „Dornbusch“ vertauschen zu dürfen. Dieß wird unter Bezug auf die höchste Verordnung vom 18. Januar 1838 (Regierungsblatt Nr. V.) mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß Diejenigen, welche gegen Ertheilung der gebetenen Erlaubniß Einsprache machen wollen, solche

innerhalb drei Monaten

bei dem unterzeichneten Ministerium auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte Statt gegeben wird.
Justizministerium.

Jolly.

Vdt. Ammann.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Matrosen Ludwig Schmitz von Niederwesel, wegen Rettung des sechsjährigen Knaben Michael Bender von Mannheim vom Tode des Ertrinkens in dem Rhein, die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber hiermit bekannt gemacht. Es haben gestiftet:

Der verlebte Pfarrer Franz Carl Kopp zur Erziehung armer Schulkinder in Wiesloch ein Capital von 300 fl.

Ein Ungenannter zur Verschönerung der Kirche in Sindolsheim 5 fl. 25 kr.

Mehrere Bürger in Bockenheim in die dortige Kirche zu einem Abendmahlsfelche 25 fl.

Ein Ungenannter in die katholische Kirche zu Oberschefflenz ein Messgewand im Werth von 36 fl.

Die verstorbene Charlotte Louise Wieg in Heidelberg vermachte den beiden evangelischen Hospitälern 800 fl. und dem katholischen Hospital 200 fl.

Mathes Altenhäuser Wittwe, geborne Rößmann, schenkte dem katholischen Pfarrkirchenfond in Mannheim 130 fl.

Friedrich Becker in Neudenu stiftete in den dortigen Almosenfond 60 fl. und Pfarrer Augustin Göller in Freiburg 300 fl.

Mainrad Schlegel von Böhlingen hat in seinem letzten Willen dem Kirchenfond daselbst 50 fl. vermacht.

Derselbe in den Armenfond zu Böhlingen 100 fl.

Die Wittwe des Posthalters Merk im Zollhause stiftete zur Pfarrkirche in Blumberg ein schwarzes Messgewand im Werth von 25 fl.

Der verstorbene Löw Raphael David zu Diersburg für die israelitischen Ortsarmen 40 fl.

Diensta Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich auf die unterthänigste Bitte Höchsthres Staatsministers des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn von Blittersdorff, um gnädigste Enthebung von dieser Stelle, bewogen gefunden, dieser Bitte zu entsprechen und demselben den Posten Höchsthres Bundestagesgesandten zu übertragen; dagegen den bisherigen Bundestagesgesandten Geheimenrath von Dusch, zu Höchsthrem Staatsminister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

Ferner haben Höchstseelen gnädigst geruht:

Obervogt Baumüller zu Durlach zum Director des evangelischen

, bei der Sanitäts-Commission, in den Pensionsstand zu versetzen, und
telle eines Kanzlisten bei der Sanitäts-Commission dem Diurnisten,
olischen Oberkirchenrath, und
arzt für das Physikat und Amtschirurgat Pforzheim dem prak-
rtart in Baden zu übertragen;

Classe, Wilhelm August Eichrodt, von der Wasser- und Straßen-
Wasser- und Straßenbau-Inspection Heidelberg zu versetzen;

Durchlaucht des Herrn Fürsten von Leiningen erfolgten Ernennung
hler von Michelsfeld zum Bezirksförster in Walldürn die höchste
ertheilen,

n-Auffseher Stiehler in Mannheim zum Hofgärtner zu ernennen,
i Münchweiler, Amts Ottenheim, dem Pfarrer Simon Blust in

Selbach zu verleihen.

Durch Beschluß des Großherzoglichen Justizministeriums vom 3. November l. J. Nr. 5884 ist
dem Rechtspraktikanten Ludwig Achenbach aus Mannheim die Advocatur und Procuratur bei dem
Oberhofgericht und dem Hofgericht des Unterheinkreises verliehen worden.

Durch Beschluß des Großherzoglichen Justizministeriums vom 3. November l. J. Nr. 5862 ist
dem Rechtspraktikanten Adolph Dreher von Oppenau das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen An-
gelegenheiten ertheilt und ihm gestattet worden, zur Ausübung desselben seinen Wohnsitz in Wolfach
zu nehmen.

Durch Beschluß des Großherzoglichen Justizministeriums vom 27. Oktober l. J. Nr. 5671 wurde
dem Rechtspraktikanten August Euscha aus Constanz das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen An-
gelegenheiten ertheilt und ihm gestattet, seinen Wohnsitz in Stockach zu nehmen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Oberamt Durlach ist die erste Beamtenstelle in Erledigung gekommen.
Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen vorschriftsmäßig bei der Regierung
des Mittelheinkreises zu melden.
2. Die katholische Pfarrei Selbach, Amts Gernsbach, mit einem beiläufigen Ertrag
von 500 fl., worauf ein seit 1837 laufendes zehnjähriges Kriegsschuldprovisorium ruht, ist
in Erledigung gekommen; die Competenten haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath
binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.
3. Zur definitiven Besetzung der neuerrichteten katholischen Stadtpfarrei in Wert-
heim, welche mit 1050 fl. in Geld dotirt ist, und zu welcher das Patronatrecht abwechselnd
der Landesherrschaft und Standesherrschaft, das erstemal aber der Landesherrschaft zusteht,
werden die Competenten aufgefordert, sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Ober-
kirchenrath vorschriftsmäßig zu melden.

Gestorben sind:

am 3. October 1843 der pensionirte Schaffner Hoffmeister zu Heidelberg, und
„ 30. „ „ der pensionirte Kanzleirath Dolhofen zu Mannheim.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 18. November 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir ernennen zum Präsidenten der ersten Kammer Unserer Ständeversammlung für die Dauer des nächsten Landtags, Unseres geliebten Herrn Bruders des Markgrafen Wilhelm Hohenzollern und Liebden, sodann zum ersten Vicepräsidenten, Unseres Herrn Vetter's und Schwagers des Fürsten von Fürstenberg Durchlaucht und Liebden und zum zweiten Vicepräsidenten, Unseren Staatsrath Wolff.

Wir beauftragen Unser Ministerium des Innern, diese Ernennungen seiner Zeit zur Kenntniß der ersten Kammer zu bringen.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 18. November 1843.

Leopold.

Fchr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Verordnung.

Das Ueberhandnehmen des Branntweintrinkens betreffend.

Mit höchster Genehmigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 10. November 1843, No. 1878, wird aus denselben Beweggründen, welche die diesseitige Verordnung vom 8. März 1842 (Regierungsblatt Nr. XI. das Hausiren mit gebrannten Wässern betreffend) hervorgerufen haben, in Bezug auf den Branntweinverkauf im Allgemeinen, so wie auf den Branntweingenuß, noch weiter verordnet, wie folgt:

Art. 1.

Nur Wirthe und solche, die zum Branntweinschank eine besondere Concession haben, sind befugt, Branntwein unter einer halben Maasß abzugeben.

Feine Liqueüre jedoch dürfen wie bisher so auch künftighin von den Konditoren im Kleinen verkauft werden.

Art. 2.

Die Uebertreter dieser Vorschrift unterliegen einer Polizeistrafe und zwar im ersten Fall von 5 bis 20 Gulden, und im zweiten und jedem andern Falle von 20 bis 25 Gulden.

Art. 3.

Die diesseitige Verordnung vom 22. Juni 1832, Regierungsblatt No. XXXVIII., welche den Handel mit Brauntwein ohne Beschränkung des Maases freigegeben hat, ist hiernach aufgehoben.

Art. 4.

Dem noch nicht aus der Schule entlassenen Kinde Brauntwein zu trinken ist Strafe bis zu 15 Gulden.

Art. 5.

2 und 4 genannten Strafen fällt ein Drittel dem Anzeiger, ein Drittel Drittel der Staatskasse zu.

Art. 6.

, welche die Vertheilung von Unterstügungen und Almosen zu besorgen haben, werden angewiesen, diejenigen Armen, welche notorisch dem Brauntweintrinken ergeben sind, und den deshalb ergangenen Verwarnungen keine Folge leisten, bei den jeweiligen Geldvertheilungen in minderem Grade zu berücksichtigen, als andere Personen, welche sich den genannten Fehler nicht zu Schulden kommen lassen.

Carlsruhe, den 14. November 1843.

Ministerium des Innern.

Frhr. v. Rüd.

Vdt. Stemmeler.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben durch höchste Staatsministerial-Entschließung vom 4. I. M. Nr. 1809, in Betreff des Austritts des Großherzoglichen Kammerherrn Freiherrn von Hornstein aus der ersten Kammer der Ständeversammlung, gnädigst geruht, den Geheimenrath und Regierungsdirector Freiherrn von Red zu Freiburg zum landesherrlichen Commissär Behufs der Vornahme der hierwegen nöthigen Ersagwahl zu ernennen.

Carlsruhe, den 15. November 1843.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Rüd.

vdt. Offenlohr.

V e r z e i c h n i s s

derjenigen Grundherren, welche zu der bevorstehenden Ersagwahl einzuladen sind.

In Gemäßheit des §. 3 der Wahlordnung, wornach vor Vornahme jeder Wahl eines grundherrlichen Abgeordneten eine Liste der stimmungsfähigen und wählbaren Grundherren des betreffenden Wahlbezirks bekannt gemacht werden soll, wird nachstehende Liste zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

Oberhalb der Murg.

1. Freiherr von Andlaw-Wirsd, Franz, Großherzoglich Badischer Kammerherr, Geheimer Legationsrath und Minister-Resident in Paris.
2. Freiherr von Andlaw-Wirsd, Heinrich, Großherzoglich Badischer Kammerherr in Freiburg.
3. Graf von Andlaw-Homburg, Hubert, K. K. Oesterreichischer Kammerherr in Freiburg.
4. Freiherr von Berckheim, Karl Christian, Großherzoglich Badischer Staatsminister und Großhofmeister, zu Karlsruhe.
5. Freiherr von Berckheim, Rudolph, Großherzoglich Badischer Kammerherr, zu Karlsruhe.
6. Freiherr von Berckheim, Christian, Großherzoglich Badischer Kammerjunker, in Karlsruhe.
7. Freiherr von Berstett, Adrian, Großherzoglich Badischer Kammerherr, in Karlsruhe.
8. Freiherr von Bodmann, Sigmund, Großherzoglich Badischer Kammerherr, zu Bodmann.
9. Freiherr von Bodmann, Karl, zu Möggingen.
10. Freiherr von Buol auf Mühlingen, Rudolph, Großherzoglich Badischer Kammerjunker, zu Zigenhausen.
11. Freiherr von Böcklin, Friedrich, Großherzoglich Badischer Hauptmann von der Suite, zu Freiburg.
12. Freiherr von Böcklin, Leopold, Großherzoglich Badischer Hauptmann, in Mannheim.
13. Freiherr von Böcklin, Emil, Großherzoglich Badischer Kammerjunker und Bezirksförster, in Offenburg.
14. Freiherr von Falkenstein, Anton, Großherzoglich Badischer Geheimerrath und Kammerherr, in Freiburg.
15. Freiherr von Frankenstein, Karl, K. K. Oesterreichischer Kammerherr, in Offenburg.
16. Freiherr von Gayling zu Altheim, Wilhelm, Großherzoglich Badischer Generalmajor und Commandeur der Reiterbrigade, in Mannheim.
17. Freiherr von Girardi, Franz, zu Sasbach.
18. Freiherr von Girardi, Leopold, zu Sasbach.
19. Freiherr von Gleichenstein, Karl, Großherzoglich Badischer Hofgerichtsrath, außer Dienst, in Freiburg.
20. Graf von Hennin, Peter, Großherzoglich Badischer Kammerherr und Hofgerichtsrath, zu Heßlingen.
21. Freiherr von Hornstein, Friedrich, zu Biethingen.
22. Freiherr von Hornstein, Ignaz, zu Weiterdingen.
23. Freiherr von Hornstein, Ferdinand, K. K. Oesterreichischer Kämmerer, zu Konstanz.
24. Freiherr von Hornstein, Johann Nepomuk, Großherzoglich Badischer Kammerherr, zu Dinningen.
25. Graf von Kageneck, Heinrich, zu Mannheim.
26. Graf von Kageneck, Karl, Maltheferordens-Ritter und Großherzoglich Badischer Regierungsrath, in Freiburg.
27. Graf von Kageneck, Herrmann, Oberleutnant, zu Karlsruhe.

28. Graf von Ragenet, Philipp, Großherzoglich Badischer Kammerherr, zu Freiburg.
29. Freiherr von Landenberg, Maximilian, Großherzoglich Badischer Kammerherr, zu Freiburg.
30. Graf von Langenstein, Ludwig Wilhelm August, in Langenstein.
31. Freiherr von Neuenstein, Leopold Karl, zu Freiburg.
32. Freiherr von Neuenstein, Karl August Wilhelm, K. K. österreichischer pensionirter Officier und Kammerherr, zu Achern.
33. Freiherr von Neveu, Franz Joseph Adolph Karl, Großherzoglich Badischer Kammerherr, zu Offenburg.
34. Freiherr von Neveu, Franz, Großherzoglich Badischer Hofjunker, in Karlsruhe.
35. Freiherr von Oberkirch, Karl, französischer Officier außer Dienst, in Freiburg.
36. Freiherr von Rind, Franz, K. K. Oesterreichischer Kämmerer, in Freiburg.
37. Freiherr von Rind, Fidel, Großherzoglich Badischer Rittmeister von der Suite, in Freiburg.
38. Freiherr von Rind, Karl, Großherzoglich Badischer Kammerherr, in Karlsruhe.
39. Freiherr von Rind, Wilhelm, Großherzoglich Badischer Hauptmann, in Karlsruhe.
40. Freiherr von Reischach, Nepomuck, zu Dachtlingen.
41. Freiherr von Reischach, Rudolph, zu Dürnheim.
42. Freiherr von Reischach, Vincenz, zu Dürnheim.
43. Freiherr von Roggenbach, Constantin, Großherzoglich Badischer Obrist und Regiments-Commandeur, in Heidelberg.
44. Freiherr von Roggenbach, August, Großherzoglich Badischer Major, in Karlsruhe.
45. Freiherr von Röder, Philipp Friedrich, Großherzoglich Badischer Kammerherr und Herzoglich Braunschweigischer Major, zu Diersburg.
46. Freiherr von Röder, Karl, Großherzoglich Badischer Kammerherr, zu Diersburg.
47. Freiherr von Röder, Karl Ludwig, Großherzoglich Badischer Kammerherr und Stallmeister, zu Karlsruhe.
48. Freiherr von Röder, Philipp, Großherzoglich Badischer Oberstlieutenant, in Karlsruhe.
49. Freiherr von Rotberg, Theodor, Großherzoglich Badischer Obrist und Regiments-Commandeur, in Karlsruhe.
50. Freiherr von Rotberg, Friedrich, Oberlieutenant, in Mannheim.
51. Freiherr von Rotberg, Ignaz, Großherzoglich Badischer Forstmeister, in Mosbach.
52. Freiherr von Schauenburg, Hannibal, zu Freiburg.
53. Freiherr von Schönau-Wehr, Adolph, zu Wehr.
54. Freiherr von Schönau-Wehr, Otto, zu Schwörstadt.
55. Freiherr von Schönau-Wehr, Rudolph, Großherzoglich Badischer Kammerherr und Hofforstmeister, in Karlsruhe.
56. Freiherr von Schönau-Wehr, Wolfgang, in Freiburg.
57. Freiherr von Seldeneck, Wilhelm, Großherzoglich Badischer Vice-Oberstallmeister und Oberst, in Karlsruhe.
58. Freiherr von Seldeneck, Karl, Major, in Mannheim.
59. Freiherr von Seldeneck, Friedrich, Bezirksförster, in Lahr.

60. Freiherr von Seldeneck, Ludwig, Rittmeister, in Bruchsal.
61. Freiherr von Seldeneck, August, Kammerjunker und Bezirksförster, zu Mößkirch.
62. Freiherr von Seldeneck, Heinrich, Kammerjunker und Bezirksförster, in Gengenbach.
63. Freiherr von Seldeneck, Bernhard, Rittmeister, in Freiburg.
64. Freiherr von Seldeneck, Rudolph, Oberlieutenant in Mannheim.
65. Freiherr von Lürckheim, Johann, Staatsminister, in Freiburg.
66. Freiherr von Lürckheim, Christian, K. K. Oesterreichischer Major, zu Freiburg.
67. Freiherr von Ulm, Max, zu Hainbach.
68. Graf von Waldner, Theodor zu Mannheim.
69. Freiherr von Wangen, Friedrich, K. K. Oesterreichischer Generalmajor a. D., in Freiburg.
70. Freiherr von Warsberg, Alexander Joseph, Königlich Preussischer Kammerherr, zu Merzhausen.
71. Freiherr von Wessenberg, Ignaz Heinrich, Großherzoglich Badischer Geheimerrath in Konstanz.
72. Freiherr von Wittenbach, Friedrich, Kammerherr in Freiburg.
73. Freiherr von Wittenbach, Gustav, Großherzoglich Badischer Hauptmann von der Suite in Freiburg.

Sämmtliche oben nicht benannte Grundherren werden hiermit in Beziehung auf die §§. 2 und 3 der Wahlordnung aufgefordert, ihre Ansprüche, welche sie etwa wegen ihres Bezugs zur Ersatzwahl eines grundherrlichen Abgeordneten zur nächsten Ständerversammlung zu machen haben, längstens innerhalb vierzehn Tagen bei der diesseitigen Stelle zu begründen; widrigenfalls sie von dieser Wahl ausgeschlossen werden müßten.

Carlsruhe, den 7. November 1843.

Ministerium des Innern.
Fhr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Der Kaufmann Leopold Lazarus zu Heidelberg hat um die Erlaubniß gebeten, seinen bisherigen Familiennamen mit dem Namen „Lafart“ vertauschen zu dürfen. Dies wird unter Bezug auf die höchste Verordnung vom 18. Januar 1838 (Regierungsblatt Nr. V.) mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß Diejenigen, welche gegen die Ertheilung der gebetenen Erlaubniß Einsprache machen wollen, solche

innerhalb drei Monaten

bei dem unterzeichneten Ministerium auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte stattgegeben wird.

Carlsruhe, den 14. November 1843.

Justizministerium.
Jolly.

Vdt. Ammann.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber hiermit bekannt gemacht. Es haben gestiftet:

Die verstorbene Katharina Sittin von Dollschweil für den Armenfond daselbst 3,379 fl. 13 kr.

Altposthalter Konrad Merk von Blumberg im Zollhaus in die Pfarrkirche zu Blumberg ein vergoldetes Kreuz im Werth von 22 fl.

Der verstorbene Johann Hauser von Gunthausen dem Armenfond daselbst 50 fl.

Mainrad Schlegel von Böhlingen zur Reparatur zweier Kapellen in Böhlingen 30 fl.

Derselbe der dortigen Pfarrei 50 fl. und der Kaplanei daselbst 50 fl.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den Polizeidirector Picot dahier in den Ruhestand zu versetzen;

den Garteninspektor Megger zu Heidelberg zum Gartendirector zu ernennen;

die dritte Beamtenstelle bei dem Bezirksamte Bühl dem zum Assessor bei dem Bezirksamte Schönau ernannten Amtsassessor Eberlein, dormaligen Verweser der zweiten Beamtenstelle in Bühl, zu übertragen;

dem Assistenzarzt Dr. Krämer in Rastatt die Staatsdienereigenschaft zu verleihen;

der Ernennung des Forstpraktikanten Eugen Kettner zu Jöhlingen zum Bezirksförster der Stadt Durlach die höchste landesherrliche Bestätigung zu erteilen.

Der von Seiten der Gräflich von Langensteinischen Standes- und Patronatsherrschaft erfolgten Präsentation des Stadtvicars Karl August Leibniz zu Mannheim auf die evangelische Pfarrei Gondelsheim ist die Staatsgenehmigung erteilt worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. An dem Lyceum zu Mannheim ist eine Lehrstelle mit einem philologischen Lehrer katholischer Religion zu besetzen. Der jährliche Gehalt wird je nach den Ansprüchen, welche der anzustellende Lehrer zu machen hat, auf 600 bis 900 Gulden bestimmt werden.

Die Bewerber haben sich innerhalb vier Wochen an den Oberstudienrath zu wenden.

2. Bei dem Bezirksamt Schönau ist eine Assessorsstelle erledigt. Die Bewerber um solche haben sich vorschriftsmäßig binnen 4 Wochen bei der Regierung des Oberrheinkreises zu melden.

Gestorden ist:

Am 30. Oktober l. J. Amtsrevisor Wanner in Waldbirch.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 25. November 1843.

Verordnung.

Die Vornahme einer außerordentlichen Volkszählung betreffend.

Da nach Artikel 22 des Zollvereinigungs-Vertrages vom 12. Mai 1835 der Stand der Bevölkerung in den einzelnen Staaten des Zollvereins wegen Vertheilung der gemeinschaftlichen Zolleinkünfte je von drei zu drei Jahren im December zu ermitteln ist, und da diese Ermittlung letztmals im December 1840 stattgefunden, mithin im December gegenwärtigen Jahres wieder eintreten hat, so wird verordnet, wie folgt:

§. 1.

In der ersten Hälfte des nächstfolgenden Monats December ist im Großherzogthum eine außerordentliche Volkszählung vorzunehmen.

§. 2.

Bei dieser Volkszählung ist nach der Verordnung vom 4. November 1840 (Regierungsblatt 1840, Seite 268) zu verfahren.

Die mit der Zählung beauftragten Gemeinde- und Polizeibehörden und die mit der Zusammenstellung der Ergebnisse beauftragten Steuerperäquatoren und Kreissteuer-Revisionen haben sich daher hiernach zu achten.

Die Großherzogliche Zolldirection wird den betreffenden Behörden und Beamten die erforderlichen Impressen zu den Zählungslisten und Hauptübersichten gleichbald zufertigen.

Carlsruhe, den 18. November 1843.

Ministerium der Finanzen.
von B ö c k h.

Vdt. Pfeilsticker.

Bekanntmachung.

In Folge höchster Staatsministerial-Entscheidung vom 15. April d. J. Nr. 655 ist die Verwaltung der Localpolizei in der Stadt Rastatt vom 1. August d. J. an von dem Bürgermeisteramte an das dortige Oberamt im Umfange der §§. 47, 48 und 49 der Gemeindeordnung — mit Ausnahme der Ortsarmen-, Gemarkungs- oder Feldpolizei, die nach wie vor, sowie die Ausstellung von Heimathsscheinen Ersterem verbleibt — übergegangen, was hierdurch mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß hiernach der Recurs in den betreffenden Fällen stets an die Regierung des Mittelrheinkreises geht. Carlsruhe, den 16. November 1843.

Ministerium des Innern.
Frhr. v. Mü d t.

Vdt. Reinhard.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Hofkaien Bronn, in Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste, die silberne Civil-Verdienstmedaille zu verleihen geruht.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden: dem Amtmann Burger in Bruchsal, mit seinem bisherigen Charakter als Amtmann, die Stelle eines Vorstands des Polizeiamts dahier provisorisch zu übertragen; den Amtmann von Laroche zu Offenburg zu dem Oberamte Bruchsal zu versetzen, und den Contre-Bassisten Joseph Ruzer aus Prag als Hofmusikus anzustellen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Oheramte Offenburg ist die Stelle des dritten Beamten in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen bei der Regierung des Mittelrheinkreises vorschriftsmäßig zu melden.
2. Durch das Ableben des Geistlichenraths und Decans Mersy ist die Stadtpfarrei Offen-
burg mit einem beiläufigen Jahresertrag von 2,900 fl., worauf aber die Verpflichtung ruht,
nebst einer Abgabe einer Rente von 162 fl. 30 kr. an den Prediger, gegen den Bezug von
864 fl. zwei Vicare zu verpflegen und zu salariren, in Erledigung gekommen. Die Competen-
ten um diese Stadtpfarrei, mit welcher das landesherrliche Decanat und die Bezirkschulvisita-
tur wieder zu verbinden sind, haben sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath
nach Vorschrift zu melden.
3. Durch das Ableben des Pfarrers Miethinger ist die Pfarrei Wollmatingen mit
einem jährlichen Ertrag von etwa 500 bis 550 fl. in Erledigung - gekommen. Die Bewerber
um diese Pfarrpfünde haben sich in Gemäßheit der bestehenden Verordnung binnen sechs Wochen
bei dem katholischen Oberkirchenrath zu melden.
4. Durch Ableben des Decans und Pfarrers Schwarzweber ist die Stadtpfarrei Säckingen mit dem beiläufigen Jahreseinkommen von 1,300 fl. erledigt worden. Die
Competenten um diese Pfarrei, mit welcher das landesherrliche Decanat und die Bezirkschul-
visitation wieder verbunden werden soll, haben sich binnen sechs Wochen sowohl bei dem erz-
bischoflichen Ordinariat, als bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
5. Durch Resignation des Pfarrers Franz Mayer ist die katholische Pfarrei Worb-
lingen, Amts Radolphzell, mit einem beiläufigen Ertrag von 450 bis 470 fl. erledigt
worden. Die Competenten um diese Pfarrpfünde haben sich binnen sechs Wochen bei dem
katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
6. Durch das Ableben des Pfarrers Stang ist die katholische Pfarrei Ddenheim,
Oberamts Bruchsal, mit dem beiläufigen Ertrag von 1,500 fl., worauf die Verbindlichkeit
zur Haltung eines Vicars ruht, in Erledigung gekommen. Die Competenten um diese
Pfarrpfünde haben sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vor-
schrift zu melden.
7. Durch das Ableben des Pfarrers Rienzler ist die Pfarrei Niederbühl, Amts Waldb-
hut, mit dem beiläufigen Einkommen von 1,500 bis 1,600 fl. und mit der Verpflichtung
wegen des in dem Filial Oberwühl abzuhaltenden vollständigen Gottesdienstes einen Vicar
zu halten, erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrpfünde haben sich binnen
sechs Wochen sowohl bei dem erzbischoflichen Ordinariat, als bei dem katholischen Ober-
kirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Berichtigung.

Seite 202 soll es bei Nr. 58. heißen: Major in Bruchsal,

" 203 " " " " 62. " Forstmeister in Aßern, statt: Bezirksförster in Genzenbach, und

bei Nr. 64. „ Rittmeister, statt: Oberlieutenant.

„ „ ist zwischen Nr. 64 und 65. einzuschalten: Freiherr von Stöpingen, Roderich, in
Freiburg.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 14. Dezember 1843.

Bekanntmachungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschliebung aus Großherzogl. Staatsministerium vom 22. November l. J. Nr. 1989, in Betreff des Austritts des Abgeordneten Obergerichtsadvokaten Dr. Mördes aus der zweiten Kammer der Ständeversammlung, gnädigst geruht, den Oberamtmann von Weinzierl zu Säckingen zum landesherrlichen Commiffär behufs der Vornahme der Ersatzwahl für den sechsten Aemterwahlbezirk (Waldbüh, St. Blasien, Jestetten) zu ernennen.

Karlsruhe, den 25. November 1843.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

vdt. Eisenlohr.

Den Stand der Staatsdiener-Wittwenkasse vom 1. Juni 1841 bis letzten December 1842 betreffend.

Die von dem Verwaltungsrath der Generalwittwenkasse mit Bericht vom 20. Oktober l. J. No. 3199 vorgelegte Uebersicht des Standes der Staatsdienerwittwenkasse für 1841—1842 wird in der Anlage zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 7. November 1843.

Ministerium des Innern.

B. B. d. P.

Eichrodt.

Vdt. Eisenlohr.

 Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Oeder öffentlich bekannt gemacht. Es haben gestiftet:

Ein Ungenannter zu dem Schulfond in Hausen an der Aach 10 fl.

Die Joseph Santer'schen Eheleute zu Immenstaad dem Armenhausfond daselbst 100 fl. und ein Morgen 272 Ruthen Waldung.

Bürgermeister Löffler in Offenburg in die dortige Gewerbschule 250 fl.

Seilermeister Ignaz Kappler in Ettlingen in den Hospitalfond daselbst 2,484 fl. und in den Armenfond daselbst 2,484 fl.

Müllermeister Mathias Schneider'sche Wittwe in Niederbühl in den katholischen Armenfond in Raftatt 300 fl.

Lorenz Braun von Beiertheim in den Heiligenfond in Durmersheim 600 fl.

Fabrikant Karl Trampler in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 1,100 fl.

Blechnernmeister Ulrich in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 50 fl.

Handelsmann Johann Graumann in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 300 fl.

Fabrikant Karl Deimling in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 750 fl.

Fabrikant Daniel Böcker in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 120 fl.

Handelsmann Friedrich Heidlauß in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 25 fl.

Rentier Andreas Sohn in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 150 fl.

Rentier Johann Mezger in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 100 fl.

Apotheker Karl Wittmanns Wittwe in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 100 fl.

Andreas Sohns Wittwe in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 100 fl.

Johann Mezgers Wittwe in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 500 fl.

Christian Gleichert in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 150 fl.

Handelsmann Schmidt in Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 100 fl.

Uhrenmacher Engelfried von Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 11 fl.

Handelsmann und Zehntverrechner Hokenjos von Lahr in den Spital- und Armenfond daselbst 52 fl. 55 fr.

Die Erben des verstorbenen Altbürgermeister Dils von Lahr in den dortigen Spital- und Armenfond daselbst 100 fl.

Karl Bucherer aus Bahia in den Spital- und Armenfond in Lahr 50 fl.

Johann Georg Wagner Dr. Philos. in Hanau, in den Armenfond in Lahr 500 fl. und in den Spitalfond daselbst 1,500 fl.

Oberamtmann Bach und dessen Ehefrau in Achern zur Errichtung eines Krankenhauses in Achern 100 fl.

Dieselben in die Gemeindskasse zu Geschenken für arme Kinder 200 fl.

Dieselben in den Spitalfond in Bühl 400 fl.

Der verstorbene Pfarrer Hiß in Unzhurst in den Schulfond daselbst

a. biblische Kupferbilder des alten und neuen Testaments;

b. einen Schulatlas.

c. Erziehungsbücher von August Herrmann Niemeier.

Derselbe von Unzhurst in den Armenfond daselbst 370 fl.

Karl Wilhelm Lachner in Ettlingen in den Armenfond daselbst 100 fl.

Ertrag einer Collecte bei dem Sr. Königl. Hoheit dem Herzog von Orleans in Baden abgehaltenen Trauergottesdienst in den Krankenhausfond in Baden 344 fl. 16 fr.

Der ledige Kaver Schappacher von Thiergarten in die Gemeindskasse daselbst zur Anschaffung einer Glocke in die Kapelle allda 150 fl.

Derselbe in den Armenfond daselbst 150 fl.

Martin Artmann Wittwe von Pfaffenroth in den Schulfond daselbst 100 fl.

Ein Ungenannter für Bedeckung des Altars und des Taufsteins in der evangelischen Kirche zu Unterdröwisheim 30 fl.

Ein Ungenannter in die Pfarrkirche zu Ittenborn zwei Messgewänder.

Anton Winter zu Stockach in den Schulfond daselbst 10 fl.

Militärdienstauchten.

Durch höchste Ordre vom 3. November d. J. erhielt der Hauptmann von der Suite der Infanterie Hieronimus und der Rittmeister von der Suite der Reiterei Schell, den Charakter als Major.

Betrag des jährlichen Beneficiums.		Zugang an Wittwen und Waisen in den 1 1/2 Jahren von 1841 und 1842.		Betrag in den 1 1/2 Jahren von 1841 und 1842.	
		Namen.	Tag des Zugangs.		
fl.	fr.			fl.	fr.
193	—	1. Frau Amtmann Lederle	9. Mai 1841.	292	26
206	15	2. „ Amtsrevisor Arenz	19. Mai 1841.	299	2
82	30	3. „ Hofmusikf. Staudt	22. Mai 1841.	118	56
189	45	4. „ Amtsrevisor Sonntag	20. Juni „	258	47
316	48	5. Hofrath Baur minderjährige Tochter Amalie	25. Juli „	401	17
231	—	6. Frau Oberrechnungsath Debattis nun die minder- jährigen Kinder	28. Juli „	290	40
66	—	7. Frau Zollverwalter Roth	4. August „	81	57
99	—	8. „ Wasser- und Straßenbau-Conducteur Schuler	9. August „	121	33
67	39	9. „ Hoflaquais Röder Wittwe	10. August 1841.	82	50
198	—	10. Frau Kanzleirath Frisch	13. August „	240	54
160	3	11. „ Forstinspector Bahl	13. August „	194	41
70	57	12. Kanzleidiener Krüger Wittwe	14. August „	86	6
181	30	13. Frau Regierungsrevisor Oveloge	19. August „	217	47
77	33	14. „ Oberzoller Japp	20. August „	92	49
105	36	15. „ Bezirksförster Brunner	22. August „	125	50
198	—	16. „ Amtmann Reusch	23. August „	235	24
173	15	17. „ Archiv-Registrator Adam	28. August „	203	32
181	30	18. „ Regierungsrevisor Höjer	1. Sept. „	211	44
47	51	19. Fohlsentnecht Michel Stober Wittwe	10. Sept. „	54	36
247	30	20. Frau Amtmann Schneider	17. Sept. „	277	44
82	30	21. „ Professor Reuning	22. Sept. „	91	25
82	30	22. Beisförster Ritter Wittwe	23. Sept. „	91	11
198	—	23. Frau Professor Reidel	4. Octob. „	212	51
115	30	24. „ „ Sprenner	6. Octob. „	123	30
51	9	25. Stallbedient Kuhlmann Wittwe	8. Octob. „	54	24
123	45	26. Frau Hofmusikf. Bucher	16. Octob. „	128	53
148	30	27. „ Oberelnehmer Limberger	25. Octob. „	150	57
430	39	28. „ Geheimrath Duttlinger	25. Nov. „	401	58
57	45	29. Hoflaquais Philipp Kasper Wittwe	28. Nov. „	53	24
108	54	30. Frau Hofgärtner Hüttlich	2. Decemb. 1841.	99	31
189	45	31. „ Amtsrevisor Herrmann	18. Decemb. „	164	58
445	30	32. „ Oberhofgerichtsath Föhrenbach	22. Januar 1842.	345	15
326	42	33. „ Hofrath Schreiber	22. Januar „	253	11
56	6	34. Stallbedient Reusch Wittwe	2. Februar „	41	55
51	9	35. Remisewärter Frohmüller Wittwe	3. Februar „	38	4
54	27	36. Bodenwischer Kast Wittwe	5. Februar „	40	13
99	—	37. Frau Hofmusikf. Ahl	6. Februar „	72	52
115	30	38. Hofkieser Hojer Wittwe	8. Februar „	83	52
		Diese sind im Rest geblieben.			

Betrag des jährlichen Beneficiums.		Zugang an Wittwen und Waisen in den 1½ Jahren 1841 und 1842.		Betrag in den 1½ Jahren von 1841 und 1842.	
		Namen.	Tag des Zugangs.	fl.	fr.
132	—	39. Frau Kanzlist Müller	9. Februar 1842.	96	4
115	30	40. „ Hofconditor Damora	15. Februar „	82	8
176	33	41. „ Hauptzoller Bohnlich	28. Februar „	119	9
330	—	42. „ Regierungsrath Burstert	2. März „	219	5
227	42	43. „ Geheimrer Kämmerier Stüber	19. März „	140	25
247	30	44. „ Landstallmeister von Selbened	10. April „	138	11
297	—	45. „ Oberamtmann Kettig	13. April „	163	21
67	39	46. Schloßwächter Lindenmaier Wittwe	15. April „	36	54
153	27	47. Frau Bezirksförster Reif	27. April „	78	25
69	18	48. Bezirksförster Karcher Wittwe	11. Mai „	32	43
148	30	49. Frau Obereinnehmer Streicher	27. Mai „	63	31
115	30	50. „ Medicinalrath Sander	14. Juni „	44	7
99	—	51. „ Kanzlist Künster	16. Juni „	37	7
93	42	52. „ Amtschirurg Winterhalter	23. Juni „	34	1
165	—	53. „ Physikus Bauer	24. Juni „	58	12
264	—	54. „ Oberrechnungsrath Beck	2. Juli „	87	16
297	—	55. „ Kreisrath Duttke	11. Juli „	90	45
82	30	56. Bezirksförster Ell Wittwe	17. Juli „	23	49
330	—	57. Frau Hofgerichtsrath Aschbach	21. Juli „	91	40
99	—	58. „ Hofgerichtskanzlist Liebich	11. August „	22	—
214	30	59. „ Ministerial-Registrator Bauer	18. August „	43	29
198	—	60. „ Regierungs-Assessor Zollhofer	26. August „	35	45
161	42	61. „ Amtsdrevisor Vogt	13. Sept. „	21	33
231	—	62. „ Kanzleirath Krieger	16. Sept. „	28	52
151	48	63. „ Küchenmeister Stolz	24. Sept. „	15	36
56	6	64. „ Schloßwächter Adam Wittwe	29. Sept. „	4	59
99	—	65. „ Frau Hofmusikant Keeser	1. October „	8	15
54	27	66. „ Stallbedient Kappler Wittwe	9. October „	3	19
82	30	67. „ Bezirksförster Hecht Wittwe	25. October „	1	22
Bei der Bruchsaler Civildiener Wittwenkasse.					
270	—	1. Frau Oberforstmeister von Epath	27. Juli 1842.	70	30
Bei der Altkauer Wittwenkasse:					
In V. Klasse.					
150	—	1. Zoller Seemann Wittwe	21. Mai 1841.	216	40
In VI. Klasse.					
75	—	2. Kanzleidiener Binninger Wittwe	2. März 1842.	49	47
Extrapensionen:					
80	—	3. Hofgerichtsrath von Bauer Tochter Auguste	1. Juli 1841.	106	40
20	—	4. Amtsdrevisor Spenner Tochter Anna	1. Mai 1842.	10	—

VI. Stand der Bruchsaler Livreedieners-Wittwenkasse.

Soll.		Einnahme.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
83	45	I. Rückstandsberechnung:				
—	—	Einnahmest. aus voriger Rechnung	83	45	—	—
—	—	II. Rechnung von früheren Jahren	—	—	—	—
—	—	III. Rechnung von laufender Rechnungszeit:				
267	39	1) Capitalzinsen	151	9	116	30
3,802	—	2) Capitalien	180	—	3,622	—
—	—	IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahme:				
49	18	1) Cassenrest aus voriger Rechnung	49	18	—	—
—	—	2) von und für fremde Cassen	—	—	—	—
—	—	3) von und für Privatpersonen	—	—	—	—
4,202	42	Summe der Einnahme	464	12	3,738	30
fl.	fr.	Ausgabe.	fl.	fr.	fl.	fr.
—	—	I. Rückstandsberechnung:				
—	—	Ausgabest. aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	II. Rechnung von früheren Jahren	—	—	—	—
—	—	III. Rechnung von laufender Rechnungszeit:				
200	—	1) neu angelegte Capitalien	200	—	—	—
246	45	2) Beneficien	246	45	—	—
—	—	IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben:				
17	27	1) Cassenrest an künftige Rechnung	17	27	—	—
—	—	2) an und für fremde Cassen	—	—	—	—
—	—	3) an und für Privatpersonen	—	—	—	—
464	12	Summe der Ausgabe	464	12	—	—

Vermögens-Berechnung.

Capitalien mit Einschluß der neuangelegten 200 fl.	3,622 fl. -- fr.
Zinsansatz	116 " 30 "
Cassenrest	17 " 27 "
zusammen auf 31. December 1842	3,755 fl. 57 fr.
Vermögen auf 31. Mai 1841	3,735 " 3 "
mithin Vermehrung	20 fl. 54 fr.

Von den aus der vorhergehenden Rechnungszeit vorhandenen 9 Wittwen ist keine abgegangen; es ist auch keine zugekommen. Karlsruhe, den 30. September 1843.

Durch den Generalkassier C. G. Eifenlohr.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, HöchstIhren Bundestagsgesandten Staatsminister Freiherrn von Blittersdorff zugleich zu HöchstIhrem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an dem königl. belgischen Hofe und den seitherigen Minister-Residenten am Königlich Preussischen Hofe, Obersten und Flügeladjutanten von Frankenberg-Ludwigsdorf zu HöchstIhrem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an demselben höchsten Hofe zu ernennen;

dem Professor Kilian am Lyceum zu Mannheim den Charakter als Hofrath zu ertheilen; dem bisherigen als Polizeicommissär charakterisirten Polizeiamtscanzlisten von Waibl dahier die Stelle eines Polizeicommissärs bei dem Polizeiamt der Residenz zu übertragen;

den Amtsrevisor Becker zu Philippsburg auf das erledigte Amtsrevisorat Waldbkirch, den Landamtsrevisor Gayer zu Heidelberg auf das Amtsrevisorat Philippsburg, den Amtsrevisor Wittmann zu Lahr auf das Landamtsrevisorat Heidelberg, den Amtsrevisor Treßler zu Breisach auf das Amtsrevisorat Rheinbischofsheim und den Amtsrevisor Reiff zu Rheinbischofsheim auf das Amtsrevisorat Breisach zu versetzen; die katholische Pfarrei Berghaupten, Amts Gengenlach, dem Pfarrverweser Anton Scherrer zu Junsweiler zu übertragen und

den evangelischen Pfarrer Emanuel Pfeiffer von Münzesheim in den Ruhestand zu versetzen.

Die von der Freiherr von Röder'schen Grundherrschaft zu Diersburg ausgestellte Präsentation des Pfarrers Franz Anton Herrmann in Sulz auf die Pfarrei Schutterwald, Oberamts Offenburg, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Durch Beschluß des großherzoglichen Justizministeriums vom 17. November 1843 Nr. 6178 ist dem Rechtspraktikanten Franz Blattmann von Freiburg das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten ertheilt, und ihm gestattet worden, zur Ausübung desselben seinen Wohnsitz in Rastatt zu nehmen.

Im Spätjahr 1843 sind von der Sanitätscommission acht Candidaten der Medicin, neun Candidaten der Chirurgie und sieben Candidaten der Geburtshülfe zur Prüfung zugelassen worden. Von diesen haben fünf Candidaten der Medicin, sechs Candidaten der Chirurgie und fünf Candidaten der Geburtshülfe Licenz erhalten, und zwar in folgender Ordnung:

a. Zur Ausübung der innern Heilkunst:

Herrmann Helbing von Lahr,
Bernhard Beck von Freiburg,
Moriz Grumbacher von Schmieheim,

Eduard Kunkel von Freiburg und
Martin Kieble von Freiburg.

b. Zur Ausübung der Chirurgie:

Bernhard Beck von Freiburg,
Emil Bils, praktischer Arzt in Carlsruhe,
Herrmann Helbing von Lahr,

Moriz Grumbacher von Schmieheim,
Conrad Haas von Forbach und
Eduard Lummpp, praktischer Arzt in Hardheim.

c. Zur Ausübung der Geburtshülfe:

Bernhard Beck von Freiburg,
Herrmann Helbing von Lahr,
Moriz Grumbacher von Schmieheim,

Albert Herrmann, praktischer Arzt in Carlsruhe und
Conrad Haas von Forbach.

Dem Candidaten der Pharmacie Gustav Dürr von Bühl wurde nach erstandener ordnungsmäßiger Staatsprüfung von der Sanitätscommission die Licenz als Apotheker ertheilt.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Durch das am 20. November d. J. erfolgte Ableben des Oberamtmanns Meyer ist die Stelle eines Amtsvorstandes bei dem Bezirksamte Waldkirch in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen vorschriftsmäßig bei der Regierung des Oberrheinkreises zu melden.
2. Das Amtsrevisorat Lahr ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diesen Dienst, auf welchem die Verpflichtung ruht, von dem unständigen Einkommen 300 fl. an einen Assistenten abzugeben, haben sich binnen vier Wochen bei der Regierung des Mittelrheinkreises zu melden.
3. Durch die Beförderung des Stadtvikars Leibniz auf die Pfarrei Gondelsheim ist das ständige evangelische Stadtvikariat zu Mannheim, mit einem auf 300 fl. bis 600 fl. zu bemessenden Gehalt, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich vorschriftsmäßig binnen vier Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
4. Durch den Austritt der seitherigen Stiftsdame Fräulein Marie von Mengingen ist deren Stelle in dem adeligen Damenstift zu Pforzheim erledigt worden. Die um diese Stelle sich bewerbenden adeligen Fräuleins aus den dazu berechtigten Familien haben sich nach Maßgabe der Statuten binnen vier Wochen bei dem evangelischen Oberkirchenrath zu melden.
5. Durch das am 13. September d. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Martin Hug ist die Pfarrei Altheim, Amts Ueberlingen, mit einem beiläufigen Einkommen von 1200 fl., worauf aber die Verbindlichkeit ruht
 - a. zwölf Jahre lang jährlich 44 fl. 45 kr. Kapital und Zins zur Schuldentilgungsasse beizutragen,
 - b. ein fünfjähriges Schulhausbauprovisorium von 60 fl. 46 kr.,
 - c. ein zu 4 Procent verzinsliches und bis zum Jahr 1857 laufendes Provisorium von 194 fl. heimzuzahlen,
 in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfarrpfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
6. Durch die Beförderung des Dekans und Pfarrers Reini auf die Pfarrei Hundheim wurde die Pfarrei Altheim, Amts Wallbörn, mit dem beiläufigen Jahresertrag von 1400 fl., worauf die Verpflichtung zur Haltung eines Vikars ruht, erledigt. Die Competenten um diese Pfarrpfründe haben sich bei der fürstlich leiningenschen Standes- und Patronats Herrschaft nach Vorschrift zu melden.

Gestorben ist:

- Am 27. September d. J. der pensionirte Amtschirurg Kiefer zu Emmendingen.
 Am 9. Oktober d. J. der pensionirte Forstmeister Frhr. Adolph v. Rotberg zu Rheinweiler.
 Am 18. Oktober d. J. der Oberlieutenant Joseph von Sarachaga-Uria bei der Artillerie-Brigade, in Bilbao.
 Am 9. November d. J. der pensionirte Amtsrevisor Szuhany in Wahlberg.
 Am 20. November d. J. Oberamtmann Meyer zu Waldkirch.

Berichtigungen.

In das Verzeichniß der Grundherren in dem Regierungsblatt Nr. 29 ist noch aufzunehmen: Freiherr Roderich von Stöckingen in Freiburg.
 Im Regierungsblatt Nr. 30, Seite 206 Zeile 8 von oben soll es heißen statt dritten zweiten Beamten.

Allgemeine Uebersicht

des

Zustandes der Großherzoglichen General-Wittwenkasse für die weltlichen Civildiener

vom 1. Juni 1841 bis letzten December 1842.

(Wegen Annahme des 1. Januars als Rechnungstermin ist für erwähnte Zeit nur eine Rechnung gestellt.)

I. Stand der Rechnung.

Coll.		Einnahme.				Hat.		Rest.	
fl.	fr.					fl.	fr.	fl.	fr.
		I. Rückstandsrechnung:							
		1) Einnahmreste aus voriger Rechnung:							
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.		
		18,938	37	a) Zinsreste	11,766 8	7,172	29		
		54,843	13	b) andere Einnahmreste	54,723 13	120	—		
73,781	50	zusammen				66,489	21	7,292	29
—	—	2) Abgang an Ausgabestreten				—	—	—	—
—	—	II. Rechnung von früheren Jahren				—	—	—	—
		III. Rechnung von laufender Zeit:							
		1. Kapitalzinsf:							
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.		
		110,790	10	a) von ausgeliehenen Kapi-					
				talien	91,653 11	19,136	59		
		797	32	b) von verwiesenen Capita-					
				lien	563 16	234	16		
		2,256	36	c) von der Fürß Stürum's-					
				chen Stiftung	2,256 36	—	—		
		6	42	d) vom Ueberlös aus abju-					
				dicirten Gütern	—	—	6 42		
113,851	—	zusammen				94,473	3	19,377	57
		2) Kapitalien:							
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.		
		1,824,109	26	a) an ausgeliehenen ein-					
				schließlich neuen An-					
				lagen	213,364 21	1,610,745	5		
		14,419	19	b) an verwiesenen					
				Capitalien	6,248 21	8,170	58		
		62,447	5	c) an der Stürum's-					
				chen Stiftung	—	—	62,447 5		
		144	14	d) an Uebererlös aus					
				adjudicirten Gütern			144 14		
1,901,120	4	zusammen				219,612	42	1,681,507	22
2,088,752	54	Uebertrag				380,575	6	1,708,177	48

Soll.		Einnahme.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
2,088 752	54	Übertrag	380,575	6	1,708,177	48
		3) Beiträge von Mitgliedern:				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		59,621 4 a) ordentliche Beiträge . . .	58,815	9	1,005	55
		8,803 58 b) Rezeptions- und Meliora-				
		tions-Lizen	7,075	58	1,727	55
68,424	57	zusammen	65,691	7	2,733	50
29,390	22	4) Gratual-Quartalien	29,390	22	—	—
65,412	1	5) Statutenmäßiger Zuschuß aus der Staatscasse .	40,000	—	25,412	1
165	—	6) Ertrag vom Diensthause	165	—	—	—
276	56	7) Ersatz	275	21	1	35
348	44	8) Außerordentliche Einnahme	348	44	—	—
		IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen:				
39,935	11	1) Cassenrest aus voriger Rechnung	39,935	11	—	—
		2) von und für fremde Cassen:				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		— — a) aus voriger Rechnung	—	—	—	—
119	12	119 12 b) von laufender Zeit	119	12	—	—
		zusammen				
		3) Von und für Privatpersonen:				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		217 49 a) aus voriger Rechnung	77	30	140	19
		254 53 b) von laufender Zeit	104	53	150	—
472	42	zusammen	182	23	290	19
7,608	40	4) Ausgleichungsposten	7,608	40	—	—
2,300,906	39	Summe der Einnahme	564,291	6	1,736,615	33
		Ausgabe.				
		I. Rückstandsrechnung:				
1,101	30	1) Ausgabreste aus voriger Rechnung	878	13	223	17
—	—	2) Abgang an Einnahmestellen	—	—	—	—
—	—	II. Rechnung von früheren Jahren	—	—	—	—
		III. Rechnung von laufender Zeit:				
297,000	56	1) angelegte Capitalien	297,000	56	—	—
298,102	26	Übertrag	297,879	9	223	17

Soll.		Ausgabe.	Hat.		Hef.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
298,102	26	Uebertrag	297,879	9	223	17
195	35	2) Gebühren und Steuern von adjudicirten Gütern und Proceßkosten	195	35	—	—
231,312	8	3) Beneficien an Wittwen und Waisen	231,074	55	237	13
474	—	4) Pension	474	—	—	—
		5) Verwaltungskosten				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		2,133 20 a) für den Verwaltungsrath	2,133	20	—	—
		6,282 52 b) für die Verwaltung	6,282	52	—	—
8,416	12	zusammen	8,416	12	—	—
		6) Aufwand für's Diensthaus				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		68 21 a) für bauliche Unterhaltung	68	21	—	—
		32 55 b) Steuern und andere Lasten	32	55	—	—
101	16	zusammen	101	16	—	—
89	32	7) Rückersatz	89	32	—	—
498	59	8) Abgang und Nachlaß	498	59	—	—
		IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben:				
17,237	19	1) Kassenrest an künftige Rechnung	17,237	19	—	—
		2) an und für fremde Kassen				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		— — a) aus voriger Rechnung	—	—	—	—
		119 12 b) aus laufender Zeit	119	12	—	—
119	12	zusammen	119	12	—	—
		3) an und für Privatpersonen				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		391 17 a) aus voriger Rechnung	345	27	75	50
		281 50 b) von laufender Zeit	281	50	—	—
673	7	zusammen	597	17	75	50
7,608	40	4) Ausgleichungsposten	7,608	40	—	—
564,827	26	Summe der Ausgabe	564,291	6	536	20

II. Vermögens-Berechnung.

Die Einnahmestücke bestehen in	1,763,615 fl. 33 fr.	
Davon die Ausgabe	536 „ 20 „	
worder bleiben		1,736,079 fl. 13 fr.
Dazu Kassenvorrath	17,237 fl. 19 fr.	
und Antheil am Diensthaus Kaufschilling und Werth der Mobilien im Bureau	3,389 „ 10 „	
		20,626 „ 29 „
Zusammen auf 31. Dezember 1842		1,756,705 fl. 42 fr.
Auf 31. Mai 1841 hatte das Vermögen betragen		1,719,494 „ 49 „
Witbin Zunahme vom 1. Juni 1841 bis letzten Dezember 1842		37,210 fl. 53 fr.

III. Berechnung der zu Beneficien bestimmten Einnahmsumme.

Zu Beneficien sind nach §§. 43, 44 und 45 der Wittwenversicherung bestimmt $\frac{1}{10}$ Beiträge und sämtliche Zinse.		fl.	fr.	fl.	fr.
I. von Beiträgen:					
eingegangene Beiträge von laufender Zeit		58,615	9		
ferner dergleichen aus der Rückstandsrechnung		942	49		
	zusammen	59,557	58		
Hievon Einzug		82	6		
	worüber bleiben	59,475	52		
Davon $\frac{1}{10}$ in Austheiler				53,528	17
II. an Zinsen:					
im „Soll“ stehende	113,851 fl. — fr.				
hiez u aus der Rechnung für uneigentliche Einnahme	182 „ 23 „	114,033	23		
wovon abgehen					
Kosten von Forderungen jenseits Rheines, Zinshegebühren, Steigerungskosten, Steuern von adjudicirten Gütern, auch Prozeßkosten, ferner rückbezahlte zuviel entrichtete Zinse und in Abgang gekommene Zinse		1,383	49	112,649	34
	worüber bleiben				
	zusammen			166,177	51
Die bezahlten Beneficien von laufender Rechnungszeit betragen		231,074	55		
Hiezu aus der Rückstandsrechnung		531	30		
	zusammen	231,606	25		
Hievon rückersetzte früher zu viel bezahlte Beneficien		16	33		
	worüber bleiben			231,589	52
	mithin mehr bezahlt			65,412	1
welche nach §. 31 aus der Staatskasse zu ersezen sind und woran im Laufe des Rechnungsjahrs abschläglicly entrichtet wurden				40,000	—
Daher auf den 31. Dezember 1842 noch im Rest blieben				25,412	1

IV. Uebersicht der Mitglieder (Contribuenten) und der Wittwen- und Waisen-Familien (Percipienten).

a. Uebersicht der Mitglieder in den Jahren 1841 und 1842.	General-Wittwen-Casse.	Bormalige Bruchsaler Civildiener-Wittwen-Casse.			Bormalige Ketsgauer Wittwen-Casse.	Bei allen Classen zusammen.
		I. Classe.	II. Classe.	III. Classe.	verschiedene Classen.	
Am Anfang der Rechnungszeit 1. Mai 1841	2215	1	4	8	8	2236
Im Laufe der Rechnungszeit bis Ende October 1842 hinzugekommen	120	—	—	—	nebst noch 1, der schon unter 2215 begriffen ist.	120
zusammen	2335	1	4	8	8	2356
Im Lauf der Rechnungszeit abgegangen	114	1	—	1	2	118
Auf 1. November 1842 verblieben	2221	—	4	7	6	2238
b. Uebersicht der Wittwen- und Waisen-Familien.						
Am Anfang der Rechnungszeit	919	1	12	15	9	956
Im Lauf der Rechnungszeit hinzugekommen	67	1	—	—	4	72
zusammen	986	2	12	15	13	1028
Im Lauf der Rechnungszeit abgegangen	68	—	1	1	2	72
Auf 1. November 1842 verblieben	918	2	11	14	11	956

V. Beneficien-Liste.

Unter Hinweisung auf die zuletzt bekannt gemachte vollständige Liste bei der Uebersicht von 1835, Regierungsblatt 1837, Stück XVII. Beilage, werden folgende Veränderungen pro 1841 und 1842 angezeigt.

Betrag des Beneficiums im Jahr 1835.		Abgang an Wittwen und Waisen in den Jahren 1841/42.		Zeit der Entstehung des Beneficiums.	Betrag in den Jahren 1841 u. 1842.	
		Namen.	Tag des Abganges			
fl.	fr.				fl.	fr.
72	36	1. Frau Registrator Kerner . . .	25. April 1842.	v. 23. April 1803.	71	35
52	15	2. „ Münzmeister Bierordt . . .	15. März 1842.	„	45	43
56	50	3. „ Hofkoch Rah	20. April 1842.	„	55	15
19	48	4. Jäger Buchholz Wittwe . . .	26. Juni 1842.	„	22	53
105	36	5. Frau Registrator Herßler . . .	17. Oct. 1842.	Jahr 1810.	154	35
79	12	6. Umgelverheber Robitz Wittwe	23. Oct. 1842.	„	117	15
135	18	7. Frau Amtsdrevisor Friederici .	18. April 1842.	„ 1812.	130	48
44	33	8. Stallbedient Andr. Kasper Wit.	19. Mai 1841.	„	2	21
495	—	9. Frau Staatsrath von Vossel u. 495 fl. Rest vom Jahr zuvor .	5. Mai 1842.	„ 1813.	501	52
85	48	10. Frau Landchirurg Rärcher . .	28. Aug. 1841.	„	28	7
275	33	11. „ Kreisrath Fuchs	11. Juni 1841.	„	31	23
158	24	12. „ Forstinspektor Schweikard	29. Sept. 1841.	„ 1815.	65	33
384	27	13. „ Geheimerrath Odenwald . .	11. Aug. 1841.	„ 1816.	107	51
183	9	14. „ Amtsdrevisor Engelberger	2. Juli 1842.	„ 1817.	214	41
128	42	15. „ Landbaumeister Krämer . .	19. Aug. 1842.	„ 1818.	167	40
37	57	16. Hohlentnecht Jak. Kehlhofer Wit.	26. März 1842.	„	34	22
113	51	17. Frau Secretär Obermüller . .	26. Febr. 1842.	„	93	36
198	—	18. „ Oberrechnungs Rath Kreg- linger	2. August 1842.	„ 1819.	248	36
222	45	19. Polizeirath Stark	14. Juli 1842.	„	268	32
61	3	20. Pförtner Ruprecht Witb. . .	24. Jan. 1842.	„ 1820.	44	47
85	48	21. Förster Petri Wittwe	6. Octob. 1841.	„	37	10
207	54	22. Frau Amtmann Schneck . . .	25. Nov. 1841.	„	118	23
264	—	23. „ Kreisrath Schmud	19. Jan. 1842.	„	189	56
82	30	24. „ Medicinalrath Saupp . . .	6. August 1842.	„ 1821.	104	30
51	9	25. Stallbedient. G. Walther Witb.	1. April 1842.	„ 1822.	47	1
31	21	26. Förster Wagner Witb. . . .	21. Octob. 1842.	„ 1823.	46	14
66	—	27. Accisor Grimm Witb.	7. Juni 1841.	„	6	47
57	45	28. Förster Bartelmez Witb. . .	31. März 1842.	„	52	56
108	54	29. Kangleidiener Schneider Witb.	8. Januar 1842.	„ 1824.	75	1
181	30	30. Frau Secretär Rutschmann . .	28. Oct. 1842.	„ 1825.	271	14
54	27	31. Hoflaquais Jacob Kiefer Witb.	2. Juli 1841.	„ 1826.	9	22

Betrag des Beneficiums im Jahr 1835.		Abgang an Wittwen und Waisen in den Jahren 1841 u. 1842.		Zeit der Entstehung des Beneficiums.	Betrag in den Jahren 1841 u. 1842.	
fl.	fr.	Namen.	Tag des Abgangs		fl.	fr.
47	51	32. Gartenknecht Sturni minderjährige Tochter	4. Febr. 1842.	Jahr 1826.	36	14
181	30	33. Frau Domänenverwalter Grececius	29. Nov. 1841.	" "	105	22
217	48	34. Forstmeister Keller minorene Tochter	31. Aug. 1841.	" "	72	36
165	—	35. Ingenieur Kummer minorener Sohn	17. Sept. 1842.	" "	227	47
62	42	36. Kanzleibot Habermaier Wittwe	25. März 1842.	" "	56	36
135	18	37. Küchenmeister Körper minorener Sohn	27. Aug. 1842.	" 1827.	179	16
181	30	38. Frau Registrator Repler	22. Mai 1841.	" "	11	5
156	45	39. " Domfabrikpfleger Mop	1. Mai 1842.	" "	157	10
445	30	40. " Geheimrath Walz	4. Aug. 1841.	" 1828.	116	19
36	18	41. Förster Böttlinger minor. Tochter	15. Aug. 1841.	" "	10	37
201	18	42. Frau Physikus Mees	30. Sept. 1842.	" 1829.	285	11
19	48	43. Zollbereiter Egri Wittve	11. Febr. 1842.	" "	15	27
198	—	44. Frau Stiftschaffner Zollikofer	12. Mai 1842.	" "	204	36
264	—	45. " Hofgerichtsrath Preiß	6. Juni 1841.	" "	26	24
79	12	46. Hofakals Kleeb minderjährige Tochter	29. Sept. 1841.	" "	32	34
212	51	47. Frau Secretär Ulmicher	8. Dec. 1841.	" 1830.	128	54
379	30	48. " Geheime Finanzrath Holzmann	10. Juli 1841.	" 1831.	73	48
495	—	49. " Staatsrath v. Sengburg	3. März 1842.	" "	416	37
148	30	50. " Postexpeditor Mees	12. Juni 1841.	" "	29	42
51	9	51. Hausfuhrknecht Glasner Wittve	30. Juni 1842.	" 1832.	59	40
89	6	52. Hausaufseher Frei Wittve	9. Dec. 1841.	" 1833.	54	12
		Es waren 66 fl. 50 fr. bezahlt, wurden aber 12 fl. 38 fr. wieder zurückgegeben.				
181	30	53. Frau Rechnungsrath Deuter	6. Okt. 1842.	" 1834.	260	9
49	30	54. Förster Bernauer Wittve	7. Sept. 1842.	" "	66	58
181	30	55. Secretär Estandinger minorener Sohn	2. Juli 1842.	" 1835.	212	45
165	—	56. Frau Expeditor Fries	9. Juni 1842.	" "	182	52
140	15	57. " Hauptkollamts-Controleur Keller	13. Mai 1842.	" "	145	19
122	6	58. " Kanzlist Hartmann	18. Juli 1842.	" "	148	33

Betrag des Beneficiums im Jahr 1835.		Abgang an Wittwen und Waisen in den Jahren 1841 u. 1842.		Zeit der Entstehung des Beneficiums.	Betrag in den Jahren 1841 u. 1842.	
		Namen.	Tag des Abganges			
fl.	fr.			Jahr 1836.	fl.	fr.
Jahr 1836. 42	54	59. Gartensnecht Schidle Wittwe	26. Febr. 1842.	" 1837.	35	17
Jahr 1837. 198	—	60. Frau Kanzleirath Fernand	22. Mai 1841.	" 1837.	12	6
" " 132	—	61. Hofkellermeister Eisele minderjäh- riger Sohn	22. Sept. 1842.	" "	183	42
" " 181	30	62. Frau Obergemeinder Stevert	27. Okt. 1842.	" "	179	59
" " 181	30	63. Physikus Dör minderjähriger Sohn	9. April 1842.	" "	170	54
Jahr 1838. 102	18	64. Landwirth Stark minderjäh- rige Tochter	19. Febr. 1842.	" 1838.	81	50
" " 115	30	65. Frau Zollverwalter Regner	15. Jan. 1842.	" "	81	49
" " 117	9	66. Hofofficiant Stuhl minorenn- er Sohn	24. Nov. 1841.	" "	66	3
Jahr 1839. 330	—	67. Frau Regierungsrath Gehler	22. Okt. 1842.	" 1839.	487	40
Jahr 1840. 59	24	68. Stallbedient Herrmann mino- renne Tochter	5. Nov. 1841.	" 1840.	30	32
Bei der Bruchsaler Civildiener- Wittwenkasse.						
In der II. Classe:						
Jahr 1835. 184	48	1. Frau Kammerrath Bischoff	14. Mai 1841.	" 1832.	7	11
In der III. Classe:						
90	—	2. Ballier Breuer Wittwe	25. Febr. 1842.	" 1825.	73	45
Bei der Alekgauer Wittwen- kasse.						
In der II. Classe B.:						
450	—	1. Frau Oberamtmann Teufel	10. Febr. 1842.	" 1835.	350	—
In der V. Classe:						
150	—	2. Frau Ranglist von Spenner	9. April 1842.	Vor 1823.	141	15

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 15. Dezember 1843.

Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Ansicht des §. 62 der Verfassungsurkunde; in Erwägung, daß Unsere getreuen Stände die Verathung des ihnen vorliegenden Auflagengesetzes für die Kalenderjahre 1844 und 1845 bis jetzt noch nicht vornehmen konnten; und nach Ansicht Unseres provisorischen Gesetzes vom 10. vorigen Monats, den Steuereinzug im gegenwärtigen Monat Dezember betreffend — haben Wir beschlossen und verordnen:

Die vier Monatsraten der directen Steuern, sowie die indirecten Steuern, welche in den Monaten Januar, Februar, März, April und Mai 1844 zum Einzuge kommen, sind nach dem bestehenden Umlagefuß und den bestehenden Tarifen zu erheben.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 7. Dezember 1843.

Leopold.

von Böckh.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Bekanntmachungen.

Die Tilgung des Anlehens der Amortisationskasse von 5 Millionen Gulden vom Jahr 1820 betreffend.

Man bringt hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die 23te und letzte Gewinnziehung von dem im Jahr 1820 mit den Bankhäusern Johann Goll und Söhne zu Frankfurt a. M. und C. Haber sen. dahier negotirten Anlehen von 5 Millionen Gulden planmäßig am 30. v. M. statt gefunden hat, und daß die Einlösung der dabei gezogenen letzten 9200 Nummern durch die Amortisationskasse am 1. März 1844 geschehen wird; wenn es die Inhaber der Loose nicht vorziehen, ihre Gewinne früher bei dieser Kasse gegen Abzug von $\frac{1}{2}$ Kreuzer vom Gulden zu erheben
Carlsruhe, den 2. Dezember 1843.

Ministerium der Finanzen.
von Böckh.

Vdt. Molter.

Der Kaufmann G. H. Dreyfuß dahier hat um die Erlaubniß gebeten, seinen bisherigen Familiennamen mit dem Namen „Denison“ vertauschen zu dürfen. Dies wird unter Bezug auf die höchste Verordnung vom 18. Januar 1838 (Regierungsblatt Nr. V.) mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß diejenigen, welche gegen Ertheilung der gebetenen Erlaubniß Einsprache machen wollen, solche

innerhalb drei Monaten

Bei dem unterzeichneten Ministerium auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte stattgegeben wird.
Carlsruhe, den 6. Dezember 1843.

Justizministerium.

Jolly.

Vdt. Bachelin.

Medaillen-Verleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Bürgermeister Baier in Wahlberg in Anerkennung seiner langjährigen und treuen Dienste, die kleine goldene Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, den Amtsassessor Wilhelm Meier in Lörrach bis zu Wiederherstellung seiner Gesundheit einstweilen auf ein Jahr in den Ruhestand zu versetzen und

die katholische Pfarrei Niederrammer, Amts Tryberg, dem Pfarrverweser Johann Nepomuk Moser in Darlanden zu übertragen.

Die Fürstlich Leiningensche Präsentation des Pfarrers Römig von Oberschefflenz auf die katholische Pfarrei zu Giersheim, Amts Tauberbischofsheim, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Die Fürstlich Fürstenbergische Präsentation des Pfarrers Karl Simgrün zu Krumbach auf die Pfarrei Eßlingen, Amts Möhringen, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Bezirksamt Lörrach ist die Stelle eines Assessors in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen bei der Regierung des Oberrheinkreises vorschriftsmäßig zu melden.
2. Durch das am 17. October l. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Joseph Schik ist die katholische Pfarrei Michelbach, Amts Gernsbach, mit einem beiläufigen Ertrag von 600 fl. in Erledigung gekommen. Die Competenten haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath vorschriftsmäßig zu melden.
3. Durch das am 25. October d. J. zu Lautlingen erfolgte Ableben des Pfarrers Placidus Abt ist die katholische Pfarrei Güttingen, Amts Konstanz, mit einem beiläufigen Ertrag von 600 fl. erledigt worden. Die Competenten um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
4. Durch die Beförderung des Pfarrers Simgrün auf die Pfarrei Eßlingen, Amts Möhringen, ist die Pfarrei Krumbach, Amts Mößkirch, mit einem beiläufigen Ertrag von 1500 fl. erledigt. Die Competenten um diese Pfarrpfünde, auf welcher
 - a. ein Provisorium von jährlich 144 fl. 49 kr. bis Johann Baptist 1851,
 - b. ein solches von jährlich 150 fl. bis zum Jahr 1856,
 - c. ein Provisorium von 65 fl. zu 4 pCt. verzinslich, vom Jahr 1845 anfangend, in zehn Jahren zu tilgen besteht,
 haben sich bei der Fürstlich Fürstenbergischen Standesherrschaft nach Vorschrift zu melden.
5. Durch die Beförderung des Pfarrers Franz Maier auf die Pfarrei Heßfeld, Amts Borberg, ist die katholische Pfarrei Loßbach, Amts Mosbach, erledigt worden. Die Competenten um diese, ein Einkommen von beiläufig 500 fl. gewährende, Pfarrpfünde haben sich bei der Fürstlich Leiningenschen Standesherrschaft als Patron nach Vorschrift zu melden.

Großherzoglich Badisches
Staats- und Regierungsblatt.

Zweiundvierzigster Jahrgang.
Nr. I. bis XXXVI.

Mit Großherzoglich Badischem gnädigstem Privilegium.

Carlsruhe.

Gedruckt und zu haben im Comptoir des Staats- und Regierungsblattes.

1844.

Sach-Register

zum

Staats- und Regierungsblatt für das Jahr 1844.

A.

	Nro.	Seite
Abänderung des Zollvereinstarifs	6.	49
Abgaben, Durchfuhrabgaben	6.	49
— Durchgangsabgaben auf kurzen Straßen	6.	50
Ablösung, Zehnt-, die Verzinsung des Staatszuschusses der Zehntablösung	17.	134
Achern, Errichtung einer Bauinspektion daselbst	27.	238
Altneudorf, Erhebung desselben zu einer selbstständigen Gemeinde	8.	63
Amt, Errichtung eines Bezirksamts in Donaueschingen	3.	13
	13.	98
	2.	5
Anlehen, Eisenbahn-Anlehen	31.	293
	34.	307
— Serienziehung für die sechste Gewinnziehung von dem Anlehen von 5,000,000 fl.	4.	22
— Tilgung des Eisenbahnanlehens	5.	26
— Sechste Gewinnziehung für das Anlehen vom Jahre 1840 von 5,000,000 fl.	5.	27
— für die Eisenbahnschuldentilgungskasse	9.	73
— der Amortisationskasse zu 5,000,000 fl. vom Jahr 1820	18.	137
— Siebente Gewinnziehung	23.	189
Annahme von Geschenken für Geschäfte der Rechtspolizeiverwaltung	26.	226
Aufhebung der Domänenverwaltung und Forstkasse Giffigheim	24.	194
— der Domänenverwaltung und Forstkasse Rastatt	1.	2
— der Rheinzollnachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein	7.	60
— des Eingangszolls auf Steinfohlen	24.	192
Auslieferung, Staatsvertrag mit Frankreich wegen Auslieferung von Verbrechern	22.	169
— Staatsvertrag mit Belgien wegen Auslieferung von Verbrechern	27.	231
Austritt der Lehrer aus ihren Diensten	8.	64

B.

Bahnhöfe, Bauen in der Nähe derselben	9.	72
Bauen in der Nähe der Eisenbahn und der Bahnhöfe	9.	72
Bau-Inspektionen, Errichtung von drei neuen Inspektionen, Achern, Emmendingen und Waldshut	27.	238
	15.	109
Belgien, Eingangszoll für das aus Belgien eingehende Eisen	25.	216
— Staatsvertrag mit Belgien wegen Auslieferung von Verbrechern	27.	231
— Handels- und Schifffahrtsvertrag	33.	297
Benutzung der Staatskataster zu Gemeinde-Umlagen	1.	1
	11.	83
Bequartierung der Großherzoglichen Truppen	36.	319
	5.	29
	13.	104
Berichtigung	24.	196
	26.	229
	33.	306
— der Pfandbücher	4.	19
Berlin, Industrieausstellung	10.	80
Bescheide, Bestimmung des Termins zur Ertheilung der Rechnungsbefehle	27.	231

	Nro.	Seite
Besoldungen der Staatsdiener	17.	133
Blumberg, Errichtung einer neuen Bezirksforstrei daselbst	21.	158
Böhrversuche auf Steinkohlen	7.	59
Brandversicherungs-Anstalt, Stand derselben im Jahre 1843	21.	59
Büdingen, Durchgangszoll	7.	57
— die Zuteilung der dortigen Pfarrei dem Dekanat Schopfheim	31.	294
C.		
Cammeralcandidaten, Staatsprüfung	22.	172
Conscription für das Jahr 1845	13.	98
	26.	225
	27.	235
D.		
Darlehen, Zinsfuß des Darlehens der Zehntschuldentilgungskasse	34.	309
— Bestimmung des Zinsfußes bei Darlehen der Zehntschuldentilgungs-Kasse	1.	3
— der Eisenbahnschuldentilgungs-Kasse gegen Deckung durch Kaufpfand	7.	53
Declaration, unrichtige der Messger beim Schlachten von größerem Rindvieh	7.	55
	11.	88
Dienner, niedere, Pensionirung der Gendarmen-Brigadiers	7.	53
— Aufnahme derselben in die Wittwenkasse	31.	298
Dienstbezirk der Hauptzolämter Stühlingen und Randed	8.	65
Domänenverwaltung Rastatt, Aufhebung derselben	1.	2
— Rauenberg, Verlegung derselben nach Wiesloch	1.	2
— Aufhebung der Domänenverwaltung Giffigheim	24.	193
— Eitenheim, Aufhebung derselben	33.	306
Donaueschingen, Errichtung eines Amtes daselbst	3.	13
	13.	98
— Aenderung der Obergemeindebezirke Donaueschingen und Engen	24.	194
Durchfuhrabgaben	6.	49
Durchgangsabgabe auf kurzen Straßen	6.	50
Durchgangszoll bei Büdingen	7.	57
E.		
Eingangszollsatz von ausländischem Zucker, Sprup	14.	106
Eingangszoll, Aufhebung desselben auf Steinkohlen	24.	193
— von aus Belgien eingehendem Eisen	15.	109
— von belgischem Eisen	25.	216
Einzug der Steuern	7.	59
	12.	93
Eisen, Eingangszoll von belgischem Eisen	25.	216
— Abänderung der Eingangszollsätze	14.	105
— Eingangszoll für das aus Belgien eingehende Eisen	15.	109
Eisenbahn, Tilgung des Anlehens	2.	5
	5.	26
— Deckung der Eisenbahnschuldentilgungskasse durch Kaufpfand	7.	53
— Tare für Gtasetten	8.	65
— Bauen in der Nähe derselben	9.	72
— Schuldentilgungskasse	9.	73
— der Betrieb derselben der Section IV. und Tarif	9.	73
— Betriebsverwaltung	9.	74
— Schuldentilgungskasse, Verjährung der deßfalligen Staatspapiere	11.	83
— Gütertransport	20.	149
— Anlehen	31.	293
— Anlehentilgung	34.	307
Emmendingen, Errichtung einer Bauinspection daselbst	27.	239
Engen, Aenderung der Obergemeindebezirke Donaueschingen und Engen	24.	194
Erhebung des Orts Altnendorf zu einer selbstständigen Gemeinde	8.	63

	Nro.	Seite
Erhebung des Orts Hartshwand zu einer selbstständigen Gemeinde	8	63
— des Orts Hausgereuth zu einer selbstständigen Gemeinde	8	64
Kasaffeten-Taxe für die Eisenbahn	8	65
F.		
Kaufpfand, Dedung der Darlehen der Eisenbahnschuldentilgungs-Kasse durch Kaufpfand	7.	53
feuer-Versicherungs-Anstalt, Umlage der Beiträge zu derselben	13.	99
finanzgesetz für die Jahre 1844 — 1845	16.	118
Forbach, Errichtung einer Bezirksforstrei daselbst	24.	193
Forstbezirke, Aufhebung der Forstbezirke Nordrach und Müllstett und Bildung dreier neuen		
Bezirksforstereien zu Zell am Hammersbach, Offenburg und Rork	25.	217
Bildung einer neuen Bezirksforstrei in Müllheim	25.	217
Forstasse, Rastatt, Aufhebung derselben	1.	2
— Aufhebung der Forstasse in Giffigheim	24.	194
Forstrei, Errichtung einer neuen Bezirksforstrei in Blumberg	21.	158
— Errichtung einer neuen Bezirksforstrei in Forbach	24.	193
Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft zur Versicherung auf Waaren auf dem Rhein	15.	133
Frankreich, Staatsvertrag wegen Auslieferung von Verbrechern	22.	169
Freihafen, Errichtung eines Freihafens in Kehl	12.	95
Führen, Stellung und Vergütung der Militärführen	8.	61
— Militärführen, deren Vergütung	23.	177
G.		
Gehalte der Staatsdiener	17.	133
Geistliche, katholische, Prüfung derselben	8.	65
Gemeinde, Benugung der Staatskataster zu Gemeinde-Umlagen	1.	1
Gemeindeordnung, Vollzug des §. 134 derselben — Führung und Stellung der Ge-		
meinde-Rechnungen	29.	253
Aufstellung der Gemeinde-Voranschläge	30.	277
Gendarmerie, Pensionirung der Gendarmerie-Brigadiers	7.	53
Geschenke, Annahme von Geschenken für Rechtspolizeigeschäfte	26.	226
Gewinnziehung, sechste, für das Anlehen vom Jahre 1840 von 5,000,000 fl.	5.	27
Giffigheim, Aufhebung der Domänenverwaltung und Forstasse in Giffigheim	24.	194
Güter-Transport auf der Eisenbahn	20.	149
Gymnasien, Besuch derselben im Schuljahre 1842/43	9.	74
H.		
Handelsvertrag mit Belgien	33.	297
Hartshwand, Erhebung zu einer selbstständigen Gemeinde	8.	63
Hauptzollämter, der Dienstdistrikt der Hauptzollämter Stühlingen und Randed	8.	65
Hausgereuth, Erhebung zu einer selbstständigen Gemeinde	8.	64
Höbgebur für die Einzüge der Beiträge zur Schullehrer-Wittwen- und Waisenkasse	2.	5
Herder, Schutz der Werke desselben gegen den Nachdruck	27.	238
Hohere Bürgerschulen, Besuch derselben im Schuljahr 1842/43	9.	74
Hittenverwaltung, Errichtung einer solchen in St. Blasien und Tiefenstett	13.	99
I.		
Impfung, Schuppoedenimpfung in den Jahren 1841 und 1842	31.	294
Industrie-Ausstellung in Berlin	10.	80
Ingenieur-Candidaten, deren Prüfung	25.	213
K.		
Kadelburg, die Zuthellung der dortigen Pfarrei dem Dekanat Schopstheim	31.	294
Kataster, Benugung der Staatskataster zu Gemeindeumlagen	1.	1
Kehl, Errichtung eines Freihafens in Kehl	12.	95
Kleinholzheim, Verzichtleistung des Grafen von Waldfirch auf das Recht der Aus-		
übung der Forst- und Jagdpolizei in der Kleinschloßheimer Gemarkung	5.	26
Konkursprüfung der katholischen Geistlichen	8.	65
Kork, Bildung einer neuen Bezirksforstrei daselbst	25.	217
Kuppenheim, Aufhebung der dortigen Posthakerei	5.	25

	Nro.	Seite
L.		
Landstände, siehe Ständerversammlung.		
Lehramts-Candidaten, deren Prüfung	25.	219
Lehrer, Austritt derselben aus ihren Diensten	8.	34
Locomotive, Prüfung derselben	9.	71
Löserdürre, Vorsichtsmaßregeln gegen Einschleppung derselben	32.	27
Lyceen, Besuch derselben im Schuljahr 1842/43	9.	4
M.		
Marzell, Aufhebung der Bezirksforstrei daselbst	25.	28
Medaillen-Verleihungen, siehe Verdienstmedaillen-Verleihungen.		
Medicamenten-Taxe	12.	13
	31.	23
Megger, unrichtige Declaration beim Schlachten von großem Rindvieh	7.	5
	11.	8
Militär-Wittwenklasse, deren Vermögensstand	5.	7
Militärführen, deren Stellung und Vergütung	8.	11
Militär, Bequartierung und Verpflegung	11.	33
— Führen, deren Vergütung	23.	77
— Wittwenklasse, der Vermögensstand im Jahr 1843	24.	85
— Verpflegung der Großherzoglichen Truppen im Frieden	36.	19
Modifikation des §. 46 des Zollstrafgesetzes vom 3. August 1837	7.	54
Müllheim, Bildung einer neuen Bezirksforstrei daselbst	25.	17
N.		
Nachdruck, Schutz der Werke Richters, Wielands und Herbers gegen den Nachdruck	27.	38
Nachlässe, des Rheinzolls zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein	7.	60
Nebenzollamt, Errichtung eines in Waghäusel	24.	93
Nordrach, Aufhebung der Bezirksforstrei daselbst	25.	17
O.		
Obereinnehmeri Einsheim, Vereinigung eines Theils derselben mit der Domänenverwaltung Rauenberg	1.	2
— Aenderung der Obereinnehmeri-Bezirke Donaueschingen und Engen	24.	94
Oberlasten, die Führung von Oberlasten auf den den Rhein befahrenden Segelschiffen	4.	17
Oberrhein, Zollnachlässe	7.	60
Offenburg, Bildung einer neuen Bezirksforstrei daselbst	25.	17
Ordenssache.		
Höchste Erlaubniß zur Tragung fremder Orden.		
für den Staatsminister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten von Dusch, zur Tragung des Großkreuzes des königlich belgischen Leopoldordens	5.	28
— den Viceoberstkammerherrn und Hofdomänen-Intendanten Grafen von Broussel zur Tragung des Großkreuzes des herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens	5.	28
— den Viceoberstallmeister, Obersten und Flügeladjutanten Freiherrn von Seldenet zur Tragung des großherzoglich oldenburgischen Ehrengroßcomthurkreuzes	5.	28
— den Geheimenrath und Professor Dr. Chelius zur Tragung des Ritterkreuzes des Ordens der württembergischen Krone	11.	91
— den Dompräbendar Dr. Müller in Freiburg zum Tragen des königlich griechischen Ritterkreuzes des Erlöserordens	13.	01
— den Legationsrath von Schweizer zum Tragen des großherzoglich hessischen Commandeurkreuzes des Ordens Philipps des Großmüthigen	15.	33
— den Kammerherrn Freiherrn von Schreckenstein zur Tragung des großherzoglich hessischen Commandeurkreuzes I. Classe des Ordens Philipp des Großmüthigen	19.	47
— den Oberstlieutenant und Flügeladjutanten v. Krieg zur Tragung des königlich preussischen Rothen Adlerordens III. Classe	19.	17
— den Director K o c h l i z zum Tragen des königlich französischen Ritterkreuzes des Ordens der Ehrenlegion	21.	19

	Nro.	Seite
für den Viceoberstkammerherrn und Hofdomänen-Intendanten Grafen von Broussel zum Tragen des großherzoglich oldenburgischen Großkreuzes des Haus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig	23.	189
— den Kammerherrn Legationsrath Freiherrn von Reizenstein zum Tragen des kaiserlich österreichischen Ordens der eisernen Krone III. Classe	24.	196
— den Major Holz zum Tragen des großherzoglich hessischen Commandeurekreuzes II. Classe des Ordens Philipps des Großmüthigen	26.	229
— den Kammerherrn Freiherrn von Reischach zum Tragen des Ritterkreuzes des herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens	28.	251
— den Major von Roggenbach zum Tragen des Verdienstkreuzes des herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens	34.	309
— den Major und Zeughausdirector Köbel zum Tragen des nämlichen Ordens	34.	310
— den Hauptmann und Adjutanten Waag zum Tragen des nämlichen Ordens	34.	310

Ordens-Verleihungen.

A. Des Ordens vom Bähringer Löwen.

a. des Großkreuzes:

dem königlich bayerischen Bundestagsgesandten, Geheimenrath von Oberkamp	3.	15
— sächsischen Bundestagsgesandten von Rostiz und Jänkendorf	8.	66
— Viceoberstkammerherrn und Hofdomänen-Intendanten Grafen Broussel	9.	91
— kaiserlich österreichischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, wirklichem Kämmerer, Grafen von Ugarte-Meldemann	15.	113
— königlich württembergischen Kriegsminister, Generalleutenant, Grafen von Sontheim	34.	310
— großherzoglich hessischen Kriegsminister, Generalleutenant Freiherrn von Steinling	34.	310

b. den Stern zum bereits innehabenden Commandeurekreuz:

dem Geheimenrath und Regierungsdirector Dahmen	5.	28
— Viceoberstallmeister, Obersten und Flügeladjutanten Freiherrn von Seldeneck	9.	91

c. des Commandeurekreuzes:

dem großherzoglich oldenburgischen Kammerherrn und Adjutanten Frhrn. von Egloffstein	5.	28
— Stadtrath Merian		
— herzoglich sachsen-gothaischen Kammerherrn und Adjutanten Frhrn. v. Wangenheim		
— kaiserlich königlich österreichischen Kämmerer und fürstlich Thurn- und Taris'schen Oberpostmeister, Freiherrn von Brinck-Treuenfeld		
— Professor von Schwantaler in München	25.	222
— königlich preussischen Oberceremonienmeister Freiherrn von Stillfried	30.	292
— königlich württembergischen Obersten von Faber du Faur	34.	310
— königlich württembergischen Obersten von Brand		
— großherzoglich hessischen Obersten Wächter		

d. des Ritterkreuzes:

dem Geheimenrath und Professor Dr. Schloffer	2.	8
— Hofgerichtsdirector Litschgi		
— Ministerialrath Walz		
— Ministerialrath Fuchs		
— Ministerialrath Rinberger		
— Domänenrath Maier		
— Finanzrath Bader		
— Oberpostrath Kreglinger		
— Hofrath und Professor Dr. Schweins		
— Hofrath und Professor Dr. Fromberg		
— Medizinalrath und Amtshypothek Dr. Siegel		
— Rheinschiffahrts-Inspector Wirth		
— Oberzollinspector Soll		
— Stadtpfarrer Muth		
— Pfarrer Eisenlohr		
— Pfarrer Bauer		
— Bürgermeister Wagner		

— VIII —

	Nro.	Seite
dem	9.	91
—	13.	101
—	15.	113
—	19.	147
—	21.	159
—	23.	189
— pensionirten Hauptmann Gemehl	27.	239
— fürstl. fürstbergischen Hofrath du Mont	30.	292
— Inspector der königl. bairischen Erzieherei, Ferdinand Müller	34.	310
— königl. württemb. Oberstleutnant von Weissenstein	1.	2
— großherzoglich heffischen Oberstleutnant Glosd	1.	2
Organisation, Aufhebung der Domänenverwaltung und Forstkasse Rastatt	5.	25
— die Verlegung der Domänenverwaltung Rauenburg nach Wiesloch	8.	65
— die Aufhebung der Forsthalterei Ruppenheim	9.	74
— den Dienstbezirk der Hauptzollämter Süßlingen und Randes	3.	13
— der Eisenbahnbetriebsverwaltung	13.	98
— Errichtung eines Bezirksamts in Donaueschingen	13.	99
— Errichtung einer ärarischen Hüttenverwaltung zu St. Blasien und Tiefenstein	21.	158
— Errichtung einer neuen Bezirksforstrei in Blumberg	24.	193
— Errichtung einer neuen Bezirksforstrei in Forbach	24.	193
— Errichtung eines neuen Nebenzollamts I. Classe zu Waghäusel	24.	194
— Aufhebung der Domänenverwaltung und Forstkasse in Siffingheim	24.	194
— die Aenderung der Obergemeindebezirke Donaueschingen und Engen	25.	217
— Aufhebung der Forstbezirke Nordrach und Willstätt und Bildung dreier neuen Bezirksforstreien zu Zell am Hammersbach, Offenburg und Rott	25.	217
— Bildung einer neuen Bezirksforstrei in Mühlheim und Aufhebung der Bezirksforstrei Marzell	27.	238
— Errichtung von drei neuen Bauinspektionen in Achern, Emmendingen und Waldshut und Eintheilung der Bezirke der übrigen Bauinspektionen	31.	294
— die Zuteilung der Pfarreien Kadelburg und Büdingen zu dem Dekanat Schopfheim	33.	306
— Aufhebung der Domänenverwaltung Eichenheim	35.	315
— eines Staatsraths		
¶.		
Paragraph 134. der Gemeindeordnung, Vollzug dieses Paragraphen	29.	253
Patente, Rheinschiffahrtspatente	10.	79
Pfandbücher-Versicherung	4.	19
Pensionirung der niedern Diener (Gendarmen-Brigadiers)	7.	53
Pensionen, Verabfolgung derselben ins Ausland	9.	72
Pest, Rinderpest — Einschleppung derselben	32.	297
Polytechnische Schule, Uebersicht der Schülerzahl im Jahr 1843/44	5.	26
Postfache, Aufhebung der Posthalterei Ruppenheim	5.	25
Postdistanzbestimmung zwischen Pforzheim und Wilsbergingen	8.	65
— zwischen Pforzheim und Herrenalß	9.	73
Posttaxe, Bestimmung derselben	8.	65
— der Etschfettentaxe für die Eisenbahn	8.	65
Prädicat, an den Erbgroßherzog „Königliche Hoheit“ an die übrigen Prinzen und Prinzessinnen des Großherzoglichen Hauses — „Großherzogliche Hoheit“	21.	157
Prämien, für Bohrversuche auf Steinkohlen	7.	59
Preisvertheilung an der Universität Heidelberg	2.	6

	Nr.	Seite
Privilegium, Ertheilung an die Gebrüder Mayer in Langensteinbach und Gillingen für die von ihnen erfundene Methode des Bleichens leinener Stoffe mit kaltem Wasser	32.	298
Prüfung der katholischen Geistlichen	8.	65
— der Lokomotive	9.	71
— der Ingenieur-Candidaten	25.	213
— der Candidaten der Theologie	25.	219
— der Lehramtskandidaten	25.	219
— der Forstkandidaten	26.	228
H.		
Randed, den Dienstbezirk des Hauptzollamts Randed	8.	65
Rastatt, Aufhebung der Domänenverwaltung und Forstasse Rastatt	1.	2
Rauenberg, Verlegung der dortigen Domänenverwaltung nach Wiesloch	1.	2
Rechnungsbescheide, Bestimmung des Termins zur Ertheilung derselben	27.	231
Rechtspolizeiverwaltung, Geschenkannahme für Geschäfte in derselben	26.	226
Rechnungen, Führung und Stellung der Gemeinderrechnungen	29.	253
Regierungsblatt, Verlag desselben	30.	277
Rentenscheine, Verlosung und Rückzahlung 3½procentiger Rentenscheine	34.	307
— — — — —	24.	194
— — — — —	26.	226
Rhein, die Führung von Oberlasten auf den, den Rhein befahrenden, Segelschiffen	4.	17
Rheinzollnachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein	7.	60
Rheinschifffahrtspatente	10.	79
— Centralcommissions-Versammlung	19.	145
— Vertrag mit Belgien	33.	297
Richter, Schutz der Werke desselben gegen Nachdruck	27.	238
Rinderpest, Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung derselben	32.	297
Rindvieh, Schlachten von größerem Rindvieh	7.	55
— — — — —	11.	88
Rübenroh Zucker, Steuerfag von demselben	14.	106
Rübenzuckersteuer	19.	145
S.		
Schifffahrt, Rheinzollnachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein	7.	60
— Rheinschifffahrtspatente	10.	79
— Rheinschifffahrts-Centralcommission	19.	145
— Vertrag mit Belgien	33.	297
Schlachten von größerem Rindvieh	7.	55
— — — — —	11.	88
Schriftverfassungsrecht, Ertheilung desselben.		
a. In Justizsachen. — An die Rechtspraktikanten: Julius Levinger	7.	4
— Bernard Thiergärtner	14.	108
— August Störf	15.	134
b. In Verwaltungssachen. — An die Rechtspraktikanten: Schlar	1.	4
— Lutschka	1.	4
— Franz Bühler	5.	29
— Adolph Dreher	8.	68
— August Störf	25.	222
Schuldentilgungskasse (Zehnt-), Bestimmung des Zinsfußes für das Jahr 1844	1.	3
Schullehrer, Wittwen- und Waisenkasse	2.	5
— — — — —	25.	219
Schuppockenimpfung	34.	294
Segelschiffe, die Führung von Oberlasten auf den, den Rhein befahrenden Segelschiffen	4.	17
Serienziehung für die 6. Gewinnziehung von dem Ansehen von 5,000,000 fl.	4.	22
Sinsheim, Vereinigung eines Theils der dortigen Obereinnehmeri mit der Domänenverwaltung Rauenberg	1.	2
Staatsdiener, Besoldungen derselben betreffend	17.	133
Staatskataster, Benützung derselben zu Gemeindeumlagen	1.	1

	Nr.	Seite
Staatsprüfung der Cameralecandidaten	22.	172
Staatsrath, Organisation eines Staatsraths	35.	315
Staatsvertrag mit Frankreich wegen Auslieferung von Verbrechern	22.	169
Stahl, Abänderung der Eingangszollsätze	14.	105
Ständeverammlung:		
Ernennung des Regierungsraths Weigel zum landesherrlichen Commissär zur Vornahme der Wahl eines Abgeordneten für die Stadt Heidelberg	3	13
Ernennung des Geheimenraths Schaaff zum landesherrlichen Commissär zur Vornahme der Wahl eines Abgeordneten für den 19. Aemter-Wahlbezirk	3.	14
Pensionirung der Gendarmerie-Brigadiers	7.	53
Die Darlehen der Eisenbahnschuldentilgungskasse gegen Deckung durch Faustpfand	7.	53
Die Modification des §. 46. des Zollstrafgesetzes vom 3. August 1837	7.	54
Die Verwandlung unbeibringlicher Steuerstrafen	7.	55
Die unrichtige Declaration der Metzger beim Schlachten von größerem Rindvieh	7.	55
Den Durchgangszoll beim Ort Büdingen	7.	57
Die Aussetzung von Prämien für Bohrversuche auf Steinkohlen	7.	59
Der Steuereinzug	7.	59
Die Stellung und Vergütung der Militärführen	11.	93
Die Erhebung der Orte Altleudorf und Hartshwand zu selbstständigen Gemeinden	8.	61
Die Erhebung des Orts Hausgereuth zu einer selbstständigen Gemeinde	8.	63
Die Verjährung der auf Inhaber gestellten Staatspapiere der Eisenbahn- und Zehnt- schuldenentilgungskasse	8.	64
Die Bequartirung und Verpflegung der Großherzoglichen Truppen	11.	83
Nachweisungen über das Budget des Kriegsministeriums	11.	83
Steinkohlen, Prämien auf Bohrversuche	11.	89
Steuern, deren Einzug	7.	59
Steuerstrafen, Verwandlung unbeibringlicher Steuerstrafen	7.	59
Steuererhebung für die Jahre 1844—1845	12.	93
Wahl eines Abgeordneten in die I. Kammer für die Universität Heidelberg	7.	55
Wahl eines Abgeordneten in die II. Kammer für den 3. Aemter-Wahlbezirk	21.	157
Finanzgesetz, für die Jahre 1844 — 1845	13.	97
Gesetz, Funktionsgehälter und Besoldungen der Staatsdiener	13.	98
Estrafe, Abänderung des §. 46 des Zollstrafgesetzes	16.	117
Verwandlung der unbeibringlichen Steuerstrafen	17.	133
Syrup, Eingangszollsätze	7.	54
St. Blasien, Errichtung einer Hüttenverwaltung daselbst	7.	54
Steinkohlen, Prämien auf Bohrversuche	14.	106
— Aufhebung des Eingangszolls	13.	99
Steuern, deren Einzug	7.	59
— Strafen	24.	193
— Erhebung derselben von Rübenzucker Jahr 1844—45	7.	59
	12.	93
	7.	55
	19.	145
	Nr. S. Nr. S. Nr. S. Nr. S. Nr. S. Nr. S. Nr. S. Nr. S.	
Stiftungen	2. 7 3. 14 4. 22 8. 66 9. 75 13. 100 14. 108 19. 147	
	22. 174 24. 195 25. 222 26. 228 27. 239 31. 294 34. 309	
Sporeln, Aufstellung eines ständigen Sporelvisitators	25.	218
Estrafe, Abänderung des §. 46. des Zollstrafgesetzes	7.	54
— Verwandlung der unbeibringlichen Steuerstrafen	7.	54
Stählungen, den Dienstbistric des Hauptzollamts Stählungen	8.	65
Synagogenplätze	5.	25
Syrup, Eingangszollsätze	14.	106
	X.	
Tarif, Abänderung desselben für 1843, 1844 und 1845	6.	49
— der Verpflegung und Bequartirung der Großh. Truppen	11.	86
Taxe, Medicamententaxe	31.	293
	12.	93

	Nr.	Seite
Termin, Bestimmung des Termins zur Ertheilung von Rechnungsbefcheiden	26.	231
Theologen, deren Prüfung	25.	219
Tiefenfein, Errichtung einer Hüttenverwaltung daselbst	13.	99
Tilgung des Eisenbahnanlehens	2.	5
Transport, Gütertransport auf der Eisenbahn	5.	26
Truppen, Großherzogliche, deren Bequartierung und Verpflegung im Frieden	20.	149
Truppen, Großherzogliche, deren Bequartierung und Verpflegung im Frieden	36.	319
II.		
Umlagen, Venützung der Staatskataster zu Gemeindevumlagen	1.	1
Umlage der Beiträge zur Feuerversicherungsanstalt für 1843/44	13.	99
Universitäten, Uebersicht der Studirenden auf den Universitäten Heidelberg und Freiburg } im Jahr 1844	2.	6
— Preisvertheilung an der Universität Heidelberg	15.	130
— — — — —	2.	6
Urtheile, gerichtliche in Zehntablösungssachen	13.	97
B.		
Vaccination	31.	294
Verbrecher, Staatsvertrag mit Frankreich wegen Auslieferung von Verbrechern	22.	169
— — — — — Belgien — — — — —	27.	231
Verdienstmedaillenverleihungen:		
a. der großen goldenen Civilverdienstmedaille:		
an den Pfarrer Vogelbacher zu Erzingen	2.	9
— — — — — Kanzleirath Le Vique bei dem evangelischen Oberkirchenrath } — — — — — Rost zu Rastatt	5.	28
— — — — — Hofküchengärtner Hartweg dahier	8.	66
— — — — — Amtschirurgen Rodrian in Baden	11.	91
— — — — — Geheimen Kämmerer Frohmüller dahier	19.	147
— — — — — Zeichnungslehrer Schaffroth in Baden	21.	159
— — — — — Kanzleirath Dambacher dahier	34.	310
b. der kleinern goldenen Civilverdienstmedaille:		
für den Hauptlehrer Alois Bruder zu Baldkirch	11.	91
— — — — — Verwalter Barba in Waghäusel	21.	159
— — — — — Bürgermeister Herrel in Jegelshurst	25.	222
— — — — — — — — — — Kühler in Sandhofen	30.	292
— — — — — Hauptlehrer Bernard Jülich in Bühl	34.	310
— — — — — Hoblenmeister Ehrhard in Stutensee	9.	76
c. der silbernen Civilverdienstmedaille:		
an den Bürgermeister Stolz in Diselhausen	2.	9
— — — — — Amtsdienner Gottfried Sternheimer in Einsheim	3.	15
— — — — — Galleriedienner Langheinrich in Mannheim	5.	28
— — — — — Amtsdienner Leonhard in Bretten	8.	66
— — — — — Sternwardienner Oberlies in Mannheim	8.	66
— — — — — Hofgerichtskanzleidienner Rolle in Freiburg	9.	77
— — — — — Polizeiwachtmeister Würz in Freiburg	9.	77
— — — — — Bürgermeister Spießmann in Jülingen	25.	222
— — — — — Kanzleidienner Debold bei der Oberrechnungskammer } — — — — — Matrosen Karl Kohnschmidt in Mannheim	30.	292
— — — — — Gemeinderath Jakob Ehrhard in Jegelshurst	34.	310
Berein, Abänderung des Zollvereinstarifs	6.	49
— siehe übrigens Zoll.		
Bereinigung eines Theils der Obereinnahme Einsheim mit der Domänenverwaltung Ronenberg und Verlegung des Sitzes der letztern nach Wiesloch	1.	2
Bergütung der Militärsuhren	23.	177
Verfälschung der Staatspapiere	11.	83
Verlag, des Regierungsblatts	34.	307
Verpflegung der Großherzoglichen Truppen	11.	83
Verpflegung der Großherzoglichen Truppen	36.	317
Vertrag, Staatsvertrag wegen Auslieferung von Verbrechern	22.	169
— Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Belgien	33.	297

	Nr.	Seite
Vertrag, Staatsvertrag, mit Belgien wegen Auslieferung von Verbrechern	27.	231
Versicherung, Gesellschaft in Frankfurt zur Versicherung von Waaren auf dem Rhein	15.	133
Verwandlung der unbeibringlichen Steuerstrafen	7.	55
Verzichtleistung des Grafen von Waldbirch auf das Recht der Ausübung der Forst- und Jagdpolizei in der Gemarkung Kleineicholzheim	5.	26
Verzinsung des Staatszuschusses zur Zehntablösung	17.	134
Visitator, Aufstellung eines allgemeinen Exportelvisitators	25.	218
Voranschläge, Gemeindevoranschläge	30.	277
Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung der Kinderpest	32.	297
W.		
Wagbhäusel, Errichtung eines Nebenzolamts in Wagbhäusel	24.	193
Waisen-Casse der Schullehrer	2.	5
Waldbirch, Graf, Verzichtleistung auf das Recht der Ausübung der Forst- und Jagdpolizei in der Gemarkung Kleineicholzheim	25.	219
Waldbirch, Graf, Verzichtleistung auf das Recht der Ausübung der Forst- und Jagdpolizei in der Gemarkung Kleineicholzheim	5.	26
Waldbirch, Graf, Verzichtleistung auf das Recht der Ausübung der Forst- und Jagdpolizei in der Gemarkung Kleineicholzheim	27.	238
Waldbirch, Graf, Verzichtleistung auf das Recht der Ausübung der Forst- und Jagdpolizei in der Gemarkung Kleineicholzheim	27.	238
Wiesloch, Verlegung des Sitzes der Domänenverwaltung Rauenburg nach Wiesloch	1.	2
Willstett, Aufhebung der Bezirksforsterei daselbst	25.	217
Wirthschaft, Gemeinewirthschaft	29.	253
Wittwen-Casse der Schullehrer	30.	277
— Vermögensstand der Militär-Wittwen-Casse im Jahre 1842	2.	5
— den Zustand derselben für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung i. J. 1843	25.	219
— Militär-Wittwen-Casse, deren Vermögensstand im Jahre 1843	5.	27
Wittwen-Casse, Staatsdiener-Wittwen-Casse	15.	130
— Aufnahme niederer Diener in dieselbe	24.	195
Z.		
Zehnt-Schuldentilgungs-Casse, Bestimmung des Zinsfußes	27.	238
— Verjährung der desfalligen Staatspapiere	32.	298
Zehntablösung, Insinuation der desfalls ergehenden Urtheile	1.	3
— Verzinsung des Staatszuschusses zur Zehntablösung	11.	83
— Tilgungs-Casse	13.	97
Zell am Hammerbach, Bildung einer neuen Bezirksforsterei daselbst	17.	134
Ziehung, Serien-, für die sechste Gewinnziehung für das Anlehen von 5,000,000 fl.	34.	309
— sechste Gewinnziehung für das Anlehen vom Jahre 1840 von 5,000,000 fl.	25.	217
— Serien-, für die siebente Gewinnziehung für das Anlehen von 5,000,000 fl. v. J. 1840	4.	22
Zinsfuß, Bestimmung desselben für das J. 1844 bei Darlehen der Zehntschuldentilgungskasse bei Darlehen der Zehntschuldentilgungs-Casse	5.	27
Zoll, Abänderung des dritten Abschnitts der die Durchfuhrabgaben betreffenden dritten Abtheilung des Zollvereinstarifs für 1843—1844—1845	18.	137
— Abänderung des §. 46 des Zollstrafgesetzes	23.	189
— Durchgangszoll bei dem Ort Büdingen	1.	3
— Nachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberrhein	34.	309
— Abänderung der Eingangszollsätze für Eisen und Stahl	6.	49
— Eingangszollsätze von ausländischem Zucker und Syrup so wie Rübenroh Zucker	7.	54
— Eingangszoll von aus Belgien eingehendem Eisen	7.	57
— Aufhebung des Eingangszolls auf Steinkohlen	7.	60
— Eingangszoll von belgischem Eisen	14.	105
— Vertrag mit Belgien	14.	106
Zucker, Eingangszollsätze von ausländischem Zucker, Syrup und Rübenroh Zucker	15.	109
— Rübenzucker-Steuererhebung	24.	193
Zuschuß, Staats-, zur Verzinsung des Zehntablösungskapitals	25.	216
	33.	297
	14.	106
	19.	145
	17.	134

Personen-Register.

Anmerkung. Die Namen Derjenigen, welche Ordensdecorationen erhalten haben, siehe im Sachregister unter „Ordenssachen“ und Derjenigen, welchen das Schriftverfassungsrecht erteilt wurde, eben daselbst unter „Schriftverfassungsrecht.“

A.		Nr.	Seite			Nr.	Seite
Abegg, Regierungsrath		9.	77	Beger, Director		8.	67
Adelsheim, von, Lieutenant		2.	9	Bender, Oberlieutenant		23.	189
Adelsheim, von, Lieutenant		4.	23	Bernhard, Bezirksförster		2.	10
Adelsheim, von, Oberlieutenant		23.	189	Beg, Amtmann		2.	10
Adelsheim, von, Oberlieutenant		34.	311	Beginger, Amtmann		2.	10
Amman, Rechtspraktikant		3.	16	Beuter, Geistlicher Rath		13.	102
Andlaw, Graf, Polizeiasseffor		6.	51	, Finanzrath		34.	312
Andlaw, Graf, Regierungsscretär		25.	223	von, Oberlieutenant		23.	189
Arenz, Cameralpraktikant		34.	313	r, Geistlicher Rath		13.	102
Arnold, Professor		34.	313	, Postpraktikant		12.	96
B.				l, Amtmann		2.	10
Bach, Professor		6.	51	, Eisenbahn-Ingenieur		9.	77
Bader, Bauwath		22.	175	r, Professor		8.	68
Bähr, Geheimer Hofrath		10.	102	m, Cameralpraktikant		34.	313
Baier, Oberlieutenant		34.	310	r, Revisionsgehilfe		8.	68
Barth, Postmeister		9.	78	Blater, Amtsrevisor		6.	51
Bartholomä, Pfarrer		26.	230	Bleß, Professor		24.	196
Bartholomä, Hauptzollamtscontroleur		31.	295	Blum, Pfarrer		25.	223
Bauer, Secretär		1.	3	Bode, Geometer		11.	92
Bauer, Obergemeinnehmer		12.	95	Bodmann, Amtmann		18.	142
Bauer, Postpraktikant		12.	96	Bodmann, Gendarmerie-Oberlieutenant		18.	142
Bauer, Pfarrer		13.	103	Bodemüller, Amtsassessor		34.	312
Bauer, Pfarrer		18.	142	Böckh, von, Staatsminister		25.	252
Bauer, Cameralpraktikant		34.	313	Böcklin, von, Bezirksförster		25.	223
Baumann, Pfarrer		2.	15	Böcklin, von, Hauptmann		34.	311
Baumann, Pfarrer		8.	68	Böhringer, Hauptzollamtsverwalter		24.	196
Baumann, Cameralpraktikant		34.	313	Böhme, Stadtdirector		34.	312
Baumer, Apotheker		25.	224	Bogner, Pfarrer		3.	15
Baumgärtner, Rechtspraktikant		3.	16	Böhlinger, Stadtpfarrer		1.	3
Baumgärtner, Oberst		34.	310	Boisch, Postmeister		9.	77
Bausch, Oberamtman		34.	312	Bott, Hauptzollamtsverwalter		2.	10
Bayer, Pfarrer		2.	11	Brändle, Pfarrer		18.	143
Bayer, Postoffizial		9.	77	Brauch, Pfarrer		8.	68
Bayer, geistlicher Rath		13.	102	Brauer, Amtmann		2.	10
Beckmann, Bezirksförster		18.	142	Braun, Pfarrer		26.	230
Beck, Hauptmann		2.	9	Braunwald, Revisionsgehilfe		18.	142
Beck, Pfarrer		3.	15	Brecht, Postpraktikant		12.	96
Beck, Decan		5.	29	Breitenstein, Pfarrer		8.	68
Beck, Hauptmann		13.	101	Brettle, Pfarrer		11.	92
Beck, Oberamtman		18.	142	Buch, Pfarrer		6.	52
Beck, Amtsassessor		18.	142	Büchler, Pfarrer		25.	224
Beck, von, Hauptmann		23.	11	Ingenieur		9.	77
Beck, Decan		25.	2			19.	148
Beck, Pfarrer		25.	2	r		28.	252
Beck, Oberkirchenrath		27.	2	revisor		9.	88
Beck, Cameralpraktikant		34.	3	ffier		9.	77
Beck, Hauptmann		34.	3	praktikant		3.	16
Beder, Bezirksförster		8.	1			31.	295
Beder, Postoffizial		9.	77	Buch, Dr., Postamt		8.	67
Beder, Pfarrer		18.	142	C.			
Beder, Apotheker		25.	224	Casorphy, Oberlieutenant		34.	311
Beder, Lehrer		31.	295	Chavoin, Revisor		28.	252

Nr. - Seite		Nr. - Seite	
Spellus, praktischer Arzt	15. 134	Feuerbach, Hofrath	22. 175
Eloßmann, von, Oberlieutenant	23. 189	Kiefer, Oberamtmann	25. 222
Eloßmann, von, Oberst	34. 311	Kink, Pfarrer	18. 143
Enckelius, Pfarrer und Decan	5. 29	Kinner, Pfarrer	13. 103
Eron, Regierungsrath	34. 312	Kischer, von, Hauptmann	34. 317
Eunz, praktischer Arzt	15. 134	Kischer, Postmeister	9. 77
D.		Kischer, Geheimer Rath	12. 95
Dahmen, Geheimer Rath	5. 28	Kischer, Obereinnehmer	12. 95
Damm, Lehrer	25. 223	Kischer, Postpraktikant	12. 96
Danner, Ammann	27. 240	Kischer, Revisor	13. 102
Davans, von, Hauptmann	23. 189	Kischer, Amtsassessor	18. 142
Degenfeld, von, Oberlieutenant	34. 311	Kischer, Lehrer	25. 223
Dell, Pfarrer	18. 142	Kischinger, Professor	25. 223
Delorme, Hauptmann	23. 189	Klebingen, Hebrat	34. 313
Delorme, Hauptmann	34. 311	Kleiner, Rechtspraktikant	15. 134
Deurer, Geheimer Rath	4. 23	Kleiner, Domänenverwalter	34. 312
Dibold, Baupraktikant	15. 135	Körster, Pfarrer	31. 295
Diez, Revisor	4. 23	Körster, Pfarrer	25. 224
Diez, Ammann	32. 299	Korch, Oberkirchenrath	27. 240
Dilger, Oberamtmann	25. 222	Kränzinger, Geheimer Rath	34. 312
Doll, Kanzleirath	2. 10	Krech, Oberlieutenant	4. 23
Donsbach, Professor	25. 223	Kreiberg, Pfarrcandidat	18. 143
Dorner, Obereinnehmer	24. 196	Kreidorf, von, Oberlieutenant	34. 311
Dung, Postpraktikant	12. 96	Krey, Geheimer Hofrath	34. 312
Durker, Cameralpraktikant	34. 313	berarzt	2. 9
E.		Pfarrer	31. 295
Eberlin, Postmeister	9. 77	rg, Major	34. 310
Eberlin, Decan	11. 92	omänenverwalter	31. 312
Ebner, Lehrer	25. 223	von, Hauptmann	28. 252
Eccard, Rechtspraktikant	15. 134	Regierungsrath	34. 312
Ed, Pfarrer	25. 223	Imtmann	2. 10
Ehrenberg, von, Hauptmann	4. 22	hrer	3. 15
Eichrodt, Oberamtmann	2. 9	hofmusikus	5. 29
Eichrodt, Staatsrath	28. 252	chtspraktikant	3. 15
Eisele, Postoffizial	13. 102	rg, Prinz, Rittmeister	19. 147
Eisele, Postoffizial	28. 252	rg, Prinz, Major	20. 229
Eisenlohr, Lehrer	6. 51	auptmann	28. 251
Eisenlohr, Pfarrcandidat	18. 142	Oberarzt	2. 9
Eisenlohr, Regierungsassessor	34. 312	gler, Professor	8. 68
Eimert, Universitätsamtmann	6. 51	G.	
Enderlin, praktischer Arzt	15. 134	Gaa, Pfarrer	11. 92
Engelberger, Amtsphysikus	18. 142	Gähler, Ammann	2. 10
Gageffer, Amtrevisor	18. 142	Galura, Amtsassessor	8. 67
Eugenberg, Graf, Hauptmann	23. 189	Ganter, Amtsassessor	13. 102
Erb, Professor	11. 92	Ganther, Oberchirurg	2. 9
Ernst, Oberamtmann	34. 312	Gaub, Amtsassessor	32. 297
Ernst, Pfarrer	34. 313	Garrer, Eisenbahnassessor	9. 79
Ettlinger, Oberath	25. 223	Gaß, Geistlicher Rath	2. 9
F.		Gaß, Oberamtmann	2. 10
Faber, Ammann	2. 10	Gebhard, Revisor	13. 102
Fabert, von, Oberst	34. 310	Geisinger, Geometer	11. 92
Fadler, Amtsassessor	6. 51	Gemehl, Hauptmann	28. 252
Fähndrich, Kammerrath	28. 252	Gemmingen, von, Oberlieutenant	8. 67
Feder, von, Rechtspraktikant	15. 134	Gemmingen, von, Kammerherr	8. 67
Feldbach, Professor	8. 68	Gerber, Oberlieutenant	23. 189
Felkeisen, Oberamtmann	22. 175	Gerding, Consul	15. 134
Fellmeth, Pfarrcandidat	18. 143	Gervinus, Professor	15. 133
Feld, Hauptzollamtsverwalter	1. 3	Gesell, Cameralpraktikant	34. 313

	Nr.	Seite		Nr.	Seite
Kleinmann, Pfarrer	18.	143	Lichtenberg, Hauptmann	28.	252
Kleiser, von, Forstpractikant	22.	175	Lichtenberger, Apotheker	13.	103
Klenert, Pfarrer	18.	142	Lichtenfeld, Cameralpractikant	34.	313
Kleudgen, von, Lieutenant	4.	23	Lindenberg, Bezirksförster	15.	133
Kleudgen, von, Rittmeister	34.	311	Luscha, practischer Arzt	34.	313
Klingel, Eisenbahningenieur	9.	77			
Klingenmaier, Amtsassessor	1.	3			
Klingmann, Amtsrevisor	11.	91	Mader, Rechtspractikant	3.	16
Klopfer, Wundarzt	34.	313	Mahler, Revisor	2.	10
Kobelt, Professor	25.	222	Mahler, Salinencassier	12.	95
Koch, Pfarrer	1.	3	Mahla, Pfarrer	3.	15
Kölzig, Postpractikant	12.	96	Maier, Amtmann	32.	299
Kopp, Pfarrer	25.	223	Maier, Hauptmann	23.	189
Krämer, Pfarrer	4.	23	Maier, Wundarzt	34.	313
Kräutler, Obergemeinnehmer	12.	95	Mainhard, Postpractikant	12.	96
Kraft-Ebing, von, Amtmann	2.	10	Maler, Domänenrath	27.	240
Krall, Secretär	2.	10	Mallebrein, Amtmann	25.	222
Kramer, Hauptzollamtsverwalter	2.	10	Marquier, Rechtspractikant	3.	16
Kränkcl, Domänenverwalter	34.	312	Marshall, Geheimerrath	30.	292
Krenz, Lehrer	25.	223	Martin, Medizinalrath	11.	91
Krieg, von, Lieutenant	4.	23	Martin, Physikus	18.	142
Krieg, Pfarrer	12.	95	Martin, Pfarrkandidat	2.	11
Krieger, Kanzlist	2.	11	Martin, Oberamtman	32.	299
Krumm, Wundarzt	15.	134	Marr, Kasernenverwalter	19.	147
Kruthenn, von, Rechtspractikant	15.	134	Maurus, Postofficial	13.	102
Külshheimer, Pfarrer	8.	68	Mayensisch, Pfarrer	14.	108
Kuen, Oberamtman	32.	299	Mayer, Pfarrer	5.	29
Kuenger, Amtmann	8.	67	Mayer, Postexpeditor	9.	77
Kunler, Pfarrer	2.	15	Mays, Cameralpractikant	34.	313
Kunz, Pfarrer	24.	197	Meier, Pfarrer	24.	177
			Merhard, von, Lieutenant	4.	23
			Merk, Geheimer Referendar	24.	196
Lacoste, Amtsassessor	18.	142	Mersch, Oberlieutenant	34.	311
Lacoste	2.	10	Mesmer, Oberamtman	9.	77
Lamey, Amtsassessor	13.	102	Molter, Secretär	2.	10
Lamezan, Revisor	13.	102	Molter, Justizministerialassessor	24.	196
Lang, Oberamtman	13.	102	Mosdorf, Revisionsgehülfe	25.	223
Lang, Rechtspractikant	15.	134	Müller, Pfarrer	11.	92
Lang, Geheimer Regierungsrath	26.	229	Müller, Stadtpfarrer	24.	197
Langenbacher, Revisor	13.	102	Müller, Professor	25.	223
Langsdorf, von, Kirchenrath	13.	102	Müller, Oberrechnungsrath	27.	240
Langsdorf, Wundarzt	34.	313	Müller, Polizeiasessor	32.	299
Laroche, von, Oberlieutenant	4.	22	Müller, practischer Arzt	34.	313
Laroche, von, Hauptmann	23.	169	Munzer, Amtschirurg	18.	142
Laroche, von, Rittmeister	34.	311	Münzesheim, von, Amtsassessor	25.	222
Laroche, Amtmann	34.	312	Musler, Rechtspractikant	3.	16
Lebeau, Oberlieutenant	23.	189			
Lebeau, Oberstlieutenant	34.	311			
Leber, Pfarrer	5.	29			
Leber, Professor	8.	68			
Lebrun, Major	34.	311			
Leberle, Pfarrer	2.	15			
Leers, Amtmann	2.	10			
Leibinger, Pfarrer	26.	229			
Leichten, Pfarrer und Kirchenrath	13.	102			
Les, Oberamtman	13.	102			
Leppald, Dr., Prorektor	6.	51			
Lewald, Geheimer Kirchenrath	30.	292			
Lichtenauer, Oberamtman	8.	67			

Nr.	Seite	Nr.	Seite
Oblhauser, Oberarzt	2. 9	Sachs, Postoffizial	9. 77
Oblinger, Apotheker	25. 224	Sachs, Pfarrer	24. 197
Orbin, Stadtpfarrer	1. 3	Sachs, Sekretär	28. 252
Ottendorf, Hofgerichtssekretär	31. 295	Sachs, Amtmann	32. 299
Otinger, Hofrath	22. 175	Sachs, Oberlieutenant	34. 311
Oettinger, Lieutenant	28. 251	Sarabaga, Oberlieutenant	2. 9
Oser, Pfarrer	32. 299	Sartorius, Regierungsrevisor	34. 312
Oßner, Rechtspractikant	3. 16	Sauer, Defan	31. 295
P.		Sauer, Sekretär	32. 299
Paulus, Geheimer Kirchenrath	11. 92	Sauerbeck, Bezirksförster	2. 10
Peternell, von Oberlieutenant	34. 311	Sari, von, Regierungsrevisor	34. 312
Petitjean, Postoffizial	9. 77	Schaaß, Regierungsdirektor	11. 91
Pfeuffer, Professor	3. 15	Scharpf, Hofrath	8. 67
Pigage, Postamtsassistent	6. 52	Scheffeld, Pfarrer	18. 143
Poppen, Cameralpractikant	34. 313	Schefeld, Pfarrer	13. 103
Porbeck, von, Amtmann	25. 222	Schenk, Amtsassessor	32. 299
Posselt, Professor	6. 51	Schilling, Rechtspractikant	15. 134
Preßinari, Hofgerichtsrath	24. 196	Schilling, von, Oberlieutenant	23. 189
R.		Schindler, Amtsassessor	32. 299
Räuber, Kreissteuerrevisor	15. 133	Schlatter, Pfarrer	25. 223
Rees, Lehrer	31. 295	Schlatterer, Pfarrer	31. 295
Regenauer, Staatsrath	28. 252	Schlecht, Stadtschirurg	8. 68
Reichlin-Meldeg, v., Oberamtmann	2. 10	Schmid, Hauptzollamtsverwalter	22. 175
Reinhard, Ministerialsekretär	34. 312	Schmidt, Lehramtskandidat	4. 23
Reinmuth, Pfarrer	8. 68	Schmidt, Defan	5. 29
Reis, Postpractikant	12. 96	Schmitt, Regierungsrath	34. 312
Reiz, Pfarrer	13. 103	Schmitt, prakt. Arzt	34. 313
Renn, Pfarrer	24. 197	Schmittbauer, Eisenbahncassier	9. 77
Renz, von, Lieutenant	4. 23	Schmoll, Amtschirurg	25. 223
Renz, von, Hauptmann	23. 189	Schmug, Geometer	11. 92
Renz, von, Oberst	34. 311	Schneeberger, Pfarrer	8. 68
Renz, von, Hauptmann	34. 311	Schnell, Regierungsexpeditior	9. 77
Rettig, Rechtspractikant	15. 134	Schoner, Pfarrer	18. 141
Rettig, Ministerialdirector	30. 292	Schumacher, Pfarrer	22. 175
Rheinbold, Rechtspractikant	3. 16	Schupp, Cameralpractikant	34. 313
Rheinländer, Amtsrevisor	9. 78	Schuster, Amtsrevisor	15. 133
Richard, Revisor	8. 68	Schwarz, Pfarrer	8. 68
Rieder, Amtmann	25. 222	Schwarz, Baurath	15. 134
Riesherer, Pfarrer	11. 92	Schwarzmann, Rechtspractikant	3. 16
Rind, Pfarrkandidat	18. 143	Schwoins, Geheimer Hofrath	13. 102
Rochlig, Director	30. 292	Schweiß, Postpractikant	12. 96
Rod, Pfarrer	25. 223	Seidenspinner, Rechtspractikant	15. 134
Röder, von, Oberlieutenant	34. 311	Seitber, Pfarrer	11. 92
Röther, Pfarrer	13. 103	Selbened, Lieutenant	4. 23
Roggenbach, von Legationssekretär	11. 91	Selbened, Gensdarmarie-Mittmeister	18. 142
Roggenbach, von, Oberst	34. 310	Seltzam, Director	8. 67
Roth, Kanzleirath	6. 51	Senger, v., Baufonducteur	24. 196
Roth, Defan	5. 29	Senn, prakt. Arzt	34. 313
Roth, Postpractikant	12. 96	Serger, Rechtspractikant	15. 134
Rothe, Kirchenrath	30. 292	Seringer, Defan	8. 68
Rüdert, Pfarrer	13. 103	Siegel, Lieutenant	4. 23
Rüdt, von, Staatsrath	27. 240	Simon, Pfarrer	25. 223
Rouffy, Lieutenant	2. 9	Sold, Finanzrath	8. 77
Ruoff, Postoffizial	2. 11	Sprecher, Zuchthausverwalter	13. 102
Ruppert, Baufonducteur	22. 175	Sponer, Graf, Hauptmann	23. 189
S.		Sprenger, Pfarrer	8. 68
Sachs, Defan	5. 29	Staatsmann, Apotheker	31. 295
Sachs, Kirchenrath	5. 29	Stauch, Bezirksförster	2. 10

	Nr.	Seite		Nr.	Seite
Staudinger, Forstpractikant	22.	175	Wasserstein, Oberarzt	2.	9
Steiger, Wundarzt	34.	313	Walser, Pfarrer	34.	313
Stein, von, Amtsassessor	22.	115	Walther, Pfarrer	31.	293
Steinberg, von, Geheimer Finanzrath	8.	67	Warkönig, Geheimer Hofrath	27.	240
Steinmeg, Amtsrevisor	6.	51	Warth, Pfarrer	5.	29
Steinmeg, Amtschirurg	11.	91	Wasmer, Bezirksförster	2.	11
Stengel, Oberlieutenant	34.	311	Wasmer, "	2.	15
Stern, Pfarrkandidat	18.	143	Weber, Oberarzt	2.	9
Stern, von, Oberlieutenant	34.	311	Weber, Rechtspractikant	3.	16
Stetten, von, Oberlieutenant	4.	22	Wehrle, Rechtspractikant	3.	16
Stiegler, Oberamtmann	2.	10	Weingärtner, Pfarrer	26.	229
Stöckel, Assessor	9.	77	Weiß, Pfarrer	5.	29
Stöcklern, von, Oberstlieutenant	34.	310	Weisgerber, Professor	8.	67
Stölzel, Gendarmenrie-Rittmeister	13.	102	Weizel, Ministerialrath	30.	292
Störk, Pfarrer	1.	4		34.	312
Stöser, Rechtspractikant	15.	134	Welser, practischer Arzt	34.	313
Stöcker, Amtsrevisor	19.	148	Weniger, Postpractikant	12.	96
Stoehorn, von, Ministerialrath	30.	292	Wenz, Stallmeister	9.	78
Stolz, Pfarrer	1.	4	Wepfer, Geistlicher Rath	13.	102
Stolz, Pfarrer	8.	68	Werber, Postoffizial	15.	134
Strauß, Hauptmann	2.	9	Werner, Pfarrer	13.	103
Sutter, Lieutenant	4.	22	Wettach, Diaconus	11.	92
T.			Weyer, Stadtvicar	8.	68
Tannstein, von, Oberlieutenant	4.	22	Widersbach, von, Pfarrer	27.	240
Teufel, von, Oberamtmann	12.	95	Wieland, Rechtspractikant	15.	134
Teuffel, Dr. Geh. Rath II. Classe	1.	3	Wild, Pfarrer	12.	95
Theobald, von, Major	34.	311	Wilhelmi, Hofrath	8.	67
Thibaut, Verwalter	27.	240	Wilhelmi, Pfarrer	12.	95
Thomas, Pfarrer	26.	230	Wilfens, Rechtspractikant	3.	16
Trischler, prakt. Arzt	15.	134	Wilfens, Amtshypothek.	18.	142
Trischler, Wundarzt	34.	313	Will, Bezirksförster	25.	223
U.			Winter, Domänenverwalter	2.	15
Uhl, Hofgerichtsrath	24.	196	Winter, Amtmann	25.	222
Ullmann, Geh. Kirchenrath	30.	292	Winterhalter, Pfarrer	19.	148
Ulmer, Apotheker	8.	68	Winterwerber, Dekan	11.	92
Ulrich, Pfarrer	2.	11	Wiser, Graf, Major	4.	22
Umbreit, Geh. Kirchenrath	30.	292	Wissert, Pfarrer	32.	300
Ungern-Sternberg, von, Rechtspractikant	3.	16	Wittmer, Cameralpractikant	34.	313
Unold, Apotheker	31.	295	Wolff, Kirchenrath	11.	92
Uria, von, Regierungsrath	26.	229	Wolff, Lieutenant	19.	147
V.			Wolffinger, Amtsassessor	8.	67
Verscher, von, Oberlieutenant	26.	229	Wolfsberger, Wundarzt	15.	134
Vierordt, Oberarzt	2.	9	Woringer, Professor	13.	102
Williez, von, Hauptmann	34.	311	Wucherer, Hauptzollamtsverwalter	1.	3
Wischer, Pfarrer	27.	240	Würth, Oberchirurg	2.	9
Vogel, von, Geheimer Rath	4.	23	Würth, Amtsassessor	8.	67
Vogel, Geistlicher Rath	6.	51	Wundt, Oberamtmann	8.	68
Vogel, von, Regierungsdirector	30.	292	W.		
W.			Zandt, Pfarrer	12.	95
Waag, Oberarzt	2.	9	Zepf, Amtsrevisor	13.	102
Waag, Baupractikant	15.	135	Ziegler, Pfarrkandidat	2.	11
Wänker, von, Amtsassessor	32.	299	Ziegler, Geh. Referendär	8.	67
Wagner, Pfarrer	18.	142	Ziller, Revisionsgehülfe	11.	91
Wagner, Cameralpractikant	34.	313	Ziller, Ministerialrevisor	34.	312
Waldschütz, Apotheker	18.	143	Zimmermann, Geistlicher Rath	1.	3
Wallau, Rechtspractikant	3.	16	Zimmermann, Pfarrer	15.	134
Wallau, Geheimer Regierungsrath	26.	229	Zutt, Rechtspractikant	15.	134
Wallau, "	30.	292			

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 3. Januar 1844.

Verordnung.

Die Benützung der Staatssteuer-Kataster zur Fertigung der Gemeindeumlage-register betreffend.

Im Einverständniß mit Großherzoglichem Finanzministerium wird unter Aufhebung der Verordnung im Regierungsblatt von 1833, Nr. 1 Seite 1—3 und jener vom 4. August 1834, Regierungsblatt Nr. 35 Seite 263 anmit verordnet, wie folgt:

§. 1.

Die Steuerperäquatoren sind ermächtigt, die nachstehenden Arbeiten, wenn dieselben von den Gemeinden verlangt werden, zu fertigen und dafür folgende Gebühren zu beziehen und zwar: für die Abschriften:

1. der Grundsteuerzettel lit. A., ein Kreuzer für den Eintrag jedes einzelnen Grundstücks, und wenn der Steuerzettel weniger als 4 Einträge enthält, die Gebühr von vier Kreuzer;
2. der andern Steuerzettel, vier Kreuzer von jeder geschriebenen Seite.

§. 2.

Für das Ab- oder Zuschreiben in den Abschriften und zwar:

1. für das Ab- oder Zuschreiben in den Grundsteuerzetteln lit. A., ein Kreuzer für je einen Eintrag.
2. Für das Zuschreiben in allen andern Steuerzetteln drei Kreuzer, und für das Abschreiben für je einen Eintrag ein Kreuzer.

§. 3.

1. Für eine Abschrift des Staatssteuerkatasters, gleichviel ob dasselbe in der Form des Gemeindefkatasters oder in jener des Staatssteuerkatasters gefertigt wird, drei Viertelskreuzer für je einen Eintrag.
2. Für die Aufstellung des Gemeindefkatasters, gleichviel ob von den Bürgern Vorausbeiträge erhoben werden oder nicht, drei Viertelskreuzer für je einen Eintrag.
3. Für die Berechnung der Umlagebeträge und deren Eintrag in das Gemeindefkataster ein Viertelskreuzer für je einen Eintrag.

§. 4.

Das Gemeindefkataster ist so einzurichten, daß es zugleich als Umlage- und Heberegister gilt, und hat daher nicht nur die Umlagepflichtigen mit ihren Steuerkapitalien, sondern auch für den Ansaß der Umlage, die Zahlung derselben und für etwaige Reste weitere Spalten zu enthalten.

§. 5.

Für Impressen, Zusammenzählung, Beglaubigung, Abschluß u. s. w. kann von den Steuerperäquatoren nichts in Anrechnung gebracht, und Reise-, Zehrungs- und andere Kosten dürfen, ohne Rücksicht auf die Entfernung und die Zeitdauer, nur für das Ab- und Zuschreiben mit der runden Summe von 2 fl. 30 fr. und nur in dem Falle gefordert werden, wenn dieses Geschäft nicht gelegentlich des jährlichen Ab- und Zuschreibens vorgenommen werden kann.

Carlsruhe, den 12. Dezember 1843.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Bekanntmachungen.

Die Aufhebung der Domänenverwaltung und Forstkasse Rastatt betreffend.

Nach höchster Verfügung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 1. d. M. haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog gnädigst zu beschließen geruht, die Domänenverwaltung und Forstkasse Rastatt mit dem Schluß des gegenwärtigen Rechnungsjahrs aufzulösen, die Gefällorte des Amts Ettlingen der Domänenverwaltung Karlsruhe und den Rest der Domänenverwaltung Baden zuzuweisen, dagegen vom Bezirk der Letzteren die in das Amt Bühl gehörigen Bestandtheile zu trennen und mit der Domänenverwaltung Bühl zu vereinigen, endlich die Forstkasse Rastatt mit jener in Baden zu vereinigen.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 8. Dezember 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Molter.

Die Vereinigung eines Theils der Obereinnehmerei Sinsheim mit der Domänenverwaltung Rauenberg und die Verlegung des Sitzes der Letzteren nach Wiesloch betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Verfügung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 14. Oktober d. J. gnädigst beschloffen, auf den 1. Januar 1844 die Obereinnehmerei, die Amtskasse und die Wasser- und Straßenbaukasse für den Amtsbezirk Wiesloch von der Obereinnehmerei Sinsheim zu trennen, und daraus eine besondere mit der Domänenverwaltung und Forstkasse Rauenberg combinirte Verrechnung Wiesloch, jedoch vorerst unter Beibehaltung des Sitzes in Rauenberg, zu bilden.

Dies wird hiermit bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 8. Dezember 1843.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Molter.

Die Bestimmung des Zinsfußes für das Jahr 1844 bei Darlehen der Zehntschuldentilgungskasse betreffend.

Unter Bezugnahme auf den §. 79 des Zehntablösungsgesetzes vom 15. November 1833 Regierungsblatt Nr. XLIX. und den §. 7 der diesseitigen Verordnung vom 27. Mai 1836, Regierungsblatt Nr. XXXI., bringt man hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Zinsfuß für die von den Zehntpflichtigen verlangt werdenden Darlehen aus der Zehntschuldentilgungskasse für das Jahr 1844 auf 4¼ Prozent bestimmt worden ist, mit dem Vorbehalt der Abänderung für den Fall, daß im Laufe dieses Jahres wesentliche Veränderungen in dem Zinsfuße, nach welchem die Zehntschuldentilgungskasse Anlehen machen kann, eintreten sollten.

Carlsruhe, den 22. Dezember 1843.

Ministerium der Finanzen.
von Böckh.

Vdt. Pfeilschäfer.

Diensta Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden:

den Director der Sanitätscommission, Geheimerrath Dr. Leuffel, sowie

den Regierungsdirector Dr. Kern in Konstanz,

zu Geheimenräthen zweiter Classe, und

den Decan und Schulvisitator Joseph Zimmermann von Ulm zum geistlichen Rath bei dem katholischen Oberkirchenrath zu ernennen;

den Secretär Bauer bei der Hofdomänenkammer in gleicher Eigenschaft zur Zehntsection,

den Hauptzollamtsverwalter Wucherer in Ludwigshafen zu dem Hauptzollamte bei Rheinfelden, dagegen

den Hauptzollamtsverwalter Fels bei Rheinfelden zu dem Hauptzollamte Ludwigshafen, jeden in seiner bisherigen Eigenschaft, zu versetzen;

dem Oberhofgerichtskanzlisten Anton Haub den Titel eines Registrators zu verleihen;

den Amtsassessor Klingenmaier zu Bruchsal wieder in den Ruhestand zu versetzen;

den Hofmusik-Accessiten Karl Ludwig Hunkler zum Hofmusikus zu ernennen;

die obere katholische Stadtpfarrei zu Mannheim dem Pfarr- und Decanatsverweser Johann Baptist Orbin daselbst,

die untere katholische Stadtpfarrei zu Mannheim dem Pfarrer Michael Böhlinger in Stollhofen,

die evangelische Pfarrei Huchensfeld, Decanats Pforzheim, dem dortigen Pfarrverweser Ludwig Koch,

die evangelische Pfarrei Desingen, Decanats Hornberg dem bisherigen Pfarrer zu Rosenberg, Georg Friedrich Haag,

die evangelische Pfarrei Blankenloch, Landdecanats Karlsruhe, dem bisherigen Pfarrer zu Kadelburg Karl Friedrich Stolz, und

die evangelische Pfarrei Lennenbronn dem bisherigen Pfarrverweser zu Memprechtshofen Johann Heinrich Junker zu übertragen.

Die Fürstlich Fürstenbergische Präsentation des Pfarrers Karl Störk in Boll auf die Pfarrei Heudorf, Amts Mößkirch, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Dem Rechtspraktikanten Karl Schlaar in Freiburg wurde das Schriftverfassungsrecht in Verwaltungssachen mit Bestimmung des Wohnsitzes in Freiburg verliehen.

Dem Rechtspraktikanten Luschka von Meersburg ist das Schriftverfassungsrecht in Verwaltungssachen mit Bestimmung des Wohnsitzes in Stodach verliehen worden.

Durch Beschluß des großherzogl. Justizministeriums vom 15. Dezember l. J. Nr. 6794 wurde dem Rechtspraktikanten Julius Levinger von Karlsruhe das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten ertheilt und ihm gestattet, seinen Wohnsitz in Karlsruhe zu nehmen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Oberamt Bruchsal ist die Stelle eines Assessors in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen bei der Regierung des Mittelrheinkreises vorschriftsmäßig zu melden.
2. Durch das am 6. Dezember v. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Christoph Käß ist die evangelische Pfarrei Dielsheim mit einem Competenzanschlag von 791 fl. 54 kr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich vorschriftsmäßig durch ihre Decanate binnen 6 Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
3. Durch die Beförderung des Pfarrers Störk auf die Pfarrei Heudorf ist die katholische Pfarrei Boll Amts Mößkirch mit einem beiläufigen Ertrag von 600 fl., worauf eine in 6 Jahrestermen zu tilgende Schuld von 38 fl. wegen Zehntablösung haftet, in Erledigung gekommen. Die Competenten haben sich bei der fürstlichen Standesherrschaft Fürstenberg als Patron nach Vorschrift zu melden.
4. Durch die Beförderung des Pfarrers Stolz auf die Pfarrei Blankenloch ist die evangelische Pfarrei Kadelburg Decanats Lörrach mit einem Competenzanschlage von 615 fl. 30 kr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich vorschriftsmäßig durch ihre Decanate binnen 6 Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
5. Durch die Beförderung des Pfarrverwesers Junker auf die evangelische Pfarrei Lennenbronn ist die ständige Pfarrverweserei zu Memprechtshofen, Decanats Rheinschloßheim, mit einem jährlichen Gehalt von 400 fl. nebst freier Wohnung und den Accidentien in Erledigung gekommen; wobei noch bemerkt wird, daß zur Zeit eine angemessene Familien-Wohnung zu Memprechtshofen nicht vorhanden ist, daher die Stelle nur mit einem ledigen Candidaten besetzt werden kann.

Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Decanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 21. Januar 1844.

Verordnung.

Die allgemeine Schullehrer-Wittwen- und Waisenkasse betreffend.

Die im §. 22 der Verordnung vom 29. März 1836 (Regierungsblatt Nr. 19) für die Bezirks-Einnehmer der allgemeinen Schullehrer-Wittwen- und Waisenkasse bestimmte Hebegebühr von 1 Kreuzer von jedem Gulden der durch sie eingehenden Aufnahmestaren und Jahresbeiträge wird anmit vom 1. Januar 1844 an, auf zwei Kreuzer vom Gulden erhöht.

Carlsruhe, den 23. Dezember 1843.

Ministerium des Innern.

Fhr. von Müdt.

Vdt. Reinhard.

Bekanntmachungen.

Die Tilgung des Eisenbahnanlehens betreffend.

Nach Maßgabe des Gesetzes vom 10. September 1842 Art. 3 (Regierungsblatt Nr. XXVII.) wird der Tilgungsfond für die im Jahr 1843 ausgegebenen Eisenbahnobligationen im Nominalkapital von 8,113,300 fl. nämlich:

3,192 Stück à 1,000 fl.	3,192,000 fl.
7,400 " à 500 "	3,700,000 "
12,213 " à 100 "	1,221,300 "
<u>22,805 Stück</u>	<u>8,113,300 fl.</u>

auf ein halbes Prozent, oder im Ganzen auf 40,500 fl. festgesetzt, und nach der diesseitigen Bekanntmachung vom 12. September 1842 Ziffer 19 zur Einlösung von

16 Stück dieser Obligationen à 1,000 fl.	16,000 fl.
37 " " " à 500 "	18,500 "
60 " " " à 100 "	6,000 "
<u>113 Stück</u>	<u>40,500 fl.</u>

bestimmt.

Die Zeit für die Ziehung der einzulösenden Obligationen und das Resultat derselben wird durch die Eisenbahnschuldentilgungskasse bekannt gemacht werden.

Die Einlösung der gezogenen Obligationen findet nach Ziffer 20 der diesseitigen Bekanntmachung vom 12. September 1842 sechs Monate nach der Ziehung statt.

Carlsruhe, den 5. Januar 1844.

Ministerium der Finanzen.
von Bsch.

Vdt. Motter.

Die academische Preisvertheilung an der Universität Heidelberg für 1843 betr.

Bei der am 22. November d. J., als dem Geburtstage des Höchstseligen Großherzogs Karl Friedrich, stattgehabten feierlichen Vertheilung der Preise, welche von Höchstselben im Jahr 1807 für diejenigen gestiftet worden sind, welche die von den vier Fakultäten der Universität Heidelberg auszufehenden Preisfragen am besten beantworten würden, ist die goldene Medaille

dem Studiosus medicinae Johann August Hein aus Danzig,
von der medicinischen Fakultät und
dem Studiosus theologiae und philologiae Gotthilf Specht aus Carlsruhe,
von der philosophischen Fakultät
zuerkannt worden.

Carlsruhe, den 22. Dezember 1843.

Ministerium des Innern.
Schr. v. Müdt.

Vdt. Buiffon.

Uebersicht

der Studirenden auf den Landesuniversitäten Heidelberg und Freiburg im Winterhalbjahre 1843/44.

Im Winterhalbjahr 1843/44 studiren:

A. Auf der Universität Heidelberg

	Inländer.	Ausländer.	im Ganzen.
1. Theologen, immatriculirte und Seminaristen	37	5	42
2. Juristen	100	351	451
3. Mediziner, Chirurgen und Pharmaceuten .	32	78	110
4. Cameralisten und Mineralogen	45	15	60
5. Philosophen und Philologen	4	6	10
Gesamtzahl	218	455	673

B. Auf der Universität Freiburg:

	Inländer.	Ausländer.	im Ganzen.
1. Theologen	59	18	77
2. Juristen und Cameralisten	61	7	68
3. Mediziner, Chirurgen und Pharmaceuten	46	35	81
4. Philosophen	9	9	18
Gesamtzahl	175	69	244

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 5. Januar 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. v. Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehrenden Andenken der Geber hiermit bekannt gemacht:

Ein Wohlthäter, der nicht genannt seyn will, hat der evangelischen Gemeinde zu Baden, zum Bau einer neuen Kirche daselbst, ein Geschenk von 20,000 fl., unter Nutznießungsvorbehalt gemacht.

Ferner haben gestiftet:

der verstorbene Johann Schuler von Müllheim in den dortigen Spitalfond 50 fl.;

Imhof Rochet von Basel für den Schuldienst zu Ebringen, Landamts Freiburg, ein und einen halben Haufen Reben, angeschlagen zu 40 fl.;

einige Unbenannte in den Armenfond zu Aitern 75 fl.;

ein Unbenannter in den Armenfond zu Heimbach 200 fl.;

die Ehefrau des Franz Martin Hildenbrand, Theresia Otter von Rothweil, in den Armenfond daselbst 50 fl.;

ein Ungenannter in den Armenfond zu Freiburg 50 fl.;

der verstorbene Landchirurg Kiefer von Stausen in den Armenfond zu Ballrechten 55 fl.;

ein Ungenannter in den Talmudschulfond zu Müllheim 200 fl.;

Philipp Rombach von Attenthal in den dortigen Schulfond 25 fl.;

Ignaz Stebel von Biel in den Armenfond daselbst 51 fl.;

die Franz Joseph Selerschen Eheleute von Schliengen in den dortigen Kirchenfond 50 fl.;

ein Ungenannter für den nämlichen Fond ein rothes wollenes Staffeltuch für den Hochaltar, im Werthe von 50 fl.;

ein Ungenannter für ein Gemälde in die Pfarrkirche zu Schwerzen im Werthe von 34 fl.;

die verstorbene Georg Friedrich Sexauersche Wittwe von Eichstetten in den Spitalfond zu Emmendingen 100 fl.;

die verstorbene Elisabeth Mutterer, Ehefrau des Löwenwirths Michel von Thunzel, in den dortigen Armenfond 100 fl.;

dieselbe in den Schulfond daselbst 100 fl.;
 ein Ungenannter in den evangelischen Almosenfond zu Freiburg 40 fl.;
 Augustin Wieland, vormaliger Pfarrer von Thunfel, in den dortigen Armenfond 100 fl.;
 die Müller August Heinrich Stuck'schen Eheleute von Emmendingen in den dortigen Spital-
 fond 150 fl., und 50 fl. zur Gründung einer Besserungsanstalt für verwahrloste Kinder im Ober-
 rheinkreise, unter der besondern Bestimmung, daß dieses Kapital dem Emmendinger Spitalfond in
 Nutzung gegeben werden soll, bis jene Anstalt ins Leben tritt;
 eine Unbekannte in den Kirchenfond in Markdorf 50 fl.;
 ein Ungenannter zur Kirche in Hoppetenzell, Amts Stockach, einen Altar im Werthe von 280 fl.;
 der verstorbene Pfarrer Bindert zu Hausen vorwald in den Armenfond in Ueberauchen 100 fl.;
 derselbe zu Gründung eines Armenfonds in Kirchdorf, Amts Hüfingen, 100 fl.;
 derselbe in den Armenfond in Marbach 100 fl.;
 ein Ungenannter in den Armenfond zu Wittnau 16 fl. 12 fr.;
 die israelitische Gemeinde Schmieheim zur Gründung eines Armenfonds für dieselbe 200 fl.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht,
 dem Geheimen Rath und Professor Dr. Schloffer in Heidelberg,
 dem Hofgerichtsdirector Litschgi in Freiburg,
 dem Ministerialrath Walz,
 dem Ministerialrath Fuchs,
 dem Ministerialrath Kinberger,
 dem Domänenrath Maier,
 dem Finanzrath Baader,
 dem Oberpostath Kreglinger,
 dem Hofrath und Professor Dr. Schweins in Heidelberg,
 dem Hofrath und Professor Dr. Fromherz in Freiburg,
 dem Medizinalrath und Amtsapophysikus Dr. Siegel in Bruchsal,
 dem Rheinschiffahrtsinspektor Wirth in Mannheim,
 dem Oberzollinspektor Goll in Carlsruhe,
 dem Stadtpfarrer Muth in Neckarbischofsheim,
 dem Pfarrer Eisenlohr in Hugsweiler,
 dem Pfarrer Bauer in Menningen, und
 dem Bürgermeister Wagner in Freiburg
 das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden,
 dem Pfarrer Vogelbacher zu Erzingen in Anerkennung seiner ausgezeichneten Leistungen zur
 Emporbringung der Landwirthschaft, sowie

dem Kanzleirath Le Pique bei dem evangelischen Oberkirchenrath in Anerkennung seiner 15jährigen eifrigen und pflichtgetreuen Dienstleistungen die große goldene Civilverdienstmedaille, und dem Bürgermeister Johann Stolz zu Distelhausen Amts Tauberbischofsheim in Anerkennung seiner langjährigen und treuen Dienste die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Militär-Dienst-Nachrichten.

Durch höchste Ordre vom 12. December 1843 erhielten die Lieutenants Kanzler, Rouffy und Richard v. Adelsheim vom vierten Infanterieregiment ihre Entlassung.

Nach weiterer höchster Ordre von demselben Tage wurde der Hauptmann von Beck vom vierten Infanterieregiment bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Pensionsstand versetzt.

Nach höchster Entschliessung vom 12. December v. J. wurde dem Oberlieutenant der Suite der Reiterei von Sarachaga die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem Armeecorps ertheilt.

Durch höchste Ordre vom 28. December v. J. erhielt der Hauptmann Strauß von der activen Suite der Infanterie die unterthänigst nachgesuchte Entlassung, mit der Erlaubniß in fremde Dienste treten zu dürfen.

Durch fernere höchste Ordre von demselben Tage wurde Oberchirurg Gantzer vom dritten Infanterieregiment, mit der Erlaubniß, die Uniform fort tragen zu dürfen, in Ruhestand versetzt; und die Oberchirurgen Waag vom Dragonerregiment Großherzog,

Dillhauser vom Leibinfanterieregiment,
Wallerstein vom ersten Infanterieregiment,
Füßlin vom zweiten Infanterieregiment,
Weber vom zweiten Dragonerregiment,
Bierordt vom Leibinfanterieregiment, und
Frey vom vierten Infanterieregiment

zu Oberärzten befördert.

Durch dieselbe höchste Ordre wurden versetzt:

Oberarzt Waag vom Dragonerregiment Großherzog zum ersten Infanterieregiment,
Oberarzt Wallerstein vom ersten Infanterieregiment zum Dragonerregiment Großherzog,
Oberchirurg Würtz vom Dragonerregiment Großherzog zum dritten Infanterieregiment und
Oberthierarzt Grünbacher vom ersten zum zweiten Dragonerregiment.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden: dem Obervogt Jägerschmid zu Freiburg den Charakter als Geheimer Rath III. Klasse, dem katholischen Stadtpfarrer und Dekan Gass dahier, den Charakter eines geistlichen Raths zu verleihen;

die erledigte Stelle eines ersten Beamten bei dem Oberamt Durlach dem Oberamtmanne Eichrodt zu Constanz,

die zweite Beamtenstelle bei dem Oberamt Heidelberg dem Amtmann Max Loers in Ladenburg,
 die dritte Beamtenstelle daselbst dem Amtsaffessor Friedrich von Kraft-Eising in Weinheim,
 unter Ernennung desselben zum Amtmann,
 die Stelle eines Polizeiaffessors daselbst dem Amtsaffessor Jakob Neff zu Neckarbischofsheim,
 die zweite Beamtenstelle bei dem Bezirksamt Ladenburg dem Amtsaffessor Julius Weg zu
 Heidelberg, unter Ernennung desselben zum Amtmann,
 die Stelle eines Affessors bei dem Bezirksamt Weinheim dem Rechtspraktikanten und Schrift-
 verfasser Dominik Herterich zu Gerlachsheim, und
 die Stelle eines Affessors bei dem Bezirksamt Neckarbischofsheim dem Rechtspraktikanten Friedrich
 Lacothe von Karlsruhe zu übertragen;
 den Amtmann Gaf zu Gerlachsheim,
 " " Stigler zu Breisach,
 " " von Reichlin-Meldeg zu Philippsburg,
 " " von Neubronn zu Lörach,
 zu Oberamtmännern, sodann
 den Affessor Held in Freiburg,
 " " Fuchs in Mannheim,
 " " Faber in Wiesloch,
 " " Gäßler in Offenburg,
 " " Billharz in Baden,
 " " Brauer in Karlsruhe,
 " " Beginger in Lahr,
 zu Amtmännern zu ernennen;
 die erledigte Stelle eines Affessors bei dem Oberamt Emmendingen dem Rechtspraktikanten und
 Schriftverfasser Karl Hippmann in Bühl und
 die bei der Steuerdirection erledigte Stelle eines Secretärs dem Cameralpraktikanten Emil
 Molter aus Karlsruhe zu übertragen;
 den Cameralpraktikanten Georg Krall aus Wallstadt zum Secretär bei der Hofdomänenkammer
 zu ernennen;
 dem Hofgerichtsexpeditur Carl Doll zu Constanz den Charakter eines Kanzleiraths zu verleihen;
 den Ministerialkanzlisten Gustav Kirchenbauer zum Expeditur des Justizministeriums zu ernennen;
 den Hauptzollamtsverwalter Bött in Heidelberg als Revisor zu der Steuerrechnungsrevision zu
 versetzen;
 bey bei dem Controlbureau der Steuerdirection activirten Cameralassistenten Wilhelm Maler
 von Emmendingen zum Revisor bei dieser Stelle,
 und den Salinaraffiner Krammer in Rappennau zum Hauptzollamtsverwalter bei dem Haupt-
 Zollamt Heidelberg zu ernennen;
 den Bezirksförster Staud in Bonndorf auf die Bezirksförster Gerlachsheim zu versetzen, und
 den Forstpraktikanten Bauerbe zum Bezirksförster in Bonndorf,
 den Forstpraktikanten Bernhard zum Bezirksförster in Willingen und

den Forstpraktikanten **W a s m e r** zum Bezirksförster in St. Blasien zu ernennen;
 den Offizialen **Theodor Ruoff** von der Postwagenexpedition Freiburg in gleicher Eigenschaft zum Postamt Donaueschingen zu versetzen;
 den Cameralassistenten **K r i e g e r** dahier zum Kanzlisten bei Großherzoglichem Oberstallmeisteramt zu ernennen;

den Amtsrevisor **Heinrich Heß** zu Eberbach in Ruhestand zu versetzen;
 die katholische Pfarrei Mühlingen, Amts Stockach, dem Pfarrer **Johann Held** in Diggeringen,
 die katholische Pfarrei Ersingen, Oberamts Pforzheim, dem Pfarrer **Jakob Ulrich** zu Leimen,
 die katholische Pfarrei Fautenbach, Amts Achern, dem Dekan und Stadtpfarrer **Markus Aloys Bayer** zu Freiburg und
 die katholische Stadtpfarrei in Heidelberg dem Dekan und Pfarrer **Johann Rößle** zu Gerlachshausen zu übertragen.

Die fürstlich fürstenbergische Präsentation des Pfarrverweisers **Balthasar Heim** zu Mahlsbüren auf die erledigte katholische Pfarrei Mauenheim, Amts Möhringen, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Nach dem Antrag der evangelischen Kirchen- und Prüfungs-Commission sind folgende zur Späthjahrsprüfung 1843 sich gemeldet habenden drei Theologen

Reinhard Ziegler von Weil,

Eduard Christian Martini von Maulburg, und

Johann Wilhelm Friedrich Goll von Schiltach

unter die evangelisch protestantischen Pfarreandidaten aufgenommen worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die erste Beamtenstelle in Constanz ist in Erledigung gekommen, die Bewerber um dieselbe haben sich bei der Regierung des Seckreises innerhalb vier Wochen vorschriftsmäßig zu melden.
2. Bei dem Justizministerium ist die Stelle eines Kanzlisten erledigt, die Bewerber um dieselbe haben sich dort binnen vier Wochen zu melden.
3. Das Amtsrevisorat Eberbach ist erledigt; die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft zu melden.
4. Durch das am 9. Dezember d. J. erfolgte Ableben des Pfarrers **Amandus Müller** ist die katholische Pfarrei Rohrbach Oberamts Heidelberg mit einem beiläufigen Ertrag von 700 fl. erledigt worden, die Competenten um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
5. Durch die Beförderung des Pfarrers **Held** auf die Pfarrei Mühlingen, ist die katholische Pfarrei Diggeringen, Amts Constanz, mit einem beiläufigen Einkommen von 700 fl. erledigt. Die Competenten um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
6. Durch Beförderung des Pfarrers **Ulrich** auf die Pfarrei Ersingen, Oberamts Pforzheim, ist die katholische Pfarrei Leimen, Oberamts Heidelberg, mit den Filialen Sandhausen und St. Ilgen und mit dem beiläufigen Einkommen von 850 fl. erledigt. Die Competenten um

dieselbe haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

7. Durch die Uebertragung der katholischen Pfarrei Fautenbach, Amts Achern an den Dekan und Stadtpfarrer Bayer in Freiburg ist die Stadtpfarrei bei St. Martin zu Freiburg mit einem in Geld und Naturalien bestehenden Einkommen von beiläufig 1500 fl. nebst 330 fl. für jeden der zu haltenden vier Vicare, nämlich 200 fl. für die Verpflegung und 130 fl. als Gehalt erledigt worden.

Die Competenten um diese mit dem Stadtdecanat und der Schulvisitation verbundene Pfarrei haben sich binnen 6 Wochen sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariat als bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

8. Durch Beförderung des Pfarrers Franz Anton Herrmann auf die Pfarrei Schutterwald ist die katholische Pfarrei Sulz, Oberamts Lahr, mit einem beiläufigen Ertrag von 700 fl. erledigt. Die Competenten um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
9. Durch die Beförderung des Decans und Pfarrers Nöble zur katholischen Stadtpfarrei in Heidelberg ist die katholische Pfarrei Gerlachsheim mit einem beiläufigen Einkommen von 700 fl. erledigt. Die Competenten um diese Pfarrei, mit welcher man das Decanat und die Bezirkschulvisitation wieder zu verbinden gedenkt, haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
10. Zu der im Regierungsblatt vom Jahr 1843, Nr. 32, Seite 212, in Betreff der ausgeschriebenen Pfarrei Michelbach enthaltenen Bekanntmachung wird nachträglich bemerkt, daß auf dieser Pfründe eine Kriegsschuld von 66 fl. 56 fr. hafte, zu deren allmählicher Abzahlung ein Provisorium von fünf Jahren bestimmt ist.
11. Durch das den 19. Dezember d. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Schmittthener ist die evangelische Pfarrei Asbach, Decanats Neckargemünd, mit einem Competenzanschlag von 1234 fl. 35 fr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen durch ihre Decanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
12. Durch das den 23. December 1843 erfolgte Ableben des Pfarrers und Bezirkschulvisitators Lang ist die evangelische Pfarrei Schweigern in der Diöcese Bixberg, mit einem Competenzanschlag von 846 fl. 59 fr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft zu melden.
13. Durch die Beförderung des Pfarrers Haag auf die Pfarrei Detsingen ist die evangelische Pfarrei Rosenberg mit einem Competenzanschlag von 842 fl., und da verschiedene Theile hiervon in Streit befangen sind, mit einem wirklichen Ertrag von ohngefähr 700 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen bei der fürstlich Löwenstein Wertheim Rosenbergschen Standesherrschaft zu melden.

Gestorben sind:

Am 22. November 1843 der pensionirte Physikus Sartori in Wiesloch.

" 4. December 1843 Oberthierarzt Weingärtner vom zweiten Dragonerregiment.

" 11. " " Professor Schwmlein am Gymnasium zu Offenburg.

" 18. " " Hauptmann Maurus vom ersten Infanterieregiment,

" 24. " " der pensionirte Bundestagsgesandte Gehelmer Rath von Friedrich dahier.

" 30. " " Lieutenant Kober vom Invalidencorps,

" 1. Januar d. J. der Justizministerialexpeditur Joseph Södle dahier.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 1. Februar 1844.

Bekanntmachungen.

Die Errichtung eines Bezirksamtes in Donaueschingen betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschliessung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 11. d. M. gnädigst zu genehmigen geruht:

1. daß nach hinzugetretener Zustimmung der fürstlich fürstenbergischen Standesherrschaft:
 - a. das großherzoglich badische fürstlich fürstenbergische Amt Möhringen aufgelöst; dagegen
 - b. ein großherzoglich badisches fürstlich fürstenbergisches Amt zu Donaueschingen errichtet werde;
 2. daß dieses Amt Donaueschingen gebildet werde aus folgenden Orten:
 - a. von dem aufgelösten Amte Möhringen:

Geisingen, Gutmadingen, Unterbaldingen, Wartenberg, Jypingen, Bachzimmern und Eslingen;
 - b. von dem Amte Hüfingen:

Donaueschingen, Aasen, Allmanshofen, Aufen, Heidenhofen, Pföhren, Sundhausen, Wolterdingen, Zindelstein, Thauheim, Herzogenweiler;
 - c. von dem Amte Billingen, mit Vorbehalt aller landesherrlichen Rechte:

Offingen, Oberbaldingen, Biesingen (zusammen 12,706 Einwohner);
 3. daß dem Amte Engen von dem aufgelösten Amte Möhringen folgende Orte zugetheilt werden:

Möhringen, Amenthausen, Aulsingen, Hausen und Kirchen, Hintschingen, Immenzingen, Mauenheim, Stetten, Zimmern (künftig 10,826 Einwohner);
 4. daß das großherzoglich badische fürstlich fürstenbergische Amt Donaueschingen künftig mit zwei Beamten, dagegen das Amt Hüfingen mit einem Beamten zu besetzen sei.
- Der Termin, von welchem an das Amt Donaueschingen in Wirksamkeit tritt, wird seiner Zeit bekannt gemacht werden.

Karlsruhe, den 16. Januar 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Bülffon.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Staatsministerialentschliessung vom 11. Januar d. J., Nr. 47, den Regierungsrath Weizel in Mannheim zum landesherrlichen Commissär zu Leitung der durch Austritt des Abgeordneten Dr. Züllig in Heidel-

berg nöthig gewordenen Ersagwahl eines Abgeordneten für den dreizehnten Städtewahlbezirk gnädigst zu ernennen geruht.

Carlsruhe, den 16. Januar 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. v. Müdt.

Vdt. Reinhardt.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Staatsministerialentschließung vom 18. I. M., Nr. 109, den Geheimen Rath Schaaff in Rastadt zum landesherrlichen Commissär zu Leitung der nöthig gewordenen Ersagwahl eines Abgeordneten für den neunzehnten Aemterwahlbezirk gnädigst zu ernennen geruht.

Carlsruhe, den 27. Januar 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. v. Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Der ledige Buchdruckergehülfe Johann Voßler von Fahr hat um die Erlaubniß gebeten, seinen bisherigen Familiennamen mit dem Namen „Blatt“ vertauschen zu dürfen. Dies wird unter Bezug auf die höchste Verordnung vom 18. Januar 1838 (Reggsblt. Nr. V.) mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß Diejenigen, welche gegen Ertheilung der gebetenen Erlaubniß Einsprache machen wollen, solche

innerhalb drei Monaten

bei dem unterzeichneten Ministerium auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte Statt gegeben wird.

Carlsruhe, den 17. Januar 1844.

Justizministerium.

Jolly.

Vdt. Baelsch.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehrenden Andenken der Geber hiermit bekannt gemacht:

Es stifteten:

die verstorbene Wittwe Monika Vohmann, geborne Rothweiler, von Constanz für arme, ein Handwerk erlernende Knaben aus Constanz 1000 fl.;

die Anton Mattsche Ehefrau, Ida geborne Uhl, in Markdorf in den dortigen Armenfond 100 fl.

Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem königlich bayerischen Bundestagsgesandten, Geheimen Rath von Oberkamp das Großkreuz des Ordens vom Rähringer Löwen zu verleihen.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Amtsdienier Gottfried Sternheimer bei dem großherzoglich badischen fürstlich leiningenschen Bezirksamt Sinsheim, in Anerkennung seiner vieljährigen treu geleisteten Dienste die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

die Professoren Pfeufer und Henle von Zürich als ordentliche Professoren der Medicin an der Universität Heidelberg zu ernennen;

die erledigte Lehrstelle an der Thierarzneischule zu Karlsruhe dem königlich preussischen Departementsthierarzt Joseph Fuchs zu Bromberg zu übertragen;

den Bezirksförster Wasmer in Wolfsboden wegen vorgerückten Alters und Kränklichkeit,

den Domänenverwalter Winter in Rastatt wegen vorgerückten Alters und leidendem Gesundheitszustand,

so wie den Oberrevisor Dbe Müller, seiner unterthänigsten Bitte gemäß, wegen Augenschwäche und vorgerückten Lebensalters, in den Ruhestand zu versetzen;

die katholische Pfarrei Kleinheim, Amts Waldbshut, dem Priester Karl Joseph Kunle von Breisach, dormaligen Curatieverweser in Grünwald,

die katholische Pfarrei Hinterzarten, Landamts Freiburg, dem Priester Franz Michael Baumann von Endingen, dormalen Cooperator bei St. Martin in Freiburg,

die katholische Pfarrei Illmenssee, Amts Heiligenberg, dem Pfarrer Carl Lederle zu Beuern im nämlichen Amtsbezirk,

die katholische Pfarrei Ringsheim dem Pfarrer Joseph Anton Beck zu Dehnsbach,

die katholische Pfarrei Münsterthal oder St. Landolin, Amts Ettenheim, dem Pfarrer Franz Bogner zu Niedererschach zu übertragen und

den evangelischen Pfarrer Philipp Alexander Mahla in Mappach in den Ruhestand zu versetzen.

Von achtundzwanzig Rechtsandidaten, welche sich der letzten Spätjahrsprüfung unterzogen haben, wurden durch Beschluß großherzoglichen Justizministeriums vom 3. Januar l. J., Nr. 45, folgende zwanzig unter die Zahl der Rechtspraktikanten aufgenommen:

Ernst Philipp Huffschild von Rastadt,

Mayer Fürst von Mannheim,

Walter Schwarzm ann von Sigmaringen,
 Constantin Ammann von Freiburg,
 Max Behrle von Freiburg,
 Alexander Wallau von Wertheim,
 Carl Göring von Freiburg,
 Joseph Adolph Marquier von Offenburg,
 Carl Osner von Ettenheim,
 Titus Mader von Kirchhofen,
 Friedr. August von Ungern-Sternberg von Mannheim,
 Joseph Rheinhold von Singheim,
 Johann Baumgärtner von Mundelfingen,
 Lambert Grosch von Heidelberg,
 Carl Severin Hamma von Ludwigshafen,
 Joseph Himmelpach von Bleichheim,
 Adolph Wilkens von Großscholzhelm,
 Johann Weber von Ettlingen,
 August Mufler von Schuttern,
 Heinrich Burkhardt von Freiburg.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die Bezirksforstrei Wolfsboden ist in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb vier Wochen bei der Direktion der Forstdomänen und Bergwerke zu melden.
2. Beim Justizministerium ist die Stelle eines ~~Revisors~~ erledigt; die Bewerber um dieselbe haben sich dort binnen vier Wochen zu melden.
3. Durch das am 5. September v. J. erfolgte Ableben des Expeditors Sachs in Mannheim ist die Expeditorsstelle bei der Regierung des Unterrheinkreises in Erledigung gekommen; die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen vier Wochen bei der gedachten Kreisregierung vorschriftsmäßig zu melden.
4. Die katholische Pfarrei Beuern, Amts Heiligenberg, mit dem beiläufigen Ertrag von 650 fl. ist erledigt; die Competenten um dieselbe haben sich bei der großherzoglich markgräfllich badischen Domänenkanzlei, da das alternirende Präsentationsrecht dormalen der großherz. markgräfllich badischen Standesherrschaft Salem zufließt, nach Vorschrift zu melden.
5. Die katholische Pfarrei Niederesbach, Amts Billingen, mit einem beiläufigen Ertrag von 700 fl. ist erledigt; die Competenten um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
6. Die katholische Pfarrei Dehnsbach, Amts Achern, mit einem beiläufigen Ertrag von 700 fl. ist erledigt; die Competenten um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariat, als bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Gestorben sind:

Am 11. November v. J. der pensionirte Domänenverwalter Gerstner in Oberkirch und
 am 8. Januar d. J. der pensionirte Domänenverwalter Hügl in Mannheim.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Carlsruhe, den 11. Februar 1844.

Verordnungen.

Die Führung von Oberlasten auf den den Rhein befahrenden Segelschiffen betreffend.

Nachdem sich die Central-Rheinschifffahrtscommission zu Mainz bei ihrem jüngsten Zusammen-
tritte auf den Grund des XV. Supplementarartikels zu der Rheinschifffahrts-Convention vom 31.
März 1831 über einige, in Betreff der Führung von Oberlasten auf den den Rhein befahrenden
Segelschiffen neuerlich zu treffende Bestimmungen vereinigt hat, so werden dieselben in Folge höchster
Staatsministerial-Entschliessung vom 18. d. M., Nr. 87, zur Nachachtung hiermit öffentlich bekannt
gemacht.

Carlsruhe, den 22. Januar 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. v. Müdt.

Vdt. Reinhard.

Bestimmungen

über Führung von Oberlasten auf den den Rhein befahrenden Segelschiffen.

1. Sofern nicht durch die gegenwärtigen Vorschriften ausdrücklich Ausnahmen nachgegeben sind,
dürfen auf den den Rhein befahrenden Segelschiffen keine Oberlasten geführt, d. h. auf dem Ver-
decke solcher Schiffe keine Waaren geladen werden.

(Artikel 62 der Acte, Supplementairartikel XI.)

Als Verdeck ist auch die festgezimmerte Bedachung eines Schiffes zu betrachten, eine Ueber-
schreitung des vorstehenden Verbots daher auch dann vorhanden, wenn ein Theil der Ladung (worunter
jedoch ein oder anderer unerheblicher Gegenstand nicht zu verstehen ist) auf dem Verdecke nieder-
gelegt ist, oder über das durchbrochene Verdeck, respektive die festgezimmerte Bedachung, hinaus-
ragt, oder wenn der Schiffer diese letzte willkürlich, d. i. ohne Gutheißung der nach Art. 53 der
Rheinschifffahrts-Acte vom 31. März 1831 zur Prüfung angestellten Sachverständigen erhöht.

Bei Fahrzeugen ohne gezimmertes Verdeck oder Bedachung ist derjenige Theil der Ladung als
Oberlast oder als Ladung auf dem Verdecke anzusehen, welcher die durch Observanz oder die Sach-
kundigen, wo deren in den verschiedenen Einladungshäfen angestellt sind, bestimmte Höhe über das
feste Gehörde übersteigt.

2. Von dem vorstehenden Verbote tritt nur hinsichtlich gewisser Gegenstände eine Ausnahme etc.
Es dürfen nämlich, jedoch nur unter Beobachtung der unten zu 3 und 4 gegebenen Vorschriften,

ohne Unterschied der Rheinabtheilungen als Oberlast folgende Artikel, es mag die Ladung ganz oder theilweise aus denselben bestehen, geführt werden:

Anst. Post. Baumseglinge. Baumwolle. Baumwollballe aller Art, mit Ausnahme der gepreßten und in eiserne Reife verpackten. **Bettfedern. Binsen. Borsten. Bouteillen, leere. Brennholz, Bretter. Bürstenbinderwaaren. Chaisen und Reiswagen. Faschinen. Fassdauben. Fässer und Tonnen, leere. Feuerschwamm und andere Schwämme. Fische, getrocknete. Flach, gehechelt und ungehechelt. Flechtweiden. Floßengeräthe. Floßengeschirr. Floßweiden. Gartengewächse, frische. Gelbwurzel. Glaswaaren, hohle. Haare. Hanf, unverarbeiteter. Hanf, gehechelt und ungehechelt, auch Schleishanf. Harz. Hausgeräthe. Häute, trockene. Heu. Holzkohlen. Hopfen. Hörner. Karten. Kienruß. Klauen. Kleie. Knopperrn. Körbe und andere Weidenarbeiten. Korbweiden. Korkholz. Korkstopfen. Krapp, unverpackter. Kummel. Laub. Leimleder, trockenes. Lohkäse. Lohrinde. Möbel und Hausgeräth. Moos. Obst, gedörrtes. Pfähle, hölzerne. Raufarden. Nebenseglinge. Reife, hölzerne. Rohr. Sägewaaren. Schachtel-, Scheffel- und Siebmacherarbeit. Schaftheu. Schilf. Schmelztiegel. Schreibfedern. Seegrass. Spreu. Steingut. Stroh. Süßholz. Tabaksblätter. Töpferwaaren. Torf. Trester. Wachholderbeeren. Waldhaar. Werg und Watten von Werg. Werkholz überhaupt. Wolle, Wolleballen, welche nicht gepreßt und nicht verpackt sind. Zunder.**

3. Je nachdem die vorgenannten Gegenstände die ganze Schiffsladung oder nur einen Theil derselben ausmachen, tritt folgende Verschiedenheit ein:

a. Besteht die ganze Ladung in Ausnahmegegenständen, so bleibt die Bestimmung der Höhe, bis zu welcher dieselben auf dem Verdecke geladen werden dürfen, den Versendern (den Eigenthümern der Waaren oder deren Geschäftsführern), den Versicherern oder Fertignern überlassen, ohne daß eine Beschränkung in Ansehung der zulässigen äußersten Höhe der Oberlast stattfindet.

b. Besteht nur ein Theil der Schiffsladung aus Ausnahmegegenständen, so hängt die Bestimmung darüber: ob und bis zu welcher Höhe diese auf dem Verdecke geladen werden dürfen, in jedem einzelnen Falle von den Hafen-Polizeibehörden der Einladeorte, oder wo sonstige Sachverständige sich befinden, von Letztern ab.

Diese haben dabei die Beschaffenheit der zu ladenden Gegenstände, des Fahrzeugs und der Stromtheile, welche befahren werden sollen, so wie überhaupt die Umstände, welche auf die Sicherheit der Fahrt von Einfluß sind, gewissenhaft zu berücksichtigen.

Sie sollen jedoch als Regel festhalten: daß Bretter nicht höher als drei, andere Ausnahmegegenstände nicht höher als vier Fuß auf dem Verdecke geladen werden dürfen, und daß nur dann, wenn die obwaltenden, in dem auszustellenden Zeugnisse anzugebenden Umstände nicht der geringsten Besorgniß einer Gefahr bei Ueberschreitung dieser Höhe Raum lassen, eine solche Ueberschreitung nachgegeben werden darf.

Ueber den Gebrauch, welchen die vorgenannten Behörden und Sachverständigen von der ihnen erteilten Ermächtigung machen, haben dieselben ein Journal zu führen, damit aus diesem dem Oberinspektor und durch ihn der Centralcommission das Material zur Erhaltung eines gleichmäßigen Verkehrs in den einzelnen Uferstaaten und zu weiteren Beschlüssen über den Gegenstand durch die Rheinschiffahrts-Inspectoren suppeditirt werden könne.

4. In den unter 3. a. bezeichneten Fällen haben die Versender, Versicherer und Fertiger, in den

unter 3. b. angegebenen Fällen die Sachverständigen und Hafen-Polizeibehörden dem Schiffer ein schriftliches, auf dem Manifest zu vermerkendes, oder demselben beizufügendes Zeugniß zu erteilen, welches die auf das Verdeck zu ladenden Gegenstände und die Höhe, bis zu welcher solche dort geladen werden dürfen, so wie die Gründe für gestattete Ausnahme (vorstehend zu 3. b.) bezeichnet.

Dieses Zeugniß muß der Schiffer jedem Hafenpolizei- und jedem Rheinzoll-Beamten auf dessen Verlangen, Behufs seiner Legitimation, bei Vermeidung einer Polizeistrafe vorzeigen.

5. Jede Verletzung oder Nichtachtung der vorstehend, sowohl hinsichtlich der Gegenstände, welche nur auf das Verdeck geladen werden dürfen, und hinsichtlich der Bedingungen, unter denen dies zulässig ist, als auch hinsichtlich der zulässigen Höhe der Oberlast erteilten Vorschriften wird, abgesehen von der zu 4. erwähnten Polizeistrafe wegen Nichtvorzeigung des erhaltenen Zeugnisses — nach Art. 64 der Rheinschiffahrts Acte mit einer Geldbuße von 46 fl. 40 fr. bis 140 fl. geahndet. Auch wird dem Schiffer in den vorangegebenen Fällen durch die betreffenden Polizei- und Rheinzollerhebungs-Beamten die Weiterreise bis zur Herstellung des durch Sachverständige oder durch die Hafenpolizei zu bestimmenden vorschriftsmäßigen Zustandes untersagt.

6. Die Polizei- und Rheinzollerhebungs Beamten sind verpflichtet, die Befolgung der gegenwärtigen Vorschriften streng zu überwachen.

Die gegenwärtigen Vorschriften treten, so weit sie nicht bereits bestehen, vom 1. Februar 1844 an in Wirksamkeit.

Die Berichtigung der Pfandbücher betreffend.

In den meisten Fällen haben Pfandbuchs-erneuerungen nur den Zweck, die Mängel eines Pfandbuchs zu beseitigen, und den Gebrauch desselben minder schwierig zu machen. Dieser Zweck läßt sich jedoch durch bloße Berichtigung des Pfandbuchs und seines Registers erreichen, ohne daß es nöthig wäre, die vorhandenen Pfandeinträge in ein neues Buch zu übertragen.

Mit höchster Genehmigung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 27. v. M., Nr. 129, wird daher Nachstehendes verordnet:

§. 1.

Pfandbuchs-Erneuerungen finden auf Anordnung der Kreisregierung alsdann Statt, wenn ein Pfandbuch vernichtet oder ganz unbrauchbar geworden ist.

Ist ein Pfandbuch nur in Unordnung gekommen, so wird von der Kreisregierung, sei es auf den Antrag der Gemeinde oder von Amtswegen, die Berichtigung desselben verfügt.

§. 2.

Zur Vornahme der Berichtigung wird ein Commissär von der Kreisregierung auf den Vorschlag des Gemeinderaths ernannt.

§. 3.

Der Ort, wo das Geschäft vorgenommen wird, so wie der Tag, an welchem dasselbe beginnt, sind von dem Commissär durch die Anzeigeblätter, durch die Zeitung der Kreishauptstadt und das etwaige Localblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

§. 4.

Der Commissär hat unter Mitwirkung eines Mitglieds des Gemeinderaths in dem Pfandbuche,

oder demjenigen Theile desselben, welcher zu berichtigen ist, sämtliche Einträge und Ausstreichungsakte, so wie die Beilagen der einen und andern, in Beziehung auf ihre formelle und materielle Gültigkeit zu prüfen.

§. 5.

Ueber das Geschäft ist von Tag zu Tag durch den Commissär ein, von dem ihm beigegebenen Gemeinderathe mit zu unterzeichnendes fortlaufendes Protokoll zu führen.

Dem Protokoll werden in einem besondern Faszikel die Bescheinigungen über die in den folgenden Paragraphen vorgeschriebenen Einladungen und Benachrichtigungen der Betheiligten angeschlossen.

Wenn über die Berichtigung eines Eintrags oder Ausstreichungsakts weitere Verhandlungen entstehen, so hat der Commissär besondere Akten darüber anzulegen.

§. 6.

Sind bei einem Eintrage nicht alle vorgeschriebenen Förmlichkeiten beobachtet, so hat der Commissär thunlichst dahin zu wirken, daß solche im Einverständniß mit sämtlichen Betheiligten nachgeholt werden.

§. 7.

Ist eine Eintragung auf Gegenstände, welche der Verpfändung nicht fähig sind, oder in Folge eines Rechtsittels geschehen, welcher kein Pfandrecht begründet, so hat der Commissär die Betheiligten hiervon in Kenntniß zu setzen.

§. 8.

Ist ein Unterpfand von einer Person bestellt, die nicht Eigenthümerin des verpfändeten Gegenstandes war, so hat der Commissär den Pfandgläubiger und das Pfandgericht, welches die Eintragung bewirkt hat, davon zu benachrichtigen.

§. 9.

Wenn eine Liegenschaft mehrfach als frei verpfändet ist, so hat der Commissär hiervon dem Pfandgerichte, welches bei der spätern Verpfändung die frühere nicht beachtet hat, so wie dem Nachpfandgläubiger, welchem die Liegenschaft als frei verpfändet wurde, Nachricht zu geben.

§. 10.

Findet der Commissär gelegentlich der Durchgehung des Pfandbuchs und seiner Beilagen, daß ein Unterpfand von einer Person bestellt ist, welche hiezu wegen mangelnder Rechtsfähigkeit oder Legitimation nicht befugt war, so hat er hiervon den Pfandgläubiger in Kenntniß zu setzen.

§. 11.

Der Commissär vergleicht die Einträge im Unterpfandsbuch mit den bei dem Amtsrevisorat aufbewahrten Pfandbuchsauszügen. Findet sich hiebei, daß der Auszug mit dem Pfandbuch in erheblichen Punkten nicht übereinstimmt, so hat er den Gläubiger zu Wahrung seiner Rechte davon zu benachrichtigen, auch insofern sich Verdacht einer Fälschung ergibt, dem Bezirksamt Anzeige zu machen.

§. 12.

Behauptet der Eigenthümer einer Liegenschaft, daß ein noch bestehender Pfandeintrag gestrichen seyn sollte, weil die Schuld getilgt oder das Unterpfands- oder Vorzugsrecht aus einem andern Grunde erloschen sei, so hat der Commissär vorerst den eingetragenen Gläubiger, beziehungsweise seinen Rechtsfolger, wenn solcher aufzufinden ist, hierüber zu vernehmen. Willigt derselbe in die Ausstreichung,

so hat der Commissär dafür zu sorgen, daß solche von dem Pfandgerichte ordnungsmäßig bewirkt werde. Im entgegengesetzten Falle, so wie wenn der eingetragene Gläubiger oder sein Rechtsfolger nicht aufzufinden ist, wird dem Eigenthümer der Liegenschaft überlassen, bei Gericht die zur Erwirkung des Strichs geeigneten Anträge zu stellen.

§. 13.

Ist die Ausstreichung eines Eintrags unförmlich geschehen, so hat der Commissär dafür zu sorgen, daß solcher nach Vernehmung und mit Zustimmung des betheiligten Gläubigers, oder, wenn letztere etwa schon erfolgt ist, gleichbald förmlich getilgt werde. Steht dies nicht zu bewirken, so wird dem Eigenthümer der Liegenschaft überlassen, auf Ausstreichung des Eintrags zu klagen.

§. 14.

Ist ein Ausstreichungsakt zwar ordnungsmäßig aufgenommen, geschah dies aber nicht auf den Grund einer die Einwilligung des Gläubigers bestätigenden öffentlichen Urkunde oder eines richterlichen Urtheils, so hat sich der Commissär darauf zu beschränken, daß er dem Schuldner und dem Gläubiger hiervon Nachricht erteilt.

§. 15.

Wenn der Commissär darüber, was rücksichtlich eines wahrgenommenen Mangels geschehen solle, Zweifel hegt, so hat er die Weisung der Kreisregierung einzuholen.

§. 16.

Das Pfandgericht hat die Urkunden, welche mangelhafte Einträge oder Ausstreichungsakte verbessern, wo immer möglich, am Rande des betreffenden Eintrags niederzuschreiben. Kann dies nicht geschehen, so sind sie in das Pfandbuch nach dem jüngsten Eintrag einzuschreiben, und es muß hierauf am Rande des Eintrags, auf den sie sich beziehen, verwiesen werden.

Die Verhandlungen, in deren Folge solche Verbesserungen Statt finden, werden als Beilagen zu dem Pfandbuch, welches bei den betreffenden Einträgen darauf hinzuweisen hat, in einem eigenen Bande gesammelt.

§. 17.

Während der Durchgehung des Pfandbuchs ist auch das hiezu gehörige Register zu durchgehen und zu berichtigen, oder, wenn etwa keines vorhanden seyn sollte, ein solches zu fertigen.

Insbefondere ist hierin bei jedem Eintrag die Stelle, wo er etwa im Pfandbuch verbessert oder gestrichen worden, zu bemerken.

§. 18.

Der Commissär hat nicht minder die äußere Beschaffenheit des Pfandbuchs zu untersuchen, und wenn sie mangelhaft ist, davon sogleich dem Bezirksamte Anzeige zu machen, welches die erforderlichen Verbesserungen anordnen wird.

Carlsruhe, den 2. Februar 1814.

Justizministerium.

Jolly.

Vdt. Ammann.

Bekanntmachung.

Die Serienzichung für die sechste Gewinnziehung von dem Anlehen zu fünf Millionen Gulden von 1840 betreffend.

Bei der heute statt gehabten Serienzichung für die sechste Gewinnziehung von dem Anlehen der Amortisationskasse von 1840 zu fünf Millionen Gulden sind die

Serie-Nro. 893 enthaltend Loos-Nro. 89201 bis 89300

„ 26 „ „ 2501 „ 2600

„ 575 „ „ 57401 „ 57500

„ 698 „ „ 69701 „ 69800

heraus gekommen, was andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 1. Februar 1844.

Ministerium der Finanzen.

von B ö c k h.

Vdt. Molter.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehrenden Andenken hiermit bekannt gemacht.

Es stifteten:

die Peter Hornig's Ehefrau von Neckarau 10 fl. in das katholische Almosen daselbst, und eben so viel in das evangelische Almosen allda;

Frau Altgräfin Auguste zu Salm-Reiferscheid 1650 fl. in den Almosenfond zu Gerlachsheim;

Eufanne Joseph von Mannheim 500 fl. in das evangelische Hospital daselbst;

Marie Anna Reichert von Kronau 10 fl. in den Almosenfond zu Hettingenbeuern;

Martin Michels Eheleute zu Oberwittighausen 221 fl. in den Kirchenfond daselbst;

Amor Holderbach zu Göttingen 30 fl. in den Almosenfond daselbst.

Militär-Dienst-Nachrichten.

Durch höchste Ordre vom 2. Januar d. J. wurden befördert:

die Oberlieutenants von Ehrenberg und Graf von Kageneck vom Leibinfanterie-Regiment zu Hauptmännern, und

die Lieutenants von Stetten im 3ten Infanterie-Regiment,

von Göler im Leib-Infanterie-Regiment,

von Lannstein im 2ten Infanterie-Regiment,

Kamm im 1ten Infanterie-Regiment,

von Laroche im 1ten Dragoner-Regiment,

zu Oberlieutenants.

Nach höchster Ordre vom 9. Januar d. J. erhielt der Hauptmann von der Suite der Infanterie Graf von Wiser den Charakter als Major.

Durch fernere höchste Ordre vom 30. Januar d. J. wurden zu Lieutenants befördert,
 die Portepesänriche von Gontard im 4ten Infanterie-Regiment,
 Henking im 1ten Infanterie-Regiment,
 Rebenius in der Artillerie-Brigade,
 von Renz im 1ten Infanterie-Regiment,
 Siegel im 4ten Infanterie-Regiment,
 von Krieg im ersten Infanterie-Regiment,
 von Göler im 4ten Infanterie-Regiment,
 von Merhart im 3ten Infanterie-Regiment,
 von Kleudgen in der Artillerie-Brigade,
 von Seldeneck im 1ten Dragoner-Regiment.

Ferner wurde durch höchste Ordre vom 23. Januar d. J. der Oberfeldwebel Sutter vom 2ten Infanterie-Regiment zum Lieutenant im Invalidencorps ernannt.

Versezt wurden durch höchste Ordre vom 2. Januar d. J.

Hauptmann Graf von Ragenack und Hauptmann von Göler vom Leibinfanterie-Regiment zum 1ten Infanterie-Regiment.

Hauptmann von Horradam vom 1ten zum 4ten Infanterie-Regiment.

Oberlieutenant Theodor Hoffmann und Oberlieutenant Frech vom 1ten zum Leibinfanterie-Regiment.

Durch höchste Ordre vom 30. Januar d. J.

Lieutenant von Adelsheim vom Leibinfanterie-Regiment zum 4ten Infanterie-Regiment.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den August von Issegheem zu Ostende zu Höchstihrem Consul daselbst zu ernennen;

den Vorstand des Oberamts Heidelberg, Geheimenrath Deurer, unter Bezeugung der höchsten Zufriedenheit mit seinen langjährigen Dienstleistungen, in den Ruhestand zu versetzen, und

die Stelle eines Amtsvorstands bei dem Oberamte Heidelberg dem Vorstande des Stadtamts Freiburg, Geheimenrath von Vogel zu übertragen;

den Steuerrevisor Diez zu Freiburg seinem Ansuchen gemäß bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen;

die katholische Pfarrei Bühlertal, Amts Bühl, dem Pfarrer Johann Philipp Krämer in Speffart, Amts Ettlingen, zu verleihen;

Nach im Oktober 1843 erstandener philologischer Staatsprüfung wurde August Schmidt von Carlsruhe unter die Zahl der Lehramtsandidaten aufgenommen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die Stelle eines Revisors bei der Zolldirection. Die Bewerber haben sich bei der Zolldirection binnen vier Wochen zu melden.
2. Durch das Ableben des Amtschirurgen Staiger ist das Amtschirurgat Heidelberg mit der normalmäßigen Besoldung von 180 fl. und 120 fl. Pferdfourrageaversum in Erledigung gekommen. Die Competenten um diese mit einem Medico-Chirurgen zu besetzende Stelle haben sich binnen vier Wochen nach Vorschrift bei der Sanitätscommission zu melden.
3. Die Stelle eines Salinencassiers zu Rappenaу. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen bei der Steuerdirection zu melden.
4. Die katholische Pfarrei Speffart, Amts Ettlingen, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 600 fl. ist erledigt. Die Competenten um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Gestorben sind:

- am 10. Januar d. J. der pensionirte Kammerrath Wer in Freiburg;
 am 12. Januar d. J. der Hauptmann von der Suite der Infanterie von R h u o n dahier;
 am 24. Januar d. J. der Revisor B a u m b e r g e r bei der Zolldirection.
-

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 12. März 1844.

Verordnung.

Die Synagogenplätze betreffend.

Die von dem großherzoglichen Ministerium des Innern unter dem 14. April 1819 in Betreff der Synagogenplätze erlassene Verordnung (Regblt. Nr. XV. S. 85) wird im Einverständniß mit genanntem Ministerium hierdurch zurück genommen, mit dem Anfügen jedoch, daß es bei der den Synagogengemeinden zustehenden Ermächtigung zur Veräußerung der Synagogenplätze sein Bewenden behalte.

Carlsruhe, den 16. Februar 1844.

Justizministerium,

Jolly.

Vdt. Ammann.

Bekanntmachungen.

In Folge höchster Ermächtigung wird die Posthalterei in Kuppenheim, Oberamts Rastatt, vom 1. April l. J. an aufgehoben und die Poststation von Neumalsch bis Baden auf ein und eine halbe Post festgesetzt.

Carlsruhe, den 5. Februar 1844.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

von Busch.

Vdt. von Berckheim.

Die Aufstellung des vormaligen fürstlich leiningenschen Baucontroleurs Klinkerfuß zu Osterburken als Schätzer für die auf dem Zehnten lastenden Baulasten betr.

Der vormalige fürstlich leiningensche Baucontroleur Klinkerfuß zu Osterburken wird andurch, im Einverständniß mit großherzoglichem Finanzministerium, als Sachverständiger auf dem Zehnten ruhenden Baulasten aufgestellt, und dieß hiermit zur öffentlichen

Carlsruhe, den 20. Januar 1844.

Ministerium des Innern.

Khr. v. Mdt.

Der Grundherr Graf von Waldfürch hat auf das Recht der Ausübung der Forst- und Jagd-
polizei in der grundherrlichen Gemarkung Kleineicholzheim verzichtet.

Dies wird mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß die Gemarkung Kleineicholzheim dem landes-
herrlichen Forstbezirk Ballenberg zugewiesen wird.

Carlsruhe, den 6. Februar 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Reinhard.

Uebersicht

der Schülerzahl an der polytechnischen Schule zu Carlsruhe und der damit in Verbindung
stehenden Vorschule.

Im Studienjahr 1843/44 besuchen diese Anstalt und zwar:

	Inländer.	Ausländer.	Im Ganzen.
Die I. allgemeine mathematische Classe	37	5	42
„ II. allgemeine mathematische Classe	14	12	26
„ III. allgemeine mathematische Classe	18	6	24
„ Ingenieurschule	38	3	41
„ Bauschule	21	20	41
„ Forstschule mit forstlichem Vorbereitungskurs . . .	26	9	35
„ höhere Gewerbschule	10	25	35
„ Handelsschule	10	1	11
„ Vorschule	52	12	64
Hierzu kommen Hospitanten	4	8	12
	230	101	331

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Carlsruhe, den 16. Februar 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. v. Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Die Tilgung des Eisenbahnanlehens betreffend.

Unter Bezug auf die diesseitige Bekanntmachung vom 5. v. M. (Regblt. Nr. II.) wird andurch
zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß am 16. d. M., in Gegenwart einer großherzoglichen Com-
mission, folgende Eisenbahnobligationen gezogen worden sind:

1) von 1000 fl. das Stück, die Nummern 111. 123. 274. 853. 921. 1173. 1189.
1335. 1430. 2052. 2255. 2276. 2299. 2808. 2863. 3039.

2) von 500 fl. das Stück, die Nummern 47. 134. 860. 1046. 1277. 1557. 1862. 1906. 2044. 2083. 2212. 2302. 2941. 3074. 3178. 3379. 3837. 4039. 4563. 4719. 4821. 4833. 5074. 5559. 5751. 5865. 6148. 6248. 6367. 6511. 6624. 6788. 6800. 6840. 7042. 9053. 9171.

3) von 100 fl. das Stück, die Nummern 266. 510. 945. 1241. 1294. 1303. 1520. 1728. 2084. 2131. 2246. 2401. 2732. 2800. 3206. 3252. 3480. 3529. 3896. 4368. 4600. 4684. 4716. 4765. 4857. 4882. 4902. 5209. 5317. 5355. 5488. 5665. 5734. 5961. 6146. 6405. 7665. 7717. 7960. 8147. 8290. 8468. 8639. 8718. 8740. 8939. 9010. 9059. 9101. 9315. 9338. 9419. 10950. 10990. 10996. 11198. 11357. 11704. 11854. 14912.

Die vorbemerkten Obligationen werden den Besitzern zur Heinzahlung mit dem Nominalkapital auf den 1. September d. J. gekündigt, und von diesem Zeitpunkte an hört die Verzinsung auf.

Wer die Zahlung früher zu erhalten wünscht, kann das Capital mit den Zinsen bis zum Zahlungstag auch vor dem 1. September d. J. erheben.

Carlsruhe, den 19. Februar 1844.

Ministerium der Finanzen.
von Böckh.

Vdt. Pfeilschider.

Die sechste Gewinnziehung für das Anlehen vom Jahr 1840 von fünf Millionen Gulden betreffend.

Das Resultat der heute geschehenen sechsten Gewinnziehung von dem vorbemerkten Anlehen wird durch die unter Anlage I. beiliegende Liste zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die Gewinne werden planmäßig auf den 1. August d. J. durch die Amortisationskasse bezahlt werden, wenn es die Inhaber der Loose nicht vorziehen, ihre Gewinne früher bei dieser Kasse gegen Abzug von $\frac{1}{2}$ Kreuzer vom Gulden zu erheben.

Carlsruhe, den 1. März 1844.

Ministerium der Finanzen.
von Böckh.

Vdt. Pfeilschider.

In der Anlage II. wird die Uebersicht des Vermögensstandes der Militär-Wittwenkasse beider Abtheilungen und ihrer Einnahmen und Ausgaben für die Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1843 zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 6. Februar 1844.

Kriegsministerium.
von Freydrf.

Vdt. Gröhlisch.

Erlaubniß zum Tragen fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Staatsminister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, von Dusch, die gnädigste Erlaubniß ertheilt, das ihm von Seiner Majestät dem König der Belgier verliehene Großkreuz des Leopoldordens anzunehmen und zu tragen.

Die gleiche höchste Erlaubniß erhielten der Viceoberstkammerherr und Hofdomänenintendant Graf Brüssel für das ihm von Seiner Durchlaucht dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha verliehene Großkreuz des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens, und

der Viceoberstallmeister, Oberst und Flügeladjutant Freiherr von Seldeneck für das ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Oldenburg verliehene Ehren-Großcomthurkreuz Seines Haus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Freiherrn von Egloffstein, Kammerherrn und Adjutanten Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Oldenburg,

dem Stadtrath Merian in Freiburg,

dem Freiherrn von Wangenheim, Kammerherrn und Adjutanten Seiner Durchlaucht des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha, das Commandeurkreuz des Ordens vom Thüringer Löwen, und

dem Geheimen Rath und Regierungs-Director Dahmen in Mannheim, den Stern zum bereits innehabenden Commandeurkreuz des Ordens vom Thüringer Löwen zu verleihen.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Regierungs-Secretär Kanzleirath Rost zu Rastadt in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste die größere goldene Civilverdienstmedaille, und

dem Galleriedienier Langheinrich zu Mannheim in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen geruht.

Dienstinrichtungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

der unterthänigsten Bitte des Geheimen Raths und Regierungsdirectors Dahmen in Mannheim um Versetzung in den Pensionsstand wegen anhaltender Kränklichkeit, unter Bezeugung der besondern höchsten Anerkennung seiner langjährigen treuen und erspriesslichen Dienstleistungen zu entsprechen;

den Bezirksförster Holz zu Hasel in den Ruhestand zu versetzen;

den Scribenten Georg Hausmann von hier zum Kanzlisten des Justizministeriums zu ernennen;
 den Accessisten Franz Füller als Hofmusikus anzustellen;
 die erledigte katholische Pfarrei St. Roman, Bezirksamts Wolfach, dem Priester Konrad Leber von Gais, Amts Waldbhut, bisherigen Kaplaneiverwalter in Adolfszell,
 die katholische Pfarrei Darlanden, Landamts Karlsruhe dem Pfarrer Christoph WARTH in Wieblingen,
 die katholische Pfarrei Et. Märgen, Landamts Freiburg, dem Pfarrer Mathä Mayer zu Wieden, und
 die katholische Pfarrei Hügelsheim, Oberamts Rastatt, dem Pfarrverweser Valentin Weiß in Durmersheim zu übertragen;

den Decan und Kirchenrath Sachs zu Durlach unter Anerkennung seiner langjährigen guten Dienste seiner Function als Decan der Diocese Durlach zu entheben,
 dem Kirchenrath Sachs das Stadtdécanat Karlsruhe,

die erledigte Stelle eines Décan der Landesdiocese Karlsruhe dem bisherigen Verwalter derselben, Karl Wilhelm Gnefeliuss, Pfarrer zu Deutschneureuth,

die erledigte Stelle eines Decans der Diocese Durlach dem Pfarrer Gottlob Beck daselbst, und

die erledigte Stelle eines Decans der Diocese Hornberg dem bisherigen Decanatsverwalter Stadtpfarrer Martin Schmidt zu Hornberg definitiv zu übertragen, und

dem bisherigen Diaconus und Professor Theodor Roth zu Müllheim die erledigte evangelische Stadtpfarrei daselbst mit dem Decanat zu verleihen.

Die Freiherrlich von Wessenbergische Präsentation des Priesters Hausser, Vicar in Pfaffenweiler, Amts Billingen, auf das Kaplaneibezirium in Feldkirch, Amts Stausen, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Dem Rechtspraktikanten Franz Bühler in Offenburg wurde das Schriftverfassungsrecht in Verwaltungssachen erteilt.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die katholische Pfarrei Wieblingen Oberamts Heidelberg, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 600 fl., worauf jedoch ein in 2 Jahresterminen zu tilgendes Kriegsschuldenkapital von 21 fl. 55 kr. haftet, ist erledigt. Die Competenten um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
2. Durch den Tod des Pfarrers Müller ist die evangelische Pfarrei Theningen, Decanats Emmendingen, mit einem Competenzanschlag von 856 fl. 23 kr., worauf jedoch eine Schuld von 41 fl. 29 kr. haftet, welche der neu ernannt werdende Pfarrer nebst Zinsen zu bezahlen hat, in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.

Gestorben sind:

Am 13. November v. J. der pensionirte Kreisrevisor Laiber in Möhringen.

„ 30. Dezember v. J. „ „ Amtmann Schuech zu Freiburg.

„ 28. Januar d. J. Steuerdirector Cassinone in Karlsruhe.

Verichtigung.

Zu der Bekanntmachung vom 16. Jänner d. J. Regierungsblatt Nr. 3, das Amt Donaueschingen betreffend, ist unter denen vom Amte Hünningen zugetheilten Orten noch Hochemmingen nachzutragen und beträgt die Seelenzahl statt 12706 — 13140.

Großherzogl. Badische

Amortisationskasse.

Anlehen vom Jahr 1840.

Liste der gezogenen 400 Stück Loose mit den darauf gefallenem Gewinnsätzen
bei der

Sechsten Ziehung,

welche nach Maassgabe des am 30. Juli 1840 bekannt gemachten Planes über das in Folge Gesetzes vom 11. Juni 1840 mit den Bankierhäusern S. von Haber und Söhne dahier, Johann Goll und Söhne in Frankfurt am Main und R. A. von Rothschild und Söhne daselbst gegen 100,000 Stück 50 fl. - Loose kontrahirte Anlehen von 5 Millionen Gulden durch die großherzogliche Kommission in Gegenwart der Anlehensunternehmer

am 1. März 1844

vorgenommen wurde.

(Nach der Nummernfolge geordnet.)

Nummern der am 1. Februar 1844 gezogenen 4 Serien:

26. 575. 698. 893.

Loos-Nr.	Gewinn.	Loos-Nr.	Gewinn.	Loos-Nr.	Gewinn.	Loos-Nr.	Gewinn.	Loos-Nr.	Gewinn.	Loos-Nr.	Gewinn.
	fl.		fl.		fl.		fl.		fl.		fl.
2501	65	2519	65	2537	125	2555	65	2573	65	2591	100
2502	65	2520	65	2538	65	2556	65	2574	65	2592	65
2503	65	2521	65	2539	65	2557	65	2575	65	2593	65
2504	65	2522	125	2540	65	2558	65	2576	65	2594	65
2505	65	2523	65	2541	65	2559	125	2577	65	2595	65
2506	125	2524	65	2542	65	2560	65	2578	65	2596	65
2507	10000	2525	65	2543	100	2561	65	2579	65	2597	65
2508	65	2526	250	2544	3000	2562	65	2580	65	2598	250
2509	65	2527	65	2545	125	2563	65	2581	65	2599	65
2510	65	2528	65	2546	65	2564	65	2582	65	2600	250
2511	65	2529	65	2547	65	2565	65	2583	125	57401	65
2512	1500	2530	65	2548	65	2566	65	2584	65	57402	65
2513	65	2531	65	2549	65	2567	250	2585	65	57403	65
2514	65	2532	65	2550	65	2568	65	2586	65	57404	65
2515	65	2533	100	2551	100	2569	65	2587	65	57405	125
2516	65	2534	65	2552	65	2570	65	2588	250	57406	65
2517	65	2535	65	2553	65	2571	65	2589	65	57407	125
2518	65	2536	1500	2554	125	2572	1000	2590	65	57408	65

Loose-Nr.	Gewinn. fl.	Loose-Nr.	Gewinn. fl.	Loose-Nr.	Gewinn. fl.	Loose-Nr.	Gewinn. fl.	Loose-Nr.	Gewinn. fl.	Loose-Nr.	Gewinn. fl.
57409	65	57458	65	69707	65	69756	65	89205	65	89254	65
57410	100	57459	65	69708	65	69757	65	89206	65	89255	65
57411	100	57460	65	69709	65	69758	125	89207	65	89256	65
57412	65	57461	65	69710	65	69759	100	89208	65	89257	65
57413	65	57462	65	69711	65	69760	65	89209	65	89258	65
57414	65	57463	65	69712	65	69761	100	89210	65	89259	65
57415	65	57464	250	69713	65	69762	65	89211	65	89260	65
57416	100	57465	65	69714	65	69763	65	89212	65	89261	65
57417	65	57466	65	69715	65	69764	65	89213	65	89262	65
57418	65	57467	65	69716	65	69765	65	89214	65	89263	65
57419	65	57468	65	69717	65	69766	100	89215	65	89264	35000
57420	65	57469	65	69718	65	69767	65	89216	65	89265	65
57421	100	57470	65	69719	65	69768	65	89217	65	89266	65
57422	65	57471	65	69720	65	69769	65	89218	65	89267	65
57423	65	57472	100	69721	65	69770	65	89219	65	89268	65
57424	125	57473	65	69722	65	69771	65	89220	65	89269	125
57425	65	57474	1000	69723	65	69772	65	89221	65	89270	65
57426	65	57475	65	69724	250	69773	65	89222	65	89271	65
57427	65	57476	65	69725	65	69774	65	89223	65	89272	65
57428	65	57477	125	69726	125	69775	65	89224	100	89273	65
57429	65	57478	100	69727	65	69776	65	89225	65	89274	65
57430	250	57479	65	69728	65	69777	65	89226	65	89275	65
57431	65	57480	65	69729	65	69778	65	89227	100	89276	65
57432	65	57481	65	69730	125	69779	65	89228	65	89277	65
57433	65	57482	65	69731	100	69780	65	89229	65	89278	65
57434	65	57483	65	69732	65	69781	65	89230	65	89279	100
57435	65	57484	65	69733	65	69782	65	89231	65	89280	65
57436	65	57485	65	69734	65	69783	65	89232	65	89281	65
57437	65	57486	65	69735	65	69784	65	89233	65	89282	65
57438	65	57487	1000	69736	65	69785	65	89234	65	89283	65
57439	65	57488	65	69737	65	69786	100	89235	65	89284	65
57440	65	57489	100	69738	65	69787	100	89236	65	89285	65
57441	65	57490	65	69739	65	69788	100	89237	65	89286	65
57442	65	57491	65	69740	100	69789	65	89238	65	89287	65
57443	5000	57492	1000	69741	65	69790	65	89239	125	89288	65
57444	65	57493	65	69742	100	69791	65	89240	65	89289	65
57445	65	57494	65	69743	65	69792	65	89241	65	89290	65
57446	65	57495	65	69744	65	69793	65	89242	100	89291	65
57447	125	57496	125	69745	65	69794	100	89243	100	89292	65
57448	65	57497	100	69746	65	69795	100	89244	65	89293	65
57449	250	57498	65	69747	65	69796	65	89245	65	89294	65
57450	65	57499	65	69748	65	69797	65	89246	65	89295	65
57451	65	57500	65	69749	65	69798	65	89247	65	89296	65
57452	65	69701	65	69750	65	69799	65	89248	65	89297	65
57453	125	69702	65	69751	100	69800	65	89249	125	89298	65
57454	65	69703	65	69752	65	89201	100	89250	250	89299	65
57455	65	69704	65	69753	65	89202	65	89251	65	89300	65
57456	65	69705	65	69754	65	89203	65	89252	65		
57457	65	69706	65	69755	65	89204	65	89253	65		

Vorstehende Gewinne werden planmäßig

am 1. August 1844

bei der unterzeichneten Kasse gegen Rückgabe der Loose baar bezahlt; wer die Zahlung früher zu empfangen wünscht, kann solche gegen Abzug eines Disconto à $\frac{1}{2}$ Kreuzer vom Gulden erhalten.

Die von den früheren fünf Ziehungen noch rückständigen Loose sind in der beifolgenden Liste verzeichnet.

Karlsruhe, den 1. März 1844.

Großherzoglich Badische Amortisationskasse.

Liste

der und von

früheren fünf Ziehungen

noch uneingelöstten Großherzoglich Badischen Fünfzig-Gulden-Loose

des Anlehens vom Jahr 1840,

deren Besitzer zu Erhebung der Gewinne hierdurch aufgefordert werden.

18	1778	III.	65	402	40156	V.	65	402	40188	V.	65	527	52620	V.	65
"	1779	"	125	"	40157	"	65	"	40189	"	100	"	52621	"	65
"	1780	"	65	"	40158	"	125	"	40190	"	65	"	52622	"	100
207	20601	II.	65	"	40161	"	250	"	40191	"	65	"	52623	"	65
"	20602	"	65	"	40162	"	65	"	40192	"	65	"	52624	"	65
218	21769	"	65	"	40163	"	65	"	40193	"	65	"	52625	"	100
220	21982	III.	65	"	40164	"	65	"	40194	"	65	"	52626	"	65
"	21983	"	65	"	40165	"	65	"	40195	"	65	"	52627	"	65
359	35862	I.	65	"	40166	"	100	"	40196	"	65	"	52628	"	65
"	35863	"	65	"	40167	"	250	"	40197	"	65	"	52629	"	100
"	35864	"	65	"	40168	"	65	"	40198	"	65	"	52630	"	65
"	35865	"	65	"	40169	"	65	"	40199	"	65	"	52632	"	65
"	35866	"	65	"	40170	"	65	"	40200	"	65	"	52643	"	65
366	36502	III.	65	"	40171	"	65	524	52310	IV.	65	"	52647	"	65
"	36537	"	65	"	40172	"	65	"	52354	"	65	"	52649	"	65
402	40104	V.	65	"	40173	"	100	"	52355	"	125	"	52686	"	65
"	40136	"	65	"	40174	"	65	"	52358	"	65	"	52688	"	65
"	40137	"	65	"	40175	"	65	"	52362	"	65	"	52696	"	65
"	40138	"	65	"	40176	"	65	"	52364	"	65	633	63255	I.	65
"	40139	"	65	"	40177	"	65	"	52385	"	65	"	63299	"	65
"	40140	"	65	"	40178	"	65	"	52392	"	63	814	81359	"	65
"	40141	"	65	"	40179	"	100	527	52611	V.	65	932	93126	III.	65
"	40143	"	65	"	40180	"	65	"	52612	"	65	"	93134	"	65
"	40145	"	100	"	40181	"	100	"	52613	"	63	"	93163	"	65
"	40147	"	1000	"	40182	"	65	"	52614	"	65	"	93169	"	125
"	40150	"	65	"	40183	"	65	"	52615	"	65	943	94204	V.	65
"	40151	"	65	"	40184	"	65	"	52616	"	125	"	94206	"	65
"	40152	"	65	"	40185	"	65	"	52617	"	65	"	94246	"	65
"	40153	"	65	"	40186	"	65	"	52618	"	65	"	94230	"	65
"	40154	"	65	"	40187	"	65	"	52619	"	100	"	94253	"	65

Carlstraße den 1. März 1844.

Großherzoglich Badische Amortisationskasse.

Uebersicht

des

Standes der Großherzoglich Badischen Militär-Wittwenkasse

vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1843.

Stand der Rechnung.

Erste Klasse.

Vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1842.

Soll.		Einnahme.		Hat.		Rest.	
fl.	fr.			fl.	fr.	fl.	fr.
		I. Rückstandrechnung.					
		1. Einnahmestreife aus voriger Rechnung:					
		fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.			
		4,820 34	a) Kapitalzinsreste . . .	3,684 30	1,136 4		
		— —	b) andere Einnahmestreife . . .	— —	— —		
4,820	34			3,684	30	1,136	4
—	—	2. Abgang an Ausgabestreifen					
—	—			—	—	—	—
		II. Rechnung früherer Jahre					
				—	—	—	—
		III. Rechnung vom laufenden Jahr.					
		1. Kapitalzins.					
		fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.			
		18,475 30	a) von ausgeliehenen Kapi-				
			talien	11,180 36	7,294 54		
		— —	b) von verwiesenen Posten	— —	— —		
18,475	30			11,180	36	7,294	54
		2. Kapitalien.					
		fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.			
		911,978 45	a) von ausgeliehenen Kapi-				
			talien	15,050 —	896,928 45		
		— —	b) von verwiesenen Posten	— —	— —		
911,978	45			15,050	—	896,928	45
		3. Beiträge der Mitglieder.					
		fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.			
		4,307 5	a) fortlaufende Beiträge	4,243 3½	64 1½		
		888 10	b) Receptions- und Pro-				
			motionsstaren	850 40	37 30		
5,195	15			5,093	43½	101	31½
940,470	4	Uebertrag		35,008	49½	905,461	14½

Soll.		Einnahme.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
940,470	4	Uebertrag	35,008	49 1/2	905,461	14 1/2
—	—	4. Verfallene Einstands-Cautionen	—	—	—	—
—	—	5. Gewinn an erkauften oder veräußerten Obliga- tionen	—	—	—	—
—	—	6. Milde Zuflüsse	—	—	—	—
—	—	7. Strafen	—	—	—	—
—	—	8. Pachtzins	—	—	—	—
—	—	9. Erlös aus Material und Fahrniß	—	—	—	—
—	—	10. Ertragposten	—	—	—	—
		IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen.				
11,653	36	1. Kassenrest aus voriger Rechnung	11,653	36	—	—
		2. Bon und für fremde Kassen.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		— — a) aus voriger Rechnung				
1,767	50	1,767 50 b) vom laufenden Jahr	1,767	50	—	—
		3. Bon und für Privatpersonen.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		— — a) aus voriger Rechnung				
		— — b) vom laufenden Jahr				
—	—		—	—	—	—
—	—	4. Ausgleichungsposten	—	—	—	—
953,891	30	Summe der Einnahme	48,430	15 1/2	905,461	14 1/2
		Die Zahl der beitragenden Mitglieder war am Schluß des Rechnungshalbjahrs vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1842 492				
		Am Schluß des Rechnungsjahrs vom 1. Juli 1840 bis dahin 1841 betrug dieselbe 497				
		also Verminderung 5.				

Soll.		Ausgabe.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
—	—	I. Rückstandsrechnung.	—	—	—	—
—	—	1. Ausgabereste aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	2. Abgang an Einnahmsresten	—	—	—	—
—	—	II. Rechnung früherer Jahre	—	—	—	—
24,200	—	III. Rechnung vom laufenden Jahre.	24,200	—	—	—
—	—	1. Angelegte Kapitalien	—	—	—	—
23,216	34	2. Zinsvergütung und Aufweschel für erkaufte oder veräußerte Obligationen	23,216	34	—	—
		3. Wittwen- und Waisengehälte				
		4. Verwaltungskosten.				
		fl. fr. a) Besoldungen fl. fr. fl. fr.				
		787 30 a) Besoldungen 787 30 — —				
		69 59 b) Gehalte 69 59 — —				
		92 30 c) Bureaukosten, als: Kassen- zubuß, Gratifikationen, für Schreibmaterialien, Impres- sen, öffentliche Blätter, Buch- binderlohn, Zimmerheizung und Beleuchtung, Zimmer- und Möbelreinigung, Porto- auslagen u. verschiedene klei- nere Bureau-Erfordernisse . 92 30 — —				
981	14	31 15 d) Mietzinsfe 31 15 — —	981	14	—	—
—	15	5. Für Fahrniß und Material	—	15	—	—
—	—	6. Rückersag	—	—	—	—
—	—	7. Abgang und Nachlaß	—	—	—	—
14	22½	IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben.	14	22½	—	—
		1. Kassenrest an künftige Rechnung				
		2. An und für fremde Kassen.				
		fl. fr. a) aus voriger Rechnung fl. fr. fl. fr.				
		— — a) aus voriger Rechnung — — — —				
1,767	50	1,767 50 b) vom laufenden Jahr . . 17 50 1,750 —	17	50	1,750	—
		3. An und für Privatpersonen.				
		fl. fr. a) aus voriger Rechnung fl. fr. fl. fr.				
		— — a) aus voriger Rechnung — — — —				
		— — b) vom laufenden Jahr — — — —				
—	—	4. Ausgleichungskosten	—	—	—	—
50,180	15½	Summe der Ausgabe	48,430	15½	1,750	—
		Derunter der pro 1842 übertragene baare Kassenvor- rath von 14 fl. 22½ fr.				

Vom 1. Januar 1842 bis dahin 1843.

Coll.		Einnahme.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
		I. Rückstandsberechnung.				
		1. Einnahmereste aus voriger Rechnung.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		8,430 58 a) Kapitalzinsreste 7,489 58 941 2				
		101 31½ b) andere Einnahmereste 101 31½ — —				
8,532	29½		7,591	27½	941	2
—	—	2. Abgang an Ausgabereften	—	—	—	—
—	—	II. Rechnung früherer Jahre	—	—	—	—
		III. Rechnung vom laufenden Jahr.				
		1. Kapitalzinsf.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		35,629 29 a) von ausgeliehenen Kapi-				
		talien 27,770 13 7,859 16				
		— — b) von verwiesenen Posten — — — —				
35,629	29		27,770	13	7,859	16
		2. Kapitalien.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		944,328 45 a) von ausgeliehenen Kapi-				
		talien 57,405 55 886,922 50				
		— — b) von verwiesenen Posten — — — —				
944,328	45		57,405	55	886,922	50
		3. Beiträge der Mitglieder.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		8,258 22 a) fortlaufende Beiträge 8,258 22 — —				
		1,597 40 b) Rezeptions- und Pro-				
		motionsstaren 1,547 40 50 —				
9,856	2		9,806	2	50	—
—	—	4. Verfallene Einstands-Cautionen	—	—	—	—
—	—	5. Gewinn an erkauften oder veräußerten Obli-	—	—	—	—
—	—	gationen	—	—	—	—
—	—	6. Milde Zuflüsse	—	—	—	—
—	—	7. Strafen	—	—	—	—
—	—	8. Pachtzinsf	—	—	—	—
—	—	9. Erlös aus Fahrniß und Material	—	—	—	—
—	—	10. Ertragposten	—	—	—	—
		IV. Rechnung der uneigentlichen Ein-				
		nahmen.				
14	22½	1. Kassenrest aus voriger Rechnung	14	22½	—	—
998,361	8 Uebertrag	102,598	—	895,773	8

Soll.		Ausgabe.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
—	—	I. Rückstandsberechnung.	—	—	—	—
—	—	1. Ausgabereste aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	2. Abgang an Einnahmestellen	—	—	—	—
—	—	II. Rechnung früherer Jahre	—	—	—	—
47,400	—	III. Rechnung vom laufenden Jahr.	47,400	—	—	—
—	—	1. Angelegte Kapitalien	—	—	—	—
—	—	2. Zinsvergütung und Aufwechsel für erkaufte oder veräußerte Obligationen	—	—	—	—
47,826	50	3. Wittwen- und Waisengehälte	47,619	50	207	—
—	—	4. Verwaltungskosten:	—	—	—	—
—	—	fl. fr. fl. fr. fl. fr.	—	—	—	—
—	—	1,433 20 a) Besoldungen 1,433 20 — —	—	—	—	—
—	—	139 57 b) Gehalte 139 57 — —	—	—	—	—
—	—	194 6 c) Bureaukosten, als: Kassenzu-	—	—	—	—
—	—	buße, Schreib- u. Infections-	—	—	—	—
—	—	gebühren, Gratifikationen, für	—	—	—	—
—	—	Schreibmaterialien, Impres-	—	—	—	—
—	—	sen, öffentliche Blätter, Buch-	—	—	—	—
—	—	binde- und Drucklohn, Zimmerheizung	—	—	—	—
—	—	und Beleuchtung, Zimmer-	—	—	—	—
—	—	und Möbelreinigung, Porto-	—	—	—	—
—	—	auslagen u. verschiedene klei-	—	—	—	—
—	—	nere Bureau-Erfordernisse . 194 6 — —	—	—	—	—
1,829	53	62 30 d) Miethzinse 62 30 — —	1,839	53	—	—
13	54	5. Für Fahrts- und Material	13	54	—	—
16	20	6. Rüdersatz	16	20	—	—
—	—	7. Abgang und Nachsatz	—	—	—	—
3,958	3	IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben:	3,958	3	—	—
—	—	1. Kassenrest an künftige Rechnung	—	—	—	—
—	—	2. An und für fremde Kassen.	—	—	—	—
—	—	fl. fr. fl. fr. fl. fr.	—	—	—	—
—	—	1,750 — a) aus voriger Rechnung . 1,750 — — —	—	—	—	—
1,783	56	33 56 b) vom laufenden Jahr . . 33 56 — —	1,783	56	—	—
—	—	3. An und für Privatpersonen.	—	—	—	—
—	—	fl. fr. fl. fr. fl. fr.	—	—	—	—
—	—	— — a) aus voriger Rechnung . — — — —	—	—	—	—
—	—	— — b) vom laufenden Jahr . . — — — —	—	—	—	—
—	—	4. Ausgleichungsposten	—	—	—	—
102,828	56 Summe der Ausgabe	102,621	56	207	—
—	—	Worunter der pro 1843 übertragene baare Kassenvor-	—	—	—	—
—	—	rath mit 3,958 fl. 3fr.	—	—	—	—

Zweite Klasse.

Vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1842.

Soll.		Einnahme.		Hat.		Rest.	
fl.	fr.			fl.	fr.	fl.	fr.
		I. Rückstandsberechnung.					
		1. Einnahmereste aus voriger Rechnung.					
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
		4,175	24	a) Kapitalginsreste . . .	3,036 15	1,139	9
		—	—	b) andere Einnahmereste . . .	—	—	—
4,175	24				3,036 15	1,139	9
—	—				—	—	—
—	—	2. Abgang an Ausgabereften					
—	—				—	—	—
		II. Rechnung früherer Jahre					
					—	—	—
		III. Rechnung vom laufenden Jahr.					
		1. Kapitalgins.					
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
		18,994	49	a) von ausgeliehenen Kapitalien . . .	14,190 45	4,804	4
		—	—	b) von verwiesenen Posten . . .	—	—	—
18,994	49				14,190 45	4,804	4
		2. Kapitalien.					
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
		784,768	9	a) von ausgeliehenen Kapitalien . . .	20,000 —	764,768	9
		—	—	b) von verwiesenen Posten . . .	—	—	—
784,768	9				20,000 —	764,768	9
44	46 1/2	3. Beiträge von Mitgliedern					
237	26				44 46 1/2	—	—
—	—	4. Verfallene Einstandecantionen					
—	—				237 26	—	—
—	—	5. Gewinn an erkauften oder veräußerten Obligationen					
—	—				—	—	—
—	—	6. Milde Zulasse					
—	—				—	—	—
—	—	7. Strafen					
—	—				—	—	—
—	—	8. Pachtgins					
—	—				—	—	—
—	—	9. Erlös aus Fahrniß und Material					
—	—				—	—	—
—	—	10. Ersapposten					
—	—				—	—	—
		IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen.					
30,895	32 1/2	1. Kassenrest aus voriger Rechnung					
					30,895 32 1/2	—	—
		2. Bon und für fremde Kassen.					
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
		—	—	a) aus voriger Rechnung . . .	—	—	—
		1,750	—	b) vom laufenden Jahr . . .	—	1,750	—
1,750	—				—	1,750	—
		3. Bon und für Privatpersonen.					
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
		—	—	a) aus voriger Rechnung . . .	—	—	—
		—	—	b) vom laufenden Jahr . . .	—	—	—
—	—				—	—	—
—	—	4. Ausgleichungsposten					
—	—				—	—	—
840,866	7	Summe der Einnahme					
					68,404 45	772,461	22

Coll.		Ausgabe.	Hat.		Rest.	
fl.	fl.		fl.	fr.	fl.	fr.
—	—	I. Rückstandsberechnung.	—	—	—	—
—	—	1. Ausgabeüberschuss aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	2. Abgang an Einnahmeüberschüssen	—	—	—	—
—	—	II. Rechnung früherer Jahre	—	—	—	—
48,550	—	III. Rechnung vom laufenden Jahr:	48,550	—	—	—
—	—	1. Angelegte Kapitalien	—	—	—	—
5,434	54	2. Zinsvergütung und Aufwandel für erkaufte oder veräußerte Obligationen	—	—	—	—
—	—	3. Wittwen- und Waisengehälte	5,434	54	—	—
—	—	4. Verwaltungskosten:	—	—	—	—
—	—	fl. fr. fl. fr. fl. fr.	—	—	—	—
—	—	787 30 a) Bejoldungen	787 30	—	—	—
—	—	69 58 b) Gehalte	69 58	—	—	—
—	—	92 30 c) Bureaukosten, als:	—	—	—	—
—	—	Rassenzubusse, Gratifikationen,	—	—	—	—
—	—	für Schreibmaterialien, Impres-	—	—	—	—
—	—	sen, öffentliche Blätter, Buch-	—	—	—	—
—	—	binde- und Zimmerlohn, Zimmerheizung und	—	—	—	—
—	—	Belichtung, Zimmer- und Mö-	—	—	—	—
—	—	belreinigung, Portoauslagen	—	—	—	—
—	—	und verschiedene kleinere Be-	—	—	—	—
—	—	dürfnisse	92 30	—	—	—
991	13	31 15 d) Mietzinsen	31 15	—	—	—
—	15	5. Für Fuhrlohn und Material	981	13	—	—
—	—	6. Rückersatz	—	15	—	—
—	—	7. Abgang und Nachlaß	—	—	—	—
11,688	23	IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben.	—	—	—	—
—	—	1. Kasseneinstieg an künftige Rechnung	11,688	23	—	—
—	—	2. An und für fremde Kassen.	—	—	—	—
—	—	fl. fr. fl. fr. fl. fr.	—	—	—	—
—	—	— a) aus voriger Rechnung	—	—	—	—
1,750	—	1,750 — b) vom laufenden Jahr	1,750	—	—	—
—	—	3. An und für Privatpersonen.	—	—	—	—
—	—	fl. fr. fl. fr. fl. fr.	—	—	—	—
—	—	— a) aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	— b) vom laufenden Jahr	—	—	—	—
—	—	4. Ausgleichungsposten	—	—	—	—
68,404	45	Summe der Ausgabe	68,404	45	—	—
—	—	Worunter der für 1842 übertragene baare Kassen-	—	—	—	—
—	—	vorrath mit 11,688 fl. 23 fr.	—	—	—	—

Vom 1. Januar 1842 bis dahin 1843.

Soll.		Einnahme.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
		I. Rückstandsberechnung.				
		1. Einnahmereste aus voriger Rechnung.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
5,943	13	a) Kapitalzinsreste	4,473	38	1,469	35
—	—	b) andere Einnahmereste	—	—	—	—
5,943	13		4,473	38	1,469	35
—	—	2. Abgang an Ausgabe-resten	—	—	—	—
—	—	II. Rechnung früherer Jahre	—	—	—	—
		III. Rechnung vom laufenden Jahr.				
		1. Kapitalzinse.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
31,496	59	a) von ausgeliehenen Kapitalien	22,292	30	9,204	29
—	—	b) von verwiesenen Posten	—	—	—	—
31,496	59		22,292	30	9,204	29
		2. Kapitalien.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
802,918	9	a) von ausgeliehenen Kapitalien	22,106	50	780,811	19
91	3	b) von verwiesenen Posten	91	3	—	—
36	7		36	7	—	—
—	—	3. Beiträge von Mitgliedern	—	—	—	—
—	—	4. Verfallene Einstandscapitionen	—	—	—	—
—	—	5. Gewinn an erkauften oder veräußerten Obligationen	—	—	—	—
—	—	6. Milde Zuflüsse	—	—	—	—
2	48	7. Strafen	2	48	—	—
—	—	8. Pachtzinse	—	—	—	—
—	—	9. Erlös aus Fahrniß und Material	—	—	—	—
—	—	10. Ersatzposten	—	—	—	—
		IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen.				
11,688	23	1. Kassenrest aus voriger Rechnung	11,688	23	—	—
		2. Von und für fremde Kassen.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
1,750	—	a) aus voriger Rechnung	—	—	1,750	—
—	—	b) vom laufenden Jahr	—	—	—	—
1,750	—		1,750	—	—	—
		3. Von und für Privatpersonen.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
—	—	a) aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	b) vom laufenden Jahr	—	—	—	—
—	—		—	—	—	—
—	—	4. Ausgleichungsposten	—	—	—	—
853,926	42	Summe der Einnahme	62,441	19	791,485	23

Soll.		Ausgabe.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
—	—	I. Rückstandsberechnung.	—	—	—	—
—	—	1. Ausgabe Reste aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	2. Abgang an Einnahme Resten	—	—	—	—
—	—	II. Rechnung früherer Jahre	—	—	—	—
38,150	—	III. Rechnung vom laufenden Jahr.	38,150	—	—	—
—	—	1. Angelegte Kapitalien	—	—	—	—
10,801	34	2. Zinsvergütung und Aufwechsel für erkaufte oder veräußerte Obligationen	10,801	34	—	—
		3. Wittwen- und Waisengehälte				
		4. Verwaltungskosten:				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		1,433 20 a) Besoldungen 1,433 20 — —				
		139 57 b) Gehalte 139 57 — —				
		194 6 c) Bureaukosten, als: Kassenzu- buse, Schreib- u. Infections- gebühren, Gratifikationen, für Schreibmaterialien, Impres- sen, öffentliche Blätter, Buch- binderlohn, Zimmerheizung und Beleuchtung, Zimmer- und Möbelreinigung, Porto- auslagen u. verschiedene klei- nere Bureau-Erfordernisse . 194 6 — —				
1,829	53	62 30 d) Mietzins 62 30 — —	1,829	53	—	—
13	54	5. Für Fahrniß und Material	13	54	—	—
—	—	6. Rückersaß	—	—	—	—
—	—	7. Abgang und Nachlaß	—	—	—	—
11,645	58	IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben:	11,645	58	—	—
		1. Kassenrest an künftige Rechnung				
		2. An und für fremde Kassen.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		— — a) aus voriger Rechnung — — — —				
		— — b) vom laufenden Jahr — — — —				
		3. An und für Privatpersonen.				
		fl. fr. fl. fr. fl. fr.				
		— — a) aus voriger Rechnung — — — —				
		— — b) vom laufenden Jahr — — — —				
		4. Ausgleichungsposten				
62,441	19 Summe der Ausgabe	62,441	19	—	—
		Worunter der pro 1843 übertragene baare Kassenvor- rath mit 11,645 fl. 58 fr.				

Vermögensstand.

	Am 1. Januar 1842.		Am 1. Januar 1843.	
	fl.	fr.	fl.	fr.
Erste Klasse.				
Aktivkapitalien	896,928	45	886,922	50
Einnahmreste, nach Abzug der Ausgabreste	6,782	29%	8,643	18
Baarer Kassenvorrath	14	22%	3,958	3
Summe .	903,725	37	899,524	11
Das Vermögen dieser Klasse betrug in dem zunächst vorhergehenden Jahr	904,252	55	903,725	37
Also Verminderung	527	18	4,201	26
welche Beträge, erhaltener Weisung gemäß, einstweilen aus den Ein- nahmen - Ueberschüssen der zweiten Klasse bestritten wurden.				
Zweite Klasse.				
Aktivkapitalien	764,768	9	780,811	19
Einnahmreste	7,693	13	10,674	4
Baarer Kassenvorrath	11,688	23	11,645	58
Summe .	784,149	45	803,131	21
Das Vermögen dieser Klasse betrug in dem zunächst vorhergehenden Jahr	771,289	5 1/2	784,149	45
Also Vermehrung	12,860	39%	18,981	36
Zusammenstellung.				
Das Vermögen der ersten Klasse betrug	903,725	37	899,524	11
" " " zweiten " "	784,149	45	803,131	21
zusammen .	1,687,875	22	1,702,655	32
Das sämtliche Vermögen hat in dem zunächst vorhergehenden Jahr betragen	1,675,542	1/2	1,687,875	22
Dasselbe hat sich also vermehrt um	12,333	21 1/2	14,780	10
Mithin zusammen in der Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1843 um 27,113 fl. 31 1/2 fr.				

Zu den in den Staats- und Regierungsblättern Nr. XVIII, XXVI, XV, XII, XVIII, XXIII der Jahrgänge 1837, 1838, 1839, 1840, 1841 und 1842 namentlich verzeichneten Beneficiaten kamen nämlich:

a. In der Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1842:

am 7. Juli 1841	Oberthierarzt Herrmann	Frau Wittwe in Karlsruhe	mit jährlichen	240 fl.
" 23. Aug. "	Major Wilhelm Sachs	" " " " " "	" " " "	570 "
" 17. Sept. "	Oberstlieut. Fäppler	" " " " " "	" " " "	641 "
" 10. Okt. "	Hauptmann Arnold	" " " " " "	" " " "	477 "
" 11. " "	Generalmajor v. Seutter	" " " " " "	" " " "	900 "
" 15. Nov. "	Hauptmann Serger	" " " " " "	" " " "	450 "
" 18. Dec. "	Oberlieutenant Fischer	" " " " " "	" " " "	180 "
zusammen				3,458 fl.

Empfang in der Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Jan. 1842.

fl.	fr.
116	—
207	25
185	11
107	20
200	—
57	30
6	30
879	56

b. In dem Rechnungsjahr vom 1. Januar 1842 bis dahin 1843:

am 3. April 1842	Hauptmann von Neubronn	Frau Wittwe in Mannheim	mit jährlichen	300 fl.
" 14. " "	Generalmajor v. Caroché	Frau Wittwe in Karlsruhe	mit jährl.	900 "
" 6. Aug. "	Oberlieut. W. Eped	Waise " Mannheim	" "	108 "
" 24. " "	Hauptmann v. Neubronn	" " " "	" "	300 "
" 15. Sept. "	" Hennenhofer	Frau Wittwe in Karlsruhe	" "	450 "
zusammen				2,058 fl.

Empfang in dem Rechnungsjahr vom 1. Jan. 1842/43.

fl.	fr.
117	30
642	30
43	30
105	50
132	30
1,041	50

Abgegangen sind an der Zahl der Beneficiaten:

a. In der Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1842:

am 5. Juli 1841	Major Hönig + Frau Wittwe in Karlsruhe	mit jährlichen	366 fl.
" 3. Okt. "	Secondlieut. Wedena	Waise in Mannheim, statutenmäßig ausgetreten, mit jährlichen	155 "
zusammen			521 fl.

Empfang in der Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Jan. 1842.

fl.	fr.
5	5
40	3
45	8

b. In dem Rechnungsjahr vom 1. Januar 1842 bis dahin 1843:

am 10. März 1842	Oberlieut. Bauer + Frau Wittwe in Dresden	mit jährlichen	118 fl.
" 4. April "	Hauptmann Saul " " " " " "	" " " "	162 "
" 18. " "	Secondlieut. Zaudas	Waise in Heidelberg, statutenmäßig ausgetreten, mit jährlichen	100 "
" 5. Mai "	Generallieutenant v. Neuenstein + Wittwe in Augsburg	mit jährl.	900 "
" 28. Juni "	Oberst v. Neubronn + Frau Wittwe in Karlsruhe	mit jährlichen	675 "
" 23. Aug. "	Hauptm. v. Neubronn + " " " Mannheim	" "	300 "
" 5. Okt. "	Kriegssecretär Kempf + " " " Schwezingen	" "	180 "
zusammen			2,435 fl.

Empfang in dem Rechnungsjahr vom 1. Jan. 1842/43.

fl.	fr.
22	57
42	18
30	—
312	30
333	45
117	30
137	30
996	30

Zweite Klasse.

In Folge der, im Jahr 1837 ergangenen höchsten Bestimmungen erhalten dormalen an Beneficium:

a.	Die Wittwe und Waisen eines Feldwebels, Wachmeisters, Kapellmeisters und Regimentstambours,	monatlich 8 fl. oder jährlich . . .	96	—
b.	" " " " " Sergeanten, Quartiermeisters und Hoboisten erster Klasse,	monatlich 5 fl. 30 fr. oder jährlich . . .	66	—
c.	" " " " " Corporals,	monatlich 4 fl. oder jährlich	48	—
d.	" " " " " Hoboisten zweiter Klasse, Trompeters, Gefreiten, Karabiniers und Soldaten,	monatl. 4 fl. oder jährlich	48	—
e.	" " " " " der niederen Militärdiener das nach dem, ihrer Charge entsprechenden, Ranggrade.			

Die Wittwen und Waisen der, ausnahmsweise beitragenden, Individuen der zweiten Klasse aber empfangen, gleich den Mitgliedern der ersten Klasse, von jedem Gulden Beitrag 20 Gulden Beneficium. Die Auszahlung der Beneficien dieser Klasse beginnt, wie bei der ersten Klasse, nach Ablauf des Sterbquartals, und hört mit dem Wiederverheirathungs- oder mit dem Todestage einer Wittwe wieder auf. Sind aber in diesen Fällen Kinder vorhanden, so beziehen letztere das Beneficium fort, und zwar die Söhne bis zum Antritt des zwanzigsten und die Töchter bis zum Antritt des achtzehnten Lebensjahrs.

Am Schluß der Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1842 waren Beneficiaten vorhanden:

	1 Wittwen- und — Waisenpartie, zusammen 1 à 165 fl. jährlich .	165	—
	38 " " 5 " " 43 à 96 " " .	4,128	—
	44 " " 2 " " 46 à 66 " " .	3,036	—
	68 " " 2 " " 70 à 48 " " .	3,360	—
zusammen	151 " " 9 " " 160 " " .	10,689	—
1840/41 aber . . .	153 " " 9 " " 162 " " .	10,719	—
Also Verminderung	2 " " — " " 2 " " .	30	—

Am Schluß des Rechnungsjahrs vom 1. Januar 1842 bis dahin 1843 waren Beneficiaten vorhanden:

	1 Wittwen- und — Waisenpartie, zusammen 1 à 165 fl. jährlich .	165	—
	43 " " 5 " " 48 à 96 " " .	4,608	—
	47 " " 3 " " 50 à 66 " " .	3,300	—
	60 " " 2 " " 62 à 48 " " .	2,976	—
zusammen	151 " " 10 " " 161 " " .	11,049	—
Am Schluß der Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1842			
aber	151 " " 9 " " 160 " " .	10,689	—
Also Vermehrung .	— " " 1 " " 1 " " .	360	—

Zu den in den Staats- und Regierungsblättern Nr. XVIII, XXVI, XV, XII, XVIII und XXIII der Jahrgänge 1837, 1838, 1839, 1840, 1841 und 1842 namentlich verzeichneten Beneficiaten kamen nämlich:

a. In der Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1842:

am 11. Oct. 1840	Büchsenmacher Strehle Wittwe in Rastatt mit jährlichen . . .	66 fl.
" 17. "	1841 Sergeant Lorenz Gfstein Wittwe in Mannheim mit jährlichen . . .	66 "
" 20. "	" " Kasernbediener Fidel Martin Wittwe in Rastatt mit jährlichen . . .	96 "
zusammen		228 fl.

Empfang in der Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Jan. 1842.	
fl.	fr.
80	40
13	34
18	56
113	10

b. In dem Rechnungsjahr vom 1. Januar 1842 bis dahin 1843:

am 7. Jan. 1842	Sergeant und Kasernbediener Joh. Reppelmann Waisen in Karlsruhe mit jährlichen . . .	66 fl.
" 21. "	" " Corporal Joh. Heiler Waisen in Bruchsal mit jährlichen . . .	48 "
" 14. April "	Feldwebel Lorenz Leiner Wittwe in Konstanz mit jährlichen . . .	96 "
" 19. "	" " Sergeant Andr. Wollenschläger Wittwe in Mannheim mit jährl. . .	66 "
" 12. Mai "	Hoboist erster Klasse Wilh. Mezger Wittwe in Mannheim mit jährl. . .	66 "
" 21. Juli "	Wachtmeister Andr. Längle Wittwe in Mannheim mit jährl. . .	96 "
" 23. "	" " Wachtmeister Jacob Dänkel Wittwe in Feudenheim mit jährl. . .	96 "
" 22. Aug. "	Feldwebel Joseph Anton Mauch Wittwe in Rastatt mit jährl. . .	96 "
" 30. "	" " Hornist erster Klasse Franz Anton Gärtner Wittwe in Karlsruhe mit jährlichen . . .	66 "
" 29. Sept. "	Sergeant Adam Würzburger Waisen in Karlsruhe mit jährl. . .	66 "
" 3. Nov. "	Kriegsministerial-Diurnist (früher Regimentssourrier) Friedrich Rahn Wittwe in Karlsruhe mit jährlichen . . .	66 "
" 5. "	" " Feldwebel Joh. Steinhäuser Wittwe in Rastatt mit jährlichen . . .	96 "
zusammen		924 fl.

Empfang in dem Rechnungsjahr vom 1. Jan. 1842 bis dahin 1843.	
fl.	fr.
64	54
45	20
68	32
46	12
41	59
42	40
42	8
34	24
22	11
16	52
10	38
14	56
450	46

Abgegangen sind an der Zahl der Beneficiaten:

a. In der Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Januar 1842.

am 6. Aug. 1841	Soldat Georg Adam Lorenz Wittwe in Durlach (gestorben) mit jährlichen . . .	48 fl.
" 14. Oct. "	" " Corporal Georg Kreyler Wittwe in Eichelberg (gestorben) mit jährlichen . . .	48 "
" 22. Nov. "	" " Soldat Michael Klipfel Wittwe in Rastatt (gestorben) mit jährl. . .	48 "
" 14. Dec. "	" " Soldat Nikolaus Müller Wittwe in Durlach (gestorben) mit jährl. . .	48 "
" 16. "	" " Sergeant Scharf Wittwe in Freiburg (gestorben) mit jährlichen . . .	66 "
zusammen		238 fl.

Empfang in der Rechnungsperiode vom 1. Juli 1841 bis 1. Jan. 1842.	
fl.	fr.
6	8
13	52
18	56
21	52
30	26
91	14

b. In dem Rechnungsjahr vom 1. Januar 1842 bis dahin 1843:

			Umfang in dem Rechnungsjahr vom 1. Jan. 1842 bis dahin 1843.	
			fl.	fr.
am 4. Jan. 1842	Soldat Georg Christian Lorenz Wittwe in Heidelberg (gestorben) mit jährlichen	48 fl.	—	32
" 6. "	" Sergeant und Kasernendiener Johann Koppelman Wittwe in Karlsruhe (wieder verheirathet) mit jährlichen	66 "	1	6
" 20. "	" Corporal Johann Heller Wittwe in Bruchsal (wieder verheirathet) mit jährlichen	48 "	2	40
" 2. Febr. "	" Soldat Jakob Kammerer Wittwe von Königsbach (gestorben) mit jährlichen	48 "	4	16
" 12. März "	" Soldat Michael Singer Wittwe von Schwetzingen (gestorben) mit jährlichen	48 "	9	36
" 20. Mai "	" Corporal Fourier Michael Etengle Witse in Hohenwetterbach (statutenmäßig ausgetreten) mit jährlichen	48 "	18	40
" 10. Juni "	" Corporal Lukas Troll Wittwe in Karlsruhe (gestorben) mit jährl.	48 "	21	20
" 22. Juli "	" Corporal Ignaz Reif Wittwe in Kappelrodeck (gestorben) mit jährl.	48 "	26	56
" 9 Oct. "	" Corporal und Kasernendiener Franz Kreitenmaier Wittwe in Bruchsal (gestorben) mit jährlichen	48 "	37	12
" 10. Nov. "	" Sergeant Friedr. Wilh. Böckel Witse in Mannheim (statutenmäßig ausgetreten) mit jährlichen	66 "	56	50
" 20. Dec. "	" Soldat Joh. Deubert Wittwe in Karlsruhe (gestorben) mit jährl.	48 "	46	40
zusammen			564 fl.	225 48

Zusammenstellung.

Es betragen also:

Die Beneficien der ersten Klasse jährliche

" " " zweiten " "

zusammen

In dem zunächst vorhergehenden Jahr betragen sämtliche Beneficien

Also Vermehrung jährliche

" Verminderung "

Am 1. Januar 1842.		Am 1. Januar 1843.	
fl.	fr.	fl.	fr.
48,041	—	47,664	—
10,689	—	11,049	—
58,730	—	58,713	—
55,823	—	58,730	—
2,907	—	—	—
—	—	17	—

Gefertigt, Karlsruhe den 30. December 1843 durch den Kassier

C. Wielandt.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 6. März 1844.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Ansicht der von der jüngsten Generalconferenz der Zollvereinsstaaten verabredeten und von sämtlichen Vereinsregierungen genehmigten Abänderung des dritten Abschnitts der die Durchfuhrabgaben betreffenden dritten Abtheilung des Vereinszolltarifs für 1843, 1844 und 1845 haben Wir beschlossen und verordnen provisorisch, wie folgt:

Artikel 1.

Der Abschnitt III. der dritten Abtheilung des Vereinszolltarifs für 1843, 1844 und 1845 (Regierungsblatt 1842 S. 281) tritt mit dem letzten April dieses Jahrs außer Wirksamkeit.

Artikel 2.

An dessen Stelle kommen vom 1. Mai dieses Jahrs an die anliegenden Bestimmungen zur Anwendung.

Artikel 3.

Unser Finanzministerium ist mit dem Vollzuge beauftragt. Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 29. Februar 1844.

Leopold.

von B & h.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Beilage zu vorstehendem Gesetz.

Dritte Abtheilung des Vereinszolltarifs.

(Von den Abgaben, welche zu entrichten sind, wenn Gegenstände zur Durchfuhr angemeldet werden.)

III. Abschnitt.

Bei der Durchfuhr blos durch nachgenannte Landestheile oder auf nachgenannten Straßen wird die Durchgangsabgabe dahin ermäßigt, daß von den beim Ein- und Ausgange höher belegten Gegenständen nur erhoben wird:

1) von Waaren, welche

- a. über die westliche Grenzlinie von Wittenberge an der Elbe bis zur Donau (beide eingeschlossen) ein- und wieder ausgehen;

- b. über die südliche Grenzlinie von Saarbrücken (diesen Ort eingeschlossen) bis zur Oberelbe (einschließlich Neustadt bei Stolpen) ein- und wieder ausgehen,
vom Zentner 10 Silbergroschen oder 35 Kreuzer,
- 2) von Waaren, welche
- a. über die südliche Grenzlinie von Saarbrücken bis zur Donau (beide eingeschlossen) ein- und wieder ausgehen; ingleichen welche
 - b. rheinwärts eingeführt, aus den Häfen zu Mainz und Biebrich, aus oberhalb gelegenen Rheinhäfen, aus Mainhäfen oder aus Neckarhäfen über die Grenzlinie von Mittenwald bis zur Donau (diese eingeschlossen) wieder ausgehen, und umgekehrt; ferner welche
 - c. rheinwärts eingeführt, aus den Häfen zu Mainz und Biebrich oder aus oberhalb gelegenen Rheinhäfen über die Grenzlinie von Saarbrücken bis Neuburg a. R. (beide Orte eingeschlossen) wieder ausgehen oder umgekehrt; endlich welche
 - d. über die Grenzlinie von Schusterinsel in Baden bis Waidhaus in Bayern (beide Orte eingeschlossen) ein- und wieder ausgehen,
vom Zentner 4 $\frac{1}{2}$ Silbergroschen oder 15 $\frac{3}{4}$ Kreuzer;
- 3) vom Vieh, und zwar:
- | | |
|--|--------------------------------|
| von Pferden, Maulthieren, Eseln, Ochsen und Stieren, Kühen und Rindern | vom Stück
% Sgr. oder 3 kr. |
| von Säugethieren, Schweinen und Schafvieh | % Sgr. „ 1 kr. |

Zur Beglaubigung
Büchler.

Verordnung.

Den Durchgangszoll auf kurzen Straßen betreffend.

Durch Verordnung vom 22. Oktober 1842 (Regierungsblatt 1842, Seite 283) sind die Durchgangszollermäßigungen verkündet worden, welche nach dem vierten Abschnitte der dritten Abtheilung des Vereinszolltarifs bei der Waarendurchfuhr auf kurzen Straßen in Anwendung kommen. Es wird nunmehr bestimmt, wie folgt:

§. 1.

Die ebengedachte Verordnung vom 22. Oktober 1842 tritt mit dem letzten April dieses Jahrs außer Kraft.

§. 2.

Vom 1. Mai dieses Jahrs an werden als kurze Straßen nach Abschnitt IV. der dritten Abtheilung des Vereinszolltarifs angesehen:

1. die Straßen, welche östlich des Straßenzugs von Waldsassen nach Pfronten, diesen eingeschlossen, ein- und austreten;
2. die Straßen, welche das Vereinsgebiet auf der Linie von Kehl bis Mittenwald einschließlicly oder südlich dieser Linie berühren;
3. die Straßen von den Rheinhäfen zu Mainz und Biebrich, von den am linken oder

rechten Rheinufer oberhalb Mainz gelegenen Häfen, sowie von den Main- und Neckarhäfen über die Grenzlinie von Neuburg a. R. bis Mittenwalb (diesen Ort eingeschlossen);

4. die Straßen, welche von Mainz und Bieberich, oder von einem Rheinhafen oberhalb Mainz nach einem höher gelegenen Rheinhafen führen;

5. die Straßen, welche auf der südlichen Grenzlinie von Randegg einschließlich bis zur Donau (diese eingeschlossen) ein- und ausmünden.

§. 3.

Die Durchgangsabgabe auf sämmtlichen, im §. 2 bezeichneten kurzen Straßen beträgt einen halben Kreuzer vom Zentner.

§. 4.

Die Großherzogliche Zolldirection ist mit dem Vollzuge beauftragt.
 Karlsruhe, den 2. März 1844.

Ministerium der Finanzen.
 von B ö c k h.

Vdt. Mosler.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gütigst geruht, die auf den Professor Dr. Lenzwald gefallene Wahl zum Prorector der Universität Heidelberg für das Studienjahr von Ostern 1844 bis dahin 1845 zu bestätigen;

dem Professor Vogel an der Universität Freiburg den Charakter und Rang eines geistlichen Rathes zu verleihen;

den Privatdocenten Dr. med. Wilhelm Posselt an der Universität Heidelberg zum außerordentlichen Professor zu ernennen;

dem Advokaten Conrad Emmert von Pfullendorf die erledigte Amtmannsstelle der Universität Freiburg zu übertragen;

dem ersten Hauptlehrer und Vorstand des Taubstummeninstituts zu Pforzheim, Bach, den Rang und Charakter eines Professors zu verleihen;

die erledigte Assessorsstelle bei dem Polizeianite dahier dem Rechtspraktikanten Grafen Otto von Andlaw in Freiburg,

die bei dem Bezirksamte Schönau erledigte Assessorsstelle dem Rechtspraktikanten Johann Baptist Fackler von Simonswald, und

die vierte Lehrstelle an dem Pädagogium und der höhern Bürgerschule zu Pforzheim dem Lehramtspraktikanten Otto Eisenlohr daselbst zu übertragen;

den Amtsrevisor Blater zu Säckingen auf das erledigte Amtsrevisorat Lahr, und

den Amtsrevisor Steinmetz in Krautheim bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen; ebenso

den Regierungs-Secretär Kanzleirath Rost zu Rastatt in den Ruhestand zu versetzen;

den Postamtsofficialen von Pigage zum Eisenbahnerpediter in Mannheim zu ernennen, und die dadurch erledigte Officialenstelle bei dem Postamte Rehl dem Postpraktikanten Joseph Mittali zu verleihen;

die erledigte katholische Pfarrei Schriesheim, Amts Ladenburg, dem Vicar Joseph Buchegger in Mannheim zu übertragen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die Stelle eines Steuerrevisors zu Freiburg ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb vier Wochen bei der Steuerdirektion zu melden.
2. Das Amtsrevisorat Krautheim ist erledigt; die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen bei der Regierung des Unterrheinkreises zu melden.
3. Bei dem Lyceum zu Constanz ist eine Lehrstelle mit einer Besoldung bis zum Betrage von 1100 fl. in Erledigung gekommen, mit welcher insbesondere der Unterricht in den philosophischen Lehrfächern verbunden werden soll. Die Bewerber um diese Stelle haben sich innerhalb 4 Wochen bei dem Oberstudienrathe vorschriftsmäßig zu melden.
4. Die katholische Pfarrei Busenbach, Amts Ettingen, mit einem beiläufigen Ertrag von 600 fl. ist erledigt; die Competenten um diese Pfarrei, von welcher die Filiale Reichenbach und Egenroth nunmehr getrennt sind, haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
5. Nachdem für die Orte Reichenbach und Egenroth, bisherige Filiale der Pfarrei Busenbach, Amts Ettingen, in Reichenbach eine besondere katholische Pfarrei errichtet, und mit einem beiläufigen Einkommen von 550 fl. meistens in Geld dotirt worden ist; so werden nun die Bewerber um diese Pfarrei Reichenbach aufgefordert, sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath vorschriftsmäßig zu melden.
6. Die katholische Pfarrei Wieden, Amts Schönau, mit dem beiläufigen Ertrag von 700 fl. ist erledigt; die Competenten um dieselbe haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariate als bei dem katholischen Oberkirchenrath binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig zu melden.
7. Nachdem man sich bewogen gefunden, die bisher provisorisch verwaltete evangelische Pfarrei Rönningen, Decanats Emmendingen, wieder definitiv zu besetzen, so wird solche mit einem Gehalt von 1800 fl. nebst freier Wohnung und den Accidenzien hierdurch ausgekündigt, und haben sich die Bewerber um dieselbe vorschriftsmäßig durch ihre Decanate binnen 6 Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
8. Durch die Beförderung des Pfarrers Werner auf die Pfarrei Waldwimmersbach ist die evangelische Pfarrei Leibenstadt, Decanats Abelsheim, mit einem Competenzanschlag von 463 fl. 30 kr. und wirklichem Ertrage von ungefähr 600 fl., worauf jedoch 353 fl. Schulden haften, welche, so weit die Intercalargefälle nicht hinreichen, der neu ernannt werdende Pfarrer in zehn Jahresterminen mit decrescirenden Zinsen zu bezahlen hat, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich vorschriftsmäßig binnen sechs Wochen bei der Grund- und Patronatsherrschaft, den Freiherrn von Gemmingen-Hornberg, zu melden.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 4. April 1844.

Die Pensionirung der Gendarmerie-Brigadiers betreffend.

Leopold von Gottes Gnaden
 Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben wir beschlossen und verordnen, wie folgt:
 Einziger Artikel.

Das Gesetz vom 28. August 1835 über die Pensionirung der niederen Diener findet ausnahmsweise auch auf die Brigadiers der Gendarmerie in den Fällen Anwendung, wo ihnen hiernach ein höherer Ruhegehalt als der von 150 fl. angewiesen werden kann.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 28. März 1844.

Leopold.

von Böckh.

Auf höchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
 Büchler.

Die Darleihen der Eisenbahnschuldentilgungskasse gegen Deckung durch
 Faustpfand betreffend.

Leopold von Gottes Gnaden
 Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben wir beschlossen und verordnen, wie folgt:
 Art. 1.

Auf Verträge, durch welche die Eisenbahn-Schuldentilgungskasse ein Faustpfandrecht erwirbt, findet die Vorschrift des L. R. G 2074, Abs. 1 keine Anwendung, es genügt, wenn in dem von der Eisenbahn-Schuldentilgungskasse zu diesem Behufe zu führenden Buche der Betrag der Schuld, sowie die Gattung und Beschaffenheit des Pfandstücks eingetragen und der Eintrag von zwei Beamten der Eisenbahn-Schuldentilgungskasse durch Unterschrift bezeugt wird.

Dieses Buch soll von dem Amtsrevisor blattweise mit Ziffern in ununterbrochener Reihe versehen

und mit Handzug beglaubigt, vom Amtsrevisor auch in dem Buche noch besonders beurkundet werden, welches das erste und welches das letzte Blatt desselben ist.

Art. 2.

Gebinge, durch welche die Eisenbahn-Schuldentilgungskasse ermächtigt wird, ohne Beobachtung der Formen des L. R. G. 2078 über das Faustpfand zu verfügen, sind gültig.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 28. März 1844.

Leopold.

von Büch.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Die Modification des §. 46 des Zollstrafgesetzes vom 3. August 1837, die Strafe der Verletzung des amtlichen Waarenverschlusses betreffend.

Leopold von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnet, wie folgt:
Einziger Artikel.

Der §. 46 des Zollstrafgesetzes vom 3. August 1837, die Strafe der Verletzung des amtlichen Waarenverschlusses betreffend, ist aufgehoben. An seine Stelle tritt nachfolgende Bestimmung:

„Die Verletzung des amtlichen Waarenverschlusses, ohne Beabsichtigung eines Zollvergehens, wird, wenn nicht glaubhaft nachgewiesen werden kann, daß dieselbe durch einen Zufall entstanden ist, mit einer Ordnungsstrafe von einem bis fünfzehn Gulden, bei Gegenständen aber, deren Eingang verboten, oder mit einem Zolle belegt ist, in wiederholten Fällen mit einer Geldstrafe geahndet, welche bei verbotenen Gegenständen dem sechsten Theil des Werthes derselben und bei andern Gegenständen dem sechsten Theil des Eingangszolls gleichkommt.“

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 28. März 1844.

Leopold.

von Büch.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Die Verwandlung unbeibringlicher Steuerstrafen betreffend.

Leopold von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnet, wie folgt:

Art. 1.

Die wegen Accis- und sonstigen Steuer-Bergehen erkannten Geldstrafen sind, wenn sie wegen Unvermögens der Verurtheilten nach Vorschrift der Steuerererkutionsordnung nicht beigetrieben werden können, in Gefängniß umzuwandeln. Hierbei wird die Summe von 1 fl. 30 kr. einer Gefängnißstrafe von 24 Stunden gleich geachtet.

Art. 2.

Die im Wege der Umwandlung erkannte Gefängnißstrafe darf nie weniger als 24 Stunden, im ersten Uebertretungsfall nicht über sechs Wochen, im ersten Rückfall nicht über drei Monate, in jedem weiteren Rückfall nicht über sechs Monate betragen.

Bei Strafen über 1 fl. 30 kr. bleiben diejenigen Beträge, welche nicht 24 Stunden Gefängniß ergeben, außer Betracht.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 28. März 1844.

Leopold.

von Büchh.

Auf höchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Die unrichtige Declaration der Messer beim Schlachten von größerem Rindvieh betreffend.

Leopold von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnet wie folgt:

Art. 1.

Den Messern ist das Schlachten von accisbarem und anderem Schlachtvieh nur gestattet:

- a. in öffentlichen Schlachthäusern,
- b. in ihren Messigen,
- c. in den an diese grenzenden Hofräumen; endlich
- d. in sonstigen Räumen, sofern dieselben der Steuerbehörde als solche bezeichnet sind, in denen geschlachtet wird.

Art. 2.

Die Metzger dürfen ihre Fleischvorräthe nur aufbewahren:

- a. in öffentlichen Schlachthäusern und Fleischschranen,
- b. in ihren Metzgen,
- c. in sonstigen Räumen, insofern dieselben der Steuerbehörde im Voraus als Aufbewahrungsorte für Fleischvorräthe bezeichnet sind.

Art. 3.

Die Bestimmungen des Art. 1 oder 2 handeln, unterliegen im ersten Falle zu zehn Gulden, in Wiederholungsfällen aber einer solchen von zehn bis

zwei hundert Gulden, tritt, wo das Schlachten oder die Aufbewahrung des Fleisches an unerlaubter Unter-
schlagung verknüpft ist, neben der Strafe der Defraudation ein.

Art. 4.

Wer ohne Vorwissen der Steuerbehörde das Schlachten oder die Aufbewahrung von Fleisch in seinem Hause gestattet, verfällt in eine Ordnungsstrafe bis zu fünfzehn Gulden.

Art. 5.

Die Art. 1 bis 4 finden ausnahmsweise keine Anwendung:

- a. bei Metzgern, die nur für Privatpersonen um Lohn schlachten, und kein Fleisch feil bieten,
- b. bei Metzgern, die nur accisfreie Thiere (Schweine, Schafe und Lämmer) zu schlachten befugt sind, insofern sie diese Befugniß nicht überschreiten.

Art. 6.

Unabhängig von obigen Bestimmungen bleiben die polizeilichen Vorschriften über das Schlachten der Thiere und das Aufbewahren des Fleisches.

Art. 7.

Metzger, die accisbare Thiere für Privatpersonen um Lohn schlachten, bevor ihnen die Accisquittung oder der Freischein vorgelegt worden, verfallen in eine dem zweifachen Betrag der Accise gleichkommende Ordnungsstrafe, vorbehaltlich jedoch der Bestimmungen der Art. 3 und 4 des Gesetzes vom 26. Mai 1835.

Art. 8.

Metzger und andere Accispflichtige, welche bei Entrichtung der Fleischaccise das Gewicht eines Ochsen oder eines Kindes unter vierhundert Pfund angeben, während das hiernächst durch Abwägung ermittelte Gewicht des Thieres vierhundert Pfund oder mehr beträgt, haben die zu wenig entrichtete Accise nachzuzahlen, und verfallen überdies, wenn das Gewicht über vierhundertfünfzig Pfund beträgt, in eine Ordnungsstrafe von ein bis fünfzehn Gulden.

Gegen Metzger ist, wenn das Gewicht fünfhundert Pfund oder darüber beträgt, die nach dem zu wenig entrichteten Betrag der Abgabe zu bemessende Strafe der Defraudation zu erkennen.

Art. 9.

Die Steuerbehörde kann überall, wo sie über das von Accispflichtigen angegebene Gewicht eines Ochsen oder eines Kindes Zweifel hegt, die Abwägung anordnen.

In Hinsicht auf Zahlung der Waggebühren findet die Bestimmung im Art. 2 des Gesetzes vom 26. Mai 1835 Anwendung.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 28. März 1844.

Leopold.

von Bückh.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Den Durchgangszoll bei dem Ort Büdingen betreffend.

Leopold von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen wie folgt:

Art. 1.

Für den Transit auf der Straße über den aus dem Zollverbände ausgeschlossenen Ort Büdingen wird ein Durchgangszoll erhoben.

Art. 2.

Dieser Durchgangszoll beträgt:

1. vom Vieh, und zwar:

- a. von Pferden, Maulthierern, Eseln, Ochsen, Kühen und Rindern für jedes Stück zwei Kreuzer;
- b. von Säugefüllen, Schweinen, Kälbern und Schafen für jedes Stück einen halben Kreuzer;

2. von Fuhrwerken, die entweder leer oder nur mit Personen und deren Reisegepäck besetzt, oder nur mit unverpackten Gegenständen der ersten Abtheilung des Vereinszolltarifs beladen sind, für jedes angespannte Zugthier zwei Kreuzer;

3. von andern Fuhrwerken,

- a. bei voller Ladung, zu zwölf Zentnern oder darüber auf das Zugthier, für jedes Stück der angespannten Zugthiere sechs Kreuzer;
- b. bei nicht voller Ladung, je nach der Zentnerzahl, die der Zollbeamte abzuschätzen hat, bei mehr als vier Zentnern auf das Zugthier, für den Zentner einen halben Kreuzer;

bei vier oder weniger Zentnern auf das Zugthier für jedes Stück der angespannten Zugthiere zwei Kreuzer;

Art. 3.

Vom Durchgangszoll befreit bleiben:

1. die Postwagen und deren zurückgehende Bespannung, auch Briefposten und Kassetten;
2. Fuhrwerke, deren Ladung als Transitgut das Zollvereinsgebiet in der Richtung von oder nach der Donau oder dem Bodensee durchzieht.

Art. 4.

gierung ist ermächtigt, für den Verkehr der Orte Mannheim, Heimbach, Buch und St. Schaffhausen unter dazu geeigneten Umständen den Durchgangszoll zu ermäßigen oder

Art. 5.

an Durchgangszoll defraudirt, wird neben Nacherhebung der dem Staate vorenthaltenen einer Strafe vom zwanzigfachen Betrage derselben, und wer die zum Vollzug dieses Gesetzes ergehenden Controlvorschriften übertritt, mit einer Ordnungsstrafe bis zu fünf Gulden belegt.

Art. 6.

Die Defraudation wird als vollbracht angenommen:

1. wenn der zollpflichtige Gegenstand die Zollstätte ohne Zollentrichtung entweder umgangen oder passiert hat;
2. wenn der Führer eines Fuhrwerks dadurch, daß er vor Ankunft an der Zollstätte einen Theil der zum Fuhrwerk gehörigen Zugthiere ausspannt, oder beim Zollamt die Ladung in unrichtiger Beschaffenheit angiebt, die Erhebung einer geringeren, als der schuldigen Abgabe veranlaßt.

Art. 7.

Kann der einer Defraudation Angeeschuldigte glaubhaft nachweisen, daß er eine solche nicht habe verüben wollen, oder können, so findet nur eine Ordnungsstrafe statt.

Art. 8.

Vorstehende Bestimmungen treten mit dem 1. Mai 1844 in Kraft.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 28. März 1844.

Leopold.

von Wäch.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Wächler.

Die Aussetzung von Prämien für Bohrversuche auf Steinkohlen betreffend.

Leopold von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Einziger Artikel.

Die Wirksamkeit des Gesetzes vom 31. Juli 1839, die Aussetzung von Prämien für Bohrversuche auf Steinkohlen betreffend, wird bis zum Schlusse des Jahres 1847 erstreckt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 28. März 1844.

Leopold.

von B ö c k h.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
B ü c h l e r.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Den Steuereinzug im Monat Dezember 1843 betreffend.

In Gemäßheit höchster Entschließung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 22. d. M. Nro. 454 wird die nachstehende Adresse der beiden Kammern der Landstände, das Gesetz vom 10. November 1813 über den Steuereinzug im Monat Dezember 1843, Regierungsblatt Nro. XXVIII., betreffend, öffentlich verkündet.

Karlsruhe, den 27. März 1844.

Finanzministerium.
von B ö c k h.

Vdt. Wolter.

Durchlauchtigster Großherzog,
Gnädigster Fürst und Herr!

Die zweite Kammer Allerhöchst Ihrer getreuen Stände hat nach vorangegangener Berathung in ihrer heutigen fünfzehnten öffentlichen Sitzung beschlossen, dem provisorischen Gesetze vom 10. November v. J. (Regierungsblatt Nro. XXVIII.), den Steuereinzug im Monat Dezember 1843 betreffend, die nachträgliche Zustimmung zu ertheilen.

Wir bringen diesen Beschluß in tieffter Ehrfurcht zur allerhöchsten Kenntniß Eurer Königlich-Hohen Hoheit.

Carlsruhe, den 3. Januar 1844.

Im Namen der unterthänigst treu gehorsamsten zweiten Kammer der Ständeversammlung.

Der erste Vicepräsident

Bader.

Der Secretär

Bissing.

Die erste Kammer tritt der vorstehenden ehrerbietigsten Adresse bei, und ertheilt dem darin genannten provisorischen Gesetze gleichfalls die Zustimmung.

Carlsruhe, den 26. Januar 1844.

Im Namen der unterthänigst treu gehorsamsten ersten Kammer der Ständeversammlung.

Der zweite Vicepräsident

Wolff.

Der Secretär

Carl Frhr. von Göler.

Zur Beglaubigung: Büchler.

Die Aufhebung der Rheinzollnachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberhein betreffend.

Bermöge höchster Entschließung Seiner Könighchen Hoheit des Großherzogs aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 28. März d. J. No. 464 wird hiermit bekannt gemacht, daß das provisorische Gesetz vom 15. April 1843 (Regierungsblatt 1843, Seite 97), die Aufhebung der Rheinzollnachlässe zu Gunsten der Schifffahrt auf dem Oberhein betreffend, durch die Beschlüsse vom 23. Januar und vom 11. März d. J. die Zustimmung beider Kammern der Stände erhalten habe.

Carlsruhe, den 1. April 1844.

Ministerium der Finanzen.

von B ö c h.

vdt. Pfeilsticker.

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 21. April 1844.

Die Stellung und Vergütung der Militärführen betreffend.

Leopold von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben mit Zustimmung Unserer getreuen Stände beschlossen und verordnen, wie folgt:
Art. 1.

Wenn das Militär in Fällen, welche nicht zur Beforgung des laufenden Dienstes der Truppen in den Garnisonen zählen, weiterer als der eigenen Transportmittel bedarf, so haben die Gemeinden die erforderlichen Führen und Vorspannsperde gegen Vergütung zu stellen.

Es bleibt den Gemeinden überlassen, die von ihnen zu leistenden Militärführen in Accord zu geben, oder falls ein billiger Accord nicht zu erzielen ist, die nach dem Gesetze über die Bestreitung der Gemeindebedürfnisse vom 28. August 1835 zu Gemeindefuhrdiensten verpflichteten Zugviehbesitzer, nach einer bestimmten Reihenfolge, zu deren Leistung gegen die gesetzlich bestimmte Vergütung (Art. 3) anzuhalten.

Art. 2.

Alle Truppencommandeure und Militärdienststellen vom Regimentscommandeur aufwärts, so wie die Garnisons- und Etappencommandanten sind zu einer solchen Requisition ermächtigt, eben so die Commandeure detachirter Truppen-Abtheilungen, und einzelne Militärpersonen; beide Letztere jedoch nur, wenn sie durch einen besondern Befehl obiger Commandeure und Militärdienststellen hiezu bevollmächtigt sind.

In dem Fall erwiesener Krankheit hat der einzelne Militär bei Dienstverrichtungen, so wie bei dem Marsch in und aus Urlaub ebenfalls die erforderliche Fuhr anzusprechen.

Art. 3.

Die Militärverwaltung zahlt für diese Naturaldienste für jede Stunde Wegs:

für den Fuhrmann	8 Kreuzer.
für ein Pferd	12 „
für ein zweirädriges und vierrädriges Fuhrwerk	4 „

Für einen Wagen mit der Bespannung zu drei Pferden darf nur ein Fuhrmann, für den mit vier Pferden dürfen zwei Fuhrleute angerechnet werden.

Für den Rückweg wird nichts vergütet.

Wird jedoch dem Fuhrmann von dem Militär eine Rückfracht gegeben, so ist ihm die Hälfte der gesetzlichen Vergütung aufzubessern.

Halbe Stunden werden für volle Wegstunden, die Entfernung unter einer halben Stunde aber gar nicht gerechnet.

Wenn die Entfernung vom Abfahrtsort bis zum Bestimmungsort weniger als eine halbe Stunde beträgt, so wird eine volle Stunde vergütet.

Werden Fuhrn aus entfernten Orten herbeigebracht, oder nach einem Sammelplatze beschieden, so ist die Entfernung vom Heimathsort bis dorthin der Wegstrecke beizuschlagen, für welche die Vergütung berechnet wird.

Aufenthalt auf dem Marsche, wenn ersterer mehr als eine Stunde währt, wird als eben so viel Stunden Wegstrecke berechnet, und mit der Hälfte des Tarifs vergütet.

Art. 4.

In so lange zum Spanndienst geeignete Pferde vorhanden sind, ist das Militär nicht schuldig, andere Spannthiere anzunehmen. Werden statt der Pferde andere Zugthiere angespannt, so wird für diese derselbe Tarif, wie für die Pferde, in Anrechnung gebracht.

Art. 5.

Kein Pferdebesitzer darf gegen seinen Willen angehalten werden, sich weiter als acht Stunden, kein Besitzer andern Zugviehes, sich weiter als vier Stunden von dem Ort zu entfernen, an welchem er geladen hat.

Art. 6.

Für das Pferd dürfen, außer dem Gewicht des Wagens und Zugehör, höchstens zehn Centner Ladung gegeben werden.

Art. 7.

Der Fuhrmann darf einer Rückfracht wegen, gegen seinen Willen, nicht über die zum Füttern erforderliche Zeit aufgehalten werden.

Art. 8.

In Gebirgsgegenden darf der übliche Vorspann angewendet und angerechnet werden, wenn die Ladung nicht unter fünf Centnern für ein Pferd beträgt.

Art. 9.

Dieses Gesetz findet auf die Großherzoglichen Truppen nur in so lange Anwendung, als dieselben nicht auf den Kriegsfuß gesetzt sind.

Dasselbe findet auch Anwendung auf Truppen anderer Bundesstaaten, bei allgemeinen Bundeszwecken, insofern nicht von denselben höhere Vergütungen bezahlt werden.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 11. April 1844.

Leopold.

von Frendorf. Schr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Die Erhebung des Orts Altneudorf zu einer selbstständigen Gemeinde betreffend.

Leopold von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Einziger Artikel.

Der Ort Altneudorf, welcher bisher mit dem Stabe Heiligkreuzsteinach eine einzige politische Gemeinde gebildet hat, wird von diesem Stabsverbande getrennt und zu einer selbstständigen Gemeinde erhoben.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 11. April 1844.

Leopold.

Schr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Die Erhebung des Orts Hartshwand, Amts Waldshut, zu einer selbstständigen Gemeinde betreffend.

Leopold von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Einziger Artikel.

Der Ort Hartshwand, Bezirksamts Waldshut, welcher bisher mit dem Orte Strittmatt eine einzige politische Gemeinde gebildet hat, wird von diesem Gemeindeverbande getrennt und zu einer selbstständigen Gemeinde erhoben.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 11. April 1844.

Leopold.

Schr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Die Erhebung des Orts Hausgerenth zu einer selbstständigen Gemeinde betreffend.

Leopold von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:
Einziger Artikel.

Der mit der Gemeinde Rheinbischofsheim in politischer Beziehung seither verbundene Ort Hausgerenth wird von der Gemeinde Rheinbischofsheim getrennt und zu einer eigenen selbstständigen Gemeinde erhoben.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 11. April 1844.

Leopold.

Schr. v. Rüd t.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

V e r o r d n u n g.

Den Austritt der Lehrer aus ihren Diensten betreffend.

Die diesseitige Verordnung vom 9. Dezember 1842, Regierungsblatt 1843, Nr. 1, wornach die an öffentlichen Lehranstalten angestellten Volksschullehrer und Volksschulkanddaten, wenn sie die ihnen übertragenen Dienste verlassen wollen, eine Aufkündigungsfrist von einem Vierteljahre einzuhalten und jedenfalls den bereits begonnenen Unterricht bis zum Ende des laufenden Schuljahrs fortzusetzen haben, findet auch auf die nicht in die Klasse der Volksschullehrer gehörenden Lehrer der Gewerbschulen und auf die nach §. 10 des Gesetzes vom 30. Juli 1840 widerruflich angestellten Lehrer der übrigen öffentlichen Lehranstalten Anwendung.

Die Entlassungsgesuche sind durch die dem Lehrer vorgesetzte Dienstbehörde hierher vorzulegen.
Karlsruhe, den 2. April 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Rüd t.

Vdt. Buiffon.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Zufolge höchsten Rescripts aus Großherzogl. Staatsministerium vom 14. d. M., Nr. 411, wird die bisherige Extraposttare von 1 fl. 36 fr. vom 1. Mai l. J. an auf 1 fl. 28 fr. für das

Pferd und die einfache Post, und ebenso die Etsafettentaxe von 1 fl. 56 kr. auf 1 fl. 48 kr. herabgesetzt, und dies andurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 18. März 1844.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

von Busch.

Vdt. von Berckheim.

Durch höchstes Rescript aus Großherzogl. Staatsministerium vom 21. I. M., Nr. 420, ist bestimmt worden, daß für die Beförderung von Etsafetten auf der Eisenbahn, neben der bisherigen Expeditionsgebühr von 1 fl. 30 kr. und der Bestellungsgebühr von 30 kr. anstatt der Rittgebühr die doppelte Taxe eines Plazes der dritten Wagen = Classe zu erheben sei, was anmit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 23. März 1844.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

von Busch.

Vdt. von Berckheim.

Durch die nunmehr beendigte Correctur der Landstraße zwischen Wisserdingen und Pforzheim ist die Straße um 200 Ruthen verlängert worden, daher die Extrapostdistanz zwischen diesen Städten von $\frac{3}{4}$ Post auf $\frac{1}{2}$ Post erhöht wird.

Carlsruhe, den 9. April 1844.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

von Busch.

Vdt. von Berckheim.

Den Dienstbezirk der Hauptzollämter Stühlingen und Randegg betreffend.

Der nach höchster Entschließung vom 26. November 1835 (Regg.Blatt von 1835 Nr. LVII. S. 422. ff.) dem Geschäftsbezirk des Hauptzollamts Stühlingen zugetheilt gewesene Ort Büßlingen, Amts Blumenfeld, ist durch höchstes Rescript aus Großherzogl. Staatsministerium vom 28. d. M. von jenem Bezirke getrennt, und demjenigen des Hauptzollamts Randegg zugewiesen worden, was andurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 30. März 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Molter.

Die jährliche Konkurs oder Dienstprüfung katholischer Geistlichen betreffend.

Diejenigen Geistlichen, welche sich in Gemäßheit der höchsten Verordnung vom 10. April 1840 (Regierungsblatt Nro. X) zum Behufe ihrer definitiven Anstellung der am ersten August

b. J. und an den folgenden Tagen in Freiburg statt findenden Konfursprüfung unterziehen wollen, haben sich wenigstens sechs Wochen vorher und zwar bei Vermeidung der Zurückweisung ihrer späteren Besuche, unter Vorlage der erforderlichen Zeugnisse, namentlich über die Zeit ihrer Ordination, ferner über eine wenigstens zweijährige Uebung in der Seelsorge und über ihren sittlichen Wandel bei dem katholischen Overtkirchenrath zu melden.

Stiftungen.

Es haben gestiftet:

Hoffaktor Rothschild von Donaueschingen in den Armenfond daselbst 50 fl. und in das dortige Karls-Krankenhaus 50 fl.;

ein Ungenannter von Donaueschingen in dieselben Anstalten 100 fl. in jede;

Maria Albiker von Endermettingen, Amts Stühlingen, in den Schulfond ihres Ortes 11 fl.;

Martin Kromer zu Döggingen in den dortigen Armenfond 70 fl.;

der ehemalige Waisenvater und Seminariumschaffner Valthasar Müller in Bruchsal in den dortigen Waisenfond, durch letztwillige Verfügung vom 27. Oktober 1842, 1141 fl. 30 fr.;

einige Bürger und Schulkinder 36 fl. mit der Bestimmung, daß die Zinsen davon so lange zum Capitale geschlagen werden sollen, bis sich ein Capital herausstellt, aus dessen Zinsen der ärmste sittliche Knabe in der Pfarrei Schluchsee eine Profession erlernen könne;

Pfarrer Krämer zu Speffart, Bezirksamts Ettlingen, zu Gründung eines Schulfonds daselbst, 40 fl.;

Pfarrer Graußbek von Geislingen zum dortigen Armenfond 100 fl.;

ein Ungenannter zur Anschaffung einer Lampe in die Kirche zu Ludwigshafen 20 fl. 14 fr.

Diese Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden hiermit zum ehrenden Andenken der Geber bekannt gemacht.

Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Königlich Sächsischen Geheimenrath und Bundestagesgesandten von Rostiz und Jändendorf das Großkreuz des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Medaillen-Verleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Hofküchengärtner Hartweg, in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste, die größere goldene Civilverdienstmedaille,

dem Amtsdienier Conrad Leonhard zu Bretten, in Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste, die silberne Civilverdienstmedaille, und

dem Sternwarddiener Oberlies in Mannheim, in Anerkennung seiner langjährigen Dienste, ebenfalls die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Militär-Dienst-Nachrichten.

Durch höchste Entschliebung vom 5. März d. J. erhielt der Stabsfourier Rast im Invalidencorps den Charakter als Rechnungsführer mit Staatsdienereigenschaft.

Nach höchster Ordre vom 21. März d. J. wurde der Lieutenant Göhringer im Invalidencorps zum Oberlieutenant befördert, und

der Oberlieutenant von der Suite der Reiterei, Eduard von Gemmingen-Bonfeld, erhielt die unterthänigst nachgesuchte Entlassung; ferner

haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Corporal Belz im Dragonerregiment Großherzog, wegen mit eigener Lebensgefahr bewirkter Rettung eines Menschenlebens, die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den Freiherrn Eduard von Gemmingen zu Bonfeld zu Höchstihrem Kammerherrn zu ernennen;

dem Hofdomänenkammer-Direktor Selzam die bei der Steuerdirektion erledigte Direktorsstelle zu übertragen, und

den Geheimen Finanzrath Beger zum Direktor der Hofdomänenkammer,

den Ministerialrath Ziegler zum Geheimen Referendar, und

den Domänenrath von Steinberg zum Geheimen Finanzrath zu ernennen;

die Stelle eines Amtsvorstandes des Stadtamts Freiburg dem Vorstande des Oberamts Offenburg, Oberamtmann Kern, unter Ernennung desselben zum Stadtdirektor,

die dadurch erledigte Vorstandsstelle bei dem Oberamte Offenburg dem Vorstande des Bezirksamts Buchen, Oberamtmann Lichtenauer,

die erledigte Stelle eines Amtsvorstandes bei dem Bezirksamt Waldbirch dem Amtmann Kuenzer in Rastatt zu übertragen;

den Bürgermeister Galura in Renzingen zum Assessor beim Oberamt Offenburg, und

den Rechtspraktikanten Franz Wolfinger von Freiburg zum Assessor bei dem Bezirksamt Lörrach zu ernennen;

die erledigte Stelle eines Assessors bei dem Oberamte Bruchsal dem Rechtspraktikanten Eduard Würth von Renzingen zu übertragen;

die auf den Hofrath Professor Stabel gefallene Wahl zum Prorektor der Universität Freiburg für das Studienjahr 1844 bis 1845 zu bestätigen;

den Professor Dr. Busz zu Freiburg zum Hofrath, und

den Pfarrer Fidel Haiz zu Waltershausen zum Director an dem Collegium Theologicum zu Freiburg zu ernennen;

dem Director des Lyceums zu Rastatt, Professor Scharpf, und dem alternirenden Director des Lyceums zu Heidelberg, Professor Wilhelmi, den Titel als Hofrath zu verleihen;

die erledigte Stelle des ersten katholischen Lehrers am Lyzeum zu Heidelberg dem Professor **Feldhaus** in Rastatt, zu übertragen;

den Professor **Weisgerber** zu Offenburg an das Lyzeum zu Rastatt,

den Professor **Hartwangler** am Lyzeum in Heidelberg zu jenem in Mannheim,

den Professor **Leber** am Lyzeum zu Carlsruhe an jenes in Heidelberg, und

den Lyzeumslehrer **Simon Carl Bissinger** zu Mannheim an das Lyzeum zu Carlsruhe unter Ertheilung des Titels als Professor zu versetzen;

den Regierungsrevisor **Carl Heß** in Mannheim zum Revisor bei dem Justizministerium zu ernennen;

den bisherigen Revisionsgehülfen **Richard** bei dem katholischen Oberkirchenrath zum Revisor zu befördern, und

den bei dem katholischen Oberkirchenrath beschäftigten Cameral-Assistenten **Theodor Blenkner** von Durlach zum Revisionsgehülfen bei dieser Stelle mit Staatsdienereigenschaft zu ernennen;

das Stadtamtsschirurgat Freiburg dem praktischen Arzte, Wund- und Hebarzte **Friedrich Schleich** daselbst,

die erledigte Stelle eines Dekans der Diocese Emmendingen dem bisherigen Decanatsverwalter Stadtpfarrer **Georg Schringer** zu Emmendingen,

die ständige Pfarrverweserei zu Memprechtshofen dem bisherigen Vicar **Karl Schneeberger** in Spöck,

die erledigte evangelische Pfarrei Kadelburg dem Vicar **Leonhard Breitenstein**,

dem Pfarrer **Schwarz** zu Langenals die evangelische Pfarrei Diebelsheim, Decanats Bretten,

dem Pfarrcandidaten **Leonhard Reinmuth** in Bruchsal die erledigte evangelische Pfarrei Friedrichsthal,

das erledigte Stadtvicariat zu Mannheim dem Pfarrcandidaten **Karl Weyer** von Ziegelhausen,

die katholische Pfarrei Dielheim, Amts Wiesloch, dem **Heinrich Sprenger**, Religionslehrer am Lyzeum zu Mannheim und Zuchthauspfarrer daselbst, und

die katholische Pfarrei Dittwar, Amts Tauberbischofsheim, dem Pfarrverweser **Gottfried Kilsheimer** daselbst zu übertragen.

Die fürstlich Leiningensche Präsentation des Pfarrers **Michael Brauch** zu Hollerbach, Amts Buchen, auf die erledigte Pfarrei Pülsringen, Amts Walldürn, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Ebenso hat die Staatsgenehmigung erhalten die fürstlich Leiningensche Präsentation des Priesters **Johann Baptist Stolz** von Distelhausen, bisherigen Vicar in Mannheim, auf die erledigte katholische Pfarrei Lohrbach, Amts Mosbach; sowie

die gräflich von Langensteinische Präsentation des Kaplans und dormaligen Pfarrverwesers, **Franz Anton Baumann** in Eigeltingen auf die dasige Pfarrei.

Durch Entschleßung Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs vom 7. d. M., Nr. 322, wurde Bezirksförster **Becker** in Berghausen, seinem Ansuchen gemäß, wegen Kränklichkeit unter Anerkennung der von ihm geleisteten vieljährigen und treuen Dienste, in den Ruhestand versetzt.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben den Oberamtmann **Wundt** in Ettlingen auf sein unterthänigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen geruht;

ebenso den Registrator **Giehne** bei der Direction der Forstdomänen und Bergwerke seinem Ansuchen gemäß wegen vorgerückten Alters.

Dem Rechtspraktikanten **Adolph Dreher** von Oppenau wurde das Schriftverfassungsrecht in Verwaltungssachen, unter Bestimmung des Wohnsitzes in Wolfach zu dessen Ausübung, verliehen.

Dem Apotheker Ernst Ulmer von Unteröwisheim ist nach bestandener Prüfung die Lizenz als Apotheker ertheilt worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Oberamt Rastatt ist die Stelle eines Assessors zu besetzen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen bei der Regierung des Mittelrheinkreises vorschriftsmäßig zu melden.
2. Die erste Beamtenstelle bei dem Bezirksamt Ettlingen ist erledigt. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen bei der Regierung des Mittelrheinkreises vorschriftsmäßig zu melden.
3. Bei dem Großherzoglich Badischen fürstlich Leiningen'schen Bezirksamt Buchen ist die erste Beamtenstelle zu besetzen. Die Bewerber um dieselbe haben ihre Anmeldungen binnen vier Wochen bei der fürstlich Leiningen'schen Domänenkanzlei vorschriftsmäßig einzureichen.
4. Das Amtsrevisorat Säckingen ist erledigt. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen bei der Regierung des Oberrheinkreises zu melden.
5. Am Lyzeum in Karlsruhe ist eine Lehrstelle mit einem Gehalt bis zu 600 fl. erledigt, welche mit einem evangelischen Volksschulcandidaten zu besetzen ist.
6. An dem Gymnasium in Offenburg ist eine Lehrstelle mit einem philologischen Lehrer katholischer Religion zu besetzen. Der jährliche Gehalt wird je nach den Ansprüchen, welche der anzustellende Lehrer zu machen hat, bis auf 1200 fl. bestimmt werden.
7. Bei dem Gymnasium in Offenburg ist die erste Lehrstelle mit einem Gehalt bis zu 1400 fl. erledigt, welche mit einem philologischen Lehrer katholischer Religion zu besetzen ist.
8. Bei dem Lyzeum in Mannheim ist eine Lehrstelle mit einem Gehalt bis 600 fl. erledigt, welche mit einem philologischen Lehrer besetzt werden soll. Die Bewerber um diese vier Lehrstellen haben sich vorschriftsmäßig innerhalb 4 Wochen bei dem Oberstudienrath zu melden.
9. Durch das Ableben des geistlichen Verwalters Kurz in Lahr ist die Stiftschaffnei Lahr in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle, womit eine fixe Besoldung von 700 fl., so wie freie Wohnung nebst Gartengenuss, im Anschlage von 100 Gulden, und Staatsdienereigenschaft verbunden ist, haben sich binnen drei Wochen, unter Vorlage ihrer Zeugnisse beim evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.
10. Die Stelle eines evangelischen Hausgeistlichen bei den Strafanstalten zu Bruchsal, mit einer Besoldung von 800 fl. bis 1000 fl., ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen bei der Regierung des Mittelrheinkreises zu melden.
11. Durch die Beförderung des Pfarrers Brauch auf die Pfarrei Büßringen ist die katholische Pfarrei Hollerbach, Amts Buchen, mit einem beiläufigen Ertrag von 760 fl., in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei der fürstlich Leiningen'schen Standesherrschaft als Patron nach Vorschrift zu melden.
12. Durch die Beförderung des Dekans und Bezirkschulvisitors Pfarrers Joseph Zimmerman zum Oberkirchenrath, ist die katholische Pfarrei Ulm, Amts Bühl, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 600 fl. in Geld, Naturalien und Güterbenützung erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrei haben sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

13. Durch das Ableben des Pfarrers Heizmann ist die Pfarrei Hddingen, Amts Ueberlingen, mit einem Einkommen von ungefähr 550 fl., worauf aber ein zu 4 Procent verzinsliches Provisorium von 66 fl. 18 kr. für die Umzäunung des Pfarrgartens haftet, erledigt worden. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath zu melden.
14. Man findet sich veranlaßt, die durch das Ableben des Pfarrers Paul Bed erledigte Pfarrei Lembach, Bezirksamts Stühlingen, wiederholt auszusprechen. Der beiläufige Ertrag derselben besteht jährlich in 550 fl., worauf ein bis zum Jahr 1854 dauernder jährlicher Beitrag von 11 fl. 33 kr. zur Schuldentilgungskasse Stühlingen haftet. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich binnen sechs Wochen bei der fürstlich Fürstenbergischen Standesherrschaft als Patron nach Vorschrift zu melden.
15. Durch die Beförderung des Pfarrers Karl Schwarz auf die Pfarrei Diebelsheim ist die evangelische Pfarrei Langenalb, im Dekanat Pforzheim, mit einem Competenzanschlage von 509 fl. 16 kr. und einer Zulage aus der Friederike-Christiane-Stiftung von 100 fl. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich vorschriftsmäßig durch ihre Decanate binnen sechs Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
16. Durch das am 4. März d. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Georg Adam Dieß ist die Pfarrei Jchenheim mit einer Competenz von 1123 fl. 24 kr., und mit der Verbindlichkeit, einen ständigen Vicar zu halten, in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich vorschriftsmäßig durch ihre Decanate binnen sechs Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
17. Durch das am 3. Februar 1844 erfolgte Ableben des Pfarrers Karl Gebhard ist die evangelische Pfarrei Wiesleth, Decanats Schopfheim, mit einem Competenzanschlage von 727 fl. 11 kr. und einem ohngefähr wahren Ertrag von 900 fl., wird hiermit zur definitiven Besetzung ausgeschrieben. Auf dieser Pfarrei ruht eine unverzinsliche Schuld von beiläufig 800 fl., für deren Tilgung jährlich 100 fl. abzugeben sind. Die Bewerber um diese Stelle haben sich vorschriftsmäßig binnen 6 Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
18. Zu dem Ausschreiben der katholischen Pfarrei Wollmatingen in Nr. 30, Seite 206, Ziffer 3 des Regierungsblattes vom 25. November v. J. wird bemerkt, daß der beiläufige Ertrag derselben in 770 fl. bestehe.

Gestorben sind:

- am 29. Januar d. J. Amtsrevisor Treszger von Rheimbischofsheim,
 „ 8. Februar „ der pensionirte Obereinnehmer Bleymann zu Mannheim,
 „ 4. März „ der pensionirte Amtsrevisor Heß in Eberbach,
 „ 18. März „ der pensionirte vormalige Schaffner in Lobensfeld, Kammerath Heyliger, in Heidelberg.

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 8. Mai 1844.

Verordnungen.

Die Prüfung der Locomotive betreffend.

Zur Beseitigung der Gefahr, welche durch zu starke Spannung des Dampfes in den Kesseln entstehen kann, findet man sich veranlaßt, im Einverständniß mit Großherzogl. Ministerium des Innern folgendes zu verordnen:

§. 1.

Die Locomotive, welche für den Eisenbahnbetrieb bestimmt sind, müssen, ehe sie zum öffentlichen Dienst in Gebrauch genommen werden, durch eine Commission einer Prüfung unterworfen und für den Dienst vollkommen tauglich erkundet worden seyn. Eine gleiche Prüfung hat hinsichtlich der schon im Dienst befindlichen Locomotive wenigstens ein Mal im Jahr, sowie nach jeder Hauptreparatur des Kessels statt zu finden.

§. 2.

Bei dieser Prüfung muß der Kessel einem Drucke ausgesetzt werden, welcher mindestens anderthalbmal so viel beträgt, als das Maximum des für den Gebrauch der Locomotive zu gestattenden Druckes.

§. 3.

An jeder Locomotive soll eine Vorrichtung angebracht seyn, wodurch der Locomotivführer verhindert werden kann, die Ventile über das Maximum der Dampfspannung zu belassen, das für den Gebrauch dieser Locomotive nach §. 2 gestattet ist.

§. 4.

Die Prüfungs-Commission wird zusammengesetzt:

1. aus einem von der Direction der Posten und Eisenbahnen beauftragten technischen Beamten;
2. aus einem technischen Mitglied der Verwaltung des Wasser- und Straßenbaues;
3. aus einem Professor der Maschinenkunde an der polytechnischen Schule oder einer sonstigen höhern Lehranstalt.

§. 5.

Die Großherzogl. Direction der Posten und Eisenbahnen wird mit dem Vollzug vorstehender Vorschriften beauftragt und für deren pünktliche Befolgung verantwortlich gemacht.

Carlsruhe, den 4. April 1844.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

von Busch.

Vdt. von Berthelm.

Die Verabfolgung der Pensionen in das Ausland betreffend.

In Folge höchster Entschlieſung Seiner Königlichⁿ Hoheit des Großherzogs aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 11. d. M., Nr. 521, wird die Verordnung vom 22. August 1820, Regierungsblatt No. XIV. dahin abgeändert, daß nur die Pensionen, welche den Betrag von sechshundert Gulden überschreiten, bei der Verabfolgung in das Ausland einem Abzug von zehn Prozent unterworfen sind, dagegen alle, diesen Betrag nicht überschreitende Pensionen von diesem Abzug frei bleiben.

Carlsruhe, den 13. April 1844.

Ministerium der Finanzen.
von Böckh.

Vdt. Pfeilschder.

Das Bauen in der Nähe der Eisenbahn und der Bahnhöfe betreffend.

Zur Beseitigung der Gefahr, welche Eisenbahn und Gebäude durch allzugroße Nähe sich gegenseitig bringen können, sind bei Ertheilung der baupolizeilichen Genehmigung zu Errichtung von Gebäuden in der Nähe der Eisenbahn neben den in dieser Beziehung bestehenden allgemeinen Vorschriften noch nachstehende Bestimmungen zu beachten:

§. 1.

Bauwerke aller Art von nicht feuergefährlicher Beschaffenheit, ferner Materiallagerungen unbrennlicher Stoffe, dürfen nicht näher als 50 Fuß von der Gränze der Eisenbahn und der dazu gehörigen Anlagen oder von der Gränze eines Bahnhofs errichtet werden.

§. 2.

Die Herstellung feuergefährlicher Gebäude und Lagerung verbrennlicher Stoffe ist nur in einer Entfernung von wenigstens 150 Fuß gestattet.

§. 3.

Das besondere Verfahren, welches nach der Verordnung vom 2. Oktober 1835, Nr. 8628, bei Ertheilung der Erlaubniß zu einem Bau an den Landstraßen eingehalten werden muß, ist auch für das Bauen in der Nähe der Eisenbahn maßgebend.

§. 4.

Ausnahmen von obigen Bestimmungen (§. 1 und 2) kann nur das Ministerium des Innern gestatten.

Carlsruhe, den 19. April 1844.

Ministerium des Innern.
Fhr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr

Bekanntmachungen.

Die Begebung des Anlehens für die Eisenbahnschuldentilgungskasse betreffend.

Unter Bezug auf die diesseitigen Bekanntmachungen vom 24. October 1842 (Regierungsblatt Nr. XXXII.) und vom 5. Mai 1843 (Regierungsblatt. Nr. XIV.) bringt man anburd zur öffentlichen Kenntniß, daß der Rest des nach dem Gesetze vom 10. September 1842 (Regierungsblatt Nr. XXVII.) zu kontrahirenden Anlehens von zwölf Millionen Gulden für die Eisenbahnschuldentilgungskasse an die Bankhäuser M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt am Main, Johann Goll und Söhne allda, und S. von Haber und Söhne dahier, in drei und ein halbpromzentigen Partialobligationen käuflich überlassen worden ist.

Carlsruhe, den 15. April 1844.

Ministerium der Finanzen.
von Büsch.

Vdt. Pfeilschiffer.

Nachdem der Termin der Eröffnung des Eisenbahnbetriebs der Section IV. von Carlsruhe bis Raftatt auf den 1. und der Section V. von Raftatt bis Dos auf den 6. künftigen Monats festgesetzt worden ist, und da die Sectionen VI. und VII. von Dos bis Offenburg und die Sectionen VIII. von Appenweiler bis Rehl in nächster Zeit ebenfalls in Betrieb kommen werden, so sieht man sich nunmehr veranlaßt, in den Anlagen Nr. I. bis V. die beschaffigen Tarife, welche nach den gleichen Grundsätzen, die dem bestehenden Tarife zur Grundlage gedient haben, berechnet sind, hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Carlsruhe, den 27. April 1844.

Ministerium des Großherzogl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
von Busch.

Vdt. von Berckheim.

Nachdem die unmittelbare Beförderung der Extraposten zwischen Pforzheim und Herrenald mit Umgehung der Posthalterei Neuenbürg gestattet worden ist, wird die Extrapostdistanz zwischen jenen beiden Orten auf 1½ Posten festgesetzt.

Carlsruhe, den 20. April 1844.

Ministerium des Großherzogl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
von Busch.

Vdt. von Berckheim.

ion der Eisenbahn - Betriebs - Verwaltung betreffend.

heit der Großherzog haben durch höchste Entschliessung aus Großherzoglichem 18. d. M. zu bestimmen geruht, daß in Offenburg und Rehl Eisenbahn- von welchen das erstere mit dem daselbst befindlichen Postamte vereinigt wird und Eisenbahnamt zu führen hat, ferner daß in Ettlingen, Rastatt, Dos 1-Expeditionen und in St. Ilgen, Untergrombach, Ralsch, Ruggensturm, Renchen und Rork Billetausgabe-Bureau errichtet und die Expeditionsstelle ihnamte Heidelberg, diejenigen zu Untergrombach, Ettlingen, Ralsch, Ruggen dem Eisenbahnnamte Carlsruhe, diejenigen zu Steinbach, Bähl, Kfern, Renchen und Appentweier dem Eisenbahnnamte Offenburg, endlich diejenige zu Rork dem Eisenbahnnamte Rehl untergeordnet werden.

Carlsruhe, den 20. April 1844.

Ministerium des Großherzogl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

von Busch.

Vdt. von Berthelm.

Im Studien-Jahre 1844 besuchten

	katholische	evangelische	israelitische	zusammen	Schüler	Lehrer	Kustodian
1. das Lyceum zu Carlsruhe	193	399	56	"	648	"	—
2. " " " Freiburg	238	46	1	"	285	"	1
3. " " " Heidelberg	36	81	6	"	123	"	6
4. " " " Constanz	113	11	—	"	124	"	—
5. " " " Mannheim	72	96	8	"	176	"	18
6. " " " Rastatt	188	36	3	"	227	"	—
7. das Gymnasium zu Bruchsal	77	19	14	"	110	"	—
8. " " " Donaueschingen	66	10	—	"	76	"	2
9. " " " Lahr	9	125	1	"	135	"	3
10. " " " Offenburg	66	7	—	"	75	"	—
11. " " " Berthelm	40	69	3	"	112	"	4
12. das Pädagogium zu Laubersbischhofshelm	49	—	7	"	56	"	1
13. " " " Durlach	9	53	—	"	62	"	—
14. " " " Lössach	10	54	1	"	65	"	2
15. " " " Pforzheim	3	70	1	"	74	"	7
16. die höhere Bürgerschule zu Baden	72	8	1	"	81	"	4
17. " " " " Rheinbischhofsh.	4	23	—	"	27	"	—
18. " " " " Bretsch	14	2	5	"	21	"	—
19. " " " " Bretten	4	20	5	"	29	"	—
20. " " " " Eberbach	6	17	—	"	23	"	1

		katholische	evangelische	israelitische	zusammen	Schüler	darunter	Ausländer.
21.	die höhere Bürgerschule zu Emmendingen	5	31	3	"	39	"	1
22.	" " " " Eppingen .	5	9	1	"	15	"	—
23.	" " " " Ettlingen .	15	4	—	"	19	"	—
24.	" " " " Ettenheim	80	3	12	"	95	"	—
25.	" " " " Freiburg .	57	10	—	"	67	"	3
26.	" " " " Gernsbach	—	17	—	"	17	"	—
27.	" " " " Heidelberg	42	123	11	"	176	"	10
28.	" " " " Hornberg .	—	10	—	"	10	"	—
29.	" " " " Konstanz .	68	13	—	"	81	"	11
30.	" " " " Kork . .	2	10	—	"	12	"	—
31.	" " " " Ladenburg	16	21	5	"	42	"	—
32.	" " " " Mahlsberg .	5	9	—	"	14	"	—
33.	" " " " Mannheim	22	51	19	"	92	"	6
34.	" " " " Mosbach .	22	35	—	"	57	"	—
35.	" " " " Müllheim .	2	35	3	"	40	"	2
36.	" " " " Philippsburg	21	—	1	"	22	"	—
37.	" " " " Sinsheim erst in diesem Jahre organisirt.							
38.	" " " " Schopfheim	—	38	—	"	38	"	1
39.	" " " " Ueberlingen	50	1	—	"	51	"	4
40.	" " " " Villingen .	33	—	—	"	33	"	—
41.	" " " " Waldbach	15	—	—	"	15	"	1
42.	" " " " Weinheim	4	9	—	"	13	"	—
43.	" " " " Offenburg	6	—	—	"	6	"	1
		1,741	1,575	167	zusammen	3,463	"	84

Carlsruhe, den 3. April 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Stemmler.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber öffentlich bekannt gemacht. Es haben nämlich gestiftet:

die Wittwe des Registrators Stengel, Maria Anna Kramer zu Freiburg in das dortige Krankenhaus 200 fl.;

der Hofbergolber Anton Bilger zu Karlsruhe zwei Delgemälde in die St. Josephs-Kapelle zu Altbreisach im Bethe von 88 fl.;

n Armenfond zu Oberbergen 75 fl.;
 Triberg in den dortigen Ortsarmenfond 300 fl.;
 Johan Mathä Siedler von Waldkirch:
 b zu Stahlfhof 150 fl.;
 genthal 180 fl.;

c. in jenen zu Kollnau 200 fl.;
 d. in jenen zu Stensbach 150 fl.;
 e. in jenen zu Gutach 150 fl.;
 f. in den vereinigten Armenfond zu Waldkirch 1000 fl.;

mit dem Vorbehalte, daß Cäcilia Siedler zwei Drittel und Rosa Kopper ein Drittel der Zinsen lebenslänglich zu beziehen haben;

Joseph Kaiser von Altenschwand dem Kirchenfond zu Rickenbach, Amts Säckingen, ein neues Messgewand im Werthe von 88 fl.;

die Wittve Steiner, geborene Siedler zu Unterkrummen in die Kirche zu Schluchsee einen Rauchmantel und einen Traghimmel im Werthe von 193 fl. 28 fr.;

die verstorbene Anna Barbara Baumann, Wittve des Joseph Christian Schäftele zu Hornberg, der dortigen Armenkaffe 300 fl.;

Pfarrer Stettberger zu Altdorf in den dortigen Armenfond zu Bekleidung zweier armen Communikanten 100 fl.;

Franz Steinbrunner von Holz in den Kirchenfond zu Schönau zu Anschaffung eines neuen Rauchmantels und mit der Verbindlichkeit, zu Abhaltung einer jährlichen Gedächtnißmesse 100 fl.;

ein Ungenannter in den Armenfond zu katholisch Lennendron 50 fl.;

der verstorbene Domherr von Reibelt zu Eibelsstadt in das Krankenspital zu Freiburg 150 fl.;

die verstorbene Franziska Brugger, geborene Gessler, zu Münzingen in den dortigen Armenfond 50 fl.;

ein Ungenannter in den Kirchenfond zu Gottenheim zu Anschaffung von Lichtstöcken auf dem Hochaltar 30 fl.;

Maria Anna Kirner von Furtwangen in den Armenfond zu Neukirch 25 fl.;

Maria Anna Kirner, Wittve des Joseph Wehrle, zu St. Märgen in den dortigen Armenfond 15 fl.;

die Wittve des Johann Straub, Maria Mug, zu Kappel Amts Eitenheim, in den dortigen Armenfond 150 fl.;

Martin Hägle von Grafenhausen in den Armenfond daselbst 50 fl.

Medaillen-Verleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:
 dem Fohlenmeister Erhard in Stutensee, in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste,
 die kleine goldene Civilverdienstmedaille,

dem Rangsdienier Franz Rolle bei dem Hofgericht des Oberheinkreises, in Anerkennung seiner langjährigen, treu, eifrig und mit Auszeichnung geleisteten Militär- und Civildienste, die Silberne Civilverdienstmedaille, und

dem Polizeiwachtmeister Würz in Freiburg, in Berücksichtigung seiner bisherigen treu geleisteten Dienste, die Silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

den Regierungsassessor Daniel Abegg zu Rastatt zum Regierungsrath zu ernennen;

die Stelle eines Vorstandes bei dem Bezirksamt Constanz, dem Oberamtmann Meßner von Mößkirch zu übertragen;

die Assessoren Hoffmann und Händel bei der Hofdomänenkammer, und

den Assessor Stöckel bei der Zehntsection zu Domänensachen, sowie

die Assessoren Haack und Gold bei der Zolldirection zu Finanzrathen, ferner

den bei der Zehntsection und der Güteracquisationscommission beschäftigten Assessor Tröger zum Mitglied der Hofdomänenkammer,

den Heinrich Schnell in Mannheim zum Expeditor bei der Regierung des Unterrheinkreises,

den Postmeister Borsch in Lörrach zum Vorstande des Post- und Eisenbahnamtes in Offenburg und den Postmeister Eberlin in Kehl, unter Vorbehaltung seines demaligen Dienstes, zum Vorstande des Eisenbahnamtes daselbst zu ernennen;

den Eisenbahnamtscassier Burg in Heidelberg in gleicher Eigenschaft zu dem Post- und Eisenbahnamente Offenburg zu versetzen und dessen Stelle dem Postoffizialen Friedrich Garrer in Stockach, ferner die Stelle eines Eisenbahnamtscassiers in Kehl dem Postamtsoffizialen Schmittbauer in Baden zu übertragen;

den Eisenbahnamtsingenieur Bürklin in Heidelberg seiner bisherigen Dienstverhältnisse bei dem Eisenbahnamente Karlsruhe zu entheben; den Ingenieurpraktikanten Johann Klingel von Heidelberg als Eisenbahningenieur bei dem Eisenbahnamente Karlsruhe, und den Bauconducteur erster Classe Friedrich Bischoff zu Freiburg als Eisenbahningenieur bei dem Post- und Eisenbahnamente Offenburg und bei dem Eisenbahnamente in Kehl anzustellen;

den Postoffizialen Rudolf Mayer in Heidelberg als Eisenbahnexpeditor nach Dos zu versetzen;

den aus dem Staatsdienste ausgetretenen Postmeister Gustav Fischer dahier als Postmeister in Lörrach zu reactiviren; den Postpracticanten Beder von Mischelsfeld zum Postoffizialen bei dem Postamente Stockach, den Postpracticanten Pettjean von Mannheim zum Offizialen bei dem Postamente Offenburg, den Postpracticanten Heinrich Sachs von Mannheim zum Offizialen bei dem Postamt Baden und den Postpracticanten Beyer von Schutterwald zum Offizialen bei der Postwagenexpedition Heidelberg zu ernennen;

den Stallmeister Benz d. A., unter dankbarer Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen;
 ebenso den Landamtsrevisor Rheinländer in Karlsruhe wegen vorgerückten Alters;
 sodann den Postmeister Joseph Barth in Offenburg wegen vorgerückten Alters auf sein unterthänigstes Ansuchen;
 und ebenfalls in den Ruhestand zu versetzen den Amtskassenrevisor Buisson in Freiburg, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Bezirksamt Mößkirch ist die Stelle eines Vorstandes erledigt. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen bei der fürstlich fürstbergischen Domänenkanzlei vorschriftsmäßig zu melden.
2. Das Landamtsrevisorat Karlsruhe ist erledigt. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen 4 Wochen bei der Regierung des Mittelrheinkreises zu melden.
3. Bei der Regierung des Oberrheinkreises ist die Stelle eines Amtskassenrevisors erledigt; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen vorschriftsmäßig bei der gedachten Regierung anzumelden.
4. An der höhern Bürgerschule zu Wahlberg ist eine Lehrstelle mit einem Gehalt bis zu 800 fl. erledigt, welche mit einem philologischen Lehrer katholischer Religion besetzt werden soll. Die Bewerber um dieselbe haben sich vorschriftsmäßig innerhalb 4 Wochen bei dem Oberstudienrath zu melden.
5. Durch die am 16. März v. J. erfolgte Ernennung des Pfarrers Fleuchaus zum Pfarrer in Balzfeld, ist die Pfarrei Oberwittstadt, Bezirksamts Krautheim, mit einem beiläufigen Einkommen von 1000 fl. in Erledigung gekommen.
 Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath zu melden.
6. Durch die Ernennung des Pfarrers Fidel Haig zum Director an dem Collegium Theologicum zu Freiburg, ist die katholische Pfarrei Waltershofen, Landamts Freiburg, mit einem beiläufigen Ertrag von 850 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, eine vom Jahr 1837 an laufende und in zehn Jahren zu tilgende Kriegsschuld von 101 fl. 17 kr. in den übrigen Jahrestermen heimzuzahlen, in Erledigung gekommen.
 Die Bewerber um diese Pfründe haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariate als bei dem Oberkirchenrathe binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
7. Vom Anfange des Sommerhalbjahrs 1844 ist das kleinere althadische Juristenstipendium von jährlich 200 fl. auf 3 Jahre wieder zu vergeben.

Diejenigen Baden-Badischen Landesfinder, welche sich um solches zu bewerben gedenken, haben sich binnen 4 Wochen mit ihren Gesuchen an den katholischen Oberkirchenrath zu wenden, und sowohl über ihre Geburts- und Vermögens-Verhältnisse, als auch darüber gehörig bescheinigte Zeugnisse beizubringen, daß sie wenigstens schon ein Jahr lang auf einer Hochschule der Rechtswissenschaft obgelegen, und rücksichtlich der Sitten, Anlagen und Fortschritte in die erste Classe gesetzt zu werden verdienen.

Gestorben ist:

Am 22. Februar 1844 der pensionirte Wasserzoller Dehmar in Dörsenfurt.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 23. Mai 1844.

Verordnung.

Die Rheinschifferpatente und die Beaufsichtigung der Schiffsmannschaft betreffend.

Auf den Grund eines von der Centralcommission für die Rheinschifffahrt in bezeichnetem Betreffe gestellten Antrags wird hiermit verfügt, wie folgt:

§. 1.

Jedes Patent zum Betrieb der Rheinschifffahrt ist fortan bei der Ausfertigung mit dem vollständigen Signalement Desjenigen, dem es ertheilt wird, und von diesem mit seiner, außer dem Familiennamen, auch sämtliche Vornamen enthaltenden, eigenhändigen Unterschrift zu versehen.

§. 2.

Den bereits ertheilten Patenten muß das Signalement des Inhabers und dessen vollständige Unterschrift beigelegt werden. Der Inhaber ist verpflichtet, hierauf längstens bis zum 1. Juli 1844 bei dem ihm vorgesetzten Großherzogl. Amte anzutragen.

§. 3.

Wenn wegen vorangeschrittenen Alters oder aus einer andern Ursache das auf dem Patente befindliche Signalement auf den Inhaber nicht mehr paßt, so ist die Erneuerung oder Aenderung des Signalements mittelst einer auf das Patent zu setzenden amtlichen Bemerkung zulässig.

§. 4.

Wer ein ihm ertheiltes Rheinschifffahrtspatent einem Andern zum Behufe des Schifffahrtsbetriebs überläßt; desgleichen wer binnen der im §. 2 festgesetzten Frist die Beilegung des Signalements nicht beantragt, hat in Gemäßheit des Art. 47 der Rheinschifffahrtsordnung vom 31. März 1831 nach Umständen die zeitweise oder gänzliche Zurücknahme des Patents zu gewärtigen.

Wer ferner mit dem einem Andern ertheilten Schifffahrtspatente durch Ausübung der Rheinschifffahrt Mißbrauch treibt, wird hierdurch, wenn er auch alle verordnungsmäßigen Vorbedingungen erfüllt haben sollte, mindestens für die Dauer eines Jahres oder nach Umständen für immer unfähig zur Erlangung eines eigenen Patents.

Karlsruhe, den 12. April 1844.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Industrieaussstellung in Berlin betreffend.

Nachdem die zum Zoll- und Handelsvereine verbundenen Regierungen übereingekommen sind, sich gegenseitig zu unterstützen, damit von Zeit zu Zeit öffentliche Ausstellungen für die Industrieerzeugnisse des gesammten Vereins zu Stande kommen, haben des Königs Majestät zu genehmigen geruht, daß in dem gegenwärtigen Jahre hier in Berlin eine solche Ausstellung für die Industrieerzeugnisse des gesammten Zoll- und Handelsvereins veranstaltet werde.

Indem ich dies hierdurch mit dem Wunsche zur öffentlichen Kenntniß bringe, daß diese Ausstellung allseits eine erfreuliche rege Theilnahme finden möge, mache ich zugleich im Nachstehenden die Bestimmungen bekannt, welche für dieselbe, vorbehaltlich des weitern Benehmens mit den Vereinsregierungen in Betreff der aus ihren Gebieten zu gewärtigenden Sendungen, Allerhöchsten Ortes festgesetzt worden sind:

1) Die Ausstellung findet in Berlin vom 15. August 1844 an acht Wochen hindurch statt; die Einsendung der dazu bestimmten Gegenstände muß spätestens bis zum 22. Juli 1844 erfolgen.

2) Zu dieser Ausstellung wird, mit Ausnahme der Werke der schönen Künste, jedes im Gebiete des Zoll- und Handelsvereins dargestellte Industrieerzeugniß, auch das größte, zugelassen, wenn dessen Gebrauch allgemein verbreitet und dasselbe im Verhältniß zum Preise gut gearbeitet ist. Neben den gewöhnlichen marktgängigen Waaren, wie sie in größern Quantitäten geliefert und in den Handel gebracht werden, sind jedoch auch Gegenstände des Luxus, so wie solche Fabrikate, welche wegen der darauf verwendeten besondern Sorgfalt und Kunstfertigkeit und wegen der hierdurch bedingten Preiserhöhung sich nicht zum gemeinen Gebrauche eignen, sondern in das Kunstgebiet einschlagen, keineswegs ausgeschlossen.

3) Die inländischen Gewerbetreibenden, welche Gegenstände für die Ausstellung einsenden wollen, mit Ausnahme der in Berlin wohnhaften (s. Nr. 6), haben sich respective bei der landrätlichen Behörde ihres Wohn- oder Fabrikortes, oder bei der sonstigen, daselbst die Gewerbepolizei verwaltenden Behörde zu melden, und gleichzeitig derselben die nöthigen Nachrichten für die von ihr aufzustellenden Nachweisungen mitzutheilen. Diese Nachweisungen, welche von der gedachten Behörde der betreffenden Königl. Regierung einzurücken und mit laufender Nummer zu versehen sind, müssen nicht nur die einzelnen angemeldeten Artikel, nebst deren Benennung und Bezeichnung, sowie den Namen und den Wohn- oder Fabrikort des Verfertigers enthalten, sondern auch den gewöhnlichen unzweifelhaften Verkaufspreis, wofür der Artikel in größern Quantitäten beim Absatz aus erster Hand geliefert werden kann, angeben, und zugleich über die Ausdehnung des Gewerbes, die darin beschäftigte Arbeiterzahl, sowie den Ursprung und Preis des rohen Materials oder des verarbeiteten Halbfabrikates nähere Auskunft geben.

4) Die Königl. Regierung ernennt beauftragt der Prüfung, ob die angemeldeten Gegenstände von der Beschaffenheit sind, daß sie sich für die Ausstellung eignen, eine Commission, welche insbesondere auch, jedoch ohne peinliche Nachforschungen, auf die Preisangaben ihr Augenmerk zu richten hat, damit nicht durch ungeprüfte einseitige Angaben Einzelne sich ein Verdienst der

Wohlfelheit ihrer Waaren anzudeuten suchen, welches in der Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Die Commission besteht aus dem die Gewerbeangelegenheiten bearbeitenden Mitgliede der Königl. Regierung, als Vorsitzenden, und aus sechs Gewerbetreibenden, bei deren Auswahl, so weit thunlich, dahin zu sehen ist, daß für jeden der Hauptfabrikationszweige des Bezirkes ein Sachverständiger Theil nehme.

5) Nach vorgängiger Prüfung durch die Commission entscheidet die Königl. Regierung, welche Gegenstände zur Ausstellung zuzulassen sind, wobei zugleich darauf zu sehen ist, daß solche Gegenstände, welche durch ihr großes Gewicht oder Volumen wegen Beträchtlichkeit der Entfernung in Vergleich mit dem Interesse, das sie gewähren, unverhältnismäßige Transportkosten veranlassen würden, ausgeschlossen bleiben, es sei denn, daß ein Ersatz der Transportkosten (§. Nr. 10) dafür überhaupt nicht in Anspruch genommen wird. Von den ihrerseits zur Ausstellung geeignet befundenen Gegenständen hat die Königl. Regierung nach Anleitung der ihr zugegangenen, nöthigenfalls zu vervollständigenden Materialien (Nr. 3) ein Verzeichniß aufzustellen, welches, mit ihrem Gutachten begleitet, der unten (Nr. 6) gedachten Commission zu übersenden ist. Gleichzeitig ist Denjenigen, von denen jene Gegenstände angemeldet sind, behufs der Einsendung an eben diese Commission (Nr. 6) Nachricht zu geben.

6) Für die Empfangnahme und Aufstellung der einzusendenden Gegenstände, so wie für die Beforgung der sonstigen die Ausstellung betreffenden Geschäfte wird unter dem Vorstehe eines Ministerial-Commissarius hier in Berlin eine besondere Commission bestellt, über deren Einsetzung die weitere Bekanntmachung vorbehalten bleibt. Diese Commission hat zugleich in Ansehung derjenigen Gegenstände, welche die in Berlin wohnhaften Gewerbetreibenden zur Ausstellung bringen wollen, die Prüfung und Entscheidung, so wie die Sammlung der Materialien (nach Nr. 3 bis 5) unmittelbar vorzunehmen.

7) Die Einsendung der zur Ausstellung bestimmten Gegenstände muß bis zu dem oben (Nr. 1) bestimmten Termin an die oben (Nr. 6) gedachte „Commission für die Gewerbeausstellung in Berlin“ kostenfrei erfolgen.

8) Sämmtliche ausgestellte Gegenstände werden für die Dauer der Ausstellung von der Commission (Nr. 6) gegen Feuergefahr versichert, überdies sorgfältig beaufsichtigt und vor Beschädigungen bewahrt. Sollten aber dennoch Beschädigungen oder Verluste vorkommen, so wird dafür keine Ersatzverbindlichkeit übernommen, während es den Einsendern freigestellt bleibt, nicht nur die Aufstellung der von ihnen gelieferten Gegenstände selbst oder durch einen der Kommission namhaft gemachten Bevollmächtigten zu besorgen, sondern auch während des Besuches der Ausstellung über dieselben noch

den. kann kein Gegenstand aus derselben zurückgenommen werden.
 fügen. lich, der Kommission einen hier anwesenden Bevollmächtigten
 Ausf. ihnen eingesendeten Gegenstände nach Beendigung der
 welche in dieser Hinsicht keine Bestimmung getroffen haben,
 werden dieselben auf ihre Gefahr und Rechnung respective durch die Post oder durch Expedition nach dem angegebenen Wohn- oder Fabrikorte zurückgesendet. Eben so ist, falls der Verkauf der eingesendeten Gegenstände beabsichtigt wird, Derjenige, an welchen die Kauf Lustigen zu verweisen und die Ge-

gegenstände abzuliefern sind, der Kommission namhaft zu machen, da diese sich mit dem Verkaufe selbst nicht befassen kann.

10) Für den Besuch der Ausstellung wird ein seiner Zeit zu bestimmendes Eintrittsgeld erhoben; die Einsender von Gegenständen für dieselbe, respective deren Bevollmächtigte (Nr. 8) haben jedoch freien Eintritt. Aus dem Fonds, welcher aus dem Eintrittsgelde und dem Verkaufe der Cataloge aufkommt, werden zunächst die mit der Ausstellung verbundenen Kosten, einschließlich der Versicherung gegen Feuergefahr (Nr. 8) bestritten. Der demnächst etwa verbleibende Ueberschuß wird dazu verwendet, um, so weit er reicht, für alle von auswärts eingesandten in- und ausländischen Sendungen ohne Unterschied, mit Ausnahme derjenigen, für deren Transport nach Nr. 5 eine Vergütung überhaupt nicht zu gewähren ist, die Transportkosten, und zwar nach Verhältniß der nachgewiesenen Kostenbeträge, zu ersetzen; zu dem Behufe müssen aber diese Kostenbeträge spätestens bis zum 1. November 1844 bei der Kommission (Nr. 6) liquidirt werden. Wie ferne die auf obige Weise nicht gedeckten Transportkosten für dergleichen Sendungen den inländischen Gewerbtreibenden aus öffentlichen Fonds zu erstatten seien, bleibt der weiteren Bestimmung vorbehalten. Eine Vergütung für den Transport derjenigen Gegenstände, welche von den in Berlin wohnhaften Gewerbtreibenden zur Ausstellung gebracht werden, findet nicht statt.

Berlin, den 10. Februar 1844.

Der Finanzminister.

gez. von Bodelschwingh.

Vorstehendes Publicandum bringen wir mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß, daß die Gegenstände, welche von den inländischen Gewerbtreibenden zur Ausstellung in Berlin bestimmt werden wollen, zunächst hierher an die Direktion der Centralstelle des landwirthschaftlichen Vereins gesendet werden müssen, indem eine besondere Commission niedergesetzt worden ist, mit der Aufgabe, zu prüfen, ob diese Gegenstände sich für die Ausstellung eignen oder nicht, und nach Thunlichkeit dafür zu sorgen, daß die Bedingungen erfüllt werden, welche von Seite der königlich preussischen Regierung Behufs der Zulassung aufgestellt worden sind.

Carlsruhe, den 26. April 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Reinhard.

Nachdem Seine Königliche Hoheit der Großherzog durch höchste Entschließung vom 14. Dezember v. J., Nr. 2139, die freiherrlich von Gemmingen-Hornberg'schen Stammgutsstatute, auf den Grund der Familienverträge, namentlich vom 4. Februar 1763 und vom 30. April 1779, in ihrem jetzigen Bestande, umfassend die Gütercomplexe: Treschlingen, Rappenu, Abersbach, Ittlingen, Michelsfeld, Hornberg, Neckarzimmern und Babstatt, so wie auch Hoffenheim, gnädigst zu bestätigen geruhten, so wird solches öffentlich bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 16. April 1844.

Justizministerium.

Jolly.

Vdt. Ammann.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 31. Mai 1844.

Die Verjährung und den Verlust der auf Inhaber gestellten Staatspapiere der Eisenbahn- und Zehntschuldentilgungskasse betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben mit Zustimmung Unserer getreuen Stände beschlossen und verordnen, wie folgt:

Einziger Artikel.

Das Gesetz vom 14. Mai 1828, über die Verjährung und das Verfahren beim Verlust der von der Amortisationskasse auf Inhaber gestellten Staatspapiere findet auch auf die von der Eisenbahn- und Zehntschuldentilgungskasse auf Inhaber gestellten Staatsschuldschreibungen Anwendung.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 23. Mai 1844.

Leopold.

von Böckh. Jolly.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Die Bequartierung und Verpflegung der Großherzoglichen Truppen bei den Landesbewohnern im Frieden betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

A. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1.

Wenn Großherzogliche Truppen sich auf dem Marsch befinden oder in Orten verweilen, in denen die Kriegsverwaltung entweder keine, oder nicht hinreichende Einrichtung zur Casernirung und Verpflegung besitzt, so haben die Einwohner des Orts die Truppen in ihre Wohnungen aufzunehmen, und gegen Vergütung zu verpflegen, so wie auch die Militärpferde in ihren Stallungen unterzubringen.

Art. 2.

Die nach diesem Gesetze zu leistenden Vergütungen sollen in der Regel vor dem Wintermarsch der Truppen oder längstens 14 Tage nach stattgehabter Leistung geschähen.

Art. 3.

Was nach diesem Gesetze zu leisten ist, kann nur Derjenige ansprechen, welcher durch einen besondern Befehl oder durch eine Marschrouten hierzu ermächtigt ist.

Art. 4.

Marschrouten dürfen ausgestellt werden von allen Militärbehörden vom Regimentscommandeur aufwärts, so wie von den Garnisons- und Etappencommandanten; von andern Militärpersonen nur dann, wenn sie durch einen eigenen Dienstbefehl besagter Militärbehörden als besonders dazu bevollmächtigt sich ausweisen.

Art. 5.

Die Anweisung zu Quartier und Verpflegung und den übrigen gesetzlichen Leistungen erfolgt durch die bürgerlichen Behörden auf Vorlage der Marschrouten oder sonstigen Dienstbefehls.

B. Von der Einquartierung.

Art. 6.

Jeder, der eine eigene Haushaltung hat, so wie Derjenige, der zwar keine eigene Haushaltung führt, aber eingerichtete und verfügbare größere Wohnräume oder Stallungen besitzt, ist einquartierungspflichtig.

Art. 7.

Ausgenommen von der Einquartierungspflicht sind:

- 1) die Mitglieder des Großherzoglichen Hauses,
- 2) die fremden Gesandten,
- 3) die an öffentlichen weiblichen Lehranstalten, Irren-, Pfründe-, Kranken-, Straf- und Arbeitshäusern Angestellten, insofern sie in den für diese Anstalten bestimmten Gebäuden wohnen,
- 4) die in den Casernen wohnenden Militärpersonen;
- 5) Diejenigen, in deren Wohnung sich gefährliche Kranke oder Wocherinnen befinden.

Art. 8.

Die Größe und Beschaffenheit der in Art. 6 bezeichneten Räume, unter billiger Beachtung der Vermögensverhältnisse und häuslichen Zustände der Pflichtigen, geben den Maßstab für die Vertheilung der unterzubringenden Mannschaft und Pferde.

Der Gemeinderath oder die von ihm zu bestellende Einquartierungscommission hat dafür zu sorgen, daß alle einquartierungspflichtigen Einwohner nach diesem Maßstab gleich belastet werden.

Art. 9.

Die Quartiergebühr der einzelnen Militärpersonen bestimmt der dem Gesetze anliegende Tarif, Abtheilung I.

Außerdem wird für die von den Gemeinden zum Behufe der Wachen u. s. f. zu stellenden Räume, so wie für das diesfällige Heizungs- und Beleuchtungsmaterial ortsübliche Vergütung

geleistet, ausgenommen wenn die von der Gemeinde zu ähnlichen Zwecken bestimmten Räume benützt werden, oder insofern die Zeit der Benützung nicht länger als sechs Tage dauert.

C. Von der Verpflegung.

a. des dienstthuenden Standes.

Art. 10.

Der anliegende Tarif enthält unter Abtheilung II. die Bestimmungen über die Bestandtheile der Verpflegung, welche die Mannschaft vom Oberfeldwebel und Oberwachtmeister abwärts an den Quartiergeber gegen die daselbst festgesetzte Vergütung anzusprechen hat.

Art. 11.

Der Quartiergeber ist der Verpflegung im Ganzen oder theilweise entbunden, insofern dieselbe entweder ganz oder theilweise aus Magazinen verabsolgt wird.

In beiden Fällen muß jedoch der Quartiergeber für die Zubereitung der Kost das nöthige Geschirr, Salz und Feuer stellen und auch die Zubereitung der Kost übernehmen.

Art. 12.

Offiziere und Kriegsbeamte mit Offiziersrang haben in der Regel keine solche Verpflegung anzusprechen.

In den Orten jedoch, in welchen die Selbstverpflegung nicht thunlich ist, haben die Quartiergeber auch die Verköstigung an die Offiziere gegen die im Tarif Abtheilung II. dafür bestimmte Vergütung zu verabreichen.

b. Krankenpflege.

Art. 13.

Wenn Militärpersonen im Dienst (und demnach auch die Mannschaft auf dem Marsch, in und aus dem Urlaub) außerhalb des Bereichs der Militärheilstätten erkranken, so sind solche gegen die in dem angehängten Tarif bestimmte Vergütung in die bürgerlichen Heilstätten, wo nur immer möglich, aufzunehmen.

Wo eine solche Aufnahme nicht thunlich ist, hat die Gemeinde des Aufenthaltsorts durch Vermittlung des Bürgermeisters, ebenfalls gegen die tarifmäßige Vergütung, für die Unterkunft und Verpflegung der im Dienst erkrankten Militärpersonen Fürsorge zu treffen.

Art. 14.

Wenn bei längerem Aufenthalt von Truppenabtheilungen außerhalb des Bereichs einer Militärheilstätte eigene Militärkrankenanstalten für nothwendig erachtet werden, so ist von der Gemeinde des Aufenthaltsorts durch den Gemeinberath, unter Mitwirkung der Militärbehörden und gegen Vergütung der wirklichen Auslagen, der hierzu erforderliche Raum mit der nothwendigsten Einrichtung, so weit letztere nicht von der Militärverwaltung selbst besorgt wird, zu stellen.

c. Verpflegung der Pferde.

Art. 15.

Für die Militärpferde kann von dem Quartiergeber nur die nöthige Stallung nebst Streu, und das zur Reinhaltung des Stalls erforderliche Geräthe ohne Vergütung gefordert werden.

Art. 16.

Wenn in den Fällen der Einquartierung außerhalb der Garnison die Kriegsverwaltung für die nöthigen Futtevvorräthe nicht selbst vorsehen hat, so haben die Gemeinden den Bedarf an Hafer und Heu anzuschaffen.

Art. 17.

Die Vergütung für Hafer und Heu wird nach den ortsüblichen Preisen von der Kriegsverwaltung geleistet.

Besondere Bestimmungen.

Art. 18.

Gegenwärtiges Gesetz findet auf die Großherzoglichen Truppen in so lange Anwendung, als solche nicht auf den Kriegsfuß gesetzt sind.

Dasselbe findet auch Anwendung auf Truppen anderer Bundesstaaten bei allgemeinen Bundeszwecken, insoferne nicht von denselben höhere Vergütungen bezahlt werden.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 23. Mai 1844.

Leopold.

von Frendorf. Schr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Tarif

über

Gebühr und Vergütung der für das Großherzogliche Militär im Frieden zu leistenden Einquartierung und Verpflegung.

I. Einquartierung.

a. Gebühr der Mannschaft.

Jeder Mann vom Oberfeldwebel und Oberwachtmeister abwärts und jeder Militärdiener dieses Grades hat nur den Aufenthalt in dem Wohnzimmer bei dem Licht und Feuer des Wirths anzusprechen, sodann ein frisch überzogenes Bett und in dessen Ermangelung frisches Stroh in hinreichender Menge.

b. Gebühr der Officiere.

- 1) Ein Offizier vom Hauptmann (Rittmeister) einschließlich abwärts, und ein in deren Rang stehender Kriegsbeamter hat, wenn es die Ortsverhältnisse gestatten, zu fordern — ein Zimmer;
- 2) ein Stabsoffizier oder Kriegsbeamter dieses Ranges — zwei Zimmer;
- 3) ein General — drei Zimmer.

Jedem Offizier und Kriegsbeamten mit Offiziersrang gebührt eine seiner Dienstcharge und den Ortsverhältnissen angemessene Einrichtung mit Bett nebst der erforderlichen Heizung und Beleuchtung — außerdem dann noch die nöthige Unterkunft für dessen Diener und Stallung für die Pferde. Für das Quartier wird keine Vergütung geleistet.

II. Verpflegung.

a. Des dienstthuenden Militärs.

1) Gebühr des Soldaten bis zum Oberfeldwebel und Oberwachtmeister einschließlich.

Die volle Tagesverköstigung besteht aus dem Mittags- und Abendessen des einen und dem Morgenessen des darauf folgenden Tages — ohne Wein oder Bier und Branntwein.

Das Mittagessen muß bestehen:

in Suppe, im Anschlag zu	1 fr.
in $\frac{1}{2}$ Pfund Fleisch, im Anschlag zu	5 "
in Gemüse, im Anschlag zu	2 "
in $\frac{1}{2}$ Pfund Brod, im Anschlag zu	1 "
	<hr/> 9 fr.

Das Abendessen besteht:

in Gemüse, im Anschlag zu	2 fr.
in $\frac{1}{2}$ Pfund Brod, im Anschlag zu	1 "
	<hr/> 3 fr.

Das Morgenessen:

in Suppe, im Anschlag zu	1 fr.
in 1 Pfund Brod, im Anschlag zu	2 "
	<hr/> 3 fr.

zusammen 15 fr.

2) Vergütung.

Für die volle Verköstigung vom Oberfeldwebel und Oberwachtmeister abwärts werden vergütet für jeden Mann und Tag 15 fr.

Ist die Verpflegung zwischen mehreren Stationen getheilt, so werden wie angeführt

für das Morgenessen	3 "
" " Mittagessen	9 "
" " Abendessen	3 "

gerechnet.

Wenn in besondern Fällen statt des Mittags- und Abendessens nur einmal gegessen werden kann, so wird für dieses verstärkte Essen 12 fr. vergütet.

3) Für die volle Verköstigung der Offiziere und Offiziersrang habenden Militärbeamten zahlen:

a) der Hauptmann und Lieutenant täglich	1 fl.
b) der Stabsoffizier	1 fl. 30 fr.
c) der General	2 fl.

Findet die ganze Verköstigung nicht auf einer Station Statt, so zahlen:

	für das Morgenessen,	Mittagessen,	Abendessen,
a) der Lieutenant und Hauptmann	8 fr.	36 fr.	16 fr.
b) der Stabsoffizier	12 "	54 "	24 "
c) der General	15 "	1 fl. 15 "	30 "

b) Der Kranken,

1) der in einer Civilheilanstalt aufgenommenen oder in einem öffentlichen Gebäude untergebrachten:

- a) für Medizin wird die Taxe vergütet;
- b) für die sonstige Verpflegung und die Verköstigung werden für den Mann täglich dreißig Kreuzer an die betreffenden Bezugsberechtigten bezahlt;

2) der in Privatwohnungen befindlichen Kranken.

- a) Medizin nach der Taxe;
- b) für die übrige Verpflegung und Verköstigung werden für den Mann und Tag sechsunddreißig Kreuzer entrichtet;
- c) wird bei einem Kranken durch den Arzt ein Wächter für nöthig erklärt, so leistet die Militärverwaltung hierfür die in der Medizinalltarordnung (Regierungsblatt von 1836, Nr. 27, §. 31, Nr. 5 und 6) bestimmte Vergütung.

Vollzugs-Verordnung.

Die unrichtige Deklaration der Metzger beim Schlachten von größerem Rindvieh betreffend.

Zum Vollzug des Gesetzes vom 28. März d. J., Regierungsblatt Seite 55, wird ~~andurch~~ verordnet:

§. 1.

Metzger, welche außer dem öffentlichen Schlachthause, den in ihren Behausungen befindlichen Metzgen, und ihren, an diese grenzenden Hofräumen noch weitere Räume zum Schlachten, und außer den öffentlichen Schlachthäusern und Fleischschranken und den in ihren Behausungen befindlichen Metzgen noch weitere Räume zur Aufbewahrung ihrer Fleischvorräthe verwenden, haben diese besonderen Räume dem Steuererheber ihres Bezirks schriftlich anzugeben.

Von dieser Verbindlichkeit sind jedoch nach Artikel 5 des Gesetzes diejenigen Metzger befreit, welche nur für Privatpersonen um Lohn schlachten, und kein Fleisch feil bieten, sowie jene, welche nur accisfreie Thiere (Schweine, Schafe und Lämmer) zu schlachten befugt sind.

§. 2.

Die abzugebende Erklärung ist in der, aus der Anlage ersichtlichen Form und in zweifacher Ausfertigung dem Steuererheber des Bezirks zuzustellen, welcher das eine Exemplar beurkundet dem Metzger zur Aufbewahrung wieder zurückzugeben hat.

§. 3.

Die hiernach abzugebenden Erklärungen sind bei Vermeidung der im Art. 3 des Gesetzes angedrohten Nachteile innerhalb vier Wochen von Verkündung gegenwärtiger Verordnung an, von neu angehenden Metzgern aber jederzeit vor Eröffnung ihres Gewerbes beim Steuererheber einzureichen.

Die Verbindlichkeit zu einer Erneuerung der Erklärung tritt für den Metzger ein, wenn er für die im §. 1 genannten Zwecke Räume benützen will, welche in der bereits abgegebenen Erklärung noch nicht genannt sind.

§. 4.

Die Großherzogliche Steuerdirection hat für den genauen Vollzug des Gesetzes vom 28. März d. J. und gegenwärtiger Verordnung Sorge zu tragen.

Carlsruhe, den 14. Mai 1844.

Ministerium der Finanzen.
von Wäch.

Vdt. Glod.

Erklärung

des Mezgers Gottfried Leuz zu Ruppenheim

über diejenigen Räume, welche er außer den im Art. 1 lit. a. b. und c. und Art. 2 lit. a. und b. des Gesetzes vom 28. März 1844 genannten Räumen zum Schlachten und beziehungsweise zur Aufbewahrung des Fleisches verwendet:

1. Räume zum Schlachten.

Zum Schlachten wird zeitweise auch die im Hintergebäude seines Hauses zu ebener Erde befindliche Waschküche benützt. Sie ist zwischen dem Durchgang nach dem Garten und der Holzremise gelegen und hat ihren Eingang vom Hofe aus.

2. Räume zum Aufbewahren des Fleisches.

a. Unter der an der Straße gelegenen Mezg und nur von letzterer aus zugänglich, befindet sich ein kleiner Fleischkeller, welcher regelmäßig als Aufbewahrungsort für Fleischvorräthe benützt wird.

b. Zu gleichem Zweck dient ein im Hintergebäude unter der Waschküche befindlicher Keller, welcher seinen Eingang von dem nach dem Garten führenden Durchgang aus hat.

c. Im unteren Theil des Gartens befindet sich ein mit Stroh gedeckter Eiskeller, welcher jedoch in der Regel nur während des Sommers zur Aufbewahrung von Fleisch dient.

Ruppenheim, den 25. Mai 1844.

Gottfried Leuz.

(Auf das Duplikat.)

Der unterzeichnete Steuererheber bescheinigt hiermit, daß vorgenannte Räume in der bei ihm aufbewahrten Deklaration gleichlautend aufgeführt sind.

Ruppenheim, den 25. Mai 1844.

Steuererheber Friß.

(L. S.)

Die verfassungsmäßigen Rechnungsnachweisungen für die Finanzjahre 1839/40, 1840/41 und für's zweite halbe Jahr 1841 betreffend.

In Gemäßheit höchster Entschliessung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 11. d. M. Nr. 753 wird nachstehende Adresse der beiden Kammern der Landstände über die verfassungsmäßigen Rechnungsnachweisungen für die Finanzjahre 1839/40, 1840/41 und für's zweite halbe Jahr 1841 zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 15. Mai 1844.

Ministerium der Finanzen.
von Wäch.

Vdt. Pfeilschider.

Durchlauchtigster Großherzog!
Enädigster Fürst und Herr!

Die zweite Kammer Eurer Königlich hohen getreuen Stände hat nach angehörten Berichten ihrer Budgetcommission und nach vorausgegangenen Berathungen in heutiger 51. öffentlichen Sitzung einstimmig bei der Anwesenheit von 56 Mitgliedern beschlossen, die sämmtlichen von der Großherzoglichen Regierung vorgelegten Rechnungsnachweisungen von den Jahren 1839/40 und 1840/41 sowie von dem zweiten halben Jahre 1841 — mit Ausnahme der im außerordentlichen Etat des Finanzministeriums unter Titel V. „Centralbauaufwand“ und zwar im §. 35 vorkommenden Ausgaben von 1037 fl. 28 kr. für Herstellung des Mühlburger Thors — als gerechtfertigt anzuerkennen, und zugleich bei den Nachweisungen des

Kriegsministeriums

in Bezug auf die Periode 1839/40 und 1840/41 die Ueberschreitung der fünf Durchschnittsfonds im Betrage von 59,832 fl. 41 kr. der für die nämlichen Fonds gegründeten Depositenkasse, definitive Abrechnung vorbehaltend, zu überweisen, sodann

in Bezug auf die halbjährige Periode vom 1. Juli bis letzten Dezember 1841, den Minderaufwand an denselben fünf Durchschnittsfonds mit 9,659 fl. 50 kr. über Abzug der unter Titel VII. wegen Errichtung eines Torsschoppens entstandenen Ueberschreitung von 1275 fl. also noch mit 8384 fl. 50 kr. der genannten Depositenkasse als Guthaben zu überweisen, jedoch gleichfalls unter dem Vorbehalte definitiver Abrechnung.

Wir bringen diese Beschlüsse der zweiten Kammer in tiefster Ehrfurcht zu Eurer Königlich hohen allerhöchster Kenntniß.

Carlsruhe, den 19. April 1844.

Im Namen der unterthänigst treu gehorsamsten zweiten Kammer der Ständeverammlung.

Der Präsident:

Bekf.

Die Secretäre:

Blankenhorn-Kraft,
Bissing,
Baum,
Mez.

Die erste Kammer tritt nach vorausgegangener Berichterstattung ihrer Budgetcommission, und nach gepflogener Berathung, der vorstehenden Adresse mit der Modification bei, daß sie auch die Ausgabe von 1037 fl. 28 kr. für Herstellung des Mühlburger Thores für gerechtfertigt erachtet, und als Schuld des laufenden Etats der Militärverwaltung an die Staatskasse auf den 1. Januar 1842 nur die Summe von 1287 fl. 25 kr. anerkennt.

Carlsruhe, den 3. Mai 1844.

Im Namen der unterthänigst treu gehorsamsten ersten Kammer der Ständeverammlung.

Der Präsident:

Wilhelm Markgraf von Baden.

Der Secretär:

Carl Freiherr von Göler.
Zur Beglaubigung:
Büchler.

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Geheimenrath und Professor Dr. Chelius in Heidelberg die gnädigste Erlaubniß ertheilt, das ihm von Seiner Majestät dem König von Württemberg verliehene Ritterkreuz des Ordens der Württembergischen Krone anzunehmen und zu tragen.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigt geruht, dem Viceoberstkammerherrn und Intendanten der Hofdomänen, Grafen Broussel, das Großkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen, dem Viceoberstallmeister, Obersten und Flügeladjutanten Freiherrn von Seldeneck den Stern zum bereits innehabenden Commandeurekreuz dieses Ordens, und dem Hofmarschall Freiherrn Göler von Ravensburg das Ritterkreuz desselben Ordens zu verleihen.

Erlaubniß zum Tragen einer fremden Medaille.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Bierbrauer Friedrich Schmidt von Karlsruhe die nachgesuchte Erlaubniß zum Tragen der von der königlich französischen Regierung ihm verliehenen Ehren-Medaille gnädigt zu ertheilen geruht.

Medaillen-Verleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigt geruht: dem Amtschirurgen Rodrian in Baden für lange treu geleistete Dienste die große goldene Civilverdienstmedaille, und dem Hauptlehrer Alois Bruder zu Waldfirch in Anerkennung seiner mehr als vierzigjährigen ausgezeichneten und segensreichen Wirksamkeit die kleine goldene Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewogen gefunden, den bisherigen ersten Beamten des Oberamts Raftatt, Geheimen Rath Schaaff, zum Regie-rungsdirector des Unterrheinkreises, den Kammerjunker, Rechtspraktikanten Freiherrn Herrmann von Roggenbach zum Legationssecretär zu ernennen; dem Physikus und Medizinalreferenten Dr. Hergt in Ueberlingen, und dem Physikus Dr. Martin in Staufen den Charakter als Medizinalrätthe zu ertheilen; den Privatdocenten Dr. Helferich zum außerordentlichen Professor an der Universität Freiburg zu ernennen; dem Hofrath und Professor Christian Rapp zu Heidelberg die unterthänigst nachgesuchte Dienst-entlassung zu ertheilen; das Amtschirurgat Heidelberg dem Wundarzt erster Classe, Friedrich Steinmeg daselbst zu übertragen; den Revidenten Wilhelm Ziller zum Revisionsgehilfen bei der Regierung des Unterrheinkreises zu ernennen; der fürstlich leiningenschen Präsentation des Distriktsnotars Johann Sebastian Klingmann von Sulzbach zum Amtsrevisor in Eberbach die höchstlandesherrliche Bestätigung zu ertheilen;

den geheimen Kirchenrath Professor Dr. Paulus zu Heidelberg, Alters halber, unter gnädigster Anerkennung seiner langjährigen verdienstlichen Leistungen, in den Ruhestand zu versetzen;

den Professor Erb in Heidelberg gleichfalls zu pensioniren;

ebenso den Amtschirurgen Heiß in Lahr bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit, sowie in den Pensionsstand zu versetzen, den Domänenverwalter Herrmann zu Freiburg, seinem Ansuchen gemäß wegen vorgerückten Alters und anhaltender Kränklichkeit und ihm in Anerkennung seiner langjährigen und treuen Dienstleistungen den Charakter und Rang eines Kammerraths zu ertheilen;

den Decan und Kirchenrath Wolf in Heidelberg seiner Bitte gemäß unter Bezeugung der höchsten Zufriedenheit mit seinen langjährigen treuen Diensten des Decanats der Diocese Oberheidelberg zu entheben;

die erledigte Stelle eines Decans der Diocese Oberheidelberg dem Pfarrer und Licentiaten August Christian Eberlin zu Wiesloch,

die Stelle eines Stadtdecans zu Mannheim, dem Stadtpfarrer Karl Ludwig Winterwerber,

die erledigte evangelische Pfarrei Asbach dem Stadtpfarrer Gaa in Eppingen,

das erledigte Diaconat Rork dem Pfarrcandidaten Ludwig Wettaß von Carlsruhe zu übertragen;

die katholische Pfarrei Brndorf, Amts Waldshut, dem Pfarrer Dr. Martin Riefterer in Kappel, Landamts Freiburg,

die katholische Pfarrei Wiesenthal, Amts Philippsburg, dem Decan und Schulvisitator Ferdinand Seither in Malsberg,

die katholische Pfarrei Wiesloch dem Decan und Schulvisitator Peter Brettle, Pfarrer in Eubigheim, und

die katholische Pfarrei Grombach, Amts Hoffenheim, dem Pfarrer Ignaz Müller in Borgen zu verleihen.

Nach ordnungsmäßig erstandener Prüfung sind auf den Antrag der Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues die Geometer-Candidaten:

Anton Schmutz von Möhringen, als „sehr gut befähigt,“

Michael Geisinger von Löffingen,

Ludwig Bode von Schwellingen, als „gut befähigt“ und

Johann Halli von Kappelrodeck als „hinlänglich befähigt“

unter die Zahl der praktischen Geometer aufgenommen worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die Domänenverwaltung Freiburg ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen 4 Wochen bei der Hofdomänenkammer vorschriftsmäßig zu melden.
2. Das Amtschirurgat Lahr ist erledigt. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen 4 Wochen bei der Sanitätscommission vorschriftsmäßig zu melden.
3. Durch Uebertragung der Pfarrei Asbach an den Decan und Stadtpfarrer Gaa, ist die evangelische Stadtpfarrei Eppingen mit einem Competenzanschlag von 1020 fl. 29 fr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich vorschriftsmäßig durch ihre Decanate binnen 4 Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 1. Juni 1844.

Das Stenerauschreiben für die Monate Juni und Juli 1844 betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Einziger Artikel.

Die zwei Monatsraten der direkten Steuern, welche im Monat Juli, so wie die indirekten Steuern, welche in den Monaten Juni und Juli dieses Jahres zum Einzug kommen, sind nach dem bestehenden Umlagefuß und den bestehenden Tarifen zu erheben.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 31. Mai 1844.

Leopold.

von B. d. h.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Bekanntmachungen.

Die Revision der Medicamenten-Taxe betreffend.

In Gemäßheit des §. 6 der diesseitigen Verordnung vom 24. 3. die neue Medicamenten-Taxe betreffend, wird hiermit das Ergebniß vorgenommenen und diesseits genehmigten Revision der Medicamenten allgemeinen Kenntniß gebracht, daß sich die Apotheker vom 1. Juni d. haben.

Carlsruhe, den 14. Mai 1844.

Ministerium des Innern.

Hr. von Müdt.

Vdt. Buiffon.

Revision der Großherzoglich Badischen Medicamenten-Taxe
nach der Ostermesse 1844.

	1 Pfund zu 12 Unzen.	1 Unze.	1 Drachme.	Ausstatt.
	fr.	fr.	fr.	fr.
Amygdal. amar. et dulc.	—	3	—	4
— — decorticat.	—	4	—	—
Aq. amygdal. amar. concentr.	—	14	2	10 und 2
— Lauroceras. — —	—	14	2	10 und 2
— saturnina Ph. Bad.	12	1	—	9 und 1
— vegeto-mineral. Goulard.	6	2 Unzen 1 fr.	—	9 u. 1 Unze 1
Emulsio amygdalin. form. Ph. Bad.	16	—	—	12
— gummos. — — — —	28	—	—	21
— amygdalar. dulc. pro potu (ex amygd. dulc. unc. 1 et sacchar. alb. unc. β parat.)	12	—	—	—
Flor. verbascoi	—	8	—	5
Fol. sennae indic.	—	4	—	3
— — — pulv.	—	6	1	1 Unze 5
Hydrargyr. jodat. flav. et rubr.	—	—	16	12
Herb. menth. crisp. et piperit	—	3	—	4
Jodum	—	—	9	5
Kali jodat.	—	1 fl. 12	10	36 und 6
Phosphor.	—	36	5	1 Drachme 7
Sapo viridis	12	—	—	18

Allgemeine Taxbestimmungen.

Von sämtlichen Arzneimitteln, deren Unzenpreis in der Taxe zu 10 bis 15 fr. festgesetzt ist, darf für die einzelne Drachme jeweils so lange 2 fr. berechnet werden, bis der Betrag hierfür den Preis der halben Unze derselben erreicht, z. B. Kali tartaricum 1 Unze 12 fr., 1 Drachme 2 fr., 2 Drachmen 4 fr., 3 Drachmen = $\frac{1}{2}$ Unze 6 fr., 5 Drachmen 8 fr., 6 Drachmen 10 fr., 7 Drachmen = 1 Unze 12 fr.

Für das Zerschneiden der Kräuter und Wurzeln darf durchgängig berechnet werden:

bis zu 1 Unze 1 fr.

bis zu 3 Unzen 2 fr.

bis zu 6 Unzen 3 fr.

bis zu 12 Unzen 6 fr.

Für Bereitung einer Samen- oder Del-Emulsion über ein Pfund darf nicht mehr berechnet werden, als 6 fr.

In gleichem Verhältnis für Bereitung einer Gummiharz-, Harz-, Balsam- oder Wachs-Emulsion 8 fr.

Die Errichtung eines Freihafens zu Kehl betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben vermöge höchster Entschliessung vom 23. d. M. gnädigst geruht, dem Rheinhafen zu Kehl die Rechte eines Freihafens zu ertheilen. Dieß wird zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.
 Karlsruhe, den 25. Mai 1844.

Ministerium der Finanzen.
 von B a h.

Vdt. Glod.

Durch das erfolgte Ableben der Frau Aebstin Henriette von Seckendorff ist eine Stelle in dem adeligen Damenstift in Pforzheim erledigt worden. Sodann sollen nach höchster Entschliessung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs vom 9. Mai l. J. Nr. 719 zwei weitere Stiftsdamen in dasselbe aufgenommen werden.

Die um diese Stellen sich bewerbenden adeligen Fräulein aus den dazu berechtigten Familien haben sich nach Maßgabe der Statuten binnen 4 Wochen bei dem evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Geheimenrath und Vorstand des Landamts Karlsruhe, Frhr. v. Fischer, auf seine unterthänigste Bitte wegen vorgerückten Alters und wegen Kränklichkeit, unter Bezeugung der höchsten Zufriedenheit mit seinen Dienstleistungen, in den Ruhestand zu versetzen;

den Oberamtmann Gockel zu Weinheim mit dem Charakter als Regierungsrath zu der Kreisregierung in Rastatt zu versetzen;

dem Oberamtmann v. Teufel zu Mosbach die hierdurch erledigte erste Beamtenstelle zu Weinheim zu verleihen;

dem Revisor Maier bei der Steuerdirection die erledigte Salinentassierstelle in Rappena zu übertragen;

den Obergemeinnehmer Fischer zu Rastatt wegen Kränklichkeit bis zu Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen;

die dadurch erledigte Obergemeinnahme Rastatt dem Obergemeinnehmer Bauer in Pforzheim, und die Obergemeinnahme Pforzheim dem Obergemeinnehmer Kräutler in Taubersbischheim zu übertragen;

die katholische Pfarrei Stettfeld, Oberamts Bruchsal, dem Pfarrer Joseph Wild in Kirchhofen,

die erledigte katholische Pfarrei Durmersheim, Oberamts Rastatt, dem Pfarrer Kleindienst in Ottenau,

die katholische Pfarrei Griesen, Amts Jetzeten, dem Pfarrer Maximilian Krieg in Lausheim zu verleihen.

Die von der Fürstlich Löwenstein-Wertheim-Rosenbergischen Standesherrschaft erfolgte Präsentation des Pfarrverwesers Friedrich Wilhelm Wilhelmi auf die Pfarrei Rosenberg, und

die von der Grundherrschaft von Gemmingen erfolgte Präsentation des Pfarrcandidaten Ferdinand Zandt zu Espenbach auf die evangelische Pfarrei Leibenstadt haben die Staatsgenehmigung erhalten.

Nach erstandener vorschriftsmäßiger
 Ludwig Reiss von Kehl,
 Carl Fischer von Carlsruhe,
 Ludwig Schwein von Stöcken,
 Gustav Gutmann von Heidelberg,
 Eugen Mainhard von Laubersbischöfshausen,
 Joseph Köllig von Carlsruhe,
 Carl Brecht von Großsachsen,
 andurch unter die Zahl der Postpraktikanten aufgenommen worden.

Postaspiranten
 Carl von Rheinbischöfshausen,
 Lippenheim,
 n Carlsruhe,
 n Pfaffenborn,
 n Mannheim,
 n Bruchsal

Friedrich Roth von Engen,

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die erste Beamtenstelle bei dem Bezirksamt Neudorf zu Mosbach ist erledigt worden. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen bei der Regierung des Unter-
 rheinkreises zu melden.
2. Bei dem Hauptsteueramt Freiburg ist die Stelle eines Hauptzollamtsverwalters in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb 4 Wochen bei der
 Steuerdirection zu melden.
3. Durch die Versetzung des Amtschirurgen Heiß zu Fahr in den Pensionsstand ist das dortige
 Amtschirurgat mit der normalmäßigen Besoldung von 180 fl. und 120 fl. Pferdsfourrage-

4

b. ein Kaufkostenprovisorium von 28 fl. 30 kr. von 1840 an in 11 Terminen
 heimzuzahlen, in Erledigung gekommen.

Die Bewerber um diese Pfründe haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariat als dem
 katholischen Oberkirchenrath binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

5. Durch die Beförderung des Pfarrers Dr. Martin Kießerer auf die Pfarrei Birndorf ist die
 katholische Pfarrei Kappel, Landamts Freiburg, mit einem beiläufigen Jahresertrage
 von 700 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich sowohl
 bei dem erzbischöflichen Ordinate, als bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb 6
 Wochen nach Vorschrift zu melden.
6. Durch die Beförderung des Dekans, Pfarrer Peter Brettle auf die Pfarrei Wiesloch ist
 die katholische Pfarrei Eubigheim, Amts Vorberg, mit einem beiläufigen Einkom-
 men von 370 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich
 binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
7. Durch die Beförderung des Dekans Roth ist das mit einer Lehrstelle an der höheren Bürger-
 schule verbundene Diaconat Müllheim in Erledigung gekommen, dessen Besoldung in
 einem in Naturalien, Geldfixum und Wohnung in der Competenz zu 501 fl. 54 kr. ange-
 schlagenen Einkommen besteht, wozu noch ein für das Lehrgeschäft an der höheren Bürgerschule
 zu bestimmendes Aversum kommt.

Die Competenten um dasselbe haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig bei der obersten evan-
 gelischen Kirchenbehörde zu melden.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 26. Juni 1844.

Die Insinuation der in gerichtlichen Zehntablösungssachen ergehenden Urtheile betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Bezüglich auf Unsere Verordnung vom 12. September 1833 (Regierungsblatt Seite 36) die Führung der fiskalischen Rechtsstreite betreffend, bestimmen Wir nachträglich:

Einziger Artikel.

Der Hofdomänenkammer, Zehntsection, sind alle in gerichtlichen Zehntablösungssachen ergehenden Urtheile zuzustellen, welche den Domänenfiskus wegen Ablösung von Domanalzehnten oder den Staatsschatz wegen des Staatsbeitrags zur Zehntablösung berühren, und welche nach §. 65 des Zehntablösungsgesetzes vom 15. November 1833 den Parthieen oder der Finanzbehörde zugestellt werden müssen.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium. den 3. Juni 1844.

Leopold.

von Rich. Dolly.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs;
Büchler.

Bekanntmachungen.

Da Ministerialdirector Eichrodt seine Stelle als Abgeordneter der Universität Heidelberg bei der ersten Kammer der Ständerversammlung niedergelegt hat, so ist durch höchste Entschliessung aus Großherzoglichem Staats-Ministerium vom 22. I. Mts., Nr. 917, die Vornahme der hiernach nöthigen Ersatzwahl unter Leitung des derzeitigen Prorektors als landesherrlicher Commissär angeordnet worden.

Carlsruhe, den 24. Juni 1844.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr

Nach höchster Entschliessung aus Großherzoglichem Staats-Ministerium vom 19. d. Mts., Nr. 931, ist in Folge des Austritts des Stadtpfarrers K u e n f e r von Constanz aus der zweiten Kammer der Ständeverammlung der frühere landesherrliche Commisarius Regierungs-Director Gehärdter-Rath Dr. K e r n von Constanz mit der Vornahme der Tagwahl für den dritten Kemter-Wahlbezirk (Stodach, Möskirch und Engen) beauftragt worden.

Carlsruhe, den 24. Juni 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Mit Bezugnahme auf die im Staats- und Regierungsblatt Nr. III. von 1844 ergangene höchste Entschliessung vom 11. Januar d. J., die Errichtung eines Bezirksamts in Dornauerschingen betreffend, wird hiermit bekannt gemacht, daß dieses Bezirksamt mit dem 15. Juli d. J. in Wirksamkeit tritt.

Carlsruhe, den 28. Mai 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Reinhard.

Die Vorarbeiten zur Conscription für das Jahr 1845 betreffend.

Da nunmehr die Vorarbeiten zur Conscription für das Jahr 1845 beginnen, so werden in Gemäßheit des §. 17 des Conscriptionsgesetzes alle Bodener, welche vom 1. Januar bis 31. December 1844 einschließlich das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben oder zurücklegen, hiermit aufgefordert, sich bei dem Gemeinderath ihres Orts anzumelden, oder anmelden zu lassen, sofort am 1. September d. J. sich zu Hause einzufinden, um auf Vorladung vor der Ziehungsbehörde persönlich erscheinen zu können, oder aber bei Zeiten die Erklärung abzugeben, daß sie, wenn sie durch das Loos zum Dienst gerufen werden, einen Mann einstellen; widrigenfalls in Ermangelung eines nach §. 22 des Conscriptionsgesetzes untauglich machenden Gebrechens dieselben als tauglich angesehen, und im Falle, daß sie das Loos zum Militärdienst trifft, nach Vorschrift des §. 4 des Gesetzes als Ungehorsame behandelt werden sollen.

Die Kreisregierungen werden beauftragt, für die Bekanntmachung vorstehender Aufforderung auch durch die Lokalblätter und auf die für Verkündigungen in den einzelnen Gemeinden vorgeschriebene Weise Sorge zu tragen.

Carlsruhe, den 11. Juni 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Die Errichtung agrarischer Hüttenverwaltungen zu St. Blasien und Tiefenstein betreffend.

Mit höchster Ermächtigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs vom 8. d. M. sind zu St. Blasien und Tiefenstein agrarische Hüttenverwaltungen errichtet worden.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 11. Juni 1844.

Ministerium der Finanzen.
von B ö h l.

Vdt. Glöck.

Nachdem durch Rescript aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 13. I. M. Nr. 935 kraft höchster Ermächtigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs vom 8. des gleichen Monats dem von der Gräfin Auguste von Waldner-Freundstein zu Mannheim am 6. April d. J. errichteten Stammgut, bestehend in:

472 Morgen 1 Viertel 70 Ruthen 63 Fuß Acker und Wiesen,	
25 " 2 " 2 " Gärten,	
10 " 1 " 37 " Weinberge,	
35 " 2 " — " Waldung	

samt Wohn- und Oekonomiegebäuden und mehreren Berechtigungen auf den Gemarkungen von Weinheim, Groß- und Hochsachsen, Kitzelsachsen, Sulzbach, Brühl, Evingen, Ladenburg und Schriesheim, nicht minder dem beschaffigen Statut vom gleichen Tage, mit Vorbehalt der Rechte Dritter die Staatsgenehmigung erteilt worden, so wird dies hiermit öffentlich verkündet.

Carlsruhe, den 14. Juni 1844.

Justizministerium.
Jolly.

Vdt. Ammann.

Die Umlage der Beiträge zur Feuerversicherungsanstalt für 1843/44.

Da die Generaleinschätzung der Gebäude nunmehr überall beendet, und damit der Zeitpunkt eingetreten ist, wo das Feuerversicherungsgezet vom 30. Juli 1840 nach §. 71 desselben seiner ganzen Ausdehnung nach in Wirksamkeit tritt; da ferner nach dem Gezet vom 23. März 1843 die durch die Generaleinschätzung ermittelten neuen Gebäudeanschläge erstmals der Umlage des Bedürfnisses für das Jahr 1843 zu Grunde zu legen sind, — so sieht man sich veranlaßt, diese Umlage hiermit auszusprechen.

Zu diesem Behufe wird bemerkt, daß die im Jahr 1843 erkannten Brandschadensvergütungen zusammen 349,969 fl. 7 kr. betragen haben, woran 164,380 fl. 24 kr. noch in demselben Jahre bezahlt wurden, die übrigen 185,588 fl. 43 kr. dagegen wegen noch nicht erfüllter Baupflicht im Rückstand haben.

Einschließlich der von früheren Jahren rückständigen Entschädigungen von 63,709 fl. 44 kr. der Rückstellungen von 192,300 fl., der rückständigen Einschätzungsgebühren von 108 fl., der Administrationskosten von 2,890 fl., der Einzugsgebühren von 6,938 fl. 6 kr., der laufenden

Abfchätzungsgebühren von 6,700 fl. und der Passivzinse von 5,492 fl., berechnet sich das Bedürfniß über Abzug des vorhandenen Kassenvorraths von 43,850 fl. 39 kr. auf 419,875 fl. 54 kr.

Der Feuerversicherungsbeitrag für 1843/1844 wird daher auf

„acht Kreuzer“

von Einhundert Gulden des Gebäudeanschlages festgesetzt.

Zur Erläuterung wird hier bemerkt, daß die Ergebnisse der Generaleinschätzung den Anschlag auf 1. Januar 1843 bilden, auf dessen Grund die Umlage der Lasten des Jahres 1843 im Jahr 1844 erhoben wird, der Abgang und Zuwachs vom Dezember 1843 also hier noch nicht berücksichtigt werden darf.

Die Kreisregierungen werden nun beauftragt, die Specialübersichtstabellen nach Maßgabe der §§. 28 und 29 der Instruction III. zum Feuerversicherungsgesetz durch die Gemeinderäthe unverzüglich ausfertigen, beziehungsweise die Rubriken 8, 9, 10 derselben ausfüllen und durch die Amtsrevisorate genau prüfen zu lassen.

Die summarischen Bezirkseinzugsregister sind nach Anleitung des §. 30 der Instruction III. durch die Amtsrevisorate doppelt auszufertigen. Ein Exemplar derselben ist nebst den Specialübersichtstabellen den betreffenden Obereinnehmereien, beziehungsweise Hauptsteuerämtern mitzutheilen, welche den Einzug nach §. 31 der Instruction III. durch die Ortssteuererheber sogleich zu bewirken und die hier nach eingehenden Gelder für Rechnung der Generalbrandkasse zu vereinnahmen haben. Das andere Exemplar des summarischen Bezirkseinzugsregisters ist der betreffenden Kreisregierung zur Fertigung einer Kreisübersicht und Mittheilung an den Verwaltungsrath der Feuerversicherungsanstalt vorzulegen.

Sollten etwa einzelne Entscheidungen des Verwaltungsraths wegen Classification von Gebäuden mit größern feuergefährlichen Einrichtungen in den betreffenden Specialübersichtstabellen seiner Zeit nicht mehr berücksichtigt worden sein, so sind wegen der hierauf bezüglichen Erhöhungen auf den doppelten, beziehungsweise dreifachen Betrag durch die Amtsrevisorate Nachtragsberechnungen zu fertigen und dem gedachten Verwaltungsrath vorzulegen, welcher den Einzug des desfallsigen Mehrbetrags der Beiträge nachträglich anordnen wird.

Carlsruhe, den 20. Juni 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Meinhart.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehrenden Andenken der Geber hiermit bekannt gemacht. Es haben gestiftet:

der Herr Fürst von Fürstenberg zur Rettungsanstalt für sittlich verwahrloste Kinder zu Mariahof 6000 fl.;

ein Ungenannter zur Gründung eines Schul- und Armenfonds in Ropingen zum Vortheil armer Schulkinder 30 fl.;

die Joseph Zetlekofer'sche Ehefrau Anna Maria Stoll von Erzingen 100 fl. zur Gründung eines Schulfonds daselbst;

der verstorbene Pfarrer Bindert in Hausenverwald 100 fl. zur Gründung eines Armenfonds in Klengen;

Decan Allgayer in Carlsruhe 3000 fl. in die Anleihefestigung für die Katholiken der Pfarrei Neckarelz;

der resignirte Stadtpfarrer Hahn in Markdorf 300 fl. für die Schule zu Rast.

Musikdirektor Erasmus Eisenmenger von Mannheim 300 fl. in das katholische Bürgerhospital, 300 fl. in das evangelische Hospital und 300 fl. in die Marienanstalt daselbst;

Aegid Joseph Bühler von Höpfigen 25 fl. in den Armenfond daselbst;

Lehrer Georg Werner von Dornberg 40 fl. in den Kirchenfond daselbst;

die Erben des verstorbenen Altbürgermeisters Möhl von Mannheim 3000 fl. als „Valentin Möhl'sche Stiftung,“ wovon die Zinsen aus 2000 fl. zum Besten der katholischen, aus 500 fl. für die evangelischen und aus 500 fl. für die israelitischen Armen daselbst verwendet werden sollen;

Christian Ludwig Frank von Adelsheim 40 fl. in das evangelische Almosen daselbst;

ein Ungenannter 8 fl. in das Almosen zu Höpfigen;

mehrere Einwohner von Zimmern 106 fl. in die dortige Kirche zur Anschaffung eines Chormantels;

ein Ungenannter 6 fl. 16 kr. in den Almosenfond zu Brezingen;

Simon Handschuh von Beckstein 100 fl. in das dortige Gotteshaus,

Joh. Joseph Schreck von Schweinberg 70 fl. zur Anschaffung eines Kelches in die dortige Kirche.

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Dompräbendar Dr. J. N. Müller in Freiburg die gnädigste Erlaubniß ertheilt, das ihm von Seiner Majestät dem König von Griechenland verliehene Ritterkreuz des Erlöser-Ordens (in Silber) anzunehmen und zu tragen

Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Baron Boulage, Director der Abtheilung für Wasser- und Straßenbau im königlich französischen Ministerium der Staatsbauten, das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Erlaubniß zum Tragen einer fremden Medaille.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Dr. Zipff in Heidelberg die Erlaubniß gnädigst zu ertheilen geruht, die ihm von Seiner k. k. Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehene große goldene Civil-Ehren-Medaille zu tragen.

Militärdienstnachrichten.

Durch höchste Ordre vom 23. Mai d. J. erhielt der Hauptmann Federle vom Javaliden-Corps den Charakter als Major, und es wurde demselben, so wie dem pensionirten Hauptmann von Bed die Erlaubniß ertheilt, die Uniform von der Suite der Infanterie tragen zu dürfen.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

die Hofräthe und Professoren Schweins und Bähr zu Heidelberg zu Geheimen Hofrathen, und den Regierungsrath Lang in Rastatt zum Vorstand des Oberamts Rastatt zu ernennen; der fürstlich fürstenbergischen Präsentation des Oberamtmanns Leo in Engen zum Vorstand des Bezirksamts Donaueschingen, und jener des Amtsassessors Nepomuk Gauger in Neustadt zum Assessor bei dem Bezirksamt Donaueschingen, die höchstlandesherrliche Bestätigung zu ertheilen; den außerordentlichen Professor von Wöringer zu Berlin, zum ordentlichen Professor der Juristen-Fakultät an der Universität Freiburg zu ernennen; die erledigte Stelle eines Assessors bei dem Stadtamt Carlsruhe dem Rechtspraktikanten August Lamey von Carlsruhe zu übertragen; dem Pfarrer Christoph Magnus Leichtlen, dormalen in Röndringen, und dem Pfarrer und Decan Daniel Tobias von Langsdorf zu Hoffenheim, den Charakter als Kirchenräthe, dem Pfarrer und gewesenen Decan Johann Baptist Weyfer in Inglingen, dem Pfarrer und Decan Alexander Hauri in Remenbourg, dem Pfarrer und gewesenen Decan Markus Alois Bayer zu Fautenbach, dem Stadtpfarrer und gewesenen Decan Dr. Franz Ignaz Deuter in Rastatt, und dem Pfarrer und gewesenen Decan Johann Beyhofer in Walddorf, den Charakter als geistliche Räthe zu verleihen; den Gendarmerie-Divisionär Rittmeister Stölzel in Freiburg, den bisherigen Vorstand der Postrechnungsrevision Oberrechnungs-rath Overbeck, so wie den Stiftungsrevisor Gebhard in Constanx, letzteren bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit, in den Pensionsstand zu versetzen; ferner dem bisherigen interimistischen Vorstände des Eisenbahnamts Carlsruhe, Postmeister Widmann diese Stelle definitiv zu übertragen; den Officialen Johann Maurus von der Postwagenexpedition Carlsruhe zu der Postwagenexpedition Freiburg, dagegen den Revisor Friedrich Eisele von der Postrechnungsrevision als Officialen zur Postwagenexpedition Carlsruhe, den Revisor Jakob Ries von dem Controlbureau Großherzogl. Direction der Posten und Eisenbahnen zur Postrechnungsrevision zu versetzen, den Cameralpraktikanten Alexander Fischer und den Postpraktikanten Eduard Nowak zu Revisoren bei diesem Controlbureau zu ernennen, sowie den Secretär obiger Stelle Franz von Lamezan als Revisor zur Postrechnungsrevision zu versetzen; der fürstlich fürstenbergischen Präsentation des Amtsassessors Zopf in Hültingen zum Amtsassessor in Donaueschingen die höchstlandesherrliche Bestätigung zu ertheilen; den seitherigen Revisionsassistenten Langenbacher bei der Zolldirection zum Revisor bei dieser Stelle zu ernennen; dem bisherigen provisorischen Buchhausverwalter Franz Speigler in Mannheim diese Stelle wirklich zu übertragen; die erledigte evangelische Pfarrei Röndringen dem Decan und Pfarrer Christoph Magnus Leichtlen in Döffingen,

Dem Pfarrer Ferdinand Friedrich Mötzer zu Merschingen die evangelische Pfarrei Heiningen, Decanats Eimendingen,

die katholische Pfarrei Altheim, Amts Ueberlingen, dem Pfarrer Johann Evangelist Bauer in Leipsferdingen,

die katholische Pfarrei Rohrbach, Oberamts Heidelberg, dem Pfarrverweiser Karl Reiz zu Stettfeld zu übertragen;

die katholische Stadtpfarrei Waldshut dem Decan und Bezirkschultheißator Joseph Schefold, Pfarrer in Dürheim, Amts Billingen,

die katholische Pfarrei Selbach, Amts Gernsbach, dem Benefiziaten Lazarus Finner in Gausach zu verleihen.

Die kaiserlich leiningerische Präsentation des Pfarrers Joseph Werner in Höpfigen, Amts Walldürn, auf die erledigte katholische Pfarrei Osterbach, Amts Bachem,

so wie die des Pfarrers Georg Karl Rädert in Unterschüpf, Amts Vorberg, auf die erledigte katholische Pfarrei Altheim, Amts Walldürn, haben die Staatsgenehmigung erhalten.

Dem Candidaten der Pharmacie Ludwig Lichtenberger von Mannheim ist nach erstandener vorchriftsmäßiger Prüfung von der Sanitätscommission die Lizenz als Apotheker erteilt worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Oberamt Offenburg ist die Stelle eines Assessors zu besetzen; die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb 4 Wochen vorchriftsmäßig bei der Regierung des Mittelhheinkreises zu melden.

2. Durch die Beförderung des Pfarrers Ignaz Müller auf die Pfarrei Grombach, ist die katholische Pfarrei Barga, Amts Heilbrunn, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 650 fl. bis 700 fl., worauf aber ein Provisorium von jährlich 34 fl. 49 kr. bis inclusive 1847 als Beitrag zu den Schulhausbaukosten lastet, in Erledigung gekommen, wobei bemerkt wird, daß der künftige Pfarrer in der Filialkirche zu Aglasterhausen je über den andern Sonntag vollständigen vor- und nachmittägigen Gottesdienst binationsweise gegen die von der Filialgemeinde angebotene Remuneration von 1 fl. 30 kr. für jeden weitem als den bisherigen Gottesdienst zu halten habe. Die Competenten um diese Pfarrei haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

3. Durch die Beförderung des Pfarrers Maximilian Krieg auf die katholische Pfarrei Griesen, Amts Jetteten, ist die Pfarrei Lausheim, Amts Bonndorf, mit einem Einkommen von 1000 fl., worauf aber die Verbindlichkeit zur Haltung eines ständigen Vicars ruht, in Erledigung gekommen.

Die Bewerber haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

4. Durch das am 17. September 1843 erfolgte Ableben des Pfarrers Maurus Keller ist die katholische Pfarrei Nordrach, Amts Gengenbach, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 1200 fl. in Erledigung gekommen. Die Competenten um dieselbe haben sich innerhalb 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

5. Die erledigte katholische Pfarrei Oberschefflenz, Amts Mosbach, mit einem jährlichen Einkommen von beiläufig 560 fl. wird mit dem Bemerken zur Wiederbesetzung ausgeschrieben, daß sich die Competenten bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft als Patron binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden haben.
6. Durch die Versetzung des Pfarrers Joseph Wild auf die Pfarrei Stettfeld, Oberamts Bruchsal ist die katholische Pfarrei Kirchhofen, Amts Staufien, mit einem beiläufigen Jahresertrage von etwa 2200 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit haftet, zwei Vicare zu verpflegen und zu salariren, in Erledigung gekommen. Die Competenten um diese Pfarrei haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
7. Durch die Beförderung des Pfarrers Rödter auf die Pfarrei Theningen ist die evangelische Pfarrei Merchingen, Decanats Adelsheim, mit einem Competenz-Anschlag von 614 fl. 9 kr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um diese Pfarrei haben sich binnen 6 Wochen bei der Grund- und Patronatsherrschaft von Verlichingen zu melden.
8. Durch die Beförderung des Decans und Pfarrers Leichten auf die Pfarrei Rönningen, ist die evangelische Pfarrei Dypfingen, Decanats Freiburg mit einem Competenzanschlag von 1685 fl. 50 kr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Decanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
9. Nachdem man beschloffen hat, die evangelische Pfarrei Reiselheim, Decanats Freiburg, welche bisher durch einen Pfarrverweser verwaltet wurde, wieder definitiv zu besetzen, so wird dieselbe mit einem Competenzanschlag von 755 fl. 38 kr., worauf jedoch eine Abgabe zu 200 fl. jährlich haftet, ausgeschrieben; die Competenten um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
10. Die evangelische Pfarrei Mühlbach, Decanats Eppingen, wird mit einem Competenzanschlage von 819 fl. 27 kr. ausgeschrieben und haben sich die Bewerber um dieselbe binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Decanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
11. Durch die Beförderung des Pfarrers Schumacher ist die evangelische Pfarrei Stebach, Decanats Eppingen, mit einem Competenzanschlag von 523 fl. 11 kr., jedoch etwas höhern wahren Ertrag und einer Schuld von ungefähr 500 fl., welche der neu ernannt werdende Pfarrer in 10 jährigen Terminen mit abfallenden Zinsen zu bezahlen hat, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig bei der Patronatsherrschaft, Graf von Degenfeld Schomburg zu melden.
12. Durch das am 24. April l. J. erfolgte Ableben des Stadtpfarrers und Kirchenraths Sachs ist die evangelische erste Stadtpfarrei Durlach mit einem Competenzanschlag von 875 fl. 3 kr. in Erledigung gekommen; auf dieser Pfarrei haftet eine Kriegsschuld von 203 fl. 10 kr., welche der neu ernannt werdende Pfarrer etwa zur Berichtigung in angemessenen Terminen mit decreasingen Zinsen zu übernehmen hat. Die Bewerber haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Decanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.

Gestorben ist:

- Am 20. April l. J. der Vorstand der höheren Bürgerschule Professor Spel in Maßberg.
 „ 4. Mai „ „ Hauptzollamtsverwalter Postweiler zu Freiburg.
 „ 7. „ „ „ der pensionirte Amtmann Bürkle in Freiburg.
 „ 28. „ „ „ Amtmann Gäßler zu Offenburg.

Verbesserung.

In Nr. XII. des Regierungsblatts d. J. S. 96, Z. 4 v. o., lies „Schweiß“ statt Schweln.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 4. Juli 1844.

(Abänderungen in den Eisenzollsätzen betreffend.)

Leopold, von Gottes Gnaden,
 Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Ansicht der von den Vereinsregierungen verabredeten Abänderungen der Eingangszollsätze für Eisen und Stahl haben Wir beschlossen und verordnen provisorisch, wie folgt:

Artikel 1.

Die unter Nummer 6, lit. a, b und c der zweiten Abtheilung des Vereinszolltarifs für 1843, 1844 und 1845 enthaltenen Bestimmungen über den Ein- und Ausgangszoll für Roheisen, geschmiedetes Eisen in Stäben, Stahl, feineres geschmiedetes Eisen u. s. w. treten mit dem letzten August dieses Jahres außer Wirksamkeit.

Artikel 2.

An ihrer Stelle kommen vom 1. September dieses Jahres an und vorläufig bis zum Ablauf des Jahres 1845 die aus der Beilage ersichtlichen Abgabensätze in Anwendung.

Artikel 3.

Unser Finanzministerium hat für den Vollzug zu sorgen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 19. Juni 1844.

Aus besonderer Allerhöchster Vollmacht Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Das Staatsministerium:

von Bock, von Busch, Jolly, von Freyendorff, Schr. von Müdt.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
 Büchler.

Beilage zu vorstehendem Gesetz.

Zweite Abtheilung des Vereinszolltarifs.

Gegenstände, welche bei der Einfuhr oder bei der Ausfuhr einer Abgabe unterworfen sind.

	Abgabensätze beim	
	Eingänge.	Ausgänge.
	fl. kr.	fl. kr.
Nr. 6. Eisen und Stahl:		
a. Roheisen aller Art, altes Brucheisen, Eisenseile, Hammerschlag, der Zentner	— 35	— 26 1/4
b. Geschmiedetes und gewalztes Eisen (mit Ausnahme des faconirten) in Stäben von 1/2 □ Zoll Preussisch im Querschnitt und darüber, desgleichen Luppeneisen, Eisenbahnschienen, auch Roh- und Cementstahl, Guß- und raffinirter Stahl, der Zentner	2. 37 1/2	— —
c. ¹ Geschmiedetes und gewalztes Eisen (mit Ausnahme des faconirten) in Stäben von weniger als 1/2 □ Zoll Preussisch im Querschnitt, der Zentner	4. 22 1/2	— —
c. ² Faconirtes Eisen in Stäben, desgleichen Eisen, welches zu groben Bestandtheilen von Maschinen und Wagen (Kurbeln, Achsen und dergleichen) roh vorgeschmiedet ist, in sofern dergleichen Bestandtheile einzeln einen Zentner und darüber wiegen, auch schwarzes Eisenblech und Platten, Anker und Ankerketten, der Zentner	5. 15	— —

Anmerkung 1. An den Zollgrenzen der Preussischen westlichen Provinzen, desgleichen von Bayern, Württemberg, Baden, Kurhessen und Luxemburg ist Roheisen beim Ausgange frei.

Anmerkung 2. Von Rohestahl, seawärts von der Russischen Grenze bis zur Weichselmündung einschließlich eingehend, wird nur die allgemeine Eingangsabgabe erhoben.

Anmerkung 3. Gekneppertes Zaineisen kann in Bayern auf der Grenze von Hindelang bis Freilassing zu dem Zollsatz von 1 1/2 Thlr. (2 fl. 37 1/2 kr.) der Zentner elugehen.

Anmerkung 4. Radfranzosen zu Eisenbahnwagen wird nach Position c.² verzollt.Anmerkung 5. Bei der Verzollung der unter lit. b. c.¹ und c.² genannten Gegenstände werden bei der Verpackung

in Fässern und Kisten 10 Pfund

in Körben 6 Pfund

in Ballen 4 Pfund

vom Zentner Brutto-Gewicht

für Tara vergütet.

Anmerkung 6. Die Positionen 6, lit. d. und e. des Vereinszolltarifs für 1843, 1844 und 1845 bleiben unverändert in Kraft.

Die Eingangsollsätze vom ausländischen Zucker und Syrup und den Steuersatz vom Rübenrohzucker auf die dreifährige Prellzeit vom 1. September d. J. an betru.

Leopold, von Gottes Gnaden,

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Ansicht des Artikels 7, lit. b. der zwischen den Zollvereinsregierungen abgeschlossenen Uebereinkunft vom 8. Mai 1841 über die Bestimmung des Rübenzuckers (Regblt. 1841 S. 249),

wonach vom 1. September 1814 an der Betrag der Rübenzuckersteuer jedesmal für einen dreijährigen Zeitraum festgesetzt und wenigstens acht Wochen vor Anfang des Letzteren öffentlich bekannt gemacht werden soll, auch gleichzeitig mit der Rübenzuckersteuer die Eingangszollsätze für den ausländischen Zucker und Syrup festzustellen, zu verkündigen und in Anwendung zu bringen sind; nach Ansicht der Bestimmung lit. d. des ebengedachten Artikels 7, wonach die Steuer vom Rübenroh Zucker in keinem Falle unter dem Betrag von zwanzig Procent des Zollsatzes für ausländischen, zum Verfechten eingehenden Rohzucker festgesetzt werden soll;

im Hinblick auf die in Gemäßheit dieser Uebereinkunft getroffene Vereinbarung unter den Zollvereinsregierungen über die Zucker-Zoll- und Steuersätze für die Periode vom 1. September 1844 bis dahin 1847,

sehen Wir Uns veranlaßt, provisorisch zu verordnen, wie folgt:

Artikel 1.

Für die Periode vom 1. September des laufenden Jahres bis mit dem letzten August 1847 kommen folgende Zucker-Zoll- und Steuersätze in Anwendung:

I. Vom ausländischen Zucker und Syrup ist an Eingangszoll zu erheben und zwar

Von	Nach dem 14 Thaler Fuße.		Nach dem 24 1/2 Gulden Fuße.		Für Tara wird vergütet vom Zentner Bruttogewicht.
	Mtl.	Sgr.	fl.	fr.	
1) Zucker:					Pfund.
a. Brod- u. Gut-, Kandis-, Bruch- oder Lumpen- und weißem gestoßenem Zucker, vom Zentner	10	—	17	30	14 in Fässern mit Dauben von Eichen- und andern harten Holze. 10 in andern Fässern. 13 in Kisten.
b. Rohzucker u. Farin (Zucker- mehl) vom Zentner	8	—	14	—	13 in Fässern mit Dauben von Eichen- und andern harten Holze. 10 in andern Fässern.
c. Rohzucker für inländische Siedereien zum Raffiniren unter den besonders vor- zuschreibenden Bedingun- gen und Controllen, vom Zentner	5	—	8	45	16 in Kisten von 8 Zentner und darüber. 13 in Kisten unter 8 Zentner. 10 in außereuropäischen Rohrzucker- (Canaassers, Granjans). 7 in andern Kisten. 6 in Ballen.
2) Syrup, vom Zentner	4	—	7	—	11 in Fässern.

II. Die Steuer von dem aus Rüben erzeugten Rohzucker soll einen Gulden 45 fr. (einen Thaler) für den Zentner betragen und von den zur Zuckerbereitung bestimmten Rüben mit 5 1/4 fr. von jedem Zentner roher Rüben erhoben werden.

Artikel 2.

Unser Finanzministerium ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 1. Juli 1844.

Aus besonderer Allerhöchster Vollmacht Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Das Staatsministerium:

von Böckh. v. Busch. Jolly. v. Frendorff. Wolf.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Stiftung.

Der Stiftung der Alois Rits Wittwe, Rosina gebornen Schemel, zu Neusatz, im Betrag von 64 fl., zur Gründung eines Schulfonds daselbst, ist die Staatsgenehmigung ertheilt worden.

Dienstinachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben die erledigte Nachpredigerpsfründe zu Pfullendorf dem Pfarrer Friedrich Eugen von Mayenfisch zu Oberbiederbach unter Belassung seines Charakters und Ranges als Pfarrer gnädigst zu verleihen geruht.

Durch Beschluß des Großherzoglichen Justizministeriums vom 20. Juni L. J., Nr. 3329, wurde dem Rechtspraktikanten Bernhard Thiergärtner in Wolsach das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten ertheilt und ihm gestattet, seinen Wohnsitz in Rastatt zu nehmen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Man sieht sich veranlaßt, die durch die Beförderung des Hofkaplans Joseph Bodenmüller auf die Stadtpfarrei Eugen erledigte fürstlich fürstenbergische Hofkaplanei zu Heiligenberg mit einem beiläufigen Einkommen von 600 fl. in Geld und Naturalien wiederholt auszusprechen. Die Dienstobliegenheiten des Hofkaplans sind: Beforgung des Gottesdienstes in der Schlosskapelle, Aushülfe in der Seelsorge im Orte Heiligenberg, jedoch nur in Nothfällen und auf Ersuchen des Pfarrers in Röhrenbach, Besuch der Ortschule und Unterricht in Sprachen auf besonderes Verlangen der Eltern und gegen ein angemessenes Honorar.

Die Competenten haben sich bei der fürstlich fürstenbergischen Standesherrschaft als Patron innerhalb 6 Wochen nach Vorchrift zu melden.

Gestorben sind:

Am 31. Mai d. J. der pensionirte Kammerrath Schindler in Freiburg.

„ 5. Juni L. J. der pensionirte Postsecretär von Pigage in Heidelberg.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 24. Juli 1844.

(Die Eingangszollsätze von Belgischem Eisen betreffend.)

**Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

In Uebereinstimmung mit den Regierungen sämmtlicher Zollvereinsstaaten haben Wir beschlossen und verordnen provisorisch, wie folgt:

Artikel 1.

Das aus Belgien zu Land oder auf dem Rhein eingehende Eisen unterliegt nachstehenden Eingangszöllen, und zwar:

1. von nun an und bis mit dem letzten August dieses Jahres
 - a. Roheisen aller Art, altes Bruch Eisen, Eisenseile und Hammerschlag dem Zolle von 17 1/2 fr. für den Zentner;
 - b. geschmiedetes Eisen in Stäben, Luppeneisen, Eisenbahnschienen, Roh- und Cementstahl, Guß- und raffinirter Stahl — dem Zoll von 2 fl. 37 1/2 fr. für den Zentner;
2. vom 1. September dieses Jahres an

daß in der Beilage zum provisorischen Gesetz vom 19. vorigen Monats über die Eisenzölle (Regierungsblatt, Seite 106) unter lit. a. und b. genannte Eisen sammt Stahl einem Zolle, der um fünfzig Prozent höher ist, als der durch die erwähnte Beilage im Allgemeinen vorgeschriebene Zollsatz von 35 fr., beziehungsweise 2 fl. 37 1/2 fr.

Artikel 2.

Unser Finanzministerium ist mit dem Vollzuge beauftragt. Es hat diese, das Belgische Eisen betreffenden ausnahmsweisen Zollsätze wiederum außer Wirksamkeit zu setzen, wenn die von der Belgischen Regierung hiezu gegebene Veranlassung wegfällt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium den 22. Juli 1844.

Leopold.

von Böckh.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Bekanntmachungen.

Uebersicht der Studirenden auf den Landesuniversitäten Heidelberg und Freiburg
im Sommerhalbjahr 1844.

Im Sommerhalbjahr 1844 studiren

A. Auf der Universität Heidelberg:

	Inländer	Ausländer	im Ganzen
1. Theologen, immatriculirte und Seminaristen	31	7	38
2. Juristen	82	384	466
3. Mediciner, Chirurgen und Pharmazeuten	28	95	123
4. Cameralisten und Mineralogen	35	12	47
5. Philosophen und Philologen	8	16	24
6. Personen reiferen Alters	17	16	33
7. Conditionirende Chirurgen und Pharmazeuten	9	5	14
Gesammtzahl	210	535	745

B. Auf der Universität Freiburg:

1. Theologen	59	16	75
2. Juristen	33	9	42
3. Mediciner, Pharmazeuten und Chirurgen	44	33	77
4. Cameralisten und Philosophen	27	7	34
Gesammtzahl	163	65	228

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 2. Juli 1844.

Ministerium des Innern.

J. A. v. Pr.

v. Glat.

Vdt. Reinhard.

(Den Zustand der Wittwenkasse für die Angestellten der Civilstaats-Verwaltung
im Jahr 1843 betr.)

In Gemäßheit der Bestimmung im §. 33 der Statuten vom 25. November 1841 wird ein summarischer Auszug aus der Rechnung der Wittwenkasse für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung von 1843, eine Berechnung ihres Vermögens, eine Nachweisung über die angewiesenen Sustentationen und eine Uebersicht über den Stand der Mitglieder, durch die Anlage zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 21. Juni 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Bsch.

Vdt. Pfeilschider.

Summarische Übersicht.

über den Zustand der Wittwencasse für die Angestellten der Civilstaats-Verwaltung vom Jahr 1843.

Soll.		I. Stand der Rechnung.	Haben.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
Einnahme.						
—	—	I. Rückstandsrechnung	—	—	—	—
—	—	II. Etatsrechnung früherer Jahre.	—	—	—	—
III. Etatsrechnung vom laufenden Jahr.						
24,832	58	Beiträge der Mitglieder	24,832	58	—	—
998	51	Capitalzins	998	51	—	—
25,831	49	Summe III.	25,831	49	—	—
IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen.						
Capitalanlage bei der Amortisationskasse (Rückzahlung)						
21,472	1	a. aus vorhergehender Rechnung	—	—	21,472	1
23,947	—	b. vom laufenden Jahr	—	—	23,947	—
45,419	1		—	—	45,419	1
71,250	50	Summe der Einnahme	25,831	49	45,419	1
Ausgabe.						
I. Rückstandsrechnung						
—	20	Erfas	—	20	—	—
—	—	II. Etatsrechnung früherer Jahre.	—	—	—	—
III. Etatsrechnung vom laufenden Jahr.						
1,699	12	Sustentationen	1,699	12	—	—
34	22	Verwaltungskosten und Lasten	34	22	—	—
150	55	Erfas	150	55	—	—
1,884	29	Summe III.	1,884	29	—	—
IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben						
23,947	—	Capitalanlage bei der Amortisationskasse	23,947	—	—	—
25,831	49	Summe der Ausgabe	25,831	49	—	—
Abschluß.						
Einnahme		25,831 fl. 49 fr.				
Ausgabe		25,831 " 49 "				
Rest		— fl. — fr.				

19.

(Die Zulassung der Frankfurter Versicherungsgesellschaft im Großherzogthum zu Versicherungen auf Waaren auf dem Rhein und dessen Nebenflüssen vor Feuer und Wassergefahr und bei dem Transport zu Lande vor Feuerschaden betreffend.)

Nachdem der Frankfurter Versicherungsgesellschaft die nachgesuchte Zulassung zu Versicherungen von Waaren auf dem Rhein und dessen Nebenflüssen vor Feuer- und Wassergefahr und bei dem Transport zu Lande vor Feuerschaden innerhalb dem Großherzogthum bewilligt worden ist, so wird solches hierdurch unter dem Anhange zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Handelsmann und Speditur Heinrich Mathey zu Mannheim als Hauptagent der Gesellschaft bestätigt worden ist.

Karlsruhe, den 21. Juni 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. v. Müdt.

Vdt. Buiffon.

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem bei Höchstlicher Gesandtschaft in Paris angestellten Legationsrath von Schweizer die gnädigste Erlaubniß ertheilt, das ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Hessen verliehene Commandeurekreuz zweiter Classe des Ordens Philipps des Großmüthigen anzunehmen und zu tragen.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem bisherigen k. k. österreichischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an Höchstlichem Hofe, wirklichen Kämmerer Grafen von Ugarte-Meldemann das Großkreuz des Ordens vom Jähringer Löwen, und dem k. k. österreichischen Legations-Secretär Freiherrn von Brenner-Felsdch, so wie dem fürstlich Hohenzollern-Sigmaringischen Hauptmann Wiedmann das Ritterkreuz desselben Ordens zu verleihen.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden: dem Professor Dr. Servinus zu Heidelberg den Charakter eines Professors honorarius der dortigen Universität zu ertheilen;

dem Amtsrevisor Schuster in Obergirch das erledigte Landamtsrevisorat Karlsruhe zu übertragen;

den Bezirksförster v. Lindenbergh zu Triberg auf die Bezirksforstei Wolfesboden zu versetzen;

den Cameralpraktikanten Leonhard Hautsch von Heidelberg zum Revisor bei der Steuerdirektion, und

den Kreissteuerperäquator Räuber in Mühlheim zum Kreissteuerrevisor in Freiburg zu ernennen;

den Postofficialen Joseph Werber vom Postamt Rastatt zur Postwagenerpedition Heidelberg zu versetzen;

der Ernennung des Georg Fr. Gerding aus New-York zum Consul der vereinigten Staaten von Nordamerika für das Großherzogthum Baden das landesherrliche Exequatur zu verleihen;

den Residenzbaumeister Daurath Schwarz auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen körperlicher Leiden in den Ruhestand zu versetzen, und

die katholische Stadtpfarrei Wertheim dem Pfarrer Franz Joseph Grimm in Neckarau gnädigst zu verleihen.

Die von der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft erfolgte Präsentation des Pfarrers Philipp Jakob Zimmermann zu Buch am Horn auf die evangelische Pfarrei Schweigern, Decanats Borsberg, so wie

die fürstlich fürstenbergische Präsentation des Pfarrers Johann Nepomuk Neff zu Hartheim, Amtes Willingen, auf die katholische Pfarrei Boll, Amtes Möskirch, haben die Staatsgenehmigung erhalten.

Durch Beschluß des Großherzoglichen Justizministeriums vom 13. Juli l. J. Nr. 3706, wurde dem Rechtspraktikanten August Störk von Langenhardt das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten ertheilt, und ihm gestattet, seinen Wohnsitz in Bühl zu nehmen.

Von achtzehn Rechtsandidaten, welche sich der letzten Frühjahrsprüfung unterzogen haben, sind durch Beschluß des Großherzoglichen Justizministeriums vom 15. Juli l. J. Nr. 3724 folgende fünfzehn unter die Zahl der Rechtspraktikanten aufgenommen worden:

Karl Wieland von Karlsruhe,
Theodor Klehe von Gaggenau,
Friedrich Serger von Gerlachsheim,
Heinrich v. Feder von Wertheim,
Philipp Zutt von Bruchsal,
Wilhelm Lang von Karlsruhe,
Max Stöcker von Heidelberg,
Joseph Seidenspinner von Dietigheim,

Ludwig v. Krutheim von Mannheim,
Christian Eccard von Durlach,
Karl Fleiner von Rork,
Ferdinand Heuber von Rehl,
Joseph Schilling von Leipsferdingen,
Friedrich Kettig von Bretten und
Karl Robert Kilian von Pforzheim.

Von den im Frühjahr 1844 von der Sanitätscommission zur Staatsprüfung zugelassenen Candidaten der Medicin, Chirurgie und Geburtshülfe haben Nachbenannte in folgender Ordnung Lizenz erhalten:

a. zur Ausübung der inneren Heilkunde:

Dr. Franz Chelius von Heidelberg,
Dr. Karl Enderlin von Steinbach,
Dr. Alexander Cunn von Heidelberg,

Joseph Tritschler von Böhrenbach,
Max Großmann, Militärchirurg in Rastatt;

b. zur Ausübung der Chirurgie:

Dr. Franz Chelius von Heidelberg,
Dr. Alexander Cunn von da.

Leopold Krumm von Emmendingen,
Johann Georg Wolfsberger von Sexau;

c. zur Ausübung der Geburtshülfe:

Dr. Franz Chelius von Heidelberg,
Dr. Alexander Cunn von da,

Joseph Tritschler von Böhrenbach
Leopold Krumm von Emmendingen.

Nach erstandener vorchriftsmäßiger Staatsprüfung sind die Bannleuten
Theodor Dibold von Durlach und
Wilhelm Waag von Karlsruhe
unter die Zahl der Baupraktikanten aufgenommen worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Vom Anfange des Sommerhalbjahrs 1844 ist mit Bezug auf die Bekanntmachung im Regierungsblatt Nr. IX. vom 8. Mai 1844, S. 78, Ziffer 7 das kleinere altbadiſche Juristen-Stipendium von jährlich 200 fl. auf drei Jahre wieder zu vergeben.
Diejenigen baden-badiſchen Landeskinder, welche ſich um ſolches zu bewerben gedenken, haben ſich binnen vier Wochen mit ihren Geſuchen an den katholiſchen Oberkirchenrath zu wenden, und ſowohl über ihre Geburts- und Vermögensverhältniſſe, als auch darüber gehörig beſcheinigte Zeugniſſe beizubringen, daß ſie wenigſtens ſchon ein Jahr lang auf einer Hochſchule der Rechtswiſſenſchaft obgelegen und rückſichtlich der Sitten, Anlagen und Fortſchritte in die erſte Claſſe geſetzt zu werden verdienen.
2. Durch das am 4. Mai l. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Erhardt iſt die katholiſche Pfarrei Bodmann, Amts Stocach, mit einem beiläufigen Ertrage von 800 fl. erledigt worden. Die Competenten um dieſe Pfarrpründe haben ſich bei dem Grundherrn Freiherrn v. Bodmann als Patronatsherr nach Vorſchrift zu melden.
3. Durch das am 18. Januar l. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Joſeph Haß iſt die katholiſche Pfarrei Kluſtern, Amts Meersburg, mit einem beiläufigen Einkommen von 630 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht a. den Reſt eines zehnjährigen, von Martini 1840 begonnenen Proviſoriums von 246 fl. 16 kr. verzinslich zu 4%, und b. eine Kriegsschuld von 66 fl. 51 kr. verzinslich zu 4% in 10 Jahrestermen heimzuzahlen, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieſe Pfründe haben ſich bei dem katholiſchen Oberkirchenrathe binnen 6 Wochen nach Vorſchrift zu melden.
4. Durch die Beförderung des Pfarrers Mathäus Klein dienſt auf die Pfarrei Dürmersheim iſt die katholiſche Pfarrei Ottenau, Amts Gernsbach, mit einem beiläufigen Jahresertrage von 700 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieſe Pfründe haben ſich binnen 6 Wochen bei dem katholiſchen Oberkirchenrathe nach Vorſchrift zu melden.
5. Durch die Beförderung des Pfarrers Georg Karl Rückert auf die Pfarrei Altheim iſt die katholiſche Pfarrei Unterſchüpf, Amts Borberg, mit einem beiläufigen Einkommen von 600 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieſe Pfarrpründe haben ſich bei der Fürſtlich Leiningenſchen Standesherrſchaft als Patron nach Vorſchrift zu melden.
6. Durch die Beförderung des Dekans und Bezirksſchulviſitators, Pfarrers Ferdinand Seither, auf die Pfarrei Wiefenthal, Amts Philippsburg, iſt die katholiſche Pfarrei Mählberg, Amts Ettenheim, mit einem beiläufigen Jahresertrage von 1000 fl. in Erledigung gekommen.

Die Bewerber um diese Pfründe haben sich innerhalb 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

7. Durch das am 22. Januar d. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Franz Bernhard Joseph Hermann ist die Pfarrei Hofweier, Oberamts Offenburg, mit einem jährlichen Ertrage von beiläufig 4000 fl. erledigt worden. Auf diesem Einkommen ruhen ein bis zum Abzahlungstag mit 5% zu verzinsender und im ersten Jahre zu entrichtender Liegenschafts-Kauffchilling von 61 fl. 44 fr., sodann die sich bereits im Betrage von 175 fl. 12 fr. ergebenen und künftig noch entstehenden Zehntablösungskosten, wofür seiner Zeit die Zahlungstermine bestimmt werden, endlich eine noch 16 Jahre lang dauernde jährliche Abgabe von 150 fl. zur Gründung eines Pfarrfonds in Diersburg. Die Competenten um diese Pfarrpfründe haben sich bei dem Grundherrschaftsherrn von Röder zu Diersburg als Patron nach Verordnung im Regierungsblatt Nr. XVIII vom Jahr 1811 zu melden.
8. Durch Verleihung der Pfarrei Altheim, Amts Ueberlingen, an den Pfarrer Johann Evangelist Bauer, ist die katholische Pfarrei Leipsferdingen, Amts Blumenfeld, mit einem beiläufigen Einkommen von 700 fl. in Erledigung gekommen. Die Competenten um diese Pfarrpfründe, worauf die Verbindlichkeit ruht, so lange die dortige Kaplaneipfründe behufs ihrer Dotationsverbesserung unbesezt bleibt, gegen eine jährliche Remuneration von 100 fl. aus deren Einkommen die Dienstobliegenheiten des Kaplans zu besorgen, haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.
9. Durch das am 31. Mai d. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Peter Stiel ist die katholische Pfarrei Poppenhausen, Amts Gerlachsheim, mit einem beiläufigen Einkommen von 750 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
10. Durch das am 17. Mai l. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Jüstle ist die Pfarrei Ehengendorf, Amts Blumenfeld, mit einem beiläufigen Einkommen von 1,300 fl. bis 1,400 fl., worauf aber die Verpflichtung ruht, einen Vikar zu halten, und jedem der beiden Schullehrer 50 fl. in Geld, 6 Malter Zinskernen, im Anschlage zu 65 fl., also beiden Lehrern jährlich 230 fl. abzugeben, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese den Concursgesetzen unterworfenen Pfründe haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariate, als dem katholischen Oberkirchenrathe binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
11. Durch die Beförderung des Beneficiaten Lazarus Finner auf die katholische Pfarrei Selbach, Amts Gernsbach, ist das von Anna Maria Werra, gebornen Glück, vorzüglich für taugliche Subjecte aus beiderseitiger Verwandtschaft gestiftete und zur seelsorglichen Ausbülfe bestimmte Kaplaneibeneficium zu Hausach, Amts Haslach, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 350 fl. erledigt worden. Die Bewerber um dasselbe haben sich innerhalb 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.
12. Die katholische Pfarrei Niederbühl, Oberamts Rastatt, mit dem beiläufigen Ertrage von 2,700 fl. ist erledigt. Die Competenten um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.
13. Durch die Beförderung des Pfarrers Joseph Werner auf die Pfarrei Osterburken ist die katholische Pfarrei Höpfigen, Amts Wollbüren, mit einem beiläufigen Jahresertragneisse von 600 fl. erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrpfründe haben sich bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft als Patron nach Vorschrift zu melden.
14. Durch die Beförderung des Pfarrers Zimmermann ist die evangelische Pfarrei Buch am Horn, Decanat Borberg, mit einem Competenzanschlag von 447 fl. 20 fr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen bei der Patronatsherrschaft, der Fürstlich von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und Freudenbergschen Standesherrschaft vorchriftsmäßig zu melden.

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 3. August 1844.

(Finanzgesetz für die Jahre 1844 und 1845.)

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben mit Zustimmung Unserer getreuen Stände beschloffen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Sämmtlichen Ministerien werden nachstehende Credite bewilligt:

für die ordentlichen Ausgaben des Jahres 1844:

Zur Bestreitung des eigentlichen Staatsaufwands	9,133,066 fl.
Zur Bestreitung der Lasten und Verwaltungskosten	5,384,086 „
zusammen	14,517,152 fl.

für die ordentlichen Ausgaben des Jahres 1845:

Zur Bestreitung des eigentlichen Staatsaufwands	9,109,321 fl.
Zur Bestreitung der Lasten und Verwaltungskosten	5,380,394 „
zusammen	14,489,715 fl.

für beide Jahre 29,006,867 fl.

Die Verwendung dieser Credite ist durch anliegenden Etat (Nr. 1) festgesetzt.

Art. 2.

Für die außerordentlichen Staatsausgaben der Jahre 1844 und 1845 wird sämmtlichen Ministerien ein Credit von 1,943,167 fl.
 eröffnet.

Die Verwendung dieses Credits ist durch den anliegenden Etat (Nr. 2) festgesetzt.

Art. 3.

Zur Deckung der eröffneten Credite (Art. 1 und 2) werden nachstehende Einnahmen, so weit erforderlich, bestimmt:

a. die ordentlichen Einnahmen, welche

für 1844: 15,297,262 fl., für 1845: 15,308,732 fl. zusammen 30,605,994 fl.
 betragen;

b. vom Staatsgrundfod 72,157 „

c. vom umlaufenden Betriebsfond 2,169,539 „

(Anlage Nr. 3.)

zusammen 32,847,690 fl.

Art. 4.

Die Budgets der Postverwaltung, der Eisenbahnbetriebsverwaltung, der Cassé für die Anschaffung des Betriebsmaterials, der Eisenbahnbaukasse, der Eisenbahnschuldentilgungskasse und der Badanstaltencasse sind von dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, dem Ministerium des Innern und dem Finanzministerium nach der Anlage (Nr. 4) und den denselben zu Grunde liegenden Specialbudgets zu vollziehen.

Art. 5.

Ueber die Betriebsfonds der Finanzverwaltung, welche am letzten Dezember 1843 . . . 7,378,738 fl. 44 kr. betrugen, wird nach dem anliegenden Etat (Nr. 5) verfügt.

Die Betriebsfonds der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung und der Badanstalten verbleiben nach ihrem Bestand am letzten Dezember 1843 den betreffenden Cassen.

Art. 6.

Aus dem Domänialgrundstock sind im Laufe der Budgetperiode 247,786 fl. zu entnehmen und zu den in der Anlage (Nr. 6) verzeichneten außerordentlichen Ausgaben zu verwenden. In soweit diese Summe in der Budgetperiode zur Erreichung der Zwecke der Bewilligung gar nicht oder nicht vollständig zur Verwendung kommen wird, ist dieselbe der Grundstockverwaltung zurückzugeben.

Art. 7.

Die Dotation der Amortisationskasse zur Schuldentilgung und zur Beförderung der Zehntablösung

für das Jahr 1844 mit . . . 1,084,781 fl.

" " " 1845 " . . . 1,094,119 "

zusammen mit . . . 2,178,900 fl.

hat das Finanzministerium in monatlichen Raten aus den paratesten Staatsrevenüen berichtigen zu lassen.

An die Eisenbahnschuldentilgungskasse ist außer dem reinen Ertrag der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung die weiter ausgesetzte Dotation von . . . 167,342 fl. im Jahr 1845 ebenfalls in monatlichen Raten aus den paratesten Staatsrevenüen zu bezahlen.

Art. 8.

Der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben (Art. 1 und 2) im Betrage von . . . 1,897,656 fl. wird zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben in der nächsten Budgetperiode vorbehalten und ist, so weit er sich wirklich ergeben wird, in der Amortisationskasse niederzulegen.

Art. 9.

Alle dormalen bestehenden Abgabengesetze bleiben in Kraft.

Art. 10.

Aus den Ersparnissen des Besoldungsetats können mit Unserer speciellen Bewilligung Belohnungen für diejenigen Diener geschöpft werden, welche bei der Behörde, wo die Ersparniß stattgefunden hat, angestellt sind, die jedoch die Hälfte der Ersparniß nicht überschreiten sollen.

Art. 11.

Der Vorstand jeder Stelle ist befugt, über die Ersparnisse an den budgetmäßigen Gehalten und Bureaukosten zu Gunsten des Ganzeiersonals zu disponiren.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 3. August 1844.

Leopold.

von Böckh.

Auf höchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Etat der ordentlichen Ausgaben.

Budget-Positionen.	1844.	1845.	Summe.
	fl.	fl.	fl.
Lasten und Verwaltungskosten.			
Justizministerium:			
Zucht- und Correctionenanstalten	34,044	34,044	68,088
Ministerium des Innern:			
I. Amtskassenverwaltung	6,492	6,492	12,984
II. Siechenanstalt	317	317	634
III. Irrenanstalt	48,367	48,367	96,734
IV. Allgemeines Arbeitshaus	2,700	2,700	5,400
V. Wasser- und Straßenbauverwaltung	1,320	1,320	2,640
VI. Landesgefißverwaltung	98	98	196
Summe	59,294	59,294	118,588
Finanzministerium:			
I. Kameraldomänenverwaltung	718,282	718,282	1,436,564
II. Forstdomänenverwaltung	727,875	731,762	1,459,637
III. Berg- und Hüttenverwaltung	792,034	792,034	1,584,068
IV. Steuerverwaltung:			
Lasten und Verwaltungskosten:			
1. der Grund-, Häuser- und Gewerbesteuer	174,790	174,832	349,622
2. der Klassensteuer	8,672	8,672	17,344
3. der Accise und des Ohmgeldes	130,972	130,972	261,944
4. der Justiz- und Polizeigefälle	132,319	132,319	264,638
5. der Forstgerichtsgefälle	90,171	90,171	180,342
6. der verschiedenen Einnahmen	18,163	18,163	36,326
7. Gemeinsame Lasten und Verwaltungskosten	221,896	221,896	443,792
	776,983	777,025	1,554,008
V. Salinenverwaltung	431,841	432,089	863,930
VI. Zollverwaltung:			
1. Spezielle Lasten und Verwaltungskosten der Bezüge aus der Vereinskasse	526,047	526,047	1,052,094
2. Zollrückvergütungen u. für Rechnung des Vereins	43,118	43,118	86,236
3. Lasten und Verwaltungskosten der unmittelbaren Einnahmen	128,932	129,039	257,971
4. Gemeinsame Lasten und Verwaltungskosten	207,883	200,757	408,640
	905,980	898,961	1,804,941
VII. Münzverwaltung	839,281	838,431	1,677,712
VIII. Allgemeine Kassenverwaltung	98,472	98,472	196,944
Summe	5,290,748	5,287,056	10,577,804
Kriegsministerium:			
Militärverwaltung	—	—	—
Summe der Lasten und Verwaltungskosten	5,384,086	5,380,394	10,764,480

Budget-Positionen.	1844.	1845.	Summe.
Eigentlicher Staatsaufwand.	fl.	fl.	fl.
I. Staatsministerium.			
I. Großherzogliches Haus	877,000	877,000	1,754,000
II. Fondstände	53,390	53,390	106,780
III. Großherzogliches Geheimes Cabinet	8,600	8,600	17,200
IV. Großherzogliches Staatsministerium	10,500	10,500	21,000
V. Verschiedene und zufällige Ausgaben	5,000	5,000	10,000
Summe I.	954,490	954,490	1,908,980
II. Ministerium des Großherzogl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten:			
I. Ministerium	34,700	34,700	69,400
II. Gesandtschaften und Consulate	61,500	61,500	123,000
III. Bundeskosten	23,400	23,400	46,800
IV. Verschiedene und zufällige Ausgaben	10,000	10,000	20,000
Summe II.	129,600	129,600	259,200
III. Justizministerium:			
I. Ministerium	22,990	22,990	45,980
II. Oberhofgericht	53,890	53,890	107,780
III. Hofgerichte	143,440	143,440	286,880
IV. Rechtspolizei	352,152	352,152	704,304
V. Zucht- und Correctionsanstalten	108,359	108,353	217,192
VI. Verschiedene und zufällige Ausgaben	3,000	3,000	6,000
Summe III.	683,831	684,305	1,368,136
IV. Ministerium des Innern:			
I. Ministerium	43,118	43,284	86,402
II. Evangelischer Oberkirchenrath	18,411	18,411	36,822
III. Katholischer Oberkirchenrath	22,795	22,795	45,590
IV. Forstpolizei-Direction	100,203	102,239	202,444
V. Sanitätscommission	6,740	6,740	13,480
VI. Generallandesarchiv	12,990	12,990	25,980
VII. Kreisregierungen	143,248	143,248	286,496
VIII. Bezirksjustiz und Polizei	997,472	999,885	1,997,357
IX. Allgemeine Sicherheitspolizei	180,554	182,992	363,546
X. Unterrichtswesen	358,747	367,878	726,625
XI. Wissenschaften, Künste und Gewerbe	40,035	40,035	80,070
XII. Cultus	85,712	85,637	171,349
XIII. Milde Fonds und Armenanstalten	112,964	112,964	225,928
XIV. Eisenbau	30,449	30,449	60,898
XV. Irrenanstalt	91,420	91,420	182,840
XVI. Allgemeines Arbeitshaus	21,586	21,586	43,172
XVII. Wasser- und Straßenbau	1,140,693	1,111,071	2,251,764
XVIII. Landesgestüt	65,554	69,169	134,723
XIX. Verschiedene und zufällige Ausgaben	21,438	21,438	42,876
Summe IV.	3,494,131	3,484,231	6,978,362
Uebertrag	5,262,052	5,252,626	10,514,678

Budget-Positionen.		1844.	1845.	Summe.
		fl.	fl.	fl.
Uebertrag . . .		5,262,052	5,252,626	10,514,678
V. Finanzministerium.				
I. Ministerium		38,633	38,800	77,433
II. Centralkassen		14,155	14,155	28,310
III. Oberrechnungskammer		32,468	32,468	64,936
IV. Baubehörden		40,100	41,750	81,850
V. Baukosten und sonstige Lasten von Centralstaatsgebäuden		6,300	6,300	12,600
VI. Beförderung des Bergbaues		4,000	4,000	8,000
VII. Beförderung der Dampfschiffahrt auf dem Bodensee		8,600	8,600	17,200
VIII. Schuldentilgung		1,084,781	1,094,119	2,178,900
IX. Pensionen		661,300	638,500	1,299,800
X. Verschiedene und zufällige Ausgaben		18,000	18,000	36,000
Summe V.		1,908,337	1,896,692	3,805,029
Schuldentilgung:				
	1844.	1845.		
Renten nach Abzug der Activzinse	617,831 fl.	604,374 fl.		
Tilgungsfond	455,900 "	478,695 "		
Beisoldungen der Beamten	6,200 "	6,200 "		
Gehalte der Angestellten	2,750 "	2,750 "		
Bureauaufwand	1,100 "	1,100 "		
Verschiedene Ausgaben	1,000 "	1,000 "		
	1,084,781 fl.	1,094,119 fl.		
VI. Kriegsministerium.				
I. Für den laufenden Dienst		1,713,278	1,713,833	3,427,111
II. Für früher geleistete Dienste		212,813	209,584	422,397
III. Landesvermessung		36,586	36,586	73,172
Summe VI.		1,962,677	1,960,003	3,922,680
Summe des eigentlichen Staatsaufwands		9,133,066	9,109,321	18,242,387
Summe der Lasten und Verwaltungskosten		5,384,086	5,380,394	10,764,480
Summe der ordentlichen Ausgaben		14,517,152	14,489,715	29,006,867

Etat

der außerordentlichen Ausgaben der allgemeinen Staatsverwaltung für 1844 und 1845.

I. Neue Ausgaben.

II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

§. Tit. IV. Verschiedene und zufällige Ausgaben.

1. Einrichtungskosten des Bundestagsgesandten, Freiherren von Blittersdorff	3,500 fl.
2. Einrichtung der Repräsentationszimmer im Ministerium	5,937 „
3. Grenzberichtigungskosten	13,971 „
4. Urkundensammlung für die Haus- und Landes-Geschichte	2,000 „
Summe II.	<u>25,408 fl.</u>

III. Justizministerium.

Titel V. Zucht- und Correctionsanstalten.

5. Für Vollenbung der Centralstrafanstalt in Bruchsal	150,112 fl.
6. Für Herstellung eines Dohls beim Weiberzuchtthaus daselbst	1,705 „
7. Für Anschaffung einer Feuerspritze in das Weiberzuchtthaus zu Bruchsal	350 „
8. Für Einrichtung von Arrestzimmern im Zuchtthaus zu Freiburg	765 „
9. Für Verlegung der Schmiede und Erweiterung eines Webstalles daselbst	788 „
10. Für Herstellung des Abtritts im Zuchtthaus zu Mannheim	1,579 „
Summe III.	<u>155,299 fl.</u>

IV. Ministerium des Innern.

Titel VI. Generallandesarchiv.

11. Für innere Einrichtung	<u>1,200 „</u>
--------------------------------------	----------------

Titel VIII. Bezirksjustiz und Polizei.

12. Für Einrichtung der Amtsregistraturen	18,000 fl.
13. Für den Bau neuer Amtshäuser und Gefängnisse	67,367 „
Bruchsal, Gefängniß	18,000 fl.
Buchen, „	12,900 „
Durlach, „	16,207 „
Buchen, Amtshaus	10,350 „
Müllheim, Einrichtung für das Amtsrevisoratlocal	3,710 „
Mosbach, Gefängnißerweiterung	6,200 „
im Ganzen	<u>67,367 fl.</u>

85,367 fl.

Titel X. Unterrichtswesen.

14. Für bauliche Herstellungen im Universitätsgebäude Heidelberg	1,100 fl.
15. Für Einrichtung der Klinik bei der Universität Heidelberg	3,673 „
16. Für innere Einrichtung des evangelischen Schullehrerseminariums	2,430 „
	<u>7,203 fl.</u>

Uebertrag IV. 93,770 fl.

Uebertrag II. und III. 180,707 fl.

Uebertrag 180,707 fl.

Uebertrag 93,770 fl.

IV. Ministerium des Innern.

5.

Titel XI. Wissenschaften, Künste und Gewerbe.

17. Für das physikalische Cabinet in Karlsruhe; außerordentlicher Zuschuß 2,000 fl.

Titel XIV. Siechenhaus.

18. Für Herstellung der Logen des sogenannten alten Irrenhauses 2,800 fl.

Titel XV. Irrenanstalt.

19. Zur Erwerbung von Grundstücken für die Heil- und Pfleganstalt Illenau 4,000 fl.

Titel XVII. Wasser- und Straßenbau.

20.	Correction der Pforzheimer Steige	23,459 fl.
21.	Correction der Steige bei Stockach	22,500 "
22.	Fortsetzung der Straße von Langenbrücken nach Aglasterhausen	22,500 "
23.	Verbesserung der Straße zwischen Urphar und Bettingen	3,000 "
24.	Fortsetzung der Correction auf der Schappacherthalstraße	6,200 "
25.	Umgehung der Mosbacher Steige	40,000 "
26.	Straße von Hardheim über Königheim nach Taubersbischofsheim	40,000 "
27.	Verlegung der Straße über Wertheim nach Rillashausen in das Taubertal	20,000 "
28.	Umgehung der Steige bei Engen	34,000 "
29.	Verbesserung der Straße im Gutachtal unterhalb Hornberg	13,800 "
30.	Straße vom Dreißgau in das obere Wiesenthal	50,000 "
31.	Zur Correction der Wiesenthalstraße	24,000 "
32.	Neubau der Thumringer Wiesenbrücke nebst Correction der Straße	40,000 "
33.	Herstellung einer Straße von Dürheim nach Donaueschingen	20,000 "
34.	Straße von Jestetten nach Rheinau	34,000 "
35.	Correction der Straße von Randegg nach Schaffhausen	15,000 "
36.	Herstellung der Stützmauer an der Straße von Ueberlingen nach Mößkirch	5,000 "
37.	Uferdeckung der Rheindurchschnitte längs der bayerischen Grenze	100,000 "
38.	Außerordentlicher Zuschuß zum Rheinbau längs der französischen Grenze	50,000 "
39.	Zur Verbesserung der Wasserstraße des Mains	10,000 "
40.	Beitrag zur Verzinsung der Schuld der Concurrentenschaft für die Dreisam- und Elzcorrection	10,000 "
41.	Außerordentlicher Zuschuß zur gewöhnlichen Straßenunterhaltung	25,000 "
42.	Zur Wiederherstellung und Vervollständigung der Dammbauten längs der Murg von der Ruppenheimer Brücke bis zur Eisenbahnbrücke	27,760 "
43.	Verbesserung der Straße von Eberbach nach Miltenberg	1,750 "
		<hr/> 637,969 fl.

Titel XIX. Verschiedene außerordentliche Ausgaben.

44.	Für Vermessung und Taxation der Waldungen	4,900 fl.
45.	Für Copiren der Waldpläne	4,600 "
		<hr/> 9,500 fl.

Summe IV. 750,039 fl.

Uebertrag 930,746 fl.

Uebertrag . . 930,746 fl.

V. Finanzministerium.

§.

Camera domänenverwaltung.

46. Aufwand für die Zehntsection 61,530 fl.

Forst domänenverwaltung.

47. Erbauung einer neuen Schwallung an der Schwarzbach 28,000 fl.

48. Erbauung eines Schulhauses zu Raunmünzach 4,325 "

49. Erbauung eines Schulhauses zu Herrenwies 3,665 "

35,990 fl.

Berg- und Hüttenverwaltung.

50. Fortsetzung der Albufermauer zu Albrud 4,000 fl.

51. Herstellung einer Umfassungsmauer am Werkweier zu Oberweiler 4,000 "

8,000 fl.

Zollverwaltung.

52. Verlängerung des Bohlwerks zu Leopoldshafen 1,194 fl.

53. Herstellung eines Damms zu Verhinderung weiterer Versandung der Hafenmündung zu Leopoldshafen 1,596 "

54. Wegen Verlegung des Nebenzollamts I. Neuhaus an einen schicklicher gelegenen Ort . . . 12,000 "

55. Für Herstellung von Dachrinnen an den Zollgebäuden zu Mannheim 672 "

56. Für Herstellung beziehungsweise Auffüllung des Platzes vor dem Schleußenhaus daselbst . . 300 "

57. Für Abpflasterung des Taluts von der Landfeste der Rheinbrücke bis zur Winterausfahrt daselbst 864 "

Für Erweiterung der Hafenanlagen zu Mannheim:

58. Für weitere Ausbaggerung 8,200 "

59. Für Herstellung eines weiteren Werfts 7,600 "

60. Für Verbreiterung und Verbesserung des Werfischoppens 14,000 "

61. Für Verbesserung und Vergrößerung des Hafens zu Ludwigshafen 27,000 "

62. Für die Hafeneinrichtungen bei Knielingen 6,500 "

63. Für Herstellung eines Bergeplatzes für die Repler Brückenschiffe und einer Ein- und Ausladestätte für die Segelschiffe 14,049 "

64. Für Erbauung eines Dienstgebäudes für das Nebenzollamt I. zu Erzingen 8,000 "

65. Für den Ankauf eines Hauses für das Nebenzollamt I. zu Dehningen 5,500 "

66. Für Erbauung eines Revisionschopfs bei dem Nebenzollamt I. am Grenzacher Horn . . . 1,200 "

67. Für Bedeckung des Zollhauses zu Constanz mit Asphalt 1,073 "

68. Für Ausbaggerung des Constanzer Hafens 3,000 "

69. Für erste Einrichtung des für das Hauptsteueramt in Heidelberg angekauften Gebäudes . 4,000 "

70. Ablieferung des Guthabens des Zollunterstützungsfonds zur verzinslichen Anlage bei der Amortisationskasse 55,196 "

171,944 fl.

Schulden tilgung.

71. Dotation der Eisenbahnschulden tilgungskasse 167,342 fl.

Summe V. 444,806 fl.

Uebertrag . . . 1,375,552 fl.

Uebertrag . . . 1,375,552 fl. — fr.

VI. Kriegsministerium.

Titel VII. Bauwesen.

72. Kosten für Erbauung eines neuen Militärhospitals in Karlsruhe	85,815 fl. — fr.
73. Beitrag zur Erbauung der Bundesfestungen Rastatt und Ulm	120,164 " — "
74. Verschiedene Ausgaben wegen dem Festungsbau in Rastatt	20,784 " — "
75. Erbauung einer neuen Reiterkaserne in Karlsruhe	53,415 " — "

Summe VI. 280,178 fl. — fr.

Summe I. Neue Ausgaben 1,655,730 fl. — fr.

II. Aufrecht zu erhaltende Credite.

a. Budgetmäßige Credite.

III. Justizministerium.

Titel V. Zucht- und Correctionsanstalten.

1. Für Erbauung der Centralstrafanstalt in Bruchsal	36,295 fl. 13 fr.
2. Für Verbesserungen im Weiberzuchtthaus in Bruchsal	359 " 29 "
3. Hauptreparatur und Bauveränderung im Zuchtthaus zu Mannheim	233 " 59 "

Summe III. 36,888 fl. 41 fr.

IV. Ministerium des Innern.

Titel VIII. Bezirksjustiz und Polizei.

4. Für den Bau neuer Amtshäuser und Gefängnisse	18,595 fl. 29 fr.
Baden, Amtshaus	12,727 fl. 15 fr.
Bruchsal, Gefängniß	3,039 " 52 "
Buchen, "	199 " — "
Durlach, "	2,379 " 2 "
Möckrich, "	240 " 20 "

zusammen 18,585 fl. 29 fr.

5. Für Einrichtung der Amtsregistraturen	3,478 " 57 "
	22,064 fl. 26 fr.

Titel XV. Irrenanstalten.

6. Für die innere Einrichtung der Anstalt Jllenau	5,629 fl. 13 fr.
---	------------------

Titel XVI. Allgemeines Arbeitshaus.

7. Für Bauherstellungen	72 fl. 33 fr.
-----------------------------------	---------------

Titel XVII. Wasser- und Straßenbau.

8. Für Fortsetzung der Straße von Langenbrücken nach Aglasterhausen	15,739 fl. 9 fr.
9. Herstellung der an die Brücke zu Breisach führenden Straße	2,898 " 47 "
10. Für den Brückenbau oberhalb Freiburg	18,116 " 8 "
11. Herstellung der Straße durch Bruchsal	3,783 " 50 "
12. Für die Dreilamrectifikation oberhalb Neuershausen	32,715 " 39 "
13. Verbesserung der Mainstraße von Miltenberg nach Würzburg	2,362 " 19 "
14. Correction der Straße oberhalb Triberg	1,661 " 29 "
15. Außerordentlicher Zuschuß zur gewöhnlichen Straßenunterhaltung	3,073 " 8 "

80,350 fl. 28 fr.

Uebertrag von III. 36,888 fl. 41 fr.

Uebertrag von IV. 108,116 fl. 40 fr.

Uebertrag . . . 36,888 fl. 41 fr.

IV. Ministerium des Innern.

Uebertrag . . . 108,116 fl. 40 fr.

§. Titel XVIII. Landesgestüt.

16. Für Bauveränderungen im Fohlenhof zu Ruppurr 263 fl. 1 fr.

Summe IV. . . . 108,379 fl. 41 fr.

V. Finanzministerium.

Cameraldomänenverwaltung.

17. Wegen Abhaltung einer evangelischen Generalsynode 1,742 fl. — fr.

Zollverwaltung.

18. Für den Speierer Brückenhafen 1,050 fl. — fr.

19. Für das Hauptzollamtsgebäude zu Regl 415 „ 23 „

20. „ „ „ „ Leopoldshöhe 114 „ 30 „

21. „ „ „ „ Ludwigshafen 790 „ 28 „

22. Für das Hauptsteueramtsgebäude zu Knielingen und damit zusammenhängende Einrichtungen 23,156 „ 17 „

23. Für neue Zollgebäude 4,104 „ 26 „

29,631 fl. 4 fr.

Summe V. . . . 31,373 fl. 4 fr.

VI. Kriegsministerium.

24. Für Bevollständigung und Ausrüstung des Armeecorps 70,000 fl. — fr.

Summe a. . . . 246,641 fl. 26 fr.

b. Im Administrationsweg bewilligte Credits.

IV. Ministerium des Innern.

Titel VIII. Bezirksjustiz und Polizei.

25. Für den Bau neuer Amtshäuser und Gefängnisse: Gefängnißbau in Offenburg 10,787 fl. 49 fr.

26. Polizeiaufwand für den Festungsbau in Rastatt 13,209 „ 46 „

23,997 fl. 35 fr.

Titel XVII. Wasser- und Straßenbau.

27. Für die Uferdeckung in den Rheindurchschnitten (Neckersheimer Durchschnitt) 9,177 fl. 46 fr.

Summe IV. . . . 33,173 fl. 21 fr.

V. Finanzministerium.

Zollverwaltung.

28. Für Herstellung der Rheinbrücke zu Mannheim am linken Rheinufer und Entfernung der Eisbreche 3,237 fl. 43 fr.

29. Für Tieserlegung des Pflasters der Uferböschungen am Rheinhafen 577 „ 23 „

3,815 fl. 6 fr.

Centralbauaufwand.

30. Für Herstellung der Feuerungs-einrichtung im Finanzkanzlei-gebäude 3,806 „ — „

Summe V. . . . 7,621 fl. 6 fr.

Summe b. . . . 40,796 fl. 27 fr.

Summe II. Aufrecht zu erhaltende Credite 297,437 fl. 53 „

Summe I. Neue Ausgaben 1,655,730 „ — „

Gesamtsumme . . . 1,943,167 fl. 53 fr.

Anlage 3

Etat. **der Einnahmen.**

Budget-Positionen.	1844.	1845.	Summe.
a. Der ordentlichen laufenden Einnahmen.	fl.	fl.	fl.
Justizministerium:			
Zucht- und Corrections-Anstalten	60,307	60,307	120,614
Ministerium des Innern:			
I. Amtskassenverwaltung	126,005	126,014	252,019
II. Siechenanstalt	2,448	2,448	4,896
III. Irrenanstalt	68,531	68,531	137,062
IV. Allgemeines Arbeitshaus	11,338	11,338	22,676
V. Wasser- und Straßenbauverwaltung	31,528	31,528	63,056
VI. Landesgefängnisverwaltung	2,442	8,442	10,884
Summe	242,292	248,301	490,593
Finanzministerium:			
I. Cameraldomänenverwaltung	1,350,967	1,350,967	2,701,934
II. Forstdomänenverwaltung	1,757,256	1,759,290	3,516,546
III. Berg- und Hüttenverwaltung	907,016	907,016	1,814,032
IV. Steuerverwaltung:			
1. Grund-, Häuser- und Gewerbesteuer mit Einschluß der Beförderungskosten und der Fluß- u. Damm- baubeträge	2,735,586	2,737,058	5,472,644
2. Classensteuer	137,765	137,765	275,550
3. Accise und Ohmgeld	1,943,923	1,943,923	3,887,846
4. Justiz- und Polizeigefälle	1,068,470	1,068,470	2,136,940
5. Forstgerichtsgefälle	121,138	121,138	242,276
6. Verschiedene Einnahmen	50,155	50,155	100,310
	6,057,037	6,058,509	12,115,546
V. Salinenverwaltung	1,341,456	1,341,456	2,682,912
VI. Zollverwaltung:			
1. Antheil an den gemeinschaftlichen Zollgefällen	1,649,362	1,649,362	3,298,724
2. Ersatz der für Rechnung des Vereins bezahlten Zollrückvergütungen	43,118	43,118	86,236
3. Beiträge des Vereins zu den Kosten der Grenz Zoll- verwaltung	524,697	524,697	1,049,394
4. Unmittelbare Einnahmen	416,514	418,469	834,983
	2,633,691	2,635,646	5,269,337
VII. Münzverwaltung	841,178	841,178	1,682,356
VIII. Allgemeine Cassenverwaltung	84,552	84,552	169,104
Summe	14,973,153	14,978,614	29,951,767
Kriegsministerium:			
Verwaltung	21,510	21,510	43,020
Summe der ordentlichen Einnahmen	15,297,262	15,308,732	30,605,994

Budget-Positionen.		Summe. für 1844 u 1845.
	fl.	
Uebertrag . . .		30,605,994
b. Der außerordentlichen Einnahmen vom Staatsgrundstock.		
1. Die bei der Amortisationscasse angelegten		5,157
2. Die von der Stadt Karlsruhe für den militärischen Antheil am hiesigen Hospital zu vergütenden		32,000
3. Der wahrscheinliche Erlös des seither für das Militär-Hospital verwendeten Hauses		30,000
4. Erlös aus einem entbehrlichen militärischen Holzplatz		5,000
		72,157
c. Vom umlaufenden Betriebsfond der Finanzverwaltung		2,169,539
Summe der Einnahmen		32,847,690

Zusammenstellung
der Special-Budgets für 1844 und 1845.

Anlage 4.

Etat

über den auf 1. Januar 1844 berechneten Betriebsfond und dessen Verwendung in den Jahren 1844 und 1845.

Stand des Betriebsfonds am letzten December 1843.

Cassenreste	898,208 fl. 56 fr.
Naturalvorräthe	1,429,583 " 48 "
Aktivreste	5,300,222 " 8 "
	<hr/>
Summe	7,628,014 fl. 52 fr.
Passiven	249,276 " 8 "
	<hr/>
Rest der Aktiven	7,378,738 fl. 44 fr.

Verwendung:

Der Finanzverwaltung werden nach dem angebogenen Voranschlag für 1844 und 1845 als Betriebsfond überwiesen 5,209,200 fl.

Der Rest von 2,169,539 "

ist zur Deckung außerordentlicher Ausgaben bestimmt.

Voranschlag
des umlaufenden Betriebsfonds in den Jahren 1844 und 1845.

Benennung der Verwaltungszweige.	Activen.				Passiven.	Rest der Activen
	Cassen- reste.	Natura- lienvor- räthe.	Activreste.	Summe.		
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
I. Justizministerium.						
1. Zucht- und Correktionsanstalten . . .	7,000	26,000	21,000	54,000	12,000	42,000
2. Zuchthausbaukasse	2,000	—	—	2,000	—	2,000
	9,000	26,000	21,000	56,000	12,000	44,000
II. Ministerium des Innern.						
3. Amtskassenverwaltung	15,000	—	60,000	75,000	6,000	69,000
4. Siechenanstalt	500	1,800	300	2,600	—	2,600
5. Irrenanstalt	4,000	18,500	4,300	26,800	400	26,400
6. Allgemeines Arbeitshaus	2,000	4,600	600	7,200	—	7,200
7. Wasser- und Straßendauverwaltung	8,000	15,400	7,700	31,100	7,700	23,400
8. Landesgestütsverwaltung	1,200	—	600	1,800	200	1,600
	30,700	40,300	73,500	144,500	14,300	130,200
III. Finanzministerium.						
9. Cameraödomänenverwaltung	76,000	20,000	230,000	326,000	104,000	222,000
10. Forstödomänenverwaltung	1,000	280,000	200,000	481,000	11,000	470,000
11. Berg- und Hüttenverwaltung	14,000	670,000	328,000	1,012,000	107,000	905,000
12. Steuerverwaltung	10,000	—	79,000	89,000	63,000	26,000
13. Salinenverwaltung	12,000	272,000	52,000	336,000	2,000	334,000
14. Zollverwaltung	34,000	—	1,000,000	1,034,000	15,000	1,019,000
15. Münzverwaltung	—	275,000	1,000	276,000	—	276,000
16. Allgemeine Kassenverwaltung	1,600,000	—	82,000	1,682,000	11,000	1,671,000
	1,747,000	1,517,000	1,972,000	5,236,000	313,000	4,923,000
IV. Kriegsministerium.						
17. Militärverwaltung	100,000	—	18,000	118,000	6,000	112,000
Summe	1,886,700	1,583,300	2,084,500	5,554,500	345,300	5,209,200

E t a t

Anlage 6.

über die auf das Grundstodsvermögen zu übernehmenden Ausgaben in den Jahren
1844 und 1845.

I. Neue Ausgaben.

Lasten und Verwaltungskosten.

Finanzministerium.

I. Cameraldomänenverwaltung.	
1. Für Erweiterung der Brauerei Rothhaus	14,650 fl. — fr.
2. Für Herstellung einer Wässerungseinrichtung auf den ärarischen Gütern im Schacher und in der Reischau und für den Umbau derselben	40,000 „ — „
3. Für Herstellung einer Wässerungseinrichtung auf den Seematten bei Obernimbürg und für den Umbau derselben	20,414 „ — „
4. Für Herstellung einer Wässerungseinrichtung auf dem ausgehöckten Kieselwald bei Reilingen	7,196 „ — „
5. Umbau der Probsterwaldwiese bei Sandhausen und Herstellung der Wässerungseinrichtung	14,119 „ 15 „
6. Herstellung der Wohnungen und Bureau für die Domänenverwaltung und Bezirksforsterei Wießloch	13,872 „ — „
	<hr/> 110,251 fl. 15 fr.

II. Forstdomänenverwaltung.

7. Für Erbauung eines Forsthauses zu Kircharten	9,000 fl. — fr.
8. Für Erbauung eines Forsthauses zu Ottenhöfen	8,000 „ — „
	<hr/> 17,000 fl. — fr.

III. Berg- und Hüttenverwaltung.

9. Für ein neues Cylindergebläse für die Grobchmiede in Wehr	5,530 fl. — fr.
10. Für Lieferlegung des Gewerbskanals daselbst	3,742 „ — „
11. Für Herstellung eines Feineisenwalzwerks in Hausen	10,000 „ — „
12. Für Herstellung eines zweiten Grobhammers mit eisernem Hammergerüste in Randern	3,500 „ — „
13. Für Herstellung eines vierten Frischfeuers in Gollnau	1,250 „ — „
14. Für Herstellung eines Cylindergebläses daselbst	4,550 „ — „
	<hr/> 28,572 fl. — fr.

Summe der Lasten und Verwaltungskosten 155,823 fl. 15 fr.

Eigentlicher Staatsaufwand.

Staatsministerium.

15. Für Anschaffung von Kunstgegenständen	10,000 fl. — fr.
16. Für Einfassung des botanischen Gartens wegen Niederreißung der alten Hofgärtnerwohnung in Karlsruhe	2,896 „ 4 „

Summe des eigentlichen Staatsaufwands 12,896 fl. 4 fr.

Summe I. 168,719 fl. 19 fr.

II. Aufrecht zu erhaltende Credite.

Laſten und Verwaltungskosten.

Finanzministerium.

9.	Forſtdomänenverwaltung.	
1.	Für Herſtellung der Straße von St. Ursula bis nach Ottenhöfen	10,615 fl. 47 fr.
	Berg- und Hüttenverwaltung.	
2.	Für Herſtellung einer Zimmerhütte ſammt Holzmagazin in Albbad	6,000 „ — „
	Zollverwaltung.	
3.	Für die fliegende Brücke bei Breifach	25,000 „ — „
Summe Laſten und Verwaltungskosten		<u>41,615 fl. 47 fr.</u>

Eigentlicher Staatsaufwand.

Staatsministerium.

4.	Zur Vollendung des Akademiegebäudes	28,700 fl. 37 fr.
5.	Zur Anſchaffung von Kunſtgegenſtänden	1,727 „ 1 „
6.	Für innere Einrichtung des Akademiegebäudes zur Aufſtellung von Kunſtgegenſtänden	7,023 „ 34 „
Summe eigentlicher Staatsaufwand		<u>37,451 fl. 32 fr.</u>
Summe II.		79,067 fl. 19 fr.
Summe I.		<u>168,719 „ 19 „</u>
Geſamtſumme		247,786 fl. 38 k.

Staats- und Regierungs-Blatt.

 Karlsruhe, den 6. August 1844.

(Gesetz, die Besoldungen und Funktionsgehälter der Staatsdiener betreffend.)

Leopold, von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Von Besoldungen und Besoldungszulagen, welche Civil- und Militärstaatsdienern seit dem 1. Januar 1832 verliehen worden sind, oder künftig verliehen werden, ist bei Ermittlung der Pension solcher Diener ein Fünftheil außer Rechnung zu lassen, ebenso der ganze Betrag, um den ihre Besoldung die Summe von — Viertausend Fünfhundert Gulden — übersteigt.

Besoldungen bis zu — Sechshundert Gulden — trifft jene Abrechnung eines Fünftheils nicht; auch bei höheren Besoldungen findet dieselbe nur mit der Beschränkung statt, daß der Pensionsermittlung stets eine Summe von wenigstens — Sechshundert Gulden — zum Grund zu legen ist.

Art. 2.

Einem aus Staats-, Kirchen- oder Stiftungsmitteln besoldeten Diener kann für einen ihm übertragenen Nebendienst keine ständige Besoldung, sondern nur ein Funktionsgehalt verliehen werden, der ebenso, wie der übertragene Nebendienst zu jeder Zeit widerruflich bleibt, und im Falle der Zurücksetzung bei Berechnung der dienerevidentiellen Pension nicht berücksichtigt werden soll.

Art. 3.

Alle Besoldungen sind in baarem Gelde festzusetzen und zu bezahlen.

Für die den Beamten zugewiesenen Dienstwohnungen haben dieselben ein Zehntel ihres Gehalts an die Staatskasse zu berichtigen, sofern nicht in den Dienstagnotizen der gegenwärtig Angestellten eine denselben günstigere Bestimmung enthalten ist, oder die ihnen zugewiesenen Dienstwohnungen, nach pflichtmäßiger Abschätzung, einen den zehnten Theil ihres Gehalts nicht erreichenden Marktwert haben, in welchem Falle nur der wirkliche Marktwert aufzurechnen ist.

Güter können nur da, wo es die Localität notwendig macht, pachtweise an Staatsdiener verlaßen werden, und nur so viel, als zur Gewinnung der Bedürfnisse ihres eigenen Haushaltes erforderlich sind.

Art. 4.

Die Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes erlischt mit Ablauf des Jahres 1848, wenn nicht vor dieser Zeit eine Vereinbarung zwischen der Regierung und den Ständen über die Fortdauer desselben für einen weiteren Zeitraum zu Stande kommen sollte.

Gegeben zu Carlstraße in Unserem Staatsministerium den 3. August 1844.

Leopold.

von B. A. H.

Auf höchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

(Gesetz, die Verzinsung des Staatszuschusses zur Zehntablösung betreffend).

Leopold, von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Den Zehntpflichtigen, welche die nach §. 12. des Zehntablösungsgesetzes vom 15. November 1833 erforderliche Vorlage der Ablösungsurkunde an die Finanzbehörde je der Zahlung Bevollmächtigten erst nach dem 1. Januar 1844 werden aus dem Betrage, zu welchem der Staatszuschuß sammt igewachsen ist, von diesem Tage an einfache Zinse zu drei und einem halben Prozent jährlich berechnet und bei vereinstiger Erhebung des Staatszuschusses mit ver-
abfolgt.

Art. 2.

Diese Zinsvergütung wird bis zum Tage der Erhebung des Staatszuschusses, da jedoch, wo die Erhebung erst nach dem Jahre 1849 erfolgt, nur bis zum Ablauf des gedachten Jahres geleistet.

Wann im einzelnen Falle die Erhebung bewirkt werden will, haben die zum Empfange der Zahlung Bevollmächtigten der Amortisationskasse drei Monate vorher anzuzeigen.

Art. 3.

Zehntpflichtige, deren Ablösungsurkunde nicht vor dem 1. Januar 1844 angefertigt worden ist, haben auf die in den Artikeln 1. und 2. bestimmte Zinsvergütung nur dann Anspruch, wenn sie nachweisen, daß vor dem 1. Januar 1844 entweder

1. die Urkunde über das gültige Uebereinkommen, wodurch das Zehntablösungscapital festgesetzt worden ist, nach §. 53. des Zehntablösungsgesetzes dem Bezirksamt eingereicht, oder
2. über die Festsetzung des Zehntablösungscapitals das in den §§. 58—60. des Gesetzes bezeichnete gerichtliche oder schiedsrichterliche Verfahren eingeleitet wurde.

Art. 4.

Sind die Betheiligten von dem gütlichen Uebereinkommen (Art. 3. Nr. 1.) wieder abgegangen, oder ist über die Gültigkeit desselben ein Rechtsstreit entstanden, so genügt es, wenn das in Art. 3. Nr. 2. erwähnte gerichtliche oder schiedsrichterliche Verfahren auch erst nach dem 1. Januar 1844, aber doch innerhalb drei Monaten von dem Zeitpunkte an eingeleitet wurde, wo das gütliche Uebereinkommen von den Betheiligten freiwillig wieder aufgehoben oder durch rechtskräftiges Urtheil außer Wirksamkeit gesetzt ward.

Art. 5.

Ist vor dem 1. Januar 1844 ein Rechtsstreit über das Zehntrecht selbst oder über dessen Umfang anhängig geworden, so kommt die in den Artikeln 1. und 2. bestimmte Zinsvergütung den Zehntpflichtigen auch dann zu, wann die Uebergabe der Urkunde über ein gütliches Uebereinkommen (Art. 3. Nr. 1.) oder die Einleitung des gerichtlichen oder schiedsrichterlichen Verfahrens (Art. 3. Nr. 2.) auch erst nach dem 1. Januar 1844, aber doch innerhalb drei Monaten von der rechtskräftigen Erledigung des Rechtsstreits über das Zehntrecht oder dessen Umfang erfolgte.

Art. 6.

Haben die Zehntpflichtigen auf das nach Art. 3. Nr. 2. eingeleitete gerichtliche oder schiedsrichterliche Verfahren oder auf den über die Gültigkeit eines Uebereinkommens entstandenen Rechtsstreit, ohne daß ein Vergleich abgeschlossen wurde, wieder verzichtet, oder den Rechtszug erlöschen lassen (Prozeßordnung §§. 802. und 809.), so gilt dies bei Anwendung obiger Bestimmungen eben so viel, wie wenn das gerichtliche Verfahren, beziehungsweise der Rechtsstreit gar nicht begonnen hätte.

Art. 7.

Die im Art. 3 verlangte Nachweisung ist durch ein Zeugniß des Bezirksamts zu liefern, welches der Finanzbehörde (Hofdomänenkammer, Zehntsection) mit Einreichung der Ablösungsurkunde, oder falls diese bei Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes schon eingereicht wäre, binnen sechs Wochen vorgelegt wird.

Die Finanzbehörde erkennt hierauf, so weit nöthig, nach Vernehmung des Bezirksamts und nach Vernehmung der Zehntpflichtigen über die gegen die Zinsvergütung etwa erhobenen Anstände, ob der Anspruch auf Zinsvergütung begründet ist, oder nicht. Bei ablehnendem Erkenntniße können die Zehntpflichtigen binnen vier Wochen an das Finanzministerium Recurs ergreifen. Dieses entscheidet collegialisch, und ein weiterer Recurs findet nicht statt.

Gegeben zu Karlsruhe, in Unserem Staatsministerium, den 3. August 1844.

Leopold.

von B. d. h.

Auf höchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

B e k a n n t m a c h u n g.

In Folge allerhöchster Entschliessung Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs aus Großherzoglichem Staatsministerium vom Heutigen Nr. 1214 a.—d., wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß beide Kammern der Stände nachstehenden provisorischen Gesetzen durch unterthänigste Adressen ihre Zustimmung nachträglich erteilt haben.

1. Dem provisorischen Gesetz vom 13. October 1843 (Regierungsblatt Nr. XXXIII.), den Vereinszolltarif für die Jahre 1843, 1844 und 1845 betreffend, und der Verordnung des Finanzministeriums vom 22. October 1843, den Durchgangszoll auf kurzen Straßenstrecken betreffend, durch unterthänigste Adresse vom 22. März, bezüglich 7. Juni l. J.;
2. dem provisorischen Gesetz vom 29. Februar 1844 (Regierungsblatt Nr. VI.) Abänderungen im Transitolltarif betreffend, durch unterthänigste Adresse vom 10., bezüglich 22. Juni l. J.;
3. dem provisorischen Gesetz vom 19. Juni 1844 (Regierungsblatt Nr. XIV.), die Abänderungen in den Eisenzollsätzen betreffend, und
4. dem provisorischen Gesetz vom 1. Juli 1844 (Regierungsblatt Nr. XIV.), die Eingangszölle vom ausländischen Zucker und Syrup und den Steuerfuß vom Rübenzucker vom 1. September 1844 bis 1847 betreffend, durch unterthänigste Adresse vom 13., bezüglich vom 22. Juli l. J.

Carlsruhe, den 3. August 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Glod.

Staats- und Regierungs-Blatt.

 Karlsruhe, den 9. August 1844.

Bekanntmachungen.

Die Serienziehung für die siebente Gewinnziehung von dem Anlehen zu fünf Millionen Gulden von 1840 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Serienziehung für die siebente Gewinnziehung von dem Anlehen der Amortisationskasse von 1840 zu fünf Millionen Gulden sind die

Serien Nr. 467	enthaltend	Loos Nr. 46,601	bis	46,700;
" "	440	" "	" "	43,901 " 44,000;
" "	320	" "	" "	31,901 " 32,000;
" "	614	" "	" "	61,301 " 61,400;

herausgekommen, was andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Karlsruhe, den 1. August 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Bäch.

Vdt. Glod.

Höchster Ermächtigung zufolge ist die bisher bestandene Posthalterei in Jähenheim aufgehoben worden, was anmit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Karlsruhe, den 18. Juli 1844.

Ministerium des Großherzogl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

von Busch.

Vdt. von Lürdheim.

Das Anlehen der Amortisationskasse zu fünf Millionen Gulden vom Jahr 1820 betreffend.

Die Inhaber der in der Anlage verzeichneten, nicht mit Zahlungssperre belegten Partial-Loose von dem Anlehen der Amortisationskasse zu fünf Millionen Gulden vom Jahr 1820 werden unter Hinweisung auf das Gesetz vom 14. Mai 1828 (Regierungsblatt Nr. VII. Seite 85 und 86) aufgefordert, ihre Loose der Amortisationskasse vorzulegen, und die darauf gefallenen Gewinnste in Empfang zu nehmen.

Diesjenigen, welche wegen Verlust von Loosen Zahlungssperre erwirkt haben, werden auf die Vorschrift im Satz 205 des Anhangs zum Landrecht aufmerksam gemacht.

Karlsruhe, den 18. Juli 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Bäch.

Vdt. Glod.

Verzeichniß

über

die gezogenen und bis 1. Juli 1844 noch unentgelteten Großherzoglich Badischen
50 fl. Partial-Loose vom Goll und Haber'schen Anlehen des Jahrs 1820.

NB. Die mit + bezeichneten Nummern sind mit Zahlungssperre belegt, nämlich:

3314	3315	3316	3317	3318	3319	3320	3321	3322	3353	7928	7929	7930	7931	7932
7933	9593	11040	11360	13092	19560	19577	19578	19579	19580	19581	19582	19583		
19584	19585	19586	19587	19588	19589	19590	19591	19592	19593	19594	19595	19596		
19597	19598	20648	20738	35978	37593	37594	37595	37596	41323	42160	47644	48327		
48332	48333	48334	48335	48336	48338	50502	51102	51591	55159	55490	57799	62740		
63498	64572	68521	68614	71547	75859	83904	83980	84248	91682	95356	97712.			

Carlsruhe den 30. Juni 1844.

Großherzoglich Badische Amortisationskasse.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, die Directorstelle am katholischen Schullehrer-Seminar zu Meersburg, dem dieselbe zur Zeit provisorisch versiehenden früheren Pfarrverweser Leopold Kesselhauß von Neuweiler,

die erledigte Stelle eines Vorstandes des Bezirksamts Ettlingen dem Oberamtmann Beck in Rheinbischofsheim, und

die hierdurch erledigte Vorstandsstelle bei dem Amte Rheinbischofsheim dem Amtmann Freiherrn von Bodmann in Freiburg,

die erledigte Assessorstelle bei dem Oberamt Rastatt dem zum Assessor bei dem Bezirksamt Neckarbischofsheim ernannt gewesenen Amts-Assessor Friedrich Lacothe zu übertragen, und

den Polizei-Assessor Beck in Mannheim zu dem Bezirksamt Neckarbischofsheim zu versetzen;

den Rittmeister von Selbened zum Commandanten der Gendarmerie-Division des Oberheinkreises zu Freiburg zu ernennen, und

den Gendarmerie-Oberlieutenant von Bodmann zu Constanz zur Dienstleistung und Verwendung bei dem Gendarmerie-Commando dahier zu versetzen;

dem Damenstifts-Verwalter Ludwig Kern in Pforzheim, unter Ernennung desselben zum geistlichen Verwalter, die Stiftschaffnei Lahr,

die erledigte Stelle bei der Amtskassenrevision der Regierung des Oberheinkreises dem Revidenten bei der Communrevision der Regierung des Seckreises Carl Braunewald unter Ernennung desselben zum Revisionsgehilfen, und

dem pensionirten Physikus Engelberger zu Kleinlaufenburg das Physikat Philippsburg zu übertragen;

den Bezirksförster Beckmann in Steinbach wegen vorgerückten Alters, und

den Amtschirurgen Münzer zu Möhringen auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen hohen Alters und Kränklichkeit in Pensionsstand zu versetzen;

zur jurinvergebenen Präsentation des Amtsassessors Joseph Fischer zu Hünfingen auf die Assessorstelle bei dem Bezirksamt Neustadt,

der fürstlich fürstenbergischen Präsentation des Amtsrevisors Matheus Engesser in Stühlingen zum Amtsrevisor in Hünfingen,

der fürstlich fürstenbergischen Präsentation des Physikus Dr. Martin zu Geislingen auf das Physikat Donaueschingen,

der fürstlich leiningenschen Präsentation des Amtschirurgen und praktischen Arztes Wilkens in Mosbach, zum Amtsphysikus in Borberg, und

der auf das Stiftsfraulein Karoline von Degenfeld gefallenen Wahl als Aebtissin des adeligen Damenstifts zu Pforzheim die höchste landesherrliche Bestätigung zu erteilen;

die erledigte evangelische Pfarrei Brombach Decanats Lörrach, dem Pfarrer Wilhelm Wagner von Gersbach,

die evangelische Pfarrei Sandhausen, Decanats Oberheidelberg, dem daselbst als Pfarrverweser charakterisirten Pfarrer Friedrich Ludwig Joseph,

die erledigte evangelische Pfarrei Wiesleth dem Pfarrcandidaten Karl Becker, dormalen Lehrer am Gymnasium zu Lahr,

die erledigte evangelische Pfarrei Langenalb dem Diaconus Jakob Alenert in Gersbach,

die erledigte evangelische Pfarrei Ichenheim dem Pfarr Vell in Rürzell,

die katholische Pfarrei Rappel-Windeck, Amts Bühl, dem Pfarrer Mathias Schoner in Weisenbach, Amts Gernsbach,

die katholische Pfarrei Odenheim, Oberamts Bruchsal, dem landesherrlichen und erzbischöflichen Decan und Stadtpfarrer Alexander Bauer in Philippsburg,

die kathol. Pfarrei **Wilsbach**, **Amtes Gernsbach**, dem Pfarrer **Karl Meinhart** in **Ebersheim**,
die katholische Pfarrei **Niedersuhl**, **Amtes Kallwiput**, dem Pfarrer **Johann Baptist Fink** zu
Kallwiput;

die katholische Pfarrei **Güttingen**, **Amtes Konstanz**, dem Pfarrer **Martus Brändle** in **Waghheim**,
Amtes Stodach, und

die mit dem Dekanat verbundene katholische Stadtpfarrei zu **St. Martin** in **Freiburg** dem
Benefiziaten und Katecheten an der Münsterpfarrkirche daselbst **Joseph Theodor Heberling** zu
übertragen.

Die großherzoglich markgräfllich badische Präsentation des Kaplans **Scheffels** zu **Salem** auf
die Pfarrei **Beuern**, **Amtes Heiligenberg**, hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Nach dem Antrag der evangelischen Kirchen- und Prüfungscommission sind von den sich zur
Frühjahrsprüfung 1844 gemeldet habenden acht Theologen folgende fünf

Ludwig Fellmeth von **Carlsruhe**,
Theodor Freiburger von **Malterdingen**,
Jakob August Eisenlohr von **Kasbatt**,
Wilhelm Stern von **Rosbach**,
Heinrich Wilhelm Rind von **Grenzach**,

unter die evangelisch protestantischen Pfarrcandidaten aufgenommen worden.

Dem Candidaten der Pharmacie **Eugen Waldschütz** von **Münchhof** wurde nach bestandener
ordnungsmäßiger Staatsprüfung von der Sanitätscommission die Lizenz als Apotheker, ertheilt.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Bezirksamt **Eppingen** ist die erste Beamtenstelle in Erledigung gekommen;
die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 4 Wochen bei der Regierung des Mittelrheins-
kreises vorschriftsgemäß anzumelden.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.
- 6.

7. Zu dem Ausschreiben der erledigten Pfarrei Kirchhofen (Reggs-Bl. Nr. XII. vom 28. Juni d. J. Seite 104) wird nachträglich bemerkt, daß sich die Bewerber um dieselbe nicht bloß bei dem katholischen Oberkirchenrath, sondern auch zugleich bei dem erzbischöflichen Ordinariate zu melden haben.
8. Zu dem Ausschreiben der Pfarrei Kappel, Landamts Freiburg (Reggs-Bl. Nr. XII. vom 1. Juni d. J. Seite 96), wird nachträglich bemerkt, daß auf derselben ein zu 5 Procent verzinsliches Provisorium von 76 fl. 45 kr. hafte, welches der künftige Pfründnießer in fünf gleichen Raten nebst den betreffenden Zinsen an die Religionsfonds-Verwaltung in Freiburg abzutragen hat.
9. Durch die Beförderung des Pfarrers Franz Joseph Grimm auf die Stadtpfarrei Wertheim ist die katholische Pfarrei Redarau, Amts Schwellingen, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 600 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
10. Durch das am 27. Oktober v. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Kettberger ist die katholische Pfarrei Altdorf, Amts Ettenheim, mit einem beiläufigen Jahresertrage von 650 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
11. Die erledigte katholische Pfarrei Dellingen, Amts Sickingen, wird mit einem beiläufigen Jahresertrage von 650 fl. zur definitiven Wiederbesetzung ausgeschrieben. Die Bewerber um dieselbe haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariate als auch bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.
12. Durch die Beförderung des Pfarrers Dell. auf die Pfarrei Jhenheim ist die evangelische Pfarrei Kürzell, Decanats Wahlberg, mit einem Competenzanschlag von 631 fl. 39 kr., worauf jedoch eine Kriegsschuld von 51 fl. 7 kr. haftet, welche der neu ernannt werdende Pfarrer in angemessenen Terminen zu entrichten hat, in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich vorschriftsmäßig durch ihre Decanate binnen 6 Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
13. Durch die Beförderung des Diaconus Klenert auf die Pfarrei Langenals ist das Diaconat zu Gernsbach, mit welchem außer den kirchlichen Functionen die Stelle eines Vorstandes und Lehrers an der höheren Bürgerschule verbunden ist und die einen kompetenzmäßigen Ertrag von 617 fl. 32 kr. mit Inbegriff der Dienstwohnung hat, in Erledigung gekommen; die Bewerber um dasselbe haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Decanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
14. Durch das Ableben des Pfarrers Joseph Lechner ist die Pfarrei Oberweiler, Oberamts Rastatt, mit einem beiläufigen Einkommen von 900 fl. in Erledigung gekommen. Die Competenten um diese Pfarrei haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath binnen sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.
15. Man sieht sich veranlaßt, das erledigte Curat-Beneficium ad S. corpus Christi zu Bittlingen mit einem beiläufigen Ertrag von 500 fl., womit die erste Lehrstelle, resp. Vorstandsstelle an der höhern Bürgerschule daselbst mit einem Gehalt von 200 fl. verbunden ist, nochmals auszuschreiben.
Die Competenten um diese Stelle haben sich nach der Verordnung vom Jahr 1810, Regierungsblatt Nr. 38, insbesondere Artikel 4, sowohl bei dem katholischen Oberkirchenrath als bei dem erzbischöflichen Ordinariat binnen 6 Wochen zu melden.
16. Durch die Beförderung des Pfarrers Wagner ist die evangelische Pfarrei Gernsbach, Decanats Schopfheim, mit einem Competenzanschlag von 494 fl. 43 kr., und einer Zulage aus der Friedrich-Christianen-Stiftung auf unbestimmte Zeit von 100 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Decanate bei der obersten Kirchenbehörde zu melden.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

 Karlsruhe, den 13. August 1844.

Verordnung.

Die Erhebung der Rübenzuckersteuer vom 1. September d. J. betreffend.

Zum Vollzuge des Gesetzes vom 1. vorigen Monats über die Eingangszollsätze vom ausländischen Zucker und Syrup und über den Steuersatz vom Rübenroh Zucker für die dreijährige, mit dem 1. September dieses Jahres beginnende Periode (Regierungsblatt Seite 106) wird, was die Steuer vom Rübenroh Zucker betrifft, verordnet, wie folgt:

1. die Steuer, welche dem Gesetze zufolge vom 1. September dieses Jahres an 1 fl. 45 fr. vom Zentner Rübenroh Zucker beträgt, ist vorerst und bis auf anderweite Bestimmung in der bisherigen Weise zu erheben. Es kommen darum die Vorschriften der §§. 3 bis mit 12 des Gesetzes vom 8. August 1841 (Regierungsblatt 1841 Seite 209) forthin zur Anwendung.
2. Die Großherzogliche Zolldirection hat die Erhebungs- und Aufsichtsbehörden hiernach anzuweisen, selbst aber den Vollzug zu leiten und zu überwachen.

Karlsruhe, den 8. August 1844.

 Ministerium der Finanzen.
 von Wich.

Vdt. Glod.

 Bekanntmachungen.

Die Versammlung der Central-Commission für die Rheinschiffahrt in Mainz betr.

Nach einer zwischen den Regierungen der Rheinuferstaaten getroffenen Verabredung wird die Central-Commission für die Rheinschiffahrt in diesem Jahre vom 15. August bis Mitte September in Mainz versammelt seyn, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Karlsruhe, den 23. Juli 1844.

 Ministerium des Großherzogl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
 von Busch.

Vdt. von Türckheim.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Ober befannt gemacht.

Es haben gestiftet:

Alois Sch neble von Duchtlingen 500 fl. zur Gründung eines Armenfonds daselbst und 128 fl. in den dortigen Schulfond;

mehrere Bürger zu Käferthal (Filial der katholischen Pfarrei Feudenheim) 15 fl. zur Gründung eines Pfarrei- oder Pfarrcuratiefonds für die katholische Gemeinde Käferthal;

ein Ungenannter in die Filialkirche zu Wellendingen, Amts Bonndorf, zur Unterhaltung des ewigen Lichts 45 fl. 9 kr. und 25 fl.;

ein Unbekannter zur Wallfahrtskapelle Maria Schrei zu Psullendorf einmal 50 fl., dann wieder 28 fl., nebst einem Rosenkranz im Werth von 15 fl.;

Oberstlieutenant Haff von Durlach in den Spital- und Almosenfond zu Durlach 100 fl.;

Oberbürgermeister Elias Damberth von da in den Spital- und Almosenfond in Durlach 150 fl.;

Madame Ruppenthals Erben von Durlach in den Spital- und Almosenfond in Durlach 200 fl.;

ein Ungenannter in den Almosenfond zu Rappelsweiler 100 fl.;

Spielpächter Benazet in Baden in das städtische Krankenhaus in Baden 879 fl. 15 kr.;

Barbara Knapp von Renchen in den Kirchenfond in Renchen 50 fl. zur Anschaffung einer neuen Fahne;

Lorenz Lohmann von Ottenhöfen in den Heiligenfond in Rappelerthal 80 fl. zur Anschaffung eines Traghimmels.;

Johann Schottmüller, Maurermeister zu Speffart, in den Kirchenbaufond zu Speffart 11 fl.;

Eduard Bayer, Bürger und Partikulier in Baden in das Krankenhaus in Baden 300 fl.

Altvogt Joseph Stuckel von Rauenthal in die Kapelle in Rauenthal eine Orgel im Werthe von 92 fl.;

Beneficiat J. A. Stein zu Ruppenheim in die Kapelle in Rauenthal ein Messbuch im Werthe von 10 fl.;

Ochsenwirth Philipp Schliß zu Bietigheim und ein Ungenannter in die Kirche zu Bietigheim zu Anschaffung zweier kleiner Kirchensahnen 37 fl. 44 kr.;

verschiedene Einwohner aus Baden in das Krankenhaus in Baden als Geschenk 74 fl. 25 kr.;

die ausgetretenen Mitglieder des vormaligen Bürgervereins in Baden in den Armenhausfond in Baden als Geschenk 11 fl. 36 kr.;

ein ungenannter Wohlthäter in den Armenhausfond in Baden 10 fl.;

Matthäus Friedmanns Wittwe, Karoline Schuppert in Greffern, in den Heiligenfond zu Greffern zu Anschaffung eines Rauchmantels 25 fl.;

ein Ungenannter in den Almosenfond in Rappelsweiler 25 fl.;

Pfarrer Herrmann von Hofweier in das Almosen in Mühlhausen 325 fl.;

Johann Baptist Fischer von Waldbulm in den Armenfond zu Waldbulm 100 fl.;

Maria Anna Kern zu Offenburg in den Armenfond zu Offenburg 50 fl.;
 ein Ungenannter in den Kirchenfond zu Tiefenbronn ein Messgewand im Werthe von 30 fl.;
 Joseph Müller von Oberweiler in die Kapelle all dort einen Messkelch sammt Patene im
 Werthe von 33 fl.;
 Anton Schmitt von Bergzell in den Armenfond in Kaltenbronn 100 fl.;
 ein Ungenannter in den Spitalfond zu Gengenbach 100 fl.;
 Sibilla Ernst, Wittwe des Bruno Knopf von Neuweiler in die Kapelle all da 360 fl. zu
 Anschaffung einer Orgel;
 der ledig verstorbene Joseph Birk von Ibach in den Armenfond daselbst 100 fl.;
 Katharina Baumann, Johann Renkers Wittve von Ibach, in den Armenfond in Ibach 50 fl.

Erlaubniß zum Tragen fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Kammerherrn Freiherrn
 Roth von Schreckenstein die gnädigste Erlaubniß ertheilt, daß ihm von Seiner Königlichen
 Hoheit dem Großherzog von Hessen verliehene Kommandeurkreuz erster Klasse des Ordens Philipps
 des Großmüthigen anzunehmen und zu tragen; eben so wurde

dem Oberstlieutenant und Flügeladjutanten von Krieg durch höchste Ordre vom 9. Juli
 d. J. die Erlaubniß ertheilt, den ihm von seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen
 rothen Adlerorden III. Klasse annehmen und tragen zu dürfen.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Großherzog-
 lich Hessischen Geheimen Oberforstrath Samminer, dem Geistlichen Rath und Stadtpfarrer
 Dr. Beutter in Adolphzell und dem Banquier und Großhändler Herring in Brünn das Ritter-
 kreuz des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden,
 dem geheimen Kammerier Frohmüller, in Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten
 Dienste, die große goldene Civilverdienstmedaille zu verleihen;

Militär-Dienstschriften.

Durch höchste Ordre vom 9. Juni d. J. wurde dem Prinzen Emil von Fürstenberg
 Durchlaucht, der Character als Rittmeister ertheilt und derselbe dem Dragonerregiment Großher-
 zog aggregirt.

Durch höchste Ordre vom 22. Juli d. J. erhielt der Lieutenant Wolff vom I. Infanterie-
 Regiment die unterthänigst nachgesuchte Entlassung.

Durch höchste Entschließung vom 22. Juli d. J. wurde der Kasernenverwalter Marx mit
 Staatsdienerereignschaft zu dieser Stelle ernannt.

Gestorben ist:

den 16. Juli d. J. Lieutenant von Krieg im I. Infanterie-Regiment;
den 21. Juli d. J. Hauptmann von Fick im Leib-Infanterie-Regiment.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:
dem pensionirten Registrator Giehne den Character als Kanzleirath zu ertheilen;
die katholische Pfarrei Worblingen, Amts Radolfzell, dem Pfarrvikar Karl Winterhalter
in Welschensteinach, Amts Haslach,
die katholische Pfarrei Leimen, Oberamts Heidelberg, dem Pfarrer Ferdinand Buhlinger
in Dilsberg zu verleihen, und
der fürstlich fürstenbergischen Präsentation des Amtsrevisors Nepomuck Stöcker in Möhringen
zum Amtsrevisor in Möhringen die höchstlandesherrliche Befähigung zu ertheilen;

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Durch die Beförderung des Amtschirurgen Willens ist das Amtschirurgat Mosbach mit der normalmäßigen Besoldung von 180 fl. und 120 fl. Pferdfourage-Aversum in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen vier Wochen nach Vorschrift bei der fürstlich leiningenschen Standesherrschaft zu melden.
2. Durch den am 19. März d. J. erfolgten Tod des Pfarrers Steininger ist die Stadtpfarrei Neustadt, mit der man das landesherrliche Decanat und die Bezirkschulvisitatur zu verbinden gedenkt, mit einem beiläufigen Einkommen von 1000 fl. erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrpfünde, worauf die Verbindlichkeit ruht, nöthigenfalls einen Vikar zu halten, und ein von Martini 1843 begonnenes, zu 5 Procent verzinsliches Provisorium von 6 Jahren für 56 fl. 9 kr. Zehntablösungskosten, vorbehaltlich weiterer sich ergebender Kosten zu bezahlen, haben sich bei der fürstlich fürstenbergischen Standesherrschaft, als dem Patron, nach Vorschrift zu melden.
3. Durch die Beförderung des landesherrlichen Dekans und Pfarrers Joseph Scheffold auf die Pfarrei Waldbut ist die Pfarrei Dürreheim, Amts Willingen, mit einem beiläufigen Einkommen von 800 fl. erledigt worden. Die Competenten um diese Pfarrpfünde haben sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
4. Nachdem die auf der evangelischen Pfarrei Auenheim haftenden Schulden abgetragen sind, hat man beschloffen, diese Pfarrei wieder definitiv zu besetzen, und es wird daher die evangelische Pfarrei Auenheim, Decanats Rork, mit einer Competenz von 879 fl. ausgeschrieben; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Decanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
5. Durch die Berufung des Pfarrers Hilsbach auf die Pfarrei Merchingen ist die evangelische Pfarrei Eubigheim, Decanats Adelsheim, mit einem ungefähren Dienst-Einkommen von 400 fl. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen bei der Patronats Herrschaft, den Freiherrn von Rüd, Oberstabter und Böbighheimer Linie, zu melden.

Gestorben ist:

Am 17. Juli d. J. Bezirksbaumetzer Oberbaurath Arnold in Heidelberg.

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 18. August 1844.

B e k a n n t m a c h u n g.

(Den Gütertransport auf der Eisenbahn betreffend.)

In Folge Allerhöchster Ermächtigung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 18. Juli d. J., Nr. 1148, wird hiermit, unter Aufhebung des dormaligen Tarifs für Beförderung von Gütern und Rohprodukten auf der Eisenbahn, das beigefügte vom 20. d. M. an in Wirksamkeit tretende Reglement für den Gütertransport nebst Tarif, sowie die Tabelle der Distanzen, welche bei Berechnung der Taxen in Anwendung kommen, zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe den 10. August 1844.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
von Busch.

Vdt. von Türckheim.

R e g l e m e n t

für den Gütertransport auf der Großherzoglich Badischen Eisenbahn.

§. 1.

Der Transport begreift in sich die Beförderung der aufgegebenen Sendungen von einer der im Tarif angegebenen Stationen zu einer andern, einschließlich des Verladens auf die Eisenbahntransportwagen, und des Abladens von denselben.

Die Versender und Empfänger sind verbunden, die Güter in den Bahnhof zu verbringen, beziehungsweise von dort abzuholen.

§. 2.

Die Güter zerfallen nach Maßgabe des ausgeschlossenen Tarifs in drei Klassen, nämlich:

- a) in Güter I. Klasse, welche alle nicht zu den zwei folgenden Klassen gehörigen, oder unter den nachstehenden Bestimmungen aufgeführten Gegenstände in sich begreifen;
- b) in Güter II. Klasse, als: Rohprodukte aller Art, — Steine, Erden, Erze, Steinkohlen, Torf, Holz (Bau-, Brenn- und Nutzholz), rohe landwirthschaftliche Produkte (Getreide, roher Tabak in Blättern, Gemüse, Obst &c.), Felle und Häute, unverarbeitete Metalle (Masseln, Stab- und Stangeneisen, Bleche &c.), ferner grobe Geware, Mehl, Wein, Bier, badisches Oel und Essig in Fässern, leere gebrauchte Fässer und Kasser &c.;
- c). in Eilgüter (III. Klasse) welche mit den zunächst abgehenden Personenzügen befördert werden sollen, und in Güter welche im Verhältnis zum Gewichte einen großen

Raum einnehmen, als: Bettfedern, Hausgeräthe aller Art, musikalische Instrumente, Korb- und Flechtwaaren, Hüte, Holz- und Gypsfiguren, Pappwaaren, Watte, Farbpräparate, Hopfen, Schwämme, feinere Maschinentheile, Korkholz und Korkstopfen, Lederstücke u.

§. 3.

Sendungen unter zwei Centner zahlen die Taxe gleich wie für volle zwei Centner. Bei Gewichtsüberschlag wird der Centnertheil für einen vollen Centner berechnet.

§. 4.

Sehr voluminöse und vielen Raum erfordernde, auch sehr schwierig zu verladende Gegenstände, so wie gefährliche Substanzen, nämlich Scheidewasser, Schwefelsäure und andere ätzende chemische Produkte, gährende Flüssigkeiten, welche der zu treffenden Vorsichtsmaßregeln wegen nur nach besonderer Uebereinkunft befördert werden, unterliegen der doppelten Taxe der Güter I. Klasse.

§. 5.

Leicht entzündliche und feuerfangende Gegenstände, als: Schießpulver, Knallsilber, Streichfeuerzeuge u. sind vom Transporte ausgeschlossen. Wer dergleichen ohne oder mit falscher Deklaration aufgibt, ist für allen etwa daraus entstehenden Schaden verantwortlich. Der Expeditionsbeamte hat das Recht, die zu versendenden Güterstücke in Gegenwart des Versenders öffnen und untersuchen zu lassen, um sich zu überzeugen, das solche keine zur Mitfuhr unerlaubte Gegenstände enthalten.

§. 6.

Baare Geldsendungen, sowie Waarensendungen unter 25 Pfund werden nicht angenommen.

§. 7.

Die Verwaltung ist nicht verpflichtet, Güter zu transportiren, welche nicht nach Erforderniß gut verpackt sind, eben so wenig solche, die sich nicht zum Transport auf der Bahn eignen.

§. 8.

Die Anmeldung der zu transportirenden Güter u., mit Ausnahme der Eilgüter muß, wenn das Gewicht derselben über fünf Centner beträgt, auf den Hauptstationen mindestens eine Stunde vor deren Verbringen in den Bahnhof, und auf Zwischenstationen am Tage vorher geschehen, wenn auf deren alsbaldige Uebernahme und Beförderung gezählt werden will.

Dem Versender wird, wenn er es verlangt, die Uebernahme der Güter auf einem Duplikate des Frachtbriefes bescheinigt.

§. 9.

Jede Sendung muß an einen Empfänger im Stationsorte, wohin dieselbe gerichtet ist, adressirt sein.

§. 10.

Zu jeder an einen und denselben Empfänger gerichteten Sendung hat der Absender einen offenen Frachtbrief nach dem vorgeschriebenen Muster auszustellen.

In einem und demselben Frachtbrief dürfen nur Gegenstände gleicher Kategorie, d. h. Gegenstände, welche einer und derselben Tarifklasse angehören, verzeichnet werden.

Der Frachtbrief muß durch den Versender unterschrieben sein.

Frachtbrief-Impressen sind auf sämmtlichen Güterexpeditionsbüroausstellungen und gegen Entrichtung der Aufschlagsgebühren zu erhalten.

§ 11.

Für zu wenig deklarirte Gewichte wird als Conventualstrafe die fünffache Fracht des zu wenig deklarirten Quantums berechnet.

§ 12.

Bei Gegenständen, welche der Begleitchein- oder Binnen-Controle unterliegen, müssen vor der Uebergabe zum Transporte die bezüglichlichen zollamtlichen Papiere, beziehungsweise die gehörig visirten oder abgestempelten Frachtbrieife an die Expeditionsstelle abgeliefert werden.

Der Plombage-Verschluss muß bei den betreffenden Stücken im Frachtbrief ausdrücklich erwähnt sein, widrigenfalls nicht dafür gehaftet wird.

In Beziehung auf die Richtigkeit des Inhaltes der Deklaration oder des Frachtbriefes übernimmt die Verwaltung den Transport dieser Gegenstände überhaupt nur auf Gefahr und Kosten des Versenders.

Die Anmeldung und Verzollung solcher Gegenstände am Orte der Bestimmung ist lediglich Sache des Empfängers.

§ 13.

An Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen werden Waarensendungen, mit Ausnahme der Eilgüter, in der Regel nicht befördert.

§ 14.

Die längste Ablieferungsfrist wird für die Güter I. Classe und die der Eilguttaxe unterliegenden voluminösen Gegenstände auf zweimal 24 Stunden und für die Güter II. Classe auf dreimal 24 Stunden, von der erfolgten Uebernahme an gerechnet, festgesetzt.

Eilgüter werden wo möglich mit dem nächstabgehenden und längstens mit dem zweiten Wagenzuge abgesendet.

§ 15.

Die Verwaltung haftet für den äußerlich wohl beschaffenen Zustand der transportirten Güter, insofern solche in vorschriftsgemäßem Zustande zur Beförderung übergeben worden sind, und für das Gewicht nach Abzug des üblichen Culo in der Weise, daß für ersichtliche Beschädigung oder Verlust durch Verschulden der Verwaltung, und nicht durch höhere Gewalt, je nach dem Werthe der Sendung und höchstens bis 25 fl. für den Zentner bezahlt wird. Wenn eine äußerliche Beschädigung nicht vorhanden ist, kann in keinem Falle wegen des Inhaltes der Colli eine Entschädigung reklamirt werden. Ebenso werden Gewichtsdefekte nur dann vergütet, wenn eine Entwendung äußerlich erkennbar ist.

Für das Verderben der leicht in Gährung übergehenden Flüssigkeiten, oder schneller Fäulniß unterliegenden Gegenstände, für Leckage, für Einrost von Metallwaaren, für Bruch oder Beschädigung leicht zerbrechlicher Gegenstände, sowie für solche Beschädigungen, welche nachweislich Folge einer ungenügenden äußerlich nicht zu erkennenden Verpackung sind, wird nicht gehaftet.

Reklamationen wegen Ersapleistung müssen jedenfalls vor Uebernahme der Gegenstände von Seiten des Empfängers erhoben werden. Spätere Reklamationen werden nicht berücksichtigt.

§ 16.

Eine Versicherung gegen Ereignisse durch höhere Gewalt, oder zu einem höheren Werthe, als die obige Vorschrift bestimmt, findet auf Verlangen des Versenders gegen Entrichtung der durch den Tarif bestimmten Versicherungsstare statt.

Wenn die Güter zu einem höheren Werthe versichert werden sollen, so muß dieß im Frachtbriefe ausdrücklich bemerkt, auch der Versicherungswertb für jedes einzelne Stück angegeben sein.

§. 17.

Spezer-Nachnahme ist gestattet und wird dafür 2 Prozent vom Betrage derselben als Provision berechnet.

Der Betrag der Nachnahme darf jedoch den fünften Theil des wirklichen Werthes der Güter nicht übersteigen.

Die Auszahlung der Nachnahme findet nach dem Ermessen des Expeditionsbeamten erst dann statt, wenn vom Bestimmungsorte Nachricht über die Anerkennung, resp. Vergütung derselben durch den Empfänger eingegangen ist.

Der Betrag der zu erhebenden Nachnahme muß jedesmal im Frachtbriefe in Worten ausgedrückt und deren Empfang von dem eigentlichen Versender selbst, nicht aber von dem zufälligen Ueberbringer, bescheinigt werden.

§. 18.

Die Bezahlung der Frachttaxe und der Versicherungstaxe kann entweder bei der Aufgabe durch den Absender oder am Bestimmungsorte durch den Empfänger geschehen.

Wird bei frankirten Sendungen Nachnahme erhoben, so ist die Nachnahme-Provision mit dem Frachtbetrage durch den Absender zu entrichten.

Für Gegenstände, welche dem schnellen Verderben ausgesetzt oder leicht zerbrechlich sind, muß die Fracht- und Versicherungstaxe bei der Aufgabe bezahlt werden.

§. 19.

Als bald nach erfolgter Ankunft am Bestimmungsorte wird der Empfänger durch Vorweisung des Frachtbriefes hievon in Kenntniß gesetzt und hat, daß dieß geschehen, auf dem Frachtbrief selbst zu bezeugen. Das Abholen der Güter aus dem Bahnhofe hat innerhalb 24 Stunden nach erfolgter Anzeige der Ankunft derselben zu geschehen. Nach Ablauf dieses Termins haftet die Verwaltung in keiner Beziehung für die etwa nicht abgeholtten Güter, und es fallen daher alle Folgen der verzögerten Abnahme auf den Empfänger, beziehungsweise Versender. Ueberdies ist für jeden Tag nach Ablauf der Abholungsfrist ein Lagergeld von drei Kreuzern per Centner zu entrichten.

§. 20.

Die Ablieferung der Güter hat der Empfänger mittelst Abgabe der an den Frachtbriefen befindlichen Coupons zu bescheinigen.

§. 21.

Etwaige Verweigerung der Annahme hat der Empfänger sogleich bei Vorweisung des Frachtbriefes anzuzeigen und desfalls schriftliche Erklärung abzugeben, wonach der Absender zur weiteren Disposition über die Güter, für welche nach Ablauf des Abholungstermins keinerlei Haftbarkeit von Seiten der Verwaltung besteht, in Kenntniß gesetzt wird.

Güter, deren Annahme verweigert wird, sollen in den städtischen Lagerhäusern, wo solche bestehen, auf Kosten und Gefahr des Eigenthümers, niedergelegt werden.

§. 22.

Außer der Beförderung nach Centnern können Abonnements auf Güterversendung genommen werden, für welche die nachstehenden Bedingungen maßgebend sind:

- a) Die Uebernahme eines Abonnements bedingt die regelmäßige Beförderung eines Transportwagens nach einem bestimmten Stationsorte und zurück, an mindestens einem Tag in der Woche und für die Dauer von mindestens einem Monat.

- b) Die Frachttaxe beträgt $\frac{1}{10}$ Kreuzer für den Centner und die Stunde.
 - c) Das Minimum des zu bezahlenden Gewichtes ist die Hälfte des Ladungsgewichtes eines ganzen Transportwagens oder 40 Centner. Die Größe des Gewichtes ist unbeschränkt, jedoch muß bei Abonnements auf mehr als einen oder mehrere Wagen der Ueberschlag mindestens 40 Centner betragen.
 - d) Uebersteigt die wirkliche Ladung des gemietheten Wagens das Gewicht, worauf das Abonnement lautet, so wird von dem Mehrgewichte die auf die betreffenden Güter fallende Frachttaxe nach dem Tarif, nach Abzug von 1 Kreuzer per Centner für Güter I. Classe, von $\frac{1}{2}$ Kreuzer per Centner für Güter II. Classe, und von $1\frac{1}{2}$ Kreuzer per Centner für volumindige Güter (III. Classe) in Anwendung gebracht.
 - e) Die Bezahlung der Frachttaxe für das die Abonnements-Ladung übersteigende Gewicht hat bei der Aufgabe zu geschehen.
 - f) Die Beförderung der Abonnementsladungen findet an den festgesetzten Tagen in der Regel mittelst der gewöhnlichen Güterzüge statt. Für das etwa vorhandene Mehrgewicht ist nach Maaßgabe der Kategorie der Güter die im §. 14. festgesetzte Ablieferungsfrist für Güter I. und II. Classe maaßgebend. Wünscht der Versender eine Beschleunigung des Transports, gleich wie bei Eilgütern, so ist die Frachttaxe der Güter dritter Classe nach Abzug von $1\frac{1}{2}$ Kreuzer per Centner zu entrichten.
 - g) Die Abonnements, sowie Abänderungen derselben, können immer nur mit dem Anfang eines Monats beginnen. Vor Ablauf eines Monats kann weder eine Verminderung noch Vermehrung der einmal angenommenen Beförderungstage, noch des Ladungsgewichtes eintreten.
 - h) Vor Beginn des Abonnements muß der Abonnementspreis für den nächsten Monat vorausbezahlt werden, und ebenso ist bei Fortsetzung desselben jeweils ein Monatsbetrag vorauszubezahlen.
 - i) Dem Abonnenten werden zum Behufe der Versendung seiner Güter ein, beziehungsweise mehrere Wagen zur bestimmten Zeit zur Verfügung gestellt, und es steht demselben frei, seinen oder seine Wagen mit Güterstücken verschiedener Kategorie zu beladen, mit Ausschluß der zur Beförderung auf der Eisenbahn überhaupt verbotenen Waaren, worüber, sowie über die Einhaltung des Gewichtes und das geeignete Verladen die Expeditionsbeamten die erforderliche Controle auszuüben haben.
 - k) Ueber den Inhalt einer jeden Versendung hat der Abonnent ein Verzeichniß der Güterstücke mit beigesetztem Gewicht an die Expeditionsstelle abzugeben.
 - l) Die Ab- und Befuhr der Güter, sowie das Laden auf und von den Eisenbahntransportwagen ist Sache des Abonnenten, welchem zu letzterem Zweck ein bestimmter Platz in den Güterschoppen angewiesen wird.
- Im Falle des nicht rechtzeitigen Abholens der angekommenen Güter hat der Abonnent die für solche Verzögerung festgesetzte Lagergebühr zu bezahlen.
- m) Dem Abonnenten ist gestattet, in oder auf den ihm zur Verfügung gestellten Wagen einen Güterbegleiter unentgeltlich zu befördern.
 - n) Für die im Abonnement versendeten Güter übernimmt die Verwaltung keine Haftbarkeit; es sei denn, daß dafür die tarifmäßige Versicherungstaxe bezahlt worden ist.
 - o) Anmeldungen von Abonnements, sowie Abänderungen derselben müssen unter genauer Angabe der Beförderungstage und des Ladungsgewichtes bei der Direction der Posten und Eisenbahnen eingereicht werden.

Für je einen Centner und 10

[illegible]

f

Großherzoglich Badischen Eisenbahn.

Sicherungswerth sind zu erheben:

Ruggen- sturm.				Kastatt.				Dot.				Bühl.				Möbern.				Heidenh.				Appenweier.				Offenburg.				Rehl.			
terclass.		Verfide- rungs-Fare.		Güterclass.		Verfide- rungs-Fare.		Güterclass.		Verfide- rungs-Fare.		Güterclass.		Verfide- rungs-Fare.		Güterclass.		Verfide- rungs-Fare.		Güterclass.		Verfide- rungs-Fare.		Güterclass.		Verfide- rungs-Fare.		Güterclass.		Verfide- rungs-Fare.		Güterclass.		Verfide- rungs-Fare.	
II.	III.	fr.	fr.	I.	II.	III.	fr.	I.	II.	III.	fr.	I.	II.	III.	fr.	I.	II.	III.	fr.	I.	II.	III.	fr.	I.	II.	III.	fr.	I.	II.	III.	fr.	I.	II.	III.	fr.
14	25	2	fr.	18	14	26	2	19	16	29	2	22	18	33	3	24	19	35	3	25	20	37	3	26	21	39	3	28	22	42	3	26	21	39	3
13	24	2	fr.	17	14	26	2	19	15	28	2	21	17	32	2	23	19	35	3	25	20	37	3	26	21	39	3	28	22	41	3	26	21	39	3
13	24	2	fr.	17	14	26	2	19	15	28	2	21	17	32	2	23	19	35	3	25	20	37	3	26	21	39	3	28	22	41	3	27	21	40	3
11	20	2	fr.	15	12	22	2	16	13	24	2	19	15	28	2	21	17	31	2	22	18	38	3	23	19	35	3	25	20	37	3	24	19	36	3
9	17	2	fr.	13	10	19	2	14	11	21	2	17	13	25	2	18	15	27	2	20	16	30	2	21	17	32	2	23	18	34	3	22	18	33	3
8	14	2	fr.	10	8	15	2	12	10	18	2	14	12	21	2	16	13	24	2	18	14	27	2	19	15	28	2	21	17	31	2	20	16	30	2
6	11	2	fr.	9	7	13	2	10	8	15	2	13	10	19	2	14	12	21	2	16	13	24	2	17	14	26	2	19	15	28	2	18	15	27	2
5	9	2	fr.	7	6	10	2	8	7	12	2	11	9	16	2	13	10	19	2	14	11	21	2	15	12	23	2	17	14	25	2	16	13	24	2
4	8	2	fr.	6	5	9	2	8	6	12	2	10	8	15	2	12	10	18	2	14	11	21	2	15	12	22	2	17	13	25	2	16	13	24	2
3	6	2	fr.	5	4	8	2	7	5	10	2	9	7	13	2	11	9	16	2	12	10	18	2	14	11	20	2	15	12	23	2	15	12	22	2
Ruggensturm				3	2	4	2	4	3	6	2	7	5	10	2	8	7	12	2	10	8	15	2	11	9	17	2	13	10	19	2	12	10	18	2
Kastatt				3	3	5	2	6	5	8	2	8	6	11	2	9	7	13	2	10	8	15	2	10	8	15	2	12	10	18	2	11	9	16	2
Dot.				4	3	6	2	6	5	9	2	8	6	11	2	9	7	13	2	10	8	15	2	10	8	15	2	12	10	18	2	11	9	16	2
Bühl.				3	3	5	2	6	5	9	2	8	6	11	2	9	7	13	2	10	8	15	2	10	8	15	2	12	10	18	2	11	9	16	2
Möbern				3	2	4	2	4	3	6	2	6	5	9	2	7	6	11	2	9	7	13	2	10	8	15	2	12	10	18	2	11	9	16	2
Heidenh.				3	2	4	2	4	3	6	2	6	5	9	2	7	6	11	2	9	7	13	2	10	8	15	2	12	10	18	2	11	9	16	2
Appenweier				3	3	5	2	4	3	6	2	6	5	9	2	8	6	11	2	9	7	13	2	10	8	15	2	12	10	18	2	11	9	16	2
Offenburg				3	3	5	2	4	3	6	2	6	5	9	2	8	6	11	2	9	7	13	2	10	8	15	2	12	10	18	2	11	9	16	2
Rehl.				5	4	7	2	6	5	8	2	8	6	11	2	9	7	13	2	10	8	15	2	10	8	15	2	12	10	18	2	11	9	16	2

Tabelle der Distanzen,

welche bei Berechnung der Gütertransport-Taxen auf der Großherzoglich Badischen Eisenbahn in Anwendung kommen.

Angabe: in Badischen Stunden zu 14814,81 Badischen Fuß, oder 4444,44 Metres (25 Bad. Stunden == 1 Grad).

	Friedrichs- feld.	Heidel- berg.	Wiesloch.	Langen- brücken.	Bruchsal.	Wein- garten.	Durlach.	Carlsruhe.	Stuttgart.	Muggen- sturm.	Rastatt.	Doß.	Bühl.	Achern.	Reichen.	Appen- weiler.	Offen- burg.	Rehl.
	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.	St.
Manheim	2	4	5 $\frac{3}{8}$	7 $\frac{3}{8}$	9 $\frac{1}{4}$	10 $\frac{3}{8}$	12	12	13 $\frac{3}{8}$	15 $\frac{1}{2}$	16 $\frac{1}{8}$	17 $\frac{1}{8}$	20 $\frac{3}{8}$	22 $\frac{1}{8}$	23 $\frac{1}{2}$	24 $\frac{7}{8}$	26 $\frac{1}{2}$	25.
Friedrichsfeld		2 $\frac{1}{8}$	3 $\frac{3}{8}$	6 $\frac{1}{8}$	8	9 $\frac{3}{8}$	11 $\frac{1}{8}$	11 $\frac{1}{4}$	12 $\frac{3}{8}$	14 $\frac{7}{8}$	15 $\frac{3}{8}$	17 $\frac{1}{2}$	19 $\frac{7}{8}$	21 $\frac{3}{8}$	23 $\frac{1}{8}$	24 $\frac{1}{2}$	26 $\frac{1}{8}$	24 $\frac{3}{8}$
Heidelberg			2 $\frac{3}{8}$	5 $\frac{1}{4}$	7 $\frac{3}{8}$	9 $\frac{1}{8}$	10 $\frac{7}{8}$	11 $\frac{3}{8}$	12 $\frac{3}{8}$	14 $\frac{7}{8}$	15 $\frac{3}{8}$	17 $\frac{1}{2}$	20	21 $\frac{7}{8}$	23 $\frac{1}{4}$	24 $\frac{1}{2}$	26 $\frac{1}{4}$	25 $\frac{1}{8}$
Wiesloch				2 $\frac{3}{8}$	4 $\frac{3}{8}$	6 $\frac{1}{4}$	8	8 $\frac{3}{8}$	9 $\frac{3}{8}$	12 $\frac{1}{8}$	13 $\frac{1}{8}$	14 $\frac{3}{8}$	17 $\frac{1}{4}$	19 $\frac{1}{8}$	20 $\frac{3}{8}$	21 $\frac{7}{8}$	23 $\frac{1}{2}$	22 $\frac{1}{2}$
Langenbrücken					2 $\frac{1}{8}$	4 $\frac{1}{8}$	5 $\frac{3}{8}$	6 $\frac{1}{4}$	7 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{8}$	11 $\frac{1}{8}$	12 $\frac{3}{8}$	15 $\frac{3}{8}$	17	18 $\frac{1}{2}$	19 $\frac{3}{8}$	21 $\frac{3}{8}$	20 $\frac{3}{8}$
Bruchsal						1 $\frac{3}{8}$	3 $\frac{3}{8}$	4 $\frac{1}{8}$	5 $\frac{1}{4}$	7 $\frac{7}{8}$	8 $\frac{7}{8}$	10 $\frac{1}{2}$	13	14 $\frac{7}{8}$	16 $\frac{3}{8}$	17 $\frac{3}{8}$	19 $\frac{1}{8}$	18 $\frac{1}{2}$
Weingarten							1 $\frac{3}{4}$	2 $\frac{1}{4}$	3 $\frac{3}{8}$	6	7 $\frac{1}{8}$	8 $\frac{3}{8}$	11 $\frac{1}{8}$	13	14 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{3}{8}$	17 $\frac{3}{8}$	16 $\frac{3}{8}$
Durlach								1	1 $\frac{5}{8}$	4 $\frac{3}{8}$	5 $\frac{3}{8}$	7	9 $\frac{3}{8}$	11 $\frac{1}{4}$	12 $\frac{3}{4}$	14	15 $\frac{5}{8}$	14 $\frac{7}{8}$
Carlsruhe									1 $\frac{3}{8}$	3 $\frac{7}{8}$	4 $\frac{7}{8}$	6 $\frac{1}{2}$	9	10 $\frac{7}{8}$	12 $\frac{3}{8}$	13 $\frac{3}{8}$	15 $\frac{1}{8}$	14 $\frac{3}{8}$
Stuttgart										2 $\frac{3}{8}$	3 $\frac{3}{8}$	5 $\frac{1}{4}$	7 $\frac{3}{8}$	9 $\frac{3}{8}$	11	12 $\frac{1}{4}$	13 $\frac{7}{8}$	13 $\frac{1}{4}$
Muggensturm											1 $\frac{1}{8}$	2 $\frac{3}{8}$	5 $\frac{1}{8}$	7	8 $\frac{1}{2}$	9 $\frac{3}{4}$	11 $\frac{3}{8}$	10 $\frac{3}{8}$
Rastatt												1 $\frac{3}{4}$	4 $\frac{1}{4}$	6 $\frac{3}{8}$	7 $\frac{1}{2}$	8 $\frac{3}{4}$	10 $\frac{1}{2}$	9 $\frac{1}{2}$
Doß													2 $\frac{1}{4}$	4 $\frac{3}{8}$	5 $\frac{3}{8}$	7 $\frac{1}{8}$	8 $\frac{3}{8}$	8
Bühl														1 $\frac{1}{8}$	3 $\frac{3}{8}$	4 $\frac{3}{8}$	6 $\frac{1}{4}$	5 $\frac{7}{8}$
Achern															1 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{3}{4}$	4 $\frac{3}{8}$	4 $\frac{1}{4}$
Reichen																1 $\frac{1}{4}$	2 $\frac{7}{8}$	3
Appenweiler																	1 $\frac{3}{4}$	2 $\frac{3}{8}$
Offenburg																		3 $\frac{1}{4}$

Bemerkung.

Die Berechnung der Distanzen geschah unter Zugrundlegung der directen Entfernungen von einer Station zur andern.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 20. August 1844.

Leopold, von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

In Anbetracht der in verschiedenen souveränen Häusern Deutschlands für die Mitglieder dieser Häuser angenommenen Prädicate, haben Wir Uns gnädigst bewogen gefunden, dem jeweiligen Erbgroßherzoge das Prädicat „Königliche Hoheit“ und den übrigen Prinzen, so wie den Prinzessinnen Unseres Hauses, das bisher selbstverständene Prädicat „Großherzogliche Hoheit“ ausdrücklich zu ertheilen und wollen, daß Ihnen fernerhin diese Prädicate in allen Anreden und Schreiben beigelegt werden.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 15. August 1844.

Leopold.

von Busch.

Auf höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.**V e r o r d n u n g.**

(Die Steuererhebung für die Jahre 1844 und 1845 betreffend.)

Nach Ansicht des Art. 9 des Finanzgesetzes vom 3. d. M., Regierungsblatt Nr. XVI, wird auf den Grund des genehmigten Budgets andurch verordnet:

§. 1.

Für jedes der Jahre 1844 und 1845 werden zur Bestreitung der allgemeinen Landes- und der besondern Bezirks-Bedürfnisse erhoben

1) an Staatssteuer:

- a) Grund-, Häuser- und Gefällsteuer von 100 fl. Steuerkapital
Neunzehn Kreuzer;
- b) Gewerbesteuer von 100 fl. Steuerkapital
Drei und zwanzig Kreuzer;
- c) Classensteuer von 100 fl. Steuerkapital
Drei und zwanzig Kreuzer

d) Zusatzsteuer von den Wäldungen der Gemeinden und Körperschaften, welche durch die Bezirksförster des Staats und der Standes- und Grundherren befördert werden, von 100 fl. Steuerkapital

Sechs Kreuzer;

2) zu besondern Bezirksbedürfnissen:

a) Flußbaugeld der beitragspflichtigen Rheinorte von 100 fl. Steuerkapital

Vier Kreuzer;

b) Flußbaugeld der beitragspflichtigen Orte von Nebenflüssen von 100 fl. Steuerkapital

Drei Kreuzer;

c) Dammbaubeiträge nach den von den Kreisregierungen genehmigten Anschlägen.

§. 2.

Soweit der Steuereinzug auf den Grund des Gesetzes vom 10. November 1843, Regierungsblatt Nr. XXVIII., der landesherrlichen Verordnung vom 7. Dezember 1843, Regierungsblatt Nr. XXXII., und des Gesetzes vom 31. Mai dieses Jahrs, Regierungsblatt Nr. XII., nicht schon erfolgt ist, hat derselbe auf die geordneten Verfalltermine zu geschehen.

§. 3.

Die Steuereinsammlung ist mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Carlsruhe, den 12. August 1844.

Ministerium der Finanzen.

In Abwesenheit des Ministers:

Der Ministerialdirektor

Regenauer.

Vdt. Glock.

Bekanntmachungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst zu genehmigen geruht, daß

1. die Verzichtleistung der Genossenschaft zu Bräunlingen auf die Beförderung ihrer Wäldungen angenommen,
2. der Waldbesitz der Genossenschaft zu Bräunlingen und der dortigen Privaten der Bezirksforstei Hüfingen zugetheilt,
3. eine neue Bezirksforstei in Blumberg errichtet und diese aus den Wäldungen in den Gemarkungen Achdorf, Melsingen, Eschbach und Dyrdingen vom Forstbezirk Bonndorf, Blumegg, Espenhofen, Fuezzen mit Schlatt und Thalhof und Grimmlshofen vom Forstbezirk Stühlingen, Leipschingen, Niedöschingen und Steppach vom Forstbezirk Geisingen, Blumberg, Fürstenberg, Hontingen, Meibingen, Niedböhlingen und Mundelsingen vom Forstbezirk Hüfingen gebildet werde.

Carlsruhe, den 25. Juli 1844.

Ministerium des Innern.

Fhr. v. Müdt.

Vdt. Buiffon.

(Die Uebersicht über den Zustand der allgemeinen Gebäude-Brandversicherungs-Anstalt im Jahr 1843 betr.)

Die Uebersicht des Zustandes der allgemeinen Gebäude-Brandversicherungs-Anstalt im Großherzogthum im Jahr 1843, wie solche die Anlage ausweist, wird hier mit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 12. Juli 1844.

Ministerium des Innern.

Fhr. von. Müdt.

Vdt. Buiffon.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre des Gebers bekannt gemacht.

Philipp Merian von Basel, Ehrenbürger und Ehrenrath zu Freiburg stiftete: 1) 30,000 fl. zur Unterstützung armer, alter und gebrechlicher Diensthboten in Freiburg und zur Belohnung für eine vieljährige gute Aufführung derselben. 2) 16,000 fl., wovon die Zinsen zu Anschaffung von Kleidungsstücken für arme Kinder der vier Lehranstalten in Freiburg, als: für das weibliche Lehrinstitut St. Ursula, für das weibliche Lehrinstitut Adelhausen, für die katholische Knaben-Elementarschule und für die vereinte evangelisch-protestantische Knaben- und Mädchenschule jährlich verwendet werden sollen; 3) 24,000 fl. für das Waisenhaus zu Freiburg zur Verpflegung von Waisenkindern beider christlicher Confectionen. 4) 10,000 fl. zu Gunsten des in Freiburg bestehenden Kranken-, Sterb- und Wittwen-Cassen Vereins.

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Vorstand der Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues, Director Kochliß, die gnädigste Erlaubniß ertheilt, das ihm von Seiner Majestät dem König der Franzosen verliehene Ritterkreuz des Ordens der Ehrenlegion anzunehmen und zu tragen.

Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Königlich Niederländischen Bevollmächtigten bei der Central-Commission für die Rheinschiffahrt zu Mainz, Legationsrath Ruhr, das Ritterkreuz des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Medaillen-Verleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Zeichnungslehrer Schafroth zu Baden, in Anerkennung seines langjährigen und erfolgreichen Wirkens als Lehrer, die größere goldene Civilverdienstmedaille, und

dem Verwalter Barba in Waghäusel, als Anerkennung seiner langjährigen Dienstleistungen und seiner Verdienste um Verbesserung der Landwirthschaft, die kleine goldene Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Gestorben sind:

Am 22. März 1844 der pensionirte Bezirksförster Funke in Gerlachsheim.

„ 25. Juni „ der pensionirte Amtschirurg Fink in Griesheim.

„ 3. Juli „ der pensionirte Steuerrevisor Dieß in Freiburg.

Uebersicht des Zustandes der Gebäude-Brandversicherungs-Anstalt im Großherzogthum Baden

vom 1. Januar 1843 bis dahin 1844.

Soll.		Einnahme.		Hat.		Ref.	
fl.	fr.			fl.	fr.	fl.	fr.
I. Statsrechnung von früheren Jahren:							
8,498	11	1) Cassenrest bei der Hauptcasse		8,498	11	—	—
2,172	40	2) Beitragsrückstände bei den Partikularverrechnungen		2,172	40	—	—
1,630	28	3) Erfaß		—	—	1,630	28
5	12	4) Uneigentliche Einnahmen von und für Privatpersonen		—	—	5	12
7	30	5) Geldstrafen		7	30	—	—
II. Statsrechnung vom laufenden Jahr:							
1) Beiträge für's Jahr 1842 von 10 Kreuzern Umlage auf 100 fl. Brandversicherungsanschlag der Gebäude:							
Ertrag:				Anschlag:			
77,646	fl. 42 fr.	im Neckreis	46,556,600 fl.				
95,963	" 8 "	im Oberrheinkreis	57,578,230 "				
113,970	" 23 "	im Mittelrheinkreis	71,345,750 "				
91,431	" 27 "	im Unterheinreise	54,843,850 "				
384,011	45	zusammen auf 1. Januar 1842	230,324,450 fl.	382,683	38	1,328	7
		vom vorigen Jahr	227,110,350 "				
Anschlagsvermehrung				3,214,100 fl.			
132,000	—	2) aufgenommene Capitalien (Passiva)		132,000	—	—	—
206,746	7	3) ausgeliehene Capitalien oder bis zur Verwendung verzinslich un- tergebrachter Geldvorrath		164,869	37	41,876	30
2,140	2	Zinse davon		1,908	25	231	37
4	48	4) Erfaß		4	48	—	—
110	—	5) Hauszins zur Hälfte		110	—	—	—
30	—	6) Geldstrafen		23	—	7	—
III. Uneigentliche Einnahmen:							
144	33	von und für Privatpersonen		144	33	—	—
737,501	16	Summe		692,422	22	45,078	54

Soll.		Ausgabe.				Hat.		Ref.	
fl.	fr.					fl.	fr.	fl.	fr.
		I. Etatsrechnung von früheren Jahren:							
—	—	1) Bevor				—	—	—	—
10	33	2) Einzugsgeldern				10	33	—	—
		3) Brandentschädigungen:							
		fl.	fr.	fl.	fr.				
192,206	45	im Seckreis	160,017	25	32,189	20			
43,305	23	im Oberrheinkreis	26,402	54	16,902	29			
25,269	6	im Mittelhheinkreis	15,166	31	10,102	35			
14,092	47	im Unterrheinkreis	9,577	27	4,515	20			
274,874	1	zusammen				211,164	17	63,709	44
5	12	4) Uneigentliche Ausgaben von und für Privatpersonen				—	—	5	12
		II. Etatsrechnung vom laufenden Jahr:							
		1) Brandentschädigungen:							
		fl.	fr.	fl.	fr.				
125,922	—	im Seckreis	69,229	9	56,692	51			
111,337	30	im Oberrheinkreis	50,187	14	61,150	16			
67,711	53	im Mittelhheinkreis	21,119	47	46,592	6			
44,997	44	im Unterrheinkreis	23,844	14	21,153	30			
349,969	7	zusammen				164,380	24	185,588	43
		Die bedeutendsten Brandschäden sind vorgekommen:							
		Im Seckreis:							
		zu Bonndorf, Achdorf, Lausheim, Blumegg und Wellendingen im Amt Bonndorf; zu Binningen und Nordhalben, im Amt Blumenfeld; zu Nendingen, im Amt Hüfingen; zu Markdorf und Heppach, im Amt Meersburg; zu Immendingen, im Amt Möhringen; zu Boll, im Amt Mößkirch; zu Oberlenzkirch und Schollach, im Amt Neustadt; zu Gailingen, im Amt Radolfzell; Zuckfabrik zu Stockach und Münchhof, im Amt Stockach; zu Horrheim, im Amt Stühlingen; zu Heiligenholz, im Amt Ueberlingen; zu Niederesbach, Rappell und Unterkirnach, im Amt Bissingen.							
		Im Oberrheinkreis:							
		zu Wiehre, im Stadtkamt Freiburg; zu Wagensteig, im Landamt Freiburg; zu St. Georgen, Guttach, Stockwald und Lehen gericht, im Amt Hornberg; zu Sulzburg, im Amt Müllheim; zu Jungholz, Harpolingen und Altschwand, im Amt Säckingen; zu Entenschwand, im Amt Schönau; zu Ried und Hasel, im Amt Schopfheim; zu Ballenberg, Schlageten, Todtmoosweg und Vorder Todtmoos, im Amt St. Blasien; zu Gutenbach, im Amt Triberg; zu Waldfkirch, Bleibach und Einsbach, im Amt Waldfkirch; zu Grünholz, Waldbhut, Rohr, Hochsaal und Albrud, im Amt Waldbhut.							
624,858	53	Uebertrag				375,555	14	249,303	39

Coll.		Ausgabe.	Hat.		Ref.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
624,858	53	Uebertrag	375,555	14	249,303	39
		Im Mittelrheinkreis:				
		zu Kappel, im Amt Achern; zu Haueneberstein, im Amt Baden; zu Gochsheim, im Amt Bretten; Tuchfabrik zu Frauenalb, Amts Ettlingen; zu Unterharmerbach, Nordrach und Entersbach, im Amt Gengenbach; zu Vieberach, im Amt Haslach; Abtismühle bei Darlanden, im Landamt Karlsruhe; zu Oberkirch; zu Offenburg; sodann in Brözingen, im Oberamt Pforzheim.				
		Im Unterrheinkreis:				
		zu Rinschheim, im Amt Buchen; zu Kirchheim, Schönau und Altneudorf, im Oberamt Heidelberg; zu Neckarhausen, im Amt Ladenburg; zu Wimmerbach, im Amt Neckargemünd und zu Hemsbach, im Amt Weinheim.				
757	6	2) Abschätzungsgebühren von Brandschäden	757	6	—	—
6,405	55	3) Einzugsgebühren von Brandversicherungsbeiträgen	6,405	55	—	—
343,800	—	4) Passivcapitalien	151,500	—	192,300	—
9,212	10	Zinse davon	9,212	10	—	—
83,000	—	5) Activcapitalien, bis zur Verwendung verzinslich untergebrachter Geldvorrath	83,000	—	—	—
		6) Besoldungen und Bureaukosten:				
786	3	a. für den Verwaltungsrath	786	3	—	—
2,004	55	b. für die Cassenverwaltung	2,004	47	—	8
238	23	7) für Unterhaltung des Diensthauses und Steuern davon	238	23	—	—
262	20	8) Ersatz	262	20	—	—
144	27	9) Abgang	144	27	—	—
62,104	57	10) Gebäudeschätzungskosten,	61,996	57	108	—
		III. Uneigentliche Ausgaben;				
144	33	1) von und für Privatpersonen	144	33	—	—
1,133,719	42	Summe	692,107	55	441,711	47
737,501	16	Betrag der Einnahme	692,422	22	45,078	54
396,218	26	bleiben	414	27	396,632	53
		Die Ausgabeüberschüsse betragen 441,711 fl. 47 fr.				
		über Abzug				
		der Einnahmeüberschüsse 45,078 fl. 54 fr.				
		und des Cassenrestes 414 „ 27 „				
		Deficit 396,218 fl. 26 fr.				
		welches unter Beirrechnung der laufenden Administrationskosten, Einzugs- und andern Gebühren und Passivzinse durch Umlage zu decken ist.				
		Den Antheil am Diensthaus und Mobilien im Bureau mit 3,367 fl. 56 fr.				
		abgezogen bleibt reines Deficit 392,850 fl. 30 fr.				

Die im Reß nachgeführten Brandentschädigungen betreffen:

Wüthven zu Gostmadingen . 400 —

Geng zu Boll . . . 1750 —

mit Widach allda . . .	3500	—
für die Kirche zu Gernsühl .	1364	—
Wendel Rutter zu Hart-		
schwand	300	—
Johann Raler zu Alspel . .	2200	—
Gesellschaftscasse zu Kadelburg	300	—

Wörth'sche Kind zu Dyingen	200	—
Nathias Schlegel zu Unter-		
idenhal	150	—
Joseph Tritschler allda . . .	600	—
Joseph Helmle zu Werbstein	100	—
Philipp Weber zu Rohr . . .	300	—

Bruchsal	von	200	—
	Georg Fester zu Unteröwisheim	250	—
Bretten	Die Verwaltung wegen der Zehntscheuer allda	10	—
	David Rübenacker zu Flehingen	2	45
	Abraham Elpinger allda	150	—
	Georg. J. Lepp Wittwe zu Rünzelsheim	6	8

Rastatt	Christian Haller und Johann Kopf auf dem Stannweg, Gemeinde Seelbach	500	—
	Joseph Schroter zu Au	100	—
	Joseph Pettig allda	1	—
	Jakob Hirth	—	—
Oberkirch	Alban Eisele zu Rothenfels	14	5
	Joseph Braun Wittwe zu Döttelbach	350	—
	Badwirth Hüder zu Antogast	100	—

rhein- kreis.	burg	Adam Kemmet allda . . .	214 —
		Christian Münz " . . .	422 55
		Lukas Fels " . . .	
		Peter Schuepler " . . .	
		Lud. Römer zu Schriesheim	
		Georg Schesselmeier zu Neckar-	
		hausen	
	Heidelberg	Johann Gehrig allda . . .	
		Fuhrmann Panzer zu Heidel-	
		berg	
		Michael Hertel zu Handschuhs-	
		heim	50 —

	Gerlachshheim	Heinz. Schifferdedder zu Unter-	
		Schefflenz	2 —
		Andreas Ernst allda . . .	4 24
		Mich. Altmann zu Mosbach	15 —
		Johann Werrlein allda . .	75 51
		für das Pfarrhaus in Königs-	
		hofen	9 —
	Weinheim	Adam Laib zu Hemsbach .	13 20
		Katharina Fuhr allda . .	200 —
		Konrad Fuhr und Philipp	
		Baumann allda	350 —
		Georg Adam Bontemps allda	45 —

Carlsruhe, im Mai 1844.

Durch den General-Cassier
C. G. Eisenlohr.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 6. September 1844.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Nachdem der zwischen den Bevollmächtigten Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs von Baden und Seiner Majestät des Königs der Franzosen am 27. Juni d. J. dahier abgeschlossene Staatsvertrag über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern von beiden Seiten ratificirt worden ist, so wird derselbe in Folge allerhöchster Ermächtigung im Urtext und beigefügter Uebersetzung andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 24. August 1844.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
von Dusch.

Vdt. Tüschheim.

Son Altesse Royale, le Grand-Duc de Bade

et

Sa Majesté le Roi des Français,

ayant à cœur d'assurer la répression des crimes commis sur leurs territoires respectifs, et dont les auteurs ou complices voudraient échapper à la vindicte des lois en se réfugiant d'un pays dans l'autre, ont résolu de conclure une convention d'extradition, et ont muni de leurs pleins pouvoirs à cet effet, savoir:

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade:

Le Sieur Alexandre de Dusch, Grand-Cordon de Son Ordre du Lion de Zähringen et de l'Ordre de St. Mi-
de l'Ordre de L.
deur des Ordres
rite civil de la C.
ronne de Wurte
Lazare de Sarda
maison et des aff

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden
und

Seine Majestät der König der Franzosen,

von dem Wunsche geleitet, die Bestrafung der auf ihren beiderseitigen Gebieten begangenen Verbrechen zu sichern, deren Urheber oder Theilnehmer, um der gesetzlichen Strafe zu entgehen, aus einem der beiden Länder in das andere geflüchtet sind, haben beschlossen, einen Vertrag über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern abzuschließen, und zu diesem Zwecke mit Vollmachten versehen:

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden: den Herrn Alexander v. Dusch, Großkreuz des Großh. Ordens vom Zähringer Löwen, und des Königlich Bayerischen St. Michaels-Ordens, Großofficier des Königlich Belgischen Leopold-Ordens, Commandeur des K. K. Oesterreichischen Leopolds-Ordens, des Civilverdienstordens der Bayerischen Krone, des Königlich Württembergischen Kron-Ordens, und des Königlich Sardinischen St. Maurits- und St. Lazarus-Ordens, Allerhöchst Ihren Staatsminister des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten; und

Sa Majesté le Roi des Français :

Le Sieur Théophile Bionneau, Marquis d'Eyragues, Commandeur de l'Ordre Royal de la Légion d'honneur, Chevalier du nombre de l'Ordre de Charles III. d'Espagne, Commandeur de l'Ordre du Sauveur de Grèce, décoré de l'Ordre du Nichaan Istihar de Turquie, Son Ministre plénipotentiaire près Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade,

lesquels après s'être communiqué les dits pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants :

Article I.

Lorsque des sujets Badois ou des Français, poursuivis ou condamnés dans leur pays respectif pour l'un des crimes énumérés ci-après seront trouvés, les sujets Badois dans le Royaume de France, et les Français dans les États de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, ils seront réciproquement livrés aux autorités respectives de leur Pays, sur la demande que l'un des deux Gouvernements en adressera à l'autre par voie diplomatique

1. Assassinat, empoisonnement, parricide, infanticide, meurtre, viol ou attentat à la pudeur avec violence;

2. Incendie;

3. Faux en écriture authentique ou de commerce, et en écriture privée; contrefaçon de billets de banque et effets publics; vol, soustraction commise par des dépositaires publics, lorsque ces faits ont le caractère de crimes et sont punis de peines afflictives et infamantes par la loi pénale du pays où le prévenu s'est réfugié;

4. Fabrication et émission de fausse monnaie;

5. Faux témoignage;

6. Banqueroute frauduleuse.

Article II.

Les objets trouvés en la possession du prévenu et qui auraient été saisis dans l'un des deux pays comme provenant de vols commis dans l'autre, ou comme pouvant servir à la preuve des délits, seront restitués de part et d'autre au moment où s'effectuera l'extradition.

Article III.

Si des individus étrangers aux États de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade ou à la

Seine Majesté der König der Franzosen :

den Herrn Theophilus Bionneau Marquis d'Eyragues, Commandeur des Königl. Ehrenlegion-Ordens, Ritter 2r Klasse des Königlich Spanischen Ordens Carl III., Commandeur des Königl. Griechischen Erlöser-Ordens, Inhaber des Türkischen Nischan Istihar-Ordens, Allerhöchst Ihrem bevollmächtigten Minister am Großh. Vösischen Hofe,

welche, nach Auswechslung ihrer richtig befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind :

Artikel I.

Wenn Vödische oder Französische Unterthanen, die in ihrem Heimathstaate wegen eines der nachstehend aufgeführten Verbrechen in Untersuchung genommen oder verurtheilt sind, in dem andern Staate, und zwar Vödner in den Königlich Französischen Staaten und Franzosen im Großherzogthum Baden, betreten werden, so sollen dieselben, auf das von einer der beiden Regierungen auf diplomatischem Wege gestellte Aussuchen, an die betreffenden Behörden ihrer Heimath gegenseitig ausgeliefert werden :

1. Mord, Vergiftung, Verwandtenmord, Kindsmord, Tödtung, Nothzucht oder andere gewaltsame Verletzungen der Sittlichkeit;

2. Brandstiftung;

3. Fälschung von öffentlichen Urkunden, von Handelspapieren oder von Privat-Urkunden, Fertigung falscher Bankzettel und Staatspapiere, Diebstahl, Rechnersuntreue, in so fern diese Handlungen nach der Strafgesetzgebung des Landes, in welches der Angeschuldigte geflohen ist, den Charakter von Verbrechen an sich tragen, so daß sie mit peinlicher Strafe bedroht sind;

4. Münzfälschung und Ausgeben falscher Münzen;

5. Meineid und falsches Zeugniß;

6. Boshafte Zahlungsflüchtigkeit.

Artikel II.

Die Gegenstände, welche im Besitze des Angeschuldigten gefunden werden oder deren man sich in dem einen Lande, als von einem in dem andern verübten Diebstahle herrührend oder als zum Beweise eines Verbrechens dienlich, bemächtigt, sollen zugleich mit dem Verbrecher ausgeliefert werden.

Artikel III.

Wenn Personen, die weder Baden noch Frankreich angehören, nach Verübung eines der in Art. 1. aufge-

France venoient à se réfugier d'un pays dans l'autre, après avoir commis un des crimes énumérés à l'article 1, leur extradition sera accordée toutes les fois que le Gouvernement du Pays auquel ils appartiendront y aura donné son assentiment.

Article IV.

Les pièces qui devront être produites à l'appui des demandes d'extradition sont le mandat d'arrêt décerné contre les prévenus, ou tous autres actes ayant au moins la même force que ce mandat, et indiquant également la nature et la gravité des faits poursuivis, ainsi que la disposition pénale applicable à ces faits.

Article V.

Si l'individu dont l'extradition est demandée était poursuivi ou avait été condamné dans le Pays où il s'est réfugié, pour crimes ou délits commis dans ce même pays, il ne pourra être livré qu'après avoir été jugé et acquitté, et en cas de condamnation, qu'après avoir subi la peine prononcée contre lui.

Article VI.

Les crimes et délits politiques sont exceptés de la présente convention. Il est expressément stipulé que l'individu dont l'extradition aura été accordée ne pourra être, dans aucun cas, poursuivi ou puni pour aucun délit politique antérieur à l'extradition, ou pour aucun fait connexe à un semblable délit.

Article VII.

L'extradition ne pourra avoir lieu si, depuis les faits imputés, les poursuites ou la condamnation, la prescription de l'action ou de la peine est acquise d'après les lois du Pays où le prévenu s'est réfugié.

Article VIII.

Chacun des deux Etats supportera les frais occasionnés par l'arrestation, la détention et le transport à la frontière des individus dont l'extradition aura été accordée.

Article IX.

La présente convention est conclue pour cinq ans, et continuera d'être en vigueur pendant cinq autres années, dans le cas où, six mois avant l'ex-

zählen Verbrechen aus dem einen Lande in das andere entfliehen, so soll ihre Auslieferung in allen Fällen zugestanden werden, wo die Regierung des Staates, dem sie angehören, ihre Zustimmung hierzu gegeben hat.

Artikel IV.

Zur Begründung des Auslieferungsbegehrens muß der gegen den Angeeschuldigten erlassene Verhaftsbefehl oder irgend eine andere Urkunde vorgelegt werden, welche mindestens gleiche Kraft wie dieser hat, und aus welcher sowohl die Natur und Schwere des Verbrechens, als die hierauf anwendbare gesetzliche Strafbestimmung zu ersehen ist.

Artikel V.

Wenn der Angeeschuldigte, dessen Auslieferung begehrt wird, in dem Lande, wohin er sich geflüchtet hat, wegen dort begangener Verbrechen oder Vergehen in Untersuchung gezogen oder verurtheilt ist, so kann die Auslieferung erst dann erfolgen, wenn er entweder durch Urtheil freigesprochen oder im Falle der Verurtheilung die gegen ihn erkannte Strafe vollzogen ist.

Artikel VI.

Politische Verbrechen oder Vergehen sind von gegenwärtiger Uebereinkunft ausgenommen. Es wird ausdrücklich bedungen, daß der Angeeschuldigte, dessen Auslieferung zugestanden worden, in keinem Falle wegen eines vor der Auslieferung begangenen politischen Vergehens oder wegen einer mit einem solchen Vergehen in Verbindung stehenden Handlung in Untersuchung genommen oder bestraft werden soll.

Artikel VII.

Die Auslieferung findet nicht Statt, wenn nach den Gesetzen des Landes, wohin der Angeeschuldigte sich geflüchtet hat, seit der Verübung des Verbrechens, der letzten gerichtlichen Handlung oder der Verurtheilung die strafrechtliche Verfolgung des Verbrechens oder die deshalb erkannte Strafe verjährt ist.

Artikel VIII.

Jeder der beiden Staaten übernimmt in Beziehung auf diejenigen Personen, deren Auslieferung von ihm zugestanden wird, die Kosten ihrer Verhaftung, ihrer Gefangenhaltung und ihrer Verbringung an die Grenze.

Artikel IX.

Gegenwärtige Uebereinkunft ist auf fünf Jahre abgeschlossen und bleibt fünf weitere Jahre in Kraft, wenn sechs Monate vor Ablauf des ersten Zeitraums keine

piration du premier terme aucun des deux Gouvernements n'aurait déclaré y renoncer, et ainsi de suite de cinq ans en cinq ans.

Elle sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées dans l'espace de deux mois, ou plus tôt, s'il est possible.

En foi de quoi, les Commissaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Karlsruhe le 27. Juin 1844.

(signé) A. de Dusch. (signé) de Bionneau
Marquis d'Eyragues.

(L.S.)

(L.S.)

der beiden Regierungen ihren Rücktritt erklärt, und so fort von fünf zu fünf Jahren.

Die Ratification und die Auswechslung der Ratifications-Urkunden soll binnen zwei Monaten oder wo möglich noch früher erfolgen.

Zu Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und mit ihren Familienwappen besiegelt.

So geschehen zu Karlsruhe den 27. Juni 1844.

(gez.) A. v. Dusch. (gez.) de Bionneau
Marquis d'Eyragues.

(L.S.)

(L.S.)

Die Extrapostdistanz zwischen Kehl und Dinglingen ist durch Beschluß vom Heutigen auf zwei Posten, sowie diejenige von Kehl bis Lahr auf 2½ Posten festgesetzt worden, was andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Karlsruhe, den 16. August 1844.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
von Dusch.

Vdt. Türckheim.

Die Staatsprüfung der Cameralcandidaten betreffend.

Für die Cameralcandidaten, welche nach der höchsten Verordnung vom 16. Mai 1838 (Regierungsblatt 1838, Nr. XXII.) ihre Studien beendet haben, wird hiermit eine, den 7. October dieses Jahres beginnende Staatsprüfung angeordnet. Wer hieran Theil nehmen will, hat — so weit dies nicht schon geschehen ist — die durch die Paragraphen 8 und 15 der Verordnung vorgeschriebene Eingabe nunmehr einzureichen und sich den Tag vor Anfang der Prüfung dahier einzufinden.

Auf den nämlichen Termin haben auch die Rechtscandidaten einzutreffen, welche sich in Gemäßheit der Bekanntmachung des Großherzoglichen Justizministeriums vom 18. Februar 1834 der Prüfung in der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft unterziehen wollen.

Karlsruhe, den 24. August 1844.

Ministerium der Finanzen.

In Abwesenheit des Ministers.

Der Ministerialdirektor.

Megenauer.

Vdt. Pfeilschneider.

Das Großherzoglich Hessische Regierungsblatt vom 18. October 1839, Nr. 30, enthält folgende Adelsanerkennung:

„Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben am 21. September (1839) die dem Obristen und Commandeur des dritten Großherzoglichen Infanterieregiments Ernst Röder zu Worms, und dem Obristleutnant im zweiten Großherzoglichen Infanterieregiment Ludwig Philipp Röder dahier (zu Darmstadt) vermöge deren directer Abstammung von der Familie der Freiherrn Röder von Diersburg, und namentlich von dem im Jahr 1787 zu Kehl verstorbenen vormaligen landgräfllich hessischen Obristleutnant Friedrich Adolph Freiherrn Röder von Diersburg, zukommenden Adelsrechte anzuerkennen, sowie auch denselben für sich und ihre eheliche Descendenz von diesem Adel in dem Großherzogthum Hessen Gebrauch zu machen, allergnädigst zu erlauben geruht.“

Auf die hiervon durch die Großherzoglich Badischen Vasallen, Freiherrn Röder von Diersburg, unlängst gemachte Anzeige und in Erwägung, daß die lehensfähige Abstammung der genannten Großherzoglich Hessischen Staatsofficiere aus diesseitigen Acten nicht zu entnehmen war, wurden dieselben förmlich aufgefordert:

binnen gesetzter Frist anher zu erklären, ob und welche Ansprüche sie jetzt oder dereinst auf die der hierländischen Familie der Freiherrn Röder von Diersburg zustehenden, von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden herrührenden Lehen machen zu dürfen glaubten, und worauf sie dergleichen Ansprüche zu gründen vermöchten, widrigenfalls man sie und ihre Nachkommen als in so fern nicht berechtigt ansehen und behandeln werde.

Nachdem nun dieser Aufforderung nicht entsprochen, insbesondere der Beweis einer lehensfähigen Abstammung nicht geliefert worden, so erklärt der unterzeichnete Lehenhof mit allerhöchster Ermächtigung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 16. d. M. hierdurch, daß er die Aufgeforderten als Mitglieder der hierländischen Familie der Freiherrn Röder von Diersburg nicht betrachte, auch weder sie selbst noch ihre Nachkommen rücksichtlich der jener Familie zustehenden Großherzoglich Badischen Lehen für erbberechtigt erkenne.

Carlsruhe, den 20. August 1844.

Justizministerium als Lehenhof.

Jolly.

Vdt. Ammann.

Nachdem Seine Königliche Hoheit der Großherzog durch höchste Entschließung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 12. Juli l. J., Nr. 1036., den Fortbestand des Stammguts der Freiherrn von Ueberbrunn-Rodenstein nach Inhalt des Statuts vom 6. Februar 1755, soweit solches die im Großherzogthum gelegenen Güter zu Thairnbach und den Sternweller Hof, sowie die hiermit verbundenen Rechte betrifft, gnädigst zu genehmigen geruhten, so wird solches öffentlich bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 16. Juli 1844.

Justizministerium.

Jolly.

Vdt. Baschin.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber bekannt gemacht. Es haben gestiftet:

Maria Barbara Stoll von Carlsruhe in die Carl Friedrich-Leopold- und Sophienstiftung 800 fl.;

Lorenz Braun von Beiertheim, Landamts Carlsruhe, in den Bidesheimer Capellenfond für das Spielen der von ihm gestifteten Orgel, sowie Begleitung derselben mit Gesang 600 fl. und ferner 1900 fl.;

die verstorbene Margaretha Schmiederer von Ramsbach in den Armenfond in Oppenau 100 fl.;

ein Ungenannter in den Kirchen- und Pfarrfond in Carlsruhe 100 fl. zur Unterstützung armer Katholiken;

die verstorbene Franziska Spinner von Bierbach in den Kirchenfond zu Oppenau 10 fl. zu Anschaffung einer Fahne;

der Bürgerverein zu Baden in das städtische Krankenhaus in Baden das Erträgniß einer musikalischen Abendunterhaltung von 33 fl. 49 fr.;

Sonnenwirth Hechinger Wittve, geborne Kronauer zu Steinach in den Armenfond zu Steinach zur Armenunterstützung 100 fl.;

Kaufmann Heinrich Kroll von Pforzheim in den Almosenfond zur Armenunterstützung 1000 fl.;

Franz Anton Müllers Wittve Brigitte, geborne Köppel von Plittersdorf in den Heiligenfond in Plittersdorf ohne specielle Bestimmung 200 fl.;

der von Dos gebürtige als Missionär in Belgien sich befindliche Geistliche Karl Peter in die Kirche in Dos mehrere Paramente im Werthe von 116 fl.;

Magdalena Schmiederer von Ramsbach in den Armenfond in Ramsbach 50 fl. zur Unterstützung armer Kranken;

die Karl Prinzbach'sche Ehefrau, Magdalena geborne Benz zu Fischerbach in den Armenfond zu Fischerbach 200 fl.;

Franz Anton Locherer von Schönau in den dortigen Armenfond 400 fl., mit der Verbindlichkeit, nach dem Tode des Stifters und seiner Ehefrau 20 Jahre lang jährlich zwei Seelen zu lassen;

in Waldner zu Mannheim für die Kirchengemeinde Schmieheim ein silbernes Tauf-

Scherer von Eschbach, Landamts Freiburg, in den dortigen Schul- und Armenfond

; Ruf, Ehefrau des Lehrers Esmann zu Buchenbach in den dortigen Armenfond 33 fl. 20 fr.;

Franz Joseph Schauble von Schönau in den dortigen Kirchenfond zu Anschaffung eines Belums 20 fl.;

einige Ungenannte eben dahin und zu demselben Zwecke 16 fl.;

Handelsmann Philipp Diß zu München für die höhere Bürgerschule zu Ettenheim verschiedene Bücher im Werth von 88 fl.;

Säger Georg Tritschler von Weilersbach in den Schulfond zu Buchenbach 50 fl.;

derselbe in den Schulfond zu Falkenstein 50 fl.;

Altlehrer Christian Weissenberger und die Joseph Weissenberger'sche Wittwe zu Rechenberg in die dortige Kapelle eine 227 Pfund schwere Glocke im Werth von 200 fl.;

Franz Joseph Müller von Hollerbach, 100 fl. zu Gründung eines ständigen Gottesdienstes in Steinhach, Amts Buchen;

die Ehefrau des Tagelöhners Eggmann, Anna Maria Fuß von Geroldsthal zur Gründung eines Schulfonds in Dietenbach 50 fl.;

die verstorbene Ehefrau des Handelsmanns Vanotti zu Freiburg in das dortige Waisenhaus 200 fl.;

Friedrich Nieblings Wittwe in Denzlingen in den dortigen Almosenfond 25 fl.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht, der auf den Baurath Professor Dr. Bader gefallenen Wahl zum Director der polytechnischen Schule dahier für das Studienjahr 1844/45 die allerhöchste Bestätigung und

der Präsentation der Fürstlich Leiningenschen Standesherrschaft des Amtmanns Marius Fellenstein zu Sinheim zum ersten Beamten bei dem Groß. Badischen Fürstlich Leiningenschen Bezirksamt Buchen, unter Ernennung desselben zum Oberamtman, die allerhöchst landesherrliche Genehmigung zu ertheilen;

den Professoren Dr. Dettinger und Dr. Feuerbach an der Universität Freiburg den Charakter als Hofräthe zu verleihen;

die erledigte Stelle eines Assessors bei dem Bezirksamte Schwetzingen dem Rechtspraktikanten Gustav v. Stein zu übertragen;

den Hauptzollamtscontroleur Schmidt zu Constanz zum Hauptzollamtsverwalter allda zu ernennen, und

den bei der Inspection Achern angestellten Bauconducteur 1r Klasse, Ruppert, zur Wasser- und Straßenbauinspection Mannheim in gleicher Eigenschaft zu versetzen.

Die von der Grund- und Patronats Herrschaft, den Freiherrn von Gemmingen zu Gemmingen erfolgte Präsentation des Pfarrers Schumacher zu Steinhach auf die evangelische Pfarrei Gemmingen, so wie

die von Seiten des Grundherrn Witz Freiherrn von Berlichingen erfolgte Präsentation des bisherigen Pfarrers zu Eubigheim, Georg Philipp Hilsbach, auf die evangelische Pfarrei Merchingen haben die Staatsgenehmigung erhalten.

Von den im Dezember v. J. zur Staatsprüfung zugelassenen 6 Forstcandidaten sind folgende unter die Zahl der Forstpraktikanten aufgenommen worden:

Alfred Staudinger von Constanz,

Adolph von Kleiser von Wolfach, ..

Friedrich Halbauer von Abersbach.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Die erste Beamtenstelle bei dem Großh. Badischen Fürstlich Leiningenschen Bezirksamt Sinshheim ist erledigt. Die Bewerber um diese Stelle haben sich an die Fürstlich Leiningensche Standesherrschaft vorschriftsmäßig binnen vier Wochen zu wenden.
2. Bei der Regierung des Seckreises ist eine Stiftungs-Revisionsstelle, die mit einem Revisionsgehilfen wieder besetzt werden soll, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich bei der Kreisregierung innerhalb vier Wochen vorschriftsmäßig zu melden.
3. Die Stelle eines Revisors bei der Zolldirection. Die Bewerber haben sich binnen 4 Wochen bei der Zolldirection zu melden.
4. Die Stelle eines Hauptzollamtscontroleurs zu Constanx. Die Bewerber haben sich binnen 4 Wochen bei der Zolldirection zu melden.
5. Am Gymnasium und der höhern Bürgerschule in Lahr ist eine Lehrstelle mit einem Gehalt von 600 fl. zu besetzen. Die Competenten haben sich binnen 4 Wochen unter Vorlage ihrer Studien- und sonstigen Zeugnisse bei dem Oberstudienrath zu melden.
6. An der mit dem Gymnasium verbundenen höhern Bürgerschule zu Lahr ist eine mit einem Volksschullehrer zu besetzende Lehrstelle mit einem Gehalt bis zu 500 fl. in baarem Geld erledigt. Die Competenten haben sich binnen vier Wochen bei dem Oberstudienrath zu melden.
7. Durch die Beförderung des Pfarrers Marfus Brändle auf die Pfarrei Güttingen, Amts Constanx, ist die Pfarrei Buchheim, Amts Stodach, mit einem beiläufigen Einkommen von 700 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, ein Zehntkostenprovisorium von 78 fl. 24 kr. in den übrigen 7 Jahresterminen heimzuzahlen, in Erledigung gekommen. Die Competenten um diese Pfarrpründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
8. Durch die Beförderung des Pfarrers Johann Baptist Fink auf die katholische Pfarrei Niederwühl, Amts Waldshut, ist die katholische Pfarrei Randegg, Amts Radolphzell, mit einem beiläufigen Einkommen von 800 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerbe um diese Pfarrpründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
9. Durch die Beförderung des landesherrlichen und erzbischöflichen Dekans und Stadtpfarrers Alexander Bauer auf die Pfarrei Odenheim, Oberamts Bruchsal, ist die katholische Stadtpfarrei Philippsburg, womit man das landesherrliche Dekanat und die Bezirkschulvisitation zu verbinden gedenkt, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 740 fl. in Erledigung gekommen. Die Competenten um diese Pründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe binnen 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 9. September 1844.

V e r o r d n u n g.

Zum Vollzug des Gesetzes vom 11. April d. J., Regierungsblatt Nr. VIII., die Stellung und Vergütung der Militärführen betreffend, wird Folgendes verordnet:

Art. 1.

Wenn das Militär auf den Grund des Art. 1 des Gesetzes vom 11. April d. J., Regierungsblatt Nr. VIII., Führen und Vorspannsperde in Anforderung zu bringen hat, so haben sich die nach Art. 2 desselben hierzu ermächtigten Militärbehörden oder Personen in der Regel unmittelbar, oder bei größerem Bedarf durch Vermittlung der betreffenden Aemter oder Kreisregierungen, an die Bürgermeister zu wenden und an diese ihre Anforderung zu stellen.

Anforderung
und Anweisung
der Führen
u. Vorspanns-
perde.

In den Fällen, in welchen das Ansuchen an eine der beiden letzteren Behörden gerichtet wird, haben diese die Vertheilung auf die Gemeinden zu besorgen.

Sind bei größeren Truppensammeln zur Leitung des Nach- und Transportwesens besondere landesherrliche Commissäre aufgestellt, so sind in den Fällen größeren Bedarfes die Anforderungen unmittelbar an diese zu richten, welche alsdann die geeigneten Anordnungen an die Aemter, beziehungsweise Bürgermeister, erlassen werden.

Art. 2.

In Orten, wo Garnisonen sich befinden, oder besondere Etappencommandanten aufgestellt sind, haben sich die Commandeure detachirter Truppenabtheilungen oder einzelne Militärs wegen ihres Bedarfes an Führen und Vorspannsperden zunächst an die Garnisons- oder Etappencommandanten und sofort diese sich an die betreffenden Civilbehörden zu wenden.

Art. 3.

Das Militär ist nicht befugt, seine Anforderungen unmittelbar an die Zugviehbesitzer zu stellen; außer in Fällen, wenn der Bürgermeister der gestellten Anforderung nicht entspricht, und zugleich Gefahr auf dem Verzug steht.

Art. 4.

Das Ansuchen um Führen und Vorspannsperde muß enthalten:

1. Die Anzahl der erforderlichen Führen und Vorspannsperde,
2. die Zeit, zu welcher dieselben bereit gehalten werden müssen,
3. den Ort, von welchem der Transport ausgeht, und
4. den Ort, an welchen derselbe geht.

Art. 5.

Die Anforderungen an die Bürgermeister müssen so in Zeiten ergehen, daß das Aufgebot mindestens eine halbe Stunde vor der Abfahrt — bei entfernten oder seitwärts liegenden Orten vor der Abfahrt zum Sammelplatze — an die Fuhr- oder Vorspannleistenden gelangen kann.

Art. 6.

Die Truppencommandanten haben sich unter persönlicher Verantwortlichkeit bei ihren Anforderungen innerhalb der Grenzen der ihnen bewilligten Fuhrn und Vorspannspferde zu halten und jede nicht unabweisbar nothwendige Anforderung zu vermeiden.

Art. 7.

Wenn einzelne Commandirte oder auf dem Marsch in und aus Urlaub befindliche Unterofficiere und Soldaten unterwegs erkranken, und zum Zweck ihrer Weiterbeförderung eine Fuhr in Anspruch nehmen, haben sich die Behörden durch ein zu erhebendes ärztliches Zeugniß, — in Garnisonsorten vom Militärarzte ausgestellt, — die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der Zustand des betreffenden Mannes es ihm unmöglich macht, seinen Marsch zu Fuß fortzusetzen.

Wo in Ermangelung eines Arztes die Beibringung eines solchen Zeugnisses nicht thunlich ist, hat sich der Bürgermeister, an welchen das Anfordern einer Fuhr gerichtet wird, durch eigene Anschauung zu überzeugen, ob das Bedürfniß einer Fuhr wirklich vorhanden ist. Auf der Marschrouten oder dem Urlaubspasse ist die Bewilligung einer solchen Fuhr unter kurzer Anführung des Grundes derselben zu bemerken und mit dem ärztlichen Zeugnisse — wenn ein solches vorhanden — zu belegen.

Art. 8.

Fuhren für erkrankte oder sogenannte fußlos gewordene Leute — namentlich für letztere — sind, wenn nicht aus dem Zustande des Kranken sich mit Bestimmtheit auf längere Dauer seiner Krankheit schließen läßt, und dieses im ärztlichen Zeugnisse nicht ausdrücklich bemerkt ist, immer nur auf die nächste Station zu bewilligen, wo alsdann entweder von der betreffenden Behörde wieder durch eigene Anschauung zu untersuchen, oder durch ein ärztliches Zeugniß darzuthun ist, ob und in wie weit die Bewilligung einer Fuhr für denselben weiter erforderlich wird.

Bei der Anweisung solcher Fuhren und der Ausstellung der erforderlichen Zeugnisse hierzu, ist überhaupt mit der größten Vorsicht zu verfahren und nur in Fällen des wirklichen dringenden Bedürfnisses dieselbe zu ertheilen.

Art. 9.

Erkrankten Soldaten auf einer Route, welche mit der Eisenbahn zusammenfällt, oder in nicht allzugroßer Entfernung liegt, so ist eine Fuhr bis zum nächsten Stationsplatz anzuweisen; dort hat auf den Grund des ärztlichen Zeugnisses der Bürgermeister durch den Ortsaccisor (Art. 26) ein Billet für den Soldaten bis in seine Garnison, oder den nächsten Stationsplatz zu lösen und die Bescheinigung der Generalkriegskasse als baar Geld aufzurechnen.

Art. 10.

Stellung der
Fuhren.

Wenn die zu leistenden Fuhren nicht in Accord gegeben sind, oder wenn sich keine Pferdebesitzer finden, welche dieselben gegen die von dem Militär zu leistende Zahlung freiwillig übernehmen, so hat der Bürgermeister eine Liste der zu Gemeindefuhrdiensten verpflichteten Pferdebesitzer aufzustellen. Die Reihenfolge, in welcher die Pferdebesitzer in diese Liste einzutragen sind, ist, wenn keine andere Vereinbarung stattfindet, durch das Loos ein für allemal festzusetzen. Später zugehende Pferdebesitzer werden am Schlusse der Liste eingetragen, abgehende aber in derselben gestrichen und Aenderungen im Pferdebestand darin vorgemerkt.

Außer dem Namen des Pferdebesizers und der Anzahl der Pferde enthält diese Liste eine Colonne, in welche die jeweilige Leistung vorzumerken ist.

Die Reihenfolge, in welcher die Pferdebesizer in der Liste eingetragen sind, ist zugleich die Reihenfolge, in welcher die Leistung zu geschehen hat.

Art. 11.

Gleiche Listen sind über die Besitzer anderer Spannthiere zu führen, wo deren Verwendung eintritt, und sich Niemand zur freiwilligen Leistung erbietet. In diesem Falle ist hier dasselbe Verfahren wie bei den Pferdebesizern einzuhalten.

Art. 12.

Die Civilbehörden und zunächst die Bürgermeister sind dem Militär gegenüber verantwortlich, daß die demselben erforderlichen Fuhrn und Vorspannpferde in der verlangten Anzahl und zur festgesetzten Zeit gestellt werden. Wo Afforde abgeschlossen sind, und der Affordant nicht im Stande ist, die gefordert werdende Anzahl Fuhrn und Pferde zur bestimmten Zeit zu stellen, haben die Bürgermeister dafür zu sorgen, daß die fehlende Zahl auf die Pferdebesizer der Gemeinde zur Stellung vertheilt wird.

Art. 13.

In Fällen, in welchen Mannschaft zu transportiren ist, werden außer dem Fuhrmann in der Regel

auf eine einspännige Fuhr . . .	1 bis 3 Mann
„ „ zweispännige „ . . .	4 „ 6 „
„ „ dreispännige „ . . .	7 „ 9 „
„ „ vier-spännige „ . . .	10 „ 12 „

nebst deren Ausrüstung, nämlich Armatur und Tornister, gerechnet.

Nur in besonders dringenden Fällen, in welchen die vorhandenen Transportmittel sonst nicht ausreichen würden, kann

eine einspännige Fuhr im höchsten Falle mit . .	4 Mann
„ zweispännige „ „ „ „ „ . .	8 „
„ dreispännige „ „ „ „ „ . .	12 „
„ vier-spännige „ „ „ „ „ . .	16 „

ohne den Fuhrmann belastet werden.

Art. 14.

Treffen mehrere Militärpersonen, welche Anspruch auf Transportmittel und ein gleiches Ziel ihrer Bestimmung haben, — z. B. Beurlaubte, welche krank oder fußlos geworden, — zu gleicher Zeit auf einer und derselben Station zusammen, so sind für dieselben nicht mehr Fuhrn anzuweisen, als nöthig sind, um sie alle zusammen aufzunehmen.

Art. 15.

Den Militärs, welche Fuhrn oder Vorspann erhalten, ist es bei Strafe untersagt, fremde Personen und Effecten aufzunehmen.

Den Militärs ist ferner bei Strafe untersagt, die Fuhrpflichtigen ohne Noth aufzuhalten, oder sie zu veranlassen, von dem vorgeschriebenen Weg abzuweichen.

Art. 16.

Die gewöhnliche Gangart der Fuhren ist beim Effectentransport im Schritt, beim Personentransport, nach Ähnlichkeit und Beschaffenheit des Weges, zum Theil im mäßigen Trab. Eine stärkere Gangart als die letztere darf den Fuhrleuten nicht zugemuthet werden.

Art. 17.

Die Fuhr- oder Vorspannleistenden sind nicht verbunden, beim Auf- und Abladen der Effecten mitzuhelfen oder Dienste zu leisten.

Art. 18.

Dieselben sind sowohl für den Hin- als Rückweg von der Entrichtung der Weg-, Brücken- und Pflastergelder befreit.

Art. 19.

Für Beschädigungen oder Verluste an Pferd und Geschirr während des Transports, welche dem Fuhr- oder Vorspannleistenden durch Verschulden des Militärs erwachsen oder zugefügt werden, bleibt Derjenige haftbar, welchem die Schuld des Verlustes oder der Beschädigung erwiesenermaßen zufällt. Der Fuhrmann ist jedoch verpflichtet, den Verlust oder die stattgehabte Beschädigung auf der nächsten Ablösungsstation, unmittelbar nach seiner Ankunft, dem Bürgermeister anzuzeigen, damit durch diesen der eingetretene Schaden gehörig constatirt und dem Fuhrmann die erforderliche Bescheinigung darüber ertheilt wird.

Art. 20.

Die in der Beilage Nr. 4. zu Art. 6. der Vollzugsverordnung für das Gesetz über die Ablösungsstationen für die Fuhren u. Vorspannpferde. Etappengelber (Reggsbl. vom Jahre 1832, Nr. 12) bezeichneten und in der Anlage erstellichen Etappenorte sind, in so weit die Entfernungen zwischen denselben die Weite von 8 Wegstunden nicht überschreiten, -- in der Regel auch die Ablösungsstationen für die zu stellenden Fuhren und Vorspannpferde.

Die Entfernungen sind nach dem im Regierungsblatt vom Jahre 1828, Nr. 21 erschienenen Beilage Nr. I. Distanzentarif zu berechnen.

Art. 21.

Werden Fuhren oder Vorspannpferde aus seitwärts liegenden Orten gestellt, oder findet in geeigneten Fällen auf Anordnung der Militärbehörden die Ablösung auf Zwischenstationen oder in solchen Orten statt, welche in der obigen Tabelle als Etappenorte nicht aufgeführt oder für welche die Entfernungen in dem Distanzentarif nicht angegeben sind, so werden die Entfernungen vom Heimathsorte bis zum Sammelplatze, beziehungsweise von der letzten Ablösungsstation bis zum nächsten Bestimmungsorte, nach Angabe der Ortsbehörden und nach eigener Wahrnehmung, Behufs der Vergütung, in Ansatz genommen.

Art. 22.

Die Commandeure der Truppenabtheilungen oder einzelne Militärpersonen haben für die gestellten Fuhren oder Vorspannpferde den Bürgermeistern, aus deren Gemeinden solche gestellt wurden, die erforderliche Bescheinigung zu ertheilen, welche nach dem anliegenden Formular auszufertigen ist.

Bescheinigung und Zahlung für die gestellten Transportmittel.

Beilage Nr. II.

Art. 23.

Auf den Grund dieser Bescheinigung ertheilt der Gemeinderath dem Gemeinderedner die nöthige Einnahmsdecretur für die hierauf zu berechnende von dem Militär zu leistende Vergütung und weist zugleich die Gemeindefasse zur Zahlung an die betreffenden Zugviehbesitzer an.

Im Fall die Vergütung, welche das Militär leistet, mehr beträgt, als der etwaige Affordpreis, so verbleibt der Mehrbetrag der Gemeindefasse, welche dagegen auch das Fehlende zuzulegen hat, wenn der Affordpreis höher ist, als die vom Militär zu leistende Vergütung.

Art. 24.

Gegen die erhaltene Bescheinigung haben die Ortsvorstände den Truppencommandeuren oder einzeln commandirten Militärs über die denselben gestellten Fuhr- und Vorspannsperde Gegenscheine nach Formular Beilage Nr. 2 zu ertheilen.

Bei Abgabe von Fuhr- an Unterofficiere und Soldaten, welche dieselben bei Erkrankung auf dem Marsche in und aus Urlaub zur Weiterbeförderung erhalten, bedarf es der Ausstellung eines besonderen Gegenscheines nicht, da nach Art. 7 die Abgabe der Fuhr- schon auf dem Urlaubspasse oder der Marschrouten nachgewiesen ist.

Art. 25.

Für die von den Gemeinden dem Militär gestellten Transportmittel wird, wenn immer thunlich, sogleich oder doch längstens innerhalb 14 Tagen, baare Zahlung an die Gemeindefasse geleistet.

Art. 26.

Für kleinere Fuhr- und Vorspannleistungen an einzelne Commandirte oder auf dem Marsch in und aus Urlaub befindliche Unterofficiere und Soldaten wird die Zahlung, wenn die Commandirten solche nicht selbst leisten, gegen Abgabe des Scheins über die geleistete Fuhr- oder den gestellten Vorspann durch den Ortsaccisor geleistet, welcher die Quittungen über solche Zahlungen am Schlusse jeden Monats der betreffenden Obereinnehmeri statt baaren Geldes aufiefert, von welcher sie sodann der Generalkriegskasse in Aufrechnung gebracht werden.

Die Zahlung durch die Ortsaccisoren oder Obereinnehmerien kann aber auch bei größeren Fuhr- oder Vorspannleistungen in geeigneten Fällen angeordnet werden und stattfinden; nachdem zu den vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels das Großherzogliche Finanzministerium im Allgemeinen seine Zustimmung ertheilt hat.

Art. 27.

Die Zahlungen für die geleisteten Fuhr- und Vorspannsperde haben an die Gemeinderedner zu geschehen, welche dafür zu quittiren und vom Militär Gegenscheine zu empfangen haben.

Beide, sowohl Quittung als Gegenscheine, sind, insofern sie nicht bei gleich baarer Zahlung mit den in den Art. 22 und 24 vorgeschriebenen Bescheinigungen über die Fuhrleistungen verbunden werden können, nach dem anliegenden Formular auszufertigen.

Beil. Nr. III.

Art. 28.

Zur Erleichterung der Berechnung und des Anjages der nach Art. 3 des Gesetzes zu leistenden Vergütung dient anliegender Tarif.

Beil. Nr. IV.

Hinsichtlich des Anjages der Wegstunden wird auf die Art. 20 und 21 verwiesen.

Art. 29.

In Anstandsfällen, welche sich etwa hinsichtlich der Stellung oder Vergütung der Fuhren und Vorspannpferde ergeben, haben sich die Ortsvorstände zunächst an die Commandanten der betreffenden Truppenabtheilung, für welche die Fuhren gestellt wurden, zu wenden, und wenn auf diesem Wege die Beseitigung derselben nicht sollte herbeigeführt werden können, die Mitwirkung der Großherzoglichen Ämter in Anspruch zu nehmen.

Nur in besonders erheblichen Fällen und wenn eine Beseitigung auch durch die Ämter nicht sollte erzielt werden können, ist von Seiten der Letztern die Anzeige an die betreffende Kreisregierung oder an den landesherrlichen Commissär Behufs weiterer geeigneter Einschreitung zu erstatten.

Art. 30.

Sind dagegen von den Truppen hinsichtlich der Anordnung oder Leistung der Fuhren Beschwerden zu erheben, so haben sie dieselben im Wege der Dienstordnung an ihre vorgesetzten Commandostellen zu richten, welche dieserhalb zunächst den Ortsvorstand um Abhülfe anzugehen haben, im Weigerungsfalle aber sich an die Ämter und sodann an die Kreisregierungen oder an den aufgestellten landesherrlichen Commissär wenden werden.

Von solchen besonders erheblichen Fällen ist zugleich dem Kriegsministerium Behufs weiterer geeigneter Maßnahme Anzeige zu erstatten.

In Orten, wo besondere Militärcommandanten sich befinden, haben die Truppencommandanten ihre Beschwerden durch diese an die Civilbehörden gelangen zu lassen.

Art. 31.

Wenn nach Art. 9. des Gesetzes dasselbe Anwendung auf andere Bundestruppen zu finden hat, werden die dessfalls nöthigen Anordnungen und Bekanntgebungen hinsichtlich der Vergütungssätze, in so ferne solche mehr als die durch das Gesetz angenommenen betragen, jeweils besonders erlassen werden.

Art. 32.

Durch gegenwärtige Bestimmungen treten die in den Art. 15 bis mit 27 der Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Clappengelder vom 10. Februar 1832 hinsichtlich der Anweisung, Bezahlung und Verrechnung der Fuhren enthaltenen Vorschriften außer Wirksamkeit.

Carlsruhe, den 10. August 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Ministerium des Krieges.

v. Frendorf.

Beilage Nr. I.

Etappen-Tabelle für das Großherzogthum Baden.

Garnison Mannheim.		Garnison Mannheim.	
Etappen-Drt.	Etappen-Drt.	Etappen-Drt.	Etappen-Drt.
Weinheim.	Wiesloch.	Wiesloch.	Wiesloch.
	Bruchsal.	Bruchsal.	Bruchsal.
Neckargemünd.	Ettlingen.	Ettlingen.	Ettlingen.
Rosbach.	Ruppenheim.	Ruppenheim.	Ruppenheim.
Waldürn.	Achern.	Achern.	Achern.
Wertheim.	Gengenbach.	Gengenbach.	Offenburg.
	Hornberg.	Hornberg.	Herbolzheim.
Neckargemünd.	Billingen.	Billingen.	Freiburg.
Rosbach.	Geislingen.	Geislingen.	Saig.
Adelsheim.	Stodach.	Singen.	St. Blasien.
Borberg.	Möckirch.	Constanz.	Waldshut.
Tauberbischofsheim.			Wiesloch.
	Wiesloch.	Wiesloch.	Bruchsal.
Wiesloch.	Bruchsal.	Bruchsal.	Ettlingen.
Einshheim.	Ettlingen.	Ettlingen.	Ruppenheim.
	Ruppenheim.	Ruppenheim.	Achern.
Wiesloch.	Achern.	Achern.	Offenburg.
Eppingen.	Gengenbach.	Gengenbach.	Herbolzheim.
	Hornberg.	Hornberg.	Freiburg.
Wiesloch.	Billingen.	Billingen.	Schönau.
Bruchsal.	Geislingen.	Hüfingen.	Säckingen.
Bretten.	Stodach.	Stühlingen.	
Pforzheim.	Pfullendorf.		Wiesloch.
		Wiesloch.	Bruchsal.
Wiesloch.	Wiesloch.	Bruchsal.	Ettlingen.
Bruchsal.	Bruchsal.	Ettlingen.	Ruppenheim.
Ettlingen.	Ettlingen.	Ruppenheim.	Achern.
Gernsbach.	Ruppenheim.	Achern.	Offenburg.
Forbach.	Achern.	Offenburg.	Herbolzheim.
	Gengenbach.	Herbolzheim.	Freiburg.
Wiesloch.	Hornberg.	Freiburg.	Mühlheim.
Bruchsal.	Billingen.	Neustadt.	Lörrach.
Ettlingen.	Geislingen.		Rheinstraße.
Ruppenheim.	Stodach.		Wiesenthal.
Achern.	Meersburg.		Mühlburg.
Oppenau.			Rastatt.
			Neustadt.
			Johannesheim.
			Herbolzheim.

Garnison Bruchsal.		Garnison Bruchsal.	
Etappen-Ort.	Etappen-Ort.	Etappen-Ort.	Etappen-Ort.
Wiesloch. Mannheim.	Ettlingen. Bühl. Offenburg. Hausach. Billingen. Geisingen. Stockach. Rößkirch.	Ettlingen. Bühl. Offenburg. Hausach. Billingen. Geisingen. Singen. Konstanz.	Ettlingen. Bühl. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Saig. St. Blasien. Waldshut.
Wiesloch. Weinheim.			
Wiesloch. Redargemünd.			
Sinsheim. Rosbach. Ballbörn. Berthheim.	Ettlingen. Bühl. Offenburg. Hausach. Billingen. Geisingen. Stockach. Pfullendorf.	Ettlingen. Bühl. Offenburg. Hausach. Billingen. Hüfingen.	Ettlingen. Bühl. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Schönau. Säckingen.
Sinsheim. Rosbach. Adelsheim. Dorberg. Tauberbischofsheim.			
Eppingen.	Ettlingen. Bühl. Offenburg. Hausach. Billingen. Geisingen. Stockach. Neersburg.	Ettlingen. Bühl. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Neustadt.	Ettlingen. Bühl. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Müllheim. Lörrach.
Pforzheim.			
Ettlingen. Gernsbach. Forbach.		Ettlingen. Bühl. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Saig. Stühlingen.	Rheinstraße. Mühlburg. Rastadt. Neu-Freistadt. Ichenheim. Herbolsheim. Freiburg. Müllheim. Lörrach.
Ettlingen. Bühl. Oppenau.			

Garnison Karlsruhe.		Garnison Karlsruhe.	
Etappen-Ort.	Etappen-Orte.	Etappen-Orte.	Etappen-Orte.
Wiesenthal. Mannheim.	Langenbräuden. Redargemünd. Bruchsal. Sinsheim. Rosbach. Ballbörn. Berthheim.	Bruchsal. Sinsheim. Rosbach. Adelsheim. Dorberg. Tauberbischofsheim.	Bretten. Eppingen. Pforzheim.
Langenbräuden. Heidelberg. Weinheim.			

Bekanntmachung.

Die siebente Gewinnziehung für das Anlehen vom Jahr 1840 von fünf Millionen Gulden betreffend.

Das Resultat der heute geschehenen siebenten Gewinnziehung von dem vorbemerkten Anlehen wird durch die in der Anlage beifolgende Liste zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die Gewinne werden planmäßig auf den 1. Februar 1845 durch die Amortisationskasse bezahlt werden, wenn es die Inhaber der Loose nicht vorziehen, ihre Gewinne früher bei dieser Kasse gegen Abzug von einem halben Kreuzer vom Gulden zu erheben.

Carlsruhe, den 2. September 1844.

Ministerium der Finanzen.

von **Schh.**

Vdt. **Stod.**

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Viceoberstkammerherrn und Hofdomänenintendanten Grafen Broussel die allergnädigste Erlaubniß erteilt, das ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Oldenburg verliehene Großkreuz Seines Haus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig anzunehmen und zu tragen.

Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht, dem Bildhauer Andreas Friedrich in Straßburg das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Militär-Dienstnachrichten.

Durch allerhöchste Ordre vom 24. August d. J. wurde der Hauptmann v. Theobald zum Artillerie-Director der Bundesfestung Rastatt ernannt und es tritt derselbe unter Belassung in dem Anciennetätsverhältniß und der Uniform der Artillerie aus dem Dienstverband dieses Corps.

Durch dieselbe Ordre wurden befördert, die Oberlieutenants: v. Beck im 1ten Infanterie-Regiment, v. Neubronn im 2ten Infanterie-Regiment, v. Davans im 4ten Infanterie-Regiment, Delorme im Leib-Infanterie-Regiment, v. Renz im 3ten Infanterie-Regiment, Graf v. Enzenberg im Leib-Infanterie-Regiment zu Hauptmännern, und die Lieutenants: v. Geusau im Dragoner-Regiment Großherzog, Hoffmann im 2ten Infanterie-Regiment, v. Adelsheim im 4ten Infanterie-Regiment, Lebeau im 3ten Infanterie-Regiment, Heißler im 4ten Infanterie-Regiment, Gerber im Leib-Infanterie-Regiment, v. Deust im 2ten Infanterie-Regiment, v. Elosmann im Leib-Infanterie-Regiment, v. Schilling im 3ten Infanterie-Regiment, v. Göler im 2ten Infanterie-Regiment und Bender in der Artillerie-Brigade zu Oberlieutenants.

Durch diese gleiche allerhöchste Ordre wurden versetzt: Hauptmann v. Laroche vom 2ten Infanterie-Regiment, Hauptmann Käß vom 4ten Infanterie-Regiment zum Leib-Infanterie-Regiment und Oberlieutenant Graf v. Sponed vom Leib-Infanterie-Regiment zum 3ten Infanterie-Regiment.

Durch weitere allerhöchste Ordre von demselben Tage wurde der Hauptmann Maier vom 3ten Infanterie-Regiment in Ruhestand versetzt.

Gestorben ist:

Den 3. August d. J. der Hauptmann Gustav Käß vom Leib-Infanterie-Regiment,
 " 20. " " " der Lieutenant Eichrodt vom 3ten Infanterie-Regiment, und
 " 21. " " " der pensionirte Oberst Hennig in Baden.

Großherzogl. Badische

Amortisationskasse.

Anlehen vom Jahr 1840.

Liste der gezogenen 400 Stück Loose mit den darauf gefallenen Gewinnsten
bei der

Siebenten Ziehung,

welche nach Maassgabe des am 30. Juli 1840 bekannt gemachten Planes über das in Folge Gesetzes vom 11. Juni 1840 mit den Bankierhäusern S. von Haber und Söhne dahier, Johann Woll und Söhne in Frankfurt am Main und M. A. von Rothschild und Söhne daselbst gegen 100,000 Stück 50 fl. - Loose kontrahierte Anlehen von 5 Millionen Gulden durch die großherzogliche Kommission in Gegenwart der Anlehensunternehmer

am 2. September 1844

vorgenommen wurde.

(Nach der Nummernfolge geordnet.)

Nummern der am 1. August 1844 gezogenen 4 Serien:

320. 440. 467. 614.

Loos.-Nr.	Gewinn. fl.	Loos.-Nr.	Gewinn. fl.	Loos.-Nr.	Gewinn. fl.	Loos.-Nr.	Gewinn. fl.	Loos.-Nr.	Gewinn. fl.	Loos.-Nr.	Gewinn. fl.
31901	65	31919	65	31937	65	31955	65	31973	65	31991	65
31902	65	31920	65	31938	65	31956	65	31974	65	31992	65
31903	65	31921	65	31939	65	31957	1500	31975	100	31993	65
31904	65	31922	100	31940	35000	31958	65	31976	65	31994	100
31905	65	31923	65	31941	65	31959	65	31977	65	31995	65
31906	65	31924	65	31942	65	31960	65	31978	65	31996	65
31907	125	31925	125	31943	5000	31961	65	31979	65	31997	65
31908	65	31926	65	31944	65	31962	65	31980	65	31998	65
31909	65	31927	65	31945	65	31963	100	31981	65	31999	65
31910	65	31928	65	31946	65	31964	100	31982	65	32000	65
31911	65	31929	65	31947	100	31965	65	31983	65	43901	65
31912	65	31930	65	31948	65	31966	65	31984	65	43902	65
31913	65	31931	125	31949	65	31967	65	31985	65	43903	65
31914	65	31932	65	31950	65	31968	65	31986	65	43904	65
31915	100	31933	65	31951	65	31969	65	31987	65	43905	65
31916	250	31934	65	31952	65	31970	65	31988	65	43906	65
31917	65	31935	65	31953	125	31971	100	31989	65	43907	65
31918	65	31936	65	31954	65	31972	100	31990	65	43908	65

Loos-Nr.	Gewinn.	Loos-Nr.	Gewinn.	Loos-Nr.	Gewinn.	Loos-Nr.	Gewinn.	Loos-Nr.	Gewinn.	Loos-Nr.	Gewinn.
fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
43909	65	43958	65	46607	100	46656	65	61305	65	61354	100
43910	65	43959	65	46608	65	46657	65	61306	65	61355	65
43911	125	43960	65	46609	65	46658	65	61307	65	61356	65
43912	125	43961	65	46610	100	46659	65	61308	65	61357	65
43913	65	43962	65	46611	65	46660	65	61309	65	61358	100
43914	65	43963	65	46612	65	46661	65	61310	65	61359	100
43915	65	43964	125	46613	100	46662	65	61311	65	61360	65
43916	65	43965	65	46614	65	46663	65	61312	65	61361	65
43917	65	43966	65	46615	65	46664	65	61313	65	61362	65
43918	65	43967	65	46616	65	46665	65	61314	65	61363	125
43919	100	43968	65	46617	65	46666	65	61315	65	61364	65
43920	125	43969	65	46618	250	46667	100	61316	65	61365	65
43921	65	43970	125	46619	65	46668	65	61317	250	61366	65
43922	65	43971	65	46620	65	46669	65	61318	125	61367	65
43923	65	43972	65	46621	65	46670	65	61319	65	61368	65
43924	65	43973	65	46622	65	46671	65	61320	65	61369	65
43925	65	43974	250	46623	250	46672	65	61321	65	61370	65
43926	65	43975	65	46624	65	46673	65	61322	65	61371	65
43927	65	43976	65	46625	65	46674	65	61323	125	61372	65
43928	65	43977	65	46626	100	46675 1500	65	61324	125	61373	65
43929	65	43978	65	46627	65	46676	65	61325	65	61374	65
43930	65	43979	65	46628	65	46677	65	61326	65	61375	65
43931	65	43980	65	46629	65	46678	65	61327	65	61376	65
43932 1000		43981	65	46630	125	46679	65	61328	65	61377	65
43933	65	43982	65	46631	65	46680	250	61329	65	61378	65
43934	65	43983	65	46632	100	46681	65	61330	65	61379	100
43935	65	43984	65	46633 1000		46682	65	61331	65	61380	125
43936	125	43985	65	46634	100	46683	65	61332	65	61381	65
43937	65	43986	65	46635	125	46684	65	61333	100	61382	65
43938	65	43987	65	46636	250	46685	65	61334	65	61383	65
43939	65	43988	100	46637	65	46686	65	61335	65	61384	65
43940	100	43989	65	46638	65	46687 10000	65	61336	65	61385	65
43941	65	43990	65	46639	65	46688	65	61337	65	61386	65
43942	65	43991	65	46640	65	46689	65	61338	65	61387	65
43943	65	43992	65	46641	65	46690	65	61339	65	61388	65
43944	65	43993	65	46642	65	46691	65	61340	65	61389	100
43945	65	43994	65	46643	65	46692	65	61341	65	61390	250
43946	65	43995	65	46644	100	46693	65	61342	65	61391	65
43947	65	43996	125	46645	65	46694	65	61343	65	61392	65
43948 1000		43997	65	46646	65	46695	65	61344	65	61393	65
43949	65	43998	65	46647	65	46696	65	61345	100	61394	65
43950	65	43999	65	46648	100	46697	65	61346 1000	65	61395	65
43951	65	44000	65	46649 3000		46698	65	61347	65	61396	65
43952	65	46601	65	46650	65	46699	100	61348	65	61397	65
43953	65	46602	125	46651	65	46700	250	61349	100	61398	65
43954	125	46603	65	46652	65	61301	65	61350	65	61399	65
43955	65	46604	65	46653	65	61302	65	61351	65	61400	250
43956	65	46605	65	46654	65	61303	65	61352	65		
43957	65	46606	65	46655	65	61304	65	61353	65		

Vorstehende Gewinne werden planmäßig

am 1. Februar 1845

bei der unterzeichneten Kasse gegen Rückgabe der Loose baar bezahlt; wer die Zahlung früher zu empfangen wünscht, kann solche gegen Abzug eines Disconto à $\frac{1}{2}$ Kreuzer vom Gulden erhalten.

Die von den früheren sechs Ziehungen noch rückständigen Loose sind in der beifolgenden Liste verzeichnet.

Karlsruhe, den 2. September 1844.

Großherzoglich Badische Amortisationskasse.

Liste

der aus den

früheren sechs Ziehungen

noch uneingelösten Großherzoglich Badischen Fünzig-Gulden-Loose.

des Anlehens vom Jahr 1840,

deren Besitzer zu Erhebung der Gewinne hierdurch aufgefordert werden.

Carlsruhe, den 2. September 1844.

Großherzoglich Badische Amortisationskasse.

Garnison Karlsruhe.		Garnison Karlsruhe.	
Etappen-Drt.	Etappen-Drt.	Etappen-Drt.	Etappen-Drt.
Ruppenheim. Achern. Oppenau.	Ruppenheim. Achern. Gengenbach. Hornberg. Billingen. Geisingen. Stodach. Meersburg.	Ruppenheim. Achern. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Neustadt.	Ruppenheim. Achern. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Müllheim. Lörrach.
Ruppenheim. Achern. Gengenbach. Hornberg. Billingen. Geisingen. Stodach. Möskirch.	Ruppenheim. Achern. Gengenbach. Hornberg. Billingen. Geisingen. Stodach. Meersburg.	Ruppenheim. Achern. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Saig. St. Blasien. Waldbhut.	Rheinstraße. Rastatt. Neufreistadt. Zehenheim. Herbolsheim. Freiburg. Müllheim. Lörrach.
Ruppenheim. Achern. Gengenbach. Hornberg. Billingen. Geisingen. Stodach. Pfullendorf.	Ruppenheim. Achern. Gengenbach. Hornberg. Billingen. Geisingen. Stodach. Pfullendorf.	Ruppenheim. Achern. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Schönau. Säckingen.	

Garnison Rastatt.		Garnison Rastatt.	
Etappen-Drt.	Etappen-Drt.	Etappen-Drt.	Etappen-Drt.
Mühlburg. Wiesenthal. Mannheim.	Durlach. Langenbrücken. Sinsheim. Mosbach. Abelsheim. Borberg. Ebr. Bischofsheim.	Achern. Gengenbach. Hornberg. Billingen. Hüfingen.	Achern. Gengenbach. Hornberg. Billingen. Geisingen. Stodach. Pfullendorf.
Durlach. Langenbrücken. Heidelberg. Weinheim.	Durlach. Pforzheim. Horbach.	Achern. Gengenbach. Hornberg. Billingen. Geisingen. Stodach. Möskirch.	Achern. Gengenbach. Hornberg. Billingen. Geisingen. Stodach. Meersburg.
Durlach. Langenbrücken. Sinsheim. Mosbach. Wallbörn. Berthheim.	Achern. Oppenau.		

Garnison Rastatt.		Garnison Rastatt.	
Etappen-Drt.	Etappen-Drt.	Etappen-Drt.	Etappen-Drt.
Achern. Gengenbach. Hornberg. Billingen. Geisingen. Stodach. Ueberlingen.	Achern. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Neustadt.	Achern. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Schönau. Säckingen.	Rheinstraße. Neufreistadt. Ichenheim. Herbolsheim. Freiburg.
Achern. Gengenbach. Hornberg. Billingen. Geisingen. Singen. Constanz.	Achern. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Saig. St. Blasien. Waldbhut.	Achern. Offenburg. Herbolsheim. Freiburg. Müllheim. Lörrach.	

Garnison Freiburg.		Garnison Freiburg.	
Etappen-Drt.	Etappen-Drt.	Etappen-Drt.	Etappen-Drt.
Rheinstraße. Herbolsheim. Ichenheim. Neufreistadt. Rastatt. Mühlburg. Wiesenthal. Mannheim.	Herbolsheim. Offenburg. Achern. Ruppenheim. Durlach. Langenbrücken. Sinsheim. Mosbach. Adelsheim. Borberg. Ebr. Bischofsheim.	Neustadt. Billingen.	Saig. Etühlingen.
Herbolsheim. Offenburg. Achern. Ruppenheim. Durlach. Langenbrücken. Heidelberg. Weinheim.	Herbolsheim. Offenburg. Achern. Ruppenheim. Durlach. Bretten. Eppingen.	Neustadt. Hüfingen. Engen. Stodach. Möskirch.	Saig. St. Blasien. Waldbhut.
Herbolsheim. Offenburg. Achern. Ruppenheim. Durlach. Langenbrücken. Sinsheim. Mosbach. Walldürn. Wertheim.	Herbolsheim. Offenburg. Achern. Ruppenheim. Durlach. Pforzheim. Elzach.	Neustadt. Hüfingen. Engen. Stodach. Pfullendorf.	Schönau. Säckingen.
		Neustadt. Hüfingen. Engen. Radolfszell. Constanz.	Müllheim. Lörrach.
		Neustadt. Hüfingen. Engen. Stodach. Meersburg.	

Bescheinigung (Gegenschein)**über geleistete Fuhren und Vorspannspferde.**

Für das Regiment, Detachement u. (den Unterzeichneten) wurden von der Gemeinde
 Amts folgende Fuhren und Vorspannspferde gestellt, und zwar:
 Am ten 18 nach auf Stunden Entfernung
 einspännige Fuhren mit Fuhrleuten
 zweispännige Fuhren mit Fuhrleuten
 Vorspannspferde für zweispännige ärarische Wagen mit Fuhrleuten
 Vorspannspferde für dreispännige dergleichen mit Fuhrleuten.
 Die richtige Stellung dieser Transportmittel bescheinigt Station den ten 18
 N. N.

Bemerkung: Die Gegenscheine werden eben so ausgestellt, und vom Ortsvorstand der Gemeinde, welche die Fuhren geleistet hat, unterzeichnet.

Bescheinigung (Gegenschein)**über geleistete Vergütung für Militär-fuhren und Vorspannspferde.**

Von dem (Regiment, Detachement u.) wurde der Gemeinde für die unterm
 18 gestellten Fuhren und Vorspannspferde folgende Vergütung geleistet:

						Betrag
für	einspännige Fuhren nach	auf	Stunden Entfernung	fl.	fr.	
"	zweispännige Fuhren nach	auf	Stunden Entfernung	fl.	fr.	
"	Vorspannspferde mit Fuhrleuten nach	auf	Stunden Entfernung	fl.	fr.	
						Summa fl. fr.

schreibe

(Betrag mit Worten.)

Deren richtigen Empfang bescheinigt. den ten 18

Der Gemeinde-Verrechner.

Bemerkung: Die Gegenscheine werden eben so ausfertigt mit der einzigen Abänderung, daß am Schlusse statt des Empfangs, die richtige Zahlung beurkundet wird, und daß dieselben von dem Commandirenden und dem Rechnungsführer unterzeichnet werden.

Zahlungs-Tarif

für die nach Artikel 3. des Gesetzes vom 11. April 1844, Regierungsblatt Nr. VIII. zu leistenden
Vergütungen für Militär-Fuhren und Vorspanns-Pferde.

anz	"	1 36	— 32	1	4	3 12
Zweispännig.							
Eine Wegstunde	.	.	—24	—4	—8	—36	
zwei Wegstunden	.	.	—48	—8	—16	1 12	
drei "	.	.	1 12	—12	—24	1 48	
vier "	.	.	1 36	—16	—32	2 24	
fünf "	.	.	2 —	—20	—40	3 —	
sechs "	.	.	2 24	—24	—48	3 36	
sieben "	.	.	2 48	—28	—56	4 12	
acht "	.	.	3 12	—32	1 4	4 48	
Dreispännig.							
Eine Wegstunde	.	.	—36	—4	—8	—48	
zwei Wegstunden	.	.	1 12	—8	—16	1 36	
drei "	.	.	1 48	—12	—24	2 24	
vier "	.	.	2 24	—16	—32	3 12	
fünf "	.	.	3 —	—20	—40	4 —	
sechs "	.	.	3 36	—24	—48	4 48	
sieben "	.	.	4 12	—28	—56	5 36	
acht "	.	.	4 48	—32	1 4	6 24	
Vierspännig.							
Eine Wegstunde	.	.	—48	—	—	1 8	
zwei Wegstunden	.	.	1 36	—1	—	2 16	
drei "	.	.	2 24	—1	—	3 24	
vier "	.	.	3 12	—1	—	4 32	
fünf "	.	.	4 —	—2	—	5 40	
sechs "	.	.	4 48	—2	—	6 48	
sieben "	.	.	5 36	—2	—	7 56	
acht "	.	.	6 24	—3	—	9 4	

2. Bei vier Pferden werden nach Art. 3. des Gesetzes zwei Fuhrleute angenommen.

Großherzoglich Badisches Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 28. September 1844.

Bekanntmachungen.

Die Errichtung einer eigenen Bezirksforstrei für die Stiftungswaldungen des Forbacher Heiligenfonds betreffend.

Nachdem genehmigt worden ist, daß für die Stiftungswaldungen des Forbacher Heiligenfonds in den Gemarkungen Forbach und Gangbach eine eigene Bezirksforstrei mit dem Sitze zu Forbach errichtet werde, bringt man dieß mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß, daß danach die genannten Waldungen den Bezirksforstreien Herrenwies und Kaltenbrunn, welchen sie bisher zugetheilt waren, abgenommen werden.

Carlsruhe, den 3. August 1844.

Ministerium des Innern.

In Abwesenheit des Präsidenten:

Eichrodt.

Vdt. Reinhardt.

Die Errichtung eines Nebenzollamtes I. zu Waghäusel betreffend.

Nach allerhöchster Entschlieung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 18. v. M. ist zu Waghäusel, im Hauptsteueramtsbezirk Kietlingen, ein Nebenzollamt I. errichtet worden.

Dieß wird anmit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 6. September 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Böh.

Vdt. Glod.

Die Aufhebung des Eingangszolls von Steinkohlen betreffend.

Da es nach einer unter den Vereinsregierungen bestehenden Verabredung jeder Einzelnen derselben überlassen ist, den Eingangszoll auf Steinkohlen nach Bedürfniß herabzusetzen oder ganz aufzuheben, so ist in Folge allerhöchster Ermächtigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs vom 10. v. M. den Großherzoglichen Zollbehörden die Befugung ertheilt worden,

die aus dem Auslande einkommenden Steinkohlen vom 1. künftigen Monats an als eingangszollfrei zu behandeln.

Dies wird zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 14. September 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Pfeilsider.

Die Verloosung und Rückzahlung $3\frac{1}{2}$ procentiger Rentenscheine im Capitalbetrag von 77,000 fl.

Es wird anmit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Amortisationskasse ermächtigt worden ist, von ihren $3\frac{1}{2}$ procentigen Rentenscheinen nach vorheriger, im Laufe des Monats October vorzunehmender Verloosung, den Capitalbetrag von 77,000 fl. durch Verwendung des Tilgungsfonds auf den 1. Mai 1845 heimzuzahlen.

Carlsruhe, den 14. September 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Pfeilsider.

Die Aufhebung der Domänenverwaltung und Forstkasse Giffigheim betreffend.

Nach allerhöchster Entschließung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 10. d. M. haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Aufhebung der Domänenverwaltung und Forstkasse Giffigheim auf den 1. October d. J. zu beschließen und dabei zu bestimmen geruht, daß die Gefällorte der Domänenverwaltung in den Amtsbezirken Gerlachsheim und Lauherbischofsheim, und die Orte Hockfeld und Unterschüpf im Amtsbezirk Borberg der Domänenverwaltung Gerlachsheim, alle übrigen aber der Domänenverwaltung Krautheim zugewiesen, ferner daß die Bestandtheile der Forstkasse hinsichtlich des Forstbezirks Gerlachsheim mit der Forstkasse daselbst, und hinsichtlich des Forstbezirks Ballenberg mit der Forstkasse Krautheim vereinigt werden.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 16. September 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Glod.

Die Aenderung der Obereinnehmerbezirke Donaueschingen und Eugen in Folge der Auflösung des Amtes Möhringen betreffend.

Nachdem zufolge der Bekanntmachung des Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 16. Januar d. J. Reggsbltt. Nr. III. mit allerhöchster Genehmigung Seiner Königlichen

Hochzeit des Großherzogs das vormalige Bezirksamt Möhringen aufgelöst, und theils dem Bezirksamt Engen, theils dem neugebildeten Bezirksamt Donaueschingen zugetheilt worden, so werden, vom Beginn des Rechnungsjahrs 1845 anfangend, die bisherigen Bezirke der Obereinnehmerien Donaueschingen und Engen in der Art abgeändert, daß erstere die nunmehrigen Amtsbezirke Donaueschingen, Hüfingen und Willingen, und letztere die nunmehrigen Amtsbezirke Engen, Blumenfeld und Stockach begreift.

Carlsruhe, den 17. September 1844.

Ministerium der Finanzen.
von Böckh.

Vdt. Glöck.

In der Anlage wird die Uebersicht des Vermögensstandes der Militärmittwenklasse beider Abtheilungen und ihrer Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1843 zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 30. August 1844.

Kriegsministerium.
v. Frendorf.

Vdt. Fesenbeckh.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber öffentlich bekannt gemacht. Es haben gestiftet:

Deßen und Stadtpfarrer Rossmann in Breisach:

- a. ein silbernes Versekreuz mit zwei vergoldeten Kapseln, im Betrag von . 56 fl. 3 fr.
- b. ein silbernes Ciborium mit Deckel und Vergoldung, im Betrag von . . 112 fl. —
- c. eine neue Monstranz von Silber mit Vergoldung und Edelsteinen, Werth 1,611 fl. —
- d. eine neue Lampe zum ewigen Licht, von Kupfer und versilbert, im Betrag von 54 fl. —
- e. einen blauen Rauchmantel von Seidenstoff mit Goldborten, im Betrage von 36 fl. 24 fr

1869 fl. 27 fr.

zu Gunsten der Münsterkirche in Breisach;

der ledige Piratin Güntert zu Untereggingen zur dortigen Schule 50 fl.;

Pfarrer Fink von Randegg zur dortigen Gemeinde 34 Ruthen Wald;

Mois Kleiser von Schollach zu Gründung eines Armenfonds für die Gemeinden Schollach und Urach die Summe von 4,280 fl. 5 fr.;

Michael Späth und Dominik Lohmann von Reichenbach, Amts Gengenbach, in den St. Michaels-Kapellenfond zu Haigerach zu Anschaffung einer Uhr und zu andern kirchlichen Zwecken 685 fl. 49 fr.;

der verstorbene Pfarrer Hinna von Griesen für den Armen- und Schulfond zu Irstetten 797 fl. 26 kr. für jeden Fond;

Margaretha Frey von Mannheim 25 fl. in das evangelische Hospital daselbst;

ein Ungenannter 8 fl. in den Almosenfond zu Höpfingen;

Se. Durchlaucht der Herr Fürst von Leiningen 25 fl. in den Kirchenfond zu Rinsheim;

Freifrau von Harbing zu Mannheim 100 fl. in den katholischen Pfarrhausbaufond zu Neckarau;

drei Ungenannte 50 fl. in den Almosenfond zu Rothenberg;

einige Ungenannte 130 fl. zur Anschaffung von Ministrantenröcken, eines Pluvials und Messgewandes in die Kirche zu Oberwittighausen;

ein Ungenannter ein Altartuch in die Kirche zu Grünsfeld im Werth zu 3 fl. und

ein Ungenannter 38 fl. für ein Velum und 7 fl. für ein solches über das Ciborium in die Kirche zu Unterwittighausen.

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Kammerherrn und Legationsrath Freiherrn von Reizenstein die allergnädigste Erlaubniß ertheilt, den ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Oestreich verliehenen Orden der eisernen Krone dritter Classe anzunehmen und zu tragen.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht:

den Geheimen Referendar Merk, seiner unterthänigsten Bitte gemäß, wegen Gesundheitschwäche in den Ruhestand zu versetzen;

die Hofgerichtsassessoren Guyet in Mannheim, Prestinari in Rastadt und Uhl in Constanx zu Hofgerichtsräthen und

den Hofgerichtsassessor Molter in Mannheim zum Assessor bei dem Justizministerium zu ernennen;

dem Lehrer Bleß an der höhern Bürgerschule in Baden den Titel eines Professors zu verleihen;

die erledigte Domänenverwaltung Freiburg dem Domänenverwalter Kläiber in Constanx und dem bisherigen Verwalter der Obereinnehmeri Buchen, Cameralassistent Dörner, diese Obereinnehmeri definitiv zu übertragen;

den Hauptamtscontroleur Böhlinger zu Freiburg zum Hauptamtsverwalter allda zu befördern;

den Bauconducteur zweiter Classe Friedolin von Senger bei der Inspektion Carlsruhe, unter Beförderung zum Bauconducteur erster Klasse, zur Wasser- und Straßenbauinspektion Pörrach zu versetzen;

die evangelische Stadtpfarrei Oppingen, dem Pfarrer Friedrich Christian S a c h s zu Durlach zu verleihen, und demselben zugleich das Decanat provisorisch zu übertragen;

die erledigte katholische Pfarrei Niedererschach, Bezirksamt Billingen, dem Pfarrer Franz Xaver Kerker in Waldbau,

die erledigte katholische Stadtpfarrei Offenburg dem Dompräbendar Dr. Johann Nepomuk Müller in Freiburg,

die erledigte katholische Pfarrei Wieblingen, Oberamts Heidelberg, dem Pfarrer Franz Joseph Hartmann in Impfingen,

die erledigte katholische Pfarrei Gerlachsheim dem Vicar Johann Baptist Meier in Freiburg und

die katholische Pfarrei Dehnsbach, Amts Achern, dem Pfarrer Joseph Kunz in Mörsch Amt Ettlingen zu verleihen.

Die fürstlich fürstenbergische Präsentation des Kaplaneiverwalters Johann Baptist Huber zu Billaltingen auf die Pfarrei Lembach und

des Pfarrers Johann Nepomuk Kenn in Weizen, Amts Stühlingen, auf die katholische Pfarrei Urach, Amts Neustadt, haben die Staatsgenehmigung erhalten.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Hofgericht des Unterrheinkreises ist die Stelle eines Assessors erledigt. Die Bewerber haben sich innerhalb vier Wochen bei gedachtem Hofgericht anzumelden.
2. Bei dem Hofgericht des Unterrheinkreises ist die Stelle eines Secretärs erledigt. Die Bewerber um diese Stelle haben sich innerhalb vier Wochen bei gedachtem Hofgericht vorschriftsmäßig anzumelden.
3. Die Domänenverwaltung Constanz ist erledigt. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen bei der Hofdomänenkammer zu melden.
4. Die Stelle des Hauptamts-Controleurs bei dem Hauptsteueramt Freiburg. Die Bewerber haben sich binnen vier Wochen bei der Steuerdirection zu melden.
5. An dem Lyceum in Mannheim ist die Stelle eines katholischen Religionslehrers mit einem Gehalt von 600 fl. in Erledigung gekommen, welche mit einem katholischen Geistlichen besetzt werden soll, der zugleich auch den katholischen Religionsunterricht an der höhern Bürgerschule in Mannheim, sowie die Pfarrcuratie in dem Zuchthause daselbst, letztere gegen einen Functionsgehalt von 250 fl. jährlich zu übernehmen hat. Die Bewerber um diese Stelle haben sich der Vorschrift gemäß innerhalb vier Wochen bei dem Oberstudienrath zu melden.
6. Zu dem Ausschreiben der Pfarrei Mahlberg (Reggsbltt. Nr. XV. vom 24. Juni d. J. Seite 135 und 136) wird nachträglich bemerkt, daß der künftige Pfarrer an der höhern Bürgerschule daselbst wöchentlich zwei Stunden Religionsunterricht ohne besonderes Honorar zu erteilen hat.
7. Nachträglich zu dem Ausschreiben der katholischen Pfarrei Buchheim, Amts Stodach, im Regierungsblatt Nro. XXII. I. J. Seite 176, wird bemerkt, daß diese Pfarrei ein Einkommen von beiläufig 1000 fl. hat, und das Zehntlastenprovisorium von 78 fl. 24 kr statt auf 7 auf 4 Jahrestermine festgesetzt ist.
8. Durch den Tod des Pfarrers S a u d e r in Schönaue ist diese Pfarrei, Dekanats Labenburg, mit

- einem Competenzanschlag von 493 fl. 12 fr., welcher durch einen Zuschuß aus dem Unterländer Kirchenfond auf 600 fl. erhöht wird, in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
9. Durch erfolgtes Ableben des Stadtpfarrers Nebstein ist die Pfarrei Häsingen mit einem beiläufigen Einkommen von 1450 fl. in Erledigung gekommen; die Competenten um diese Pfründe haben sich bei der fürstlich fürstenbergischen Standesherrschaft als Patron binnen sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.
10. Durch die Beförderung des Pfarrers Karl Kleinmann auf die Pfarrei Michelbach ist die katholische Pfarrei Ebersteinburg, Amts Baden, mit einem beiläufigen Jahresertrage von 450 fl. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
11. Durch die Beförderung des Kaplans Schefold auf die Pfarrei Neuern, Amts Heiligenberg, ist das Kaplaneibeneficium zu Salem mit einem beiläufigen Einkommen von 500 fl. erledigt worden. Die Competenten um diese Kaplaneipfründe haben sich bei der markgräfllich badischen Domänenkanzlei nach Vorschrift zu melden.
12. Durch die Beförderung des Pfarrers Ferdinand Buhlinger auf die Pfarrei Leimen, Oberamts Heidelberg, ist die katholische Pfarrei Dielsberg, Amts Neckargemünd, mit einem beiläufigen Einkommen von 780 fl. erledigt worden. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
13. Nachdem man beschloffen hat, die bisher verwaltete evangelische Pfarrei Feuerbach Dekanats Müllheim wieder definitiv zu besetzen, wird dieselbe mit einem Competenzanschlag von 650 fl. 34 fr. ausgeschrieben; die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.

Gestorben sind:

- Am 26 August 1844 der pensionirte Amtschirurg Rehm ann in Mülhausen;
 „ 3. September 1844 der pensionirte Kanzlist Bürg in dahier;
 „ 7. „ „ der pensionirte Kanzleirath Gie h n e dahier.

Berichtigung.

Im Regierungsblatt Nr. XIII. d. J., Seite 102, Zeile 8 von unten lies Z e p f statt Z o p f.

Uebersicht

des

Standes der Großherzoglich Badischen Militär-Wittwenkasse

vom 1. Januar 1843 bis dahin 1844.

Stand der Rechnung.

Erste Klasse.

Soll.		Einnahme.				Hat.		Rest.	
fl.	fr.					fl.	fr.	fl.	fr.
I. Rückstandsrechnung.									
1. Einnahmenseite aus voriger Rechnung.									
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.			
8,800	18	a) Kapitalzinsreste	7,550	17	1,250	1			
50	—	b) andere Einnahmenseite	50	—	—	—			
8,850	18					7,600	17	1,250	1
23	—					23	—	—	—
—	—	2. Abgang an Ausgabenseiten				—	—	—	—
II. Rechnung früherer Jahre									
III. Rechnung vom laufenden Jahr.									
1. Kapitalzins.									
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.			
34,734	17	a) von ausgeliehenen Kapitalien	26,393	23	8,340	54			
34,734	17	b) von verwiesenen Posten	—	—	—	—	26,393	23	8,340 54
2. Kapitalien.									
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.			
950,222	50	a) von ausgeliehenen Kapitalien	67,160	17	883,062	33			
950,222	50	b) von verwiesenen Posten	—	—	—	—	67,160	17	883,062 33
3. Beiträge der Mitglieder.									
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.			
8,505	49	a) fortlaufende Beiträge	8,505	49	—	—			
1,657	48	b) Receptions- und Pro-motionstaxen	1,645	18	12	30	10,151	7	12 30
10,163	37					—	—	—	—
—	—	4. Verfallene Einstands-Cautionen				—	—	—	—
—	—	5. Gewinn an erkauften oder veräußerten Obligationen				—	—	—	—
1,003,994	2	Uebertrag				111,328	4	892,665	58

Coll.		Einnahme.		Hat.		Rest.	
fl.	fr.			fl.	fr.	fl.	fr.
1,003,994	2	Uebertrag		111,328	4	892,665	58
—	—	6. Milde Zuflüsse		—	—	—	—
—	—	7. Strafen		—	—	—	—
—	—	8. Pachtzins		—	—	—	—
—	—	9. Erlös aus Fahrniß und Material		—	—	—	—
—	—	10. Ersatzposten		—	—	—	—
3,958	3	IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen.		3,958	3	—	—
		1. Kassenrest aus voriger Rechnung				—	—
		2. Von und für fremde Cassen.				—	—
		fl. fr. a) aus voriger Rechnung	fl. fr.				
10,286	12	10,286 12 b) vom laufenden Jahr	10,286 12	10,286	12	—	—
		3. Von und für Privatpersonen.				—	—
		fl. fr. a) aus voriger Rechnung	fl. fr.				
560	—	560 — b) vom laufenden Jahr	560 —	560	—	—	—
—	—	4. Ausgleichungsposten		—	—	—	—
1,018,798	17	Summe der Einnahme		126,132	19	892,665	58
		Die Zahl der beitragenden Mitglieder war am Schluß					
		des Rechnungsjahrs vom 1. Januar 1843 bis da-					
		hin 1844				500.	
		Am Schluß des Rechnungsjahrs vom 1. Januar					
		1842 bis dahin 1843 betrug dieselbe . . .				504.	
		Also Verminderung . . .				4.	

Soll.		Ausgabe.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
207	—	I. Rückstandsberechnung.	207	—	—	—
—	—	1. Ausgabestreife aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	2. Abgang an Einnahmestreifen	—	—	—	—
63,300	—	II. Rechnung früherer Jahre	63,300	—	—	—
47	27	III. Rechnung vom laufenden Jahr.	47	27	—	—
48,252	—	1. Angelegte Kapitalien	48,252	—	—	—
—	—	2. Zinsvergütung und Aufwechsel für erkaufte oder	—	—	—	—
—	—	veräußerte Obligationen	—	—	—	—
—	—	3. Wittwen- und Waisengehalte	—	—	—	—
—	—	4. Verwaltungskosten.	—	—	—	—
—	—	fl. fr. fl. fr. fl. fr.	—	—	—	—
—	—	1,625 — a) Besoldungen 1,625 — — —	—	—	—	—
—	—	139 57 b) Gehalte 139 57 — —	—	—	—	—
—	—	311 5 c) Bureaukosten, als:	—	—	—	—
—	—	Kassenzubüße, Gratifikationen,	—	—	—	—
—	—	für Schreibmaterialien, Impres-	—	—	—	—
—	—	sen, öffentliche Blätter, Buch-	—	—	—	—
—	—	binde-lohn, Zimmerheizung und	—	—	—	—
—	—	Beleuchtung, Zimmer- und Mö-	—	—	—	—
—	—	belreinigung, Portoausslagen	—	—	—	—
—	—	und verschiedene kleinere Bu-	—	—	—	—
—	—	reau-Erfordernisse 311 5 — —	—	—	—	—
2,138	32	62 30 d) Miethzinse 62 30 — —	2,138	32	—	—
—	51	5. Für Fahrniß und Material	—	51	—	—
2	9	6. Rückerlaß	2	9	—	—
—	—	7. Abgang und Nachlaß	—	—	—	—
12,146	57	IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben:	12,146	57	—	—
—	—	1. Kassenrest an künftige Rechnung	—	—	—	—
—	—	2. An und für fremde Kassen:	—	—	—	—
—	—	fl. fr. fl. fr. fl. fr.	—	—	—	—
—	—	— — a) aus voriger Rechnung — — — —	—	—	—	—
10,286	12	10,286 12 b) vom laufenden Jahr 37 23 10,248 49	37	23	10,248	49
—	—	3. An und für Privatpersonen:	—	—	—	—
—	—	fl. fr. fl. fr. fl. fr.	—	—	—	—
—	—	— — a) aus voriger Rechnung — — — —	—	—	—	—
560	—	560 — b) vom laufenden Jahr — — — 560	—	—	560	—
—	—	4. Ausgleichungsposten	—	—	—	—
136,941	8 Summe der Ausgabe	126,132	19	10,808	49
		Worunter der pro 1844 übertragene baare Kassenvorrath				
		mit 12,146 fl. 57 fr.				

oderstage einer Wittwe auf. Sind aber in diesen Fällen Kinder vorhanden, so beziehen und zwar die Söhne bis zum Antritt des zwanzigsten und die Töchter bis zum Antritt

des Jahres vom 1. Januar 1843 bis dahin 1844 waren Beneficiaten vorhanden:

	1 Wittwen- und — Waisenpartie, zusammen	1 à 165 fl. jährlich	165 fl.
45	" " 6	" " 51 à 96	4,896 "
43	" " 4	" " 47 à 66	3,102 "
57	" " 2	" " 59 à 48	2,832 "
zusammen	146	" " 12	158 " " 10,995 "
Am Schlusse des Rechnungsjahrs vom 1. Januar 1842			
bis dahin 1843 aber	151	" " 10	161 " " 11,049 "
Also gegen 1842:			
Verminderung	5	" " —	" 3 " " 54 "
Vermehrung	—	" " 2	" " " "

Zusammenstellung.

Am 1. Januar 1844 betragen also:

die Beneficien der ersten Klasse jährliche	49,845 fl.
" " " zweiten Klasse "	10,995 "

zusammen . 60,840 fl.

Am 1. Januar 1843 betragen sämtliche Beneficien . 58,713 "

Also Vermehrung im Rechnungsjahr 1843 jährliche . 2,127 fl.

und liegen die Verzeichnisse über die im Rechnungsjahr 1843 bezahlten Wittwen- und Waisenbeneficien erster und zweiter Klasse unter Lit. A. und B. bei.

Vermögensstand.

Erste Klasse.		fl.	fr.
Aktivkapitalien		883,062	33
Einnahmsreste		9,603	25
Baarer Kassenvorrath		12,146	57
Summe		904,812	55
Darauf haften folgende Ausgabreste:			
1. Unverzinslicher Vorschuß der zweiten Klasse der Militärwitwenkasse	10,248 fl. 49 fr.		
2. Vorausbezahlte Kapitalzinse	560 " — "		
		10,808	49
Rest Vermögen		894,004	6
Am 1. Januar 1843 betrug das Vermögen dieser Klasse		899,524	11
Also Verminderung desselben im Rechnungsjahr 1843		5,520	5
welcher Betrag einstweilen aus den Einnahme-Überschüssen der zweiten Klasse bestritten wurde.			
Zweite Klasse.			
Aktivkapitalien		795,836	35
Einnahmsreste an Kapitalzinsen und an Vorschüssen zur ersten Klasse der Militärwitwenkasse		23,287	30
Baarer Kassenvorrath		1,387	46 ³ / ₄
Summe		820,511	51 ³ / ₄
Am 1. Januar 1843 betrug das Vermögen dieser Klasse		803,131	21
Also Vermehrung desselben im Rechnungsjahr 1843		17,380	30 ³ / ₄
Zusammenstellung.			
Am 1. Januar 1844 betrug also:			
das Vermögen der ersten Klasse		894,004	6
" " " zweiten		820,511	51 ³ / ₄
zusammen		1,714,515	57 ³ / ₄
Am 1. Januar 1843 aber hat das sämtliche Vermögen betragen		1,702,655	32
Dasselbe hat sich also im Rechnungsjahr 1843 vermehrt um		11,860	25 ³ / ₄

Uebersicht

der

Beneficieten und vorhandenen Wittwen und Waisen.

Erste Klasse.

Das Beneficium dieser Klasse besteht, einer höchsten Verordnung vom Jahr 1809 gemäß, in jährlichen

20 Gulden

von jedem Gulden Beitrag eines verstorbenen Mitgliedes. Die Auszahlung beginnt nach Ablauf des Sterbquartals und hört mit dem Wiederverheirathungs- oder mit dem Todestage einer Wittwe wieder auf. Sind jedoch in diesen Fällen Kinder vorhanden, so beziehen letztere das Beneficium fort, und zwar die Söhne bis zum Antritt des zwanzigsten und die Töchter bis zum Antritt des achtzehnten Lebensjahres.

Beim Beginn des Rechnungsjahrs vom 1. Januar 1843 bis dahin 1844 waren Beneficieten vorhanden:

106 Wittwen- und 7 Waisenparthien, zusammen 113 mit jährlichen 47,664 fl.

Hiezu kamen im Laufe des Rechnungsjahrs

	6	"	"	1	"	"	7	"	"	3,141	"
Thut . .	112	"	"	8	"	"	120	"	"	50,805	"
Abgegangen sind in diesem Zeitraum	3	"	"	—	"	"	3	"	"	960	"
Verblieben am Schlusse dieses Rechnungsjahrs	109	"	"	8	"	"	117	"	"	49,845	"
Es zeigt sich also gegen 1842 eine Vermehrung von	3	"	"	1	"	"	4	"	"	2,181	"

Zweite Klasse.

In Folge der, im Jahr 1837 ergangenen höchsten Bestimmung erhalten dormalen an Beneficium:

- die Wittve und Waisen eines Feldwebels, Wachmeisters, Kapellmeisters und Regimentstambours, monatlich 8 fl. oder jährlich 96 fl.
- " " " " " Sergeanten, Quartiermeisters und Hoboisten erster Klasse monatlich 5 fl. 30 fr. oder jährlich 66 "
- " " " " " Corporals, monatlich 4 fl. oder jährlich 48 "
- " " " " " Hoboisten zweiter Klasse, Trompeters, Gefreiten, Karabiniers und Soldaten, monatlich 4 fl. oder jährlich 48 "
- " " " " " der niedern Militärdiener das nach dem ihrer Charge entsprechenden Ranggrade.

Die Wittwen und Waisen der, ausnahmsweise beitragenden, Individuen zweiter Klasse aber empfangen, gleich den Mitgliedern der ersten Klasse, von jedem Gulden Beitrag 20 Gulden Beneficium. Die Auszahlung der Beneficien dieser Klasse beginnt, wie bei der ersten Klasse, nach Ablauf des Sterbquartals, und hört mit dem Wiederver-

Zweite Klasse.

Coll.		Einnahme.		Hat.		Rest.	
fl.	fr.			fl.	fr.	fl.	fr.
		I. Rückstandsberechnung.					
		1. Einnahmereste aus voriger Rechnung:					
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
		10,674	4	a) Kapitalzinsreste	6,901 29	3,772	35
		—	—	b) andere Einnahmereste	—	—	—
10,674	4				6,901 29	3,772	35
—	—	2. Abgang an Ausgabeüberschüssen		—	—	—	—
—	—	II. Rechnung früherer Jahre		—	—	—	—
—	—	III. Rechnung vom laufenden Jahr.					
		1. Kapitalzinse.					
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
		30,252	8	a) von ausgeliehenen Kapitalien	20,996 2	9,266	6
		—	—	b) von verwiesenen Posten	—	—	—
30,252	8				20,996 2	9,266	6
		2. Kapitalien.					
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
		840,611	19	a) von ausgeliehenen Kapitalien	44,774 44	795,836	35
		—	—	b) von verwiesenen Posten	—	—	—
840,611	19				44,774 44	795,836	35
96	13%	3. Beiträge von Mitgliedern		96	13%	—	—
103	37	4. Verfallene Einstandscantionen		103	37	—	—
—	—	5. Gewinn an erkauften oder veräußerten Obligationen		—	—	—	—
—	—	6. Milde Zuflüsse		—	—	—	—
—	—	7. Strafen		—	—	—	—
—	—	8. Pachtzinse		—	—	—	—
—	—	9. Erlöse aus Fahrniß und Material		—	—	—	—
—	—	10. Ersatzposten		—	—	—	—
		IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen.					
11,645	58	1. Kassenrest aus voriger Rechnung		11,645	58	—	—
		2. Bon und für fremde Kassen.					
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
		—	—	a) aus voriger Rechnung	—	—	—
		10,248	49	b) vom laufenden Jahr	—	10,248	49
10,248	49				—	10,248	49
		3. Bon und für Privatpersonen.					
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
		—	—	a) aus voriger Rechnung	—	—	—
		—	—	b) vom laufenden Jahr	—	—	—
—	—	4. Ausgleichungsposten		—	—	—	—
—	—			—	—	—	—
903,632	8%	Summe der Einnahme		84,508	3%	819,124	5

Soll.		Ausgabe.	Hat.		Ref.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
—	—	I. Rückstandrechnung.	—	—	—	—
—	—	1. Ausgabereite aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	2. Abgang an Einnahmestücken	—	—	—	—
—	—	II. Rechnung früherer Jahre	—	—	—	—
59,800	—	III. Rechnung vom laufenden Jahr.	59,800	—	—	—
—	—	1. Angelegte Kapitalien	—	—	—	—
11,032	55	2. Zinsvergütung und Aufwechsel für verkaufte oder veräußerte Obligationen	11,032	55	—	—
—	—	3. Wittwen- und Waisengehälte	—	—	—	—
—	—	4. Verwaltungskosten.	—	—	—	—
—	—	1,625 — a) Besoldungen 1,625 —	—	—	—	—
—	—	139 57 b) Gehalte 139 57	—	—	—	—
—	—	185 15 c) Bureaukosten, als: Kassenzubeh., Gratifikationen, für Schreibmaterialien, Impresen, öffentliche Blätter, Buchbinderlohn, Zimmerheizung und Beleuchtung, Zimmer- und Möbelpflege, Portoauslagen u. verschiedene kleinere Bureau-Erfordernisse . 185 15	—	—	—	—
2,012	42	62 30 d) Miethzinse 62 30	2,012	42	—	—
—	51	5. Für Fahrniß und Material	—	51	—	—
25	—	6. Rückersatz	25	—	—	—
—	—	7. Abgang und Nachlaß	—	—	—	—
1,387	46 ³ / ₄	IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben.	1,387	46 ³ / ₄	—	—
—	—	1. Kassenrest an künftige Rechnung	—	—	—	—
—	—	2. An und für fremde Kassen.	—	—	—	—
—	—	fl. fr. a) aus voriger Rechnung	—	—	—	—
10,248	49	10,248 49 b) vom laufenden Jahr 10,248 49	10,248	49	—	—
—	—	3. An und für Privatpersonen.	—	—	—	—
—	—	fl. fr. a) aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	— — b) vom laufenden Jahr	—	—	—	—
—	—	4. Ausgleichungsposten	—	—	—	—
84,508	3 ³ / ₄	Summe der Ausgabe	84,508	3 ³ / ₄	—	—
		Worunter der pro 1844 übertragene baare Kassenvorrath mit 1,387 fl. 46 ³ / ₄ fr.				

Jährlicher Beitrag des verstorbenen Mannes und Vaters.			Bezahlter Beneficien- Beitrag.	
fl.	fr.		fl.	fr.
28	30	Major Lemaitre Frau Wittwe in Carlsruhe	570	
13	30	" Lux Frau Wittwe in Carlsruhe	270	
24	45	" Mayer Frau Wittwe in Offenburg	495	
28	30	" Wilhelm Sachs Frau Wittwe in Carlsruhe	570	
24	45	" Valsender Frau Wittwe in Carlsruhe	495	
21	45	" Warzemann Frau Wittwe in Constanz	435	
45	—	" von Zech Frau Wittwe in Carlsruhe	900	
25	57	Rittmeister Andriano Frau Wittwe in Mannheim	519	
23	51	Hauptmann Arnold " " Carlsruhe	477	
24	45	" Wilhelm Asbrand Frau Wittwe in Käferthal	495	
21	45	" von Bed Frau Wittwe in Carlsruhe	435	
6	42	Rittmeister Bischoff Frau Wittwe in Bamberg	136	
24	—	Hauptmann von Stohmann Waise in Rastatt	480	
11	15	" Fuchs Frau Wittwe in Carlsruhe	225	
12	36	" Geres Frau Wittwe in Carlsruhe	252	
21	45	" Greiner Waisen in Durlach	435	
19	3	" von Haynau Frau Wittwe in Rassel	381	
22	30	" Hennenhofer Frau Wittwe in Carlsruhe	450	
22	30	" Hosp Frau Wittwe in Carlsruhe	450	
18	—	" Klein " " " "	360	
21	45	" Krapp " " " in Mannheim	435	
22	30	" von Lamerz Frau Wittwe in Rastatt	450	
22	30	" von Müller " " " Freiburg	450	
15	—	" von Neubronn Waisen in Mannheim	300	
22	30	" Pfeiffer Frau Wittwe in Freiburg	450	
12	36	" Pfister Waisen in Freiburg	252	
24	45	" von Porbeck Frau Wittwe in Carlsruhe	495	
7	30	" Reinhard Frau Wittwe in Gaienhofen, vom 17. Juli 1843 an	68	20
28	12	Rittmeister v. Rüdiger Frau Wittwe in Mannheim, bis mit 18. Juli 1843 (wieder verheirathet)	310	12
22	30	Hauptmann Carl Sachs Frau Wittwe in Carlsruhe	450	
22	30	" Serger Frau Wittwe in Heidelberg	450	
13	30	" Siegel Waisen in Carlsruhe	270	
29	21	Rittmeister von Stern Frau Wittwe in Heidelberg	587	
9	—	Hauptmann von Stothorn Frau Wittwe in Carlsruhe	180	
22	30	Gendarmerie-Rittmeister Stork Frau Wittwe in Radoßzell	450	
16	30	Rittmeister Streule Frau Wittwe in Carlsruhe	330	
18	—	Hauptmann Stuber Waisen in Carlsruhe	360	
22	30	" Szuhany Frau Wittwe in Rastatt	450	
22	30	" Wandt Waise in Mannheim	450	
11	15	Oberleutenant von Dubois Frau Wittwe in Freiburg	225	
9	—	" Fischer Frau Wittwe in Mannheim	180	
12	54	" nachmals Zucht- u. Correktionshausverwalter, Kay Fr. Wittw. in Bruchsal	258	
7	12	" Reichert Frau Wittwe in Offenburg	144	
5	24	" Wilhelm Speck Waise in Mannheim	108	
9	—	" Springer Frau Wittwe in Carlsruhe	180	
13	30	Feldjäger-Lieutenant Le Beau Frau Wittwe in Sand	270	
3	48	Lieutenant Gollinger Frau Wittwe in Bruchsal	76	
3	36	" Löwig Frau Wittwe in Heidelberg	72	
7	45	" Rombach Frau Wittwe in Carlsruhe	155	
5	—	" von Schmerfeld Frau Wittwe in Strzelno	100	

Jährlicher Betrag des verforderten Hannes und Vaters.			Bezahlter Beneficien- Betrag.	
fl.	fr.		fl.	fr.
6	45	Zeugnispektor Lieutenant Schumacher Frau Wittwe in Carlsruhe, vom 18. Juni 1843 an,	72	23
45	—	Staatsrath (früher Geh. Kriegsrath) Fröhlich Frau Wittwe in Carlsruhe, vom 22. Au-		
		gust 1843 an,	322	30
30	—	Kriegsrath Hauer Frau Wittwe in Carlsruhe	600	—
24	—	Wielandt Frau Wittwe in Lahr	480	—
27	—	Oberkriegscommissär Hüttenschmid Frau Wittwe in Carlsruhe	540	—
22	30	Auditor Barth Frau Wittwe in Meersburg, vom 9. Februar 1843 an	402	30
12	—	Jägerschmid Frau Wittwe in Mannheim	240	—
16	30	Kriegsministerial-Secretär Frohmüller Frau Wittwe in Carlsruhe	330	—
20	15	Militär-Medicinal-Oberrevisor Frey Frau Wittwe in Baden	405	—
19	30	Kriegsministerial-Oberrevisor Sauerbeck Fr. Wittw. in Carlsruhe, vom 30. Septbr. 1843 an	98	35
19	30	„ Registrator Peterson „ „ „ „	390	—
18	—	„ Expeditor Schmitz „ „ „ „	360	—
10	30	„ Ranglist Reibeld „ „ „ „	210	—
12	—	Generaladjutantur-Ranglist Bielmayer Frau Wittwe in Carlsruhe	240	—
8	27	Regimentsquartiermeister Le Beau Frau Wittwe in Kronau	169	—
16	30	Montfungscommissariats-Controleur Leiber Frau Wittwe in Gillingen	330	—
12	45	„ Buchhalter Rappes Frau Wittwe in Freiburg	255	—
12	—	Cavallerie-Stallmeister Wippermann Frau Wittwe in Heidelberg	240	—
9	—	Regimentsbereiter Wippermann Frau Wittwe in Durlach	180	—
21	—	Brigadearzt Dr. Aufbaumer Frau Wittwe in Carlsruhe	420	—
10	48	Regimentsarzt Dr. Laumayer Waisen in Binau, einschließlich eines Restes von 162 fl.		
		von fern	378	—
21	—	Regimentsarzt Wolfinger Frau Wittwe in Mannheim	420	—
5	—	Stabschirurg Heuß Frau Wittwe in Carlsruhe	100	—
9	—	Regimentschirurg Spöry Frau Wittwe in Carlsruhe	180	—
9	—	Oberchirurg Burckert Frau Wittwe in Mannheim	180	—
6	42	„ Dreyer „ „ „ „	134	—
10	30	„ Happold „ „ „ „	210	—
6	42	„ Hartmann „ „ „ „ Carlsruhe	134	—
6	42	„ Harttag „ „ „ „	134	—
9	—	„ Wegel „ „ „ „ Mannheim	180	—
4	30	Bataillonschirurg Heinrich Frau Wittwe in Carlsruhe	90	—
12	—	Oberthierarzt Herrmann Frau Wittwe in Carlsruhe	240	—
10	30	Stabsquide Kiefer Frau Wittwe in Carlsruhe	210	—
9	—	Sprachlehrer Jacot Frau Wittwe von Koblenz, Rest bis einschließlich 14. November		
		1842 (wieder verheirathet)	22	—
10	30	Stückgießer Engel Frau Wittwe in Mannheim	210	—
7	45	Accisor, vormalß Lieutenant, Zell Frau Wittwe in Mannheim	155	—

Militär-Wittwen-Kasse.

Zweite Klasse.

Verzeichniß

der in dem Rechnungsjahr vom 1. Januar 1843 bis dahin 1844 bezahlten Wittwen- und Waisen-Gehalte.

	Bezahlter Betrag.			Bezahlter Betrag.	
	fl.	kr.		fl.	kr.
Militärbaucondukteur Karl Kromer Wittwe in Carlsruhe	165	—	Feldwebel Alois Säger Wittwe in Durlach, vom 16. April 1843 an	68	—
Feldwebel Joh. Baumann Wittwe in Mannheim	96	—	Feldwebel Friedrich Michael Säuberlich Waise in Eggenstein	96	—
„ Buch Wittwe in Freiburg	96	—	Feldwebel Philipp Ludwig Schell Wittwe in Mannheim	96	—
Stabstrompeter Baptist Burthard in Mannheim vom 14. September 1843 an	28	32	Feldwebel Christian Schillinger Wittwe in Mannheim, vom 27. August 1843 an	33	4
Feldwebel Bernhard Busch Waise in Freiburg	96	—	Feldwebel Jakob Schneid Wittwe in Ettlingen	96	—
Wachtmeister Jakob Dünkel Wittwe in Feudenheim	96	—	Garnisonsschullehrer Joh. Schöpflin Waise in Langenbrücken	96	—
„ Wilh. Feyerabend Wittwe in Carlsruhe	96	—	Kapellmeister Andreas Seegisser Wittwe in Carlsruhe, vom 29. Juli 1843 an	40	32
„ Joh. Mich. Florian Wittw. in „	96	—	Feldwebel Johann Seig Wittwe in Mannheim	96	—
Kapellmeister Karl Friedrich Wittwe in Mannheim,	96	—	„ Hieronim. Senn Wittwe in Odenheim	96	—
Feldwebel Joh. Jak. Fruttiger „ „ Carlsruhe	96	—	„ Joh. Steinhäuser Wittwe in Rastatt	96	—
Trainwachtmeister Jakob Friedrich Camer Wittwe in Graben	96	—	Wachtmeister Heinr. Steinle Wittwe in Carlsruhe	96	—
Regimentsstambour Wilhelm Henze Wittw. zweiter Ehe und dessen Waise erster Ehe in Carlsruhe	96	—	Feldwebel Stenz Wittwe in Schwellingen	96	—
Feldwebel Adam Honsel Wittwe in Mannheim	96	—	„ Adam Straub Wittwe in Mannheim	96	—
Wachtmeister Adam Jakob Wittwe in Carlsruhe	96	—	„ Peter Ulmer Wittwe in Mingolsheim	96	—
Feldwebel Peter Kapp Wittwe in Rastatt	96	—	„ Adam Vogt Wittwe in Freiburg	96	—
„ Klein Wittwe in Mannheim	96	—	Garnisonsschullehrer Johann Philipp Weiß Waise in Langenbrücken	96	—
Kapellmeister Johann Christian Kleinpell Wittwe in Strassburg	96	—	Schaumeister Karl Werner Wittwe in Rastatt	96	—
Feldwebel Joh. Kronenberg Wittwe in Freiburg	96	—	Thierarzt Jak. Friedr. Wöllner Wittw. in Mannheim	96	—
Wachtmeister And. Längle Wittwe in Mannheim	96	—	Feldwebel Peter Worzelberger Wittw. in Mannheim, bis mit 3. August 1843 † und von da an dessen Waisen	96	—
Rekrutirungsjourrier Wilhelm August Lapp Wittw. in Freiburg	96	—	Quartiermeister Martin Appel Wittwe in Eppingen, bis mit 6. Juli 1843 †	34	6
Feldwebel Lorenz Leiner Wittwe in Rastatt	96	—	Sergeant Bracher Wittwe in Zweibrücken, bis mit 30. März 1843 †	16	30
Kapellmeister Franz Leppe Wittwe in Mannheim	96	—	Hoboist erster Klasse Heinrich Burger Wittwe in Carlsruhe	66	—
Wachtmeister, später Oberzoller, Matheus Lichtensfels Wittwe in Carlsruhe	96	—	Profos (vormals Sergeant) Ludwig Conrad Waisen in Carlsruhe, vom 11. Oktbr. 1843 an	14	40
Feldwebel Franz Mathias Waise in Freiburg	96	—	Sergeant Franz Daum Wittwe in Carlsruhe	66	—
Kasernendiener Fidel Martin Wittwe in Rastatt	96	—	„ Christian Dengel Wittwe in Freiburg, bis mit 19. Dezember 1843 †	63	59
Feldwebel Johann Martin Wittwe in Carlsruhe, bis mit 12. Dezember 1843 †	91	12	Sergeant Joh. Ad. Diehm Wittwe in Carlsruhe	66	—
Feldwebel Joseph Ant. Mauch Wittwe in Rastatt	96	—	Hoboist erster Kl. Paul Dörr Wittwe in Mannheim	66	—
„ Friedrich Nagel Wittwe in Carlsruhe	96	—	Regimentsbüchsenmacher Doll Wittwe in Freiburg, vom 15. Juli 1843 an	30	26
Wachtmeister Georg Nicks Wittwe in „	96	—			
Wachtmeister Robis Wittwe in Bruchsal	96	—			
Feldwebel Joseph Ortlieb Wittwe in Freiburg	96	—			
„ Wilhelm Rind Wittwe in Mannheim	96	—			
„ Martin Riff Wittwe in Rastatt	96	—			
„ und Gefangenwärter Bernhard Ruppert Wittwe in Carlsruhe	96	—			

		Bezahlter Betrag.				Bezahlter Betrag.	
		fl.	fr.			fl.	fr.
Sergeant Lorenz Eckeln Wittwe in Mannheim	66	—	—	Corporal Johann Dorie Wittwe in Carlsruhe	48	—	—
" Wilhelm Fingado Wittw. in Carlsruhe	66	—	—	Corporal Jakob Friedrich Wittwe in Carlsruhe,			
" Flößer Wittwe in Mannheim	66	—	—	bis mit 12. Mai 1843 +	17	36	
Quartiermeister Philipp Frei Wittwe in Carlsruhe	66	—	—	Corporal Ignaz Früh Wittwe in Saßbach	48	—	—
Hoboist erster Kl. Amand Fritsch Wittw. in Rastatt	66	—	—	Artilleriewagenmeister Adam Gahn Wittwe in			
" " Franz Ant. Gärtner Wittw. in Carlsru.	66	—	—	Diedelsheim	48	—	—
Sergeant Georg Göß Wittwe in Königshofen	66	—	—	Corporal Gottfried Hafner Wittwe in Durlach	48	—	—
Zeugwart Joseph Grassberger Wittwe in Mannheim	66	—	—	" Johann Heiler Waisen in Graben	48	—	—
Garnisonsfourrier Norbert Theodor Willibald				" Faver Heudörfer Wittwe in Mößkirch	48	—	—
Greve Wittwe in Mannheim	66	—	—	" Wilhelm Huff Wittwe in Durlach	48	—	—
Quartiermeister Johann Harrer Wittwe in Carlsru-				" Kehlhofer Wittwe in Rastatt	48	—	—
ruhe, bis mit 24. Juli 1843 +	37	24		" Jak. Kettmann Wittwe in Wiesloch	48	—	—
Sergeant Peter Herb Wittwe in Carlsruhe	66	—	—	" Heinrich Melcher Wittwe in Carlsruhe	48	—	—
Jädel Wittwe in Rastatt	66	—	—	Profos Fr. Michenfelder Wittw. in Handsbuchsheim	48	—	—
Profos Joseph Jörger Wittwe in Rastatt	66	—	—	Corporal Müller Wittwe in Mannheim	48	—	—
Sergeant Heinr. Jänemann Wittwe in Mannheim	66	—	—	Traincorporal Franz Pflüger Wittwe in Carlsruhe	48	—	—
Sergeant und Kasernendiener Johann Keppel-				Corporal und Kasernendiener Jakob Rückemann			
mann Waisen in Carlsruhe	66	—	—	Wittwe in Mannheim, vom 2. August 1843 an	19	52	
Hoboist erster Kl. Jak. Kiefer Wittwe in Carlsruhe	66	—	—	Artilleriewagner Jakob Friedrich Weiß Wittwe			
Kriegsministerial-Diurnist (früher Regiments-				in Carlsruhe	48	—	—
fourrier) Friedr. Kühn Wittwe in Carlsruhe	66	—	—	Corporal Christ. Friedr. Ziller Wittwe in Carlsru.	48	—	—
Sergeant Joseph Kunzmann Wittwe in Carlsru-				Soldat Jonas Antes Wittwe in Feudenheim	48	—	—
ruhe, bis mit 28. April 1843 +	21	38		Husar Phil. Friedr. Bed Wittwe in Carlsruhe	48	—	—
Sergeant Balthasar Lersch Wittwe in Mannheim	66	—	—	Soldat Joseph Vielmayer Wittwe in Meersburg	48	—	—
Quartiermeister Urban Lingg	66	—	—	Trompeter Flor. Blochmann Wittwe in Carlsruhe	48	—	—
Sergeant Lippe Wittwe in Feudenheim	66	—	—	Soldat Jak. Friedr. Bommerer Wittw. in Gößrichen	48	—	—
" Löhr Wittwe in Gengenbach	66	—	—	Trainisoldat Joseph Brosamer Wittw. in Eitenheim	48	—	—
" Friedrich Maag Wittwe in Börtetten	66	—	—	Soldat Christoph Bühler Wittwe in Grözingen	48	—	—
" Peter Macher Wittwe in Mannheim	66	—	—	" Joseph Burkhard Wittwe in Kappelwinden	48	—	—
Kasernendiener Mayer Wittwe in Mannheim	66	—	—	Profos Johann Däubner Wittwe in Durlach	48	—	—
Hoboist erster Klasse Wilh. Mezger in Mannheim	66	—	—	Soldat und Krankenwärter Johann Diez Waise			
Quartiermeister Georg Rapp Wittwe in Carlsruhe	66	—	—	in Einkenheim	48	—	—
Kadettendiener Meinrad Reiner Wittwe in Carlsru.	66	—	—	Soldat und Krankenwärter Dirrian Wittwe in			
Sergeant Rödel Wittwe in Heidelberg	66	—	—	Mannheim	48	—	—
Quartiermeister Georg Schaffner Wittwe in Carlsru.	66	—	—	Soldat Jakob Eppenbach Wittwe in Grözingen	48	—	—
Sergeant und Kasernendiener Johann David				" Kaspar Fröhlich Wittwe in Langenrieden	48	—	—
Schumacher Wittwe in Carlsruhe	66	—	—	" Bernhard Gever Wittwe in Huttenheim	48	—	—
Sergeant Philipp Stelter Wittwe in Langenbrücken	66	—	—	" Joh. Phil. Groß	48	—	—
" Jakob Stolz Waise in Mannheim	66	—	—	" Christoph Heger Wittwe in Dingolsheim	48	—	—
Regimentsbüchsenmacher Strehle Wittwe in				" Mathias Hoffart Wittw. in Mannheim	48	—	—
Heinsheim	66	—	—	" Hofmann Wittwe in Rastatt	48	—	—
Militär-Schmidtmeister Jakob Heinrich Sulzer				" Albin Huber Wittwe in Großweier	48	—	—
Wittwe in Carlsruhe	66	—	—	" Jakob Huber Wittwe in Durlach, bis			
Sergeant Franz Wagner Wittwe in Mannheim	66	—	—	mit 17. Dezember 1843 +	46	16	
" Hartmann Weil Wittwe in Mannheim	66	—	—	" Ida Wittwe in Wödingen	48	—	—
Hoboist erster Kl. Kav. Wiedner Wittw. in Carlsruhe	66	—	—	" Jakob Junfer Wittwe in Wallstadt	48	—	—
Regimentsbüchsenmacher Philipp Wiedemann				" Kraft Racher	48	—	—
Wittwe in Rastatt	66	—	—	" Jak. Friedr. Kay Wittwe in Durlach	48	—	—
Sergeant And. Wollenschläger Wittwe in Mannheim	66	—	—	" Johann Kagenmaier Wittwe in Hochenheim	48	—	—
" Adam Würzburger Waisen erster Ehe				" Joh. Adam Kreyser Wittwe in Eppingen	48	—	—
in Carlsruhe	66	—	—	" Konrad Krieger Wittwe in Carlsruhe	48	—	—
Sergeant Melch. Zegelmaier Wittw. in Schwepingen	66	—	—	" Bernhard Kuhn Wittwe in Bretten	48	—	—
" Zir Wittwe in Rastatt	66	—	—	" Johann Rupp Wittwe in Feudenheim	48	—	—

	Bezahlter Betrag.			Bezahlter Betrag.	
	fl.	fr.		fl.	fr.
Soldat Johann Schätzle Wittwe in Beiertheim	48	—	Soldat Valentin Unger Wittwe in Grünwinkel	48	—
Dragoner Joh. Schäuße Wittw. in Unteröwisheim	48	—	Hornist zweiter Klasse Johann Wilhelm Unglent		
Trainsoldat Georg Scheer Wittwe in Diersheim	48	—	Wittwe in Karlsruhe	48	—
Hornist Jakob Schilling Wittwe in Bräunlingen	48	—	Soldat Johann Michael Vogel in Jöhlingen .	48	—
Soldat Anton Schmiederer Wittwe in Orschweiler,			" Johann Adam Wanner in Ettlingen .	48	—
bis mit 11. September 1843 †	32	8	" Georg Friedr. Wirth Wittwe in Kirlach	48	—
Soldat Christoph Schreiber Wittwe in Mannheim	48	—	Dragoner und Eskadronschumacher Sebastian		
Dragoner und Eskadronsfattler Anton Springer			Wörner Wittwe in Bruchsal	48	—
Wittwe in Mannheim	48	—	Husar Leander Zepfel Wittwe in Dös	48	—
Soldat Benedikt Ischan Wittwe in Sulzbach,			Soldat Wilhelm Ziegelmaier Wittwe in Rinklingen	48	—
bis mit 15. Februar 1843 †	6	—	" Christian Zoller in Gröpingen	48	—

Gefertigt, Karlsruhe den 19. August 1844 durch den Kassier

C. Wielandt.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 12. Oktober 1844.

In Betreff der Staatsprüfung der Ingenieur-Candidaten.

Leopold von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben Uns allergnädigst bewogen gefunden, unter Aufhebung Unserer Verordnung vom 6. April 1837 (Regierungsblatt XII.) über die Prüfung der Ingenieur-Candidaten Nachstehendes zu verfügen.

§. 1.

Die Ingenieur-Candidaten, welche um Zulassung zur Staatsprüfung nachsuchen, müssen nachweisen:

1. daß sie sich vor dem Besuch einer Fachschule oder einer höheren Lehranstalt zum Zweck ihres Fachstudiums die nöthige allgemeine Vorbildung hlerzu erworben haben;

2. daß sie auf einer Fachschule oder einer höheren Lehranstalt den erforderlichen Unterricht für ihre Berufsbildung erhalten haben.

§. 2.

Die verlangte werdende Vorbildung begreift mindestens diejenigen Kenntnisse, welche an einer vollständigen höhern Bürgerschule des Landes, und an den drei mathematischen Classen der polytechnischen Schule erworben werden können und sollen.

§. 3.

Der Nachweis über den Besitz der Vorbildung wird geliefert:
entweder:

durch ein Zeugniß, daß der Candidat eine vollständige höhere Bürgerschule oder eine Gelehrtenschule bis zur zweit obersten Classe mit Erfolg absolvirt hat, sodann auch aus der dritten mathematischen Classe der polytechnischen Schule mit dem Prädikate der Reife zum Fachstudium entlassen wurde;

oder:

durch ein Zeugniß der polytechnischen Schule, daß derselbe in einer besondern bei ihr erstandenen Prüfung vor Beginn des Fachstudiums den Besitz derjenigen Kenntnisse dargethan hat, welche der §. 2 verlangt.

Diesen jungen Männer, welche ihre Vorbildung nicht auf inländischen Schulen erhalten haben, und deshalb eine solche besondere Prüfung erstehen wollen, haben sich dessfalls an die Direction der polytechnischen Schule zu wenden, welche aus den Lehrern der Anstalt eine Prüfungscommission bestellen und das weiter Nöthige besorgen wird.

§. 4.

Gegenstand der Berufsbildung und der Staatsprüfung der Ingenieur-Candidaten sind nachstehende Wissenschaften:

1. Physik,
2. Chemie,
3. Mineralogie,
4. Geognosie mit vorzüglicher Berücksichtigung dessen, was die Technik des Wasser- und Straßenbaufachs berührt,
5. darstellende Geometrie in ihren Anwendungen auf Bestimmung der Schatten, auf Perspective, auf Steinschnitt und Holzconstruction,
6. die mechanischen Wissenschaften mit Beziehung ihrer Anwendung auf Constructionen,
7. practische Geometrie, und zwar insbesondere was die Kenntniß und den Gebrauch der Instrumente, die Lehre vom Nivelliren, Profiliren und die Darstellung der Erdoberfläche betrifft,
8. Wasser- und Straßenbaukunde nach ihrem ganzen Umfange und zwar in folgenden Unterabtheilungen:
 - a. über Behandlung der Flüsse und Ströme, Fäschinen-, Holz- und Steinbau;
 - b. über Leitung der Gewässer zur Beförderung der Cultur, zum Betriebe von Gewerben und zu andern Bedürfnissen des Lebens, und vorzüglich über Wehr- und damit verbundenen Schleußenbau;
 - c. über Landcommunicationen, Theorie der Fuhrwerke, über speciellen Straßenbau und über Eisenbahnen;
 - d. über Wassercommunicationen, Schiff- und Floßbarmachung der Flüsse und Bäche, Anlage von Schiffahrtskanälen mit den hierauf bezüglichen Schleußen und Aquäducten;
 - e. über Bau der Brücken jeder Art und Größe;
 - f. Maschinenbau im Allgemeinen und mit besonderer Rücksicht auf das, was im Dienste des Wasser- und Straßenbaues und des Eisenbahnbaues und Betriebs vorzüglich vorkommt.

§. 5.

Die Prüfung der Ingenieur-Candidaten wird von einer Commission vorgenommen, welche aus Mitgliedern der Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues und aus Lehrern der polytechnischen Schule besteht.

Unser Ministerium des Innern wird die Mitglieder dieser Commission ernennen.

§. 6.

Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung der Ingenieur-Candidaten ist bei der Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues schriftlich einzureichen und zwar bei Vermeidung der Verweisung auf die spätere Prüfungsperiode zu Anfang des Monats Mai.

In der Eingabe hat der Candidat zu bezeichnen:

1. seinen Vor- und Familien-Namen;
2. den Tag, Monat, Jahr und Ort der Geburt;
3. den Stand der Eltern,
4. seinen dermaligen Wohnort;

5. die Schulen auf welchen er die Vorbildung erhalten;
6. die Lehranstalten, auf welchen er seine Berufsbildung erlangt hat.

Ferner müssen der Eingabe beigelegt seyn:

- a. die Nachweisung, daß Candidat Staatsbürgerrecht besitzt;
- b. seine Sitten- und Studienzeugnisse, insbesondere gemäß dem §. 3, der Nachweis über die erhaltene Vorbildung und die Zeugnisse der Lehranstalten, auf welchen die Berufsbildung erworben wurde;
- c. das Zeugniß eines Staatsarztes, daß Candidat eine den Beschwerden seines Berufs gewachsene kräftige Körperconstitution habe.

§. 7.

Die Oberdirection spricht die Zulassung zur Prüfung aus, wenn das Zulassungsgesuch in Ordnung und gehörig belegt ist, theilt letzteres der Prüfungscommission mit und sorgt für die Einberufung des Candidaten.

§. 8.

- Die Prüfung der Ingenieure besteht:
- in einer Vorprüfung,
 - in einer schriftlichen Prüfung und
 - in einer mündlichen Prüfung.

§. 9.

Die Vorprüfung verlangt die Bearbeitung größerer Entwürfe aus dem Gebiete des Wasser- und Straßenbaues, der Maschinenkunde, und die Fertigung von Kostenüberschlägen. Sie findet in dem Monat Juni und Juli in der Art statt, daß die Schüler des dritten Jahresurses der Ingenieurschule dieselbe noch während ihres Aufenthalts auf dieser Schule bestehen können.

Die zur Vorprüfung gehörigen Aufgaben werden jedem Candidat von der Prüfungscommission am 1. Juni zugestellt und die darauf bezüglichen Ausarbeitungen müssen von demselben längstens bis zum 1. August abgeliefert werden, bei Vermeidung der Verweisung auf die nächste Prüfung.

Die Ausarbeitung hat im Local der polytechnischen Schule unter Aufsicht der Lehrer der Ingenieurschule zu geschehen.

Auf die Grundlage der zur Vorprüfung gelieferten Arbeiten erkennt die Prüfungscommission alsbald: ob der Candidat zur weitem schriftlichen und mündlichen Prüfung zugelassen werden kann; oder ob seine Arbeiten so ungenügend sind, daß er für jetzt zurück und auf eine spätere Prüfung verwiesen werden muß.

§. 10.

Die schriftliche Prüfung umfaßt Aufgaben aus den im §. 4 bezeichneten Wissenschaften und muß ohne irgend eine Benutzung literarischer Hilfsmittel unter steter Beaufsichtigung der Prüfungscommission stattfinden.

Sie beginnt in der ersten Woche des Monats October und soll spätestens bis 1. November vollendet seyn.

§. 11.

Die mündliche Prüfung folgt ungefümt der schriftlichen Prüfung und soll von der Prüfungs-

commission hauptsächlich dahin gerichtet werden, ermeßen zu können, ob Candidat die schriftlich bearbeiteten Aufgaben, namentlich jene der Vorprüfung, vollkommen durchdrungen hat, unklare Punkte darin gehörig zu erläutern und etwaige Fehler, wenn er darauf aufmerksam gemacht wird, mit Leichtigkeit und in angemessener Weise zu verbessern versteht.

§. 12.

Ueber den Erfund der Prüfung erstattet die Commission längstens bis Anfang Dezember unter Vorlage der Prüfungsarbeiten schriftlichen Vortrag an die Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues und fügt bestimmte Anträge bei. Die Oberdirection befördert die Vorlage mit ihrem Gutachten im Laufe des Monats Dezember an Unser Ministerium des Innern, welches über die Aufnahme und Location, beziehungsweise Zurückweisung der Candidaten entscheidet.

§. 13.

Für die Vornahme der Ingenieur-Prüfung hat jeder Candidat eine Gebühr von dreißig drei Gulden zu entrichten, welche als Sportel zu behandeln und von der Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues bei Ausfertigung des Decrets anzusetzen ist, das die Zulassung nach §. 6 ausspricht.

Für die Vornahme einer Vorprüfung nach dem Schlußsatz des §. 3, beträgt die Gebühr zwanzig zwei Gulden, welche an die Verrechnung der polytechnischen Schule zu verabfolgen sind.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 20. September 1844.

Leopold.

Freiherr v. Rüd. t.

Auf höchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Verordnungen.

Die Eingangszollsätze von belgischem Eisen betreffend.

Da die Voraussetzung, unter welcher die durch das provisorische Gesetz vom 22. Juli d. J. (Regierungsblatt Seite 129), eingeführten ausnahmsweise erhöhten Zollsätze von belgischem Eisen wiederum außer Wirksamkeit gesetzt werden sollen, nunmehr eingetreten ist, so werden diese Zollsätze auf den Grund der durch den Artikel 2 des Gesetzes dem unterzeichneten Ministerium erteilten Ermächtigung hiermit außer Wirksamkeit gesetzt. Belgisches Eisen unterliegt darum von nun an bei der Einfuhr in den Zollverein denselben Eingangszollsätzen wie anderes ausländisches Eisen. Dies wird zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 3. Oktober 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Büch.

Vdt. Pfellsticker.

Bekanntmachungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach allerhöchster Entschlieſung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 10. d. M., Nr. 1348, zu bestimmen geruht:

1. die bisherigen Forstbezirke Nordrach und Willstett werden aufgelöst, dagegen drei neue Bezirksforsteien zu Zell am Harmersbach, Offenburg und Rork errichtet.

2. Die neuen Bezirksforsteien werden gebildet:

a. Zell am Harmersbach aus den Gemarkungen Bieberach, Entersbach, Fischerbach, Oberharmersbach, Unterharmersbach, Zell am Harmersbach, Ballenbach, Haslach, Hofstetten, Mühlenbach, Schnellingen, Steinach, Welschballenbach, Welschsteinach und Nordrach mit Ausnahme der Domänenwaldungen.

b. Offenburg aus den Gemarkungen Appenweier, Bohltsbach, Bühl, Durbach, Ebersweier, Elgersweier, Fesenbach, Griesheim, Rußbach, Ortenberg, Rammersweier, Unterneffelried, Weyer, Windschlag, Zell, Diersburg, Zunsweier, sodann aus dem Gemeindewald von Rußbach auf der Gemarkung Herzthal, aus den Domänenwaldungen zu Offenburg, aus dem Domänen- und Ortenberger Gemeindewald zu Dhltsbach und aus der Waldgemarkung Gottswald.

c. Rork unter Zuteilung zum Forstamt Achern, aus den Gemarkungen Bodersweyer, Diersheim, Hausgereuth, Holzhausen, Honau, Leutesheim, Linx, Zierolschhofen, Auenheim, Eckartsweier, Hesselhurst, Stadt und Dorf Rehl, Rork, Regelshurst, Neumühl, Obelschhofen, Querbach, Sand, Hohnhurst, Willstett und aus den Waldgemarkungen Endingen-Wald, Willstetter-Wald, und Stratsburger Stadtwald.

3. Treten in der Bezirks-Eintheilung folgende weitere Veränderungen ein:

a. der Forstbezirk Gengenbach erhält vom bisherigen Forstbezirk Nordrach die Domänenwaldungen in der Orts- und Waldgemarkung Nordrach, und die in letzterer befindlichen Privatwaldungen.

b. Dem Forstbezirk Wolfach werden vom Forstbezirk Triberg die Gemarkungen Gutach, Rimbach, Lehengericht und Schiltach zugewiesen.

c. Dem Forstbezirk Lahr ebenso vom Forstbezirk Ichenheim die Gemarkungen Mietersheim und Dinglingen, mit Ausschluß der Domänenwaldungen.

d. Der Forstbezirk Ichenheim erhält vom bisherigen Forstbezirk Willstett die Gemarkung Marlen und vom Forstbezirk Gengenbach die Gemarkungen Hofweier, Niederschopfheim und Schutterwald mit Ausschluß des in letzterer Gemarkung liegenden Offenburger Stadtwaldes.

Carlsruhe, den 15. September 1844.

Ministerium des Innern.

Fhr. von Müdt.

Vdt. Stemmler.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach allerhöchster Entschlieſung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 20. I. M., Nr. 1532, zu bestimmen geruht:

1. Es wird eine neue Bezirksforstlei zu Müllheim errichtet, und dieselbe aus den Gemarkungen Auggen, Bamlach, Bellingen, Feldberg, Mauchen, Rheinweiler, Schliengen, Steinensstadt, und

den Domäneuwaldungen in der Gemarkung Lungen Badenweiler, Hügelheim, Lipburg, Schweighof, Bögisheim, Zienken, Zunzingen Bisingen, und aus dem Badenweilerer Markungen Fischenberg, Kühlenbronnen, und anweg vom bisherigen Forstbezirk Marzell gebildet.

den Gemarkungen
Oberweiler,
Gemarkung
aus den Gemarkung
Neuen-

2. Die Bezirksforstrei Marzell wird aufgehoben und dafür eine solche zu Zell im Wiesenthal errichtet und dieser die Gemarkungen Adelsberg, Altenstein, Alpenbach, Ehrberg, Hög, Mambach, Pfaffenberg, Niedichen, Rohmatt, Rohrberg, Sonnenmatt, Zell, Büschau, Domberg, Elbenschwand, Heubronn, Hohneck, Langensee, Neuenweg, mit Ausschluß der Domäneuwaldungen, Oberhausen, Raich, Ried, und die Zeller Waldgemarkung vom bisherigen Forstbezirk Marzell, und die Gemarkung Gersbach vom Forstbezirk Schopfheim zugewiesen.

3. Die Bezirksforstrei Kandern erhält die Gemarkungen Marzell, Kaltenbach, Lütchenbach, Höfen, Käsaler, Malzburg, Vogelbach, Wies und Wambach vom bisherigen Forstbezirk Marzell.

4. Der Bezirksforstrei Schopfheim werden die Gemarkungen Endenburg, Lehenacker und Kirchhausen vom Forstbezirk Kandern, Schlechtenhaus vom Forstbezirk Wollbach und Oberdossenbach und Wiechs vom Forstbezirk Nollingen zugetheilt.

5. Die Bezirksforstrei Wollbach erhält die Gemeindevaldungen von Holzen, Welmlingen und Mappach in den Gemarkungen von Holzen und Niedlingen vom Forstbezirk Kandern.

Dies wird andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 26. September 1844.

Ministerium des Innern.

Jhr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Die Aufstellung eines ständigen Sportelvisitors betreffend.

Nach allerhöchster Entschlieung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs aus Höchstpreislichem Staatsministerium vom 18. April d. J., Nr. 588, soll behufs der Controllirung des Anlages der Sporteln und sonstigen Jurisdictionsgesälle bei den diese Gesälle constatirenden Staatsstellen ein ständiger Sportelvisitationscommissär aufgestellt werden, und mit dem Vollzug dieser allerhöchsten Anordnung ist das unterzeichnete Ministerium beauftragt.

Dies wird mit dem Anfügen andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß mit Vornahme der fraglichen Visitationen bei den einschlägigen Stellen, jedoch mit Ausnahme der Amtsrevisorate, hinsichtlich welcher es, bis auf Weiteres, bei der bisherigen Einrichtung verbleibt, — demnächst begonnen werden wird, und die specielle Leitung dieses Geschäfts der Großherzoglichen Steuerdirection übertragen ist, welche dem betreffenden Visitationscommissär jeweils durch schriftliche, an Ort und Stelle vorzuzeigende Weisung die Staatsstelle bezeichnen wird, bei welcher eine Controlirung des Sportelanlages vorgenommen werden soll.

Carlsruhe, den 24. September 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Bach.

Vdt. Glod.

Von der statutengemäß zu gemeinnützigen Zwecken zu vertheilenden Gewinnhälfte der Achen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft fiel für 1843 auf das Großherzogthum Baden die Summe von 1,772 fl., wovon nach der Bestimmung der Gesellschaft vorläufig 1,272 fl. verwendet worden sind, und zwar:

für das Waisenhaus zu Lichtenthal	500 fl.
für die höhere Bürgerschule zu Mosbach, als Beitrag zu Anschaffung einer Schulorgel	100 „
für die Kinderbewahranstalt zu Mosbach	100 „
für die Rettungsanstalt für sittlich verwahrloste Kinder in Neßdingen, Bezirksamts Hüfingen	100 „
für das städtische Armenhaus in Breisach	100 „
für das Spital in Emmendingen	100 „
für die Gewerbschule in Hornberg	100 „
für das Gefindepital in Ettlingen	100 „
für arme Kinder in Walldorf zur Kleidung bei der ersten Communion	72 „
	<hr/> 1,272 fl.

Diese Verwendung hat die dießseitige Genehmigung erhalten.

Carlsruhe, den 1. October 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Die dießjährige Herbstprüfung der Candidaten der Theologie wird hiermit auf den 18. November festgesetzt und haben sich die betreffenden Candidaten daher unter Vorlage der nöthigen Zeugnisse und Vorarbeiten in Zeiten bei dem evangelischen Oberkirchenrath durch ihre Decanate zu melden.

Am 28. October l. J. Morgens 8 Uhr wird die Lehramts-candidatenprüfung vorgenommen werden.

Diejenigen Candidaten, welche sich dieser Prüfung unterziehen wollen, haben vor dem 18. October unter Vorlage ihrer Studien- und Sittenzeugnisse bei dem Oberstudienrath um die Zulassung einzufommen.

Den Stand der allgemeinen Schullehrer-, Wittwen- und Waisenkasse betreffend.

Die auf den Grund der Rechnungen vom 1. Juli 1840 bis 31. Dezember 1843 gefertigte Uebersicht des Standes der allgemeinen Schullehrer-, Wittwen- und Waisenkasse wird in der Anlage zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 20. Juni 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Betreff.	Kreisverrechnung in								Summa.	
	Konstanz.		Freiburg.		Entlingen.		Heidelberg.			
	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
A. Einnahme.										
1. Staatszuschuß	7,000	—	7,000	—	7,000	—	7,000	—	28,000	—
2. Jahrsbeiträge von Lehrergehalten	4,304	22	7,047	11	7,501	2	8,979	55	27,832	30
3. Aufnahms- u. Verbesserungstaren	1,203	8	1,970	58	1,486	5	2,931	30	7,641	41
4. Beiträge von Orts- und Distrikts-Stiftungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Kapitalzinse	4,573	58	9,596	54	6,545	2	4,060	34	24,776	28
6. Außerordentliche Einnahmen	17	5	117	28	73	54	10	21	218	49
zusammen	17,098	33	25,732	31	22,606	3	23,032	20	88,469	27
B. Ausgabe.										
1. Wittwengehälte	2,796	42	14,676	23	14,246	6	11,237	50	42,957	1
2. Erziehungsbeiträge	624	16	2,048	54	2,403	44	2,508	38	7,585	32
3. Nahrungsgehälte	101	46	487	23	382	20	428	19	1,399	48
4. Nachlaß und Verlust an Revenüen	110	13	190	1	317	4	265	13	882	31
5. Gehalt des Verrechners	515	55	1,380	7	1,140	11	1,015	11	4,051	24
6. Gehalt der Bezirkserheber	89	43	155	1	166	37	189	53	601	14
7. Bureaukosten der Verrechner	22	9	53	52	61	43	70	32	208	16
8. Revisionskosten-Beiträge	142	46	286	44	177	21	198	10	805	1
9. Für Inventariensätze	—	—	7	12	—	—	9	30	16	42
10. Außerordentliche Ausgaben	7	24	67	53	2	13	92	48	170	18
zusammen	4,410	54	19,353	30	18,897	19	16,016	4	58,677	47
In Vergleichung										
der Einnahme von	17,098	33	25,732	31	22,606	3	23,032	20	88,469	27
mit										
der Ausgabe von	4,410	54	19,353	30	18,897	19	16,016	4	58,677	40
ergibt sich ein Ueberschuß von	12,687	39	6,379	1	3,708	44	7,016	16	29,791	47

Rechnung in										
Freiburg										
Verrechnung in										
Konstanz. Freiburg. Eutingen. Heidelberg.										
fl. fr. fl. fr. fl. fr. fl. fr. fl. fr.										
C. Vermögensstand.										
a. Rentirendes Vermögen.										
1. Eiegenschaften	—	—	243	—	181	15	—	—	424	15
2. Activkapitalien	35,200	—	51,924	5	42,485	37	25,691	58	153,304	40
b. Nicht rentirendes Vermögen.										
3. Fahrnisse (Bureaurequisiten)	8	48	11	24	8	48	31	48	60	48
4. Gefällrückstände	39	30	1,922	24	2,118	45	1,510	8	5,620	47
5. Vorschüsse	—	—	—	—	81	30	—	—	81	30
6. Kassenvorrath	1,561	15	2,461	—	76	9	3,061	56	7,160	20
zusammen	36,809	83	56,561	53	44,982	4	30,298	50	168,652	20
Hierauf haften:										
c. Schulden.										
7. Miethengehalte etc.	1	18	203	27	—	—	296	24	501	9
Rest reines Vermögen am 31. Dezember 1843	36,808	15	56,358	26	44,982	4	30,002	26	168,151	11
8. am 1. Juli 1840 betrug solches	24,102	45	48,574	18	31,919	57	22,953	17	127,550	17
9. also Vermehrung vom 1. Juli 1840 bis mit 31. Dezember 1843 bei den Verrechnungen in Konstanz und Heidelberg von den Revenüenüberschüssen, und bei den Verrechnungen in Freiburg und Eutingen theils von den Revenüenüberschüssen und theils von weiter hinzugekommenen Vermögenstheilen der überwiesenen altbadenschen evangelischen Schullehrerwitwenfondes herrührend.	12,705	80	7,784	8	13,062	7	7,049	9	40,600	54
D. Personalstand.										
Am 31. Dezember 1843.										
1. Beitragspflichtige Mitglieder	412	—	570	—	568	—	542	—	2,092	—
2. Zum Erziehungsbeitrag berechnete Kinder	21	—	83	—	99	—	79	—	297	—
3. Zum Erziehungsbeitrag berechnete Kinder	22	—	63	—	93	—	76	—	254	—
4. Zum Erziehungsbeitrag berechnete Kinder	—	—	10	—	11	—	8	—	33	—

Stiftung.

Eine Ungenannte hat dem Armenhaus zu Donaueschingen eine Schenkung von 100 fl. gemacht. Vorstehende Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zum ehrenden Andenken der Geberin hiermit bekannt gemacht.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht, dem kaiserlich königlich österreichischen Kämmerer und fürstlich Thurn- und Taxis'schen Oberpostmeister in Frankfurt a. M., Freiherrn von Brinck Treuenfeld das Commandeurkreuz, dem Oberamtmann Nieder in Stodach, und dem Professor Göbel in Baden das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, dem Bürgermeister Herrel in Regelschurst als Anerkennung seiner vieljährigen ausgezeichneten Dienstführung die kleinere goldene Civilverdienstmedaille, dem Bürgermeister Spießmann in Ittlingen, Amts Eppingen, als Anerkennung seiner langjährigen verdienstlichen Dienstführung die silberne Civilverdienstmedaille, dem Kanzleidiener Debold bei der Oberrechnungskammer in Anerkennung seiner langjährigen und guten Dienstleistungen die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Civil-Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht:

a. zu Oberamtännern:

den Amtmann Fieser in Ettenheim, und
den Amtmann Dilger in Haslach;

b. zu Amtännern:

den Stadtamtsassessor Hirtler zu Freiburg,
den Amtsassessor Nieder in Säckingen,
den Amtsassessor Winter in Müllheim,
den Amtsassessor Asbrand, genannt von Porbeck in Rastatt,
den Amtsassessor Mallebrein in Bühl,
den Hofgerichtsadvoakaten Dr. von Münzesheim, der Zeit Amtsverwalter bei dem Oberamt Bruchsal, zum Assessor bei dem Oberamt Offenburg, und
den Professor Dr. Kobelt an der Universität Freiburg zum außerordentlichen Professor zu ernennen;
die Lehrkanzel der Physik und Technologie an der Universität Freiburg dem Dr. Johann

Müller an der Realschule zu Gießen, unter Ernennung desselben zum ordentlichen Professor, zu übertragen;

dem Postzeleffector Grafen Otto von Andlau zu Karlsruhe die erledigte Stelle eines Secretärs bei der Regierung des Oberrheinkreises,

dem Bezirksförster Will in Sulzburg die Bezirksforstei Müllheim,

dem Bezirksförster Hasenstab die Bezirksforstei Zell im Wiefenthal,

dem Bezirksförster von Böcklin die Bezirksforstei Offenburg,

dem Bezirksförster Käser die Bezirksforstei Zell am Harmersbach,

das erledigte Amtschirurgat Lahr dem Amtschirurgen Schmolt in Rossbach, und

die erledigte Lehr- und Vorstandsstelle an der höhern Bürgerschule in Mahlberg dem Kaplan Göhring zu Tauberbischofsheim zu übertragen;

den Vorstand an der höhern Bürgerschule zu Ettenheim, Lehrer Dohnsbach, zum Professor zu ernennen;

dem Lehrer Fischinger an der höhern Bürgerschule in Baden den Rang und Charakter eines Professors zu verleihen;

die an dem Lyceum in Mannheim erledigte Lehrstelle dem Lehramtspraktikanten Ebner an dem Pädagogium und der höhern Bürgerschule in Durlach,

die erledigte Lehrstelle an dem Pädagogium und der höhern Bürgerschule in Durlach dem Lehramtspraktikanten Fischer in Konstanz,

dem Lehrer Damm am Lyceum zu Heidelberg die erledigte Stelle eines Lehrers und Vorstandes an dem Pädagogium zu Tauberbischofsheim, und

die bei dem Lyceum in Konstanz erledigte Lehrstelle dem Lehramtspraktikanten Kreuz an der höhern Bürgerschule zu Ettenheim zu übertragen;

den Revidenten Gustav Mosdorf von Karlsruhe zum Revisionsgehilfen bei der Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues zu ernennen;

die erledigte Stelle eines Mitgliedes des israelitischen Oberrathes dem Obergerichtsadvokaten Ettlinger zu Karlsruhe,

die erledigte katholische Pfarrei Busenbach, Bezirksamts Ettlingen, dem bisherigen Pfarrverweser Melchior Eck in Grombach,

die erledigte katholische Stadtpfarrei Durlach dem bisherigen Pfarrverwalter Anton Simon daselbst,

die erledigte Pfarrei Höttingen, Amts Ueberlingen, dem Pfarrverweser Joseph Beck in Unteralpfen,

die erledigte katholische Pfarrei Speffart, Bezirksamts Ettlingen, dem bisherigen Pfarrverwalter Stephan Rosch in Wertheim zu verleihen;

die erledigte katholische Pfarrei Sulz, Oberamts Lahr, dem Pfarrverweser Eduard Ropp zu Schutterthal,

dem Decan Beck zu Durlach die dortige erste Stadtpfarrei,

die evangelische Pfarrei Leiselheim, Decanats Freiburg, dem bisherigen Verweser derselben, Pfarrer Friedrich Siegmund Blum zu übertragen, und

den bisherigen Pfarrer zu Heddesheim Friedrich Schlatter auf die evangelische Pfarrei Mühlbach bei Eppingen zu versetzen.

Die künftlich leinungenste Präsentation des Pfarrverweisers Ambros Bäcker zu Hettlingenbach auf die katholische Pfarrei Hollerbach, Amts Buchen, so wie die von Seiten des Grafen von Degenfeld-Schönburg zu Schmurg erfolgte Präsentation des Pfarrverweisers Johann Peter Förster aus Rohrbach auf die evangelische Pfarrei Steinhart haben die Staatsgenehmigung erhalten.

Den Candidaten der Pharmacie

Carl Dyllinger von Buchen,

Ambros Bäumer von Wämbach und

Georg Becker von Weinheim

ist nach ordnungsmäßig bestandener Prüfung von der Sanitätscommission die Erlaubnis als Apotheker erteilt worden.

Dem Rechtspraktikanten August Stöck von Langenhart wurde das Schriftverfassungsrecht in Verwaltungssachen mit der Bestimmung des Wohnsitzes in Puhl verliehen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Durch die Uebertragung der ersten Stadtpfarrei Durlach an den Decan Beck daselbst, ist die zweite Stadtpfarrei Durlach mit einem Competenzanschlag von 681 fl. 4 fr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich vorchriftsmäßig durch ihre Decanate binnen sechs Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
2. Durch die Verlegung des Pfarrers Schlatter auf die Pfarrei Mühlbach, ist die evangelische Pfarrei Heddesheim, Decanats Ladenburg, mit einem Competenzanschlag von 618 fl. 49 fr. in Erledigung gekommen; die Bewerber um dieselbe haben sich vorchriftsmäßig durch ihre Decanate binnen 6 Wochen bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
3. Da Seine Königliche Hohheit der Großherzog nach allerhöchster Entschliessung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 10. d. M. Dec. 1880 der Bitte des Pfarrers Maximilian Krieg zu Lausheim um Befassung auf der Pfarrei Lausheim allergnädigst gewillfahren geruht haben, so sieht man sich veranlaßt, die Pfarrei, Griessen, Amts Jettetten, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 1,200 fl. und der Verbindlichkeit, einen Vicar zu halten, wiederholt zur Bewerbung auszuscheiden. Die Competenten um dieselbe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
4. Durch die Verleihung der Nachpredigersfründe zu Pfullendorf an den Pfarrer Friedrich Eugen von Wagners ist die katholische Pfarrei Oberbleichbach, Amts Waldkirch, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 500 — 600 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Fründe haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariate als bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
5. Durch die Beförderung des Pfarrers Wilhelm Vogel auf die Pfarrei Eiselthal, ist die katholische Pfarrei Flegelhausen, Oberamts Heidelberg mit einem jährlichen Einkommen von beiläufig 170 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorchrift zu melden.
6. Durch die Beförderung des Pfarrers Franz Joseph Garkmann auf die Pfarrei Bieblingen ist die katholische Pfarrei Imppingen, Amts Tauberbischofsheim, mit einem beiläufigen jährlichen Einkommen von 500 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.
7. Durch das Ableben des Pfarrers Joseph Fischer ist die Pfarrei Birkertshausen, Bezirksamts Stöckach, mit einem beiläufigen Einkommen von 1,800 bis 1,700 fl. erledigt worden. Nach dem Ausgange eines Nachbitters mag diese Fründe mit einer Schuld von beiläufig 650 fl. belastet werden, zu deren Tilgung seiner Zeit ein Provisorium bestimmt werden soll. Die Competenten um diese Pfarrei haben sich bei der gräflich von Langensteinischen Renteadministration in Carlsruhe, welcher das Präsentationsrecht zusteht, nach Vorschrift zu melden.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 21. Oktober 1844.

(Die Conscription für das Jahr 1845 betreffend.)

Leopold, von Gottes Gnaden

Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Ansicht des §. 3 des Conscriptionsgesetzes, wornach die ordentliche Conscription bestimmt ist, das Armee-Corps auf dem etatsmäßigen Friedensfuße zu erhalten;

unter Bezugnahme auf Unsere Verordnung vom 4. Dezember 1833 (Regierungsblatt Nr. XLVII.);

auf den Vortrag Unseres Kriegsministeriums und den Beivortrag Unseres Ministeriums des Innern, haben Wir beschlossen und verordnen wie folgt:

§. 1.

Die für das Jahr 1845 zur Ergänzung des Armee-Corps erforderliche Rekrutenquote wird auf dreitausend einhundert und fünf und dreißig Mann festgesetzt, wovon 2950 Mann zur gleichbaldigen Eintheilung und 185 Mann zur Reserve bestimmt sind.

§. 2.

Diese Reserve, nach dem Maßstabe des §. 7 des Conscriptionsgesetzes auf alle Bezirke des Landes vertheilt und aus den höchsten Loosnummern der übernommenen Pflichtigen bestehend, wird von dem Kriegsministerium nach Bedürfniß einberufen und so weit ihre Einberufung bestimmungsgemäß nicht nothwendig geworden ist, bei der Uebernahme der nächstfolgenden Rekrutenquote freigegeben. Die Freigegebenen treten dadurch in das Verhältniß der nicht übernommenen Pflichtigen ihrer Altersklasse zurück.

§. 3.

Die im §. 1 festgesetzte Ergänzungsquote ist von dem Ministerium des Innern auf die Bezirke gesetzmäßig zu vertheilen und die Vertheilung durch das Regierungsblatt bekannt zu machen. Das Kriegsministerium aber hat sich am Schlusse des Jahres über die Verwendung der ausgehobenen Mannschaft zu Unserem Staatsministerium auszuweisen.

§. 4.

Unsere Ministerien des Innern und des Kriegs sind mit dem Vollzug der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 17. October 1844.

Leopold.

von Frendorf. Freiherr v. Rüd..

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Verordnung.

Die Annahme von Geschenken für Geschäfte der Rechtspolizei-Verwaltung betr.

In Erwägung, daß es mit dem Dienstverhältniß der Beamten und Angestellten der Rechtspolizeiverwaltung unverträglich und dem öffentlichen Interesse nachtheilig ist, wenn dieselben auch unter Umständen, die eine gerichtlich strafwürdige Handlung nicht enthalten, für Amtsverrichtungen Geschenke nehmen, wird mit allerhöchster Ermächtigung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 4. d. M. Nr. 1561 verordnet, wie folgt:

§. 1.

Den Amtsrevisoren, Notaren, Assistenten und Theilungspraktikanten ist untersagt, von einer Partei, für welche sie ein rechtspolizeiliches Geschäft besorgen, unmittelbar oder durch Mittelspersonen irgend ein Geschenk an Geld oder andern Vermögensstheilen anzunehmen.

§. 2.

Gleichfalls verboten ist die Annahme eines Geschenke, welches zwar nach Erledigung des rechtspolizeilichen Geschäfts, jedoch in Beziehung auf dasselbe gemacht wird, in sofern dazu nicht die Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde (Kreisregierung) eingeholt und erfolgt ist.

§. 3.

Die Uebertretung dieser Vorschriften wird, in so fern sie nicht unter die Bestimmungen des Strafgesetzes fällt, dienstpolizeilich nach Maßgabe der Dienerpragmatik und der §§. 32—34 der höchsten Verordnung vom 25. November 1841 geahndet.

Karlsruhe, den 11. October 1844.

Justizministerium.

Jolly.

Vdt Ammann.

Bekanntmachungen.

Die Verloosung und Rückzahlung $3\frac{1}{2}$ procentiger Rentenscheine im Capitalbetrag von 77,000 fl. betreffend.

Unter Bezug auf die dieseitige Verkündung vom 14. v. M., Regierungsblatt Nr. XXIV. Seite 194 wird andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nachstehende Nummern bei der am 7. d. M. stattgehabten Verloosung gezogen und mit ihrem Nominalwerth und zwar für:

129 Stücke à 500 fl. 64,500 fl.
 125 " à 100 " 12,500 "

zusammen mit 77,000 fl.

zur Heimzahlung auf den 1. Mai 1845 gekündigt worden sind.

a. 129 Stücke à fl. 500.

Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.
63	914	4056	6228	6468	7329	8107	9427	10394	12313
272	2026	4129	6232	7005	7434	8138	9487	10511	12322
296	2036	4195	6244	7016	7458	8239	9494	10705	12351
309	2061	4335	6285	7049	7482	8315	10146	10727	12387
350	2103	4364	6291	7054	7500	8348	10168	10755	12410
380	2150	4400	6300	7097	7510	8425	10221	10775	12432
504	2177	6117	6353	7098	7553	8487	10233	10822	12478
679	2181	6123	6354	7135	7557	9045	10258	12151	12482
803	2279	6161	6368	7156	7579	9046	10276	12152	12490
819	2314	6162	6412	7186	7744	9062	10277	12176	12669
853	2356	6173	6433	7201	7834	9068	10307	12218	12820
885	4008	6186	6437	7234	7933	9082	10312	12280	12984
901	4045	6215	6439	7270	8076	9209	10356	12295	

b. 125 Stücke à fl. 100.

Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.	Nro.
10	792	2163	4295	6334	7166	7543	7965	8459	9432
64	842	2204	4323	6393	7171	7546	7990	8476	9439
89	865	2283	4411	6403	7193	7547	8043	9112	9447
119	925	2419	4492	6554	7205	7583	8201	9115	9463
179	929	2445	6075	6573	7223	7590	8203	9158	9487
264	944	2492	6080	7020	7260	7601	8215	9176	10003
308	949	4081	6082	7025	7263	7693	8216	9209	10100
353	2038	4083	6093	7031	7364	7725	8284	9260	10134
387	2058	4199	6146	7073	7411	7770	8287	9308	10145
428	2065	4202	6175	7134	7434	7801	8367	9350	10179
548	2082	4233	6247	7141	7529	7865	8405	9352	10225
566	2093	4235	6263	7146	7542	7940	8416	9407	10326
790	2151	4247	6333	7148					

Die Heimzahlung geschieht dahier bei der Amortisationscasse gegen Rückgabe der betreffenden Rentenscheine mit den dazu gehörigen Coupons.

Wer die Zahlung früher zu erhalten wünscht, kann sie mit den laufenden Zinsen bis zum Zahlungstage sogleich erhalten. Nach dem 1. Mai 1845 werden daraus keine weitere Zinsen vergütet.

Carlsruhe, den 14. October 1844.

Ministerium der Finanzen.
von Böckh.

Vdt. Nebel.

Die Staatsprüfung im Forstfache für das Jahr 1844 betreffend.

Der Anfang der diesjährigen Staatsprüfung im Forstfache ist auf Montag den 9. December d. J. festgesetzt, was mit dem Anfügen bekannt gemacht wird, daß die Candidaten, welche sich dieser Prüfung unterziehen wollen, sich spätestens 14 Tage vor dem Beginn derselben, unter Vorlage ihrer Zeugnisse über Vor- und Berufsbildung, so wie über ihre körperliche Tüchtigkeit zum Forstdienste bei der Forstpolizeidirection anzumelden haben.

Carlsruhe, den 15. October 1844.

Ministerium des Innern.
Frhr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehren- den Andenken der Stifter hiermit bekannt gemacht. Es haben gestiftet:

die Wittwe des verstorbenen Apothekers Mylius zu Ettenheim in den dortigen Spitalfond 50 fl., mit der Verbindlichkeit zur Abhaltung einer jährlichen Gedächtnismesse;

dieselbe in den Kirchenfond zu Ettenheim, mit der Verbindlichkeit zur Abhaltung eines Seelenamtes und einer Seelenmesse 222 fl.;

Anton Böhler von Baldschut in den Armenfond zu Eschbach 500 fl.;

die Mathias Tränkelsche Wittwe, Katharina Wernet von Jach, zur Anschaffung einer Orgel in die dortige Kirche 100 fl.;

der verstorbene Pfarrer Hinna zu Griesen in den Armenfond zu Jestetten 797 fl. 26 fr., wovon aber die ledige Elisabetha Wucherer lebenslänglich die Zinse anzusprechen hat;

mehrere Ungenannte in die Kirche zu Herdern, Stadtmaths Freiburg, ein neues schwarzes Messgewand im Werth von 26 fl., ein rothes Messgewand im Werthe von 40 fl., eine Glocke in Werthe von 73 fl. 20 fr., vier Gemälde im Werthe von 40 fl.;

Margaretha Röß, geb. Ziegler von Schiltach, in den dortigen Armenfond 50 fl.;

ein Ungenannter in den Armenfond zu Hausen an der Möhlin 10 fl. 48 fr.;

die Wittwe Magdalena Sohn, geb. Stulz zu Lahr, in den von Stulz'schen Spitalfond zu Rippenheim 500 fl.;

die Johann Mezger'sche Wittwe, Barbara Stulz von Lahr, in den nämlichen Fond zur Verpflegung armer Handwerksbursche 500 fl.;

die Wittwe des Kiefers Johann Georg Jäslin, Christine Berger von Eichstetten, in den dortigen Almosenfond 30 fl.;

der verstorbene Pfarrer Schmider von Neuershausen in den dortigen Armenfond 100 fl.;

Dominik Leute von Dangstetten in den Schulfond daselbst 100 fl.;

Christian Gutjahr von Kollmarsreuth in den Almosenfond zu Emmendingen 100 fl.;

die Johann Mezger'sche Wittwe, Barbara Stulz zu Lahr, in den von Stulz'schen Armenfond zu Rippenheim 500 fl.

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Durch höchste Orde vom 4. September d. J. wurde dem Major Holz im Leib-Infanterie-Regiment die Erlaubniß ertheilt, das ihm von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Hessen verliehene Commandeurekreuz zweiter Classe des Ordens Philipps des Großmüthigen annehmen und tragen zu dürfen.

Militär-Diensta Nachrichten.

Durch höchste Orde vom 30. September d. J. wurde dem Prinzen Carl Egon von Fürstenberg Durchlaucht, aggregirtem Rittmeister im Dragoner-Regiment Großherzog, der Charakter als Major ertheilt.

Nach fernerer höchsten Orde vom 9. September d. J. wurde der Oberstlieutenant v. Noël vom Leib-Infanterie-Regiment mit dem Charakter als Oberst und mit der Erlaubniß zum Tragen der Uniform von der Suite der Infanterie in Pensionsstand versetzt, und der Oberlieutenant v. Verschuer erhielt auf unterthänigstes Ansuchen die Entlassung.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht:

den Geh. Regierungsrath Lang bei der Regierung des Unterheinkreises wegen Kränklichkeit auf sein unterthänigstes Ansuchen, unter Bezeugung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen langjährigen und treu geleisteten guten Diensten, in den Pensionsstand zu versetzen; dagegen den Regierungsrath Wallau bei der Regierung des Unterheinkreises zum vorsitzenden Rath bei derselben, und

den Stadtamtmann v. Uria zu Freiburg zum Regierungsrath bei der Regierung des Unterheinkreises zu ernennen;

die erledigte katholische Pfarrei Weisenbach, Bezirksamts Gernsbach, dem bisherigen Pfarrer Franz Xaver Weingärtner in Balg, Bezirksamts Baden,

die erledigte katholische Pfarrei Eiggeringen, Bezirksamts Konstanz, dem bisherigen Pfarrer Johann Baptist Leihinger in Lippertsreuth, Bezirksamts Ueberlingen,

die erledigte Pfarrei Mühlhausen, Amts Wiesloch, dem Pfarrer Johann Baptist Gleichmann in Flehingen,

die erledigte Pfarrei Oberwittstadt, Amts Krautheim, dem Pfarrer Burkhard Joseph Bartholomä zu Neckarelz, und

die erledigte evangelische Pfarrei Kürzell, Decanats Mahlberg, dem bisherigen Pfarrer zu Bischoffingen, Georg Braun, zu verleihen.

Die fürstlich leiningen'sche Präsentation des Pfarrverwalters Joseph Thomas in Hollerbach auf die katholische Pfarrei Oberschefflenz hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Durch die Versetzung des Oberamtmanns Leo in Engen als erster Beamte des neu errichteten Amtes Donaubödingen ist die Amtsvorstandsstelle in Engen in Erledigung gekommen. Die Competenten um diese Stelle haben sich bei der fürstlich fürstenbergischen Standesherrschaft binnen 4 Wochen nach Vorschrift zu melden.
2. Durch die Versetzung des Amtschirurgen Schmoltz wird das Amtschirurgat Neudenu in Mosbach mit der Normalbesoldung von 180 fl. und 120 fl. für Pferdfourage erledigt. Die Competenten um diese Stelle haben sich binnen 4 Wochen bei der Sanitäts-Commission nach Vorschrift zu melden.
3. Die katholische Pfarrei Salsbach, Bezirksamts Achern, wovon das bisherige Filial Salsbachwalden getrennt und zu einer eigenen Pfarrei erhoben worden ist, mit einem künftigen Einkommen in Geld und Naturalien von beiläufig 2,300 fl. bis 2,400 fl., worauf jedoch die Verpflichtung zur Haltung eines Vikars ruht, wird mit dem Anfügen ausgeschrieben, daß sich die Bewerber binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath vorschriftsmäßig zu melden haben.
4. Die katholische Pfarrei Deggenhausen, Amts Heiligenberg, mit einem beiläufigen Ertrag von 600 bis 700 fl., ist wegen fortdauernder Dienstuntauglichkeit des geisteskranken Pfarrers Johann Hug in Erledigung gekommen. Die Competenten um diese Pfarrpründe haben sich bei der fürstlich fürstenbergischen Standesherrschaft nach Vorschrift zu melden.
5. Durch die Beförderung des Pfarrers Braun auf die evangelische Pfarrei Kürzell, ist die evangelische Pfarrei Bischoffingen, Decanats Freiburg, mit einem Kompetenzanschlag von 560 fl., worauf jedoch eine Gültablösungskapitalschuld von 9 fl. 11 kr. haftet, welche der neu ernannt werdende Pfarrer abzutragen hat, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
6. Nachträglich zu dem Ausschreiben der zweiten Stadtpfarrei Durlach wird bemerkt, daß auf gedachter Pfarrei eine Kriegsschuld von ungefähr 115 fl. hafte, deren Berichtigung der neu ernannt werdende Pfarrer in angemessenen Terminen zu übernehmen hat.

Gestorben:

Den 18. August d. J. der pensionirte Bezirksförster Taylor in Mingolsheim.

„ 13. September d. J. der Hauptmann Hennig vom Invaliden-Corps.

„ 25. „ d. J. der Hüttenverwalter Bausch zu Albrunn.

Berichtigung.

In Nr. XXV. des Regierungsblatts d. J., S. 223, Zeile 10 von oben, lies: „die erledigte Lehrstelle“ statt: die erledigte Lehr- und Vorstandsstelle.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 5. November 1844.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Die Bestimmung des Termins zur Ertheilung der Rechnungsbefehde betreffend.

Auf unterthänigsten Antrag der Oberrechnungskammer vom 18. v. M., Nr. 1417, „daß das den Art. 7 der landesherrlichen Verordnung vom 12. Februar 1821, die Stellung, Einwendung, und Abhör der Rechnungen betreffend (Regierungsblatt Nr. III.) modificirende allerhöchste Rescript vom 30. Juni 1825, Nr. 1032, zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden möge“

haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog befohlen, daß nachstehende Bestimmungen des gedachten Rescripts:

„die Oberrechnungskammer hat darauf zu wachen und wachen zu lassen, daß alle Monatsrechnungen spätestens 5 Monate, die Quartalsrechnungen ein halbes Jahr und die Jahresrechnungen ein und ein halbes Jahr nach ihrem Schluß definitiv erledigt sind;“

mit dem Anhang durch das Regierungsblatt verkündet werden sollen, daß die Verrechner, welche innerhalb dieser Fristen keinen Rechnungsbefehd erhalten, ihre Beschwerde darüber nach Maßgabe des Art. 8 der landesherrlichen Verordnung vom 12. Februar 1821 nicht nur erheben können, sondern erheben sollen.

Carlsruhe, den 24. October 1844.

Großherzogliches Staatsministerium.
von Busch.

Büchler.

Nachdem der zwischen den Bevollmächtigten Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden und Seiner Majestät des Königs der Belgier am 11. Juni 1844 in Frankfurt abgeschlossene Staatsvertrag über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern von beiden Seiten ratificirt worden ist, so wird derselbe in Folge Allerhöchster Ermächtigung im Urtext und beigelegter Uebersetzung andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 12. October 1844.

Ministerium des Großherzogl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
von Busch.

Vdt. Lürchelm.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade
et

Sa Majesté le Roi des Belges,

désirant de commun accord conclure une convention pour l'extradition réciproque d'accusés et de malfaiteurs, ont muni à cet effet de leurs pleins pouvoirs, savoir :

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade :

Le Baron de Blittersdorff, Son Ministre d'Etat, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges, Ministre à la haute Diète germanique, Grand-croix de ses ordres de la fidélité, et du Lion de Zähringen, des ordres de Léopold d'Autriche, et de l'aigle rouge de Prusse, Grand-officier de la Légion d'honneur de France, Grand-croix des ordres de St. Hubert et de la couronne de Bavière, du Lion d'or de Hesse-électorale, de Louis de Hesse Grand-Ducal, et de l'Ordre de la maison Ernestine de Saxe : et

Sa Majesté le Roi des Belges :

Le Comte de Briey, Baron de Landres, Officier de son Ordre, Grand-croix de la Légion d'honneur, de l'Ordre d'Espagne de Charles III., de Saint Michel de Bavière, de Lion Néerlandais et du Sauveur de Grèce, Membre du Sénat, et Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, près la sérénissime confédération germanique, à la Cour électorale de Hesse, à la Cour Grand-Ducal de Hesse et au Rhin, à la Cour Ducal de Nassau et près la ville libre de Frankfort.

Lesquels en vertu des pouvoirs spéciaux qui leur ont été conférés, sont convenus des articles suivants :

Article 1.

Les Gouvernements de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade et de Sa Majesté le Roi des Belges s'engagent à se livrer réciproquement, à l'exception de leurs nationaux, les individus

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden
und

Seine Majestät der König der Belgier,

von dem Wunsche geleitet, einen Vertrag über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern abzuschließen, haben zu diesem Zwecke mit Vollmachten versehen :

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden :

den Freiherrn von Blittersdorff, Allerhöchst Ihren Staatsminister, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich Belgischen Hofe, auch Bundestages-Gesandten, Großkreuz des Großh. Ordens der Treue und vom Jähringer Löwen, des R. R. Oesterreichischen Leopold-Ordens und des R. Preussischen rothen Adler-Ordens, Großoffizier der R. Französischen Ehrenlegion, Großkreuz der R. Baiarischen Orden des heiligen Hubertus und der Baiarischen Krone, des Kurhessischen goldenen Löwenordens, des Großherzoglich Hessischen Ludwigs-Ordens und des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens, und

Seine Majestät der König der Belgier :

den Grafen von Briey, Baron de Landres, Offizier des R. Leopold-Ordens, Großkreuz der R. Französischen Ehrenlegion, des R. Spanischen Ordens Karls III., des R. Baiarischen St. Michaelsordens, des R. Niederländischen Löwen, und des R. Griechischen Erlöser-Ordens, Mitglied des Senats, Allerhöchst Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Großherzoglich Badischen Hofe, bei der hohen deutschen Bundesversammlung, bei dem Kurfürstl. Hessischen, dem Großh. Hessischen und Herzogl. Nassauischen Hofe und der freien Stadt Frankfurt,

welche kraft der ihnen übertragenen besondern Vollmachten über nachstehende Artikel übereingekommen sind :

Art. 1.

Die Regierungen Sr. R. Hoheit des Großherzogs von Baden und Sr. Majestät des Königs der Belgier übernehmen die Verbindlichkeit, sich gegenseitig die Unterthanen des andern oder dritter

réfugiés de Belgique dans le Grand-Duché de Bade et du Grand-Duché de Bade en Belgique, et mis en accusation ou condamnés par les tribunaux compétens pour l'un des crimes ou délits ci-après énumérés, savoir :

1. Assassinat, empoisonnement, parricide, infanticide, meurtre, viol.
2. Incendie.
3. Faux en écriture, y compris la contrefaçon de billets de banque et effets publics.
4. Fausse monnaie.
5. Faux témoignage.
6. Vol, escroquerie, concussion, soustraction commise par des dépositaires publics.
7. Banqueroute frauduleuse.

Article 2.

S'il se présentait quelques cas rentrant dans la catégorie des faits prévus par l'article précédent, tellement spéciaux et extraordinaires que l'extradition de l'individu réclamé parût blesser l'équité et l'humanité, chacun des deux Gouvernements se réserve alors le droit de ne pas consentir à cette extradition. Il sera donné connaissance au Gouvernement qui réclame l'extradition des motifs du refus.

Article 3.

Si l'individu réclamé est poursuivi ou se trouve détenu pour un crime ou délit commis dans le Pays, où il s'est réfugié, son extradition pourra être différée jusqu'à ce qu'il ait subi sa peine ou qu'il ait été acquitté par une sentence définitive.

Article 4.

L'extradition ne sera accordée que sur la production d'un arrêt de condamnation ou de mise en accusation délivré, en original ou en expédition authentique, soit par un tribunal, soit par une autre autorité compétente, dans les formes prescrites par la Législation du Gouvernement qui demande l'extradition.

Staaten auszuliefern, welche sich aus Belgien in das Großherzogthum Baden oder aus dem Großherzogthum Baden nach Belgien geflüchtet haben und durch die zuständige Gerichtsbehörde eines der nachstehend aufgeführten Verbrechen oder Vergehen angeschuldigt oder für schuldig erkannt worden sind, nämlich :

1. Mord, Vergiftung, Verwandtenmord, Kindesmord, Totschlag, Nothzucht oder andere gewaltsame Verletzungen der Sittlichkeit.
2. Brandstiftung.
3. Urkundenfälschung, insbesondere auch Fälschung von Bankzetteln und Staatspapieren.
4. Münzfälschung.
5. Meineid und falsches Zeugniß.
6. Raub und Diebstahl, Betrug, öffentliche Erpressung und Rechnersuntreue.
7. Boshafte Zahlungsfähigkeit. —

Art. 2.

In ganz besondern Fällen, welche ihrer Natur nach zwar unter die Bestimmung des vorhergehenden Artikels fallen, wo jedoch wegen außerordentlicher Umstände die Auslieferung des Verfolgten den Grundsätzen der Billigkeit und Humanität widersprechen würde, behält sich jeder Staat vor, die Auslieferung zu versagen. Die Gründe der Verweigerung werden alsdann dem Staate, welcher das Auslieferungsbegehren gestellt hat, mitgetheilt.

Art. 3.

Wenn der Angeschuldigte, dessen Auslieferung begehrt wird, in dem Lande, wohin er sich geflüchtet hat, wegen eines dort begangenen Verbrechens oder Vergehens gleichfalls in Untersuchung steht oder verhaftet ist, so kann dessen Auslieferung so lange ausgesetzt werden, bis er seine Strafe erstanden hat oder durch ein rechtskräftiges Urtheil freigesprochen worden ist.

Art. 4.

Dem Begehren um Auslieferung eines Verbrechens wird nur Statt gegeben auf Vorlage der Urschrift oder beglaubigten Abschrift eines von dem Gerichte oder einer andern zuständigen Staatsbehörde ausfertigten Strafurtheils oder Erkenntnisses auf Verurteilung in den Anklagestand, wobei die gesetzlich vorgeschriebenen Formen desjenigen Staats maßgebend sind, welcher die Auslieferung begehrt.

Article 5.

L'étranger réclamé pourra être arrêté provisoirement dans les deux pays pour l'un des faits mentionnés à l'article 1, sur l'exhibition d'un mandat d'arrêt décerné par l'autorité compétente, et expédié dans les formes prescrites par les lois du Gouvernement réclamant.

Cette arrestation aura lieu dans les formes et suivant les règles prescrites par la législation du Gouvernement auquel elle est demandée.

L'étranger arrêté provisoirement sera mis en liberté, si dans les trois mois il ne reçoit notification d'un arrêt de mise en accusation, ou d'un jugement de condamnation dans les formes prescrites par la législation du Gouvernement qui demande l'extradition.

Article 6.

Il est expressément stipulé que l'individu dont l'extradition aura été accordée ne pourra, dans aucun cas, être poursuivi ou puni pour aucun délit politique antérieur à l'extradition, ni pour aucun fait connexe à un semblable délit, ni pour aucun des crimes ou délits non prévus par la présente convention.

Article 7.

L'extradition ne pourra avoir lieu si, depuis les faits imputés, les poursuites ou la condamnation, la prescription de l'action ou de la peine est acquise d'après les lois du pays dans lequel l'étranger se trouve.

Articles 8.

Les objets saisis sur le prévenu dont il se serait mis en possession par suite du crime, les instruments ou outils dont il se serait servi pour le commettre, ainsi que d'autres pièces de conviction, seront remis au Gouvernement requérant, si l'autorité compétente de l'Etat requis en a ordonné la restitution.

Article 9.

Les frais d'arrestation, d'entretien et de transport de l'individu dont l'extradition aura été accordée, resteront à la charge de chacun des

Art. 5.

Die vorläufige Festnehmung eines Ausländers wegen einer der im Art. 1 aufgeführten strafbaren Handlungen kann auf bloße Vorlage eines von der ausländigen Behörde nach Vorschrift der Gesetze des reclamirenden Staates ausgefertigten Verhaftsbefehls angeordnet werden.

Eine solche Festnehmung hat in den Formen und nach den gesetzlichen Vorschriften desjenigen Staates zu geschehen, von welchem sie vollzogen werden soll.

Der vorläufig verhaftete Ausländer wird wieder in Freiheit gesetzt, wenn ihm innerhalb einer Frist von drei Monaten nicht ein nach Vorschrift der Gesetze des Staates, welcher die Auslieferung verlangt, erlassenes Erkenntniß auf Verfehlung in den Anlagestand oder gegen ihn ergangenes Strafurtheil behändig wird.

Art. 6.

Der Ausgelieferte darf in keinem Falle, weder wegen eines politischen Vergehens, noch wegen einer mit einem solchen Vergehen in Verbindung stehenden Handlung, noch überhaupt wegen irgend eines in dieser Uebereinkunft nicht vorgesehenen Verbrechens oder Vergehens, insofern er eines oder das andere vor der Auslieferung begangen hat, in Untersuchung genommen oder bestraft werden.

Art. 7.

Die Auslieferung findet nicht statt, wenn nach den Gesetzen des Landes, wo der Ausländer betreten wird, seit der Verübung des Verbrechens, der letzten gerichtlichen Handlung oder der Verurtheilung, die strafrechtliche Verfolgung des Verbrechens oder die deshalb erkannte Strafe verjährt ist.

Art. 8.

Die bei dem Angeeschuldigten vorgefundenen Gegenstände, deren er sich in Folge des Verbrechens bemächtigt hat, die muthmaßlich zur Verübung des Verbrechens benutzten Werkzeuge, sowie sonstige Ueberführungsstücke, werden an die requirirende Behörde verabsolgt, wenn die zuständige Behörde des requirirenden Staates deren Auslieferung angeordnet hat.

Art. 9.

Die Kosten der Verhaftung, Verpflegung und Auslieferung des Verbrechens trägt jeder Staat, so weit sie auf seinem Gebiete erwachsen. Dagegen

deux Etats dans les limites de leurs territoires respectifs. Les frais de transport etc. par le territoire des Etats intermédiaires seront à la charge de l'état réclamant.

Article 10.

La présente convention ne sera exécutoire que dix jours après sa publication dans les formes prescrites par les lois de chaque pays.

Elle continuera à être en vigueur jusqu'à l'expiration de six mois, après déclaration contraire de la part de l'un des deux Gouvernements.

Elle sera ratifiée et les ratifications en seront échangées dans les délai de six semaines, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi, nous plénipotentiaires de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade et de Sa Majesté le Roi des Belges, avons signé et scellé la présente Convention à Frankfort le 11. Juin 1844.

(signé) le Baron de
Blittersdorff.

(L. S.)

(signé) Comte de
Briey.

(L. S.)

fallen die Kosten des Transports durch die dazwischen liegenden Länder demjenigen Staate zur Last, welcher die Auslieferung verlangt hat.

Art. 10.

Die gegenwärtige Uebereinkunft tritt in Wirksamkeit nach Ablauf des zehnten Tages nach deren Publikation, welche in jedem Lande in herkömmlicher Form zu geschehen hat. Sie bleibt in Kraft bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der von Seite einer der beiden Regierungen erfolgten Vertragsauflösung.

Sie soll innerhalb sechs Wochen oder wo möglich noch früher ratificirt und die Auswechslung der Ratificationsurkunden bewirkt werden. —

Zur Urkunde dessen haben wir Bevollmächtigte Sr. R. Hoheit des Großherzogs von Baden und Sr. Majestät des Königs der Belgier die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und besiegelt zu Frankfurt a. M., den 11. Juni 1844.

(gez.) Freiherr v.
Blittersdorf.

(L. S.)

(gez.) Graf v. Brien.

(L. S.)

Nachdem Seine Königliche Hoheit der Großherzog allergnädigst die Anstellung eines eigenen Baninspectors für die Feuerversicherungsanstalt mit Staatsdienereigenschaft zu genehmigen und das diesseitige Ministerium zu ermächtigen geruht haben, diese Stelle mit einer vom Tage des Dienstantritts beginnenden Besoldung von 1000 fl. nebst einer dem Bezug der Staatsbaumeister gleichkommenden Diät und Ersatz der Voiturekosten bei auswärtigen Verrichtungen zur Anmeldung öffentlich auszusprechen, so werden die Bewerber um diese Stelle aufgefordert, sich binnen vier Wochen bei dem Verwaltungsrath der General-Wittwen- und Brandkasse vorchriftsmäßig zu melden.

Carlsruhe, den 28. October 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Reinhardt.

Die ordentliche Conscription für das Jahr 1845 betreffend.

Auf Vorlage der Auszüge aus den Ziehungslisten sämmtlicher Conscriptions-Ämter, in Gemäßheit der §§. 7 und 21 des Conscriptions-Gesetzes und der höchsten Verordnung vom 21. October l. J., Reggsbl. Nr. XXVI., wird nachstehende Uebersicht der Vertheilung der für das Jahr 1845 auszuhebenden Ergänzungs-Mannschaft auf die Conscriptions-Bezirke des Landes hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 29. October 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Eisenlohr.

U e b e r s i c h t

der Vertheilung der für das Jahr 1845 auszuhebenden Ergänzungsmannschaft.

Conscriptions- Bezirke.	Zahl der conscripti- onspflich- tigen Mann- schaft.	Hat zu stellen		Conscriptions- Bezirke.	Zahl der conscripti- onspflich- tigen Mann- schaft.	Hat zu stellen	
		in Bruchzahl.	in Rund- zahl.			in Bruchzahl.	in Rund- zahl.
Oberrheinreis.				Oberhheinreis.			
Blumenfeld . . .	94	23 ⁹⁰⁹⁹ / ₁₂₄₁₇	24	Breisach . . .	228	57 ⁷⁰¹¹ / ₁₂₄₁₇	58
Bonnendorf . . .	119	30 ³⁵⁵ / ₁₂₄₁₇	30	Emmendingen . .	216	54 ⁶⁶⁴⁸ / ₁₂₄₁₇	54
Constanz . . .	81	20 ⁵⁵⁸⁵ / ₁₂₄₁₇	20	Ettenheim . . .	199	50 ³⁰¹⁵ / ₁₂₄₁₇	50
Donaueschingen .	121	80 ⁶⁸²⁵ / ₁₂₄₁₇	31	Freiburg Stadtamt	123	31 ⁶⁷⁸ / ₁₂₄₁₇	31
Eugen . . .	96	24 ⁷⁹³² / ₁₂₄₁₇	24	" Landamt .	273	68 ¹¹⁴⁹⁹ / ₁₂₄₁₇	69
Heiligenberg . .	57	14 ⁴⁸⁵⁷ / ₁₂₄₁₇	14	Hornberg . . .	128	32 ³⁹³⁶ / ₁₂₄₁₇	32
Hüfingen . . .	87	21 ¹¹⁹⁸⁸ / ₁₂₄₁₇	22	Jestetten . . .	80	20 ⁹⁴⁸⁰ / ₁₂₄₁₇	20
Meersburg . . .	60	15 ¹⁸⁴⁵ / ₁₂₄₁₇	15	Kenzingen . . .	221	55 ⁹⁹⁰⁰ / ₁₂₄₁₇	56
Möskirch . . .	84	21 ²⁵⁶³ / ₁₂₄₁₇	21	Lörrach . . .	236	59 ⁷²⁵⁷ / ₁₂₄₁₇	60
Neustadt . . .	152	38 ⁴⁶⁷⁴ / ₁₂₄₁₇	38	Müllheim . . .	159	40 ¹⁷⁸⁵ / ₁₂₄₁₇	40
Pfullendorf . .	30	7 ⁷¹³¹ / ₁₂₄₁₇	8	Säckingen . . .	225	56 ¹⁰⁰²³ / ₁₂₄₁₇	57
Radolfzell . . .	119	30 ³⁵⁵ / ₁₂₄₁₇	30	St. Blasien . . .	107	27 ¹⁸⁶ / ₁₂₄₁₇	27
Salem . . .	41	10 ⁴³⁶⁵ / ₁₂₄₁₇	10	Schönau . . .	121	30 ⁶⁸²⁵ / ₁₂₄₁₇	31
Stetten . . .	66	16 ⁸²³⁸ / ₁₂₄₁₇	17	Schopfheim . . .	122	30 ⁹⁸⁶⁰ / ₁₂₄₁₇	31
Stockach . . .	174	43 ¹¹⁵⁸⁹ / ₁₂₄₁₇	44	Staufen . . .	218	55 ⁴⁹³ / ₁₂₄₁₇	55
Stühlingen . . .	57	14 ⁴⁸⁵⁷ / ₁₂₄₁₇	14	Triberg . . .	119	30 ³⁵⁵ / ₁₂₄₁₇	30
Ueberlingen . .	92	23 ²⁸²⁹ / ₁₂₄₁₇	23	Waldfirch . . .	226	57 ⁷⁴¹ / ₁₂₄₁₇	57
Willingen . . .	143	36 ¹⁸⁹³ / ₁₂₄₁₇	36	Waldshut . . .	260	65 ⁷⁹⁹⁵ / ₁₂₄₁₇	66
S u m m e .	1673	422⁴⁹⁸¹/₁₂₄₁₇	421	S u m m e .	3261	823⁴⁰⁴⁴/₁₂₄₁₇	824

Conscriptions- Bezirke.	Zahl der conscripti- onspflich- tigen Mann- schaft.	Hat zu stellen		Conscriptions- Bezirke.	Zahl der conscripti- onspflich- tigen Mann- schaft.	Hat zu stellen	
		in Bruchzahl.	in Rund- zahl.			in Bruchzahl.	in Rund- zahl.
Mittelrheinfreis.				Unterrheinfreis.			
Achern	181	45 ⁸⁶⁷⁰ / ₁₂₄₁₇	46	Adelsheim . . .	117	29 ⁶⁷⁰⁸ / ₁₂₄₁₇	29
Baden	139	35 ¹¹⁷⁰ / ₁₂₄₁₇	35	Borberg. . . .	136	34 ⁴¹⁸² / ₁₂₄₁₇	34
Bretten	211	53 ³³⁸⁴ / ₁₂₄₁₇	53	Buchen	142	35 ¹⁰⁵⁷⁵ / ₁₂₄₁₇	36
Bruchsal	372	93 ¹¹⁴³⁹ / ₁₂₄₁₇	94	Eberbach	63	15 ¹¹²⁵⁰ / ₁₂₄₁₇	16
Bühl	244	61 ⁷⁵⁰³ / ₁₂₄₁₇	62	Gerlachsheim . .	115	29 ⁴³² / ₁₂₄₁₇	29
Stadt Karlsruhe .	143	36 ¹²⁹³ / ₁₂₄₁₇	36	Heidelberg . . .	312	78 ⁹³⁹⁴ / ₁₂₄₁₇	79
Landamt Karlsruhe	246	62 ¹³⁵⁶ / ₁₂₄₁₇	62	Hoffenheim . . .	128	32 ³⁹³⁶ / ₁₂₄₁₇	32
Durlach	804	76 ⁹³⁴⁸ / ₁₂₄₁₇	77	Krautheim	63	15 ¹¹²⁵⁰ / ₁₂₄₁₇	16
Eppingen	152	38 ⁴⁶⁷⁴ / ₁₂₄₁₇	38	Ladenburg	133	33 ⁷⁴⁸⁴ / ₁₂₄₁₇	34
Ettlingen	141	35 ⁷⁴⁴⁰ / ₁₂₄₁₇	36	Mannheim	157	39 ⁷⁹³² / ₁₂₄₁₇	40
Gengenbach . . .	175	44 ⁵²⁷⁷ / ₁₂₄₁₇	44	Mosbach	152	38 ⁴⁶⁷⁴ / ₁₂₄₁₇	38
Gernsbach	141	35 ⁷⁴⁴⁰ / ₁₂₄₁₇	36	Niedarbischofsheim	140	35 ⁴⁹⁰⁵ / ₁₂₄₁₇	35
Haslach	97	24 ⁶⁰⁸⁷ / ₁₂₄₁₇	24	Niedargemünd . .	152	38 ⁴⁶⁷⁴ / ₁₂₄₁₇	38
Kork	88	22 ²⁷⁰⁶ / ₁₂₄₁₇	22	Neudenau	137	34 ⁷³¹⁷ / ₁₂₄₁₇	35
Lahr	284	71 ⁸⁷³³ / ₁₂₄₁₇	72	Philippsburg . . .	153	38 ⁷⁸⁰⁹ / ₁₂₄₁₇	39
Oberkirch	233	58 ¹⁰²⁶⁹ / ₁₂₄₁₇	59	Schwezingen . . .	198	49 ¹²²⁹⁷ / ₁₂₄₁₇	50
Offenburg	320	80 ⁹⁸⁴⁰ / ₁₂₄₁₇	81	Sinsheim	99	24 ¹²³⁵⁷ / ₁₂₄₁₇	25
Pforzheim	283	71 ⁵⁵⁹⁸ / ₁₂₄₁₇	71	Tauberbischofsheim.	169	42 ⁸³⁰¹ / ₁₂₄₁₇	43
Rastatt	308	77 ⁹⁴⁷¹ / ₁₂₄₁₇	78	Wallbörn	129	32 ⁷⁰⁷¹ / ₁₂₄₁₇	33
Rheinbischofsheim .	142	35 ¹⁰⁵⁷⁵ / ₁₂₄₁₇	36	Weinheim	147	37 ¹⁴¹⁶ / ₁₂₄₁₇	37
Wolfach	99	24 ¹²³⁵⁷ / ₁₂₄₁₇	25	Wertheim	146	36 ¹⁰⁶⁹⁸ / ₁₂₄₁₇	37
				Wiesloch	192	48 ⁵⁹⁰⁴ / ₁₂₄₁₇	48
Summe .	4303	1086⁵⁰⁴³/₁₂₄₁₇	1087	Summe .	3180	802¹⁰⁶⁶⁶/₁₂₄₁₇	803

Recapitulation.

Seckreis	1673	422 ⁴⁸⁸¹ / ₁₂₄₁₇	421
Obertheinfreis	3261	823 ⁴⁰⁴⁴ / ₁₂₄₁₇	824
Mitteltheinfreis	4303	1086 ⁵⁰⁴³ / ₁₂₄₁₇	1087
Unterrheinfreis	3180	802 ¹⁰⁶⁶⁶ / ₁₂₄₁₇	803
Im Ganzen .	12417	3135	3135

und Herder's gegen den Nachdruck betr.
e Beschlüsse gefaßt.

tober 1840:

Deutschlands vereinbaren sich, daß den Werken
edrich Richter von Bundeswegen der Schutz
in den mit seiner oder seiner Erben Bewilligung
Ausgaben in allen zum deutschen Bunde gehörigen
vom Tage des heutigen Beschlusses (22. Okt.

r 1841.

Deutschlands vereinbaren sich, daß den Schriften
ner Kinder und Erben in allen von der Handlung
eten oder noch zu veranstaltenden Ausgaben von

Bundeswegen der Schutz gegen den Nachdruck während zwanzig Jahren vom Tage des gegenwärtigen
Beschlusses an, somit bis zum 11. Februar 1861 in sämtlichen zum deutschen Bunde gehörigen
Staaten gewährt werde, und

3. In der 19ten Sitzung vom 28. Juli 1842:

Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands vereinbaren sich, daß den schriftstellerischen
Werken Johann Gottfried von Herder's ein zwanzigjähriger Schutz gegen den Nachdruck in
allen Bundesstaaten dergestalt verliehen werde, daß jedwede, ohne ausdrückliche Genehmigung der
J. G. von Herder'schen rechtmäßigen Nachkommen innerhalb des deutschen Bundesgebiets binnen
zwanzig Jahren von der Publication des gegenwärtigen Beschlusses an, veranstaltete Herausgabe
J. G. von Herder'scher Schriften als unerlaubter Nachdruck im Sinne des Bundesbeschlusses vom
9. November 1837 betrachtet werden solle.

Gemäß allerhöchster Entschliessung aus Großh. Staatsministerium vom 4. c. Nr. 1556, werden
diese Beschlüsse zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung andurch verkündet.

Carlsruhe, den 12. Oktober 1844.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

von Busch.

Vdt. Lürdingheim.

Den Stand der Staatsdiener-Wittwenkasse vom 1. Jan. 1843 bis letzten Dez. 1843 betr.

Die von dem Verwaltungsrath der Generalwittwenkasse mit Bericht vom 9. v. M. Nr. 2629
vorgelegte Uebersicht des Standes der Staatsdiener-Wittwenkasse für 1843 wird in der Anlage zur
öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 14. Oktober 1844.

Ministerium des Innern.

Schr. von Müdt.

Vdt. Stemmler.

Die Errichtung von drei neuen Bezirksbauinspektionen und die Eintheilung der
Baubezirke betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben durch allerhöchste Entschliessung
aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 17. d. M. die Errichtung von drei neuen Bezirksbau-

inspektionen zu Achern, Emmendingen und Waldshut, und folgende Eintheilung der Bezirke allergnädigst zu genehmigen geruht:

1. Bezirksbauinspektion Constanz: die Aemter Constanz, Heiligenberg, Meersburg, Meßkirch, Pfullendorf, Radolphyzell, Salem, Stetten, Stockach und Ueberlingen;
2. Bezirksbauinspektion Donaueschingen: Blumenfeld, Bonndorf, Donaueschingen, Engen, Hornberg, Hüfingen, Neustadt, Triberg und Willingen;
3. Bezirksbauinspektion Waldshut: Jestetten, Säckingen, Schönau, St. Blasien, Stühlingen und Waldshut;
4. Bezirksbauinspektion Lörrach: Lörrach, Müllheim und Schopfheim;
5. Bezirksbauinspektion Freiburg: Stadt- und Landamt Freiburg und Stausen;
6. Bezirksbauinspektion Emmendingen: Breisach, Emmendingen, Kenzingen und Waldfirch;
7. Bezirksbauinspektion Dissenburg: Ettenheim, Gengenbach, Haslach, Lahr, Dissenburg u. Wolfach.
8. Bezirksbauinspektion Achern: Achern, Bühl, Kork, Oertkirch und Rheinbischofsheim;
9. Bezirksbauinspektion Rastatt: Baden, Ettlingen, Gernsbach und Rastatt;
10. Bezirksbauinspektion Karlsruhe: Stadt- und Landamt Karlsruhe, Durlach und Pforzheim;
11. Bezirksbauinspektion Bruchsal: Bretten, Bruchsal, Eppingen und Philippsburg;
12. Bezirksbauinspektion Mannheim: Ladenburg, Mannheim, Schwetzingen und Weinheim;
13. Bezirksbauinspektion Heidelberg: Eberbach, Heidelberg, Hoffenheim, Mosbach, Neckarbischofsheim, Neckargemünd, Neudau, Sinsheim und Wiesloch;
14. Bezirksbauinspektion Gerlachsheim: Adelsheim, Borberg, Buchen, Gerlachsheim, Krautheim, Lanterbachsheim, Wallbrunn und Wertheim.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 19. Oktober 1844.

Ministerium der Finanzen.

von Böckh.

Vdt. Pfeilschäfer.

Stiftungen.

Nachfolgende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber hiemit bekannt gemacht:

Es haben gestiftet:

der verstorbene Pfarrer Mösch in Gerbolzheim 2080 fl. zu dem dortigen Armenfond;

der verstorbene fürstlich-fürstenbergische Hofrath Dürhammer zu Donaueschingen an den Armenfond in Espasingen 3000 fl.;

die Moritz Fromage'schen Eheleute zu Hornberg zur Gründung einer Stiftung zu Stipendien für studirende Bürgersöhne von da 8092 fl. 17 fr. und

Johann Fritz von Büblertal an die dortige Pfarrei ein Viertel Aker auf der Wolfsmatte im Werthe von 60 fl.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht, dem Hauptmann Gemehl vom 1. Infanterieregiment, bei seiner Versetzung in den Ruhestand, und dem Fürstlich Fürstenbergischen Hofrath Du Mont das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

St a c h r i c h t e n.

Der Großherzog haben allergnädigst geruht:
Ministeriums des Innern, Staatsrath Freiborn von Rößt,
zu entheben und denselben in den Ruhestand zu ver-

zudirectors Geheimen Rath's Dr. Kern in Constanz am
zu entsprechen;
um geistlichen Rath bei dem katholischen Oberkirchenrath
kirchenraths zu ernennen;
den Oberkirchenrath zum Oberkirchenrath bei dieser Stelle

zu befördern;

dem Finanzinspektor M a l e r den Charakter als Domänenrath beizulegen;

die Stelle eines Vorstandes des Bezirksamts Eppingen dem Amtmann D a n n e r zu Pforzheim
zu übertragen;

dem geheimen Hofrath W a r n k ö n i g in Freiburg die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus
dem Großherzoglichen Staatsdienste zu ertheilen;

den Oberrechnungs Rath Friedrich Liborius M ü l l e r bei der Oberrechnungskammer wegen Kränk-
lichkeit,

sowie den St. Annafondsverwalter L i b a n t in Gernsbach in den Pensionsstand zu versetzen;

die erledigte evangelische Pfarrei Gernsbach, Decanats Schoppsheim, dem Pfarrkandidaten und
vermaligen Vicar zu Thiengen, Adolph Vischer,

die erledigte Pfarrei Hofstgrund, Landamts Freiburg, dem bisherigen Pfarrverweser Joseph Leo
H o l l i n g e r zu Hartheim, Amts Stetten a. L. M.,

die erledigte katholische Pfarrei Säckingen, Bezirksamts Säckingen, dem bisherigen Dekan und
Pfarrer Ludwig Freiherr von W i d e r s b a c h zu Stetten, Amts Lörrach, und

die erledigte katholische Pfarrei Kappel, Landamts Freiburg, dem bisherigen Beneficiaten F. A.
F e r r e r in Waldbach zu verleihen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei der Regierung des Seckreises ist die Stelle eines Secretärs in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich bei genannter Kreisregierung innerhalb 4 Wochen vor-
schriftsmäßig zu melden.
2. Bei der Direction der Forstdomänen und Bergwerke ist die Stelle eines Re-
visors in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen
bei gedachter Direction vorschriftsmäßig zu melden.
3. Die Bezirksbauinspektionen Waldshut, Emmendingen, Achern, Karlsruhe und
Heidelberg sind erledigt. Die Bewerber um diese Stellen haben sich innerhalb vier Wochen
bei der großherzoglichen Baudirection zu melden.

G e s t o r b e n s i n d:

Am 23. September d. J. der Revisor Meerwarth bei der Direction der Forstdomänen
und Bergwerke;

Am 14. October d. J. der Oberhofgerichtsrath Flad in Mannheim, und
der Regierungssecretär Carl Waldmann in Constanz.

Allgemeine Uebersicht

des

Zustandes der Großherzoglichen General-Wittwenkasse für die weltlichen Civilbiener.

vom 1. Januar bis letzten Dezember 1843.

I. Stand der Rechnung.

Soll.		Einnahme.				Hat.		Rest.	
fl.	fr.					fl.	fr.	fl.	fr.
		I. Rückstandsrechnung:							
		1) Einnahmesterse aus voriger Rechnung:							
		fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.	
		26,550	26	a) Zinsreste	23,828	53	2,723	33	
		28,267	26	b) andere Einnahmesterse	28,146	51	120	35	
54,817	52	zusammen				51,973	44	2,844	8
—	—	2) Abgang an Ausgabeesterse				—	—	—	—
—	—	II. Rechnung von früheren Jahren				—	—	—	—
		III. Rechnung vom laufenden Jahr:							
		1) Kapitalzins:							
		fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.	
		68,441	42	a) von ausgeliehenen Kapitalien	40,737	7	18,704	35	
		500	32	b) von verwiesenen Posten	384	6	116	26	
		1,398	46	c) vom Fürst Stirum'schen Fond	1,398	46	—	—	
		5	51	d) von außerordentlicher Einnahme	—	—	5	51	
70,346	51	zusammen				51,519	59	18,826	52
		2) Kapitalien:							
		fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.	
		1,739,225	5	a) an ausgeliehenen einschließlich neuen Anlagen	120,430	20	1,618,794	45	
		10,267	27	b) an verwiesenen Kapitalien	4,993	27	5,274	—	
		63,850	17	c) an der Stirum'schen Stiftung	—	—	63,850	17	
		144	14	d) an außerordentlicher Einnahme	—	—	144	14	
1,813,487	3	zusammen				125,423	47	1,688,063	16
1,938,651	46 Uebertrag				228,917	30	1,709,734	16

Soll.		Einnahme.		Hat.		Rest.	
fl.	fr.			fl.	fr.	fl.	fr.
1,938,651	46 Uebertrag		228,917	30	1,709,734	16
		3) Beiträge von Mitgliedern:					
		fl. fr. a) ordentliche Beiträge	fl. fr. fl. fr.				
		41,874 40	39,517 17 2,357 23				
		8,118 26 b) Receptions- und Melio-					
		rationstaren	4,908 36 3,209 50				
49,993	6	zusammen		44,425	53	5,567	13
25,106	52	4) Gratia-Quartalien		25,106	52	—	—
50,631	37	5) Statutenmäßiger Zuschuß aus der Staatscasse		9,224	11	41,407	26
110	—	6) Ertrag vom Diensthaus		110	—	—	—
2	8	7) Ertrag		—	57	1	11
—	—	8) Außerordentliche Einnahme		—	—	—	—
		IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen:					
17,237	19	1) Cassenrest aus voriger Rechnung		17,237	19	—	—
		2) von und für fremde Cassen:					
		fl. fr. a) aus voriger Rechnung	fl. fr. fl. fr.				
		17 27	17 27 — —				
		13,858 43 b) vom laufenden Jahr	13,858 43 — —				
13,874	10	zusammen		13,874	10	—	—
		3) Von und für Privatpersonen.					
		fl. fr. a) aus voriger Rechnung	fl. fr. fl. fr.				
		290 19	49 19 241 —				
		— — b) vom laufenden Jahr	— — — —				
290	19	zusammen		49	19	241	—
6,281	50	4) Ausgleichungsposten		5,673	7	608	43
2,102,179	7 Summe der Einnahme		344,619	18	1,757,559	49
Ausgabe.							
		I. Rückstandsrechnung:					
460	30	1) Ausgabreste aus voriger Rechnung		100	—	360	30
105	—	2) Abgang an Einnahmestellen		105	—	—	—
—	—	II. Rechnung von früheren Jahren		—	—	—	—
		III. Rechnung vom laufenden Jahr:					
130,576	29	1. angelegte Capitalien		130,576	29	—	—
131,141	59 Uebertrag		130,781	29	360	30

Ausschusses der Staatscasse zur Beneficienzahlung.

am 28. Juni 1810
 derjenige Betrag zugescho
 und 45 bestimmten Ein

erfolgt:
 eingetr. beträgt
 Ertrag
 Zahlung unter Ausgabern

 ergibt

Einnahme Abth. I. 1. b. Einnahmehälfte aus voriger Rechnung
 2. Abgang an Ausgabeüberschüssen . . .
 III. 7. Ertrag

verbleiben

Das „Soll“ der Activzinsen beträgt
 Dazu von Einnahmerubrik 7. Ertrag
 Rechnung der uneigentlichen Einnahmen 3. von und für P
 ergibt

Hievon in Abzug
 Ausgabeüberschüsse 2. Lasten
 3. Einzugsgeldern 1
 7. Ertrag
 I. 2. Abgang an Rückständen . . . 1
 III. 8. „ vom laufenden Jahr . 3,4

verbleiben also zur Benefi

Das „Soll“ der Beiträge macht
 Dazu von Einnahmerubrik 7. Ertrag
 Ferner Einnahmeabtheilung I. Einnahmehälfte aus voriger R
 ergibt

Hievon in Abzug
 Ausgabeüberschüsse 7. Ertrag 1
 I. 2. Abgang an Rückständen
 III. 8. „ vom laufenden Jahr . . .
 Ferner nach §. 37 der Revisionsbemerkungen und
 Rechenschaft die Differenz der ins Feld der Bei-
 träge unrichtig eingetragenen Meliorationstaren
 in der Beitragsliste von 1841 und 1842 . . .

verbleiben rein

wovon $\frac{1}{10}$ dem Fond verbleibt mit
 und $\frac{9}{10}$ zur Beneficienzahlung erübrigen mit
 Vergleichung.

Der Bedarf zur Beneficienzahlung ist
 Die hierauf zu verwendenden Einnahmen des Instituts b
 a. Die Activzinsen
 b. $\frac{1}{10}$ Beiträge
 zusammen

welche die Staatscasse zu ersetzen hat.

Abmangel

50,631 37

6

9

IV. Uebersicht der Mitglieder (Contribuenten) und der Wittwen- und Waisen-Familien (Percipienten).

a. Uebersicht der Mitglieder im Jahr 1843.	General- Wittwen- Casse.	Bormalige Bruchsafer Civildieners-Wittwenklasse.			Bormalige Kielgauer Wittwen- klasse.	Bei allen Kassen zusammen.
		I. Klasse.	II. Klasse.	III. Klasse.	verschiedene Klassen.	
Am Anfang der Rechnungszeit 1. Nov. 1842	2221	—	4	7	6	2238
Im Laufe der Rechnungszeit bis Ende October 1843 hinzugekommen	84	—	—	—	nebst noch 1, der schon unter 2221 begriffen ist.	84
zusammen . .	2305	—	4	7	6	2322
Im Lauf der Rechnungszeit abgegangen .	90	—	2	—	1	93
Auf 1. November 1843 verblieben . . .	2215	—	2	7	5	2229
b. Uebersicht der Wittwen- und Waisen-Familien.						
Am Anfang der Rechnungszeit	918	1	11	15	11	956
Im Lauf der Rechnungszeit hinzugekommen	55	—	1	—	2	58
zusammen . .	973	1	12	15	13	1014
Im Lauf der Rechnungszeit abgegangen .	43	—	—	1	1	45
Auf 1. November 1843 verblieben	930	1	12	14	12	969

V. Beneficien-Liste.

Betrag des jährlichen Beneficiums.		Zugang an Wittwen und Waisen im Rechnungsjahr 1843.		Betrag im Jahr 1843.	
		N a m e n.	Tag des Zugangs.		
fl.	fr.			fl.	fr.
82	30	36. Kanzleidiener Müller Wittwe	1. Juli 1843.	27	30
330	—	37. „ Geheimer Hofrath Bucherer	6. Juli „	105	25
198	—	38. „ Rechnungsrath Müller	15. Juli „	58	18
198	—	39. Frau Expeditor Blattmann	17. Juli „	57	12
52	48	40. Stallbedient Dimpfel Wittwe	18. Juli „	15	6
495	—	41. Frau Geheimerrath von Berg	21. Juli „	137	30
198	—	42. „ Kanzleirath Wolf	27. Juli „	51	42
189	45	43. „ Domänenverwalter Wagner	15. Aug. „	40	3
181	30	44. „ Physikus Wolf	20. Aug. „	37	48
297	—	45. „ Oberamtmann Fauler	20. Aug. „	58	34
42	54	46. Beisitzer Schmittschneider Wittwe	29. Aug. „	7	23
61	3	47. Forstgehülfe Dietsche Wittwe	1. Sept. „	10	10
214	30	48. Frau Revisor Söhringer	2. Sept. „	35	9
396	—	49. „ Oberhofgerichtsrath Minet	6. Sept. „	57	12
264	—	50. „ Regierungsrath Nebenius	15. Sept. „	33	44
42	54	51. Schlossknecht Metterle Wittwe	15. Sept. „	5	29
140	15	52. Kanzlist Braunagel minderjährige Kinder	18. Sept. „	16	45
280	30	53. Frau Baurath Fischer	16. Octob. „	11	41
297	—	54. Postrath Eridant minderjährige Kinder	17. Octob. „	11	33
198	—	55. Frau Revisor Fink	28. Octob. „	1	39
Bei der Bruchsaler Civildiener-Wittwenkasse.					
275	33	Frau Regierungsrath Gufmann von 25 fl. 3 fr. ord. Zeit.	15. Mai „	126	54
Bei der Alekgauer Wittwenkasse:					
In IV. Klasse.					
270	—	1. Frau Bauinspektor Kaiser bis 9. Juli 1843, da sie starb	13. Febr. „	117	45
Außerordentliche Unterstützung:					
100	—	2. Den beiden Kanzleidiener Binningerschen Töchtern Magdalena und Josepha	1. Octob. 1842.	108	20

Unter Hinweisung auf die zuletzt bekannt gemachte vollständige Liste bei der Uebersicht von 1835, Regierungsblatt 1837, Stück XVII. Beilage, und die späteren Listen werden folgende Veränderungen pro 1843 angezeigt.

Betrag des Beneficiums im Jahr 1835.		Abgang an Wittwen und Waisen im Rechnungsjahr 1843.		Zeit der Entstehung des Beneficiums.	Betrag im Jahr 1843.		
		N a m e n.			Tag des Abgangs		
fl.	fr.	Bei der Generalwittwenkasse:				fl.	fr.
44	—	1. Frau Hofofficiant Wippermann	2. Mai 1843.	v. 23. April 1803. von 1803—1810.	22	14	
53	43	2. " Landchirurg Schmidt.	5. Mai "		27	36	
31	10	3. Zollinspektor Odenwald Wtb.	29. Okt. "		31	5	
198	—	4. Frau Amtsrevisor Fink	22. Juli "		Jahr 1814.	144	6
181	30	5. " Hofgerichtsscretär Stein	21. Jan. "		" 1820.	40	51
79	12	6. " Rundschenk Wagner	8. Juni "	" "	47	58	
376	12	7. " Geheimerreferendär Klose	18. Mai "	" 1821.	206	54	
72	36	8. Stallofficiant Haupt Wittwe	17. Mai "	" 1822.	39	43	
51	9	9. Baufuhrknecht Braun Wittwe	25. Nov. 1842.	" 1823.	3	33	
231	—	10. Frau Amtsrevisor Dietrich	14. Mai 1843.	" 1825.	124	29	
214	30	11. " Oberrechnungs Rath Krieger	21. April "	" " "	101	53	
198	—	12. Domänenverwalter Breitenstein minorennener Sohn	5. Jan. "	" 1826.	35	45	
169	57	13. Amtsrevisor Barth minorennener Sohn	1. Jan. "	" "	28	48	
132	—	14. Amtsassessor Nägele minorennere Tochter	30. Jan. "	" 1827.	33	—	
231	—	15. Frau Hofgerichtsrath Neumann	15. April "	" "	105	52	
181	30	16. " Archivar Hauer	10. Mai "	" 1828.	95	48	
326	42	17. " Geheimer Hofrath Baer	19. März "	" "	126	8	
264	—	18. " Kreisrath Gräfe	2. Juli "	" 1829.	177	28	
156	45	19. " Hofgerichtsrath v. Kleudgen	6. Aug. "	" 1830.	120	11	
75	54	20. Brunnenmeister Schmidt Wtb.	8. Sept. "	" "	64	56	
330	—	21. Frau Ministerialrath Schack- leiter	14. Mai "	" "	177	50	
173	15	22. " Hofgerichtsscretär Mon- tanus	1. Nov. 1842.	" 1831.	—	29	
128	42	23. " Hofrath Tischbein	25. Dec. "	" "	19	40	
132	—	24. " Hofkupferstecher Halden- wang	12. April 1843.	" "	59	24	
148	30	25. " Secretär Obermeier	2. April "	" "	62	42	
42	54	26. Gartenknecht Schmidt Wittwe	23. Sept. "	" 1832.	38	30	
214	30	27. Frau Cassier Schneeberger	26. Juni "	" 1833.	140	38	
21	27	28. " Landchirurg Blatter	10. Okt. "	" "	20	15	
160	3	29. " Domänenverwalter Kraft	24. Juni "	" 1835.	104	3	

Betrag des Beneficiums im Jahr 1836.			Abgang an Wittwen und Waisen im Rechnungsjahr 1843.		Zeit der Entstehung des Beneficiums.	Betrag im Jahr 1843.	
			N a m e n.	Tag des Abganges			
	fl.	fr.				fl.	fr.
Jahr 1836	79	12	30. Cassendiener Altenhäuser Wb.	12. Feb. 1843.	Jahr 1835.	22	26
	99	—	31. Frau Hofgärtner Hambel . .	29. Dec. 1842.	" 1836.	16	13
	130	21	32. Bauaufseher Mesmer Wittwe	24. Mai 1843.	" "	73	52
Jahr 1837.	204	36	33. Frau Hauskämmerer Wigemann	18. Okt. "	" 1837.	197	46
	87	27	34. Amtschirurg Ebert minderjäh- riger Sohn	21. Juni "	" "	56	7
	181	30	35. Frau Archivassessor Seig . .	28. Nov. 1842.	" "	14	7
Jahr 1838.	247	30	36. " Medicinalrath Haug . .	23. Mai 1843.	" 1838.	139	33
	495	—	37. " Geheimerrath von Etten	11. Mai "	" "	262	37
	54	27	38. Stallbedient Dohs minorenn Sohn	13. Mai "	" "	29	11
Jahr 1839.	123	45	39. Frau Kanzlist Zittel	11. Dec. 1842.	" 1839.	14	5
Jahr 1840.	66	—	40. Oberpedell Göhring Wittwe .	12. Aug. 1843.	" 1840.	51	42
	231	—	41. Postmeister Rivola minorenn Sohn	17. Sept. "	" "	203	24
Jahr 1841	316	48	42. Hofrath Baur minderjährige Tochter	5. Juni "	" "	189	12
1842	56	6	43. Stallbedient Rausch Wittwe .	22. März "	" 1841/42.	22	7
			Bei der Druchsaler Civildien- Wittwenkasse.				
Jahr 1835.	90	—	1. Gegenschreiber Kraus Wittwe	19. Aug. 1843.	" 1813.	72	15
			Bei der Alekgauer Wittwenkasse.				
			In der IV. Klasse.				
Jahr 1843.	270	—	1. Frau Bauinspektor Kaiser . .	9. Juli "	" 1843.	117	45

VI. Stand der Bruchsaler Stvreedieners Wittwenkasse.

Soll.		Einnahme.	Hat.		Rest.	
fl.	fr.		fl.	fr.	fl.	fr.
116	30	I. Rückstandsberechnung:				
		Einnahmereste aus voriger Rechnung	87	45	28	45
—	—	II. Rechnung von früheren Jahren	—	—	—	—
		III. Rechnung vom laufenden Jahr:				
181	6	1) Capitalzinse	83	21	97	45
3,622	—	2) Capitalien	—	—	3,622	—
		IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahme:				
17	27	1) Cassenrest aus voriger Rechnung	17	27	—	—
—	—	2) von und für fremde Cassen	—	—	—	—
—	—	3) von und für Privatpersonen	—	—	—	—
3,937	3	Summe der Einnahme	188	33	3,748	30
fl.	fr.	Ausgabe.	fl.	fr.	fl.	fr.
		I. Rückstandsberechnung:				
—	—	Ausgabereste aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	II. Rechnung von früheren Jahren	—	—	—	—
		III. Rechnung vom laufenden Jahr:				
—	—	1) angelegte Capitalien	—	—	—	—
171	58	2) Beneficien	171	58	—	—
		IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben:				
16	35	1) Cassenrest an künftige Rechnung	16	35	—	—
—	—	2) an und für fremde Cassen	—	—	—	—
—	—	3) an und für Privatpersonen	—	—	—	—
188	33	Summe der Ausgabe	188	33	—	—

Vermögens-Berechnung.

Capitalien	3,622 fl. — fr.
Zinsausstand 28 fl. 45 fr. und 97 fl. 45 fr.	126 „ 30 „
Cassenrest	16 „ 35 „

zusammen auf 31. Dezember 1843 . . . 3,765 fl. 5 fr.

Vermögen auf 31. Dezember 1842 . . . 3,755 „ 57 „

mithin Vermehrung 9 fl. 8 fr.

Von den aus vorgehendem Jahr vorhandenen 9 Wittwen, wozu keine Wittve hinzugekommen, ist Stallbedient Georg Reich Wittve den 15. November 1842 und Stallbedient Aust Wittve den 31. Januar 1843 abgegangen, daher noch 7 übrig sind.

Carlsruhe, den 30. Juli 1844.

Durch den Generalkassier C. G. Eisenlohr.

Großherzoglich Badisches

Staats- und Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, den 9. November 1844.

Bekanntmachungen.

Bezüglich auf die diesseitige Bekanntmachung vom 1. d. M. wird weiter zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die noch unverwendeten 500 fl. des im Jahr 1843 auf das Großherzogthum Baden gefallenen in 1772 fl. bestandenen Theils der Gewinnhälfte der Aachener und Münchener Feuerversicherungsgesellschaft nach Bestimmung dieser in folgender Weise verwendet worden sind:

200 fl. als Beitrag zum städtischen Spitalbau in Neustadt;

150 fl. als Beitrag zur Gewerbschule in Sinsheim;

150 fl. für den Armenfond in Tryberg mit der Bedingung, daß der Betrag in Jahresfrist verwendet werden muß.

Diese Verwendung hat die diesseitige Genehmigung erhalten.

Carlsruhe, den 29. Oktober 1844.

Ministerium des Innern.

Eichrodt.

Vdt. Reinhardt.

Vinzenz Karthal von Dos hat um die Erlaubniß gebeten, seinen bisherigen Familiennamen mit dem Namen Vogel vertauschen zu dürfen. Dieß wird unter Bezug auf die höchste Verordnung vom 18. Januar 1838 (Reggs. Bl. Nro. V) mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß Diejenigen, welche gegen Ertheilung der gebetenen Erlaubniß Einsprache machen wollen, solche innerhalb drei Monaten bei dem unterzeichneten Ministerium auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte statt gegeben wird.

Carlsruhe, den 25. Oktober 1844.

Justizministerium.

Jolly.

Vdt. Bachelin.

Erlaubniß zum Tragen eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Kammerherrn Freiherrn von Reischach die allergnädigste Erlaubniß ertheilt, daß ihm von Seiner Hoheit dem Herzog von Sachsen-Altenburg verliehene Ritterkreuz des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens anzunehmen und zu tragen.

Militär-Dienstaufnahmen.

Durch höchste Ordre vom 22. Oktober d. J. wurde der vormals in Königlich Griechischen Diensten gestandene Oberleutnant Dettlinger zum Lieutenant der activen Suite der Infanterie ernannt, und der pensionirte Hauptmann Carl Fäßel zum Invalidencorps versetzt.

In den Pensionsstand wurden versetzt durch höchste Ordre vom 22. October d. J.: Der Hauptmann Gemehl im 1. Infanterieregiment, der Hauptmann Richterberg im 3. Infanterieregiment, und der Hauptmann von Froben im Leibinfanterieregiment.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, Allerhöchst Ihren Staats- und Finanzminister von Böck der Führung des Finanzministeriums zu entheben und denselben zum Präsidenten des Staatsministeriums; sodann

den Ministerialdirector Regenauer zum Staatsrath und Präsidenten Allerhöchst Ihres Finanzministeriums, und

den Ministerialdirector Eichrodt zum Staatsrath und Präsidenten Allerhöchst Ihres Ministeriums des Innern zu ernennen;

dem Obergewermeister und Domänenverwalter Fährndrich in Waldkirch den Character als Kammerrath zu verleihen;

die erledigte Stelle eines Secretärs bei der Direction der Posten und Eisenbahnen dem Cameralpracticanten Wilhelm Sachs von Karlsruhe;

dem Postpracticanten Franz Laver Chavoen von Ettenheim die Stelle eines Revisors bei dem Controlbureau der Direction der Posten und Eisenbahnen;

dem Postoffizialen Heinrich Eisele die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste zu ertheilen und die erledigte Stelle eines Postoffizialen bei der Briefpostexpedition Karlsruhe dem Postpracticanten Eduard Buisson zu übertragen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Durch den Tod des Hüttenverwalters Bausch ist die Hüttenverwaltersstelle in Alsbach, mit welcher je nach den Ansprüchen des ernannt werdenden Beamten eine Besoldung von 1200 fl. bis 1600 fl. vergeben werden kann, in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen vier Wochen bei der Direction der Forstdomänen und Bergwerke zu melden.
2. Durch die Beförderung des Pfarrers Burkard Joseph Bartholomä auf die Pfarrei Oberwittstadt, Amts Krautheim, ist die katholische Pfarrei Neckarelz, Amts Mosbach, mit einem beiläufigen Jahresertrag von 550 fl. nebst 100 fl. für die binationsweise Besorgung des Gottesdienstes an Sonn- und Feiertagen in dem Filialorte Obbrigheim erledigt worden. Die Competenten um dieselbe haben sich bei der fürstlich leiningen'schen Standesherrschaft als Patron nach Vorschrift zu melden.
3. Die erledigte katholische Pfarrei Dachingen, Bezirksamts Billingen, wird mit einem beiläufigen Jahresertrag von 1400 fl., worauf jedoch eine jährliche Abgabe von 500 fl., bis zur Tilgung einer Kirchenbauschuld nebst Zinsen ruht, zur definitiven Wiederbesetzung ausgeschrieben. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Gestorben ist:

Am 17. October d. J. der pensionirte Amtskassenrevisor Buisson in Freiburg.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 23. November 1844.

Verordnung.

Zum Vollzuge des §. 134 der Gemeindeordnung wird mit allerhöchster Ermächtigung Seiner Königlich hohen Hoheit des Großherzogs aus Großherzoglichem Staatsministerium, die Führung und Stellung der Gemeinderrechnungen betreffend, nachstehende Verordnung erlassen.

Von den Zahlungsanweisungen.

§. 1.

Der Rechner darf eine Zahlung weder leisten, noch in Empfang nehmen, und keine Einnahme in Abgang schreiben, ohne dazu durch eine Anweisung ermächtigt zu sein.

Jede Zuwiderhandlung hiergegen geschieht auf Gefahr des

Die Anweisung wird vom Gemeinderath erteilt und vom
her unterzeichnet.

n Rathsschrei-

Die Gebühren des Bürgermeisters, der Gemeinderäthe u
Amte zur Zahlung angewiesen.

werden vom

§. 2

Die Anweisung, welche für jeden einzelnen Rechnungsbeleg besonders zu erteilen ist, hat die Zeit der Anweisung, den Gegenstand derselben und die Summe der Einnahme oder Ausgabe in Worten, und wo es nöthig ist, die Zustimmung des kleinen oder großen Ausschusses, beziehungsweise der Gemeinde, unter Angabe von Jahr und Tag des betreffenden Beschlusses, und die Staatsgenehmigung, welche abdriftlich beizufügen ist, zu enthalten. Der zweite Absatz des §. 17 findet auch hier ähnliche Anwendung.

Von der Beitreibung der Ausstände.

§. 3.

Gleich nach der Zustellung der Anweisung, beziehungsweise der Verfallzeit, beginnt für den Rechner, der für die richtige Erhebung der Einkünfte allein verantwortlich ist, die Verbindlichkeit, die Einnahmen einzutreiben.

Erfolgt auf die zweite Mahnung keine Zahlung, so ist der Rechner sofort verpflichtet, die Forderung vor der zuständigen Behörde bis zur Vollstreckung zu betreiben, und für den Eintrag gerichtlicher Urtheile in das Pfandbuch Sorge zu tragen.

Wird die Forderung widersprochen, oder geräth der Schuldner in Gant, so hat der Rechner den Gemeinderath hievon in Kenntniß zu setzen, welcher entweder den Rechner zur ferneren gerichtlichen Betreibung zu ermächtigen, oder das Weitere nach §. 125 und 126 der Gemeindeordnung anzuordnen hat.

§. 4.

Die erste Mahnung geschieht unentgeltlich durch mündliche Aufforderung, oder durch gedruckte, auf Kosten der Gemeinde angeschaffte Mahnzettel, oder durch öffentlichen Anschlag, oder durch Ausschellen, oder durch Einrücken ins Ortsblatt.

Der zweiten Mahnung, die auf gleiche Weise geschehen kann, ist für den Fall, wenn wieder keine Zahlung erfolgen sollte, die Androhung der Einklagung beizufügen, und wenn die Mahnung durch den Gemeindevdiener, sei es durch mündliche Eröffnung oder durch Zustellung von Mahnzetteln, geschieht, demselben eine Mahngebühr von 2 fr., wenn der Gemeinderath dieselbe nicht höher festsetzt, durch jeden Schuldner zu entrichten.

§. 5

Läßt sich ein Rechner bei der Eintreibung der Einnahmen Nachlässigkeit zu Schulden kommen, so hat die Abhörbehörde das Bezirksamt hiervon in Kenntniß zu setzen, welches gegen den säumigen Rechner Geldstrafen erkennt oder das dienstpolizeiliche Verfahren nach §. 22 und 23 der Gemeindeordnung auf Verweis oder Entlassung einleitet.

Eine gleiche Aufsicht auf die richtige Betreibung der Einnahmen liegt, wie der Abhörbehörde, dem Gemeinderath und dem Bürgermeister insbesondere ob.

§. 6.

Die Rückstände hat der Rechner, gleichviel, ob sie von ihm oder seinem Vorfahrer herrühren, in Gemäßheit des §. 3 und 4 einzutreiben, und die oben genannten oder die höheren Behörden haben über dies anzuordnen, daß diese Rückstände in einer der Größe und dem Alter derselben entsprechenden Frist erhoben werden, und daß der Rechner über die Betreibung und deren Erfolg von Zeit zu Zeit sich ausweist.

Sind die Rückstände bedeutend, und rühren sie von dem vorhergehenden Rechner her, so kann dem neuen Rechner für deren Betreibung entweder eine Einzugsgebühr, wenn er nicht überhaupt schon auf eine solche gesetzt ist, ausgeworfen, oder aber ein besonderer Einzieher, beides nach Umständen auf Kosten des vorhergehenden Rechners, aufgestellt und ihm die Führung eines besondern Kassabuchs auferlegt werden. Auch dem bisherigen Rechner kann die Betreibung seiner Rückstände auferlegt werden.

Von dem Kassabuch und der Kasse.

§. 7.

Der Gemeindevdiener hat ein Kassabuch nach anliegendem Muster B zu führen, in welches der Zeitfolge nach alle Einnahmen und Ausgaben gleich bei der Zahlung einzutragen sind.

Die Einträge enthalten die Bezeichnung der Personen, an welche und von welchen Zahlung geleistet wird, die Angabe des Grundes, die Größe der Summe und die Zeit der Zahlung, und bei Zielerzahlungen, die Bezeichnung der Verfallzeit, für welche die Zahlung gilt, sowie eine Verweisung auf das Hauptbuch.

Die Einträge geschehen einzeln und also in der Art, daß jeder Posten für sich besonders einzutragen ist. Bei Einnahmen jedoch, welche, wie Umlagen oder Steigerungen, alle oder wenigstens eine große Anzahl der Bürger betreffen, kann der Eintrag auch der Gesamtsumme nach unter Bezug auf dieses Register geschehen. Aber auch in diesem Ausnahmefalle ist am Schlusse jeden Monats

und als letzter Monatseintrag jene Summe einzutragen, welche nach dem Einzugsregister im Laufe des Monats eingezogen wurde.

Die Führung des Kassebuchs, so wie jene des Hauptbuchs geschieht auf Druckbogen.

§. 8.

Werden Forderungen durch Wetttschlagung oder Abrechnung ganz oder theilweise getilgt, so ist jeder Posten für sich einzutragen und anzugeben, daß und in wie weit die Zahlung durch Wetttschlagung oder Abrechnung statt hatte.

§. 9.

Werden Posten ganz oder theilweise in Abgang verfügt, so ist der in Abgang verfügte Betrag in Einnahme und zugleich in Ausgabe zu stellen.

Tritt statt Baarzahlung mit Einwilligung des Gemeinderaths die Uebergabe einer Sache ein, so ist die Forderung im Betrage des festgesetzten Preises der gelieferten Sache, unter Bezug auf diesen Vorgang, in Einnahme und, weil nicht in Geld bezahlt, in Ausgabe zu stellen.

Wird zur Zeit der Uebergabe kein Preis festgesetzt, so geschieht in dem Kassebuch keine, und in dem Hauptbuche bloß innerhalb Linie, Erwähnung. Erfolgt später die Festsetzung des Preises durch Uebereinkunft oder Verkauf der Sache, so ist sofort der Preis im Kasse- und Hauptbuch als gezahlt einzutragen.

§. 10.

Finden sich Unrichtigkeiten, so sind dieselben entweder lesbar zu durchstreichen und zu verbessern, oder durch spätere Einträge zu berichtigen und am Rande der unrichtigen Einträge auf diese späteren zu verweisen.

Bruchkreuzer sind außer Rechnung zu lassen, und bei der Einnahme unter einem Kreuzer nichts zu erheben, bei der Ausgabe statt eines halben ein ganzer Kreuzer zu entrichten.

§. 11.

Wer mehrere Posten schuldet, darf bei der Zahlung erklären, welche Schuld er damit zu tilgen gedenke. So lange noch Zinse rückständig sind, darf die Zahlung an der Hauptschuld nicht abgetragen werden.

Erklärt sich der Schuldner nicht, so hat sich der Rechner nach L.R.G. 1255 bis 1256 a. zu benehmen und jedenfalls in der Quittung genau auszudrücken, auf welche Forderung, oder wenn es mehrere sind, auf welche Forderungen und in welchem Betrage die Zahlung geleistet wurde.

§. 12.

Das Kassebuch ist monatlich abzuschließen, die Summe der Ausgaben von der Summe der Einnahmen innerhalb Linie abzugiehen, der Rest mit dem wirklichen Kassenbestand zu vergleichen, und das Ergebniß anzugeben.

Das Ergebniß des monatlichen Abschlusses theilt der Rechner dem Gemeinderathe mit, welcher sofort Abweichungen zwischen dem Kassebuch und Kassenbestand selbst zu untersuchen, oder nach Gestalt der Sache die Abhörbehörde davon in Kenntniß zu setzen, auch über die Verwendung des die Bedürfnisse überschreitenden Kassenvorraths Anordnung zu treffen hat.

§. 13.

Das Kassebuch ist mit dem letzten Tage des Jahres von dem Rechner zu schließen und zu unterzeichnen, und alle spätern Einnahmen und Ausgaben sind selbst dann in das Kassebuch des folgenden Rechnungsjahres einzutragen, wenn dieselben auch im vorigen Rechnungsjahre hätten geleistet werden sollen.

§. 14.

Der Rechner hat für die Gemeindegelder eine besondere Kasse zu führen, darf daraus in eigenen Nutzen nichts verwenden (§. 50), und von eigenen Mitteln an die Gemeindekasse ohne schriftliche Ermächtigung des Gemeinderaths, welche als Rechnungsbeleg zu behandeln ist, keine Vorschüsse leisten.

§. 15.

Ueberschreiten die Zahlungsanweisungen die im Voranschlag dafür festgesetzten Summen, so hat der Rechner den Gemeinderath darauf aufmerksam zu machen, welcher sofort die Zahlungen entweder einzustellen, oder weitere Ermächtigung zu erwirken hat.

Von den Rechnungsbelegen.

§. 16.

Für alle Einnahms- und Ausgabsposten hat der Rechner die Belege, zu welchen stets die Zahlungsanweisungen mit ihren Beilagen gehören, dem Hauptbuche beizufügen.

Diese Rechnungsbelege sind am Schlusse des Rechnungsjahres mit fortlaufenden Ziffern zu versehen, und darauf in dem Hauptbuche zu verweisen.

§. 17.

Für jede Zahlung hat der Rechner sich eine Empfangsbefcheinigung ausstellen zu lassen, in welcher der Name des Zahlenden und Empfangenden, die Summe der Zahlung mit Worten, der Gegenstand, wofür die Zahlung geleistet wurde, und die Zeit und der Ort der Zahlung auszu- drücken ist.

Wird die Befcheinigung auf Anweisungs- oder Forderungszettel gesetzt, auf denen bereits obige Punkte theilweise sich befinden, so ist bloß noch das Fehlende in die Empfangsbefcheinigung aufzunehmen.

§. 18.

Wird ein Kapital ausgeliehen, so ist die Pfandurkunde vom Rechner dem Gemeinderath zur Aufbewahrung zu übergeben, welcher letztere dem Rechner eine Empfangsbefcheinigung als Rechnungsbeleg mit Angabe des Namens und Wohnorts des Schuldners, der Größe, des Zinsfußes und der Zinsverfallzeit des ausgeliehenen Kapitals auszustellen hat.

Ebenso sind Urtheile, Vergleiche, Kaufbriefe und andere wichtige Urkunden vom Gemeinderath aufzubewahren, welcher statt dieser Urkunden Rechnungsbelege mit Angabe der nach §. 7 zu den Einträgen gehörigen Verhältnisse dem Rechner auszustellen hat.

Ohne Ermächtigung des Gemeinderaths, welche als Rechnungsbeleg zu behandeln ist, darf der Rechner weder die ganze noch theilweise Abzahlung eines ausgeliehenen Kapitals annehmen.

§. 19.

Die Quittungen, welche der Gemeinderechner für Zahlungen, die an ihn geschehen, ausstellt, hat derselbe, wenn das Gegentheil nicht verlangt wird, in gedruckte, nach der Anlage C. eingerichtete Quittungsbüchlein, die den Gemeindeangehörigen auf Kosten der Gemeindefasse zu beändigen sind, einzutragen.

In diese Büchlein sind die Beträge, welche der Gemeindeangehörige schuldet, zu verzeichnen, und bei erfolgten Zahlungen sofort nach §. 11 anzugeben, auf welche Posten die Zahlung geleistet wurde.

Von dem Hauptbuch.

§. 20.

Außer dem Kassabuch hat der Rechner das Hauptbuch (Rechnungsentwurf) zu führen, in welches alle Einnahme- und Ausgabe-posten, nach bestimmten Rechnungsabtheilungen, Rubriken und Unterrubriken einzutragen sind.

Andere Abtheilungen und Rubriken als jene sind, welche die Anlage A. enthält, dürfen nicht gebildet werden.

Rubriken, unter denen eine Einnahme oder Ausgabe nicht vorkommt, sind in dem Hauptbuch nicht aufzunehmen.

Gebäude und Liegenschaften, mit Inbegriff der Allmendcn, sind dagegen stets, auch wenn sie kein Erträgniß abwerfen, in der Rechnung einzeln und mit Angabe ihres Steueranschlages und des Grundes, aus welchem sie keinen Ertrag ergeben, unter den entsprechenden Unterrubriken des §. 3 aufzuführen.

§. 21.

Von der Verbindlichkeit des eigenhändigen Eintrages in das Hauptbuch kann die Abhörbehörde den Rechner wegen Ungeübtheit entbinden, und die Führung des Hauptbuchs während, und den förmlichen Abschluß desselben am Ende des Rechnungsjahres einem Rechnungsverständigen, den sich der Rechner selbst auswählen kann, überlassen.

Der Rechnungsverständige hat die Einträge spätestens alle drei Monate vorzunehmen. Die Gebühren des Rechnungsverständigen für die Einträge und die Stellung der Rechnung hat der Rechner nach §. 128 der Gemeindeordnung zu bestreiten.

§. 22.

Das Hauptbuch wird nach Schuldigkeit (Soll), Zahlung (Hat), und Rückstand geführt. In das Feld der Schuldigkeit sind ihrem ganzen Betrage nach alle Posten, welche die Gemeindefasse in dem Rechnungsjahre einnehmen und ausgeben soll, einzutragen, welche Posten sofort, sobald sie wirklich eingenommen oder ausgegeben werden, im Felde der Zahlung (des Habens) ausgetragen werden. Was durch die Zahlung weniger eingenommen oder ausgegeben wurde, als eingenommen oder ausgegeben werden sollte, also der Unterschied der Summe der Schuldigkeit von jener der Zahlung, kommt am Schlusse des Jahres unter Rückstand.

§. 23.

Das Hauptbuch zerfällt in die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeindegewirtschaft, und in jene des Grundstocks. Die Gemeindegewirtschaft theilt sich in die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben der früheren Jahre und des laufenden Jahres. Das laufende Jahr umfaßt die Einkünfte und deren Lasten, die Umlagen und die Erlöse der nicht zum Ertrag bestimm-

ten Liegenschaften und Fahrnisse sammt deren Lasten, sowie den eigentlichen Gemeindeaufwand und die uneigentlichen Einnahmen und Ausgaben.

Es besteht für alle Einnahmen und Ausgaben nur Eine Verrechnung und nur Eine Kasse. Das Guthaben des Grundstocks an die Gemeindegewirtschaft wird am Schlusse der Rechnung dargestellt.

§. 24.

Als Rückstände sind aus der vorigen Rechnung alle Posten aus der Gemeindegewirtschaft, welche hätten eingenommen oder verausgabt werden sollen, und es nicht wurden, in einer Einnahme- und einer Ausgabrubrik (§. 2 und §. 21 der Rubrikenordnung), alphabetisch nach den Namen der Schuldner geordnet, darzustellen, und wörtlich aus den Rückständen der sämtlichen Rubriken der Gemeindegewirtschaft zu übertragen.

Die Rückstände des Grundstocks sind unter diesem darzustellen.

§. 25.

Unter den Einkünften in der Rechnungsabtheilung II. A. (§. 3 bis 6 der Rubrikenordnung) ist der Ertrag des gesammten liegenschaftlichen und fahrenden Vermögens, der Berechtigungen und Anstalten der Gemeinde. und die Ausgaben, welche auf diesem Vermögen ruhen, unter §. 22 bis 26 der Rubrikenordnung, zu verrechnen.

§. 26.

Unter den Umlagen und den Erlösen in der Rechnungsabtheilung II. B. (§. 7 bis 11 der Rubrikenordnung) ist außer den Vorausbeiträgen (§. 61 der Gemeindeordnung), und den allgemeinen Umlagen (§. 64 der Gemeindeordnung), der Erlös der Fahrnisse und der Erlös jener Gebäude und Liegenschaften, die nicht zum Ertrag bestimmt, sondern zur Erfüllung gemeinheitlicher Zwecke nothwendig sind, und die damit in Verbindung stehenden Lasten (§. 27 bis 29 der Rubrikenordnung) zu verrechnen, dagegen der Erlös der zum Ertrag bestimmten Liegenschaften und Gebäude, ebenso wie die Ausgaben auf diese Gegenstände, als Grundstockvermögen und Lasten (§. 14 und 39 der Rubrikenordnung) zu behandeln.

§. 27.

In der Rechnungsabtheilung für den Grundstock (§. 14 bis 20 der Rubrikenordnung) sind die Einnahmen von demjenigen Vermögen darzustellen, welches mit Ausnahme seiner Erträgnisse zu den laufenden Ausgaben nur in außerordentlichen Fällen verwendet werden darf.

Außer den in dem vorhergehenden §. 26 aufgeführten Erlösen der zum Ertrage bestimmten Liegenschaften und Gebäude sind hier die aus Grundstockvermögen angelegten oder für dessen Anschaffung aufgenommenen Kapitalien und die übrigen in den §§. 14 bis 20 und 39 bis 45 verzeichneten Vermögenstheile und Lasten zu verrechnen, dagegen jene Kapitalien, welche für die laufenden Bedürfnisse der Gemeindegewirtschaft aufgenommen oder angelegt wurden, unter den uneigentlichen Einnahmen und Ausgaben darzustellen.

Als Grundstockvermögen sind auch die Ueberschüsse der Gemeindegewirtschaft zu behandeln, welche jedoch nur dann als vorhanden anzunehmen sind, wenn die Einnahmen der Rechnungsabtheilung II. A. (§§. 3 bis 6) die Ausgaben der Rechnungsabtheilung II. A. und C. (§§. 22 bis 26 und 30 bis 36 der Rubrikenordnung) und des jährlichen Schuldentilgungsbetrags übersteigen, und keine andere Verwendung nach §. 84 der Gemeindeordnung von der Gemeinde mit Staatsgenehmigung beschlossen wird.

§. 28.

Zu den uneigentlichen Einnahmen und Ausgaben der Rechnungsabtheilung II. C. der Einnahmen, und D. der Ausgaben, gehören jene Posten, welche den wirklichen Bestand der Gemeindefunkünfte weder vermehren noch verringern, welche nur vorübergehend den Kassenbestand verändern, und bei denen jede Einnahme oder Ausgabe eine gleiche Ausgabe oder Einnahme nothwendig macht. Es gehören dahin die Wirthschaftskapitalien und Vorschüsse.

§. 29.

Die Einträge in das Hauptbuch geschehen auf dieselbe Weise, wie sie nach §. 7 in das Kassenbuch zu geschehen haben, und überdies enthalten die erstern noch die Verweisung auf die Rechnungsbelege und das Kassenbuch.

Die Anlage des Hauptbuches geschieht längstens mit dem Anfang des Rechnungsjahres, und es sind die Rückstände der vorigen Rechnung, so wie die ständigen Einnahme- und Ausgabeposten sofort zu übertragen, und die übrigen Einträge alsdann zu vollziehen, wenn die Zahlungsanweisung erfolgt ist.

§. 30.

Die Verrechnung der Kapitalien geschieht in der Art, daß der Stock derselben, je nachdem dieselben dem Grundstockvermögen oder der Gemeinbewirtschaft angehören, in §. 17, 18, 41 und 42 oder aber in §. 13 und 38 der Rubrikenordnung darzustellen ist, dagegen die Zinse, und zwar die laufenden in §. 5 a. und §. 36, die rückständigen in §. 2 und §. 21 zu vereinnahmen und zu verausgaben sind.

§. 31.

Wird eine Forderung der Gemeinde an einen andern Schuldner verwiesen, so findet eine bloße Umschreibung auf seinen Namen statt, treten aber mehrere Schuldner an die Stelle des bisherigen einen Schuldners, so ist das bisherige Guthaben sammt Zins an seiner Stelle als bezahlt auszutragen, und als neue Darleihen auf die Namen der neuen Schuldner in Schuldigkeit und Haben der Ausgabe und in Schuldigkeit der Einnahme zu stellen.

§. 32.

Vorschüsse, welche die Gemeindefasse erhält, sind im §. 12 in Schuldigkeit und Zahlung der Einnahme und gleichzeitig im §. 37 in Schuldigkeit der Ausgabe, und ebenso die Vorschüsse, welche die Gemeindefasse leistet, im §. 37 in Schuldigkeit und Zahlung der Ausgabe, und gleichzeitig in §. 12 in Schuldigkeit der Einnahme zu stellen.

§. 33.

Bei solchen Forderungen an die Gemeindefasse, welche Posten aus verschiedenen Rubriken enthalten, hat der Gemeinderath sowie der Rechner entweder auf der Einreichung von, nach diesen Rubriken gesonderten Forderungszetteln zu bestehen, oder selbst dafür Sorge zu tragen, daß für jede Rubrik besondere Rechnungsbelege oder aber Rückweisungen auf den Hauptbeleg gefertigt werden.

§. 34.

Die Bestimmungen des §. 7 Abs. 3 und des §. 8 und 9 finden auch auf die Führung des Hauptbuches Anwendung, und es können daher die Einträge der Umlagen und Steigerungen, wenn die Einzugsregister vorschriftsgemäß geführt sind, auch der Gesamtsumme nach geschehen, so wie bei

wettgeschlagenen oder abgerechneten Forderungen jeder Posten für sich unter der ihn betreffenden Rubrik und unter Beziehung auf die Wettschlagung oder Abrechnung einzutragen ist.

Ebenso sind in Abgang verfallte Posten zugleich in Einnahme und Ausgabe zu stellen, und bei Forderungen, welche durch Lieferung oder Ersteigerung einer Sache statt baarer Zahlung abgetragen werden, ist die Forderung in Einnahme, und im Betrag des festgesetzten Preises der gelieferten oder der Zuschlagpreis der ersteigerten Sache in Ausgabe zu stellen.

Vom Rechnungsabschluß und der Rechnungsabhör.

§. 35.

Der Rechnungsabschluß hat auf Druckbogen nach Anlage D. in der Art zu geschehen, daß der Betrag der sämtlichen Abtheilungen und Unterabtheilungen, der Rubriken und Unterrubriken aufgeführt, sofort die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben zusammengestellt und die Summe des Kassenvorraths dargestellt wird. Im Innern der Rechnung findet bloß eine Zusammenzählung der Beträge der Rubriken, und wo Unterrubriken sich befinden, bloß der letzteren statt. Der Rechnungsabschluß bildet zugleich mit Hinzufügung weiterer nöthig scheinender Nachweisungen und Erläuterungen den Rechenschaftsbericht des §. 133 der Gemeindeordnung.

§. 36.

Außer dem Abschluß ist noch eine Abrechnung zwischen dem Grundstock und der Gemeindegewirtschaft nach der Anlage E., eine Darstellung der Ab- oder Zunahme der Rückstände nach Anlage F. und eine Vermögensübersicht nach Anlage G. der Rechnung beizufügen.

§. 37.

Für sämtliche Theile der Gemeindegewirtschaft ist Eine Rechnung zu führen, und nur ausnahmsweise auf Antrag des Gemeinderaths oder Anordnung der Aufsichtsbehörde die Führung einer besondern Rechnung zuzulassen, wenn ein Theil wegen seines Umfangs und seiner Wichtigkeit eine besondere Rechnungsführung, z. B. Schulden Tilgungs-Rechnung, zweckmäßig macht. Auch für diese besonderen Rechnungen finden die Bestimmungen der gegenwärtigen Verordnung, so weit sie sich darauf beziehen können, Anwendung.

§. 38.

Wo eine Naturalienverrechnung besteht, ist ein dem Kassabuche entsprechendes Tagebuch, und je nach dem Umfang und der Wichtigkeit der Rechnung ein Hauptbuch zu führen, bei welchem gleichfalls die vorstehenden Bestimmungen, soweit sie sich darauf beziehen können, Anwendung zu finden haben.

Die Erlöse aus verkauften Naturalien werden der Geldrechnung überwiesen, und sind unter der sie betreffenden Rubrik in Einnahme zu verrechnen.

Die Berechnung hat nach dem neuen Maße und Gewichte zu geschehen.

§. 39.

Das Rechnungsjahr läuft künftig vom 1. Januar bis 31. Dezember. Rechnungen bis zu 5000 fl. Roheinnahmen sind auf den 1. Februar, bis zu 10,000 fl. auf den 15. Februar, und alle mit höherer Einnahme auf den 1. März des künftigen Jahres durch Fertigung einer vom

Rechner zu unterzeichnenden Reinschrift des Hauptbuchs, so wie des Abschlusses mit seinen Beilagen (§. 35 und 36) zu stellen, und an obigen Tagen dem Gemeinderath zum Behufe der weiteren Anordnung nach §. 133 der Gemeindeordnung zu übergeben:

§. 40.

Nach Ablauf von drei Wochen legt der Gemeinderath die Rechnung sammt Beilagen zur Abhör vor, und die Abhörbehörde hat Strafboten abzuschicken, wenn zur angegebenen Frist die Rechnung nicht einkommt.

§. 41.

Die Abhörbehörde muß alle Rechnungen im Laufe des Jahres, in welchem sie nach §. 39 zu stellen sind, abhören, und hat sich darüber am Schlusse des Jahres bei der Kreisregierung in einem Rechenschaftsbericht auszuweisen.

Die Abhörgebühr mit Einschluß der Rechnungserinnerungen und des Rechnungsbescheides wird auf 3 Kreuzer von jedem Bogen der Rechnung und der Beilagen festgesetzt. Der Bogen hat vier Seiten und jede Seite 24 geschriebene Zeilen zu enthalten. Jede Beilage gilt wenigstens für eine Seite.

Das Ministerium und die Kreisregierungen werden jährlich mehrere Rechnungen aus verschiedenen Bezirken zur Oberabhör von Dienstwegen einfordern.

Von der abgehörten Rechnung ist die Reinschrift sammt Beilagen in der Registratur des Gemeinderaths und der Entwurf bei der Abhörbehörde aufzubewahren.

§. 42.

Werden Rechnungserinnerungen nothwendig, so hat die Abhörbehörde zu deren Beantwortung eine Frist von 4 Wochen zu gestatten und wenn die Frist nicht eingehalten wird, nach §. 40 zu verfahren. Die Erinnerungen, je nachdem sie den einen oder den andern betreffen, sind dem Rechner und dem Gemeinderathe in abgesonderten Ausfertigungen zuzustellen.

§. 43.

Die Abhörbehörde hat die Richtigkeit der Zahlenverhältnisse zu prüfen, und irrig oder betrügerlich verrechnete, unterschlagene, nicht decretirte oder nicht belegte Posten dem Rechner zum Ersatz zuzuweisen, wenn die Zahlungsanweisung oder der Beleg auf die Rechnungserinnerung nicht beigebracht wird.

Werden andere Vorschriften gegenwärtiger Verordnung, der Erinnerung ungeachtet, vom Rechner nicht befolgt, so hat die Abhörbehörde das Bezirksamt in Kenntniß zu setzen, welches gegen den Rechner wie im Falle des §. 5 einschreitet.

§. 44.

Hat der Gemeinderath seine Zuständigkeit bei der Anweisung überschritten, oder wurde die Staatsgenehmigung, wo sie nöthig war, wohin auch der Fall der Ueberschreitung des Voranschlags gehört, nicht eingeholt, oder erlaubte sich der Gemeinderath andere Willkürlichkeiten, so ist von der Abhörbehörde dem Amte davon Nachricht zu geben, welches darüber nach Einvernahme der Betheiligten zu erkennen hat.

§. 45.

Der Rechnungsbescheid ist dem Rechner und Gemeinderath mit Angabe der Entscheidungsgründe

zu verkünden, und es findet dagegen, in den Fristen und Formen der Rekursordnung vom 14. März 1833, die Berufung an die Kreisregierung und das Ministerium des Innern statt.

Der Rechnungsbescheid ist der nächsten Rechnung als Beilage beizufügen und dem Rechner Abschrift auf Verlangen auszufertigen.

§. 46.

Die Abhörbehörde ist befugt und verpflichtet, Kassenturz bei dem Rechner vorzunehmen, wenn Unordnung, Fahrlässigkeit, Verdacht der Untreue u. s. w. zu ihrer Kenntniß kommt, oder wenn sie dazu vom Bezirksamte beauftragt wird.

Gleiche Befugniß und Verpflichtung steht dem Gemeinderath oder dem Bürgermeister zu.

Vom Dienstwechsel der Rechner.

§. 47.

Tritt ein Wechsel in der Person des Rechners während des Rechnungsjahres ein, so hat der Nachfolger die Rechnungsbücher fortzuführen und seiner Zeit abzuschließen.

Die Stellung einer Stückrechnung für die Gemeinde findet nicht statt.

§. 48.

Der neue Rechner übernimmt die Verantwortlichkeit, sobald der Dienst ihm übertragen ist. Die Uebergabe geschieht durch den Zusturz der Kassengelder, durch Ueberweisung der Gegenstände der Naturalrechnung und durch Zustellung der Rechnungsbücher und ihrer Beilagen.

Die Dienstübergabe ist vom Bürgermeister, unter Mitwirkung des abgehenden Rechners oder seines Stellvertreters und des jetzigen Rechners vorzunehmen, und über den Vorgang ein von allen Anwesenden zu unterzeichnendes Protokoll, wovon jedem der Rechner eine Urschrift auszufertigen ist, aufzunehmen.

Jeder der Rechner, sowie der Bürgermeister kann fordern, daß die Uebergabe durch die Abhörbehörde oder einen Notar vorgenommen werde.

Die Uebergabe geschieht auf Kosten der Gemeindekasse.

§. 49.

Der Gemeinderath, und der Bürgermeister insbesondere, hat Sorge zu tragen, daß das der Gemeinde auf die sämtlichen gegenwärtigen und künftigen Liegenschaften des Rechners zustehende gesetzliche Unterpfandsrecht, nach der Dienstübertragung in das Pfandbuch in Gemäßheit des L.R.G. 2153 eingetragen werde.

§. 50.

Der Rechner ist auf seinen Dienst durch das Bezirksamt eidlich zu verpflichten.

Die Verpflichtung geschieht auf die pünktliche Beobachtung der in dieser Verordnung festgesetzten Bestimmungen, und insbesondere darauf, daß der Rechner die Gelder und Gegenstände von Geldeswerth der Gemeinde von seinen eigenen getrennt halte und nichts davon in seinen eigenen Nutzen verwende.

Carlsruhe, den 19. November 1844.

Ministerium des Innern.

Eichrodt.

Gesehen Eisenlohr.

Einnahmen für die Gemeindewirtschaft.

I. Von früheren Jahren.

- §. 1. Kassenvorrath.
- §. 2. Rückstände.

II. Laufende Einnahmen.

A. Einkünfte.

- §. 3. Ertrag von Gebäuden und Liegenschaften:
 - a. von Gebäuden und Gewerbsseinrichtungen;
 - b. von Aedern;
 - c. von Wiesen;
 - d. von Reben;
 - e. von Gärten;
 - f. von Baumpflanzungen;
 - g. von Wäldungen;
 - h. von Steinbrüchen, Sand-, Leimen-, Torf-Gruben, Bleich-, Zimmer- und anderen Plätzen;
 - i. von Grundgefällen.
 - k. von Auflagen auf den Bürgergenuß (§. 58 und 59 G. D.)
- §. 4. Ertrag aus Berechtigungen, Anstalten und Einrichtungen;
 - a. von Bürgerrechts-Antritts- und Bürgerrechtsanerkennungs-Geldern §. 12. und 53 B. R.;
 - b. von Verbrauchssteuern;
 - c. von Taren und Schreibgebühren;
 - d. von Strafen;
 - e. von Märkten, Lager- und Kaufhausanstalten;
 - f. von Eichenanstalten;
 - g. von Flößerei und Schifffahrt;
 - h. von Jagden und Fischereien;
 - i. von Weg-, Pflaster- und Thorsperrgeldern;
 - k. von Weiden und Weideberechtigungen.
- §. 5. Ertrag aus fahrendem Vermögen:
 - a. Zinse von ausstehenden Kapitalien aller Art;
 - b. Ertrag aus Vieh und anderen Fahrnissen.
- §. 6. Erfaß wegen irrig verrechneter Posten.

B. Umlagen und Erlöse aus nicht ertragbarem Vermögen.

- §. 7. Vorausbeiträge §. 61 G. D.
- §. 8. Allgemeine Umlagen:
 - a. auf Bürger, Staatsbürgerliche Einwohner und Ausmärker §. 64 G. D.;
 - b. auf Fabrikanten §. 67 G. D.;
 - c. auf Geistliche und Schullehrer §. 68 G. D.;
 - d. besonderer Beitrag zur Wegunterhaltung §. 81 a. G. D.;
 - e. auf reichsunmittelbare Grund- und Standesherrn.
- §. 9. Erlös aus nicht zum Ertrag bestimmten Gebäuden und Liegenschaften vergl. §. 30 der R. D.
- §. 10. Erlös aus Vieh und andern Fahrnissen.
- §. 11. Erfaß wegen irrig verrechneter Posten.

C. Uneigentliche Einnahmen.

- §. 12. Vorschüsse und Wiederersaß von Vorschüssen.
- §. 13. Aufgenommene oder heimbezahlte Wirtschaftskapitalien.

Einnahmen für den Grundstock.

- §. 14. Erlös von veräußerten zum Ertrag bestimmten Liegenschaften, Gebäuden und Berechtigungen.
- §. 15. Umlagen für Erwerbung zum Ertrag bestimmter Liegenschaften.
- §. 16. Erlös von außerordentlichen Holzbieben und Waldausstockungen.
- §. 17. Heimbezahlte Grundstockskapitalien.
- §. 18. Aufgenommene Grundstockskapitalien.
- §. 19. Einkaufsgelder:
 - a. für das Bürgerrecht §. 30 bis 33 B. R.;
 - b. für den Bürgergenuß §. 34 und 35 B. R.
- §. 20. Erfaß von irrig verrechneten Posten.

Ausgaben für die Gemeindegewirtschaft.

§. 21. I. Rückstände von früheren Jahren.

II. Laufende Ausgaben.

A. Lasten der Einkünfte (wie anderseits unter A.) (Einnahmelaften §. 61 G.D.).

- §. 22. Lasten des Ertrags von Gebäuden und Liegenschaften.
 - a. wie §. 3.
- §. 23. Lasten des Ertrags von Berechtigungen und Anstalten.
 - a. wie §. 4.
- §. 24. Lasten des Ertrags vom fahrenden Vermögen wie §. 5.
- §. 25. Ersatz wegen irrig verrechneter Posten.
- §. 26. Abgang.

B. Lasten der Umlagen und der Erlöse (wie anderseits unter B.).

- §. 27. Verkaufskosten.
- §. 28. Ersatz wegen irrig verrechneter Posten.
- §. 29. Abgang.

C. Eigenthlicher Gemeindegewand.

- §. 30. Auf nicht zum Ertrag bestimmte Gebäude, Liegenschaften, Anstalten und Einrichtungen:
 - a. auf Rathhäuser, Gefängnisse, Thore u. s. w.;
 - b. auf Kirchen-Gebäude, Pfarr-, Schul- und Krankenhäuser, Leichenäcker u. s. w.;
 - c. auf öffentliche Plätze, Brunnen, Wasserleitungen u. s. w.
 - d. Auf Damm-, Fluß-, Brücken- und Wegbauten. 1) innerhalb Orts 2) außerhalb Orts.
- §. 31. Auf Kirchen und Schulanstalten:
 - a. Gehalte, Besoldungsholz, Gebühren und Reisekosten;
 - b. Kirchen- und Schulerfordernisse;
- §. 32. Auf die Polizei:
 - a. Sicherheitspolizei;
 - b. Gesundheitspolizei;
 - c. Armenpolizei;
 - d. Feuerpolizei;
 - e. Maas- und Gewichtspolizei;
 - f. Gemarkungspolizei.
- §. 33. Aufwand auf den Amts- und Staatsverband:
 - a. Amtsbötenanstalt;
 - b. Ruggerrichte, Conscription, Bürgermeister- und Abgeordnetenwahl;
 - c. Rechnungsabhör, Rassenfürze, Dienstleinweisungen, Standesbücher, Steuerberichtigung;
 - d. Feierlichkeiten.
- §. 34. Aufwand auf die Gemeindegewaltung:
 - a. Gehalte, Gebühren und Reisekosten sämmtlicher Gemeindegewalten und Angestellten;
 - b. Kanzleierfordernisse und Geräthschaften;
 - c. Projektkosten, Tare und Sporteln, Porto, Rechnungstellkosten.
- §. 35. Auf den Viehstand.
- §. 36. Zinse von Schuldkapitalien aller Art.

D. Uneigentliche Ausgaben.

- §. 37. Vorschüsse und Wiederersatz von Vorschüssen.
- §. 38. Abgetragene oder angelegte Wirthschaftskapitalien.

Ausgaben für den Grundstock.

- §. 39. Auf Anschaffung zum Ertrag bestimmter Liegenschaften, Gebäude und Berechtigungen.
- §. 40. Wegen außerordentlicher Holzhiebe und Waldbandstodungen.
- §. 41. Angelegte Grundstockkapitalien.
- §. 42. Abgetragene Grundstockkapitalien.
- §. 43. Kosten wegen Veräußerung zum Ertrag bestimmter Liegenschaften und Gebäude.
- §. 44. Ersatz wegen irrig verrechneter Posten.
- §. 45. Abgang.

Casse-Buch

über

Beilage B.

die vom 1. Januar bis mit 31. Dezember 1845 eingenommenen und ausgegebenen Gelder.

1845.		Einnahme.		Namen der zahlenden und empfangenden Personen und Betreff der Zahlungen.	Ausgabe.		Rechn.-Seite
Tag.	Monat.						
		fl.	fr.		fl.	fr.	
1.	Januar.	610	58	Cassenvorrath vom vorigen Jahr.			
5.	"	10	30	Grün, Marktmeister, Standgelder vom Wochenmarkt.			
8.	"	18	30	Braun, Schlosser, für erstigertes Obst baar 3 fl.			
				durch Abrechnung von	15	30	
				für Arbeiten am Rathhaus vom vorigen Jahr.			
11.	"			Schmidt, Maurer, für Arbeiten am Leichenhaus .	23	20	
14.	"			Korn, Bürgermeister, Diäten vom vorigen Jahr . .	14	18	
				Mayer, Joseph, Zimmermann für Arbeit im Rathhaus.	190	—	
				Salzer, Conrad, für Schindeln	4	40	
				Schrott, Bierbrauer, Capital laut Urkunde vom 4. Mai 1840 zu 4 vom Hundert verzinslich . . .	400	—	
				Zinsrückstand von 1844	8	—	
				Zins v. 4. Mai 1844 bis 13. Jenner 1845.	11	11	
23.	"	10	30	Becker, Friedrich, Zimmermann, Umlage für 1845 .			
28.	"	Siehe Nach- trag vom 30. Jan.		Gros, Karl, Kupferschmidt, für Ausbesserung der Feuersprige	9	32	
30.	"	10	—	Becker, Zimmermann, Nachtrag zu der unterm 23. Jen- ner d. J. zu nieder eingetragenen Zahlung. 1c. 2c.			
				Cassenssturz am 1. Februar 1845.			
				Die Summe der Einnahme beträgt 860 fl. 28 fr.			
				Die Summe der Ausgabe 676 " 31 "			
				Es sollen also in der Casse sein 183 fl. 57 fr.			
				Es sind vorhanden:			
				40 Kronenthaler 108 fl.			
				6 Rollen zu 10 fl. 60 fl.			
				Unverpackte Münze 15 fl. 30 fr.			
				183 fl. 30 fr.			
				Es fehlen also 27 fr.			
				welche ich sogleich in die Casse gelegt habe.			
				Meyer.			
6.	Februar.	20	—	Roth, Friedrich, Schmidt, für Obst vom vorigen Jahr.			
		880	28 Seite	676	31	

Abschluß des Cassen-Buchs am Ende des Jahrs.

Die Einnahme beträgt	27,500 fl.
Die Summe der Ausgabe beträgt	21,580 fl.
Es ergibt sich also ein Cassenvorrath von	5,920 fl.

Mit dem Rechnungsabschluß übereinstimmend.

Es sind vorhanden: 30 Rollen zu 108 fl.	3,240 fl.
30 Rollen zu 81 fl.	2,430 fl.
23 Rollen zu 10 fl.	250 fl.
	5,920 fl.

Es fehlt also nichts.

Wiesbach den 31. Dezember 1845.

Johann Wilhelm Meyer, Gemeinberechner.

Quittungsbüchlein

für

den Bürger und Maurermeister **Karl Weiller**
von Wiesbach

über dessen Schuldbigkeiten an die Gemeindefasse und
die hierauf geleisteten Zahlungen.

Schuldigkeit.		f.	fr.
1845.			
Rückständiger Nachschuß vom Jahr 1844 auf einem Morgen Acker	15	—	
Umlage vom Jahr 1845	10	30	
Für zwei Raster Buchen Holz aus dem Bürgerwald erstigert den 6. October d. J.	36	40	
	62	10	
1846.			
Rückständige Umlage von 1845	2	30	
Rückstand für Holz	36	40	
Umlage für 1846	8	30	
	47	40	

Zahlung.		f.	fr.
1845.			
Den 4. März 1845 den rückständigen Ackerpachtlöh	15	—	
Mischlagelohn auf die Umlage von 1845	8	—	
Summe	23	—	
Gemeinderathener Meyer.			
Rückstand:			
Umlage	2 fl. 30 fr.		
Für Holz	36 " 40 "		
	39 fl. 10 fr.		
1846.			
Den 7. Februar die rückständige Umlage	2	30	
Zum Rückstand für Holz	22	—	
Gemeinderathener Meyer.			
Den 20. Juni an diesem	14	40	
Meyer.			
Den 21. September die Umlage	8	30	
Meyer.			
Summe	47	40	
Rückstand:			
Nichts.			

Rechnungs-Abschluß.

Einnahmen der Gemeindegewirtschaft.

I. Von früheren Jahren.

- §. 1. Kassenvorrath
- §. 2. Rückstände

Summe der Einnahme von früheren Jahren . . .

II. Einnahmen vom laufenden Jahr.

A. Einkünfte.

- §. 3. Ertrag von Liegenschaften:
- a. von Gebäuden und Gewerbsseinrichtungen
- b. von Aekern
- u. s. w.

Summe von §. 3. . . .

- §. 4. Ertrag aus Berechtigungen und Anstalten:
- a. von Bürgerrechts-Antritts- und Anerkennungs-Geldern
- b. von Verbrauchssteuern
- u. s. w.

Summe von §. 4. . . .

- §. 5. Ertrag aus fahrendem Vermögen:
- a. Zinse von ausstehenden Capitalien aller Art
- u. s. w.

Summe von §. 5. . . .

- §. 6. Ersatz wegen irrig verrechneter Posten

Summe der Einkünfte . . .

B. Umlagen und Erlöse aus nicht ertragbarem Vermögen.

- §. 7. Vorausbeiträge
- §. 8. Allgemeine Umlagen:
- a. auf Bürger, Staatsbürgerliche Einwohner und Ausmärker
- b. auf Fabrikanten
- u. s. w.

Summe von §. 8. . . .

- §. 9. Erlös aus nicht zum Ertrag bestimmten Gebäuden und Liegenschaften
- §. 10. Erlös aus Vieh und andern Fahrnissen
- §. 11. Ersatz wegen irrig verrechneter Posten

Summe der Umlagen und Erlöse aus nicht ertragbarem Vermögen . . .

C. Uneigentliche Einnahmen.

- §. 12. Vorschüsse und Wiedereratz von Vorschüssen
- §. 13. Aufgenommene und heimbezahlte Wirtschaftscapitalien

Summe der uneigentlichen Einnahmen

Summe der Einnahmen vom laufenden Jahr . . .

Hiezu Summe der Einnahmen von früheren Jahren . . .

Gesamt-Einnahme der Gemeindegewirtschaft . . .

Beträge der Unterrubriken.						Beträge der Hauptrubriken.						Beträge der Abtheilungen.					
Schuldigkeit.		Zahlung.		Rückstand.		Schuldigkeit.		Zahlung.		Rückstand.		Schuldigkeit.		Zahlung.		Rückstand.	
fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
—	—	—	—	—	—	1,000	—	1,000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	11,000	—	8,000	—	3,000	—	—	—	—	—	—	—
..	12,000	—	9,000	—	3,000	—
400	—	300	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
200	—	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	1,600	—	1,500	—	100	—	—	—	—	—	—	—
50	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1,000	—	800	—	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	7,000	—	6,000	—	1,000	—	—	—	—	—	—	—
200	—	150	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	300	—	200	—	100	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	20	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
..	11,000	—	9,000	—	2,000	—
..	400	—	400	—	—	—	—	—	—	—	—	—
600	—	500	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	1,000	—	700	—	300	—	—	—	—	—	—	—
..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
..	40	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—
..	10	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
..	1,600	—	1,300	—	300	—
..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
..	—	—	—	—	—	—
..	20,000	—	17,000	—	3,000	—
..	12,000	—	9,000	—	3,000	—
..	32,000	—	26,000	—	6,000	—

Einnahmen für den Grundstock.		Uebertrag . . .
§. 14.	Erlös von zum Betrag bestimmt gewesenen Liegenschaften.	
§. 15.	Umlagen für Erwerbung zum Ertrag bestimmter Liegenschaften	
§. 16.	Erlös von außerordentlichen Holzhieben und Waldausstoßungen	
§. 17.	Heimbezahlte Grundstock-Capitalien	
§. 18.	Aufgenommene Grundstock-Capitalien	
§. 19.	Einkaufsgelder:	
	a. für das Bürgerrecht	
	b. für den Bürgergenuß	
Summe des §. 19 . . .		
§. 20.	Ersatz irrig verrechneter Posten	
Gesamteinnahme des Grundstocks . . .		
Summe aller Einnahmen . . .		
Ausgabe für die Gemeindegewirtschaft.		
§. 21.	I. Rückstände aus früheren Jahren	
	II. Laufende Ausgaben.	
	A. Lasten der Einkünfte.	
§. 22.	Lasten des Ertrags von Liegenschaften.	
	a. wie §. 3	u. f. w.
Summe des §. 22 . . .		
§. 23.	Lasten des Ertrags von Berechtigungen und Anstalten:	
	a. wie §. 4	u. f. w.
Summe des §. 23 . . .		
Summe der Lasten der Einkünfte . . .		
C. Eigenthlicher Gemeindeaufwand.		
§. 30.	Auf nicht zum Ertrag bestimmte Liegenschaften und Einrichtungen:	
	a. auf Rathhäuser, Gefängnisse, Thore	u. f. w.
Summe des §. 30 . . .		
Summe des eigentlichen Gemeindeaufwands . . .		
d. Uneigentliche Ausgaben.		
§. 37.	Vorschüsse und Wiederersatz von Vorschüssen	
§. 38.	Abgetragene und angelegte Wirtschaftskapitalien	
Summe der uneigentlichen Ausgaben . . .		
Summe der laufenden Ausgaben . . .		
Hiezu Summe der Rückstände von früheren Jahren . . .		
Gesamtausgabe der Gemeindegewirtschaft . . .		
Ausgaben für den Grundstock.		
§. 39.	Auf Anschaffung zum Ertrag bestimmter Liegenschaften und Berechtigungen	u. f. w.
Summe der Ausgaben für den Grundstock . . .		
Summe aller Ausgaben . . .		

Die Summe der Zahlung beträgt bei der Einnahme . . . 27,500 fl.
bei der Ausgabe . . . 21,580 fl.

Es ergibt sich also ein Cassenvorrath von . . . 5,930 fl.
womit der Abschluß des Cassenbuchs übereinstimmt.

Beträge der Unterrubriken.						Beträge der Hauptrubriken.						Beträge der Abtheilungen.					
Schuldigkeit.		Zahlung.		Rückstand.		Schuldigkeit.		Zahlung.		Rückstand.		Schuldigkeit.		Zahlung.		Rückstand.	
fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
.	32,000	—	26,000	—	6,000	—
.
.	1,000	—	900	—	100	—
.	400	—	400	—	—	—
.	—	—	—	—	—	—
40	—	40	—	—	—
10	—	10	—	—	—	50	—	50	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,600	—	1,500	—	100	—
.	33,600	—	27,500	—	6,100	—
.
.	400	—	300	—	100	—
10	—	10	—	—	—
.	50	—	40	—	10	—
30	—	20	—	10	—	70	—	60	—	10	—	300	—	280	—	20	—
.
2,000	—	1,800	—	200	—
.	3,000	—	2,800	—	200	—	20,000	—	19,000	—	1,000	—
.	700	—	700	—	—	—
.	—	—	—	—	—	—	700	—	700	—	—	—
.	21,000	—	19,980	—	1,200	—
.	400	—	300	—	100	—
.	21,400	—	20,280	—	1,120	—
.	1,000	—	1,000	—	—	—
.	1,600	—	1,300	—	300	—
.	23,000	—	21,580	—	1,420	—

Wiesbach, den 20. Januar 1846.

Johann Wilhelm Meyer
Gemeinderechner.

Abrechnung zwischen dem Grundstock und der Gemeindegewirtschaft.

Beilage E.

a. Guthaben des Grundstocks.		fl.	fr.
1.	Nach Seite 50 der vorigen Rechnung sollten dem Grundstock im Jahr 1845 ersetzt werden	160	—
2.	Nach dem Rechnungsabluß sind im Jahr 1845 an Grundstocksgeldern eingegangen	1500	—
3.	Zu Anlage eines neuen Begräbnißplatzes wurden die, Rechnungsseite 19 aufgeführten zwei Morgen Acker verwendet, wofür dem Grundstock zu vergütet sind	400	—
Summe des Guthabens		2060	—
Anmerkung: Haben sich in einem Jahre dem Grundstock gutkommende Gemeindegewirtschaftsergebnisse ergeben, so ist deren Betrag hier nachzuweisen und dem Guthaben beizuschlagen.			
b. Deckung.			
4.	Nach dem Rechnungsabluß sind im Jahre 1845 an Grundstocksausgaben bestritten worden	1300 fl.	
5.	Zu Erbauung einer neuen Sägemühle wurden vom ordentlichen Holz hieb an Bauholz abgegeben für	270 „	
Summe der Deckung		1570	—
Es sind also dem Grundstock im Jahr 1846 noch zu ersetzen		490	—
welche in den nächsten Voranschlag aufzunehmen sind.			

Vergleichung

Beilage F.

des Standes der Einnahme- und Ausgabeüberschüsse vom Jahr 1845 mit jenem vom Jahr 1844.

	Einnahme-		Ausgabe-	
	Rückstände.		Rückstände.	
	fl.	fr.	fl.	fr.
Stand am Schlusse des Jahres 1844	7000	—	1640	—
Stand am Schlusse des Jahres 1845	6100	—	1420	—
Dieselben haben daher abgenommen um	900	—	220	—

Anmerkung. Im Falle der Zunahme ist solche hier gehörig zu rechtfertigen.

Gemeindekasse Wiesbach.

Darstellung
des Vermögens- und Schuldenstandes

am Schluß des Jahres 1845

und Vergleichung desselben mit dem Stand am Schluß des Jahres 1844.

Ordn. Zahl.	A. Vermögens- und Schuldenstand der Gemeindegewirtschaft.	fl.	fr.	fl.	fr.
	I. Vermögen.				
1.	Kassenvorrath laut Rechnungsabscluß	5,920	—		
2.	Anschlag der Naturalvorräthe	140	—		
3.	Einnahmerrückstände laut Rechnungsabscluß	6,000	—		
4.	Ausstehende Wirtschaftskapitalien	400	—		
5.	Anschlag der nicht zum Ertrag bestimmten Liegenschaften nach S. 6. der Rechnung	1,000	—		
6.	Anschlag der Geräthschaften	120	—		
7.	Guthaben an den Grundstock	—	—		
	Summe I.			13,580	—
	II. Schulden.				
8.	Ausgabereite laut Rechnungsabscluß	1,420	—		
9.	Heimzuzahlende Kapitalien laut Rechnungs- Seite 15.	—	—		
10.	Zu Ergänzung des Grundstocks laut Abrechnung auf Seite	490	—		
	Summe II.			1,910	—
	Die Schulden vom Vermögen abgezogen bleibt reines Wirtschaftsvermögen			11,670	—
	B. Vermögens- und Schuldenstand des Grundstocks.				
	I. Vermögen.				
11.	Einnahmerrückstände laut Rechnungsabscluß	100	—		
12.	Anschlag der zum Grundstock gehörigen Naturalvorräthe	—	—		
13.	Ausstehende Kapitalien laut Rechnung Seite 73.	900	—		
14.	Zum Ertrag bestimmte Liegenschaften und Grundgerechtigkeiten, laut Seite 5 der Rechnung	20,000	—		
15.	Guthaben an die Gemeindegewirtschaft, laut Abrechnung auf Seite	490	—		
	Summe			21,490	—
	II. Schulden.				
16.	Ausgabereite laut Rechnungsabscluß	300	—		
17.	Heimzuzahlende Kapitalien laut Rechnungs- Seite 69.	600	—		
18.	Kapitalwerth der Grundlasten	—	—		
19.	An die Gemeindegewirtschaft	—	—		
	Summe			900	—
	Die Schulden vom Vermögen abgezogen bleibt reines Vermögen			20,590	—
	Dieses und das reine Vermögen der Gemeindegewirtschaft im Betrage von			11,670	—
	zusammen			32,260	—
	Am Schluß des vorigen Jahres bestund das reine Vermögen der Ge- meindegewirtschaft und des Grundstocks in			34,100	—
	Es hat also zugenommen um			1,160	—

Wiesbach, den 20. Januar 1846.

Johann Wilhelm Meyer,
Gemeinderichter.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Carlsruhe, den 3. Dezember 1844.

Vollzugs-Verordnung über Aufstellung der Gemeinde-Voranschläge.

Da die Verordnung vom 24. October 1835, Reggs.-Bl. Nr. 52, durch jene über Führung und Stellung der Gemeinderrechnungen vom 19. November d. J. vielfach einer Abänderung unterworfen werden mußte, so sieht man sich veranlaßt, die erste Verordnung in nachstehender Weise näher zu bestimmen.

Wahl eines Ausschusses der staatsbürgerlichen Einwohner und Ausmärker.

§. 1.

Ehe zur Aufstellung des Voranschlags in Gemäßheit des §. 132 der Gemeindeordnung geschritten wird, ist die Wahl des Ausschusses der staatsbürgerlichen Einwohner und Ausmärker vorzunehmen, wenn entweder ein solcher Ausschuss noch nicht besteht, oder die Zeit seiner Wahl abgelaufen ist.

Der Gemeinderath ermittelt nach §. 81 d. der Gemeindeordnung, wie viele Mitglieder zu diesem Ausschusse zu wählen sind. Die Zahl der Mitglieder darf nie weniger als eines, und nie mehr als die Zahl der Mitglieder des Bürgerausschusses betragen.

Die Wahl geschieht nach Ziffer IV. der Wahlordnung vom 1. Juni 1832, Reggs.-Bl. Nr. 33, jedoch mit der durch §. 81 d. der Gemeindeordnung geschehenen Abänderung in nachfolgender Weise:

§. 2.

Die Leitung dieser Wahl steht dem Bürgermeister der Gemeinde zu, unter Zuzug des Gemeinde-Rathschreibers als Protokollführer.

Die Wahl geschieht mittelst geheimer Stimmgebung in einer Handlung, und nach relativer Stimmenmehrheit, d. h. Derjenige oder Diejenigen sind als gewählt zu betrachten, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Loos.

§. 3.

Die Abgeordneten werden auf sechs Jahre gewählt.

§. 4.

Zu diesem Zweck hat der Bürgermeister ein Verzeichniß sämmtlicher steuerpflichtigen staatsbürgerlichen Einwohner und Ausmärker aus dem Kataster der directen Steuern, von dem Steuerperäquator urkundlich unterzeichnet, zu erheben.

§. 5.

Derselbe hat sofort den Tag der Wahl und die Stunde des Anfangs derselben festzusetzen,

und vierzehn Tage vor der Wahlhandlung sämtliche steuerpflichtige staatsbürgerliche Einwohner und Ausmärker durch ein Umlaufschreiben, welches jedem zur Einsicht durch den Gemeinbediener vorzuzeigen ist, zur Wahl einzuladen.

Jeder Pflichtige hat zum Beweis der erhaltenen Benachrichtigung dasselbe zu unterzeichnen.

Auswärtige sind durch Ersuchschreiben an ihre Bürgermeister von dem Tag und der Anfangsstunde der Wahl zu benachrichtigen; die Ersuchschreiben sind von den Steuerpflichtigen in der betreffenden Gemeinde ebenfalls unterzeichnen zu lassen und mit dem Zeugniß des Bürgermeisters über die richtige Eröffnung zurückzusenden, wo sie hergekommen sind.

Alle Bescheinigungen sind zu den Akten zu nehmen.

§. 6.

Statt der Minderjährigen oder Entmündigten, welche in der Gemarkung Steuerkapitalien besitzen, sind ihre Vertreter vorzuladen.

Die Eingeladenen, statt beim Wahlacte persönlich zu erscheinen, können die von ihnen zu unterschreibenden Stimmzettel, welche die Namen der in Vorschlag gebrachten Ausschußmitglieder enthalten müssen, auf den Wahltag einschicken.

Wenn die Erschienenen ihre Stimme schriftlich oder mündlich abgegeben haben, werden die von den Nichterschienenen eingeschickten Stimmzettel eröffnet, sofort die Stimmen ohne Rücksicht, wie viele Wähler solche abgegeben haben, zusammengezählt, und die Namen der durch relative Stimmenmehrheit Gewählten mittelst öffentlichen Anschlags bekannt gemacht.

§. 7.

Wenn bei der Wahl des Ausschusses der staatsbürgerlichen Einwohner und Ausmärker gar kein Wahlberechtigter seine Stimme abgibt, so ruhen die Rechte, welche das Gesetz diesem Ausschusse zutheilt, und es ist erst nach Umlauf eines Jahres und zwar nur alsdann wieder eine neue Wahl vorzunehmen, wenn staatsbürgerliche Einwohner oder Ausmärker besonders darauf antragen.

§. 8.

Wenn in Städten die staatsbürgerlichen Einwohner von der nach §. 81 d der Gemeindeordnung auf sie und die Ausmärker im Ganzen fallenden Zahl von Ausschußmitgliedern den auf ihre Steuerkapitalien treffenden Theil derselben besonders zu wählen verlangen, so ist diese Wahl zum Voraus vorzunehmen, und erst nach Eröffnung des Ergebnisses auf gleiche Weise zur Wahl der von den Ausmärkern zu wählenden Mitglieder zu schreiten.

§. 9.

Wenigstens acht Tage vor dem zur Berathung des Voranschlages der Gemeindebedürfnisse festgesetzten Tag hat der Bürgermeister die gewählten Abgeordneten, sodann die Verwalter des großherzoglichen Domänenfiscus, der Standes- und Grundherren, und der über mehrere Bezirke sich erstreckenden Stiftungen, sofern solche in der Gemeinde steuerpflichtig sind, von dem Tag und der Anfangsstunde der Berathung in Kenntniß zu setzen und sie dazu einzuladen.

Bestimmung der Social-Kassen.

§. 10.

Ist der Ausschuß der staatsbürgerlichen Einwohner und Ausmärker gewählt, so hat der Gemeinde-

nach mit Zuziehung desselben, so wie des Bürgerausschusses, wo es noch nicht geschehen ist, zu berathen, ob und welche in der Gemeinde vorkommenden Ausgaben nach dem §. 81. e. der Gemeindeordnung als Social-Lasten behandelt und wie sie umgelegt werden sollen.

Ausgaben für Zwecke, welche unmittelbar der ganzen Bürgerschaft, oder der Gemarkungsgenossenschaft, d. i. der Gesamtheit aller Steuerpflichtigen in der Gemarkung, zum Vortheil gereichen, können in keinem Falle als Social-Lasten behandelt werden; und eben so werden diejenigen Ausgaben nicht hierher gerechnet, welche, obgleich sie der Bürgerschaft oder der Gemarkungsgenossenschaft nicht unmittelbar zu gut kommen, denn doch nach den in der Gemeinde bestehenden Kulturarten und andern örtlichen Verhältnissen für die Gesamtheit von solcher Erheblichkeit sind, daß sie wenigstens mittelbar als durch Zwecke der Gesamtheit gefordert sich darstellen, und nicht bloß den Vortheil Einzelner bezwecken.

§. 11.

Der Beschluß, welchen der Gemeinderath mit dem Bürgerausschuß und mit dem Ausschusse der staatsbürgerlichen Einwohner und Ausmärker über die Ausscheidung der Social-Lasten gefaßt hat, wird dem Bezirksamte zur Ertheilung der Staatsgenehmigung, beziehungsweise zur Entscheidung über etwa einander entgegenstehende Anträge vorgelegt.

Die einmal gegebene Bestimmung, ob und welche Ausgaben als Social-Lasten zu behandeln seien, gilt nicht nur für einzelne Jahre, sondern auf unbestimmte Zeit, so lange nicht etwa durch einen Gemeindebeschluß oder durch Anträge des Ausschusses der staatsbürgerlichen Einwohner und Ausmärker im Verlaufe der Zeit eine neue Bestimmung veranlaßt wird.

§. 12.

Auch Ausgaben, welche nach Maßgabe der beiden vorhergehenden §§. 10 und 11 im Allgemeinen als Social-Lasten ausgeschieden sind, können gleichwohl vom Gemeinderath und Bürgerausschuß unter den Voraussetzungen des §. 81 f. der Gemeindeordnung in einzelnen Jahren bei Entwerfung des Voranschlags gleich den eigentlichen Gemeindeausgaben ganz oder theilweise auf die Gemeindekasse übernommen werden.

Jedenfalls können dieselben, wenn sie auch nicht auf die Gemeindekasse übernommen werden, zum Zwecke der einfacheren Verwaltung aus der Gemeindekasse vorschußweise bezahlt und von ihr wieder besonders erhoben, somit als durchlaufende Posten in Einnahme und mit gleicher Summe in Ausgabe gestellt werden.

Bestimmung der Auflagen auf den Bürgernutzen.

§. 13.

Wo durch die Gemeindeeinkünfte sämmtliche Ausgaben der Gemeinde gedeckt sind, bedarf es, ehe zur Fertigung des Voranschlags geschritten wird, keiner weiteren Erörterungen über Allmendaufgaben oder über Vorausbeiträge.

Wo aber die Einkünfte der Gemeinde zur Deckung der Ausgaben derselben nicht hinreichen, ist, bevor zur Aufstellung des Voranschlags geschritten wird, zu ermitteln:

- 1) ob und welche Auflage auf die Bürgermützungen nach §. 58 und 59 der Gemeindeordnung zu machen sei (§. 14 und 15),

- 2) ob und welche Vorausbeträge nach §. 61 und 62 der Gemeindeordnung auf die Gemeindebürger und Diejenigen, die nach §. 63 und §. 72 ihnen gleichgestellt sind, umzulegen seien (§. 16 bis 17).

§. 14.

Wenn der Werth der Bürgernutzungen nach ihrem, bei Berechnung der Bürgereinkaufsgelder in Gemäßheit der Verordnung vom 25. April 1833, Regierungsblatt Nr. XVII. Seite 96, angenommenen Anschlage den Betrag von 2 Klaftern Eichenholz und von 1 Morgen Acker oder Wiese übersteigt, so wird vorläufig (§. 24 u. 25) die Hälfte des dieses Maß übersteigenden Betrags der Nutzungen (worunter jedoch die Weide, das Laub- und Streusammeln und das Eichenholz nicht aufzurechnen sind) nach dem nämlichen Anschlage als jährliche Auflage auf die Allmendnutzungen bestimmt.

§. 15.

In den Gemeinden, in welchen zur Bestreitung der durch die ordentlichen Einkünfte und durch die im vorhergehenden Paragraphen erwähnten Allmendaufgaben nicht gedeckten Ausgaben regelmäßig, oder doch in einzelnen Jahren noch eine Umlage von mehr als 4 kr. vom 100 fl. Steuerkapital erforderlich ist, wird die Gemeindeversammlung oder der größere Ausschuss über die Frage vernommen:

- a) ob auch auf den, nach Maßgabe des vorhergehenden Paragraphen sonst frei zu lassenden Theil der Bürgernutzungen eine Auflage bis zu einem Viertel seines Werthes gemacht, und
- b) ob der gesetzlich sonst nur mit der Hälfte des Werthes zu belegende weitere Theil der Bürgernutzungen mit Dreiviertel seines Werthes belegt werden soll?

Wird diese Frage bejaht, so berechnet der Gemeinderath, wie viel diese weitere Auflage nach dem bei den Bürger-Einkaufsgeldern geltenden Anschlag der Nutzungen betragen könne.

Diese Berechnung, so wie jene, von welcher im §. 14 die Rede ist, legt der Gemeinderath dem Bürgerausschuss und dem Ausschuss der staatsbürgerlichen Einwohner und Ausmärker vor, und wenn er sich nicht mit der Mehrheit eines jeden dieser beiden Ausschüsse darüber verständigt, so wird die Entscheidung des Bezirksamts eingeholt.

Bestimmung der Vorausbeiträge.

§. 16.

Um zu berechnen, ob und welche Vorausbeiträge nach §. 61 und 62 der Gemeindeordnung auf die Bürger und die ihnen Gleichgestellten fallen, wird aus den Rechnungen der letzten drei Jahre ausgezogen:

- 1) Wie viel der eigentliche Gemeindefwand (Rubrikenordnung II. C. §. 30 bis 36) nach Abzug
 - a) der auf Verzinsung von Gemeindefschulden (Rubrikenordnung §. 36) verwendeten Summe, sowie
 - b) derjenigen unter dem eigentlichen Gemeindefwand begriffenen Ausgaben, welche durch Kapitalaufnahme bestritten wurden, durchschnittlich betragen hat, welchem Betrage sofort
 - c) dasjenige beizuschlagen ist, was in den nächsten sechs Jahren auf Verzinsung aller Schulden, sowie auf Tilgung der Wirtschaftsschulden jährlich im Durchschnitt ausgegeben werden muß;

- 2) wie viel der Reinertrag der Gemeinde einkünfte, d. h. die Summe der Einnahmen der Rechnungsabtheilung II. A. §. 3 bis 6 nach Abzug der Ausgaben der Rechnungsabtheilung II. A. §. 22 bis 26 betragen hat.

Ist nun durch diesen Reinertrag ein Drittel der nach Ziffer 1 berechneten Summe gedeckt, so sind keine Vorausbeiträge zu erheben; im entgegengesetzten Falle wird der Betrag, welcher bis zur Deckung dieses Drittels noch fehlt, auf die Steuerkapitalien der Gemeindebürger und der ihnen Gleichgestellten nach der ersten Abtheilung des im §. 19 beschriebenen Gemeindefatasters ausgeschlagen. Die Zahl der Kreuzer, die es hierbei auf das 100 fl. Steuerkapital trifft, wird sofort als der Vorausbeitrag bestimmt, welcher alljährlich auf die Gemeindebürger und die ihnen Gleichgestellten mehr als auf die übrigen Steuerpflichtigen umgelegt wird.

(Beispiel:

I. Der eigentliche Gemeindeaufwand betrug	fl.	kr.	fl.	kr.
in den Jahren 1845	8208	—		
1846	7530	—		
1847	9120	—		
			24858	—

II. Hiervon kommen in Abzug:	fl.	kr.		
a. die hierunter für Schulden-Verzinsung begriffenen				
Beträge: 1845	168	—		
1846	152	—		
1847	130	—		
			450	—
b. die im Jahre 1845 aufgenommenen und in diesem Jahre als zu				
Erbauung eines Leichenhauses verwendeten unter dem 8208 fl. be-				
tragenden eigentlichen Gemeindeaufwand erscheinenden	600	—		
da solche unter den zur Schuldentilgung bestimmten Summen			1050	—
in Aufrechnung gebracht werden.				
Rest			23808	—

Hiervon beträgt die Durchschnittssumme 7936 —

- III. Der gegenwärtige zu 4 vom Hundert verzinssliche Schuldenstand der Gemeindevirtschaft beträgt noch 6000 fl., an welchem in jedem der Jahre 1848 bis mit 1852 — 500 fl. getilgt werden sollen. Die in diesem Zeitraume auf Schuldenverzinsung zu verwendende Summe berechnet sich also folgendermaßen:

1848. Zins von 6000 fl.	240 fl.
1849. „ „ 5500 „	220 „
1850. „ „ 5000 „	200 „
1851. „ „ 4500 „	180 „
1852. „ „ 4000 „	160 „
1853. „ „ 3500 „	140 „
Zusammen	1140 fl.

Durchschnittlich für 1 Jahr. 190 —
 Dazu die oben erwähnten auf Schuldentilgung zu verwendenden 500 —

Es sind also der obigen Durchschnittssumme beizuschlagen 690 —
 Summe 8626 —

		fl.	fr.
Uebertrag		8886	—
IV. Hiervon beträgt ein Drittheil (§. 61 G.D.)		2875	20
V. Die Einkünfte der Gemeinde haben betragen	fl.	fr.	
im Jahre 1845	2730	—	
1846	2928	—	
1847	2824	—	
Zusammen	8482	—	
VI. Die Lasten der Einkünfte beliefen sich			
im Jahre 1845	520 fl.		
1846	630 "		
1847	548 "		
Zusammen	1698	—	
VII. Der Reinertrag der Einkünfte betrug daher in diesen Jahren .	6784	—	
oder durchschnittlich für 1 Jahr	—	—	2261 20
Zur Deckung des oben berechneten Drittheils des eigentlichen Gemeindeaufwands fehlen mithin	—	—	614 —
welche durch Vorausbeiträge der Gemeindebürger und der ihnen Gleichgestellten aufzubringen sind.			
Das Steuerkapital derselben beträgt dormalen 480,000 fl., es trifft also auf 100 fl. ein Vorausbeitrag von 7 1/2 fr.)			

§. 17.

Der Gemeinderath stellt mit Zuzug des Bürgerausschusses und des Ausschusses der staatsbürgerlichen Einwohner und Ausmärker, die im vorhergehenden Paragraphen bezeichnete Berechnung, ob und welche Vorausbeiträge (nämlich wie viel Kreuzer vom 100 fl. Steuerkapital) jeweils zu zahlen seien, auf, und holt dafür die Genehmigung oder, sofern die Anträge des Gemeinderaths und des einen oder andern Ausschusses einander widersprechen, die Entscheidung des Bezirksamts ein.

Bei der auf solche Weise über die Vorausbeiträge getroffenen Bestimmung behält es, wenn gleich in den einzelnen Jahren die Einkünfte und Ausgaben mehr oder weniger, als bei der Berechnung angenommen wurde, betragen, jeweils auf sechs Jahre lang sein Bewenden, sofern nicht die Betheiligten wegen außerordentlichen Veränderungen in den Gemeindefunkünften oder Ausgaben, oder hinsichtlich des Verhältnisses der Steuerpflichtigen der Gemeindebürger und der ihnen Gleichgestellten zu den übrigen Steuerkapitalien, auch sonst jeweils im Verlaufe der sechs Jahre eine neue Bestimmung verlangen.

Aufstellung des Gemeinde-Katasters.

§. 18:

Der im §. 64 der Gemeindeordnung genannte Gemeindefataster hat zwei Abtheilungen.

- 1) Die erste derselben enthält die Steuerkapitalien aller Gemeindebürger und der ihnen Gleichgestellten, also außer den Steuerkapitalien
 - a) der Gemeindebürger, noch jene

- b) der Einsassen und
 - c) Derjenigen, welche das nach §. 6—8 und §. 55 des Bürgerrechtsgesetzes ihnen zustehende Bürgerrecht noch nicht angetreten haben,
 - d) die Steuerkapitalien von Erb- und Schupflehen, wenn sie gleich nicht in Händen von Gemeindegürgern sich befinden, nach Abzug des Steuerkapitals vom Kanon — sodann
 - e) wenn staatsbürgerliche Einwohner in der Gemeinde ein bürgerliches Gewerbe oder eine eingerichtete Landwirthschaft treiben, oder ein zur Bewirthschaftung ihrer in der Gemarkung liegenden Güter erforderliches Gespann besitzen, oder ein bürgerliches Gewerbe oder eine Landwirthschaft durch einen Pächter oder Verwalter betreiben lassen, die Steuerkapitalien des Gewerbs oder der Landwirthschaft und der Gegenstände, worauf das Gewerbe oder die Landwirthschaft betrieben wird, — endlich
 - f) diese nämlichen Steuerkapitalien des Fiskus, der Stiftungen und anderer öffentlichen Anstalten, wenn sie das bürgerliche Gewerbe oder die Landwirthschaft durch einen Pächter oder Verwalter betreiben lassen, obgleich ihre Vertreter nicht im Orte ihren Wohnsitz haben.
- 2) Die zweite Abtheilung des Gemeindefatasters enthält (mit Vorbehalt der im §. 19 bezeichneten Ausnahmen) alle übrigen Steuerkapitalien in der Gemarkung, folglich
- a) die Steuerkapitalien der Ausmärker (d. i. Derjenigen, welche weder Bürgerrecht noch Einsassenrecht, noch auch ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben), mit Ausnahme jedoch der denselben gehörigen Erb- oder Schupflehen, und der dem Fiskus, den Stiftungen und andern öffentlichen Anstalten als Ausmärkern zugehörigen Steuerkapitalien, die sich auf Gegenstände ihres Gewerbs oder ihres Landwirthschaftsbetriebes beziehen; — ferner gehören in diese zweite Abtheilung:
 - b) die Steuerkapitalien der staatsbürgerlichen Einwohner, die sich weder auf Gegenstände ihres Gewerbs oder ihrer Landwirthschaft beziehen, noch auch zu Erb- und Schupflehen gehören.

Das Steuerkapital von einem Gewerbe oder von einer Landwirthschaft kommt somit in die erste Abtheilung, wenn es einem staatsbürgerlichen Einwohner oder wenn es dem Fiskus, einer Stiftung oder einer andern öffentlichen Anstalt gehört; es kommt aber in die zweite Abtheilung, wenn es einem andern Ausmäcker gehört.

§. 19.

Von dem im vorhergehenden Paragraphen beschriebenen Gemeindefataster bleiben ausgeschlossen:

- a. die im §. 73 der Gemeindeordnung aufgeführten Steuerkapitalien;
- b. die Betriebskapitalien der Fabrikanten und das Steuerkapital der Fabrikgebäude nach §. 67 der Gemeindeordnung ganz oder theilweise;
- c. die Steuerkapitalien der Pfründen von Ortsgeistlichen und Schullehrern, soweit das Pfründeneinkommen nicht die (bei Pfarrern auf 1000 fl. und bei Schullehrern auf 400 fl. erhöhte) Kongrua übersteigt, und soweit von dem die Kongrua übersteigenden Betrag nicht etwa ein Aversum statt der Umlage bezahlt wird.

Gehört zur Pfründe ein Gewerbe oder eine Landwirthschaft, so wird das Steuerkapital, welches nach Abzug der Kongrua im Ganzen übrig bleibt, nach Verhältniß der Steuerkapitalien von den Ge-

genständen des Gewerbs oder der Landwirthschaft zu den übrigen in der Gemarkung befindlichen Steuerkapitalien der Pfründe, zum Theil in die erste und zum Theil in die zweite Abtheilung des Gemeindekatasters eingetragen.

§. 20.

In Gemeinden, in welchen nach §. 16 keine Vorausbeiträge der Gemeindebürger bezahlt werden dürfen, kann von der im §. 18 beschriebenen Theilung des Gemeindekatasters in 2 Abtheilungen Umgang genommen, und es können alle Steuerpflichtigen mit ihren sämmtlichen (nach §. 19 vom Kataster nicht ausgeschlossenen) Steuerkapitalien in einer Reihenordnung eingetragen werden.

§. 21.

Der Gemeinderath läßt den Gemeindekataster alljährlich neu fertigen, oder bei nur wenigen Aenderungen jenen des vorigen Jahres bloß berichtigen.

Wenigstens acht Tage vor Aufstellung des Voranschlags wird der Kataster in dem Rathhause oder in einem andern dazu geeigneten Gebäude zur Einsicht der Betheiligten aufgelegt, auch jedem Betheiligten auf Verlangen gegen Gebühr ein Auszug oder eine Abschrift davon mitgetheilt.

Aufstellung der Voranschläge.

§. 22.

Der Voranschlag, welcher nach der Rubrikenordnung der Gemeinberechnungsinstruction aufzustellen ist, enthält alle in dem betreffenden Jahre nach einem wahrscheinlichen Ueberschlag zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben, wobei die Beträge der vorletzten Jahresrechnung zu Grund gelegt werden. Werden Abweichungen von dieser Rechnung nöthig erachtet, so sind die Gründe dazu in dem Voranschlage anzugeben.

Der Voranschlag zerfällt in zwei Abtheilungen, den der Gemeinbewirthschaft und den des Grundstocks. Seine Form bezeichnet das anliegende Muster.

§. 23.

Die Kriegsschulden und die Kirchen- und Schulhausbaukosten bleiben von dem Voranschlag ausgeschlossen und werden nach den bisherigen Gesetzen besonders bestritten. Wo jedoch ausnahmsweise eine Uebnahme auf die Gemeindecasse mit Staatsgenehmigung erfolgt, sind auch diese Ausgaben in den Voranschlag aufzunehmen.

Ebenso bleiben die nach §§. 10 und 11 bestimmten Sociallasten, soweit sie nicht aus der Gemeindecasse bestritten werden, von dem Voranschlag ausgeschlossen.

Der Aufwand für Hand- und Fuhrdienste, wo solche nicht unentgeltlich geleistet werden, ist dagegen unter den Gemeindegaben in den Voranschlag aufzunehmen.

Es ist übrigens, insbesondere in kleineren Gemeinden, dahin zu wirken, daß ein Gemeinbeschuß erfolge, wornach wenigstens zu kleineren Arbeiten, hinsichtlich deren eine Versteigerung nach

§. 81 der Gemeindeordnung mit unverhältnißmäßigen Weüläufigkeiten verbunden wäre, Naturaldienste (etwa bis zu einer bestimmten Zahl von Tagen) geleistet werden sollen.

Wird in solchen Fällen nur die Leistung bestimmter Natural-Handdienste (und nicht auch der Fuhrdienste) beschlossen, so sind die Zugviehbefitzer statt der Fuhrdienste zu Handdiensten beizuziehen.

§. 24.

Wenn die Einnahmen der Gemeindevirtschaft die Ausgaben derselben übersteigen, so werden die Allmendaufgaben, wenn deren nach §. 14 und 15 unter den Einnahmen erscheinen, um den zur Bestreitung der Ausgaben nicht erforderlichen Betrag herabgesetzt.

Wenn aber die Einnahmen nicht hinreichen, so wird der fehlende Betrag nach dem §. 64 der Gemeindeordnung auf das gesammte Gewerbe-, Häuser-, Güter- und Gefällsteuercapital der Gemarkung nach dem ganzen Gemeindefataster (erster und zweiter Abtheilung) umgelegt, insofern nicht nach §. 64 der Gemeindeordnung durch Beschluß von zwei Dritteln der Gemeindeversammlung mit Staatsgenehmigung ein anderer Umlagsfuß in der Gemeinde eingeführt ist.

Beträgt die Umlage mehr als 4 fr. von 100 fl. Steuercapital, so wird in denjenigen Gemeinden, in welchen nach §. 15 durch Gemeindebeschluß eine höhere Besteuerung der Bürgernutzungen zugelassen ist, der nach eben diesem §. 15 berechnete höhere Betrag auf diese Nutzungen gelegt, soweit er erforderlich ist, um die Umlage nach dem Steuercapital auf 4 fr. vom 100 fl. herabzusetzen.

§. 25.

Wenn zur Bestreitung der in den Voranschlag aufgenommenen Grundstock-Ausgaben die Grundstock-Einnahmen nicht hinreichen, so wird das sich ergebende Umlagebedürfniß auf die Gemeindebürger und die ihnen Gleichgestellten umgelegt, wofern nicht nach §. 65 der Gemeindeordnung auch ein Beizug der übrigen Gemeindesteuerpflichtigen stattfindet, in welcher letzterem Falle die Umlage auch hier nach dem gesammten Gewerbe-, Häuser-, Güter- und Gefällsteuercapital berechnet wird.

§. 26.

Wenn über einen Theil der Gemeinde-Einnahmen und Ausgaben, z. B. wegen Tilgung und Verzinsung der Gemeindefschulden (§. 36 der Rechnungs-Anweisung), eine eigene Rechnung geführt wird, so ist das Bedürfniß derselben in den Voranschlag der Gemeindevirtschaft, beziehungsweise des Grundstocks aufzunehmen, und derselben der erforderliche Betrag aus der Gemeindecasse zuzuweisen. Die Behörden haben Sorge zu tragen, daß der Schuldenstand durch allmähliche Kapitalheimzahlung nach einem bei jeder Gemeinde nach ihren Verhältnissen festzusetzenden Plane vermindert und getilgt werde.

Zeit und Verfahren bei Aufstellung der Voranschläge.

§. 27.

Die Aufstellung des Voranschlags geschieht in dem Monat Juli jeden Jahres. Der Bürgermeister setzt die Tagfahrt hiezu fest, und läßt wenigstens acht Tage zuvor die schriftlichen Einladungen an diejenigen Stellen und Personen ergehen, welche nach §. 132 der Gemeindeordnung an den Beratungen Antheil zu nehmen haben, und sich von diesen Bescheidigungen hierüber theilen, die der Verhandlung beizulegen sind.

§. 28.

Finden bei Berathung des Voranschlags Bemerkungen oder Einwendungen statt, über deren Beseitigung man sich nicht vereinigen konnte, so hat solche der Rathsschreiber in ein Protokoll aufzunehmen, dieses von den Betheiligten unterschreiben zu lassen, und dem nach der Ansicht der Stimmenmehrheit zu fertigenden Voranschlage beizulegen.

§. 29.

Der gefertigte Voranschlag ist acht Tage im Rathhause zur Einsicht aller Betheiligten aufzulegen, und es sind den Letztern auf Verlangen Abschriften davon gegen Gebühr mitzutheilen.

§. 30.

Wer gegen den Voranschlag Einwendungen zu machen hat, die er nicht schon bei der zur Aufstellung des Voranschlags abgehaltenen Tagfahrt zu Protokoll gab, hat diese Einwendungen, noch ehe die Einsendung des Voranschlags an das Amtsrevisorat nach Maassgabe des folgenden Paragraphen erfolgt, dem Gemeinderath schriftlich zu übergeben, damit dieser sie sammt seiner Erwiderung darauf mit dem Voranschlag an das Amtsrevisorat einsende.

§. 31.

Der Voranschlag mit seinen Beilagen muß nach geschehener Auflegung im Rathhause dem Amtsrevisorat in Urschrift sammt einer Abschrift übergeben werden, welches denselben prüft und die Urschrift binnen acht Tagen mit gutachtlichem Antrag dem Bezirksamte zur Genehmigung vorlegt.

Das Amt, das diesen Gegenstand nach aller Möglichkeit zu beschleunigen hat, genehmigt, berichtigt oder verwirft den Voranschlag, fügt seinem Beschlusse unter Bezug auf die vorgebrachten Einwendungen die Gründe der Entscheidung bei, läßt den Voranschlag dem Gemeinderath zum Vollzuge zugehen und setzt das Amtsrevisorat davon in Kenntniß. Die amtliche Entscheidung ist dem Ausschusse der staatsbürgerlichen Ausmärker, und den in §. 9 genannten Verwaltern, sowie Jedem, welcher gegen den Voranschlag Einwendungen erhoben hat, gegen Bescheinigung besonders zu verkünden.

§. 32.

Der Gemeinderath hat sofort, nach Anleitung der amtlichen Genehmigung oder Entscheidung den Voranschlag zu berichtigen, beziehungsweise zu vollziehen, indem derselbe die Umlagsregister darnach fertigen läßt und mit deren Zustellung an den Gemeindereschner den Einzug der Beiträge anordnet.

§. 33.

Das auf den Grund des Voranschlags gefertigte Umlageregister ist sofort gegen jeden Steuerpflichtigen vollzugsreif, und nur demjenigen, der gegen Bestimmungen des Voranschlags rechtzeitig (§. 30) Einwendungen erhoben hat, welche vom Amt bei Bestätigung desselben nicht beachtet wurden, steht hiergegen, so wie allen Betheiligten alsdann die Berufung an die Kreisregierung mit aufschiebender Wirkung zu, wenn und in so weit das Amt den von der Stimmenmehrheit fertiggestellten Voranschlag (§. 31) abgeändert hat. Rücksichtlich des nicht abgeänderten Betrags wird auch im letztern Fall, wenn Berufung eingelegt ist, der Voranschlag vollzugsreif.

§. 34.

Die Behauptung, daß dem Einen oder dem Andern wegen unter den Gemeindeausgaben begriffenen Schulden für Lasten, die er schon getragen hat, oder wegen Prozeßkosten in Prozessen, die er selbst gegen die Gemeinde führte, nach §. 60 der Gemeindeordnung ein Guthaben an die

Gemeinde zur Wetttschlagung an seiner Umlagenschuldigkeit gutzuschreiben sei, kann ihn, wenn über dieses Guthaben Streit entsteht, von der einstweiligen Zahlung seiner Umlageschuldigkeit nicht befreien, und erst wenn über das Guthaben in letzter Instanz erkannt ist, tritt die Wetttschlagung mit den ferneren Umlagebeträgen ein.

§. 35.

Der Gemeinderechner oder der mit der Führung des Hauptbuchs beauftragte Rechnungsverständige hat die im Voranschlag für die einzelnen Rubriken aufgenommenen Beträge unter denselben Rubriken innerhalb Linie in dem Hauptbuche, und beim Abschlusse des Hauptbuchs das Rechnungsergebniß desselben in Spalte 4 des Voranschlags und, wenn Ueberschreitungen vorhanden sind auch diese in Spalte 5 einzutragen.

Besondere Vorschriften für Gemeinden, die aus mehreren Orten zusammengesetzt sind.

§. 36.

Bei Gemeinden, welche aus mehreren Orten zusammengesetzt sind, wird der Voranschlag auf dieselbe Weise wie bei andern Gemeinden gefertigt.

Wenn jedoch einzelne Orte noch eigene, den gemeinschaftlichen Verband nicht berührende Einkünfte oder Ausgaben haben, so werden in den Voranschlag der Gemeinde nur diejenigen Einnahmen und Ausgaben aufgenommen, welche die ganze Gemeinde, die Gesamtheit der Orte berühren, sofern nicht die einzelnen Orte über die Einverfung, beziehungsweise Ausgleichung, ihrer besondern Einkünfte und Ausgaben miteinander übereinkommen. (Gemeindeordnung §. 144 und 145.)

Es wird hierbei der durch die Gemeindecinkünfte und Almendauslagen der Gesamtgemeinde nicht gedeckte Theil ihrer Ausgaben unter die einzelnen Orte nach dem besondern Beitragsverhältnisse, welches ein für allemal festgesetzt ist, oder noch festgesetzt wird, vertheilt. (Gemeindeordnung §. 150.)

§. 37.

Ist ein solches Beitragsverhältniß der einzelnen Orte nicht festgesetzt, so wird nach Vorschrift der §§. 16 und 17 hinsichtlich der Einkünfte und Ausgaben der Gesamtgemeinde berechnet, ob und welche Vorausbeiträge auf das 100 fl. Steuerkapital der Gemeindebürger und der ihnen Gleichgestellten fallen, und diese Vorausbeiträge, sowie die zur Deckung der übrigen Ausgaben erforderlichen Umlagen nach dem ganzen Gemeindefiskale werden von den Steuerpflichtigen derjenigen Orte, die keine eigenen Einkünfte oder Ausgaben haben, erhoben, wogegen denjenigen Orten, welche noch eigene Einkünfte oder Ausgaben haben, ihr Betreffniß, sowohl an den Vorausbeiträgen, als an den übrigen noch ungedeckten Ausgaben der Gesamtgemeinde, in einer Summe zugeschrieben, und von denselben mit den übrigen Ortsausgaben in den besondern Ortsvoranschlägen aufgenommen werden.

Bei diesen besondern Ortsvoranschlägen kommen alsdann hinsichtlich aller Einkünfte und Ausgaben eines Ortes die nämlichen Grundsätze zur Anwendung, wie bei den nur aus einem Ort bestehenden Gemeinden überhaupt.

Die Verordnungen vom 24 October 1835, Reggs.-Bltt. Nr. 52 und vom 20. October 1837 Reggs.-Bltt. Nr. 42 sind aufgehoben.

Die Voranschläge für das Rechnungsjahr 1845 sind sogleich aufzustellen.

Carlsruhe, den 29. November 1844.

Ministerium des Innern.

Eichrodt.

. Amt

Gemeinde

Voranschlag
der Einnahmen und Ausgaben
A) der Gemeindevirtschaft, B) des Grundstocks
für das Jahr 1845.

Bemerkungen.

Die Zahl der in der hiesigen Gemeinde dermal angezessenen Einwohner beträgt:

Gemeindebürger	778
Staatsbürgerliche Einwohner mit bürgerlichen Gewerben	10
" " mit Landwirtschaft	5
	<u>793</u>
andere staatsbürgerliche Einwohner	10
	<u>803</u>
Zusammen	<u>803</u>

Das Steuerkapital beträgt nach dem Gemeindefataster im Ganzen 2,005,000 fl.

Hierunter sind begriffen:

Erste Abtheilung.

Die Steuerkapitalien der Gemeindebürger, Einsassen und Derjenigen, die ihr Gemeindebürgerrecht noch nicht angetreten haben	1,750,000 fl.
Die Steuerkapitalien von staatsbürgerlichen Einwohnern in Bezug auf Gegenstände ihres Gewerbes und ihrer Landwirtschaft	110,000 "
Die Steuerkapitalien vom Fiskus, von Stiftungen und andern Staatsanstalten in Bezug auf Gegenstände ihres Gewerbes und ihrer Landwirtschaft	25,000 "
Die Steuerkapitalien von Erb- und Schupfchen, welche staatsbürgerlichen Einwohnern oder Ausmärkern gehören, nach Abzug des Kanons	7,000 "
	<u>1,892,000 fl.</u>

Zweite Abtheilung.

Die Steuerkapitalien der staatsbürgerlichen Einwohner, des Fiskus, der Stiftungen und andern öffentlichen Anstalten, so weit sie sich nicht auf die Landwirtschaft und Gewerbe beziehen	48,000 "
Die Steuerkapitalien der übrigen Ausmärker und jene der staatsbürgerlichen Einwohner, die weder Landwirtschaft noch Gewerbe treiben	65,000 "
	<u>2,005,000 fl.</u>

Verhandelt N. N. den 1. Juli 18 . . .

vor

dem Gemeinderath,
Bürgerausschuß,
Gemeinde-Verrechner
und

den weiter anwesenden, am Ende dieser Verhandlung unterschriebenen Personen.

Es wurde von dem Bürgermeister der heutige Tag zur Aufstellung des neuen Voranschlages für das Rechnungsjahr 1846 bestimmt, und hierzu nicht nur der Gemeinderath, Bürgerausschuß und Gemeindeverrechner eingeladen, sondern davon auch durch Schreiben vom ten
18 . . . die großherzogliche Domänenverwaltung zu N. N., die Rentenverwaltung der Ständeherrschaft zu N. N.

u. f. w.

sedann

der Bürgermeister der benachbarten Gemeinde N. N. zu Eröffnung an die Abgeordneten der hierher steuerpflichtigen Ausmärker,

und

die Abgeordneten der hiesigen staatsbürgerlichen Einwohner benachrichtigt, und dieselben zur Anwesenheit bei der heutigen Verhandlung eingeladen, worüber die erhaltenen Bescheinigungen hier beiliegen.

Man schritt nunmehr zur Aufstellung des Voranschlages selbst und zwar:

A. Voranschlag für die Gemeindegewirtschaft.

1.	2.	3.	4.	5.			
§. der Rubrik- anordnung.	Einnahmen.	Voranschlag für 1846.		Rechnungs- ergebnis von 1846. (Coll.)	Der Voran- schlag ist also überschritten um:		
		fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
	I. Von früheren Jahren.						
1.	Rassenvorrath	400	—	400	—	—	—
2.	Rückstände	1,000	—	1,000	—	—	—
	II. Laufende Einnahmen.						
	A. Einkünfte.						
3.	Ertrag von Gebäuden und Liegenschaften:						
	a. von Gebäuden und Gewerbsseinrichtungen: Ertrag von der Ziegelhütte, nach dem unterm 4. October 1844 erneuerten Pacht	320	—	320	—	—	—
	b. von Aedern: Pachtzins nach vorletzter Rechnung . ic. ic.	450	—	450	—	—	—
4.	Ertrag aus Berechtigungen und Anstalten:						
	a. von Bürgerrecht = Antritts = ic. Geldern, Durch- schnitt der Jahre 1841/44	60	—	65	—	5	—
	ic. ic.						
	Summe der Einnahmen für die Gemeindegewirtschaft .	15,350	—	15,400	—	50	—
	Ausgaben.						
21.	I. Rückstände	100	—	100	—	—	—
	II. Laufende Ausgaben.						
	A. Lasten der Einkünfte.						
22.	Lasten des Ertrags von Gebäuden und Liegenschaften:						
	a. von Gebäuden und Gewerbsseinrichtungen: Staats- steuern und Brandversicherungsbeiträgen von der Ziegelhütte nach vorletzter Rechnung . . 20 fl.						
	Gewöhnliche Bauunterhaltung Durchschnitt von 1841/44 22 "	42	—	46	—	4	—
	ic. ic.						
		17,840	—	17,950	—	110	—
	Zu Ergänzung des Grundstocks nach der Abrechnung mit demselben vom vorigen Jahr sind hier beizuschlagen .	160	—				
	Summe der Ausgaben für die Gemeindegewirtschaft .	18,000	—				

Die Ausgabe-Summe beträgt also	18,000 fl.
die Einnahme-Summe aber nur	15,350 "
es sind also noch	2,650 "

durch Umlagen auf die gesammten Steuerkapitalien nach dem Gemeindefataster zu decken, wornach es, da der Gemeindefataster 2,005,000 fl. Steuerkapitalien enthält, 8 fr. auf das 100 fl. Steuerkapital trifft, und wobei sich, da diese 8 fr. vom 100 fl. Steuerkapital 2,673 fl. 20 fr. ausmachen, ein Ueberschuß von 23 fl. 20 fr. ergibt.

Da jedoch nach einem Gemeindebeschluß vom 1835 die Umlagen nach dem §. 59 der Gemeindeordnung bis auf Dreiviertel des Nutzungswerths erhöht, und was den Freitheil betrifft, eine Auflage von Einviertel des Nutzungswerths darauf gelegt werden kann, und diese Auflagen beziehungsweise Erhöhungen derselben

betragen, so bleiben nur noch	986 "
durch Umlagen zu decken übrig, wornach es auf 100 fl. Steuerkapital 5 fr. trifft.	1,664 fl

B. Voranschlag für den Grundstock.

1.	2.	3.	4.	5.
§. der Gemeindeordnung.	Einnahmen.	Voranschlag für 1846.	Rechnungsergebniß von 1846. (Coll.)	Der Voranschlag ist also überschritten um:
		fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.
14.	Erlös von zum Ertrag bestimmten Liegenschaften	400 —	450 —	50 —
	Betrifft die zum Verkauf bestimmte Waldparzelle Gaisbach.			
17.	Heimzuzahlende Grundstockskapitalien	500 —	500 —	— —
19.	Einkaufsgelder:			
	a. für das Bürgerrecht Durchschnitt der Jahre	100 —	90 —	— —
	b. für den Bürgergenuß 1841/44.	40 —	45 —	5 —
	ic. ic.	2,260 —	2,300 —	40 —
	Hiezu kommen die von der Gemeindevirtheft laut Abrechnung vom vorigen Jahr (Rechn. Seite 50) zu ersetzenden			
	Summe der Grundstocks-Einnahmen	160 —	— —	— —
		2,420 —	— —	— —
	Ausgaben.			
39.	Auf Anschaffung zum Ertrag bestimmter Liegenschaften, Gebäude und Berechtigungen	1,000 —	900 —	— —
	Dieser Betrag soll zum Erwerb von Gütern verwendet werden.			
42.	Abzutragende Grundstockskapitalien	1,720 —	1,800 —	80 —
	Die Summe der Grundstocks-Ausgaben beträgt hiernach	2,720 —	2,700 —	80 —
	Die Summe der Grundstocks-Einnahme hingegen nur	2,420 —	— —	— —
	es sind also noch	300 —	— —	— —

durch Umlagen auf die Gemeindebürger und die ihnen Gleichgestellten aufzubringen.

Das Steuerkapital derselben beträgt nach dem Gemeindefataster Abtheilung I. 300,000 fl.
es fallen daher auf 100 fl. desselben 6 fr.

Der Gemeinderath:

Die Abgeordneten der staatsbürgerlichen Einwohner
und Ausmärker:

Der Gemeindevorsteher:

Die Verwalter des Domänenfiskus ic. ic.

Rathschreiber:

Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht, dem Professor von Schwanthaler in München das Commandeurekreuz, und dem Inspector der königlichen Erzgießerei daselbst, Ferdinand Miller, das Ritterkreuz des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem Bürgermeister Küchler zu Sandhofen, in Anerkennung seiner mehr als 24jährigen ausgezeichneten Dienstführung, bei Gelegenheit seiner zum vierten Mal stattgehabten Verpflichtung als Bürgermeister, die kleinere goldene Civilverdienstmedaille, sodann

dem Matrosen Carl Kollschmidt von Mannheim, als Belohnung für sein muthvolles Benehmen durch Rettung von 4 Personen vom Ertrinken im Rhein, die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen allergnädigst geruht.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht,

den bisher pensionirten geheimen Rath zweiter Classe, Kettig in Freiburg, unter Beibehaltung seines Ranges, zum Director im Ministerium des Innern zu ernennen;

den geheimen Referendar von Gulat seiner Dienste beim Ministerium des Innern zu entheben und denselben, mit Vorbehalt weiterer Verwendung, einstweilen in Gnaden in den Ruhestand zu versetzen;

den Hofgerichtsrath Karl Freiherrn von Stockhorn in Rastatt und den Regierungsrath Weigel in Mannheim zu Ministerialräthen beim Ministerium des Innern zu ernennen;

den Director der Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues Franz Joseph Kollitz seiner Dienstleistungen bei dieser Stelle zu entbinden und denselben in Gnaden in den Ruhestand zu versetzen;

den bisherigen Ministerialrath im Ministerium des Innern, Adolph Freiherrn von Marschall unter Enthebung seiner bisherigen Functionen bei diesem Ministerium und unter Beförderung zum geheimen Rath dritter Classe, zum Director der Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues;

den Stadtdirector geheimen Rath von Vogel in Heidelberg zum Director der Regierung des Seekreises;

den vorsitzenden Rath bei der Regierung des Unterhainkreises Regierungsrath Wallau zum geheimen Regierungsrath;

den Hofgerichtsrath Haas in Rastatt zum Oberhofgerichtsrath zu ernennen;

den Kirchenräthen Dr. Umbreit und Dr. Ullmann an der Universität Heidelberg den Character als geheime Kirchenräthe, und

dem Professor Dr. Lewald und dem Director des evangelisch-protestantischen Prediger-Seminars Professor Dr. Rothe zu Heidelberg den Character als Kirchenräthe zu erteilen.

Großherzoglich Badisches

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 5. December 1844.

Bekanntmachungen.

(Die Tilgung des Eisenbahnanlehens betreffend.)

Für die bis jetzt ausgegebenen Eisenbahnobligationen im Nominalcapital von 12,987,300 fl. wird der Tilgungsfond nach Maassgabe des Gesetzes vom 10. September 1842, Artikel 3, (Regierungsblatt Nr. XXVII.) für 1844 auf 67,400 fl. festgesetzt und derselbe nach der dieseitigen Bekanntmachung vom 12. September 1842, Ziffer 19 zur Einlösung von

26 Stück dieser Obligationen zu 1000 fl.	=	26,000 fl.
--	---	------------

63 " " " " 500 fl.	=	31,500 fl.
--------------------	---	------------

99 " " " " 100 fl.	=	9,900 fl.
--------------------	---	-----------

188 Stück	zusammen	67,400 fl.
-----------	----------	------------

bestimmt.

Die Zeit für die Ziehung der einzulösenden Obligationen wird durch die Eisenbahnschuldentilgungscasse bekannt gemacht werden.

Carlsruhe, den 20. November 1844.

Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Pfeilschäfer.

(Die Revision der Medicamententaxe betreffend.)

In Gemässheit des §. 6 der dieseitigen Verordnung vom 24. Januar 1842, Reggs. Blt. Nr. VII., wird hiermit das Ergebniss der von der Sanitätscommission vorgenommenen und diefalls genehmigten Revision der Medicamententaxe mit dem Anfügen zur allgemeinen Kenntniss gebracht, dass sich die Apotheker vom 1. Januar 1845 an darnach zu richten haben.

Carlsruhe, den 18. November 1844.

Ministerium des Innern.

Eichrodt.

Vdt. Eisenlohr.

Revision der Medicamententaxe im Spätjahr 1844.

Camphor.	. . .	1 Unze	12 fr.	1 Drachme	2 fr.	anstatt 1 Unze	18 fr.	1 Drachme	3 fr.
— pulver.	. . .	"	16 fr.	"	3 fr.	"	"	24 fr.	" 4 fr.
Jodum pur.	. . .	"	2 fl.	"	15 fr.	"	"	—	" 9 fr.
Kalium jodat.	. . .	"	2 fl.	"	15 fr.	"	" 1 fl.	12 fr.	" 10 fr.
Unguent. jodat.	. . .	"	24 fr.	"	—	"	"	16 fr.	" —
Kali sulphuric 1 Pfund			24 fr.	1 Unze	3 fr.	"	"	6 fr.	" —
— pulv.	"		30 fr.	"	4 fr.	"	"	8 fr.	" —

Zu berichtigen ist Seite 21 der Medicamententaxe, anstatt: „Kali bisulphuric.“ soll es heißen: „Kali sulphuric.“

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die mit dem Decanat Lörrach verbundenen evangelischen Pfarreien Kadelburg und Büdingen dem Decanat Schopfheim zugetheilt werden.

Carlsruhe, den 17. October 1844.

Ministerium des Innern.

(gez.) Frhr. von Müdt.

Vdt. Stemmler.

Die Schutzpockenimpfung in den Jahren 1841 und 1842 betreffend.

Im Laufe der Jahre 1841 und 1842 sind in dem Großherzogthum 77,678 Impfungen vorgenommen worden, eine Zahl, welche die der frühern Jahre übersteigt, und von dem Fortschreiten der Vaccination deutliches Zeugniß gibt. Von der ganzen Zahl der vorgenommenen Impfungen dürfen 76,344 als mit schützendem Erfolge ausgeführt berechnet werden, in 436 Fällen kamen nur unächte Blattern zum Vorschein und in 898 Fällen hat die Impfung nicht gefaßt.

Die Summen der Impfungen vertheilen sich auf die einzelnen Regierungsbezirke in folgender Weise. Es wurden

im Seckreis	10,393
„ Oberrheinkreis	10,464
„ Mittelrheinkreis	27,637 und
„ Unterrheinkreis	20,184

Impfungen vollzogen.

Die Vaccination selbst hat nichts Bemerkenswerthes dargeboten.

An natürlichen Blattern oder Varioloiden erkrankten in diesen beiden Jahren 146 Personen, von welchen nur eine starb, die übrigen sind genesen.

Die Impfinstitute des Landes haben in den genannten beiden Jahren zusammen 1304 Impfungen vorgenommen; in 68 Fällen war der Erfolg derselben zweifelhaft, oder ganz fehlgeschlagen, weil entweder nur unächte oder aber gar keine Pusteln zum Vorschein kamen, die übrigen 1236 Fälle nahmen einen ganz regelmäßigen Verlauf.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 14. November 1844.

Ministerium des Innern.

Eichrodt.

Vdt. Reinhard.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es haben gestiftet:

Se. Durchlaucht der Herr Fürst zu Fürstenberg zur Gründung eines Unterstützungsfonds für dürftige Handwerker der Stadt Freiburg 4000 fl.;

der verstorbene Ministerialrath Zahn dahier hat nach letztwilliger Anordnung vom 21. Juni 1843 der Anstalt für sittlich verwahrloste Kinder, welche im Oberland errichtet werde, ein Kapital von 500 fl. vermacht, welches im Falle die Anstalt binnen 3 Jahren nicht bestche, der Rettungsanstalt

in Durlach zu fallen soll. Da mittlerweile die Anstalt in Mariahof eröffnet worden ist, so wird dieser Schenkung für die letztere die Staatsgenehmigung erteilt;
 einige Katholiken ein Beneficium Curatorium ad Sanctam Annam in Heidelberg;
 die verstorbene Franziska Hirth von Böhlingen in den Kirchenfond daselbst zur Anschaffung eines Rauchmantels 100 fl., ferner zur Verbesserung der Seitenaltäre in der Kirche 358 fl. 37 kr.;
 Mathäus Kleiser, Pächter des Hasenhofs zu Thiengen, in die Filialcapelle zu Breitenfeld 30 fl. zur Anschaffung eines Messgewandes.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich allergnädigst bewogen gefunden, den Hauptzollamtsverwalter Wucherer bei Rheinfelden zum Revisor bei der Zolldirection zu ernennen; sodann

den Hauptzollamtscontroleur Bartholomä zu Altbreisach in gleicher Eigenschaft zu dem Hauptzollamt Constanx zu versetzen; ;

den Rechtspraktikanten Friedrich Ottendorff von Heidelberg zum Secretär bei dem Hofgericht des Unterrheinkreises zu ernennen;

den Lehrer Rees an der höheren Bürgerschule zu Freiburg in gleicher Eigenschaft an das Lyceum zu Constanx zu versetzen;

den Gymnasiallehrer Becker von der ihm übertragenen Pfarrei Wiesleth wieder zu entheben, und dieselbe dem Pfarrcandidaten Eduard Wilhelm Kaufmann von Lahr,

das erledigte evangelische Diaconat zu Gernsbach mit der damit verbundenen Stelle eines Vorstands und Lehrers an der höhern Bürgerschule daselbst dem Pfarr- und Lehramts-Candidaten Dr. Friedrich Kayser von Heidelberg, und

die erledigte evangelische Pfarrei Auenheim dem bisherigen Pfarrverweser Heinrich Förster daselbst zu verleihen;

den Decan Pfarrer Walther zu Schillingstadt, auf dessen unterthänigste Bitte von dem Decanat der Diocese Borberg zu entheben, und die provisorische Verwaltung dieses Decanats dem Pfarrer und Bezirksschulvisitator Sauer zu Unterschüpf zu übertragen;

die Kaplaneipfründe ad Sanctum Corpus Christi zu Willingen dem Vicar Franz Joseph Jörger in Offenburg;

die katholische Pfarrei Wieden, Amts Schönau, dem Pfarrverweser Chrysostomus Burkart daselbst zu verleihen.

Die Erzbischöfliche Präsentation des bisherigen Erzbischöflichen Hofkaplans Eduard Held in Freiburg zu der durch die Beförderung des Domkaplans Dr. Müller auf die Pfarrei Offenburg erledigten Domkaplanei an der dortigen Metropolitankirche hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Die Fürstlich Leiningensche Präsentation des Stadtpfarrers Freyrich in Borberg auf die katholische Pfarrei Höpfingen hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Ebenso hat die Staatsgenehmigung erhalten die grundherrlich von Bobmann'sche Präsentation des Pfarrverwalters Johann Schlatterer zu Neuershausen, auf die Pfarrei Bobmann.

Den Candidaten der Pharmacie Franz Laver Unold von Strülingen und Carl Staatsmann von Schwegingen ist nach vorschriftsmäßig erstandener Prüfung von der Sanitätscommission die Lizenz als Apotheker erteilt worden.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei dem Hofgericht des Mittelrheinkreises ist die Stelle eines Assessors erledigt. Die Bewerber haben sich innerhalb vier Wochen bei gedachtem Hofgericht anzumelden.

2. Durch das Ableben des Physikus Dr. Diemer ist das Physikat Medarbischofsheim mit der normalmäßigen Besoldung von 300 fl. und 120 fl. Pfrondsumme-Morsum erledigt worden. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen 4 Wochen nach Vorschrift bei der Sanitäts-Commission zu melden.
3. Bei der Oberrechnungskammer ist die Stelle eines Oberrechnungsraths zu besetzen. Qualifizierte Competenten haben ihre diesfälligen Gesuche binnen 6 Wochen bei der Oberrechnungskammer einzureichen.
4. Da die erledigte evangelische Pfarrei Broggingen, Decanats Mählberg, wieder definitiv besetzt werden soll, so wird solche nunmehr mit einem Competenzanschlag von 460 fl. 46 kr. hierdurch ausgeschrieben, und haben sich die Bewerber um dieselbe binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Decanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
5. Die Pfarrei Buch am Horn ist zwar schon einmal, aber nur mit einem Ertrag von ausgeschrieben worden; dieser hat sich aber durch nähere Erhebungen auf 1, weswegen die gedachte Pfarrei zur Anmeldung bei der Patronats Herrschaft von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg- und Freudenbergschen Standesherrschaft Frist von 6 Wochen ausgeschrieben wird.
eben des Pfarrers Franz Bell ist die Pfarrei Schwörstadt, Amts Säckingen beiläufigen Einkommen von 1500 bis 1600 fl. in Geld, Naturalien und erledigt worden. Die Competenten um dieselbe haben sich sowohl bei der dies- als auch bei dem erzbischöflichen Ordinariate binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig.
Beförderung des Stadtpfarrers Johann Sebastian Freyrich auf die Pfarrei die katholische Pfarrei Borberg mit einem beiläufigen Jahresertrag 1 Erledigung gekommen. Die Competenten um dieselbe haben sich bei der Fürstlich Leiningenschen Standesherrschaft als dem Patron innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
8. Durch die Beförderung des Pfarrers Johann Baptist Leibinger auf die Pfarrei Niggeringen, Amts Constanz, ist die katholische Pfarrei Lippertsreuth, Amts Ueberlingen, mit einem beiläufigen Einkommen von 500 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, eine Zehntablösungskostenschuld von 39 fl. 30 kr. in 3 Jahresterminen heimzuzahlen, in Erledigung gekommen. Die Competenten um dieselbe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.
9. Durch die Beförderung des Pfarrers Franz Xaver Weingärtner auf die Pfarrei Wiesenbach ist die katholische Pfarrei Balg, Amts Baden, mit einem beiläufigen Einkommen von 1000 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb 6 Wochen nach bestehender Vorschrift anzumelden.
10. Durch das Ableben des Pfarrers Lorenz Douat Rees ist die Pfarrei Gutenstein, Amts Stetten am kalten Markt, mit einem beiläufigen Ertrage von 1000 fl. ist durch das am 15. Februar d. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Lorenz Douat Rees erledigt worden. Auf derselben lastet ein vom 16. Februar d. J. begonnenes zu 4 Procent verzinsliches Provisorium von zwölf Jahren mit 560 fl. 18 kr. und eine weitere in 2 Jahren zu tilgende Schuld von 57 fl. 51 kr. Zehntablösungskosten; auch muß sich der künftige Pfarrer die Aussparrung der zur Pfarrei Gutenstein gehörigen zwei Dritttheile des Filials Langenhardt mit dem damit verbundenen fixen Einkommen von 24 fl., sowie die Einsparrung des zur Pfarrei Krenshainstetten gehörigen Filials Thiergarten mit einem fixen Einkommen von 6 fl. gefallen lassen. Die Bewerber haben sich binnen 6 Wochen bei der fürstlich Langenstein'schen Patronats Herrschaft zu melden.
11. Durch die Beförderung des Pfarrers Johann Nepomuk Rohn auf die Pfarrei Wack ist die katholische Pfarrei Waizen, Amts Stühlingen, mit einem beiläufigen jährlichen Einkommen von 420 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich bei der Fürstlichen Standesherrschaft Fürstenberg als Patron nach Vorschrift zu melden.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Carlsruhe, den 10. Dezember 1844.

Verordnung.

(Vorsichtsmaaßregeln gegen die Einschleppung der Rinderpest [Pöser-Dürrer] betr.)

Nach erhaltenen zuverlässigen Nachrichten ist die verheerende Seuche der Rinderpest aus den östlichen Ländern nach Schlesien, Böhmen, Mähren und Oesterreich eingeschleppt worden.

Die Königlich Baiersche und die Königlich Württembergische Regierung haben deshalb bereits eine strenge Absperrung gegenüber von den genannten und den rückwärts gelegenen Provinzen angeordnet.

Auch das unterzeichnete Ministerium des Innern sieht sich, in Betracht der großen Gefahr, welche durch etwaige Weiterverbreitung der Krankheit unserem Lande droht, nach Vernehmung der Sanitätscommission veranlaßt, vorläufig Folgendes zu verordnen:

1. Die Einfuhr und Durchfuhr von Rindvieh, Schaafen, Schweinen und Ziegen, welche aus den Eingangs genannten Provinzen kommen, wird hiermit für das Großherzogthum Baden verboten.

2. Wer mit solchem Vieh die Gränze überschreitet, verfällt in eine Strafe von 25 fl. für jedes Stück, und muß sich außerdem, wenn eine Zurückweisung über die Gränze ohne Gefahr für dießseitige Ortschaften nicht möglich ist, allen Anordnungen unterwerfen, welche zur Absperrung seines Viehes von dem Viehstande unseres Landes und zur Beseitigung jeder Gefahr einer Ansteckung für nothwendig erachtet werden.

3. Eine Ausnahme von diesem Verbote wird von hieraus nur in dem Falle, daß auch die Königlich Baiersche oder Königlich Württembergische Regierung den Transport durch ihre Länder erlaubt haben, unter folgenden Bedingungen gestattet werden:

a. daß das Vieh bei einer Besichtigung an der dießseitigen Gränze vollkommen gesund befunden wird,

b. daß dasselbe dort eine entsprechende Contumazzeit aushält,

c. daß nach dem Gutachten der Sanitätscommission solche Maaßregeln für den Weitertransport beziehungsweise für die Aufstellung in unserm Lande getroffen werden, wodurch jede Gefahr einer Ansteckung beseitigt wird.

4. Die dießseitige Verordnung vom 28. Dezember 1829 (Reggs. Blt. vom Jahr 1830 Nr. II.), das Verbot der Einfuhr von Rindshäuten, Rälberhaaren, Schaffellen und Schafwolle aus dem östlichen Deutschland betreffend, wird hiermit neuerdings in Bezug auf die Eingangs genannten Provinzen in volle Wirksamkeit gesetzt.

5. Für den Fall des weitem Vordringens der Rindviehpest behält sich das Ministerium des Innern diejenigen Maaßregeln vor, welche außer den bereits getroffenen Anordnungen noch nothwendig erscheinen.

6. Die Polizei- und Sanitätsbehörden haben für die genaue Handhabung dieser Verordnung, welche durch die Kreis-Anzeige- und Localblätter bekannt zu machen ist, Sorge zu tragen.

Carlsruhe, den 6. Dezember 1844.

Ministerium des Innern.

Schrodt.

Vdt. Dingner.

(Die nachträgliche Aufnahme niederer Diener in die Wittwen-Casse für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung betreffend.)

Mit allerhöchster Ermächtigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs aus großherzoglichem Staatsministerium vom 21. v. M. Nr. 1871 wird verfügt:

1. Die durch den §. 2 der allerhöchsten Verordnung vom 4. November 1842 (Regierungsblatt) nachträgliche Aufnahme niederer Diener in die Wittwenkasse findet nur Jahr 1845 statt.

Sich zur Aufnahme in die Wittwenkasse gelangenden Dienern können für ne. das Jahr 1845 überschreitende Zahlungsfristen bewilligt werden, sich der Wittwenkasse für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung ist mit ordnung beauftragt.

den 2. Dezember 1844.

Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Bloß.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Carl Lindemann von Karlsruhe hat um die Erlaubniß gebeten, seinem Familiennamen den Namen Frommel beifügen zu dürfen. Dieß wird unter Bezug auf die höchste Verordnung vom 18. Januar 1838 (Reggs. Blt. Nr. V.) mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß diejenigen, welche gegen Ertheilung der gebetenen Erlaubniß Einsprache machen wollen, solche

innerhalb drei Monaten

bei dem unterzeichneten Ministerium auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte stattgegeben wird.

Carlsruhe, den 23. November 1844.

Justizministerium.

Dollg.

Vdt. Bachelin.

(Die Ertheilung eines Privilegiums an die Gebrüder Mayer zu Langensteinbach und Stillingen, für eine, von ihnen erfundene Methode, leinene Stoffe auf kaltem Wege zu bleichen betreffend.)

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach allerhöchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 14. v. M. Nr. 1845 den Gebrüdern Mayer zu

Langensteinbach und Ettlingen auf ihr unterthänigstes Ansuchen ein ausschließliches Privilegium für eine von ihnen erfundene neue Methode, leinene Stoffe auf kaltem Wege zu bleichen, auf die Dauer von fünf Jahren allergnädigst zu ertheilen geruht, unter Vorbehalt der Rechte Dritter, welche die Priorität der Erfindung nachzuweisen vermögen oder letztere künftighin verbessern werden und unter Festsetzung einer Strafe von Einhundertfünfzig Gulden auf den Fall der Verletzung dieses Privilegiums.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 23. November 1844.

Ministerium des Innern.

Eichrodt.

Vdt. Buissou.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht, den beiden Amtmännern Kuen in Müllheim und Martin in Neustadt den Titel als Oberamtman zu verleihen;

den Amtmann Maier bei dem Oberamte Lahr als zweiten Beamten zu dem Stadtamte Freiburg;

den Garnisonsauditor Sachs in Mannheim zum Amtmann bei dem Oberamte Lahr zu ernennen;

den Amtsassessor Kah bei dem Landamte Freiburg zum Stadtamte daselbst zu versetzen;

die hierdurch erledigte Stelle eines Assessors bei dem Landamte Freiburg dem Secretär Schindler bei dem Oberstudienrathe;

die hiernach erledigte Stelle eines Secretärs bei dem Oberstudienrathe dem Rechtspracticanten Octav Sauer von Freiburg zu verleihen;

den Rechtspracticanten und Schriftverfasser Dr. Balthasar Nicola zu Mannheim zum Assessor bei dem Polizeiamte dahier, und

den Rechtspracticanten Franz Joseph Müller von Fürstenberg zum Polizeiaffessor bei dem Stadtamte Mannheim zu ernennen; sodann

die zweite Beamtenstelle bei dem Oberamte Pforzheim dem Assessor Diez in Bretten, unter Ernennung desselben zum Amtmann, zu übertragen;

den Amtsassessor Gaupp zu Heidelberg zu dem Bezirksamt Bretten zu versetzen;

die hierdurch erledigte Assessorsstelle beim Oberamte Heidelberg dem Amtsassessor Schenk in Neckargemünd zu übertragen;

den Rechtspracticanten Runo von Wanker von Freiburg zum Assessor bei dem Bezirksamt Neckargemünd zu ernennen;

den Hauptzollamtsverwalter Hug in Radelburg in gleicher Eigenschaft zu dem Hauptzollamt bei Rheinfelden zu versetzen;

die erledigte katholische Pfarrei Ottenau, Amts Gernsbach, dem bisherigen Pfarrer Alois Dser in Moos, Amts Bühl;

die erledigte katholische Pfarrei Ulm dem Priester Joseph Gut von Herbolzheim, bisherigen Pfarrverwalter in Sulz, Oberamts Lahr;

die erledigte katholische Pfarrei Waltershofen, Landamts Freiburg, dem bisherigen Pfarrer Severin Wiffert in Hausach, Amts Haslach zu übertragen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. In dem Großherzoglichen Armeecorps ist eine Auditorsstelle erledigt worden. Die Bewerber um diese Stelle haben sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse binnen vier Wochen bei dem Großherzoglichen Kriegsministerium zu melden.
2. Die Stelle eines Hauptamtscontroleurs bei dem Hauptzollamt Kadelburg. Die Bewerber haben sich binnen vier Wochen bei der Zolldirection zu melden.
3. Durch die Versetzung des Lehrers Rees ist die zweite Lehrstelle an der höhern Bürgerschule in Freiburg, welche mit einem philologischen Lehrer, der zugleich der französischen Sprache mächtig sein muß, zu besetzen ist, mit einer Besoldung bis zu 800 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um solche haben sich vorschriftsmäßig innerhalb vier Wochen bei dem Oberstudienrath zu melden.
4. Die Stadtpfarrei Chiengen, Amts Waldshut, mit einem beiläufigen Einkommen von 1600 fl. bis 1700 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit zur Haltung eines Vicars ruht, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe, womit man einen Theil der Schulvisitation des Bezirks Waldshut zu verbinden gedenkt, haben sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath vorschriftsmäßig zu melden.
5. Die Pfarrei Herrischried, Amts Säckingen, mit einem beiläufigen Einkommen von 1700 bis 1800 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, einen Vicar zu halten, und eine in ihrer Größe noch unbestimmte Bauschuld mit jährlich 300 fl. zu tilgen, ist seit dem 4. Jenner 1837 erledigt. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen sowohl bei dem katholischen Oberkirchenrath, als auch bei dem erzbischöflichen Ordinariate vorschriftsmäßig zu melden.
6. Durch das am 16. August d. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Augustin Fell ist die katholische Pfarrei Rohrbach am Gieshübel, Amts Eppingen, mit einem beiläufigen Jahresertragnisse von 900 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb 6 Wochen nach bestehender Vorschrift zu melden.
7. Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Cubigheim, Amts Adelsheim, mit einem beiläufigen Einkommen von 370 fl. wiederholt auszusprechen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich binnen 6 Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Gestorben ist:

Am 31. October 1844 der pensionirte Oberamtmann Wundt in Heidelberg.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 12. Dezember 1844.

B e k a n n t m a c h u n g e n.

Der zwischen den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins und dem Königreich Belgien am 1. September d. J. abgeschlossene Handels- und Schiffahrts-Vertrag wird nach erfolgter allseitiger Ratification nachstehend zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 27. November 1844.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
von Busch.

Vdt. Lürckheim.

Im Namen der hochheiligen Dreieinigkeit.

Seine Majestät der König von Preußen, sowohl für Sich und in Vertretung der Ihrem Zoll- und Steuersysteme näher angeschlossenen souveränen Länder und Landestheile, nämlich des Großherzogthums Luxemburg, der Großherzoglich Mecklenburgischen Enclaven Rostow, Regeband und Schönberg, des Großherzoglich Oldenburgischen Fürstenthums Birkenfeld, der Herzogthümer Anhalt-Cöthen, Anhalt-Deßau und Anhalt-Bernburg, der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, des Fürstenthums Lippe, und des Landgräfllich Hessischen Oberamts Meisenheim, als auch im Namen der übrigen Mitglieder des deutschen Zoll- und Handelsvereins, nämlich der Krone Bayern, der Krone Sachsen, und der Krone Württemberg, zugleich die Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen vertretend; des Großherzogthums Baden, des Kurfürstenthums Hessen, des Großherzogthums Hessen, zugleich das Landgräfllich Hessische Amt Homburg vertretend, der den Thüringischen Zoll- und Handelsverein bildenden Staaten, namentlich des Großherzogthums Sachsen, der Herzogthümer Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg und Gotha, und der Fürstenthümer Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen, Reuß-Grreiz, Reuß-Schleiz und Reuß-Lobenstein und Ebersdorf, des Herzogthums Braunschweig, des Herzogthums Nassau und der freien Stadt Frankfurt einerseits, und

Seine Majestät der König der Belgier andererseits, gleichmäßig von dem Wunsche befeelt, unverzüglich zwischen dem Zollvereine und Belgien einen Ihren gegenseitigen Handels-Interessen entsprechenden Zustand einzurichten und ihre Schiffahrts- und Handels-Beziehungen auf dauernden Grundlagen zu bestellen, indem Sie Sich vorbehalten, dieselben durch neue wechselseitige Begünstigungen zu erweitern, sind übereingekommen, zu dem Zwecke in Unterhandlung zu treten und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preußen, den Herrn Alexander Heinrich Freiherrn von Arnim, Allerhöchst-Ihren Kammerherrn, Geheimen Legations-Rath und außerordentlichen

Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Könige der Belgier, Ritter des Königlich Preussischen rothen Adler-Ordens zweiter Klasse, des St. Johanner-Ordens und des Königlich Preussischen eisernen Kreuzes, Ritter des Kaiserlich Russischen Militär-St. Annen-Ordens dritter Klasse und des St. Georgen-Ordens fünfter Klasse, Commandeur des Großherzoglich Badischen Ordens vomähringer Löwen und des Großherzoglich Hessischen Ludwigs-Ordens;

Seine Majestät der König der Belgier, den General-Lieutenant Grafen Goblet von Alviella, Allerhöchst-Ihren Flügel-Adjutanten, Staats-Minister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, General-Inspector der Festungen und des Genie-Corps, Mitglied der Repräsentanten-Kammer, Offizier Allerhöchst-Ihres Ordens, Großkreuz des Sachsen-Ernestinischen Hausordens, Großkreuz des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens, Großkreuz des Großherzoglich Oldenburgischen Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig, Commandeur der Französischen Ehren-Legion, Ritter des Kaiserlich Russischen St. Annen-Ordens zweiter Klasse und des Militär-Wilhelms-Ordens dritter Klasse, welche, nachdem sie ihre Vollmachten ausgewechselt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden haben, über die folgenden Artikel übereingekommen sind:

Erster Artikel.

Die Schiffe Preußens oder eines der übrigen Staaten des Zollvereins, welche mit Ballast oder mit Ladung in die Häfen Belgiens eingehen oder von dort ausgehen werden, und umgekehrt die belgischen Schiffe, welche mit Ballast oder mit Ladung in die Häfen Preußens oder in einen der Häfen der übrigen Staaten des Zollvereins eingehen oder von dort ausgehen werden, welches auch der Ort ihrer Herkunft oder ihrer Bestimmung sei, sollen keinen Tonnen-, Flaggen-, Hafen-, Baken-, Lootsen-, Anker-, Schlepp-, Leuchtturms-, Schleusen-, Kanal-, Quarantäne-, Bergungs-, Mäcker-, Entrepot-Geldern, noch anderen Zöllen oder Abgaben, welcher Art oder Benennung es sei, die im Namen und zum Vortheil der Regierung, öffentlicher Beamten, Orts-Verwaltungen oder Anstalten irgend einer Art zur Erhebung kommen, unterworfen werden, als denen, welche für Nationalschiffe bei dem Eingange und während ihres Aufenthalts in diesen Häfen, oder bei ihrem Ausgange gegenwärtig bestehen oder in der Folge eingeführt werden können.

Zweiter Artikel.

In Allem, was das Aufstellen der Schiffe, ihr Ein- und Ausladen in den Häfen, Rheiden, Plägen und Bassins betrifft, und überhaupt in Hinsicht aller Förmlichkeiten und sonstigen Bestimmungen, welchen die Handelsschiffe, ihre Mannschaft und ihre Ladung unterworfen werden können, ist man gleichmäßig übereingekommen, daß den Nationalschiffen kein Privilegium oder Vorzug zugestanden werden soll, welcher nicht auf dieselbe Weise den Schiffen des anderen Theiles zukommen würde, indem der Wille der beiden hohen vertragenden Theile dahin geht, daß auch in dieser Beziehung ihre Schiffe auf dem Fuße einer völligen Gleichstellung behandelt werden sollen.

Dritter Artikel.

Die Erstattung des Zolles, welchen die Regierung der Niederlande von der Schifffahrt der Schelde in Folge des dritten Paragraphen des neunten Artikels des Vertrages vom neunzehnten April Eintausend achthundert neununddreißig erhebt, wird den Schiffen der Staaten des Zollvereins von Belgien zugesichert.

Vierter Artikel.

Alle Erzeugnisse und andere Gegenstände des Handels, deren Einfuhr oder Ausfuhr gesetzlich in die Staaten der hohen vertragenden Theile auf Nationalschiffen wird Statt finden können, sollen in gleicher Weise auf Schiffen des anderen vertragenden Theils dorthin eingeführt oder von dort ausgeführt werden können.

Die Waaren, welche auf Schiffen des einen oder des anderen Theils in die Häfen des Zollvereins und Belgiens eingeführt werden, sollen dort zum Verbrauch, zum Transit oder zur Weiterabfuhr bestimmt, oder endlich nach dem Belieben des Eigenthümers oder seiner Nachhaber, in Entrepot gebracht werden können, ganz unter denselben Bedingungen und ohne größeren Magazinsgebühren, Bewachungs- oder sonstigen Kosten dieser Art unterworfen zu werden, als denjenigen, welchen die auf Nationalschiffen angebrachten Waaren unterliegen.

Fünfter Artikel.

Die Waaren jeder Art ohne Unterschied des Ursprungs, welche direct aus den Häfen des Zollvereins in die Häfen Belgiens auf Schiffen eines der Staaten des Zollvereins, ebenso die Waaren, welche direct aus den Häfen Belgiens in die Häfen des Zollvereins auf belgischen Schiffen eingeführt werden, sollen in den beiderseitigen Häfen weder andere noch höhere Eingangs- oder Ausgangs-Abgaben entrichten, auch keinen andern Förmlichkeiten unterworfen werden, als wenn die Einfuhr auf Nationalschiffen erfolgte.

Auf gleiche Weise sollen die Waaren jeder Art behandelt werden, welche aus den Häfen Belgiens auf Schiffen des Zollvereins oder aus den Häfen des Zollvereins auf belgischen Schiffen, wohin auch die Bestimmung derselben seyn möge, ausgeführt werden.

Separat-Artikel.

Während die Ladungen der Schiffe des Zollvereins, welche in indirecter Fahrt nach Belgien kommen, Differentialzöllen unterworfen sind, sollen die belgischen Schiffe, welche in die Häfen des Zollvereins Ladungen einführen, die weder in einem Hafen des Zollvereins, noch in einem Hafen Belgiens geladen sind, eine außerordentliche Flaggenabgabe entrichten, welche die Hälfte des gegenwärtigen Satzes dieser Abgabe nicht übersteigen wird.

Diese Bestimmung soll bis zum ersten Januar Eintausend achthundert achtundvierzig und über diesen Zeitpunkt hinaus für die ganze Dauer des gegenwärtigen Vertrages in Kraft bleiben, wenn nicht zu dem genannten Zeitpunkte der eine oder der andere der hohen vertragenden Theile eine allgemeine Veränderung in dem Systeme seiner Schifffahrts-Gesetzgebung einführt.

In letzterem Falle werden die hohen vertragenden Theile sich verständigen, um die Bestimmung des ersten Absatzes des gegenwärtigen Artikels mit den etwa einzuführenden Modifikationen in Uebereinstimmung zu setzen.

Sechster Artikel.

Die Erzeugnisse des Bodens und des Gewerbflusses des Zollvereins, welche in den Häfen an den Mündungen der Ströme von der Elbe bis zur Maas, diese beide Ströme einbegriffen, auf Schiffen des Zollvereins geladen und direct in die belgischen Häfen eingeführt werden, sollen in letzteren ebenso behandelt werden, als wenn sie direct aus einem Hafen des Zollvereins kämen.

Deffen in Erwiderung sollen die Erzeugnisse des Bodens und des Gewerbflusses Belgiens, welche in den Häfen der Maas auf belgischen Schiffen geladen und direct in die Häfen des Zollver-

eins eingeführt werden, in letzteren ebenso behandelt werden, als wenn sie direct aus einem belgischen Hafen kämen.

Uebrigens sollen die Erzeugnisse des Bodens und des Gewerbefleißes des Zollvereins, welche auf Schiffen des Zollvereins entweder direct oder aus den, den Häfen des Zollvereins gleichgestellten und im ersten Absätze bezeichneten Häfen nach den, den belgischen Häfen gleichgestellten und im zweiten Absätze bezeichneten Häfen gebracht werden, bei ihrer demnächstigen Einfuhr in Belgien ebenso behandelt werden, als wenn sie direct und auf einem Schiffe des Zollvereins in einem belgischen Hafen eingeführt wären; und gleicherweise sollen die Erzeugnisse des Bodens und des Gewerbefleißes Belgiens, welche auf belgischen Schiffen entweder direct oder aus den gleichgestellten Häfen der Maas in die gleichgestellten Häfen von der Elbe bis zur Maas angebracht werden, bei ihrer demnächstigen Einfuhr in den Zollverein ebenso behandelt werden, als wenn sie direct und auf einem belgischen Schiffe in einen Hafen des Zollvereins eingeführt wären.

Die beiden hohen vertragenden Theile behalten sich vor, die zur Feststellung des Ursprungs der Waaren erforderlichen Beweise, insoweit diese Beweise nöthig sein sollten, durch gemeinsame Abrede festzustellen.

Siebenter Artikel.

Die Prämien, Zollvergütungen oder andere Begünstigungen dieser Art, welche in den Staaten eines der beiden hohen vertragenden Theile den Nationalschiffen oder deren Ladungen bewilligt sind oder bewilligt werden könnten, sollen in gleicher Weise sowohl den Schiffen des anderen Theils, als auch den Waaren bewilligt werden, welche direct auf Schiffen des einen oder des anderen Theiles von dem einen Lande nach dem anderen eingeführt, oder, wohin auch die Bestimmung derselben sein möge, ausgeführt werden.

Eine Ausnahme jedoch hiervon und von den Bestimmungen des ersten und vierten Artikels soll in Betreff der Begünstigungen Statt finden, deren die Erzeugnisse der National-Fischerei und der Handel mit Salz gegenwärtig genießen, oder in Zukunft genießen möchten.

Achter Artikel.

Die Unterthanen eines jeden der beiden vertragenden Theile werden sich in Beziehung auf die Ausübung der Küsten-Schifffahrt den Gesetzen unterwerfen, welche in dieser Hinsicht in jedem der Staaten der beiden hohen vertragenden Theile gegenwärtig bestehen, oder in Zukunft angeordnet werden möchten.

Neunter Artikel.

Die Schiffe des Zollvereins, welche nach einem der Häfen Belgiens kommen, und die Schiffe Belgiens, welche nach einem der Häfen des Zollvereins kommen, und welche daselbst nur einen Theil ihrer Ladung löschen wollen, können, vorausgesetzt, daß sie sich nach den Gesetzen und Reglements der Staaten der beiden hohen vertragenden Theile richten, den nach einem andern Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil der Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen, ohne für diesen Theil der Ladung irgend eine Abgabe, außer wegen der Bewachung, zu entrichten.

Zehnter Artikel.

Die Schiffe des einen der beiden hohen vertragenden Theile, welche in einem der Häfen des anderen Theiles im Nothfalle einkommen, sollen daselbst weder für das Schiff, noch für dessen

Ladung andere Abgaben bezahlen, als diejenigen, welchen die Nationalschiffe im gleichen Falle unterworfen sind, vorausgesetzt, daß die Nothwendigkeit des Einlaufens gesetzlich festgestellt ist, daß ferner diese Schiffe keinen Handelsverkehr treiben, und daß sie sich in dem Hafen nicht länger aufhalten, als die Umstände, welche das Einlaufen nothwendig gemacht haben, erheischen.

Elfter Artikel.

Im Falle der Strandung oder des Schiffbruchs eines Schiffes des einen der hohen vertragenden Theile an den Küsten des anderen, wird dem Capitan und der Mannschaft sowohl für ihre Person, als auch für das Schiff und dessen Ladung, alle Hülfe und Beistand geleistet werden. Die Maafregeln wegen der Vergung werden nach Maßgabe der Landesgesetze Statt finden, und es werden keine höheren Vergungskosten entrichtet werden, als diejenigen, welchen die nationalen im gleichen Falle unterworfen seyn würden.

Die geborgenen Waaren sollen zu keiner Abgabentrückung verpflichtet seyn, es sei denn, daß sie in den Verbrauch übergehen.

Zwölfter Artikel.

Die vorhergehenden Bestimmungen (Artikel eins, zwei, vier, fünf, sechs, sieben und neun) sollen ebensowohl auf die Schifffahrt zur See, wie auf die Flußschifffahrt Anwendung finden, so daß namentlich in Beziehung auf Abgaben von der Waare, auf Abgaben der Schifffahrt, sei es für das Schiff oder für die Ladung, ferner hinsichtlich der Patent- und aller anderen Abgaben oder Auflagen irgend einer Art oder Benennung, die Schiffe des andern vertragenden Theiles weder mit anderen, noch mit höheren Abgaben belegt werden können, als diejenigen, denen die Nationalschiffe unterliegen.

Dreizehnter Artikel.

Die beiderseitigen Consuln sollen befugt seyn, die Matrosen, welche von Schiffen ihrer Nation desertirt seyn sollten, festnehmen zu lassen und sie an Bord oder in ihre Heimath zurückzusenden. Zu diesem Zwecke werden sie sich schriftlich an die zuständigen Ortsbehörden wenden und durch Mittheilung der Schiffsregister oder der Musterrolle oder durch andere amtliche Dokumente, im Original oder in gehörig beglaubigter Abschrift, den Beweis führen, daß die reklamirten Individuen zu der betreffenden Mannschaft gehört haben. Auf die in solcher Weise gerechtfertigte Reklamation soll die Auslieferung nicht versagt werden können. Es soll ihnen aller Beistand gewährt werden für die Auffindung und Festnahme der gedachten Deserteurs, welche verhaftet und in den Gefängnissen des Landes auf Requisition und auf Kosten der Consuln so lange in Verwahrung gehalten werden sollen, bis die Consuln Gelegenheit gefunden haben, dieselben fortzusenden. Wenn jedoch diese Gelegenheit innerhalb des Verlaufs von drei Monaten, angerechnet vom Tage der Festnahme, sich nicht darbieten sollte; so werden die Deserteurs in Freiheit gesetzt und können wegen derselben Ursache nicht wieder verhaftet werden.

Es versteht sich, daß die Seeleute, welche Unterthanen des anderen Theiles sind, von der gegenwärtigen Bestimmung ausgenommen bleiben.

Vierzehnter Artikel.

Wenn einer der hohen vertragenden Theile in der Folge einem andern Staate irgend eine besondere Begünstigung in Beziehung auf die Schifffahrt gewähren sollte, so wird diese Begünstigung auch dem andern Theile zu Statten kommen, welcher dieselbe ohne Entgelt genießen soll, wenn die Concession ohne Entgelt gewährt ist, oder, wenn die Concession an eine Bedingung geknüpft ist, gegen Bewilligung desselben Entgelts.

Fünfzehnter Artikel.

Es sollen als Schiffe des Zollvereins oder Belgiens diejenigen angesehen werden, welche als solche in den Staaten, welchen sie angehören, nach Maßgabe der bestehenden Gesetze und Reglements anerkannt werden. Es versteht sich indeß, daß die Befehlshaber der Seeschiffe die Nationalität derselben durch Seebriefe beweisen müssen, welche in den vorgeschriebenen Formen ausfertigt und mit der Unterschrift der zuständigen Behörde des Landes, welchem das Schiff angehört, versehen sind, und daß einer Theils die Schiffsführer oder Patrone vom Redar, vom Main, von der Mosel und vom Rhein und andererseits die Schiffsführer oder Patrone von der Maas und der Schelde ihre Berechtigung zur Schifffahrt auf einem der bezeichneten Flüsse nachweisen müssen, um zur Schifffahrt auf den dem andern vertragenden Theile gehörenden Flüssen zugelassen zu werden.

Sechszehnter Artikel.

Es soll völlige und unbeschränkte Freiheit des Verkehrs zwischen den Unterthanen der beiden hohen vertragenden Theile bestehen, in dem Sinne, daß ihnen dieselben Erleichterungen, dieselbe Sicherheit und derselbe Schutz, welchen die nationalen genießen, beiderseits zugesichert werden. Demgemäß werden die beiderseitigen Unterthanen in Beziehung auf ihren Handel oder ihr Gewerbe in den Häfen, Städten oder sonstigen Orten der beiden hohen vertragenden Theile, sei es, daß sie sich dort niederlassen, oder daß sie sich nur vorübergehend dort aufhalten, weder andere noch höhere Abgaben, Taxen oder Auflagen entrichten, als diejenigen, welche von den nationalen zu entrichten sind, und die Privilegien, Freiheiten und anderen Begünstigungen, deren in Beziehung auf Handel oder Gewerbe die Unterthanen des einen der beiden hohen vertragenden Theile genießen, sollen auch den Unterthanen des anderen zukommen.

Die Patentsteuer, welche von den Handelsreisenden in den Staaten des einen der beiden hohen vertragenden Theile zu entrichten ist, wird auf beiden Seiten auf einen gleichmäßigen, gemeinsam zu bestimmenden Satz ermäßigt werden.

Siebzehnter Artikel.

Der Durchgang der von Belgien kommenden oder dorthin gehenden Waaren, welche durch die nachstehenden Gebietsheile des Zollvereins transitiren, soll den folgenden Abgaben als höchsten Sätzen unterworfen seyn:

- a. Die Durchgangsabgabe soll nicht mehr als einen halben Silbergroschen vom Zollcentner für alle Waaren betragen, welche auf der belgisch-rheinischen Eisenbahn in Köln ankommen und von dort aus dem Gebiete des Zollvereins auf dem Rhein zu Berg oder zu Thal ausgeführt werden; desgleichen sollen alle Waaren, welche, nachdem sie auf dem Rheine in das Gebiet des Zollvereins über Emmerich und Neuburg eingetreten und in Köln zu Schiffe angekommen sind, von dort über Aachen auf der belgisch-rheinischen Eisenbahn ausgeführt werden, keinem höheren Zoll als einen halben Silbergroschen vom Zollcentner unterliegen.
- b. Die Transitabgabe wird auf einen halben Silbergroschen vom Zollcentner in Beziehung auf alle Straßenzüge ermäßigt, welche von der belgischen Grenze ausgehen und das Gebiet des Zollvereins auf der linken Seite des Rheins durchschneiden, um in die Rheinhäfen auszulassen und umgekehrt.
- c. Die Durchgangsabgabe wird gleichfalls auf einen halben Silbergroschen vom Zollcentner in

Beziehung auf die Straßenzüge ermäßigt, welche mit Berührung des Gebiets des Zollvereins von Belgien nach Frankreich, von Belgien nach den Niederlanden, und von Belgien nach Belgien gehen.

d. Die Transttabgabe wird ebenso auf einen halben Silbergroschen vom Zollcentner in Beziehung auf die Straßen ermäßigt, welche von Belgien aus durch das Gebiet des Zollvereins gehen und auf der deutschen Gränze von Saarbrück bis Mittenwald einschließlich ausgehen, und umgekehrt.

e. Die Durchgangsabgabe wird auf zehn Silbergroschen vom Zollcentner in Beziehung auf die Straßen ermäßigt, welche das Gebiet des Zollvereins durchschneiden, um auf der Gränze zwischen Mittenwald ausschließlich und der Donau einschließlich auszugehen.

Die Transttabgabe, welche für nachstehende Gegenstände, nämlich baumwollene Waaren, neue Kleider, Leder und Lederwaaren, Wolle, wollen Garn und wollene Waaren besteht, wird für jezt nur auf fünfzehn Silbergroschen für die im Tarif des Zollvereins, dritte Abtheilung, zweiter Abschnitt, bezeichneten Straßenzüge ermäßigt.

Achtzehnter Artikel.

Die Freiheit des Durchgangs durch Belgien wird, mit Befreiung von allen Abgaben für den Durchgang auf der belgischen Eisenbahn, sowohl für die Waaren aufrecht erhalten, welche aus den Staaten des Zollvereins kommen, als auch für die, welche dorthin gehen, nach Maßgabe der darüber gegenwärtig bestehenden Bestimmungen.

Die Abgabefreiheit, deren Tuch-, Casimir- und gleichartige Waaren in Belgien bei dem Durchgange auf der Eisenbahn genießen, wird auf den Durchgang dieser Gegenstände auf jedem anderen Wege ausgedehnt.

Die Durchgangsabgabe für Schiefer, welcher aus dem Zollvereine kommt, nach Belgien über die zu dem Zwecke geöffneten Zollämter eingeht, und über die zum Durchgange geöffneten Ämter an der Gränze zwischen Belgien und dem Zollverein ausgeht, soll nach der Wahl des Betheiligten auf fünfzehn Centimen für hundert Franken an Werth, oder auf fünfundzwanzig Centimen für hundert Kilogramme ermäßigt werden.

Der Durchgang der Lohrinde aus dem Großherzogthum Luxemburg nach den Staaten des Zollvereins durch Belgien über die gemeinsam zu verabredenden Zollämter soll von allem Zolle frei seyn.

Neunzehnter Artikel.

Das Eisen belgischen Ursprungs soll bei dem Eingange in die Staaten des Zollvereins über die Landgränze zwischen beiden Ländern zugelassen werden, wie folgt:

- a. das unter Lit. A im Tarif des Zollvereins bezeichnete Eisen (Roheisen, Bruch Eisen u. s. w.) mit einer Ermäßigung von fünfzig vom Hundert auf die mit dem ersten September Achtzehnhundert vierundvierzig eingetretene allgemeine Abgabe;
- b. das unter Lit. B des gedachten Tarifs bezeichnete Eisen zu dem Sage von einem Thaler sieben und einem halben Silbergroschen vom Centner, das heißt: mit einer Ermäßigung von fünfzig vom Hundert auf die mit dem ersten September Achtzehnhundert vierundvierzig eingetretene Zollerhöhung;
- c. die anderen Gattungen, faconnirtes, verarbeitetes oder unverarbeitetes Eisen, Eisenwaaren jeder

Art, welche unter den folgenden Kategorien desselben Tarifs begriffen sind, zu den durch diesen Tarif festgestellten allgemeinen Abgabesätzen.

Man ist übereingekommen, daß, wenn die Eingangsabgaben auf die verschiedenen Kategorien von Eisen und Eisenwaaren erhöht werden sollten, diese Erhöhung sich während der Dauer des gegenwärtigen Vertrags nicht auf die aus Belgien kommenden Gegenstände erstrecken wird; und daß wenn im Gegentheile die Abgaben ermäßigt werden sollten, diese Ermäßigung auf die gedachten Gegenstände in der Weise Anwendung finden wird, daß den belgischen Erzeugnissen dieselbe Begünstigung auf das Eisen der ersten und zweiten Kategorie und die Gleichheit der Behandlung bei der Einfuhr für das verarbeitete oder nicht verarbeitete Eisen der übrigen Kategorien bewahrt wird.

Wenn es jedoch in Folge von Ermäßigungen des Zollvereins-Tarifs dahin kommen sollte, daß die Begünstigung von fünf Silbergroschen bei der Kategorie a und von sieben und einem halben Silbergroschen bei der Kategorie b nicht ausführbar wäre, ohne zu Gunsten der genannten Gattungen belgischen Eisens unter den vor dem ersten September Achtzehnhundert vierundvierzig bestehenden allgemeinen Tarif herabzugehen, so würden alsdann die beiden hohen vertragenden Theile sich über die Belgien bei dem Eintritt jener Ermäßigungen zu gewährenden Compensationen verständigen.

Zwanzigster Artikel.

Die in dem Zollvereine bestehenden Ausgangs-Abgaben auf Wolle sollen in Beziehung auf die für Belgien bestimmte Wolle um die Hälfte ermäßigt werden.

Einundzwanzigster Artikel.

Die in dem Zollverein bestehende Eingangs-Abgabe für Käse belgischen Ursprungs soll um fünfzig vom Hundert ermäßigt werden.

Eine Anzahl von fünfzehntausend Hammeln aus Belgien soll jedes Jahr in dem Zollvereine frei von allem Zolle über die demnächst zu bezeichnenden Aemter eingelassen werden.

Zweiundzwanzigster Artikel.

Die Eingangs-Abgabe für die Weine aus dem Zollvereine sowohl zu Lande als zur See soll auf 50 Centimen per Hectoliter für die Weine in Fässern und auf zwei Franken per Hectoliter für die Weine in Flaschen ermäßigt, und außerdem soll die gegenwärtig für diese Weine bestehende Accise um fünfundzwanzig vom Hundert vermindert werden.

Die gegenwärtig in Belgien bestehende Eingangs-Abgabe für Seidenwaaren aus dem Zollvereine soll um zwanzig vom Hundert für die in dem Zollvereine erzeugten Seidenwaaren ermäßigt werden.

Während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages dürfen die in solcher Weise ermäßigten Eingangs- und Accise-Abgaben nicht erhöht werden, und es versteht sich, daß die Weine und Seidenwaaren jedes andern Ursprungs als die, welche aus dem Zollvereine kommen, nicht günstigeren Abgaben irgend einer Art in Belgien unterworfen werden dürfen, als die, welche beziehungsweise auf die Weine und Seidenwaaren aus dem Zollvereine Anwendung finden.

Dreiundzwanzigster Artikel.

Der Ausgang der Lohrinde aus Belgien über die Aemter Jolhay, Petit-Grer und Francorchamps soll zu einer Abgabe von sechs vom Hundert vom Werthe Statt finden.

Vierundzwanzigster Artikel.

Die sogenannten Nürnberger Waaren, welche in dem belgischen Zolltarif unter der Kategorie „Mercerie“ begriffen sind, sollen im gedachten Tarif besonders aufgeführt werden, mit einer Eingangs-Abgabe von fünf vom Hundert vom Werth.

Die in Belgien bestehende Eingangs-Abgabe auf Robewaaren, welche aus dem Zollvereine herrühren, soll auf den Satz von zehn vom Hundert vom Werth wieder hergestellt werden, so wie derselbe sich aus dem belgischen Zolltarif vor dem belgischen Arrêté vom vierzehnten Juli Achtzehnhundert dreiundvierzig ergibt.

Werkzeuge und Instrumente von Eisen und Stahl, welche aus dem Zollvereine herrühren, sollen bei dem Eingange in Belgien keinen höheren Abgaben, als gegenwärtig bestehen, unterworfen werden.

Eben dasselbe ist in Beziehung auf Baumwollen-Waaren jeder Art und desselben Ursprungs verabredet.

Mineralwasser aus dem Zollvereine ist frei von Eingangs-Abgaben in Belgien.

Fünfundzwanzigster Artikel.

Belgien wird fortfahren, westphälisches oder braunschweigisches Leinengarn bis zu einer Quantität von zweihundertfünfzigtausend Kilogrammen jährlich und der Abgabe von fünf Centimen für hundert Kilogramme zuzulassen.

Sechszwanzigster Artikel.

Das Gesetz vom sechsten Juni Achtzehnhundert neununddreißig in Betreff der Handelsbeziehungen Belgiens zu dem Großherzogthum Luxemburg wird aufrecht erhalten.

Siebenundzwanzigster Artikel.

Um die Handels-Beziehungen und den Durchgangs-Verkehr zwischen den Staaten der beiden hohen vertragenden Theile zu begünstigen, ertheilen dieselben sich gegenseitig die Zusicherung, den Verkehr auf ihrer Landgränze so leicht, so schnell und so wohlfeil als möglich zu machen; wenn auf der einen oder der anderen Seite Vorsichtsmaßregeln für nothwendig erachtet werden, um Mißbräuchen vorzubeugen oder solche zu beseitigen, so sollen diese Maßregeln in der Weise eingerichtet werden, daß sie weder der Leichtigkeit, noch der Schnelligkeit, noch der Wohlfeilheit der Transporte aus dem Gebiete des einen nach dem des anderen der beiden hohen vertragenden Theile Eintrag thun.

Achtundzwanzigster Artikel.

Die beiden hohen vertragenden Theile behalten sich vor, durch eine zu dem Ende abzuschließende Uebereinkunft diejenigen ferneren Maßregeln festzustellen, welche unter beiderseitigem Einverständniß zu ergreifen seyn werden, um den Schleichhandel an der Gränze zwischen dem Zollvereine und Belgien zu unterdrücken.

Die belgische Regierung verpflichtet sich, schon jetzt von den Befugnissen Gebrauch zu machen, welche ihr die Artikel einhundert achtundsiebzig und folgende des allgemeinen Gesetzes vom sechszwanzigsten August Achtzehnhundert zweiundzwanzig und die Artikel dreizehn und folgende des Gesetzes vom sechsten April Achtzehnhundert dreiundvierzig unter Anderem wegen Unterdrückung der in gedachten Gesetzen erwähnten Niederlagen und Magazine gewähren. Dessen in Erwiderung verpflichtet sich die preussische Regierung, ähnliche Mittel anzuwenden, um den Schleichhandel, welcher zum Nachtheil Belgiens an der deutsch-belgischen Gränze Statt findet, zu unterdrücken.

Neunundzwanzigster Artikel.

Jeder deutsche Staat, welcher dem Zollvereine beitreten wird, soll als mitvertragender Theil bei dem gegenwärtigen Vertrage angesehen werden.

Dreißigster Artikel.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratificirt und die Ratifikationen desselben sollen zu Brüssel binnen fünfzig Tagen, oder wo möglich früher, ausgetauscht werden.

Die belgische Regierung verpflichtet sich, von den ihr zustehenden Befugnissen schon jetzt Gebrauch zu machen, um binnen zehn Tagen nach der Unterzeichnung des Vertrages die Bestimmungen der Artikel eins, drei und zweiundzwanzig in Ausführung zu bringen.

Der Vertrag wird in Kraft und Wirksamkeit bleiben für die Dauer von sechs Jahren, angerechnet vom ersten Januar Achtzehnhundert fünfundvierzig; doch können die hohen vertragenden Theile denselben auch vor diesem Zeitpunkte unter beiderseitigem Einverständniß in Ausführung bringen.

Im Falle, daß sechs Monate vor Ablauf der im Vorstehenden verabredeten sechs Jahre, weder der eine noch der andere der hohen vertragenden Theile mittelst einer amtlichen Erklärung seine Absicht, die Wirksamkeit des Vertrags aufhören zu lassen, zu erkennen gibt, soll der Vertrag auf ein Jahr über gedachten Zeitpunkt hinaus und so auch fortgesetzt von einem Jahre zum andern in Kraft bleiben.

Zur Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben die Siegel ihrer Wappen beigeschrieben.

Doppelt ausgefertigt zu Brüssel am ersten Tage des Monats September im Jahre des Heils Eintausend achthundert vierundvierzig.

(Gezeichnet). Arnim.

(L. S.)

(Gezeichnet). Goblet.

(L. S.)

(Die Auflösung der Domänenverwaltung Eitenheim betreffend.)

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben durch allerhöchste Entschliessung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 5. d. M. die Auflösung der Domänenverwaltung Eitenheim auf den 1. Januar 1845 anzuordnen, und zugleich die Vereinigung ihres Bezirks mit der Domänenverwaltung Lahr, dagegen die Vereinigung der mit ihr verbundenen Forst- und Amtscasse mit der Forst-, beziehungsweise Amtscasse Kenzingen zu verfügen geruht. Dieses wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 7. December 1844.

Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Glöck.

Stelle, die zur Bewerbung bekannt gemacht wird.

Bei dem Bezirksamt Möckirch ist die Stelle eines Amtsvorstandes erledigt, welche bei der geringen Zahl der bisherigen Bewerber wiederholt zur Bewerbung ausgeschrieben wird. Diejenigen, welche um diesen Dienst nachsuchen wollen, haben sich innerhalb vier Wochen bei der Fürstlich Fürstenbergischen Domänenkanzlei zu Donauöschingen vorschriftsmäßig zu melden.

Berichtigung.

Im Regierungsblatt Nr. XXXII., Seite 300, Zeile 9 von oben soll es heißen: statt Hauptamts-
controleurs — Hauptzollamtsverwalters.

Staats- und Regierungs-Blatt.

 Karlsruhe, den 24. Dezember 1844.

Bekanntmachungen.

Den Verlag und den Preis des Regierungsblatts betreffend.

Das Großherzogliche Staats- und Regierungsblatt wurde neuerlich vom 1. Januar 1845 an der hiesigen Buchdruckerei von Malsch und Vogel in Verlag gegeben.

Der Preis desselben mit Ausschluß des Postportos und Trägerlohns ist auf drei viertels Kreuzer für den Bogen festgestellt. Ein Bogen Tabellen wird für zwei Bogen Currentdruck berechnet.

Nach dem Schluß des Jahres wird hiernach der Preis für den Jahrgang berechnet und veröffentlicht.

Dem Verleger ist jedoch gestattet, im Anfange des Jahrs den Preis für 35 Bogen einstreifen voraus zu erheben.

Dem Verleger sind für einzelne nachgeforderte Bogen mit Einschluß der Verpackung 2 Kreuzer vom Bogen zu vergüten.

Die bisher bestandene Abgabe der Freieremplare von Seiten des Verlagsunternehmers ist in Gemäßheit höchster Staatsministerial-Entschliessung vom 2. Oktober l. J. Nr. 1590 aufgehoben. Diejenigen Behörden und Personen, welche bisher Freieremplare bezogen haben, und für die Zukunft das Regierungsblatt gegen Bezahlung zu erhalten wünschen, haben daher ihre Bestellungen entweder bei der Großherzoglichen Oberpostamts-Zeitungsexpedition in Karlsruhe oder den ihnen zunächst gelegenen Postämtern zu machen.

Karlsruhe, den 10. Dezember 1844.

Ministerium des Innern.

Eichrodt.

Vdt. Reinhardt.

Die Tilgung des Eisenbahnanlehens betreffend.

Man bringt hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß nach der diesseitigen Bekanntmachung vom 20. v. M., Regierungsblatt No. XXXI., am 14. d. M. in Gegenwart einer Großherzoglichen Commission folgende Eisenbahnobligationen gezogen worden sind:

26 Stücke à fl. 1000.

404	1431	1447	2001	2743	3529	3974	4706	4979
1250	1456	1841	2059	3453	3820	3999	4821	5005
1264	1467	1943	2075	3486	3908	4412	4885	

63 Stücke à fl. 500.

93	1172	2657	4275	5590	7104	8124	9023	10559
156	1394	2829	4456	5772	7151	8283	9223	10873
245	1855	2974	4538	6097	7161	8530	9592	10913
354	2270	3095	4763	6196	7344	8572	9687	11020
911	2299	3481	5161	6292	7536	8652	9929	11078
1143	2484	3688	5185	6607	7820	8707	10013	11622
1161	2564	3939	5187	6844	8073	8891	10075	11933

99 Stücke à fl. 100.

138	1973	4011	5692	8016	10058	13561	15057	17283
235	1977	4138	5818	8350	10613	13763	15509	17349
513	2078	4222	6122	8392	10659	14147	15848	17580
872	2174	4274	6138	8585	10748	14294	16115	17621
1003	2323	4342	6627	8840	11100	14305	16344	17727
1218	2560	4365	6950	9005	11480	14506	16512	18026
1224	2654	4445	6970	9016	12318	14570	16536	18068
1288	2770	4561	7383	9262	12445	14649	16858	18127
1351	2825	4566	7539	9279	12671	14752	16938	18172
1574	3199	4627	7656	9710	12897	14911	16942	18505
1670	3908	5176	7692	9948	12945	15016	17215	18651

Die gezogenen Obligationen werden den Besitzern zur Heimzahlung in dem Nominalkapital auf den 1. Juli 1845 gekündigt, und von diesem Zeitpunkte an hört die Verzinsung auf.

Wer die Zahlung früher zu erhalten wünscht, kann das Capital mit den Zinsen bis zum Zahlungstag, vom 1. Januar 1845 an, erheben. **Carlsruhe, den 15. Dezember 1844.**

Ministerium der Finanzen.

Kegener.

Vdt. Pfeilbider.

Die Bestimmung des Zinsfußes für das Jahr 1845 bei Darlehen der Zehntschulden tilgungskasse betreffend.

Unter Bezug auf den §. 79 des Zehntablösungsgesetzes vom 15. November 1833 (Regierungsblatt No. XLIX.) und den §. 7 der diesseitigen Verordnung vom 27. Mai 1836 (Regierungsblatt No. XXXI.) wird andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Zinsfuß für die von den Zehntpflichtigen verlangt werden den Darlehen aus der Zehntschulden tilgungskasse für das Jahr 1845 auf 4 1/2 Procent bestimmt worden ist, mit dem Vorbehalt der Abänderung für den Fall, daß im Laufe dieses Jahres wesentliche Veränderungen im Zinsfuße, nach welchem die Zehntschulden tilgungskasse Anlehen machen kann, eintreten sollten.

Carlsruhe, den 13. Dezember 1844.

Ministerium des Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Pfeilschider.

In dem weiblichen Lehr- und Erziehungs-Institut zu Offenburg sind zwei Freiplätze offen, der eine von der landesherrlichen Vergebung abhängig für ein Mädchen aus dem ehemaligen Baden-Badischen, der andere von der erzbischöflichen Vergebung abhängig für ein Mädchen aus den vormaligen österreichischen Landestheilen.

Diejenigen, welche sich um den von der landesherrlichen Vergebung abhängigen Freiplatz zu bewerben gedenken, haben sich mit ihren Gesuchen unter Vorlage der erforderlichen Zeugnisse über Alter, Herkommen, Vermögensumstände und Aufführung binnen 4 Wochen an den katholischen Oberkirchenrath, die Bewerber um den andern Freiplatz aber auf gleiche Weise und binnen der nämlichen Frist an das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg zu wenden.

Stiftungen.

Nachstehende Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zur Ehre der Geber hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es haben gestiftet:

Der verstorbene Kronenwirth Anton Weißmann zu Böhlingen, Amts Raboltszell, an den dortigen Armenfond 150 fl. und an den Kirchenfond 100 fl.;

Johann Fischer von Neustadt zu dem Löfflinger Armenfond 100 fl., deren Zinsertrag jährlich vertheilt werden soll;

der fürstlich fürstenbergische Hofrath Dürhammer von Donaueschingen in den Kirchenfond zu Hüfingen 300 fl.;

Wittwe Göß von Hüfingen in den Schulfond für arme Schulkinder daselbst 200 fl.

Erlaubniß zum Tragen fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben durch die allerhöchsten Ordres vom 12. und 26. November d. J. allergnädigst geruht, für nachstehende von Seiner Hoheit dem Herzog von Sachsen-Altenburg gnädigst verliehenen Orden die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen zu ertheilen: dem Major von Roggenbach vom General-Quartiermeisterstab und dem Major

und Zeughausdirector Köbel für das Ritterkreuz, und dem Hauptmann und Adjutanten des Armeecorps-Commandanten, Waag, für das Verdienstkreuz des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens.

Ordens-Verleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht:
dem Königl. Württembergischen Kriegeminister, Generallicutenant Grafen von Sontheim, und dem Großherzoglich Hessischen Kriegeminister, Generallicutenant Freiherrn von Stetling, das Großkreuz,
dem Königlich Preussischen Vice-Oberceremonienmeister Freiherrn von Stillfried, den Königlich Württembergischen Obersten von Faber du Faur und von Brand, so wie dem Großherzoglich Hessischen Obersten Wächter das Commandeurkreuz, und dem Königlich Württembergischen Oberstlieutenant von Weissenstein, sowie dem Großherzoglich Hessischen Oberstlieutenant Glod das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Medaille-Verleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, dem Kanzleirath Dambacher bei der Direction der Forstdomänen und Bergwerke, in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste, die größere goldene Civilverdienstmedaille, dem ersten Hauptlehrer Bernard Jüllich zu Bühl, in Anerkennung seines vieljährigen und gefegneten Wirkens im Schulsache, die kleine goldene Civilverdienstmedaille, dem Gemeinderath und Waisenrichter Jakob Ehrhardt von Legelsburs die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Militär-Dienstnachrichten.

Durch höchste Ordre vom 4. November d. J. haben in dem großherzoglichen Armeecorps folgende Veränderungen statt gefunden.

Befördert wurden:

Der Obristlieutenant Baumgartner im 1sten Infanterieregiment unter Versetzung zum Leibinfanterieregiment.
" " von Fabert im Kriegsministerium,
" " und Commandeur des 4ten Infanterieregiments Hoffmann, und
" " und Commandeur des 2ten Dragonerregiments von Roggenbach zu
Obersten.
Der Major Baier im 4ten Infanterieregiment, und
" " von Stöcklern im Dragonerregiment Großherzog zu Obristlieutenants.
Der Hauptmann von Friedeburg im Leibinfanterieregiment unter Versetzung zum 1sten Infanterieregiment,

Der Hauptmann Lebrün im 1ten Infanterieregiment unter Versetzung zum 3ten Infanterieregiment,

„ „ und Artillerie-Ausrüstungsdirector der Bundesfestung Rastatt von Theobald zu Majors.

Der Oberlieutenant Heusch bei der Ingenieursection des General-Quartiermeisterstabs,

„ „ von Fischer im 4ten Infanterieregiment,

„ „ von Hundbiss im 2ten Infanterieregiment,

„ „ von Billiez im 4ten Infanterieregiment unter Versetzung zum 3ten Infanterieregiment,

„ „ Keller im Leibinfanterieregiment, und

„ „ Keller im 1ten Infanterieregiment zu Hauptmännern.

„ „ von Kleudgen im 2ten Dragonerregiment, und

„ „ von Laroche im Dragonerregiment Großherzog zu Rittmeistern.

Der Lieutenant Castorpy im 3ten Infanterieregiment,

„ „ Friedrich Sachs im Leibinfanterieregiment,

„ „ von Stern im 4ten Infanterieregiment,

„ „ Wersy im 3ten Infanterieregiment,

„ „ Hasenstab im 2ten Infanterieregiment unter Versetzung zum 1ten Infanterieregiment,

„ „ Stengel im Leibinfanterieregiment,

„ „ von Degenfeld im 1ten Dragonerregiment,

„ „ von Adelsheim im 2ten Dragonerregiment,

„ „ von Freidorf in der Artilleriebrigade,

„ „ von Rhvon in der Artilleriebrigade zu Oberlieutenants.

Durch allerhöchste Ordre von gleichem Tage wurde der Oberstlieutenant und Commandeur der Gendarmarie von Renz zum Obersten befördert.

Versetzt wurden:

Der Oberstlieutenant von Rödder von dem General-Quartiermeisterstab zum 2ten Infanterieregiment unter Ernennung zum Commandeur dieses Regiments.

Der Oberstlieutenant le Beau vom 2ten zum 1ten Infanterieregiment,

„ Major von Klock vom 3ten zum 2ten Infanterieregiment,

„ Hauptmann Kay vom Leibinfanterieregiment zum 1ten Infanterieregiment,

„ „ von Bed vom Leibinfanterieregiment zum 1ten Infanterieregiment,

„ „ von Böcklin vom 4ten zum Leibinfanterieregiment,

„ „ Delorme vom 2ten zum Leibinfanterieregiment,

„ „ von Renz vom 3ten Infanterieregiment zum General-Quartiermeisterstab,

„ „ von Ragened vom 1ten zum Leibinfanterieregiment,

„ Oberlieutenant von Peterzell vom Leibinfanterieregiment zum 1ten Infanterieregiment.

Pensionirt wurde:

Durch allerhöchste Order vom 4. November d. J. der Oberst und Commandeur des 2ten Infanterieregiments Clossmann wegen Kränklichkeit, mit der Erlaubniß zum Tragen der Uniform der Suite der Infanterie.

Civil-Dienst-Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht:

Allerhöchst-Ihrem Geheimen Kabinetsecretär, Regierungsrath Frey, den Character und Rang eines Geheimen Hofraths zu verleihen;

den Ministerialrath Weizel zum Vorstande des Verwaltungsraths der Generalwittwen- und Brandkasse zu ernennen;

den Regierungsrath Schmitt in gleicher Eigenschaft von der Regierung des Mittelrheinkreises an die des Unterrheinkreises;

den Regierungsrath Fröhlich von der des Seekreises an die des Mittelrheinkreises,

den Regierungsrath Cron von der des Oberrheinkreises an die des Unterrheinkreises, und

den Regierungsassessor Hager von der des Unterrheinkreises an die des Oberrheinkreises zu versetzen;

den Secretär bei dem Ministerium des Innern Eisenlohr zum Assessor bei der Regierung des Seekreises zu ernennen;

den Rechtspraktikanten Reinhard zum Secretär bei dem Ministerium des Innern,

den Revisionsgehilfen bei der Regierung des Unterrheinkreises Ziller zum Revisor bei demselben Ministerium zu ernennen,

den Revisor Sartorius bei der Regierung des Unterrheinkreises in den Ruhestand,

den Revisor bei dem Ministerium des Innern von Saxi in gleicher Eigenschaft zur Regierung des Mittelrheinkreises zu versetzen;

den Oberamtmann Böhm in Pforzheim zum Stadtdirektor in Heidelberg zu ernennen;

dem Oberamtmann Bausch in Lahr die Vorstandsstelle beim Landamt Karlsruhe,

dem Geheimen Kriegsrath Fränzing die beim Oberamt Lahr unter Ernennung zum Geheimenrath dritter Classe zu übertragen;

den Oberamtmann Ernst in St. Blasien in den Ruhestand zu versetzen, und

dem Amtmann Freiherrn du Barry de Laroche in Bruchsal die Vorstandsstelle beim Bezirksamt St. Blasien zu übertragen;

den Rechtspraktikanten Bodemüller zum Assessor bei dem Bezirksamte Neudenau zu ernennen;

dem Domänenverwalter Finanzrath Beutter in Thiengen die erledigte Domänenverwaltung Constanx zu übertragen;

den Domänenverwalter Fleiner in Ettenheim auf die erledigte Domänenverwaltung Reutlingen, und

den Domänenverwalter Krenkel in Säckingen auf die Domänenverwaltung Thiengen zu versetzen; ferner

den Vorstand der vormaligen Domänenverwaltung Giffenheim, Domänenverwalter Fritz, zum Domänenverwalter in Säckingen zu ernennen;

dem Professor Dr. Arnold zu Freiburg die nachgesuchte Entlassung aus dem Großherzoglichen Staatsdienst zu erteilen;

die katholische Pfarrei Nordrach, Amts Gengenbach, dem landesherrlichen Dekan und Schul-
visitator Pfarrer Mathäus Walser in Fridingen, Amts Heilsigenberg, und

die erledigte evangelische Pfarrei Schönnau dem Diaconus Karl Wilhelm Ernst von Unter-
dwißheim zu übertragen.

Von einundzwanzig Cameralkandidaten, welche sich der im October dieses Jahrs statt ge-
habten vorschriftsmäßigen Staatsprüfung unterzogen haben, sind nachstehende siebenzehn unter die
Zahl der Cameralpracticanten aufgenommen worden:

Herrmann Popp von Freiburg,
Emil Kilian von Pforzheim,
Carl Friedrich Mays von Heidelberg,
Joseph Beck von Freiburg,
Ernst Bittmann von Emmendingen,
Carl Baumann von Singheim,
Amand Gögg von Renchen,
Franz Anton Glas von Bruchsal,
Ludwig Großmann von Heidelberg,

Friedrich Lichtenfels von Bruchsal,
Heinrich Schupp von Obergimpern,
Tobias Gessel von Bruchsal,
Carl Wagner von Heidelberg,
Friedrich Arenz von Ettlingen,
Wilhelm Wittmer von Rastatt,
Carl Bauer von Bruchsal,
Johann Durler von Donaueschingen.

Im Spätjahr 1844 sind von der Sanitäts-Commission 10 Candidaten der Medicin, 13 Candi-
daten der Chirurgie, und 9 Candidaten der Geburtshülfe zur Staatsprüfung zugelassen worden.

Von diesen haben 8 Candidaten der Medicin, 12 Candidaten der Chirurgie und 7 Candidaten
der Geburtshülfe Licenz erhalten, und zwar in nachfolgender Ordnung:

a) zur Ausübung der innern Heilkunde:

Hubert Luschka von Meersburg,
Rudolph Welcker von Freiburg,
Herrmann Müller von Rastatt,
Valentin Schmidt von Rast,

Julius Hensler von Freiburg,
Conrad Haas von Forbach,
Carl Cenn von Ganderb.,
Franz Joseph Herr von Urloffen;

b) zur Ausübung der Chirurgie:

Hubert Luschka von Meersburg,
Rudolph Welcker von Freiburg,
Herrmann Müller von Rastatt,
August Klopfer, practischer Arzt in Weiterdingen,
Joseph Tritschler, practischer Arzt in Glotterthal,
Valentin Schmidt von Rast,

Julius Hensler von Freiburg,
Albert Herrmann, practischer Arzt in Carlsruhe,
Dr. Carl Georg Langsdorf in Neckarbischofsheim,
Anton Steiger, practischer Arzt in Mittelschefflenz,
Joseph Ill von Steißlingen,
Gallus Maier von Bräunlingen;

c) zur Ausübung der Geburtshülfe:

Hubert Luschka von Meersburg,
Rudolph Welcker von Freiburg,
Herrmann Müller von Rastatt,
Dr. Carl Georg Langsdorf in Neckarbischofsheim,

Simon Fleßinger, practischer Arzt in Langen-
steinbach,
Julius Hensler von Freiburg,
Joseph Ill von Steißlingen.

Stellen, die zur Bewerbung bekannt gemacht werden.

1. Bei der Regierung des Unterrheinkreises ist die Stelle eines Communrevi-sionsgehilfen mit Staatsdienereigenschaft zu besetzen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei der Regierung des Unterrheinkreises binnen vier Wochen vorschriftsmäßig zu melden.
2. Durch die Beförderung des Pfarrers Johann Baptist Gleichmann auf die Pfarrei Mühlhausen, Amts Wiesloch, ist die katholische Pfarrei Flehingen, Amts Bretten, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 600 fl. in Erledigung gekommen. Die Competenten um diese Pfarrei haben sich bei der gräflich von Metternich'schen Grundherrschaft in Flehingen als Patron nach Vorschrift zu melden.
3. Man sieht sich veranlaßt, die mit dem landesherrlichen Dekanate und der Bezirkschulvisitation verbundene katholische Stadtpfarrei Sinsheim, wozu das Filial Dühren gehört, mit einem beiläufigen Ertrage von 900 fl. bis 950 fl. und mit dem Bemerkten nochmal aus-zuschreiben, daß der künftige Pfarrer den Religionsunterricht an der höhern Bürgerschule daselbst zu ertheilen verpflichtet ist. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen bei der fürstlich Zel-ningen'schen Standesherrschaft als Patron zu melden.
4. Da man beschloffen hat, die bisher provisorisch verwaltete evangelische Pfarrei Ihrin-gen, Dekanats Freiburg, wieder definitiv zu besetzen, so wird solche mit einem Competenzanschlag von 1158 fl. 18 fr. angekündigt, und haben sich die Bewerber um dieselbe binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Dekanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
5. Da man beschloffen hat, die bisher provisorisch verwaltete evangelische Pfarrei Ober-gimpert, Dekanats Neckarbischofsheim, wieder definitiv zu besetzen, so wird solche hiernach mit einem Competenzanschlag von 574 fl. 21 fr. angekündigt, und haben sich die Bewerber um dieselbe binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Dekanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.
6. Da man beschloffen hat, die bisher verwaltete evangelische Pfarrei Leutesheim, Decanats Rheinbischofsheim, wieder definitiv zu besetzen, so wird dieselbe mit einem Competenz-anschlag von 776 fl. 1 fr. hierdurch ausgeschrieben, und haben sich die Bewerber um die-selbe binnen 6 Wochen vorschriftsmäßig durch ihre Decanate bei der obersten evangelischen Kirchenbehörde zu melden.

Gestorben ist:

- am 4. September 1844 der pensionirte Physikus Dr. Maier in Baden,
 „ 14. „ „ der pensionirte Generalpostkassier v. Reindhl in Carlsruhe,
 „ 7. Oktober „ der pensionirte Geheime Finanzrath Delenheinz in Carlsruhe,
 „ 1. November „ der Hauptmann Speck im 3ten Infanterie-Regiment in Rastadt,
 „ 18. „ „ der pensionirte Rittmeister Graf von Sponck in Carlsruhe,
 „ 30. „ „ der pensionirte Geheime Referendar von Lamezan in Mannheim.
 „ 6. Dezember „ der pensionirte Hofgerichtsrath Kaiser in Konstanz.

Staats - und Regierungs - Blatt.

 Karlsruhe, den 27. Dezember 1844.

Die Organisation eines Staatsrathes betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden,
 Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Um die reife Berathung und gebührende Erledigung wichtiger Staatsangelegenheiten in höherem Maße zu sichern, finden Wir Uns bewogen, neben Unserem Staatsministerium einen Staatsrath zu bestellen und hiernach zu verordnen und festzusetzen, was folgt:

Titel I.**Stellung und Geschäftskreis des Staatsrathes.****§. 1.**

Der Staatsrath steht unmittelbar unter Uns. Er ist Unserem Staatsministerium, als der obersten vollziehenden Staatsbehörde coordinirt. Seiner Bestimmung nach ist derselbe theils eine beratende, theils eine entscheidende Behörde.

§. 2.

In der Regel werden Wir das Gutachten Unseres Staatsrathes erheben:

- a. über alle Gesetzgebungssachen, so weit es sich von Erlassung, Abänderung, Aufhebung oder authentischer Erklärung von Gesetzen handelt;
- b. über erhebliche Anstände bei Anwendung der Gesetze, worüber die betreffenden Ministerial-Departements sich nicht vereinigen können;
- c. über Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ministerien;
- d. über die Fälle, wo es sich darum fragt, ob Jemand gezwungen werden soll, sein Eigenthum nach vorgängiger Entschädigung zu öffentlichen Zwecken abzugeben;
- e. über Anträge auf Entlassung oder Zurücksetzung eines Staatsdieners;
- f. über die an Unser Staatsministerium gelangte Frage, ob ein Staatsdiener wegen Dienstvergehen vor Gericht gestellt werden soll;
- g. über Beschwerden gegen Unsere Ministerien wegen angeblicher Verletzung des Eigenthums oder der persönlichen Freiheit;
- h. über Beschwerden der Stände wegen behaupteter Verletzung der Verfassung;
- i. über allgemeine landesherrliche Verordnungen, den Vollzug der Gesetze oder organische Einrichtungen betreffend;

k. über wichtige Bundesangelegenheiten ;

l. über Staatsverträge, welche Aenderungen in der bestehenden Gesetzgebung zur Folge haben.

Uebrigens behalten Wir Uns vor, auch über andere, hier nicht namentlich erwähnte, wichtige Gegenstände das Gutachten Unseres Staatsrathes einzuholen.

§. 3.

Als oberster entscheidenden Behörde weisen wir Unserem Staatsrath ohne Ausnahme zu:

- a. Kompetenzstreitigkeiten zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden, und zwischen den Civil- und Militär-Justizbehörden über die Frage, ob die Civil- oder Militärgerichtsbarkeit begründet sei;
- b. alle Recurse von den Entscheidungen der Ministerien in Administrativ-Justizsachen, welche bisher von Unserem Staatsministerium zu erledigen waren;
- c. die Recurse gegen die Entscheidungen Unseres Finanzministeriums über Gesuche wegen Aufhebung alter Abgaben, welche bisher die hiefür eigens aufgestellte Immediat-Commission zu entscheiden hatte.

Titel III.

Bildung des Staatsrathes.

§. 4.

Der Staatsrath als berathendes Collegium besteht aus ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern.

§. 5.

Der ordentlichen Mitglieder sind zwölf. Kraft ihres Amtes genießen dieser Eigenschaft der Präsident des Staatsministeriums und die Chefs der fünf Departementsministerien. Sechs weitere ordentliche Mitglieder werden Wir besonders ernennen. Die Zahl der außerordentlichen Mitglieder soll sechs nicht übersteigen. Wir werden sie jeweils für eine Landtagsperiode ernennen, und zwar drei derselben aus dem Collegialpersonal des Oberhofgerichtes und der Hofgerichte.

Sie haben, wenn Wir es nothwendig finden, einzelne derselben oder alle zur Theilnahme an den Geschäften des Staatsrathes einzuberufen, gleiche Rechte und gleiche Pflichten wie die ordentlichen Staatsräthe.

§. 6.

Den Vorsitz führt Unser Präsident des Staatsministeriums. Bei dessen Verhinderung der ihm im Dienststrang unmittelbar folgende Departements-Chef.

§. 7.

Im Falle der Verathung hochwichtiger Landesangelegenheiten, behalten Wir Uns vor, die Zahl der außerordentlichen Mitglieder über die im §. 5 ausgesprochene Zahl zu vermehren.

§. 8.

Der Staatsrath als oberste entscheidende Behörde besteht aus den sechs ordentlichen Staatsräthen, die keinem Ministerialdepartement vorstehen, und aus den drei außerordentlichen Staatsräthen, welche Wir nach §. 5 aus der Mitte der Justiz-Collegien jeweils für eine Landtagsperiode hierzu berufen.

Den Vorsitz hat der von Uns hierzu ernannte Staatsrath zu führen.

§. 9.

Die Kanzleigeschäfte des Staatsrathes werden von der Kanzlei Unseres Staatsministeriums besorgt.

Titel III.**Geschäftsgang des Staatsrathes.****1. Als beratendes Collegium.****§. 10.**

Jeder Gegenstand, über den Wir ein Gutachten des Staatsrathes zu erheben für nöthig erachten, wird demselben aus Unserem speciellen Auftrag durch den Präsidenten Unseres Staatsministeriums oder seinen Stellvertreter bezeichnet.

Seine Gutachten sind an Uns zu erstatten.

§. 11.

Der Staatsrath steht weder mit dem Staatsministerium noch mit einzelnen Departementsministerien in unmittelbarer Geschäftsberührung.

Wenn er Acten bedarf oder weitere Aufschlüsse in einer Sache zu erhalten wünscht, so hat er dieselbe von dem Präsidenten Unseres Staatsministeriums zu verlangen. Letzterer wird nebstdem auf sein Ansinnen auch einzelne Räte der Ministerien oder andere Staatsbeamte, nach vorheriger Rücksprache mit dem betreffenden Ministerialchef, zur Auskunftsertheilung anweisen.

§. 12.

Zu Erstattung der Gutachten über jeden an den Staatsrath gelangenden Gegenstand ernennt der Präsident einen Re- und Cofreferenten aus der Zahl der Mitglieder, die keinem Ministerialdepartement vorstehen.

§. 13.

Die Berathung über die erstatteten Gutachten theilt sich in eine Vor- und in eine Schlußberathung. An der Vorberathung haben nur die Mitglieder des Staatsrathes, welche keinem Ministerialdepartement vorstehen und der Ministerialchef, in dessen Geschäftskreis der zu beratende Gegenstand gehört, an der Schlußberathung aber sämtliche Mitglieder Theil zu nehmen.

Bei der Vorberathung kann der Ministerialchef den Referenten in der Sache zur Auskunftsertheilung beiziehen.

§. 14.

Von den in der Vorberathung gefaßten Beschlüssen hat der Präsident des Staatsrathes einige Tage vor der Plenarsitzung diejenigen Ministerialchefs zu unterrichten, welche der Vorberathung nicht angewohnt haben.

§. 15.

Vorbehaltlich der im §. 17 festgesetzten Ausnahmen sind die Ergebnisse der Schlußberathung in Gegenwart Aller, welche an derselben Theil genommen haben, sammt den Motiven, worauf diese Ergebnisse beruhen, unter Vorlage der erstatteten Vorträge, auch des Entwurfs der Uns angerathenen Entschließung mündlich zu Unserer Kenntniß zu bringen, und werden Wir alsdann nach Umständen noch weitere Erörterungen eintreten lassen.

Auch gedenken Wir in besonders wichtigen Fällen den Erbgroßherzog und die volljährigen Prinzen Unseres Großherzoglichen Hauses zu solcher Hauptsitzung einzuladen und Ihre Meinung zu vernehmen, bevor Wir eine Entschließung fassen.

§. 16.

Diese Unsere allerhöchste Entschließung wird im Concept von sämtlichen Mitgliedern des

Staatsrathes, in der Ausfertigung von dem Präsidenten Unseres Staatsministeriums, den Chefs der betreffenden Ministerialdepartements und den Referenten des Staatsrathes unterzeichnet, beziehungsweise, sofern Wir die Beifügung Unserer allerhöchsten Unterschrift geeignet finden, zu deren Beglaubigung contrasignirt.

§. 17.

Sind die von dem Staatsrath begutachteten Fragen nur einfacher Art, wie namentlich in den Fällen lit. c., d., e. und f. des §. 2 und tritt hierbei auch keine wesentliche Verschiedenheit der Meinungen hervor, so werden die Ergebnisse der Schlußberatung bloß durch das Staatsministerium zu Unserer Kenntniß gebracht und ist es dann hinsichtlich der Ausfertigung Unserer allerhöchsten Entschließung wie in den einer Begutachtung des Staatsrathes nicht unterworfenen Gegenstände zu halten.

2. Als oberste entscheidende Behörde.

§. 18.

Die Berichte über Kompetenzstreitigkeiten und über die sonstigen zur Entscheidung des Staatsrathes geeigneten Gegenstände werden wie bisher auch künftig von Unseren Departementsministerien an das Staatsministerium erstattet, von diesem aber an die entscheidende Abtheilung des Staatsrathes abgegeben.

§. 19.

Findet dieser weitere Verhandlungen in der Sache nothwendig, so hat der Vorsitzende dieses, unter Anschluß der zu erlassenden Verfügungen, dem Staatsministerium zu eröffnen, welches für deren Vollziehung zu sorgen und die Resultate dem Vorsitzenden des Staatsrathes mitzutheilen hat.

§. 20.

Die Erkenntnisse des Staatsrathes werden mit der Schlußbemerkung, „Beschlossen im Großherzoglichen Staatsrathe“ ausgefertigt, von dem Vorsitzenden, dem Mitgliede des Staatsrathes, das in der Sache referirte und dem Secretär unterzeichnet, dem Staatsministerium mitgetheilt, welches für den Vollzug durch das betreffende Ministerialdepartement zu sorgen hat. Dem Erkenntniß sind die Entscheidungsgründe beizufügen.

§. 21.

Zur Fassung eines gültigen Erkenntnisses müssen einschließlich des Vorsitzenden wenigstens fünf Mitglieder gegenwärtig seyn und unter diesen wenigstens zwei von den drei außerordentlichen Mitgliedern aus den Gerichtshöfen.

Bei sich ergebender Stimmengleichheit überwiegt die Stimme des Vorsitzenden.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 23. Dezember 1844.

Leopold.

von Bisch. von Batsch. Jolly. von Freidorf. Wals. Wegenauer. Eichrodt.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Büchler.

Staats - und Regierungs - Blatt.

Carlsruhe, den 31. Dezember 1844.

V e r o r d n u n g.

Zum Vollzug des Gesetzes über die Bequartierung und Verpflegung der Großherzoglichen Truppen bei den Landesbewohnern im Frieden, vom 23ten Mai d. J., Regierungsblatt Nr. XI., wird Folgendes verordnet:

A. Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

Wenn das Großherzogliche Militär auf den Grund des Gesetzes vom 23. Mai 1844 Regierungsblatt Nr. XI. Bequartierung und Verpflegung von Mannschaft und Pferden an die Einwohner eines Ortes in Anforderung zu bringen hat, so haben sich die nach Art. 3 und 4 des Gesetzes hierzu Ermächtigten entweder unmittelbar, oder, wenn sie es für geeignet erachten, durch Vermittlung der betreffenden Kreisregierungen oder Bezirksämter an die Einquartierungs-Commissionen (Art. 3) der betreffenden Gemeinden zu wenden.

Sind bei größeren Truppen-Zusammenziehungen zur Leitung des Einquartierungs- und Verpflegungswezens besondere landesherrliche Commissäre aufgestellt, so sind in den Fällen größeren Bedarfs die Anforderungen unmittelbar an diese zu richten, welche alsdann die geeigneten Anordnungen an die Ämter und beziehungsweise Einquartierungs-Commissionen erlassen werden.

Artikel 2.

In Orten, wo eigene Militärcommandanten sich befinden, müssen von Seiten des Militärs die Anforderungen zur Bequartierung und Verpflegung, unter Vorlage der Marsch- und Aufnahme-patente, zunächst an diese gerichtet werden, welche dieselben alsdann an die Einquartierungs-Commission gelangen lassen. Einer nicht durch den Militär-Commandanten eines Orts ergangenen Anforderung ist von der Einquartierungs-Commission keine Folge zu geben.

Artikel 3.

Es ist in jeder Gemeinde eine Einquartierungs-Commission zu bestellen; sie besteht:

1. aus dem Bürgermeister,
2. aus dem Gemeinderath, oder in Orten, wo der Gemeinderath aus mehr als drei Mitgliedern besteht, aus drei von dem Gemeinderath aus seiner Mitte gewählten Mitgliedern;
3. aus dem Gemeindereschner, und
4. aus dem Rathschreiber, welcher die Schreibereien der Commission zu besorgen hat.

Den Standes- und Grundherren ist in standes- und grundherrlichen Orten eine Mitwirkung in der Art zugesprochen, daß sie selbst oder ihre Rentbeamte vermöge der landesherrlichen Declarationen als gesetzliche Mitglieder der Einquartierungs-Commission bezeichnet sind.

Artikel 4.

Wo größere Truppenabtheilungen unterzubringen sind, erhalten die Einquartierungs-Commissionen durch die in der Regel Tags zuvor eintreffenden Quartiermacher, welche sich durch Vorlage der Marsch- und Aufnahmepatente auszuweisen haben, den genauen Standesaussweis der zu bequartierenden und zu verpflegenden Truppen, so wie die Nachricht von der Zeit des Eintreffens derselben.

Es ist die Aufgabe der Quartiermacher, so weit sie es im Interesse des Militärs für nöthig erachten, die zur Unterbringung der Mannschaft und Pferde nöthigen Räume, unter Mitwirkung der Einquartierungs-Commission auszumitteln.

Artikel 5.

Die Einquartierungs-Commission hat, sobald sie von der unterzubringenden Zahl der Mannschaft und Pferde Kenntniß erhalten hat, eine Liste derjenigen Einwohner aufzustellen, bei welchen die Mannschaft und die Pferde untergebracht werden sollen, und darin die Zahl der Mannschaft und der Pferde, welche jeder einzelne Einwohner erhält, vorzumerken. Auf den Grund dieser Liste werden die Einquartierungs-Billete ausgefertigt und dem Commandirenden oder den vorausgesendeten Quartiermachern behändigt.

Die Aufstellung der Einquartierungsliste und die Ausfertigung der Einquartierungs-Billete ist in der Art zu beschleunigen, daß letztere noch vor dem Einmarsch der Truppen in den Händen der Quartiermacher sich befinden, damit nach dem Einrücken dem Beziehen der Quartiere keinerlei Hinderniß im Wege steht.

Quartierbillete, welche nach der Ausgabe der erforderlichen Zahl an die Truppen durch die Quartiermacher, etwa übrig bleiben, sind von denselben dem Commandirenden zu behändigen und von diesem an die Einquartierungs-Commission zurückzugeben.

Die Einquartierungspflichtigen sind, Behufs der Herrichtung der Quartiere und Zubereitung der Kost, auch der Vorkehr zur Unterkunft und Verpflegung der Pferde, von der Zeit des Eintreffens der Truppen und wo möglich auch von der Anzahl, wie viel Mann oder Pferde ihnen zugetheilt wurden, sogleich zu benachrichtigen.

Artikel 6.

Bei Vertheilung der Einquartierung hat die Einquartierungs-Commission nach dem Art. 8 des Gesetzes zu verfahren, und kann, bevor nicht allen Pflichtigen ihr Betreffniß zugetheilt ist, denjenigen, welche bereits früher Einquartierung hatten, nicht von Neuem solche zutheilen.

Artikel 7.

Beschwerden von Seiten der Einquartierungspflichtigen gegen das Militär oder einzelne Einquartierte sind durch den Commandanten der betreffenden Truppenabtheilung zur Erledigung zu bringen; wenn aber auf diesem Wege die Beseitigung derselben nicht sollte herbeigeführt werden können, ist die Mitwirkung der Aemter, beziehungsweise der Kreisregierungen oder des landesherrlichen Commissars, zum Behuf weiterer Einschreitung bei den höheren Militär-Behörden, in Anspruch zu nehmen.

Artikel 8.

Beschwerden der Einquartierungspflichtigen gegen die Einquartierungs-Commission erledigt das Bezirksamt, vorbehaltlich des Recurses an die höheren bürgerlichen Verwaltungsbehörden.

Artikel 9.

Haben dagegen die Truppen in Bezug auf die Unterkunft und Verpflegung Beschwerden zu erheben, so werden sie dieselben im Wege der Dienstordnung an ihre vorgesetzten Commandostellen richten, welche dieserhalb zuerst die Einquartierungs-Commission um Abhilfe angehen werden.

Glauben die Militärbehörden sich bei den Anordnungen der Einquartierungs-Commission nicht beruhigen zu können, so ist sich von denselben dessfalls an das Bezirksamt und an die höhern bürgerlichen Verwaltungsbehörden zu wenden.

Von solchen besonders erheblichen Fällen ist zugleich Anzeige an das Kriegsministerium Behufs weiterer geeigneter Maassnahmen zu erstatten.

In Orten, welche mit Truppen verschiedener Regimenter und Corps belegt sind, werden die Truppencommandanten ihre Beschwerden durch den bestellten Stationscommandanten an die geeigneten Behörden gelangen lassen.

Artikel 10.

Bei dem Abmarsch der Truppen haben die Einquartierungs-Commissionen die von den Truppen-Commandanten nach den bestehenden Militärdienstvorschriften stets in Anforderung zu bringende Beurkundung auszustellen, daß keine Beschwerden über das Verhalten der einquartierten Mannschaft erhoben worden sind, oder welche Beschwerden etwa sich ergeben haben, ohne ihre alsbaldige Erledigung zu finden.

Artikel 11.

Für alle Leistungen, welche in Folge des Gesetzes vom 23. Mai d. J. an das Militär gemacht worden, sind die gesetzlichen Vergütungen, wo immer thunlich und in so fern nicht besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen, noch vor dem Abmarsch der Truppen, jedenfalls aber nach Art. 2 des Gesetzes längstens innerhalb vierzehn Tagen auf den Grund der über die Leistung und dafür schuldige Vergütung von Seiten des Militärs ausgestellten Bescheinigungen an den Gemeinderath zu leisten, nachdem solcher von der Einquartierungs-Commission oder von dem Gemeinderath, wie solches in gegenwärtiger Verordnung näher bestimmt ist, die nöthige Weisung zur Erhebung und einnäherlichen Verrechnung für die Gemeindekasse erhalten hat.

Für die erhaltene Zahlung hat der Gemeinderath zu bescheinigen und dafür Gegenchein zu empfangen.

Artikel 12.

In allen Fällen, in welchen das Kriegs-Ärär nach gegenwärtiger Verordnung Zahlung an die Gemeindekasse macht, sei es für Leistung der Gemeinde selbst oder zur Befriedigung dritter Forderungsberechtigter, hat die Gemeindekasse die gesammte geleistete Vergütung zu vereinnahmen und den gesammten Aufwand zu bestreiten, ohne Rücksicht, ob die Vergütung größer oder kleiner ist, als der zu bestreitende Aufwand. Der etwaige Mehrbetrag des Aufwands ist aus der Gemeindekasse zu bestreiten, welcher dagegen aber auch der etwaige Mehrbetrag der Vergütung verbleibt.

Artikel 13.

Die Leistungen für das Großherzogliche Militär werden in der Regel unmittelbar von diesem selbst berichtet, können aber auch in geeigneten Fällen bei den Ortsaccisoren, beziehungsweise den

Obereintimmereien zur Zahlung angewiesen werden, wozu das Großherzogliche Finanzministerium im Allgemeinen seine Zustimmung erteilt hat.

Diese Zahlungen sind alsdann von den bezahlenden Kassen der Generalkriegskasse in Aufrechnung zu bringen.

Artikel 14.

In Orten, in welchen Mannschaft und Pferde mehrerer Regimenter und Corps verpflegt wurden, wird jeder Abtheilungscommandant oder dessen Rechnungsführer für die zu seinem Regiment oder Corps gehörige Mannschaft und Pferde Zahlung leisten.

Artikel 15.

Alle Reclamationen einzelner Quartierträger über nicht erhaltene oder nicht vollständige Vergütung können nicht an die Militärbehörden gerichtet werden, sondern sind bei der Einquartierungscommission oder im Falle sie gegen diese gerichtet sind, bei dem Bezirksamte anzubringen.

B. Von der Einquartierung.

Artikel 16.

Wenn bei Märschen größerer Truppenabtheilungen der in der Marschroute angegebene Etappenort zur entsprechenden Unterkunft der Truppen nicht ausreicht, so können, in so weit dieses die militärischen Rücksichten erlauben oder nothwendig machen, Theile der Truppen in den benachbarten Orten untergebracht werden. Vor Anordnung einer solchen Dislocation hat der Truppenbefehlshaber sich, wenn thunlich, mit dem betreffenden Bezirksamte wegen der befalls zu treffenden Eintheilung und Vertheilung in's Benehmen zu setzen, und wenn hierzu keine Zeit übrig bleibt, dasselbe alsbald von der erfolgten Truppenverlegung zu benachrichtigen; auch von jeder derartigen Vertheilung oder Verweisung der Truppen in Seitenstationen die betreffenden Bürgermeister durch vorauszusendende Boten sogleich behufs der nöthigen Vorbereitung zu benachrichtigen.

Das Bezirksamte hat in Fällen, wo nach Art. 1 gegenwärtiger Verordnung die Anordnungen zur Bequartierung und Verpflegung im Allgemeinen von der Kreisregierung oder einem besonders aufgestellten landesherrlichen Commissär ausgegangen sind, die Anzeige von einer solchen Dislocation unverweilt an diese zu erstatten.

Bei derartigen Verlegungen ist besonders darauf Bedacht zu nehmen, daß zu weite Entfernungen, namentlich unmittelbar nach und vor großen Märschen möglichst vermieden werden.

Artikel 17.

Die Einquartierungscommission ist in den Fällen, in welchen die Einquartierung nicht die ganze Einwohnerschaft trifft, ermächtigt, von 14 zu 14 Tagen Umquartierungen eintreten zu lassen.

Die Umquartierung von Offizieren darf jedoch nur dann stattfinden, wenn noch entsprechende Quartiere für dieselben vorhanden sind.

Artikel 18.

Den Quartierpflichtigen ist es zwar gestattet, ihre Einquartierung bei andern Einwohnern oder in Gasthäusern desselben Orts unterzubringen; sie haben jedoch dafür zu sorgen, und sind deshalb verantwortlich, daß der Soldat in keiner Weise dadurch in dem verkürzt wird, was ihm gesetzlich gebührt.

Artikel 19.

Wenn gleich die Mannschaft vom Oberfeldwebel und Oberwachmeister abwärts und jeder Militär dieses Grades nur den Aufenthalt in dem Wohnzimmer des Quartiergebers, bei dem Feuer und Lichte desselben anzusprechen hat, so wird dennoch derselbe, wenn immer seine Verhältnisse es gestatten, der einquartierten Mannschaft einen besondern Wohnraum einräumen, was ihm jederzeit freisteht.

Artikel 20.

Ebenso wie nach Art. 7 des Gesetzes diejenigen, in deren Wohnungen sich gefährliche Kranke oder Wöchnerinnen sich befinden, von der Einquartierungspflicht ausgenommen sind, ebenso darf dem Einquartierten nicht zugemuthet werden, seinen Aufenthalt in Zimmern zu nehmen, wo Kranke sind.

Artikel 21.

Bei der Bequartierung berittener Offiziere und Mannschaft ist dafür zu sorgen, daß solche, so weit thunlich, nicht getrennt von ihren Pferden bequartiert werden.

Die Pferde dürfen nur in gesunden und gehörig eingerichteten Stallungen untergebracht werden.

Für die Stellung der Streu bleibt den Quartierträgern der Dünge.

Erkrankten Militärpferde, so daß von Seiten der Thierärzte deren Unterbringung in besonderen Stallungen für angemessen und erforderlich erachtet wird, so leistet das Militär für die Abtretung derselben angemessene Vergütung.

Für die im Falle des Abmarsches der Truppen zur Aufsicht und Wartung solcher erkrankten Pferde zurückgelassen werdende Mannschaft verbleibt es hinsichtlich der Bequartierung und Verpflegung bei den gesetzlichen Bestimmungen.

Artikel 22.

Wenn unbewohnte Gemeindegebäude zur Bequartierung des Militärs benutzt werden, so tritt die Gemeinde hinsichtlich der gesetzlichen Leistungen für Unterkunft lediglich an die Stelle des einzelnen Quartierträgers und hat dafür keinerlei Vergütung anzusprechen.

C. Von der Verpflegung.

a. Des dienstthuenden Standes.

Artikel 23.

Wenn nach Art. 11 des Gesetzes die Verpflegungsmittel für die Truppen ganz oder theilweise aus Magazinen verabfolgt werden, so hat der Quartierträger im ersten Falle gar keine, im zweiten Falle nur in so weit Vergütung anzusprechen, als die Verpflegungsmittel von ihm selbst und nicht aus dem Magazin verabreicht worden sind.

Wenn daher zur Verpflegung der Truppen aus den Magazinen Fleisch, Gemüse oder Brod verabfolgt werden, so kommen an der Vergütung des Quartierträgers nach dem Tarif in Abzug:

Für die Portion Fleisch . . .	5 Kreuzer
" " " Gemüse . . .	4 "
" " " Brod zu 2 Pfd. 4 "	"

Artikel 24.

Die Zahlung für die Verpflegung wird von dem Militär nach Art. 11 an die Gemeinde-Casse und von dieser an die Quartierträger geleistet.

Ueber den Empfang sind dem Militär von dem Gemeinberechner Bescheinigungen auszustellen, und von ersterem dem letzteren Gegenscheine zu ertheilen, welche die Anzahl der Verpflegungsportionen und, in so ferne die Verpflegung mehrere Tage angebauert hat, die Zahl der jeden Tag empfangenen Verpflegungs- oder Mundportionen und deren Betrag nachweisen müssen.

Die Form dieser Bescheinigungen und Gegenscheine ist durch die Anlage I. festgesetzt.

Anlage I.

Wird die Zahlung von dem Militär nicht gleich baar geleistet (Art. 11), so hat das Militär die Bescheinigung zu geben und der Gemeinberechner den Gegenschein zu ertheilen. In diesem

wird alsdann nur die Zahl der empfangenen, beziehungsweise abgegebenen Mundportionen und deren Schuldgelds- und Forderungsbetrag beurkundet und es bleibt deshalb in den Bescheinigungen und Gegenschulden am Schlusse die Empfangs- (Zahlungs-) Bescheinigung weg; an deren Stelle kommen die Worte: „die Richtigkeit bescheinigt“.

Artikel 25.

Offiziere und Kriegsbeamte, einschließlich der Chirurgen und Thierärzte haben ihre Verköstigung immer vor dem Abgang selbst unmittelbar an den Quartierträger zu berichtigen.

Die Kriegsbeamten zahlen die ihrem Rang entsprechende Vergütung; Chirurgen und Thierärzte die für die Lieutenante festgesetzte.

b. Krankenpflege.

Artikel 26.

Anlage II. Wenn Militärpersonen außerhalb des Bereichs einer Militärheilanstalt erkranken, so hat der Compagnie- oder Detachements-Commandant für jeden Kranken einen Erkrankungschein nach anliegendem Formulare auszufüllen, welcher enthält:

1. die Charge, den Vor- und Zunamen und Geburtsort des Kranken;
2. das Regiment und die Compagnie, Schwadron oder Batterie, welcher er angehört;
3. den Zeitpunkt der Erkrankung und, wo thunlich, die Benennung der Krankheit;
4. das Verzeichniß der Montur- und Armaturgegenstände, welche der Kranke bei sich behält, und
5. den Betrag seiner etwaigen Baarschaft.

Ist bei der Truppenabtheilung ein Arzt, so ist dieser Schein von demselben ebenfalls zu unterzeichnen.

Dieser Schein ist dem Bürgermeister sogleich einzuhändigen.

Artikel 27.

Sind einzelne commandirte oder auf dem Marsche in und aus Urlaub befindliche Militärs erkrankt und zur ärztlichen Behandlung im Orte zurückgeblieben, so ist dieser Schein sogleich bei der Erkrankung von dem Bürgermeister auszufertigen und von dem behandelnden Arzte mit zu unterzeichnen.

Artikel 28.

Sogleich nach Empfang des Scheines (Art. 26) oder nach erfolgter Anzeige eines Erkrankungsfalles (Art. 27) hat der Bürgermeister dafür Sorge zu tragen, daß der Erkrankte in einer bürgerlichen Heilanstalt untergebracht wird.

Wo dieß nicht thunlich ist, hat er dafür zu sorgen, daß der Erkrankte entweder in einem öffentlichen Gebäude untergebracht wird und die nöthige Verpflegung, Abwartung und ärztliche Hilfe erhält, oder daß er in eine ordentliche bürgerliche Familie aufgenommen und unter ärztlicher Leitung verpflegt wird.

Er schließt die nöthigen Recorde auf Rechnung der Gemeindefasse ab.

Indessen darf bei schwer Erkrankten bis zum Eintreffen des Arztes keine Veränderung in der Unterbringung des Kranken eintreten und eine solche nur mit ärztlicher Genehmigung statt finden.

Artikel 29.

Werden solche Kranke in bürgerliche Heilanstalten aufgenommen, so müssen die Erkrankungscheine den Vorstehern oder Verwaltungsbeamten derselben nebst den Effecten des Kranken zur Aufbewahrung übergeben werden.

Artikel 30.

Die für Kranke durch den Tarif festgesetzte Vergütung für Verpflegung beginnt, wenn der Zugang des Kranken Morgens statt gefunden hat, mit demselben Tag, erfolgt derselbe Abends, erst mit dem darauf folgenden Tag; und ebenso endet die Vergütung bei der Entlassung mit dem derselben vorgehenden Tag, wenn sie Morgens erfolgte und mit demselben Tag, wenn sie Abends statt gefunden hat.

Artikel 31.

Bei der Entlassung der Kranken wird von dem behandelnden Arzt der Tag der Entlassung aus der Heilanstalt auf dem bei der Aufnahme oder Erkrankung ausgestellten Scheine (Art. 26 und 27) bemerkt, und zugleich von dem Vorsteher der Heilanstalt oder, wenn der Kranke in einer Privatwohnung untergebracht war, von dem Bürgermeister darauf beurkundet, daß der Genesene seine Effecten und die Ausrüstungsgegenstände beim Abgang zurückgehalten hat.

Artikel 32.

Dem entlassenen Kranken, wenn derselbe einzeln commandirt war, oder von seinem Regiment zurückgelassen werden mußte, ist zu seinem Marsche in die Garnison oder zu seinem Regimente von dem Bürgermeister und in Orten, wo ein Amt ist, von diesem eine Marschrouten auszustellen, welche die Stationen genau bezeichnen muß, die er einzuhalten hat, deren tägliche Marschweiten aber in der Regel nicht über 5 Stunden betragen dürfen.

In der Marschrouten ist zugleich zu bemerken, daß der Inhaber die bei seiner Erkrankung innegehabten Effecten mit sich genommen hat.

Artikel 33.

Solche zu ihren Regimentern abgehende oder in ihre Garnisonen einrückende Genesene sind auf ihrem Marsche in den betreffenden Stationsorten nach den Bestimmungen des Gesetzes zu bequartieren und zu versorgen.

Der Bequartierte hat für die erhaltene etappenmäßige Versorgung dem Bürgermeister, beziehungsweise der Einquartierungscommission in jeder Station Bescheinigung nach anliegendem Formular Anlage III. auszustellen.

Letztere hat gegen beizufügende Quittung durch den Gemeinberechner die tarifmäßige Vergütung bei dem Ortsaccisor zu erheben.

Diese Quittung liefert der Accisor statt baar Geld der Obereinnahme ab, und diese bringt solche der Generalkriegskasse in Aufrechnung.

Artikel 34.

Leute, welche auf dem Marsch in und aus Urlaub in einer Zwischenstation erkranken, bedürfen bei ihrer Wiedergenesung und ihrem Abgang aus der Station, in welcher sie erkrankt zurück geblieben sind, keiner besonderen Marschrouten, da sie schon von ihrem Regiment aus, entweder mit einem Urlaubspasse oder einer Einberufungsordre versehen sind. Ebenso haben dieselben nach ihrer Wiedergenesung keinen weiteren Anspruch auf die durch das gegenwärtige Gesetz bestimmte Bequartierung und Versorgung, da sie durch das ihnen bewilligte und ausgefolgte Etap pengeld (Gesetz vom 28. Dezember 1831 und vom 6. September 1832, Regierungsblatt Nr. I. und L. von 1832) die nöthigen Mittel zu ihrer Unterkunft und Versorgung während des Marsches in und aus Urlaub erhalten haben.

Artikel 35.

Ist nach dem Ermessen des behandelnden Arztes ein Erkrankter so weit hergestellt, daß er ohne Gefahr mittelst einer Fuhre transportirt werden kann, so ist derselbe auf diese Weise in das nächste Militärhospital oder in seine Garnison verbringen zu lassen.

Artikel 36.

Wenn Kranke, die in einer bürgerlichen Heilanstalt oder in einer Privatwohnung untergebracht sind, mit Tod abgehen, so übernimmt das Kriegsarar die Kosten der Beerdigung und vergütet dafür die polizeilich festgesetzten oder ortsüblichen Taxen.

Der Bürgermeister hat von einem solchen Sterbfall unter Mittheilung des pfarramtlichen Todtenscheines, sogleich dem Amte die Anzeige zu machen, welches dieselbe dem betreffenden Commando mittheilen wird. Ebenso sind an dasselbe die Effecten des Verstorbenen gehörig verzeichnet und wohlverpackt einzusenden.

Artikel 37.

Civilärzte und Chirurgen haben für die Behandlung erkrankter Militärs die durch die Medicinal-Tarordnung festgesetzte Vergütung anzusprechen.

Artikel 38.

Die Zahlung der Kosten für die Behandlung und Verpflegung der in einer bürgerlichen Heilanstalt oder bei Privaten untergebrachten Kranken erfolgt nach Beendigung der Krankheit und Entlassung des Kranken oder bei dem Abgang durch Tod.

Der Bürgermeister hat in diesen Fällen das Verzeichniß sämtlicher Kosten für Medicin, ärztliche und chirurgische Behandlung, Verpflegung und Abwartung, so wie bei Verstorbenen auch für Beerdigung, unter Zugrundlage der nöthigen Belege und unter Beispruch der Scheine über die Aufnahme und Entlassung (Art. 26, 27 und 31) aufzustellen und dem Bezirksamt zu übergeben, welches dasselbe an das Commando des Regiments oder Corps, dem der Genesene oder Verstorbene angehörte, einsenden wird.

Das Regimentscommando hat das Kostenverzeichniß ungesäumt dem Kriegsministerium behufs der Prüfung und Zahlungsanweisung vorzulegen.

Artikel 39.

Auf dem Marsch oder in Rantonnirung erkrankte Officiere und Militärbeamte sind, wenn sie nicht in Militärhospitäler aufgenommen werden können, ebenfalls in eine bürgerliche Heilanstalt oder in Privatwohnungen unterzubringen.

Dieselben haben ihre Verköstigung selbst zu bestreiten und genießen nur die Unterkunft, Medicamente und ärztliche Behandlung frei, welche beide letztere von dem Kriegsärzter übernommen werden.

Diener dieser Officiere erhalten Quartier und Verpflegung gegen die gesetzliche Vergütung.

Artikel 40.

Die Rechnungen über die von dem Kriegs-Ärztler für erkrankte Officiere und Militärbeamte übernommen werdenden Kosten für Medicin, ärztliche und chirurgische Behandlung sind nach Vorschrift des Art. 38 aufzustellen und dem Kriegsministerium zur Anordnung des Erfasses vorzulegen.

Artikel 41.

Wenn in dem Falle des Art. 14 des Gesetzes vorübergehend eine eigene Militärkrankenanstalt errichtet werden soll, so wird die Militärverwaltung, wenn sie die Einrichtung der Krankenanstalt nicht der Gemeinde überläßt, einen Militärbeamten beauftragen, gemeinschaftlich mit dem Gemeinderath der betreffenden Gemeinde, so weit er dessen Mithilfe bedarf, die nöthigen Anordnungen zu treffen und die nöthigen Akkorde abzuschließen.

Artikel 42.

Wenn die Gemeinde den erforderlichen Raum und die nöthigen Geräthschaften abgibt, so ist über die dafür zu leistende Vergütung zwischen ihr und dem Beauftragten des Militärs ein Uebereinkommen zu treffen. Kommt ein solches Uebereinkommen nicht zu Stande, so hat die betreffende Kreisregierung, nach vorheriger Einvernahme von drei Sachverständigen, die zu leistende Vergütung festzusetzen.

Die Militärverwaltung ernannt den einen und die Gemeinde den andern Sachverständigen; diese beiden ernennen den Obmann; im Fall sie sich aber über dessen Wahl nicht sollten vereinigen können, wird derselbe von der Kreisregierung ernannt.

Durch dieses Verfahren darf jedoch die Besignahme durch das Militär nicht aufgehalten werden; inzwischen aber ist derjenige Betrag zu vergüten, welcher von der Militärbehörde taxirt worden ist, vorbehaltlich des etwaigen Nachtrages.

Artikel 43.

Die von der Militärverwaltung für die Abtretung des Raumes und die von der Gemeinde ge-

gestellten Geräthschaften zu leistende Vergütung erfolgt nach Aufhebung des Militärhospitals auf die von der Gemeinde übergebene befallige Kostenrechnung, welcher die bezüglichen Belege anzuschließen sind.

Die Rechnung ist durch die mit der Leitung der Anstalt beauftragt gewesene Militärdienststelle dem Kriegsministerium zur Prüfung und Zahlungsanweisung vorzulegen. Die übrigen Bedürfnisse werden unmittelbar an die Lieferanten und Affordanten durch die Kriegsverwaltung bezahlt.

Artikel 44.

Nach Aufhebung einer solchen Militärkrankenanstalt bleibt es der Gemeinde frei gestellt, ob sie die von ihr gestellten Einrichtungsgegenstände, deren Kosten von dem Militärärar getragen werden, gegen einen angemessenen Preis übernehmen will oder nicht; im letztern Falle sind solche von der Militärbehörde zu Gunsten des Kriegsärars zu verwerthen.

Artikel 45.

Die Verpflegung der Kranken in einem solchen Militärhospital ist Sache der Militärverwaltung.

c. Verpflegung der Pferde.

Artikel 46.

Wo nach Artikel 16 des Gesetzes die Gemeinden den zur Verpflegung der Pferde nöthigen Futtervorrath an Haber und Heu anzuschaffen haben, ist von denselben dafür zu sorgen, daß der ihnen in Zeiten durch die Militärbehörde bekannt gegeben werdende Bedarf vor dem Einrücken der Truppen in geeigneten Räumen vorräthig gehalten und unter gehörige Aufsicht gestellt ist. Um die Gemeinden in den Stand zu setzen, den Futterbedarf gehörig berechnen und in der erforderlichen Quantität anschaffen zu können, ist denselben, neben dem Stand der Pferde und der Dauer der Verpflegung, auch der Bestand der täglichen Ration für das Pferd durch die Militärbehörde bekannt zu geben.

Artikel 47.

Die quartermachenden oder etwa früher schon deshalb besonders abgesendeten Officiere oder Kriegsbeamten haben die Fourrage sogleich nach ihrem Eintreffen an Ort und Stelle zu untersuchen.

Sollte hierbei die Dualität nicht für gut und annehmbar befunden werden, so ist unverzüglich bessere Fourrage beizuschaffen und im Falle, daß die Gemeinde sich dazu nicht sollte verstehen wollen, ist dem betreffenden Amte schleunigst die Anzeige davon zu machen, welches zur schnellen Herbeischaffung annehmbarer Fourrage die geeigneten Maßnahmen treffen wird.

Den Gemeinden steht die Berufung an die Kreisregierungen zu, welche nöthigenfalls nach Einvernahme von Sachverständigen — die, wie im Artikel 42 vorgeschrieben, zu ernennen sind — erkennen. Die Anschaffung genießbaren, der Gesundheit der Pferde nicht nachtheiligen Futters darf aber hiervon nicht abhängig gemacht werden.

Im Falle die Beschwerde der Gemeinde für begründet erachtet wird, hat das Kriegsärar den durch die verweigerte Annahme entstandenen Mehrbetrag der Kosten zu tragen.

Artikel 48.

Die Fassungen des Fourragebedarfs finden nicht im Einzelnen, sondern für sämtliche Pferde einer Truppenabtheilung im Ganzen unter der Aufsicht von Officieren oder Militärbeamten nach den hierher bezüglichen Dienstvorschriften statt.

Artikel 49.

Das Zumäß und die Abgabe an die Truppen aus dem Magazin der Gemeinde geschieht nicht rationenweise, sondern der Haber in Maltern und das Heu nach Centnern in Gebunden von bestimmtem Gewicht, wobei das Gewicht des Strohbandes nicht gerechnet wird.

Bei der Haberabgabe muß das Zumäß in horizontal stehendem, auf der oberen Kante richtig geachteten Maße gefügt, gegeben.

Das Abtheilen und Aufbinden in Rationen ist Sache der Truppen.

Artikel 50.

Zur Beaufsichtigung und Verwaltung des Fourragemagazins ist ein Mitglied des Gemeinderaths mit den nöthigen Messern zum Ausmessen der Fourrage aufzustellen.

Artikel 51.

Die Truppen haben bei ihrem Abmarsch die Gemeinden für die empfangene Fourrage zu quittiren und von diesen über das abgegebene Quantum Gegenschaine zu erhalten.

Anlage IV.

Zugleich muß diesen Bescheinigungen, welche nach anliegendem Formular auszustellen sind, der Betrag beigefügt werden, welcher nach den ortsüblichen Preisen (Art. 17 des Gesetzes) dafür zu vergüten ist.

Artikel 52.

Auf den Grund dieser Bescheinigung weist der Gemeinderath den Gemeindereschner zur Erhebung und einnähmlichen Verrechnung des für die Gemeindefasse zu fordern habenden Betrags an.

Artikel 53.

Bei erfolgter Zahlung, welche an den Gemeindereschner zu geschehen hat, quittirt derselbe dem Militär den empfangenen Betrag und dieses stellt dafür Gegenschain aus.

Wenn die Zahlung baar erfolgt, sollen Quittung und Gegenschain für dieselbe mit den durch den Artikel 51 vorgeschriebenen Bescheinigungen verbunden, d. h. in einer Ausfertigung in der Art vereinigt werden, daß am Schluß derselben statt der Naturalabgabe und des Schuldigkeitsbetrags der Empfang des Geldbetrags bescheinigt, beziehungsweise dessen Zahlung anerkannt wird.

Artikel 54.

Wird von der Militärverwaltung die Fourrage selbst angekauft und beigelegt, so sind von den Gemeinden nach Artikel 9 des Gesetzes die erforderlichen Aufbewahrungsräume zu stellen.

Artikel 55.

Ist von der Militärverwaltung die Lieferung der Fourrage besonderen Lieferanten in Afford gegeben und es haben dieselben vermöge ihres Affords im Orte Magazine zu errichten, so werden die Bürgermeister dafür Sorge tragen, daß den Lieferanten auf Verlangen die nöthigen Aufbewahrungsräume abgetreten werden.

D. Besondere Bestimmung.**Artikel 56.**

Für die Fälle, in welchen nach Artikel 18 des Gesetzes dasselbe auch auf Truppen anderer Bundesstaaten in Anwendung zu bringen ist, werden die deßfalls nöthig erscheinenden Anordnungen jeweils besonders erlassen werden.

Carlsruhe, den 21. December 1844.

Ministerium des Innern.
Sichröd.

Ministerium des Kriegs.
von Stendorff.

Vdt. Fesenbedh.

Beilage Nr. I. (Zu Art. 24).

Bescheinigung über empfangene Quartierverpflegung.

An das Regiment (Detaschement etc.) wurde von der Gemeinde Amt
 folgende Quartier-Verpflegung für die Mannschaft vom Oberfeldwebel und Oberwachmeister
 abwärts verabreicht und zwar: Portionen.

Am ten	18	für	Unterstaffs-Personen
		"	Unterofficiere
		"	Spielleute
		"	Gefreite und Soldaten

Zusammen Mann. Zusammen Portionen,
 wofür dieselbe zu 15 fr. per Mann zu fordern hat fl. fr. schreibe
 (Betrag mit Worten)

deren richtigen Empfang bescheinigt, Station den ten 18

Der Gemeinberechner:

Bemerkung.

- a. Die Gegenscheine werden ebenso auszufertigt, mit der einzigen Abänderung, daß an die Stelle der Worte „deren richtigen Empfang bescheinigt“ die Worte „deren richtige Zahlung bescheinigt“ zu treten haben, und daß solche von den Militärbehörden unterzeichnet werden.
- b. In Fällen, wo nicht baare Zahlung geleistet wird, ist nur die Anzahl der empfangenen, beziehungsweise abgegebenen Mundportionen, so wie deren Schuldigkeits- und Forderungsbetrag zu beurkunden und in diesen Fällen wird die Bescheinigung von dem Militär und der Gegenschein von dem Gemeinberechner ausgestellt.

Beilage Nr. II. (Zu Art. 26).

Erkrankungsschein.

Der Soldat N. N. gebürtig von Amt im Regiment Compagnie.
 ist heute dahier in der Station Amt an erkrankt, und zurückgeblieben.

Seine Montur und Armatur-Ausrüstung bestehen in folgenden Stücken: (folgt das Verzeichniß der Gegenstände).

Derselbe wird in einer Privatwohnung verpflegt (ist in das bürgerliche Hospital aufgenommen worden).

Station den 18

Der Arzt.

Der Commandeur.

Quittung über etappenmäßige Bequartierung und Verpflegung.

Der Unterzeichnete (Soldat R. R.) gebürtig von Amt im Regiment Compagnie, welcher als genesen in seine Garnison (zu seinem Regimente) sich begibt, hat heute auf der hiesigen Station die etappenmäßige Bequartierung und Verpflegung erhalten; wofür bescheinigt.

Station den .. ten 18..

(Unterschrift des Empfängers.)

Bescheinigung über empfangene Fournage.

An das Regiment (Detaschement) wurde von der Gemeinde Amt zur Verpflegung der Pferde folgende Fournage abgegeben, und zwar

Am .. ten 18..

für ... Offizierspferde ...	leichte Rationen Haber zu 6 Maßlein und ...	leichte Rationen Heu zu 7 1/4 Z
" ... Dienstreitpferde ...	" " " zu 6 " und ...	" " " zu 7 1/4 Z
" ... Dienstupferde ...	schwere " " zu 7 1/2 " und ...	schwere " " zu 8 1/2 Z

zusamm. für ... Pferde ... Rationen Haber und ... Rationen Heu.

oder Malter Haber und ... Centner Z Heu, schreibe

(Zahlen in Worten)

welche in Geld betragen und zwar	Maltr. ...	Str. Haber zu .. fl. .. fr. per Maltr. fl. .. fr.
und	Centner ...	Pfund Heu zu .. fl. .. fr. per Centner fl. .. fr.

zusammen fl. .. fr.

schreibe (Zahlen in Worten.)

Den Empfang dieser Fournage und die Richtigkeit des Schuldigkeitsbetrags bescheinigt, Station den .. ten 18..

Der

Bemerkung.

Bei den von den Gemeinden auszustellenden Gegenscheinen heißt es am Schlusse: „Die Richtigkeit der Abgabe dieser Fournage und des dafür berechneten Betrags“ bescheinigt zc. zc.



Annex A size 3

Forrestal
ANNEX
Spring, 1984

